

traités internationaux seraient respectés. Nous ne pouvons pas, par la loi, déroger à ces traités. Ou bien les droits auxquels fait allusion l'honorable M. Maunoir (et je le crois avec lui) existent, ou ils n'existent pas. S'ils existent, nous ne pouvons pas les modifier par la voie autonome, et s'il n'existent pas, il ne sert à rien d'ajouter une nouvelle disposition transitoire nous engageant à respecter des droits inexistantes. Par conséquent, au point de vue opportunité et utilité, j'attire votre attention sur ce côté de la question.

Maintenant, j'ai dit l'autre jour que le Conseil fédéral m'avait autorisé à déclarer de la façon la plus formelle et la plus catégorique que rien ne serait changé à l'ensemble du régime frontalier. Il est clair que la situation à laquelle fait allusion l'honorable M. Maunoir est un des postes de l'ensemble de ce régime frontalier auquel nous ne changerons rien. On aurait voulu avoir l'autre jour la garantie légale qu'en droit il ne sera rien changé. Nous nous sommes engagés en fait, ce qui en réalité revient au même.

Une dernière observation. M. Maunoir fait allusion en particulier aux immeubles coupés par la frontière. Eh bien, il y a dans l'ordonnance d'exécution de la loi actuelle — je n'ai malheureusement pas le texte sous les yeux — une disposition qui prévoit que lorsqu'un immeuble a été coupé par la ligne frontière qui, sur terre ferme, se confond avec la frontière politique et la ligne de douane, cet immeuble est censé, au point de vue du régime douanier, appartenir au pays sur lequel se trouvent les bâtiments d'exploitation. Ainsi, comme toute une série de propriétés dont les bâtiments agricoles se trouvent sur territoire suisse sont sectionnées par la ligne frontière, l'exploitation de ces immeubles se fera tout comme si la totalité était en Suisse.

Voilà les quelques observations que je voulais formuler sur cette question, tout en déclarant que je ne m'oppose pas à ce qu'on la renvoie à la commission, mais je voulais d'ores et déjà vous laisser entrevoir la position que je prendrai.

Präsident: Ich konstatiere, dass der Herr Antragsteller damit einverstanden ist, dass sein Antrag der Kommission zur Prüfung überwiesen wird und dass der Herr Bundespräsident mit dieser Ueberweisung einverstanden ist.

Odinga, Kommissionspräsident: Ich bin bereit, diesen Antrag in der Kommission zur Sprache zu bringen.

Art. 146.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Revision de l'art. 44 de la Constitution.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 9. November 1920 (Bundesblatt V, 1). — Message et projet d'arrêté du 9 novembre 1920 (Feuille fédérale V, 1).

Beschluss des Ständerates vom 19. Dezember 1923. — Déclaration du Conseil des Etats du 19 décembre 1923.

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

von Arx, Berichterstatter: Wir stehen heute vor der Aufgabe, durch Erweiterung der Bundesverfassung den Boden zu schaffen, auf dem Massnahmen gegen die Ueberfremdung unseres Landes getroffen werden können.

In der grossen Zahl der Fremden in unserem Lande erblicken wir eine Gefahr für unser Volkstum und für die Sicherheit, ja für den künftigen Bestand unseres Staates. Wenn wir daran gehen wollen, gegen diese Gefahr wirksame Schranken aufzurichten, so ist es geboten, dass wir uns über die Ursachen, das Wesen und den Umfang der Ueberfremdung Rechenschaft geben.

In drei mächtigen Strömen, von Deutschland, von Frankreich, von Italien her vollzog sich die Einwanderung der Fremden in die Schweiz. Es war die wirtschaftliche Entwicklung, welche ihnen die Wege zu uns geebnet hatte. Durch diese Entwicklung wurde die Schweiz im Laufe weniger Jahrzehnte aus einem Lande des Ackerbaues in einen Industriestaat verwandelt. Hierbei ging die Ausdehnung der Industrien weit über das Fassungsvermögen der im Lande vorhandenen Arbeitskräfte. Auch andere Länder des Kontinentes wurden in der gleichen Zeit zu Industriestaaten. Aber in keinem dieser Länder war die Zahl der arbeitsfähigen Leute im Verhältnis zur Entfaltung der Industrie so schwach wie in der Schweiz; deshalb weist auch kein anderes dieser Länder eine so grosse Fremdbevölkerung auf wie die Schweiz. Die Ueberspannung der industriellen Entwicklung hatte die Hunderttausende von fremden Arbeitern in die Schweiz geführt. Es hat die Industrie, indem sie unserem Lande das gepriesene Glück äusseren Wohlstandes und Gedeihens brachte, zugleich nicht nur die Grundlagen der Volkswirtschaft umgewandelt, sondern auch die Beschaffenheit der Bevölkerung verändert. Nicht nur wurde vielleicht kümmerlich lebendes, aber gesundes Landvolk der Scholle entfremdet und in die Fabrikräume gepresst, sondern es wurde die Volksgemeinschaft mit Leuten von fremder Herkunft, von fremder Sitte und fremder Denkungsart durchsetzt. Es wäre töricht, wegen dieser Entwicklung Anklagen zu erheben, denn sie entsprach der geschichtlichen Notwendigkeit. Sie bildet einen Bestandteil der grossen wirtschaftlichen Umwälzung, von welcher in den letzten 50 Jahren die Völker des

Kontinentes ergriffen und in Bewegung gesetzt worden sind. Hierbei erfolgte die Abwanderung der Menschenmassen aus den industriearmen Gegenden in die industriereichen Gebiete. Von dieser neuen Völkerwanderung wälzten sich breite Züge auch über unser Land.

Die Einwanderung der Fremden in die Schweiz hat noch Förderung gefunden in dem Verhalten unseres eigenen Volkes. Mit Recht rühmt man die Geschicklichkeit und den Fleiss unserer einheimischen Arbeiterschaft. Auf der trefflichen Qualität der Arbeit, welche unsere Uhrenarbeiter, unsere Textilarbeiter, unsere Mechaniker verrichten, beruht zum grossen Teil der Bestand der Industrien, in deren Dienst sie stehen. In der grossen Mehrzahl sind es heimische Arbeiter, die in diesen Industrien arbeiten. Und häufig erbt sich die Beschäftigung vom Vater auf den Sohn durch die Familien hindurch fort. Anders aber verhält es sich mit der kein besonderes Geschick erfordernden und deshalb minder bezahlten Arbeit, welche auf die Erzeugung von Massenwaren geht. Von dieser hält sich die einheimische Arbeiterschaft zurück. Um sie zu verrichten, wanderten fremde Arbeiter in die Schweiz ein.

Seltsamerweise gibt es auch gute Handwerksarbeit, die von unserem Volke gemieden wird, diejenige des Steinmetzen, des Maurers, des Zimmermeisters, des Spenglers, des Schneiders. Seit langer Zeit werden in diesen Berufszweigen Fremde in grosser Zahl beschäftigt. Die Söhne unseres Volkes ziehen solcher Arbeit die Tätigkeit von Schreibern oder Handlungsgehilfen vor.

Während dieser Vorgänge auf den Arbeitsplätzen des Landes vollzog sich ständig über unsere Grenze eine rege Auswanderung einheimischer Bevölkerung, welche der Unternehmensegeist oder die Enge der Verhältnisse in die Fremde führten. Aus den rauhen Gebirgsgegenden waren es Leute aus altem Bauernstamm, aus den Industriegebieten Angehörige kaufmännischer oder technischer Berufe. Statt in der Heimat in bescheidener oder gedrückter Stellung auszuharren, wandern sie wagemutig in die Fremde, um dort das Glück zu suchen. Und vielen ist es auch gelungen, im Auslande ein gutes Auskommen und Wohlstand zu finden. Manche dieser Auswanderer wurden im Auslande zu wirtschaftlichen Aussenposten der Heimat, der sie auf solche Weise auch in der Trennung Nutzen bringen. Die grosse Mehrzahl der Auswanderer aber geht dem Vaterlande über kurz oder lang völlig verloren.

Aber auch, wenn keine Auswanderung einheimischen Volkes in das Ausland stattgefunden hätte, wäre es nicht gelungen, der Nachfrage der mächtig sich entfaltenden Industrie nach Arbeitskräften zu genügen. Die Einwanderung Fremder in die Schweiz wird fort dauern, solange für die Fabriken des Landes nicht genug einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Dem Wanderzuge der Fremden nach der Schweiz, den wirtschaftliche Kräfte heranlenken, kam auch die Politik des Staates entgegen, welche dahin geht, dass die Türen des Landes weit offen zu halten seien. Man folgte hierbei der liberalen Auffassung, welche in der Annäherung der Menschen in der Arbeit über alle Grenzen hinaus einen Fortschritt der Kultur erblickt. In dieser Auffassung schloss die Schweiz

mit den Staaten, deren Angehörige bei uns Aufnahme wünschten, Verträge ab, durch welche ihnen die freie Niederlassung zugesichert wurde. Die Einwanderer, die bei uns sich niederzulassen begehrten, hatten bloss die Ausweisschriften über ihre Herkunft, über Stamm und Art mitzubringen. Die Zahl der Niederlassungsverträge, welche von der Schweiz abgeschlossen worden sind, betrug 23, währenddem das grosse Deutsche Reich sich bloss gegenüber drei Staaten in gleicher Weise verpflichtet hatte. Im Lande selber waren die Einwanderer den Einheimischen rechtlich gleichgestellt, mit der Ausnahme, dass sie am Wahlrecht und Stimmrecht keinen Anteil erhielten. Dafür blieben sie von einer spürbaren Belastung frei, indem sie weder Militärdienst noch Ersatzsteuer zu leisten hatten.

Unter der Wirkung aller dieser Umstände vollzog sich die Invasion der Fremden in die Schweiz, von der kein Teil des Landes ganz verschont geblieben ist. Der grösste Andrang erfolgte von Norden und von Süden her. Der Hauptstoss traf die grossen Städte und Industriegebiete. Ueber die Hälfte der Fremden sind in den Städten niedergelassen, welche mehr als 10,000 Einwohner aufweisen. Im Osten des Landes ist die fremde Bevölkerung dichter als im Westen, die grossen Grenzstädte ausgenommen. Erschreckend ist vor allem die Zahl der Fremden in den Städten Basel, Zürich und Genf. Sie belief sich im Jahre 1910 auf beinahe 200,000. Die Stadt Lausanne wies 28,4% Fremde auf, St. Gallen 31%, Zürich 33,8%, Basel 37,8%, Genf 42,9% und Lugano 50,5%. Die Gesamtzahl der Fremden in der Schweiz betrug im Jahre 1910 rund 550,000, was 14,7% der Bevölkerung ausmacht. Davon waren über 200,000 Deutsche, nahezu 200,000 Italiener, 60,000 Franzosen, 40,000 Oesterreicher und etwa 40,000 gehörten andern Staaten an. Nur in 12 Kantonen betrug die Zahl der Ausländer weniger als 10% der Gesamtbevölkerung. Vom Jahre 1900 bis 1910 ist die fremde Bevölkerung in der Schweiz um 3,7% gewachsen, die einheimische um nur 0,8%. Der Geburtenüberschuss der Ausländer betrug 15%, der Schweizer 9,4%.

Wie Hammerschläge musste die Veröffentlichung dieser Zahlen auf die einheimische Bevölkerung einwirken. Man begann bereits den Zeitpunkt zu berechnen, in welcher bei solcher Entwicklung die Ausländer in der Schweiz die Mehrheit erlangt haben würden. Wenn es dazu käme, dann müssten unsere Enkel mit dem Propheten Jeremias wehklagen: «Unser Erbland ist den Fremden zugewendet, und Ausländern gehören unsere Häuser»!

Unter der Wirkung der Kriegsjahre hat dann freilich die Ueberfremdung etwas nachgelassen. Zahlreiche Ausländer wurden zum Heeresdienste in die Heimat zurückberufen. Die neue Zuwanderung in unser Land in dem nach dem Kriege eine grosse wirtschaftliche Krise die Industrie lähmte, wurde durch die Fremdenpolizei eingeschränkt. So ist es zu erklären, dass die fremde Bevölkerung in der Schweiz von 14,7 auf 10,6% zurückging. Die Zahl der Fremden belief sich in dem Jahre 1920 noch auf 412,000. Nach neuen, nicht amtlichen Berichten sei die Zahl der Fremden noch weiter gesunken, so dass sie heute 9,5% betrage.

Es wäre aber verhängnisvolle Verblendung, wollte man annehmen, dass mit diesem Rückgang der

Fremden die Gefahr, welche in der Ueberfremdung liegt, überwunden sei. Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Hemmung der Wanderbewegung von Volk zu Volk nur eine vorübergehende ist. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch den Krieg gestört wurden, wieder ins Gleichgewicht gekommen sind, werden auch die früheren wirtschaftlichen Kräfte sich wieder geltend machen. Auch die schweizerische Industrie wird wieder der Fremden bedürfen. Man kann nicht daran denken, das Industrieland Schweiz dauernd unter einer Glasglocke zu halten. Vielmehr ist zu glauben, dass wenn einmal überall die wirtschaftlichen und die geistigen Trümmern des Krieges weggeräumt sein werden, eine Zeit noch freieren Verkehrs von Land zu Land anbrechen wird. Demnach haben wir allen Grund, nach wie vor die Ueberfremdung als Landesgefahr zu betrachten. Auch heute noch ist die Zahl der Fremden in der Schweiz übermässig gross, denn noch heute ist jeder zehnte Einwohner in der Schweiz ein Ausländer. In Italien machen die Ausländer 1% der Bevölkerung aus, in Frankreich 2,7%, in Belgien 3,1%. Die Lehre der Staatswirtschaft hat schon eine Fremdbevölkerung von 3% als Gefahr für den Staat erklärt. In der Schweiz ist das zulässige Mass heute noch um das dreifache überschritten.

Der Schaden, den unser Volk durch die Ueberfremdung erleidet, ist für jedes Auge erkennbar. Wohl ist der Satz richtig, dass ein Volk, wenn es nicht in der Welt zurückbleiben will, der Anregung bedarf, welche über die Grenze kommt. Die menschliche Kultur beruht auf dem gemeinsamen Gut der Erkenntnis, das die Völker im Laufe der Jahrhunderte zusammengetragen haben. Jedes Volk hat jedem Volke von seiner Gesittung einen Teil zu verdanken. So hat auch die Schweiz von dem nahen und fernen Auslande Förderung und Mehrung erfahren. Aber die Einflüsse des Auslandes auf ein Volk dürfen nicht zu stark werden, dass dadurch dessen äussere Unabhängigkeit und innerer Zusammenhang bedroht wird. Wir haben Anlass zur Sorge, dass dieser Zustand bei uns nahe bevorsteht. Im ganzen Leben unseres Volkes, bei der Arbeit, in den Familien, in den geselligen Anlässen umgeben es Leute in grosser Zahl, welchen unsere Ueberlieferung fremd ist und welche unserem Staatswesen mit Gleichgültigkeit oder Abneigung gegenüberstehen. Es kann nicht ausbleiben, dass von diesen Leuten allmählich der Geist und die Seele unseres Volkes Beeinflussung erfahren. Der Einfluss der Umgebung ist oft langsam, aber er entspringt einem Gesetze, das sich durch die ganze Natur hindurch äussert. Mit der geistigen Entwicklung verbindet sich nicht weniger stark der Einfluss, welche von der wirtschaftlichen Macht der Fremden in unserem Lande ausgeht, von dem Besitze an Hab und Gut, von dem Anteile an Industrie und Gewerbe.

Man hat allerdings gesagt, dass die Schweiz besser als andere Staaten die Durchsetzung mit Fremden zu ertragen vermöge, indem sie selber schon ein Volk von verschiedenen Stämmen und verschiedenen Sprachen in sich vereinige. Damit ist aber nur die halbe Wahrheit ausgesprochen. Die Verschiedenheit der Stämme enthält zugleich eine vermehrte Gefahr. Ist nicht zu befürchten, dass die Zuwanderer, welche den vier Stämmen des Landes einigenden Staatsgedanken nicht zu erfassen vermögen, das Gewicht

der im Lande auseinandertreibenden Kräfte vermehren werden?

Zu dem Gegensatze, der sich während der Kriegsjahre in unserem Lande zwischen romanischer und alemanischer Schweiz gezeigt hat, trugen meines Erachtens nicht wenig die auf beiden Seiten eifernden Ausländer bei. (Sehr richtig!) Die Gefahr wird noch vergrössert, weil die Ausländer sich bei uns zu starken Kolonien zusammengeschlossen haben, in denen sie ihre nationale Gesinnung weiter pflegen. Wir rühmen uns gerne der Schweizer im Auslande und nennen sie die vierte und fünfte Schweiz. Es gibt aber auch ein grösseres Deutschland, ein grösseres Frankreich, ein grösseres Italien, und diese Gebiete erstrecken sich zum Teil über schweizerisches Staatsgebiet. Man braucht die Folge nicht auszumalen, die aus diesem Zustande in einer Zeit nationaler Ueberspannung und Ueberhebung für unser Land sich ergeben könnten. Vor unserem Auge steht die Geschichte einer andern kleinen Republik, die durch fremdes Volk, das bei ihr einwanderte, ihre nationale Unabhängigkeit verloren hat. Wer wollte, dem unser Land und seine Freiheit wert ist, sich mit uns nicht bemühen, alle Massnahmen zu treffen, durch welche der Ueberfremdung unseres Gebietes entgegengewirkt werden kann.

Zwei Mittel der Abwehr bieten sich uns vor allem dar. Das eine besteht in der Aufnahme jener Ausländer in unsere Volksgemeinschaft, von denen wir wissen, dass wir sie als Bestandteil unseres Staates brauchen können. Das andere Mittel liegt darin, dass wir die Türen des Landes, durch welche die Fremden einwandern, fest in der Hand behalten. Von beiden Mitteln schicken wir uns an, Gebrauch zu machen. Die Hauptmassnahme wird sein, die brauchbare Schicht der fremden Bevölkerung durch Einbürgerung in unser Volkstum einzuschmelzen. Um das herbeizuführen, ist aber eine Revision der Bundesverfassung notwendig.

Die Bundesverfassung vom Jahre 1874 erteilte, um Missbräuchen bei der Einbürgerung von Ausländern durch die Kantone und die Gemeinden zu steuern, dem Bunde die Befugnis, die Bedingungen für die Aufnahme in das Schweizerbürgerrecht aufzustellen. Die Verleihung des Bürgerrechtes blieb nach wie vor Sache der Gemeinden und der Kantone. Der Bund erhielt bloss ein Recht der Aufsicht über die Einbürgerung. Im Jahre 1876 legte der Bund diese Aufnahmebedingungen in einem Gesetze nieder. Damals erblickte man die Aufgabe des Bundes darin, der Einbürgerung in der Schweiz Zügel anzulegen. Die Gefahr der Ueberfremdung hatte ihr Antlitz noch nicht enthüllt. Nur in einem engen Umfange räumte man dem Bunde selbst die Befugnis zur Einbürgerung ein, nämlich bezüglich der Aufnahme von Witwen und geschiedenen Frauen, welche durch Heirat das Schweizerbürgerrecht verloren hatten. Bei dieser rechtlichen Ordnung ging die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes auf dem Wege des Einkaufes in die Gemeinden und Kantone vor sich. Wer Schweizer werden wollte, musste dafür eine Taxe bezahlen: Kein Geld — keine Schweizer! Von 1889 bis 1910 wurden 60,000 Personen durch Einkauf in das Schweizerbürgerrecht aufgenommen. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich die Fremdbevölkerung im Lande.

Unter dem steigenden Drucke der Ueberfremdung

fand im Jahre 1903 eine Revision des Rechtszustandes statt. Man hatte erkannt, dass es galt, eine Vermehrung der Einbürgerungen herbeizuführen. Hierbei glaubte man aber nicht dem Bunde, sondern den Kantonen vermehrtes Recht verschaffen zu müssen. Es wurde den Kantonen erlaubt, zu bestimmen, dass die im Kantonsgebiet geborenen Kinder von Ausländern ohne weiteres Schweizerbürger sein sollten, wenn die Mutter von Abstammung Schweizerin gewesen war oder wenn die Eltern wenigstens während fünf Jahren im Kanton gewohnt hatten.

Die Bemühung, auf diese Weise die Ueberfremdung einzuschränken, erwies sich jedoch als völlig nutzlos. Kein einziger Kanton wagte es, von dieser neuen Befugnis Gebrauch zu machen. In drei Kantonen hingegen räumte man statt dessen den Ausländern ein Recht auf Einbürgerung ein, wenn sie im Kantonsgebiete geboren waren oder lange Zeit darin gewohnt hatten. Eine wesentliche Einschränkung, Zurückdämmung der Fremdenflut wurde dadurch aber auch nicht erreicht. Es erwiesen sich die Massnahmen alle als blosses Stückwerk.

Inzwischen hatte man im Schweizerlande begonnen, die Gefahr der Ueberfremdung im ganzen Umfang in das Auge zu fassen. Aus der Mitte des Volkes, aus gemeinnützigen Verbänden, aus den politischen Parteien, ertönten die Stimmen zum Kampfe gegen Ueberfremdung. Voran ging eine aus neun Männern der romanischen und der alemannischen Schweiz bestehende Kommission, welche sich als eine Art Wohlfahrtsausschuss gegen die Fremdeninvasion gebildet hatte. Diese neun Männer, die Neunerkommission, wie man sie genannt hat, wurden nicht müde, aufklärend, warnend, mahnend auf unser Volk einzuwirken. Sie schlugen auch in einer Petition, die im Jahre 1912 dem Bundesrat eingereicht wurde, bestimmte Massnahmen zur Abwehr der Ueberfremdung vor. Vor allem wurde verlangt, dass dem Bunde die Befugnis zur Einbürgerung von Staats wegen verschafft werden müsse. Der Bundesrat, entschlossen, den Kampf gegen die Ueberfremdung aufzunehmen, berief zunächst zur Abklärung der mannigfaltigen Fragen des Rechtes und der Politik, welche eine eingehende Reform stellte, eine Kommission von Experten zusammen, deren Arbeit bis zum Jahre 1919 dauerte. Im Jahre 1920 trat der Bundesrat mit einer Vorlage zur Revision der Verfassung hervor, in welcher er vorschlug, es sei der Bund zur Einbürgerung kraft Geburt auf dem Schweizergebiete, jure soli, zu ermächtigen. Es sollten jene Ausländer, deren Gewinnung als nützlich erscheint, von Bundes wegen durch Gebot des Gesetzes von Geburt an Schweizerbürger werden. Insbesondere wurde die Aufnahme ins Schweizerbürgerrecht in den Fällen in Aussicht genommen, wo die Mutter Schweizerin gewesen oder bereits der eine oder andere Elternteil in der Schweiz geboren war.

Es entsprach einer Stimmung, die in der Zeit lag, dass die Kommission des Ständerates, welche die Vorlage zunächst zu beraten hatte, ihr zuerst mit Abneigung nahetrat. Schlimme Erfahrungen der letzten Jahre haben in weiten Kreisen des Volkes das Misstrauen gegen die Fremden im Lande sehr verstärkt. Mehr als früher befürchtet man, dass bei einer ausgedehnten Einbürgerung Fremder Unwürdige in unsere Staatsgemeinschaft eintreten könnten. Immerhin war die Kommission des Ständerates

bereit, zu Vorkehren gegen die Ueberfremdung Hand zu bieten. Sie plante, einer bestimmten Klasse von Ausländern zum Teil unentgeltlich, zum Teil gegen bescheidenes Entgelt das Recht auf Einbürgerung zu gewähren.

Der Bundesrat hielt in einer neuen Vorlage vom November 1922 mit Entschiedenheit an der Forderung fest, dass die Einbürgerung als Folge der Geburt auf Schweizergebiet in der Verfassung vorzusehen sei. Dabei trug der Bundesrat immerhin einem Teil der Bedenken, die geäussert worden waren, Rechnung, was zu etwelcher Einschränkung dieser Vorlage führte. Die neue Vorlage wurde im Dezember 1923 vom Ständerate zum Beschluss erhoben. Ihr stimmte auch die Kommission des Nationalrates in der Hauptsache zu.

Der Kern der Vorlage besteht in dem Satze, dass durch Bundesgesetz die Einbürgerung der in der Schweiz geborenen Kinder von Ausländern verfügt werden kann, wenn die Mutter von Abstammung Schweizerin war. Man sieht davon ab, die Befugnis des Bundes auch auf jene Ausländerkinder auszuweiten, deren Vater oder Mutter bereits in der Schweiz geboren war. Denn unter den in der Schweiz geborenen Ausländerkindern bilden diejenigen weitaus die Mehrzahl, die eine Mutter von schweizerischer Herkunft haben. Man hat berechnet, dass die Zahl dieser Ausländerkinder im Jahre 5200 betrage. Die Zahl der Ausländerkinder, deren einer Elternteil in der Schweiz geboren war, wo aber die Mutter nicht aus der Schweiz stammte, glaubt man auf nicht höher als 300 anschlagen zu müssen.

Durch die Beschränkung der Vorlage auf die Kinder gebürtiger Schweizerinnen wurde die innere Kraft des Entwurfes bedeutend verstärkt. Man hat die Tatsache der Geburt auf Schweizergebiet mit dem Rechte des Blutes verbunden. Alle jene Kinder, die man einbürgern will, haben von der Mutter her Schweizerblut in sich. Warum sollte dieses Blut schwächer wirken, als in den Fällen, wo zwar der Vater Schweizer, die Mutter aber Ausländerin ist? Neben dem Rechte des Vaters anerkennen wir auch ein Mutterrecht. Wir geben ihm, wenn die Mutter von unserem Stamme ist, in unserem Lande den Vorzug. Man darf sich der Ueberzeugung hingeben, dass die Einbürgerung ehemaliger Schweizerinnen sich mit dem Empfinden unseres Volkes vereinbaren lässt. Das Schweizervolk wird es nicht unbillig finden, wenn die Kinder seiner Schwestern, seiner Töchter, die im Lande ihrer Blutsverwandten geboren wurden, dieses auch als ihre Heimat zugesprochen erhalten. Dabei dürfen wir der Zuversicht sein, dass diese Kinder, die von Anfang an als Schweizer gelten, die die in unseren Schulen, unter unserer Jugend aufwachsen, die zu Hause die Mutter von schweizerischer Gesinnung um sich haben, sich auch als gute Schweizer fühlen werden.

Wenn wir die Einbürgerung in solcher Weise verfügen, dann ist ein Damm errichtet, an dem sich die Fluten der Ueberfremdung brechen werden. Zu den 5000 Kindern ehemaliger Schweizerinnen, die wir jährlich für das Land gewinnen, kommt der Zuwachs aus der freiwilligen Einbürgerung auf Begehren hin. Er wird im ganzen auf 7000 Seelen angeschlagen. Vor dem Jahre 1920 hatte man berechnet, dass es einen Zuschuss von 13,000 Einbürgerungen brauche, damit die weitere Zunahme der Ueber-

fremdung verhindert werde. Heute, bei der geringeren Zahl der Fremden im Lande, dürfen wir den Schluss ziehen, dass wir mit unserer Massnahme nicht nur der Ausdehnung der Fremdbevölkerung entgegenwirken, sondern sie zurückdrängen. Der Erfolg der Massnahme wird noch vergrössert, wenn sich unsere Industrie nicht mehr in die Breite ausdehnen, sondern mehr als bisher in der Verbesserung ihrer Produkte das Heil erblicken wird. Es sind, wie Kenner der Industriewirtschaft versichern, Anzeichen für eine solche Entwicklung wahrzunehmen. Demnach ist der Beweis für die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahme erbracht. Wir dürfen nicht zaudern, die Massnahme anzuwenden.

Es kann auch kein Zweifel darüber obwalten, dass unser Staat die Befugnis zu einer solchen Ordnung auch gegenüber dem Auslande besitzt. Denn es steht dem souveränen Staat die Kompetenz zu, Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes auf seinem Gebiete autonom zu regeln. Dieser Satz gilt in der Lehre des Völkerrechtes wie er auch in der Uebung der Völker in Uebung steht. Wir sehen denn auch, dass die meisten Staaten längst die Einbürgerung kraft Geburt auf dem Staatsgebiete handhaben, Frankreich, Italien, Belgien, England, Dänemark, Schweden, Portugal, Serbien. Sie ist auch in den Staaten Nord- und Südamerikas Gesetz. Ueberall in diesen Staaten werden zu Bürgern sämtliche Kinder von Ausländern, welche im Staate geboren werden.

Die Schweiz geht lange nicht soweit wie diese Staaten, wenn sie die Einbürgerung der Kinder ehemaliger Schweizerinnen einführt. Allerdings haben die andern Staaten zumeist mit der Einbürgerung kraft Geburt auf dem Staatsgebiete das Recht verbunden, die Staatsangehörigkeit im Alter der Volljährigkeit auszuschlagen, zu optieren. Nur einige Staaten Südamerikas und die Union von Nordamerika anerkennen das Recht zur Option, zur Ausschlagung nicht, und ebenfalls nicht Frankreich, wenn bereits der Vater des Kindes im Staatsgebiete geboren war.

Der Entwurf des Bundesrates sieht die Ausschlagung des Bürgerrechtes nicht vor, und der Ständerat hat dieser Auffassung zugestimmt, in der Meinung, dass die endgültige Regelung überhaupt der Gesetzgebung zu überlassen sei. Die Kommission des Nationalrates hat dieser Auffassung mit überwiegender Mehrheit sich angeschlossen. Durch die Einbürgerung kraft Geburt erhalten die Kinder die volle Rechtsstellung von Schweizerbürgern. Sie erhalten das schweizerische Bürgerrecht; sie werden aber auch zu Gemeinde- und Kantonsbürgern. Die Vorlage des Bundesrates sah zuerst vor, dass dem kraft Geburt auf dem Staatsgebiete eingebürgerten Kinde das Bürgerrecht derjenigen Gemeinde zufallen solle, in welcher die Eltern im Zeitpunkte der Geburt ihren Wohnsitz hatten. In der Kommission des Ständerates hat man dagegen eingewendet, dass dadurch Kinder der gleichen Familie in verschiedenen Gemeinden und verschiedenen Kantonen ihren Heimatort erhalten würden und dass dadurch die Einheit der Familie zerrissen würde. Der Bundesrat hat deshalb in der zweiten Vorlage vorgeschlagen, dass dem Kinde das Bürgerrecht der ehemaligen Heimatgemeinde der Mutter zuzusprechen sei. Der Ständerat beschloss hernach, die Artikel der Regelung in der Verfassung überhaupt offen zu lassen und sie der Gesetzgebung zu überlassen.

Die Kommission des Nationalrates hielt dafür, es solle, um vor dem Volk von Anfang an Klarheit zu schaffen, schon in der Verfassung der Heimatort bestimmt werden. Dabei fand man es als natürlich und zweckmässig, dass der ehemalige Heimatort der Mutter dem Kinde als Heimatgemeinde zugesprochen werden solle.

Bei der Zuteilung der Eingebürgerten in eine Schweizergemeinde war eine Einschränkung wirtschaftlicher Natur nicht zu vermeiden. Man glaubte, es nicht wagen zu dürfen, an die alten Bürger der Gemeinden, denen man die jungen Schweizerbürger in das Nest legt, die Zumutung zu stellen, diesen auch noch Anteil an dem Bürger- und Korporationsgute einzuräumen. Deshalb wird in der Verfassung festgelegt, dass die Neuerung nicht an dieses Vermögen gehen solle. Die Einschränkung wird um so eher zu ertragen sein, als heute schon die grosse Mehrheit der Schweizerbürger keinen Anteil an solchem Bürgergute hat, sei es, dass sie ausserhalb der Heimatgemeinde wohnt, sei es, dass diese keinen Bürgernutzen mehr abzugeben hat.

Was aber bestehen muss, das ist das Recht der Eingebürgerten auf Unterstützung durch die Heimatgemeinde bei Verarmung. Die grosse Mehrzahl der Eingebürgerten wird der Heimatgemeinde keine Nachteile, sondern eher Nutzen bringen. Es wird jedoch darunter, wie unter den übrigen Bürgern, auch solche geben, welche durch die Ungunst des Schicksals in Not geraten und des öffentlichen Beistandes bedürfen. So wird zweifellos den Gemeinden neben manchem Guten eine Vermehrung der Auslagen für die Armenpflege erwachsen. Es gibt aber zahlreiche Gemeinden, welche heute schon mit Auslagen für die Armengenössigen überladen sind. Ihnen neue Lasten aufzubürden, würde von ihnen neue Opfer verlangen. Dürfen wir unter solchen Umständen daran denken, den Gemeinden unbesehen die Kosten aufzulegen, welche sich aus der Reform der Einbürgerung zweifellos ergeben werden?

Wir erblicken in der Einbürgerung kraft Geburt ein nationales Werk, das durch die Gesamtheit durchzuführen ist. Da wäre es nicht gerecht, wenn wir auch nur einen Teil der Kosten dieses Werkes auf Schultern abladen wollten, welche zu schwach sind, sie zu tragen. Deshalb ist in der Verfassung zu bestimmen, dass der Bund mindestens die Hälfte der Unterstützungskosten übernimmt, welche den Gemeinden und Kantonen durch die Einbürgerung erwachsen werden. Auf solche Weise wird man den armen Gemeinden eine neue Belastung ganz ersparen können. Man hat berechnet, dass durch diese Unterstützungen dem Bund eine Ausgabe von jährlich 500,000 Fr. erwachsen würde. Es dürfte uns nicht gereuen, wenn diese Ausgabe erheblich grösser ausfallen würde.

Es wird nun auch unser Rat sich über die Vorlage zu entscheiden haben. Niemand kann verkennen, dass die Neuerung in alte Rechte und Bräuche eingreift. Die vorsichtige, schonende Art, in der die Vorlage abgefasst ist, wird es den Anhängern des Alten erleichtern, der Neuerung zuzustimmen. Zahlreichen andern mag die Vorlage als viel zu bescheiden, ja als zaghaft erscheinen. Sie werden zugeben müssen, dass eine Neuerung, welche die Gestaltung der nationalen Verhältnisse betrifft, in unserem Volke bloss

möglich ist, wenn sie sich vom Geiste der Mässigung leiten lässt.

Jedem Geschlecht sind in der Geschichte die grossen Aufgaben beschieden, an welchen es seinen Wert oder Unwert zu beweisen hat. Durch der Entwicklung ehernes Muss wurden die Massen der Fremden in unser Land geführt. Wir dürfen aber auch glauben, dass zugleich in unser Volk die Kräfte gelegt wurden, durch welche es sich der Gefahr zu erwehren vermag, in der Flut der Ueberfremdung unterzugehen. Diese Kräfte sind: Einsicht in die Lage des Staates und Liebe zum Vaterlande.

Die Kommission beantragt einmütig Eintreten auf die Vorlage. (Bravo.)

M. Morard, rapporteur: Après l'exposé très complet de M. le président de la commission, il sera permis au rapporteur de langue française d'être aussi bref que possible, et de se contenter de vous présenter les grandes lignes du projet de revision constitutionnelle qui vous est soumis.

Les messages du Conseil fédéral du 9 octobre 1920 et du 14 novembre 1922 exposent en détail et de manière très complète les raisons qui justifient la revision de l'art. 44 de la Constitution.

Ces travaux préliminaires ayant épuisé le sujet, nous pourrions nous borner à rappeler les principes généraux de la réforme.

En Suisse, l'opinion a été suffisamment au courant de la revision projetée. Les différentes sociétés politiques et patriotiques qui agitent cette opinion l'ont entretenue dans le but d'assurer l'œuvre d'assimilation des étrangers et de combattre avec efficacité la pénétration excessive des allogènes; ces sociétés continuent à travailler et vous avez reçu sur vos pupitres maintes circulaires attestant des désirs qu'elles expriment.

Nous pouvons donc dire que l'idée de la revision qui date d'avant la guerre est pleine d'actualité aujourd'hui autant qu'avant la conflagration européenne de 1914 à 1918. Aussi, après en avoir délibéré pendant plusieurs séances, la commission du Conseil national arrive-t-elle à cette conviction que la revision s'impose. La commission est unanime sur le principe. Il n'y a de division que dans les modes de réaliser la réforme. En particulier, la commission se scinde en deux tendances, celle qui voudrait exclure de la réforme le droit d'option et celle qui, par contre, demande l'introduction de ce droit d'option dans la Constitution même.

Les statistiques d'avant-guerre basées sur le recensement du 1^{er} décembre 1910 nous enseignent qu'à cette date 552,000 étrangers résidaient en Suisse et formaient le 14,7 % d'une population totale de 3,753,293 âmes. Ces statistiques constatent en outre que dès l'année 1850 la progression de l'immigration a été constante et régulière. L'augmentation moyenne des étrangers dans les 60 années qui forment la période de 1850 à 1910, a été de 7916 personnes par année en chiffre absolu, ou du 34,2 pour mille.

D'après les résultats du recensement de 1920, la population étrangère qui, en 1910, formait le 14,7 % de la population totale en Suisse, n'en constitue plus que le 10,4 %. Certains cantons accusent une population étrangère excessivement forte. Il en est ainsi, en particulier, de Genève qui vient en tête avec une proportion de 30,7 %, puis Bâle-Ville avec du 27,2 %

et le Tessin avec du 21,9 % pour en prendre que les chiffres les plus considérables de cette proportion.

Si le chiffre de 10,4 % trouvé dans les calculs du recensement de 1920, accuse une diminution de la présence des allogènes en Suisse, il n'en constitue pas moins une proportion anormale et excessive qui trouble l'équilibre de la population suisse.

Il suffit de comparer ce nombre de 10,4 % à celui de la population allogène dans les Etats voisins. La France ne dépasse pas le 2,7 % de l'ensemble de la population, et la Belgique le 3,1 %. Ces comparaisons, dit avec raison le message complémentaire du 14 novembre 1922, établissent que la diminution constatée aujourd'hui dans l'élément étranger qui réside en Suisse, loin de devoir nous tranquilliser, constitue un motif de poursuivre et de mener à bonne fin la lutte générale entreprise contre le surpeuplement étranger dans notre pays.

Telles sont, Messieurs, les données, succinctement résumées, de l'exposé démographique du message de 1920. Il est indiqué de relever encore que la présence des éléments étrangers, en Suisse, est d'autant plus anormale que sur certains points de notre territoire, elle exerce une pression beaucoup plus grande. Là, l'envahissement présente cette double caractéristique: 1^o de se concentrer sur quelques points de notre pays; 2^o de se produire de préférence et sous formes de colonies étrangères dans ceux de nos cantons et villes qui sont le plus exposés à l'inconvénient, au danger, de telle manière que l'on constate dans ces régions, la prédominance d'une seule nationalité sur toutes les autres.

C'est ainsi qu'à nos frontières du nord se forme une agglomération prépondérante d'Allemands; à l'ouest de Français; au sud, d'Italiens. Parfois, cette population étrangère majorise la population d'origine suisse. C'est ce qui se présente à Lugano, à Carouge et dans quelques communes du canton de Genève, comme Vernier et Chêne-Bourg.

Le 76 % des Allemands établis en Suisse résident dans les cantons bordant le Rhin. La presque totalité de la population étrangère du Tessin est italienne: 41,869 Italiens sur 43,983 immigrés. Le 60 % des Français sont établis sur territoire genevois, soit 37,688.

Au point de vue économique, cette situation est périlleuse et malsaine, car elle est de nature à faire une âpre concurrence aux ressortissants suisses; c'est le 18 % des individus du sexe masculin, aptes au travail, qui n'est pas suisse; c'est même le 23 % du monde ouvrier dans son ensemble, des deux sexes, ouvriers et ouvrières, et le 26,4 % des ouvriers du sexe masculin qui est d'origine étrangère.

La classe laborieuse qui fait la force économique du pays est bien plus faible chez les Suisses (585 ‰) que chez les étrangers (680 ‰).

Cette infériorité est encore plus accentuée chez les individus du sexe masculin: 584 ‰ pour les Suisses, et 698 ‰ pour les étrangers. La pénétration de notre vie économique par les étrangers favorise l'intrusion des capitaux du dehors dans l'industrie et le commerce suisses. Elle menace ainsi notre vie économique; elle tend à supprimer la concurrence de maisons suisses, que l'étranger s'efforce d'accaparer et de transformer en sociétés anonymes par actions. Le personnel suisse s'éclipse peu à peu

pour faire place à des directeurs, chefs d'entreprises et ingénieurs de nationalités étrangères.

Ainsi, lentement, mais sûrement, s'opère la dénationalisation de nos institutions économiques suisses.

Ce danger est d'autant plus réel que la grande partie des colonies étrangères établies sur notre sol se compose d'éléments sédentaires.

En présence de cette situation, il faut reconnaître l'insuffisance des moyens de lutte. Le salut de la Suisse saturée d'étrangers, dit le message de 1920, ne saurait résider dans une volonté d'excommunication. Il faut donc songer à incorporer à l'Etat les personnes qui, chaque année, viennent augmenter les contingents d'alloènes.

La Confédération ne possède aucun pouvoir pour provoquer et encourager la nationalisation des étrangers. Elle ne peut que l'empêcher.

La loi de 1876 donnait à la Confédération des compétences dans le seul but d'éviter, autant que possible, les cas de double nationalité, et les conflits internationaux qui en résultent. Le Conseil fédéral est chargé d'examiner les rapports du candidat à la naturalisation avec son pays d'origine et de contrôler l'existence des conditions de domicile exigées par le législateur.

La loi de 1903 a introduit le principe de l'incorporation *jure soli*; mais, elle a respecté la souveraineté cantonale et reconnu aux seuls cantons le droit de statuer, par voie législative, que les enfants nés — sur territoire cantonal, d'étrangers qui y sont domiciliés — sont, de droit, citoyens du canton, sans que l'autorisation du Conseil fédéral soit nécessaire, dans deux cas: a) si la mère est d'origine suisse; b) si, à l'époque de la naissance de l'enfant, ses parents étaient domiciliés dans le canton depuis cinq ans au moins, sans interruption.

Les cantons doivent, en outre, réserver le droit d'option.

Ainsi, la loi fédérale de 1903 ne consacre qu'une faculté laissée aux cantons. Elle ne leur impose pas d'obligation.

Selon les constatations faites par le Conseil fédéral, cette législation n'a pas répondu à l'attente de ses auteurs. Le principe de l'incorporation des natifs avec droit d'option est resté lettre morte. Les cantons ne prirent pas la peine de légiférer pour consacrer et préciser l'exercice de ce droit.

Seuls, Genève et le Tessin ont tenté de mettre en harmonie leurs lois avec la loi fédérale du 25 juin 1903, mais sans succès. Nous renvoyons sur ce point au message, page 24. Les raisons de cette abstention cantonale, dans ce domaine, tiennent essentiellement à la peur des conflits entre nations. Genève craignait les inconvénients de la double nationalité, de même Bâle.

Ainsi, les obstacles à l'application du principe de l'incorporation se révélèrent d'ordre international. Les cantons estimèrent alors qu'il appartenait à la Confédération — et non point à eux — d'inaugurer une politique de naturalisation entraînant des conséquences inéluctables de droit international et parfois même des conflits avec des nations étrangères.

Mais, la raison principale de cette abstention, ce fut la crainte des cantons de voir se produire une augmentation des charges de l'assistance publique. L'accroissement des bourgeois et communiens en-

traîne naturellement l'augmentation des dépenses par la multiplication des personnes sujettes à l'assistance.

De là provient le mutisme général des cantons qui fit de l'art. 5 de la loi de 1903 une lettre morte.

Ainsi, de 1903 à 1914, nous ne trouvons aucune législation cantonale qui ait consacré la faculté de l'incorporation *jure soli*.

La plupart des législations cantonales sont, du reste, surannées. La naturalisation y est soumise à une longue procédure. Les droits à payer constituent des taxes élevées, ce qui contribue à éloigner les candidats. Toutefois, quelques cantons, comme Zurich, Berne, Glaris, Soleure, Argovie et le Tessin consacrent dans leur législation une tendance plus favorable à l'assimilation des étrangers. C'est ainsi qu'on traite avec une faveur spéciale les natifs, les étrangers établis de longue date, et ceux qu'on considère comme évidemment assimilés. Lucerne possède une loi du 13 avril 1918 consacrant le droit à la naturalisation pour certaines catégories d'immigrés. Par contre, ni avant, ni après la guerre les cantons n'ont eu recours à l'art. 5 de la loi du 25 juin 1903 pour accorder, *jure soli*, le droit de cité aux personnes nées sur leur territoire.

Cette inactivité regrettable du législateur cantonal justifie une revision constitutionnelle. Le mal existe et les moyens d'y parer que les cantons possèdent jusqu'ici sont inefficaces, parce que totalement inutilisés. Ce qu'il faut obtenir c'est, d'une part, une diminution de l'immigration et, d'autre part, faciliter l'assimilation de l'immigré. Le Conseil fédéral nous propose deux moyens d'arriver au but:

1° Tout d'abord l'action diplomatique et la revision du régime international de l'établissement. C'est un problème de droit international; nous n'avons pas à en exposer ici les données.

2° Le second, c'est l'action législative interne par la revision de l'art. 44 de la Constitution fédérale et la loi du 25 juin 1903 sur la naturalisation des étrangers.

Cette action s'entend dans le sens d'une extension des compétences de la Confédération.

L'art. 44, dans sa forme actuelle, n'autorise pas la Confédération à légiférer en matière de naturalisation des étrangers, pas plus que sur les naturalisations intercantionales. Jusqu'ici la Confédération ne possède, en vertu de la loi de 1903: 1° qu'un pouvoir de contrôle sur la situation du candidat au point de vue international; 2° le pouvoir d'approuver ou de refuser son approbation aux lois cantonales. Ce sont les cantons et les communes qui seuls accordent le droit de cité.

Il n'y a d'exception que pour la réintégration dans le droit de cité suisse, pour la perte du droit de cité et la renonciation à la nationalité suisse.

La législation actuelle n'autorise pas la Confédération à introduire l'incorporation *jure soli*. De même, elle ne connaît point la naturalisation obligatoire. L'Etat fédéral n'a aucune compétence pour faciliter les naturalisations et résoudre le problème de l'assimilation des étrangers. Nous avons vu que si les cantons possédaient dans leur arsenal législatif les armes utiles à combattre l'inconvénient grave de la pénétration excessive de l'étranger, ils n'en font point usage. Ce défaut d'activité législative est de nature à compromettre non seulement la situation de tel ou tel canton plus particulièrement exposé, mais celle de l'Etat tout entier. La pénétration exces-

sive de l'élément étranger en Suisse n'est pas une question cantonale, mais une question suisse; c'est une question fédérale.

Elle est suisse parce qu'elle intéresse la généralité de l'Etat, et que, d'autre part, elle comporte le règlement de situations qui dépendent, en partie, tout au moins, du droit international.

Si l'on veut agir, il faut procéder à une réforme d'ensemble. Il faut introduire dans la législation fédérale des principes nouveaux et efficaces que ne connaissait pas, ou qu'a dédaignés, jusqu'ici, la tradition juridique des cantons. Voici en quels termes s'exprime le Conseil fédéral, message pages 33 à 34:

« La revision constitutionnelle est inévitable si l'on veut lutter avec efficacité contre l'immigration étrangère; sinon, le législateur fédéral n'aurait pas d'autres ressources que de laisser aux cantons le soin d'élargir la naturalisation et l'incorporation jure soli, que de leur reconnaître des droits qu'ils ont de tout temps possédés et dont ils n'ont jamais fait usage. Une intervention législative aussi limitée ne conduirait pas au but. L'expérience est faite. Il n'est pas possible de confier aux cantons la réalisation d'une réforme rendue nécessaire par une situation qui compromet l'Etat tout entier; chaque canton ne pourrait prendre que les mesures appropriées à sa situation particulière; nous ne tarderions pas à nous trouver en présence de situations juridiques extrêmement compliquées en raison d'une foule de dispositions dissemblables sur l'incorporation jure soli. En mettant les choses au mieux, la réforme d'ensemble ne pourrait être que manquée, et c'est une réforme d'ensemble qu'exige la solution de la question des étrangers, car elle comporte l'admission de principes inconnus dans notre tradition juridique; ils ne pourront être introduits que pour tout le pays ou ils ne le seront pas; cela entraînera en outre, en matière d'assistance publique, des conséquences financières qui devront elles aussi être réglementées de la même manière pour toute la nation; enfin les inévitables conflits internationaux que provoque le jus soli ne pourraient guère être aplanis par une action diplomatique de la Confédération, car la diversité même des lois cantonales empêcherait les autorités fédérales d'invoquer des principes juridiques d'une application générale en Suisse pour défendre notre politique d'assimilation des étrangers vis-à-vis des autres Etats. La lutte ne saurait donc être menée avec chances de succès par des actions législatives morcelées.

La revision constitutionnelle dont nous avons démontré la nécessité pourrait avoir lieu de l'une ou l'autre des deux manières suivantes: 1° ou bien par une disposition d'ordre général donnant simplement à l'Etat fédéral des compétences nouvelles; 2° ou bien par une disposition détaillée introduisant la réforme in extenso dans la Constitution. »

Le Conseil fédéral, le Conseil des Etats et votre commission sont d'avis qu'il y a lieu de procéder à la revision constitutionnelle en introduisant dans la charte fédérale des dispositions susceptibles de réaliser la réforme, au moyen de propositions précises, mais d'ordre général.

Elle propose donc d'introduire dans la Constitution le système de l'incorporation jure soli.

L'incorporation jure soli est un mode d'acquisition

originale parallèle à l'acquisition du droit de cité en vertu de la consanguinité (jure sanguinis).

L'enfant est considéré comme suisse dès sa naissance. L'origine étrangère qu'il possède de ses parents est légalement ignorée. C'est précisément pour lutter contre les inconvénients du droit de cité acquis par la consanguinité, mode propice à la multiplication des colonies d'allogènes en Suisse, que la proposition est faite de consacrer l'acquisition du droit de cité suisse par l'incorporation jure soli.

Mais la consanguinité produit un inconvénient d'une autre nature. Elle multiplie les sans-patrie, qui, parce qu'ils ont séjourné sur notre sol sans esprit de retour en leur pays, ont perdu leur droit de cité étranger sans se soucier d'en acquérir un autre.

L'acquisition de la nationalité par l'incorporation jure soli fait disparaître du même coup ces deux inconvénients.

De plus, ce système a pour lui d'être basé sur un fait bien net et bien déterminé, celui de la naissance sur territoire suisse.

Enfin, cette incorporation peut être absolue ou relative, c'est-à-dire soumise à certaines conditions.

Le Conseil fédéral, le Conseil des Etats et votre commission, se rallient en principe au système de l'incorporation conditionnelle.

Ces conditions sont les suivantes:

Elles dépendent: a) du domicile des parents en Suisse; b) de la naissance en Suisse; c) de l'origine suisse de la mère.

Telles sont les grandes lignes du projet.

Cette politique d'assimilation est ainsi conçue sous le patronage et l'influence de deux idées qui sont chères au peuple suisse tout entier, idées qu'il vénère, et pour lesquelles il professe un véritable culte: 1° l'idée et l'influence de la famille dans sa source la plus naturelle et dans ce qu'elle a de plus noble: l'origine suisse de la mère par filiation; 2° l'influence de l'école, conséquence du domicile en Suisse.

Nous ne voulons pas prolonger notre exposé d'entrée en matière. Nous nous réservons de discuter lors de la délibération sur les différents articles de la réforme, les points de vue et les divergences qui existent entre les projets du Conseil fédéral, celui des Etats, de la majorité et des différentes minorités de la commission. Nous formulons une réserve plus spéciale en ce qui concerne l'admission du droit d'option qui fait l'objet d'une proposition de minorité de votre commission à laquelle nous appartenons.

Mais nous pensons que la réforme doit être adoptée dans son principe, car elle consacre un moyen capital de la politique que doit suivre la Suisse si elle veut absorber la population allogène la plus stable, celle qui, pour employer une expression du message, est issue d'immigrés établis chez nous depuis très longtemps et qui ont fait souche sur notre sol.

Nous vous proposons donc l'entrée en matière.

Weber-St. Gallen: An den vom Bundesrat und der Kommission vorgeschlagenen Massnahmen haben ganz besonders die Grenzkantone ein bedeutendes Interesse, so auch der Kanton St. Gallen. Man kann schon sagen, er war zum mindesten bis zum Kriegsausbruch überfremdet. Vom Jahre 1850 bis 1910 betrug im Kanton St. Gallen die Zunahme der Fremden nicht weniger als 47,1 %, in der Stadt St. Gallen die Fremdenziffer 35 % und in der st. gallischen Grenz-

und Hafenstadt Rorschach 45 %. Auch heute noch, nachdem die Welle etwas zurückgegangen ist, sind immer noch mehr als 11 % Ausländer im ganzen Kanton auf eine Bevölkerung von 300,000 Köpfen zu konstatieren. Kaum irgendwo anders als gerade im Kanton St. Gallen sind denn auch die wirtschaftlichen und politischen Rückwirkungen so drastisch in die Erscheinung getreten, wirtschaftliche Rückwirkungen, die sich darin äusserten, dass eine ganze Reihe kleinerer und grösserer Betriebe in ausländische Hände übergegangen sind und schweizerische Angestellte und Arbeiter durch Ausländer verdrängt wurden. Die Rückwirkung auf das geistige Leben namentlich in politischer Beziehung hat man beobachten können in den ersten verhängnisvollen Monaten des Krieges, wo die Auffassungen der Ausländer in einem Teil der st. gallischen Presse sehr stark abgefärbt haben, so dass der damalige Herr Bundespräsident, Herr Dr. Hoffmann, sich veranlasst sah, nach der Ostschweiz zu kommen und in einer Versammlung der dortigen Pressevertreter eindringlich auf die Pflichten der Neutralität und auf die besonders schwierige Stellung der Schweiz im Weltkrieg aufmerksam zu machen.

Im Kanton St. Gallen begrüsst man es infolgedessen, dass endlich von Bundes wegen etwas geschehen soll gegen die Ueberfremdung, die in die Erscheinung getreten ist. Ich erinnere mich an eine stark besuchte Versammlung, an der Herr Prof. Dr. Delaquis unter allgemeiner Zustimmung im Sinne der bundesrätlichen Vorschläge referierte, er wollte noch einen Schritt weitergehen. Er stellte sich durchaus grundsätzlich auf den Boden der Zwangseinbürgerung, des jus soli, in der Meinung, dass nicht bloss der Ausländer, der von einer Schweizerin als Mutter auf Schweizerboden geboren worden ist und längere Jahre bei uns wohnte, zwangsweise und unentgeltlich bei uns eingebürgert werden soll, sondern dass auch ohne Rücksicht darauf, ob der betreffende Ausländer von einer Schweizerin geboren worden sei, unter allen Umständen seine Zwangseinbürgerung erfolgen solle.

Ich habe mir erlaubt, in teilweiser Abänderung des Kommissionsvorschlages, in diesem Sinne einen Antrag zu stellen. Mein Standpunkt deckt sich in dieser Richtung mit den Vorschlägen der Neunkommission, die das Verdienst hat, die Frage der Regelung der Ausländerfrage in Fluss gebracht zu haben und deckt sich auch mit den Vorschlägen, die seinerzeit Herr Bundesrat Dr. Hoffmann in dieser Angelegenheit gemacht hat. Ich würde es also in dieser grundsätzlichen wichtigen Frage wagen, noch einen Schritt weiterzugehen als Bundesrat und Kommission, allerdings um alsdann den Standpunkt zu vertreten, dass für die freiwillige Geldeinbürgerung eine Reihe von Kautelen aufgestellt werden müssen, die bis anhin nicht bestanden haben. Denn gerade auch im Kanton St. Gallen haben wir während des Krieges und seither ein starkes Anschwellen der Einbürgerungen in vielen Gemeinden erlebt. Man begreift, dass die Gemeinden hier und dort der Versuchung unterlegen sind, gegen ein schönes Stück Geld Leute in ihr Heimatrecht aufzunehmen, die entweder gar keine oder nur sehr entfernte Beziehungen zu diesen Gemeinden gehabt haben, Leute, die sich in der Folge nicht gerade als besonders tüchtige und grundsatzfeste Eidgenossen erwiesen haben. Man hat nicht zu Unrecht, besonders in einer Eingabe der schweizerischen republikanischen Vereinigung, von

einem eigentlichen Bürgerrechtsschacher gesprochen, der sich über unser Land verbreitet habe in den Tagen, in denen den Ausländern das schweizerische Bürgerrecht plötzlich wert und teuer erschien, das gleiche Bürgerrecht, das man früher als eine sehr wenig wertvolle Sache betrachtet hat. Wenn auf der einen Seite auf dem Wege der Zwangseinbürgerung die ausländischen Elemente in unser Heimatrecht übergeführt werden sollen, die wirklich assimiliert sind, so soll auf der andern Seite mit aller Vorsicht verfahren werden denen gegenüber, die nur durch Geldeswert sich in den Besitz dieses wertvollen Gutes setzen wollen.

Wenn die Massnahmen zur Bekämpfung der Ueberfremdung unseres Landes wirksam sein sollen, so kann und darf es mit dem, was heute vorgeschlagen wird, nicht sein Bewenden haben. In engem Zusammenhang mit den bundesrätlichen Vorschlägen steht die Revision der Bestimmung und Vorschriften über die Niederlassung und den Aufenthalt. Man wird beim Abschluss neuer Verträge mit dem Auslande vorsichtiger sein müssen als bis jetzt. Es kann meines Erachtens davon nicht die Rede sein, dass man in nächster oder auch nur absehbarer Zeit die Türen des Schweizerhauses einfach jedem wieder öffnet, der Einlass begehrt. Wir werden vielmehr auch in Zukunft die Zulassung von Fremden, namentlich auch von fremden Arbeitskräften, abhängig machen müssen vom Bedürfnis nach solchen, von der Lage des Arbeitsmarktes. Man wird dafür sorgen müssen, dass Leute, die zu irgendeinem Zweck in unser Land hineinkommen, sich nicht dauernd bei uns niederlassen und Schweizer verdrängen, die bis anhin auf der heimatischen Scholle ihr Auskommen gefunden haben. Dass, wie letzter Tage in einer Publikation des eidgenössischen Auswanderungsamtes zu lesen war, in den nächsten Jahren nicht weniger als 10,000 Schweizerbürger den Weg über den Ozean werden suchen müssen, um irgendwo in den Vereinigten Staaten von Nordamerika oder Südamerika Unterkunft zu finden, ist wohl ein Beweis dafür, dass es unseren einheimischen Angestellten und Arbeitern immer schwerer fällt, das tägliche Brot zu verdienen und dass offenbar doch viele dieser Schweizer denjenigen Platz machen mussten, die von auswärts in unser Land gekommen sind.

Ich gebe zu, die Regelung der Fremdenfrage ist ja nicht allein von dem abhängig, was durch den revidierten Artikel Gesetz werden wird. Man wird sich in der Schweiz auch etwas mehr anstrengen müssen, um der ausländischen Konkurrenz standzuhalten. Wir werden unsere jungen Leute, die in Handel, Gewerbe und Industrie unterkommen sollen, besser ausbilden und wir werden vor allem etwas mehr schweizerischen Geist betätigen müssen. Man wird nicht vor dem fremden Gelde auf den Knien liegen dürfen, wie es leider nicht selten vorgekommen ist. Man soll dem ausländischen Geist begegnen durch die Betätigung einer wahrhaft schweizerischen, freiheitlichen Gesinnung.

Sehr einverstanden mit den Vorschlägen der Kommission — ich möchte sie, wie gesagt, noch etwas erweitern — sehr einverstanden mit allem, was der Bundesrat selber in Aussicht genommen hat, für die Regelung der Verträge über die Niederlassung und den Aufenthalt, aber ich glaube, dass das Schweizervolk daran erinnert werden muss, dass es schliesslich seines eigenen Schicksals Schmied sei. Wenn es nicht

imstande ist, aus eigener Kraft der Gefahr der Ueberfremdung zu wehren, vermögen auch gesetzliche Massnahmen auf die Dauer die erhoffte Wirkung nicht auszuüben. Wahr ist das Dichterwort: «Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.» Dieses Dichterwort muss dem Schweizervolk in Erinnerung gerufen werden, in dem Moment, wo man auf gesetzgeberischem Wege einer Gefahr begegnen will, die zweifellos ausserordentlich nahe gerückt ist und deren Tragweite leider von vielen noch nicht richtig erkannt wurde.

Gelpke: Ich habe mit grossem Interesse den klaren und anschaulichen Ausführungen des Herrn Referenten von Arx zugehört. Sowohl der Inhalt der Botschaft des Bundesrates über die Massnahmen zur Bekämpfung der Ueberfremdung, wie auch die Ausführungen des Herrn Referenten von Arx über denselben Gegenstand haben Ihnen dargetan, was für einen gewaltigen Komplex von lebenswichtigen Fragen das Problem der Ueberfremdung umschliesst.

Aber der Bundesbeschluss, der hier vorliegt, hat eigentlich mit den Massnahmen zur Bekämpfung der Ueberfremdung gar nichts zu tun, er steht damit in gar keinem organischen Zusammenhang. Die Ueberfremdung wird nicht dadurch bekämpft, dass man die Einbürgerung erleichtert. Sie ist wohl ein Symptom, nicht aber die Ursache der Ueberfremdung. Die eigentlichen Ursachen der Ueberfremdung deckt diese Vorlage weder auf noch tut sie etwas, um dieselben zu bekämpfen. Man kann mit den Grundsätzen, wie sie im neuen Verfassungsartikel vorgelegt werden, einig gehen. Dagegen kann ich nicht die Auffassung teilen, dass diese Einbürgerungserleichterungsvorlage als Massnahme gegen die Ueberfremdung bezeichnet werden könne.

Wir stehen bei diesem Problem der Ueberfremdung vor einer ungemein wichtigen und im Grunde genommen noch viel zu wenig abgeklärten Angelegenheit soziologischer Natur. Wir verwechseln dabei viel zu sehr wirtschaftliche Errungenschaften mit Massnahmen, welche auf die Erhaltung und Stärkung unseres Volkstums abzielen. Das ist der grosse Irrtum, in dem wir uns befinden. Ich verstehe die Ausführungen des Herrn Referenten von Arx, wenn er sagt, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die mächtige industrielle Entfaltung in den 60er, 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hätten dazu geführt, dass eine gewaltige Masse von ausländischen Arbeitskräften in das Land hereingezogen wurde. Aber über den wirtschaftlichen Notwendigkeiten stecken die Lebensbedürfnisse des Volkes.

Wir haben vergessen, dass die wirtschaftliche Expansion in bevölkerungspolitischer Hinsicht zu einem Auswechslungsprozess geführt hat. Den Zehntausenden, welche ins Land hineinfluten, stehen Zehntausende Einheimischer gegenüber, die zurückfluten. Das ist vom soziologischen Standpunkte aus höchst bedenklich. Entweder arbeiten wir für die Stärkung und Erhaltung unserer eigenen nationalen Selbständigkeit und unserer eigenen Volkskraft; dann rangieren die wirtschaftlichen Postulate an zweiter Stelle. Oder wir arbeiten für die sogenannten wirtschaftlichen Notwendigkeiten, für die weltwirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, und dann bringen wir als Opfer dar das Dahinschwenden unseres Volkstums. Diese Fragestellung ist leider noch nicht ge-

macht worden. Entweder Erhaltung unseres Volkstums und Anpassung der sogenannten wirtschaftlichen Notwendigkeiten an die Lebensbedürfnisse desselben oder umgekehrt: wirtschaftliche Expansion à tout prix mit der Unterordnung der Bevölkerungsinteressen.

Wir haben es hier mit einem bevölkerungspolitischen Problem von unabsehbarer Tragweite zu tun. Es gibt keinen Staat in Europa, der in Hinsicht auf die Durchtränkung seines Volkstums mit fremden Elementen irgendwie mit der Schweiz in Parallele gestellt werden könnte. Zunächst möchte ich mir die Frage vorlegen: Sind wir in unserem Lande in gewisser Hinsicht bevölkerungsübersättigt? Haben wir es insbesondere mit einer Uebersättigung der städtischen Bevölkerung zu tun?

Halten wir etwas Umschau. Wenn wir die orographische Gestaltung unseres Landes in Betracht ziehen und uns daran erinnern, dass von der Gesamtfläche unseres Landes nur ungefähr 22,000 km² das ganze Jahr hindurch bewohnt sind, so ergibt sich eine Bevölkerungsdichtigkeit pro km von 182 Köpfen. Wie steht es nun mit den Bevölkerungsverhältnissen in den einzelnen europäischen Ländern? An erster Stelle steht Belgien mit 251 Seelen pro km², an zweiter Stelle rangiert Holland mit 207 und an dritter Stelle folgt die Schweiz mit 182 Köpfen pro km², unter der Voraussetzung, dass wir die bewohnte Fläche in Betracht ziehen. Da ist es für ein Land, das keine Rohstoffe, keine natürlichen Hilfsmittel, keinen Anteil am Seehandel besitzt, das keine freie Verbindung hat mit dem Meere, ein ausserordentlich gewagtes Experiment, sich hemmungslos der weltwirtschaftlichen Expansion hinzugeben.

Alle Länder um uns herum gehen dem Ueberfremdungsproblem viel energischer zu Leibe. Erinnert sei an England, Frankreich, Deutschland, Italien, an die Vereinigten Staaten usw. Das freie Spiel des Hin- und Herwanderns der Bevölkerungselemente bleibt fast ausschliesslich der Schweiz vorbehalten. Und in welchem gewaltigen Ausmass. Wenn man zur überseeischen Auswanderung die sogenannte Binnenmigration hinzuzählt, so mögen jedes Jahr gegen 20,000 Personen auswandern. Ebensoviele Köpfe umfasst die jährliche Einwanderung. Wie wollen wir diese Menschenmassen in Krisenzeiten mit unseren geschwächten Nährständen erhalten?

Wie kritisch sich die Situation gestalten kann, haben die Kriegs- und Nachkriegsjahre dargetan. Wir wissen alle, auch vom Bundesratstische ist in diesem Sinne gesprochen worden, dass wir einer nochmaligen schweren Wirtschaftskrise nicht gewachsen wären. Mit Palliativmitteln ist hier nicht geholfen. Es nützt auch nichts, wenn wir uns etwa vortäuschen, dass auf dem Wege der Erleichterung der Einbürgerung, durch bürokratische Massnahmen unser Bevölkerungsorganismus gestärkt werden könnte.

Was vor allem gerügt werden muss, das ist der Mangel an einwandfreien statistischen Unterlagen über die Bevölkerungsbewegung. Ich habe vor kurzer Zeit im Popolo d'Italia eine ausserordentlich interessante Darstellung über die italienische Bevölkerungspolitik gesehen. Alle wünschenswerten Angaben über den Umfang der italienischen Auswanderung konnten gegeben werden. Da wird berichtet, dass beispielsweise die Binnenauswanderung, also die Auswanderung in die umliegenden europäischen

Staaten zirka 68 % der gesamten Emigration umfasst. An erster Stelle rangiert Frankreich, das etwa 230,000 Italiener aufnimmt, dann folgen Belgien, die Schweiz mit 14,000 Köpfen, während nach Deutschland bloss etwa 1000 Individuen auswandern. Die Vereinigten Staaten fallen der Prohibitivmassnahmen wegen für die italienische Auswanderung kaum mehr in Betracht. Mich freuten die ausserordentlich instruktiven, sorgfältig durchgeführten, die Emigration betreffenden statistischen Untersuchungen. Wo haben wir ähnliches Material vorzuweisen? Ueber die Emigration aus der Schweiz in die Binnenländer fehlen alle Daten. Wenn man in dieser Hinsicht ohne Material dasteht, wie will man dann überhaupt sich über die Bevölkerungsbewegung und die Intensität des Durchdringens unseres Volkstums mit fremden Elementen ein Bild machen?

Ich stelle zusammenfassend fest: 1. dass unsere Städte übersättigt sind mit Bevölkerungselementen, 2. dass es an statistischen Unterlagen zur Beurteilung der Frage der Bevölkerungsbewegung über die Grenzen des Landes vollständig mangelt, 3. dass die Zahl der Fremden, wenn Sie die Naturalisation mit in Betracht ziehen, in stärkerer Masse anschwillt als die einheimische Bevölkerung. Sie werden an Hand der kurz skizzierten Ausführungen mit mir einig gehen, dass wir mit den gegebenen Mitteln das Problem der Ueberfremdung nicht zu lösen vermögen. Wir müssen dazu übergehen, nicht nur in bezug auf die Wirtschaft bestimmte Richtlinien festzulegen, sondern vor allem auch bestimmte Richtlinien zu verfolgen in bezug auf die Volkspolitik, die wir betreiben wollen. Ich will mich dem Eintreten auf die Vorlage nicht widersetzen. Ich wollte bloss dartun, dass diese Vorlage hier mit den Massnahmen gegen die Ueberfremdung im Grunde genommen nichts zu schaffen hat.

Schmid-Oberentfelden: Das Problem, über das wir zurzeit zu diskutieren haben, ist meiner Auffassung nach von dem Herrn Vorredner nicht richtig dargestellt worden. Er hat die Basis, auf der dieses Problem zu behandeln ist, verschoben, und zwar in einer Art und Weise, dass er sagt, was uns diese Massnahmen, die hier getroffen werden, nützen, sie können die wirtschaftliche Ueberfremdung doch nicht aufhalten; sie sind nicht imstande die soziologischen Ursachen zu erfassen. Infolgedessen sind sie im grossen und ganzen auch wertlos. Ich stelle aber — so führt Herr Gelpke aus — keinen Antrag auf Nicht-eintreten. Herr Gelpke hat in der Kommission ursprünglich lange geschwankt, ob er nicht gegen Eintreten sein sollte und er hat zum Schlusse dann noch eine Motion gestellt und bestimmte Massnahmen gegen die wirtschaftliche Ueberfremdung verlangt, Massnahmen, die er jedenfalls dann noch näher begründen will; denn wenn ich nicht irre, so ist ja sein Postulat auf der Vorlage unten als Postulat der Mehrheit der Kommission angeführt. Es heisst da: «Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, inwieweit Massnahmen gegen die wirtschaftliche Ueberfremdung ergriffen werden können.» Es wird noch Gelegenheit geben, über diesen Punkt zu sprechen.

Sodann ist zu sagen, dass Herr Gelpke an positiven Vorschlägen zur Begründung seines Postulates in der Kommission so wenig geboten hat, dass jedenfalls allgemein bei den Mitgliedern die Meinung verbreitet

war, dass der Bundesrat etwas Positives bringen sollte, was der Motionär resp. der Postulant nicht selber bringen konnte.

Um was handelt es sich nun heute? Es handelt sich nicht um die Lösung der Fremdenfrage, nicht um die Lösung des Problems der wirtschaftlichen Ueberfremdung, sondern im Grunde genommen einfach darum, ob man Massnahmen treffen will, die im Sinne der Entwicklung schon lange notwendig gewesen wären. Es ist also sehr wenig, was heute die Kommissionsmehrheit und was der Bundesrat vom Parlamente verlangen, ausserordentlich wenig, und deshalb verstehe ich nicht, wieso Herr Gelpke heute dazu kommt, zu sagen, man löste die Frage nicht, und dieses Wenige verhindern will. Er will den Boden der Diskussion verschieben, und so die Vorlage bekämpfen. Es gibt ja Leute, die der Auffassung sind, dass man die wirtschaftliche Entwicklung aufhalten könnte. Zu diesen Leuten gehört auch Herr Gelpke. Ich habe das in diesem Saale nicht erst heute, sondern schon ein anderes Mal gesagt. Seine Ausführungen sind von dieser Mentalität getragen; deshalb redet er auch von der Bevölkerungsübersättigung in den Städten, ohne uns einen Weg zu zeigen, wie das Problem zu lösen wäre.

Ich muss betonen, dass man in der Geschichte andere Perioden anführen könnte, wo es Leute gab, die der gleichen Meinung waren wie Herr Gelpke, und vom engen Horizont der Stadt aus ihre Wirtschaftspolitik betrachteten. Das war beispielsweise im ausgehenden Mittelalter der Fall, wo sich eine gewisse Uebervölkerung in den Städten geltend machte; wo die Herren der Stadt der Auffassung waren, dass man mit der Verlängerung der Lehrzeit und der Wanderjahre mit dem Monopol für den Meisterstand, mit möglichst hohen Zöllen, die an den Stadtmauern erhoben wurden, die Entwicklung aufhalten könnte. Und so haben einzelne Städte in ihrem Traume von der Autonomie der Stadt und der Abgeschlossenheit von aussen vielleicht noch einige Jahrzehnte dahin vegetiert, um eines schönen Tages einfach der allgemeinen Entwicklung zum Opfer zu fallen.

Es ist zu sagen, dass jedenfalls dies nicht eine Politik ist, die man als weit ausschauend bezeichnen kann, sondern das ist kurzsichtige Politik, die sich in Gegensatz setzt zu dem, was wird und dass eine solche Politik, wenn auch nicht heute, so doch in 10 Jahren oder 20 Jahren Fiasko machen wird. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Einwände des Herrn Gelpke zu betrachten; sie sind meiner Auffassung nach nicht im Interesse des Landes gelegen. Wenn man aus solchen Gesichtspunkten heraus das Wenige, was in dieser Vorlage steht, noch weiter beschränken möchte, statt noch etwas weiter zu gehen, als wir heute gegangen sind, so nützt man dem Lande nichts.

Ich möchte feststellen, dass es Leute gibt — zu diesen gehört Herr Gelpke nicht —, die der technischen Entwicklung sich entgegenstellen. Man brauchte in den verflossenen Monaten nur das zu lesen, was an Urteilen über die Entwicklung der Eisenbahnen vor 100 oder vor nur 80 Jahren niedergeschrieben worden ist; und was hochwohlweise und löbliche Magistraten damals, in ihrer Mentalität, von der Entwicklung voraus sagten, wie in gesundheitlicher Beziehung und vor allem in volkswirtschaftlicher Beziehung grosse Trugschlüsse gezogen wurden. Diese Leute dachten

ungefähr gleich, wie jene Bauern, die ursprünglich, als die elektrische Kraft in unserm Lande noch nicht eine so allgemein verbreitete Erscheinung war wie heute, sich beispielsweise in ihren Gemeinden der Einführung des elektrischen Lichtes widersetzen; die es auch ablehnten, elektrische Motoren für ihre Arbeit zu benutzen. Aber die technische Entwicklung ist weitergegangen und hat diese Leute eines Bessern belehrt. Und Menschen, die die Benützung der elektrischen Energie ablehnen, sind heute ausserordentlich selten und gehören in der Hauptsache schon der Vergangenheit an. Nun ist natürlich die technische Entwicklung im Grunde genommen viel augenfälliger und sinnenfälliger (man kann sie fast mit den Händen greifen), und infolgedessen wirkt sie überzeugender, als dies bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Fall ist. Aber auch Herr Gelpke kann es nicht leugnen; wir müssen die Tatsachen einfach hinnehmen, wie sie sind. Wir müssen uns damit abfinden, dass sich in den verflossenen Jahrzehnten in unserem Lande die Industrie entwickelt hat. Und man kann diese Industrie jedenfalls nur von zwei Gesichtspunkten aus betrachten, nämlich von dem Gesichtspunkte aus, dass sie so gefördert und so instand gestellt wird, dass sie die Konkurrenz mit dem Auslande aushält, oder dass man versuchen sollte, die Industrie überhaupt aus unserer Volkswirtschaft auszuschalten. Letzteres wird niemand können, und es wird niemand die Kühnheit haben, in diesem Falle zu behaupten, dass wir unsere Schweiz überhaupt ohne Industrie denken könnten. Aber es gibt Leute, die der Auffassung sind, dass man die Industrie bestimmt reglementieren könnte, dass man zugunsten, sagen wie der Entwicklung der Landwirtschaft, die industrielle Bevölkerung zurückdrängen könnte.

Ich behaupte, dass es eine ganz vermessene Forderung ist, wenn man solche Behauptungen aufstellt. Eine vermessene Forderung deshalb, weil man vorerst die Wege zeigen müsste, wie unsere Schweiz ohne eine entwickelte Industrie existieren könnte. Die Schweiz bildet heute im Grunde genommen ja nur ein kleines Glied der Weltwirtschaft, und die Massnahmen, die ergriffen werden, um unsere Schweiz nach aussen abzuschliessen, erscheinen mir im Grunde genommen wesensverwandt mit den Massnahmen der untergehenden Stadt der Zukunft. Ich habe die Ueberzeugung, dass jene Leute dem Lande und dem Staate keinen Dienst leisten, die in diesem Sinne Politik betreiben, sondern dass sie im Grunde genommen die Augen verschliessen vor der Entwicklung und versuchen, unser Land so gut als möglich von dieser Entwicklung fern zu halten, damit es vielleicht nach Jahrzehnten aus dem Schlafe und den Träumen erwacht, um feststellen zu müssen, dass wir vom Auslande überholt sind. Wir hören in den Räten und im Volke draussen oft, wie weit voran in der Welt die Schweiz sei, und wie sehr das Schweizervolk andern voraus sei. Da muss ich mich fragen, warum wir denn beispielsweise zur Verwirklichung einer notwendigen Massnahme wie der Alters- und Invalidenversicherung nun schon Jahre brauchen, um einen Verfassungsartikel herzustellen, und sogar Jahrzehnte, um das Gesetz zu vollenden; währenddem beispielsweise in England, in einem monarchistischen Staate, ein Lloyd George in ungefähr 7 Monaten ein Sozialversicherungsgesetz durchführt. Das geschah nicht in einer Republik, sondern in einer demokrati-

schen Monarchie. Ich muss sagen, des Rühmens dürfte bisweilen etwas weniger sein; im Inlande dürften wir etwas mehr lernen auch vom Auslande.

Da habe ich eigentlich unsern Kollegen von Arx nicht ganz verstanden, wenn er sein Referat mehr oder weniger eingestellt hat auf eine etwas enge Linie und einen politisch engen Gesichtspunkt; indem er allzu sehr hervorhob, man müsste die Schweiz und das Schweizertum vor ausländischen Einflüssen schützen. Herr von Arx wird zugeben, dass wir dem Auslande ausserordentlich viel verdanken in bezug auf unsere Kultur. Wir brauchen nur unsere deutschschweizerische Kultur zu betrachten. Aber es sind nicht nur unsere Deutschschweizer, die ausländischen Geistern sehr viel verdanken, sondern auch die Tessiner, und selbstverständlich auch die Welschschweizer haben dem Auslande viel zu verdanken. Ich erinnere vor allem an die Wertschätzung der Ausländer in der Zeit des Liberalismus; damals hatten die Ausländer eine höhere Wertschätzung erfahren. Ich kann hier die Geschichte nicht wiederholen, es würde mich zu weit führen. Aber Herr von Arx kennt sie genau. Er weiss, was in den dreissiger und vierziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts an deutschen liberalen Flüchtlingen in die Schweiz gekommen sind. Die Leute haben dann nicht nur an unsern Universitäten, sondern auch an andern Orten sehr Grosses gewirkt. Herr von Arx weiss auch, was z. B. Stephan Born, ein Führer der ersten sozialdemokratischen oder kommunistischen Arbeiterbewegung in der Schweiz für Basel bedeutet hat, usw. Alles das zeigt doch, dass ein so kleines Land, wie wir es sind, eine gewisse Dankbarkeit gegenüber dem, was an Gutem, was an Kulturförderndem vom Auslande in unser Land gekommen ist, an den Tag legen könnte. Zum Schluss ist es bei Herrn Nationalrat von Arx zum Ausdruck gekommen, man müsse statt dessen die ausländischen Einflüsse mehr oder weniger zurückdämmen.

Was sind denn das für ausländische Einflüsse? Die ausländischen Einflüsse, die in unser Land gekommen sind, sind zum Teil sozialdemokratische Einflüsse. Wenigstens behaupten gewisse bürgerliche Vertreter, dass der Klassenkampf, dass die Sozialdemokratie ausländisches Gewächs sei. Das ist natürlich nicht richtig, weil die sozialdemokratische Mentalität mit der industriellen Entwicklung auch ohne das Ausland bei uns in der Schweiz entstanden wäre. Das ist ganz selbstverständlich. Die Entwicklung des Sozialismus mag gefördert worden sein, weil viele Ausländer als Arbeiter in die Schweiz gekommen sind und weil sie gerade die Rechtlosigkeit doppelt gefühlt haben, empfunden haben, dass sie, wenn sie hier auch 5 oder 10 oder 20 Jahre gewohnt haben, nicht politisch gleichberechtigt wurden. Sie waren wirtschaftlich und politisch unterdrückt; sie waren wirtschaftliche Heloten und politische Heloten. Wer soll es da nicht begreifen, dass die Reaktion sich so entwickelt, dass diese Leute in viel ausgesprochenere Masse als Arbeiter, die politisch gleichberechtigt sind, die Ungerechtigkeit der heutigen Weltordnung fühlten und es auch zum Ausdruck brachten, dass sie damit nicht zufrieden seien.

Wäre es nicht viel besser gewesen und hätte es nicht im Interesse der historischen Parteien gelegen, wenn man schon frühzeitig den Ausländern entgegengekommen wäre und sie assimiliert hätte? Das wäre

viel weiter ausschauende Politik gewesen. Statt dessen hat man künstlich die Entfremdung aufrechterhalten und die Ueberfremdung gefährlich werden lassen. Denn es kann nicht ganz gleichgültig sein, wenn in den Grenzkantonen, wie in Genf und im Tessin, und in einzelnen Kantonen an der Grenze Deutschlands, die ausländische Bevölkerung in einer Art und Weise steigt, dass sie schliesslich sogar die Hälfte der ganzen Bevölkerung ausmacht. Das kann nicht ganz gleichgültig sein für das Bestehen eines Staates, weil dies unter Umständen in Zeiten der Erregung und in kriegerischen Zeiten zu Komplikationen führen könnte. Wenn man einen Fehler begangen hat, so war es der, dass man nicht vorher versucht hat, die Gegensätze auszugleichen.

Wirtschaftlich bestehen heute ausserordentlich grosse Gegensätze, um die sich eigentlich das ganze politische Leben dreht. Aber die Gegensätze, die innerhalb unseres Staates hinsichtlich der nationalen Zugehörigkeit bestehen, sind offenbar durch die rückständige Einbürgerungsgesetzgebung verschärft und gefördert worden. Ich behaupte, dass dies nicht im Interesse eines Staates und seiner Entwicklung gelegen ist. Ich behaupte im Gegenteil, dass man alles tun müs'e, um diese Gegensätze zu mildern. Ich sage das nicht deshalb, weil ich mir ausserordentlich viel verspreche für die allgemein wirtschaftlichen und soziologischen Probleme; aber weil auch eine Frage sekundärer Natur, wie diese, unter Umständen verhängnisvoll sein kann. Von meinem Standpunkte als Sozialdemokrat aus bin ich der Ueberzeugung, dass wir als Sozialdemokraten, ob Sie nun die Frage so oder anders lösen, deshalb unsere Politik, die sich auf wirtschaftliche Tatsachen gründet, weiterführen werden; dass wir logischerweise die bestehenden Gegensätze immer und wieder aufzeigen werden. Aber wir haben Ursache, zu verhindern, dass man versucht, Elemente, die zwar ihrer Abstammung nach andern Staaten angehören, dauernd aus unserer politischen Volksgemeinschaft auszuschliessen und ihnen den Stempel des Fremden auf die Stirne zu drücken und damit einen künstlichen Gegensatz beizubehalten, der nicht im Sinne der Entwicklung unseres Volkes liegt.

Herr Gelpke hat hier verschiedene Dinge gesagt. Als Leser des «Popolo d'Italia», des Organs des Herrn Benito Mussolini, hat er natürlich eine sehr grosse Freude daran gehabt, dass man in Italien eine Auswanderungstatistik nach dem Kontinent kennt. Ich weiss nicht, ob der Artikel im «Popolo d'Italia» auch von der vorübergehenden Auswanderung redet oder nur von der dauernden Auswanderung der Italiener. Es wäre ausserordentlich wichtig, dies zu wissen. Herr Gelpke hat dann den Bundesrat kritisiert, dass wir nicht eine solche Auswanderungstatistik haben. Dies wäre allerdings wünschenswert; ich gebe es zu. Aber man darf die Probleme nicht einfach nebeneinander stellen und betrachten, ohne ihren innern Wert abzuwägen. Da muss ich zugeben, dass es für Italien von sehr grosser Bedeutung ist, zu wissen, wie viele seiner Volksgenossen im Jahre, den Sommer hindurch, oder im ganzen Jahr, im benachbarten Auslande tätig sind, wieviele auch bei uns in der Schweiz arbeiten, denn es zieht reiche Einnahmen aus dieser Saisonarbeit. Diese Auswanderungsbewegung ist für uns in der Schweiz nicht von der Wichtigkeit, wie beispielsweise für Italien;

obschon auch viele unserer Leute ihr Brot im Auslande verdienen.

Ich muss aber feststellen, dass es unrichtig ist, wenn Herr Nationalrat Gelpke von einer Bevölkerungsübersättigung gesprochen hat. Die 182 Köpfe, die er für den km² als Wohnziffer angegeben hat, kann ich zurzeit nicht auf ihre Richtigkeit prüfen. Herr Gelpke hat Vergleiche über die Bevölkerungsdichtigkeit herbeigezogen. Vergleiche lassen sich aber nicht einfach heranziehen; ohne dass man von der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes redet, ohne dass man davon redet, wie hoch die Bevölkerung in ihrer kulturellen Entwicklung steht, wie sehr sich beispielsweise in unserm Lande die Industrie spezialisiert hat, wie sehr sie imstande ist, unter Umständen durch Veredelungsarbeiten die Leute zu beschäftigen usw. Dies alles müsste herangezogen werden, damit der Vergleich vollgültig wäre. Das hat aber Herr Nationalrat Gelpke nicht getan, sondern er hat einfach auf die Tatsache hingewiesen, dass in unser Land jährlich soundso viele Fremde hereinkommen, sich hier niederlassen, Arbeit suchen und Arbeit finden und dass soundso viele Schweizer ins Ausland wandern, um dort Arbeit zu finden. Er hat nicht untersucht, ob unsere Schweizer gewillt sind, beispielsweise die Maurerarbeit zu verrichten, beispielsweise in der Textilindustrie alles zu leisten, was dort zu leisten ist usw. Das sind alles Fragen, die man nicht in dieser Allgemeinheit erörtert und einander gegenüberstellt, sondern die genau untersucht und ergründet werden müssen, wenn man ein einigermaßen auf Gültigkeit Anspruch machendes Urteil abgeben will. So kann man leicht polemisieren, wie Herr Gelpke polemisiert hat. Man müsste aber Wege zeigen, wie man die industrielle Entwicklung ändern könnte, ohne unserer Volkswirtschaft zu schaden. Ich bin der Auffassung, dass man das nicht ändern kann, weil die wirtschaftliche Entwicklung weiter geht und wir im Grunde genommen nur einen kleinen Kanton Europas darstellen, der mit der Wirtschaft Europas noch viel enger verknüpft ist als beispielsweise die umliegenden Staaten. Wenn wir alles das betrachten, so ist es ganz selbstverständlich, dass wir auf diese Vorlage eintreten. Es ist aber eine viel zu zaghafte Vorlage. Ich habe mit Herrn Nationalrat Weber die Auffassung, dass man weitergehen müsste. Ich habe seinerzeit in der Kommission einen ähnlichen Antrag gestellt wie er, die Kommission war aber gegenteiliger Auffassung.

Herr Gelpke hat in der Kommission noch viel schärfer gesprochen, als er es heute getan hat; ich verstehe aber nicht, wie man noch in dieser Weise sprechen kann. Man müsste imstande sein, zu zeigen, dass das etwas nützen würde für die Entwicklung unseres Staates, was Herr Gelpke vorgetragen hat. Er will aber nur die Beschränkung im Sinne des Herrn Gaudard, der übrigens alles getan hat, um die Vorlage zu reduzieren.

Ich weiss ganz genau, was nun kommen wird: Man wird kommen und uns erzählen, dass das Volk für unsere Vorlage noch nicht reif sei und dass das Volk die Vorlage nicht gutheissen werde. Man wird in dieser Richtung alles das, was man an eigenen Bedenken hat und was man an eigenem Widerstand aufbringt, in die angebliche Meinung des Volkes kleiden. In Wirklichkeit ist es aber doch so, dass Sie diese Mentalität im Volke grossgezogen haben. Ich

bin überzeugt, dass, wenn die Vorlage in einer rückschrittlichen Weise behandelt würde und deshalb verworfen wird, Sie damit der Sozialdemokratie zum mindesten keinen Schaden zufügen.

Um auf den politischen Standpunkt zu sprechen zu kommen: Ich bin überzeugt, dass es im Interesse des Landes liegt, die Vorlage, ganz abgesehen von irgendwelchen politischen Meinungen, als eine Notwendigkeit hinzunehmen. In der bescheidensten Art, wie sie dem Rate heute unterbreitet wird, bedeutet sie doch nur einen Anfang, Probleme zu lösen, die unnötigerweise in unserm Lande Differenzen künstlich erweitern, die an und für sich bestehen, die aber gemildert werden könnten, zu all den andern Differenzen, die wir in wirtschaftlicher und politischer Beziehung schon haben.

Wir werden für Eintreten stimmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 25. März 1925.
Séance du matin du 25 mars 1925.

Vorsitz — Présidence: Hr. Mächler.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 115 hiervor. — Voir page 115 ci-devant.)

M. Motta, conseiller fédéral: L'entrée en matière n'a pas été combattue. Une certaine concordance d'opinions s'est manifestée. J'aurais donc pu renoncer à prendre la parole sur l'entrée en matière. Si cependant, j'estime de mon devoir de vous présenter quelques observations, cela est dû à l'importance politique et en même temps à la délicatesse de l'argument. Le projet du Conseil fédéral date de 1920. Nous sommes aujourd'hui dans la 5^e année depuis la présentation du projet. C'est vous dire que le projet a été discuté longtemps et sous toutes ses faces, aussi bien dans le Conseil des Etats et au sein de sa commission que dans la commission du Conseil national. Le Conseil fédéral, depuis son message de 1920, a même été appelé à présenter aux Chambres un message supplémentaire, en l'année 1922, à la suite des résistances nombreuses et d'ailleurs parfaitement explicables qui s'étaient fait jour dans la commission du Conseil des Etats. En comparant le projet primitif avec les propositions de 1922, vous constaterez, Messieurs, qu'il y a eu dans l'attitude même du Conseil fédéral des variations sensibles. Nous étions, en 1920, trop près encore des mouvements politiques et spirituels déterminés par la guerre. Une certaine tendance de nationalisme suraigu troublait et agitait les esprits dans notre peuple. Le Conseil

des Etats avait l'impression très nette que le projet présenté par le Conseil fédéral n'aurait pas reçu un bon accueil devant le peuple. Il craignait donc l'échec final de la revision.

Aussi bien ai-je cru de mon devoir d'insister, au nom du Conseil fédéral, avec toute la puissance de persuasion dont j'étais capable, pour amener la commission à faire un rapport d'entrée en matière, tout en accordant les concessions nécessaires aux oppositions qui m'avaient paru légitimes. Je dois dire ici que si le Conseil des Etats est entré en matière, cela est dû surtout à l'étude extrêmement consciencieuse, au rapport imposant — ce qualificatif est bien mérité — du président de la commission, M. Hildebrand, député du canton de Zoug. A la lecture de ce rapport dans le Bulletin sténographique de l'Assemblée, vous aurez constaté qu'il représente à un degré supérieur la conscience de l'homme qui a étudié, creusé un problème et qui, vaincu par les résultats de son étude, exprime loyalement son sentiment: il faut entrer en matière.

Ce que le Conseil des Etats a fait est un travail de simplification et de condensation. A l'heure actuelle le projet qui vous est soumis est le minimum de ce qui peut être présenté et demandé. J'ajoute, pour rester dans les limites de ce qui est ma conviction personnelle, que si vous dépassiez ce minimum vous risqueriez de créer des dangers redoutables à la proposition de révision. C'est la raison pour laquelle je ne pourrai pas entrer dans les vues de votre collègue M. Weber et de quelques autres qui pourraient être tentés de le suivre.

Le fait de l'invasion étrangère — il ne faut pas prendre ce terme d'invasion dans un sens trop imagé et excessif, mais c'est le seul dont je puisse me servir pour rendre le mot allemand d'« Ueberfremdung » qui n'a son équivalent ni en français ni en italien — le fait de l'invasion étrangère, dis-je, est indiscutable; il est d'une clarté aveuglante pour tout homme qui se penche un instant sur les statistiques.

Je ne veux pas abuser des chiffres, mais je voudrais cependant vous en donner quelques-uns qui sont le complément de ceux qui vous ont été fournis par M. le président de la commission et par M. le rapporteur de langue française. Ils sont aussi significatifs que des chiffres peuvent l'être, si l'on perce l'enveloppe dont ils sont entourés. Ils permettent de comprendre l'évolution formidable qui a fait de la Suisse, dans l'espace d'un peu plus d'un demi siècle, d'un Etat à type plutôt pastoral et agricole un Etat fortement industriel.

En 1850, le nombre des étrangers était de 71,570, soit de 2,90% de la population. Nous étions alors au-dessous du pourcentage que les sociologues admettent comme étant compatible avec le maintien de l'intégrité nationale.

En 1910, le nombre des étrangers était de 552,011 et le pourcentage avait bondi de 2,90 à 14,70%.

Entre 1910 et 1920 il y eut la guerre. S'il n'y avait pas eu la guerre et si nous n'avions pu prendre certaines mesures durant cette période, il est bien à craindre que le pourcentage déjà si redoutable aurait fait encore un nouveau bond en avant. La guerre a rappelé beaucoup de citoyens dans leurs foyers et sur les champs de bataille. Leurs familles les ont suivis, mais malgré cela, en 1920, le nombre des

Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Révision de l'art 44 de la Constitution.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1925
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.03.1925
Date	
Data	
Seite	115-128
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 832

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

bin überzeugt, dass, wenn die Vorlage in einer rückschrittlichen Weise behandelt würde und deshalb verworfen wird, Sie damit der Sozialdemokratie zum mindesten keinen Schaden zufügen.

Um auf den politischen Standpunkt zu sprechen zu kommen: Ich bin überzeugt, dass es im Interesse des Landes liegt, die Vorlage, ganz abgesehen von irgendwelchen politischen Meinungen, als eine Notwendigkeit hinzunehmen. In der bescheidensten Art, wie sie dem Rate heute unterbreitet wird, bedeutet sie doch nur einen Anfang, Probleme zu lösen, die unnötigerweise in unserm Lande Differenzen künstlich erweitern, die an und für sich bestehen, die aber gemildert werden könnten, zu all den andern Differenzen, die wir in wirtschaftlicher und politischer Beziehung schon haben.

Wir werden für Eintreten stimmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 25. März 1925.
Séance du matin du 25 mars 1925.

Vorsitz — Présidence: Hr. Mächler.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 115 hiervor. — Voir page 115 ci-devant.)

M. Motta, conseiller fédéral: L'entrée en matière n'a pas été combattue. Une certaine concordance d'opinions s'est manifestée. J'aurais donc pu renoncer à prendre la parole sur l'entrée en matière. Si cependant, j'estime de mon devoir de vous présenter quelques observations, cela est dû à l'importance politique et en même temps à la délicatesse de l'argument. Le projet du Conseil fédéral date de 1920. Nous sommes aujourd'hui dans la 5^e année depuis la présentation du projet. C'est vous dire que le projet a été discuté longtemps et sous toutes ses faces, aussi bien dans le Conseil des Etats et au sein de sa commission que dans la commission du Conseil national. Le Conseil fédéral, depuis son message de 1920, a même été appelé à présenter aux Chambres un message supplémentaire, en l'année 1922, à la suite des résistances nombreuses et d'ailleurs parfaitement explicables qui s'étaient fait jour dans la commission du Conseil des Etats. En comparant le projet primitif avec les propositions de 1922, vous constaterez, Messieurs, qu'il y a eu dans l'attitude même du Conseil fédéral des variations sensibles. Nous étions, en 1920, trop près encore des mouvements politiques et spirituels déterminés par la guerre. Une certaine tendance de nationalisme suraigu troublait et agitait les esprits dans notre peuple. Le Conseil

des Etats avait l'impression très nette que le projet présenté par le Conseil fédéral n'aurait pas reçu un bon accueil devant le peuple. Il craignait donc l'échec final de la revision.

Aussi bien ai-je cru de mon devoir d'insister, au nom du Conseil fédéral, avec toute la puissance de persuasion dont j'étais capable, pour amener la commission à faire un rapport d'entrée en matière, tout en accordant les concessions nécessaires aux oppositions qui m'avaient paru légitimes. Je dois dire ici que si le Conseil des Etats est entré en matière, cela est dû surtout à l'étude extrêmement consciencieuse, au rapport imposant — ce qualificatif est bien mérité — du président de la commission, M. Hildebrand, député du canton de Zoug. A la lecture de ce rapport dans le Bulletin sténographique de l'Assemblée, vous aurez constaté qu'il représente à un degré supérieur la conscience de l'homme qui a étudié, creusé un problème et qui, vaincu par les résultats de son étude, exprime loyalement son sentiment: il faut entrer en matière.

Ce que le Conseil des Etats a fait est un travail de simplification et de condensation. A l'heure actuelle le projet qui vous est soumis est le minimum de ce qui peut être présenté et demandé. J'ajoute, pour rester dans les limites de ce qui est ma conviction personnelle, que si vous dépassiez ce minimum vous risqueriez de créer des dangers redoutables à la proposition de révision. C'est la raison pour laquelle je ne pourrai pas entrer dans les vues de votre collègue M. Weber et de quelques autres qui pourraient être tentés de le suivre.

Le fait de l'invasion étrangère — il ne faut pas prendre ce terme d'invasion dans un sens trop imagé et excessif, mais c'est le seul dont je puisse me servir pour rendre le mot allemand d'« Ueberfremdung » qui n'a son équivalent ni en français ni en italien — le fait de l'invasion étrangère, dis-je, est indiscutable; il est d'une clarté aveuglante pour tout homme qui se penche un instant sur les statistiques.

Je ne veux pas abuser des chiffres, mais je voudrais cependant vous en donner quelques-uns qui sont le complément de ceux qui vous ont été fournis par M. le président de la commission et par M. le rapporteur de langue française. Ils sont aussi significatifs que des chiffres peuvent l'être, si l'on perce l'enveloppe dont ils sont entourés. Ils permettent de comprendre l'évolution formidable qui a fait de la Suisse, dans l'espace d'un peu plus d'un demi siècle, d'un Etat à type plutôt pastoral et agricole un Etat fortement industriel.

En 1850, le nombre des étrangers était de 71,570, soit de 2,90% de la population. Nous étions alors au-dessous du pourcentage que les sociologues admettent comme étant compatible avec le maintien de l'intégrité nationale.

En 1910, le nombre des étrangers était de 552,011 et le pourcentage avait bondi de 2,90 à 14,70%.

Entre 1910 et 1920 il y eut la guerre. S'il n'y avait pas eu la guerre et si nous n'avions pu prendre certaines mesures durant cette période, il est bien à craindre que le pourcentage déjà si redoutable aurait fait encore un nouveau bond en avant. La guerre a rappelé beaucoup de citoyens dans leurs foyers et sur les champs de bataille. Leurs familles les ont suivis, mais malgré cela, en 1920, le nombre des

étrangers était encore de 404,970 et le pourcentage de 10,4%.

Vous n'avez cependant pas encore une image exacte de la réalité si vous ne prenez que ces chiffres. Il faut vous représenter un instant quelle est la distribution des étrangers dans le pays. Il faut que vous pensiez un instant que Genève, en 1910, était une cité dans laquelle la population étrangère et la population suisse étaient en nombre égal. Il faut que vous sachiez que Bâle était une ville menacée de devenir avec le temps en majorité allemande. Il faut que vous n'oubliez pas que Lugano était déjà à ce moment-là une ville en majorité italienne!

Si j'abandonne les exemples tirés de la situation de quelques cités pour examiner la distribution des étrangers sur le territoire total de quelques cantons, je trouve ces chiffres: Zurich avait en 1910 20,3% d'étrangers, en 1920 13,8%, Bâle avait en 1910 37,6% et en 1920 27,2%, le Tessin en 1910 28,2% et en 1920 21,9%, Genève en 1910 40,10% et en 1920 30,7%.

Telle est la situation. Quelles en sont les causes? Je ne voudrais pas refaire le rapport si remarquable du M. le président de la commission, mais qu'il me soit permis au moins de dire que ces chiffres accusent dans l'Etat suisse une grande force et une grande faiblesse. Une grande force, parce que ces chiffres indiquent la puissance d'attraction de notre pays; une grande faiblesse, parce qu'ils indiquent son incapacité d'absorber et d'assimiler les étrangers qui affluaient vers lui.

Une grande force. D'où vient-il que tant d'étrangers ont cherché et cherchent encore une amélioration de leur sort chez nous? On pourrait discuter sur les causes à l'infini; on pourrait donner à l'une une prépondérance sur l'autre; il est clair qu'il y en a plusieurs.

Notre peuple jouit d'un bien-être considérable, si celui-ci est comparé à celui d'autres pays. Les salaires que l'ouvrier touche en Suisse sont supérieurs à ceux que l'ouvrier touche dans d'autres pays en Europe. Nous ouvrons largement nos écoles. L'instruction, répandue comme une grande lumière de la démocratie, est le symbole de ce que nous voulons être et de ce à quoi nous tendons. Tout cela attire l'étranger. Nous sommes un pays de liberté, et nous sommes surtout un pays d'égalité de traitement entre l'étranger et le Suisse. Il y a peu de pays dont la pratique vis-à-vis des étrangers ait été aussi libérale qu'elle ne l'a été en Suisse. Et enfin, n'oublions pas la beauté merveilleuse de certaines de nos contrées, que ce soit Lausanne, que ce soit Genève, que ce soit Lugano! Le Créateur a semé tant de beautés sur ces régions, il y a tant de sourire dans leur nature, il y a tant d'attraction en elle que les étrangers y viennent en foule pour y jouir des plaisirs de la vie.

Mais quelle est notre faiblesse?

Ces étrangers, nous n'avons pas pu, nous ne pouvons pas les absorber. Pourquoi? Et d'abord ces étrangers, comment sont-ils constitués? Le contingent le plus fort est donné par les Allemands; viennent ensuite les Italiens et en troisième lieu les Français; je ne parle pas des autres nations qui ne sont pas représentées au même degré. Allemands, Italiens, Français sont les citoyens de trois grandes nations. L'individu participe, lui aussi, de la puissance de l'Etat

auquel il appartient. L'Allemand était fier autrefois de cette grande hégémonie que l'Allemagne s'était conquise; aujourd'hui encore, il est fier que son pays, après les formidables revers dont il a été victime, se prépare à se refaire une vie nouvelle, à se reconstituer grâce à la discipline, à la méthode, à la force de travail de son peuple. Les Italiens, qui étaient déjà un peuple en plein essor, sont aujourd'hui à juste titre fiers des victoires conquises. Il vibre dans l'âme italienne une flamme sacrée qui trouve un aliment dans les glorieuses traditions du passé et dans les événements du présent. Les Français, après les preuves magnifiques de résistance que la France a prodiguées dans la grande guerre, sont fiers d'appartenir à un peuple qui a porté au delà de limites imaginables l'héroïsme des hommes en lutte pour la liberté dans leur pays.

Comprenez-vous la difficulté nouvelle qu'il y a à persuader le citoyen de ces Etats à s'assimiler complètement à nous, à acquérir le droit de cité, à devenir citoyen suisse!

Nous-mêmes, que faisons-nous? Nous demandons aux citoyens qui essaient dans le monde et qui portent partout l'honneur du nom suisse, de rester des Suisses à l'étranger. Lorsque, à la deuxième ou à la troisième génération, des anciens Suisses se fondent complètement dans la masse étrangère, perdent leur droit de cité, maintiennent des sentiments de sympathie pour l'ancien pays, mais en se sentant désormais des citoyens du pays nouveau, nous regardons ce phénomène, d'ailleurs inéluctable, avec des sentiments de mélancolie. Soyons justes. Nous ne pouvons pas faire un grief aux gouvernements des autres pays de chercher à maintenir le sentiment national dans les colonies étrangères en Suisse. Nous le faisons nous-mêmes pour nos colonies à l'étranger. On aurait donc tort de critiquer les gouvernements des pays étrangers s'ils suivent une politique analogue.

Ce péril de l'invasion étrangère en quoi consiste-t-il? C'est le point central de tout le problème. Si en effet, nous ne pouvions démontrer qu'il y a péril, le projet de revision de la Constitution n'aurait pas de raison d'être. Je passe sur des périls qui, à mes yeux, sont d'ordre secondaire. Pendant la guerre nous avons constaté combien certaine influence émanant des groupes d'étrangers établis sur notre sol était fâcheuse! Supposons que la Suisse soit entraînée dans un conflit armé avec un autre pays; la présence de groupes compacts étrangers fait surgir les questions les plus délicates. J'indique à peine que si les étrangers entrent trop nombreux chez nous, les nôtres seront fatalement obligés d'émigrer, étant donné que nous avons déjà atteint un degré de haute saturation démocratique. Je ne parle pas du chômage! Tout cela est grave, mais, Messieurs (vous me trouverez peut-être paradoxal), cela n'est pas l'essentiel.

Le péril essentiel, celui qu'il faut conjurer à tout prix, n'est pas là. Il est dans le fléchissement de l'esprit national; il est dans l'altération lente et fatale de nos mœurs! Non pas que je refuse les enrichissements que les étrangers nous apportent. Mais la force de la Suisse est avant tout une force morale. Le jour où cette force morale serait gravement atteinte, l'avenir du pays serait compromis!

Cet esprit national, de quels éléments est-il formé? Il serait sans doute difficile et peut-être téméraire de chercher à faire une analyse complète de cet esprit.

Dans une discussion comme la nôtre, il y aurait cependant une lacune si je ne faisais quelques remarques à ce sujet.

L'esprit national suisse est composé de plusieurs éléments. Je veux nommer ceux que je considère comme les principaux: l'amour de la liberté et de l'indépendance; le sentiment de l'égalité entre tous les hommes et entre toutes les classes. Le jour où nous aurions dressé dans le pays des parois étanches entre les classes et nous aurions méconnu ce principe élémentaire, fondamental de toute démocratie que tous les hommes sont vraiment égaux et qu'ils doivent se considérer comme tels, ce jour-là la substance de l'esprit suisse se serait évaporée. Un troisième élément réside dans la volonté de progrès lent, mais continu, réalisé par le peuple directement. J'entendais hier M. Schmid, votre collègue, dire: Nous nous vantons d'être un pays très élevé dans la hiérarchie politique et pourtant nous n'avons pas beaucoup de raison de nous vanter. Dans les autres pays, on a réalisé les œuvres sociales en quelques mois; nous nous débattons depuis des années devant ce problème et nous n'avons pas su encore le résoudre. C'est juste. Il n'y a pas d'homme impartial qui voudrait contester l'affirmation de M. Schmid. Seulement notre démocratie doit être prise telle qu'elle est. Si le peuple veut rester maître de sa destinée, si nous voulons que la démocratie directe c'est-à-dire le gouvernement du peuple par le peuple reste la caractéristique de notre état politique, nous devons nous résigner à certaines lenteurs dans le progrès social, nous trouverons une compensation morale à ces lenteurs dans le sentiment profond qu'aura chaque citoyen d'avoir collaboré directement, par sa volonté, à l'œuvre du progrès.

La démocratie suisse est un fait unique de l'histoire universelle. On ne pourrait la comparer avec celle des républiques du Moyen-Age ou des républiques de l'antiquité. Jamais peuple ne s'est gouverné par sa volonté collective, à ce degré, comme le peuple suisse. Une comparaison entre la république de l'Hellade et la République suisse n'aurait pas de raison d'être. Sans doute, la Grèce ancienne avait atteint les sommets de la beauté dans l'art, sans doute elle a apporté au monde le sens de la mesure, celui de l'harmonie, celui de la clarté. Mais, le gouvernement de la Grèce était le gouvernement d'une petite élite dominant une masse d'esclaves. La Suisse, elle, est un peuple qui est formé de citoyens égaux et qui se gouverne lui-même. Ce grand fait n'a pas son égal dans l'Humanité.

Les Etats qui nous entourent sont de grands Etats dont l'idéal politique est dans l'unité de la race et de la langue. Nous sommes un pays qui ne peut pas chercher son idéal dans cette direction, si élevée qu'elle puisse être; nous cherchons l'idéal de l'Etat dans la compréhension mutuelle; nous détestons les querelles de race et de langue. Au Tessin, on considère les confédérés comme des frères et dans le reste de la Suisse les confédérés tessinois sont également considérés au même titre. L'idéal de notre Etat est donc, à ce point de vue, supernational. C'est grâce à ce caractère spécifique de notre Etat que nous pouvons être et que nous sommes vraiment un facteur de paix, de justice et de bonne entente internationales.

Nous avons l'obligation de travailler, autant que

cela dépendra de nous, pour que votre esprit national soit sauvegardé.

Comment le faire? C'est ici que j'arrive à la question des remèdes à apporter à la situation que j'ai définie. Il y a deux remèdes principaux pour combattre l'excès des étrangers dans notre pays. L'un consiste dans une vigilance plus étroite de notre part, dans une politique d'établissement plus sévère. Le Conseil fédéral vous a proposé une révision de la Constitution qui vise à ce but. Ce n'est pas à moi qu'il appartiendra de défendre ce projet devant vous mais à mon collègue du Département de justice et police. L'autre remède consiste dans la naturalisation de tous les éléments qui sont assimilés ou assimilables. Cette idée, c'est toute la pensée du projet qui vous est présenté.

Nous obtenons, chaque année, une augmentation du nombre des citoyens suisses par la naturalisation volontaire d'environ 7000. Nous espérons que par l'incorporation des enfants de Suissesses devenues étrangères par le mariage, mais établies en Suisse, le nombre de ces naturalisations sera augmenté d'environ 5000. Nous pourrions ainsi assimiler environ 12,000 personnes chaque année. Ce chiffre n'est pas élevé, mais il paraît suffisant.

Le Conseil fédéral avait voulu aller plus loin. Il voulait qu'on naturalisât *jure soli* non seulement les enfants des anciennes Suissesses mariées à des étrangers, mais aussi les enfants de parents étrangers dont l'un au moins était né en Suisse. Mais une objection est apparue qui lui a semblé intéressante: pour les enfants des anciennes Suissesses, il y avait un critérium très simple d'incorporation communale. Ces enfants-là seraient attribués à la commune d'origine de la mère.

Pour les enfants d'étrangers nés en Suisse, l'incorporation communale constituait un problème singulièrement ardu. Fallait-il les attribuer à la commune du plus récent domicile? Fallait-il les attribuer à la commune du plus long domicile? Fallait-il risquer d'avoir dans la même famille des enfants incorporés à des communes différentes? La difficulté nous a paru si grave que nous avons fini par admettre qu'il fallait concentrer l'effort sur les enfants d'anciennes Suissesses. Nous avons la conviction d'être ainsi sur un terrain sûr. En vous demandant d'accepter ce principe, nous mêlons au *jus soli* un élément du *jus sanguinis*. A la force qui provient de la souveraineté territoriale vous ajouterez cette force puissante qui vient du sang de la mère.

On ne dira pas que les enfants d'anciennes Suissesses ne sont pas aptes à devenir de bons Suisses. Si la mère était une bonne Suissesse, les enfants le seront à leur tour. Nous ne saurions oublier, nous tous qui sommes ici, nous les hommes, que nous sommes davantage les enfants de notre mère que les enfants de notre père. C'est l'influence de la mère qui façonne l'âme de l'enfant, qui forme la conscience de celui qui est né de ses entrailles. L'origine suisse de la mère est une garantie, à mon avis essentielle, de la bonne assimilation des enfants.

Messieurs, je finis. Je n'ai qu'un mot à ajouter. Il y a un obstacle sur la route où nous marchons: la crainte des communes et des cantons d'avoir des charges excessives d'assistance. Mais nous y remédions en proposant dans le texte constitutionnel que la moitié au moins des charges d'assistance retombe-

ront sur les épaules de la Confédération. Celle-ci aura de ce chef un supplément de dépenses annuelles d'environ un demi million. Cette tranquillité, cet apaisement donnés aux communes et aux cantons sont nécessaires. La disposition proposée aidera les communes et les cantons à vaincre certaines résistances et certaines répugnances. Au jour du vote les citoyens suisses, rompant avec des préjugés, renonçant à certaines conceptions du passé, sauront regarder au delà de l'horizon borné de la commune, au-dessus même de l'horizon cantonal pour entrevoir l'horizon plus vaste de la patrie suisse dans l'intérêt de laquelle le projet vous est présenté.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.
(Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles.)

Art. 44, Abs. 1.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

von Arx, Berichterstatter: Ich darf es Ihnen nicht ersparen, zu Abs. 1 einige Bemerkungen rechtlicher Natur anzubringen.

Der bestehende Abs. 1 von Art. 44 enthält zwei Bestimmungen, welche Garantien betreffen, die aus dem Bürgerrecht fliessen: 1. Kein Kanton darf einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verbannen (verweisen). 2. Kein Kanton darf einen Kantonsbürger seines Bürgerrechtes verlustig erklären. Die erste Bestimmung betreffend die Verweisung kam 1874 in die Verfassung. Sie nahm den Inhalt eines Konkordates vom Jahre 1812 auf, wo die Kantone sich anheischig machen, keinen der gemeinen Sicherheit gefährlichen Schweizer aus ihrem Gebiet zu verbannen. Trotz diesem Konkordat kamen Ausweisungen von Kantonsbürgern wegen geringer Vergehen häufig vor. Namentlich wurden Klagen gegen den Kanton Bern geführt, dessen Gerichte sehr oft auch die eigenen Kantonsbürger wegen zuchtpolizeilichen Vergehen des Kantons verwiesen. Das kam noch Mitte des letzten Jahrhunderts vor. Um dem Uebelstand zu begegnen, schlug die ständerätliche Revisionskommission von 1865 eine Bestimmung vor, dahingehend, dass es Sache der Bundesgesetzgebung sei, festzustellen, unter welchen Bedingungen die Kantonsverweisung gegenüber Bürgern des eigenen Kantons verfügt werden dürfe. Weiter gingen die Räte, welche die Formel aufstellten, die nun in der Verfassung steht: «Kein Kanton darf einen Kantonsbürger aus seinem Gebiet verweisen, verbannen.»

Das Bundesgericht hatte in ständiger Praxis erkannt, dass das Verbot der Ausweisung nicht bloss für die Kantonsbürger, sondern auch für die Bürger anderer Kantone gelte. Das gehe aus Art. 60 der Bundesverfassung hervor, welcher die Kantone verpflichtete, alle Schweizerbürger in die Gesetzgebung und im gerichtlichen Verfahren dem Bürger des eigenen Kantons gleichzuhalten. Zum letzten Male erkannte nach dieser Richtung das Bundesgericht im Falle des

Anarchisten Bertoni gegen den Staat Neuenburg im Jahre 1910. Demnach galt der Satz, dass keine Verwaltungsbehörde und kein Gericht eines Kantons einen Schweizerbürger aus seinem Gebiete verweisen durfte.

Im Jahre 1916 hat dann das Bundesgericht diesen Standpunkt aufgegeben. Den Anstoss dazu gab wohl die Argumentation des Staatsrechtslehrers Prof. Burckhardt, die dahin geht, es sei die Strafe der Verweisung aus dem Heimatkanton ein von der Verweisung aus dem Niederlassungskanton verschiedener Tatbestand, weshalb der Art. 60 der Verfassung, der die Gleichstellung der Schweizerbürger verlangt, nicht zur Anwendung kommt. Demnach ist heute rechtens, dass das Verweisungsverbot nur für Kantonsbürger gilt.

Es bleibt die Frage, ob das Verbot der Verweisung auch gegen den Bund sich richte. Vor der Verfassung des Jahres 1874 bestand kein Hindernis, dass der Bund Schweizerbürger verbannte. Noch im Jahre 1873 erfolgte durch Beschluss des Bundesrates die Verbannung des apostolischen Vikars und Genferbürgers Gaspard Mermillod. Die Verbannung blieb aufrecht, auch als die neue Verfassung in Kraft trat. Man hatte damals keine Bedenken, dass die Verbannung eines Schweizerbürgers aus der Schweiz mit der Verfassung in Einklang stehe.

Die neuen Rechtslehrer vertreten eine andere Auffassung. Während Prof. Stooss in seinem Werke über die Grundzüge des Strafrechtes noch die Meinung äusserte, das Verbot der Ausweisung scheine für die Eidgenossenschaft nicht zu gelten, obschon der Grund des Verbotes auch hier zutrefte, stellt sich Prof. Fleiner in seinem Bundesstaatsrecht mit Entschiedenheit auf den Boden, dass die Verbannung eines Schweizerbürgers aus der Schweiz unzulässig sei. Er erklärt es als unverlierbares Recht des Bürgers, seine letzte Zuflucht in seinem Heimatstaate zu finden. Dem Bunde könne nicht erlaubt sein, was den Kantonen aus dem Grunde verboten ist, weil es unbillig sei. Der Staatsrechtslehrer Hilty führte aus, dass die Verbannung eines Bürgers aus dem heimatlichen Staatsgebiet des Staates unzulässig sei, denn es sei elementare Pflicht des Staates für das Wohl seiner Bürger zu sorgen. Die Massnahme verletze auch das Völkerrecht. Es brauche kein Staat einen Menschen zu dulden, den sein eigenes Land für zu gefährlich halte, um ihn bei sich zu behalten.

Die Vorlage des Bundesrates will der in der Rechtslehre vertretenen Auffassung auch im Wortlaut der Verfassung Ausdruck verschaffen. Deshalb wurde der Satz, dass kein Kanton seine Angehörigen aus dem Kantonsgebiet verweisen dürfe, durch die Bestimmung ergänzt, dass kein Schweizerbürger aus der Schweiz ausgewiesen werden darf. Das ist die Neuerung in Abs. 1. Durch diesen Satz werden die Bestimmungen des Bundesstrafrechtes von 1852 und des Bundesgesetzes über die Strafrechtspflege für eidgenössische Truppen vom Jahre 1851, welche die Verbannung von Schweizerbürgern aus der Schweiz androhen, hinfällig.

Die zweite Bestimmung des Abs. 1 von Art. 44 dahingehend, dass kein Kanton einen Bürger des Bürgerrechtes verlustig erklären darf, ist in der Vorlage des Bundesrates gestrichen worden. Die Bestimmung fand sich bereits in der Verfassung von 1848. Sie wurde ebenfalls zum Schutze der Bürger gegen ihren Heimatkanton aufgestellt, gab es doch

Kantone, wo der Uebertritt zu einer andern Konfession oder die Ehe mit einem Angehörigen einer andern Konfession mit dem Verlust des Bürgerrechtes bestraft wurde. In der Lehre des Staatsrechtes wird der Bestimmung die Bedeutung beigelegt, dass sie die Unverlierbarkeit, wie des Kantonsbürgerrechtes, so auch das mit diesem verbundenen Schweizerbürgerrechte garantiere. Ich verweise auf den Kommentar von Prof. Fleiner zum Bundesstaatsrecht.

In der Vorlage des Bundesrates nun, die Sie in den Händen halten, wurde dieses Verbot fallen gelassen. Warum? Der Grund ist in der Botschaft des Bundesrates mit keinem Wort erwähnt. Im Ständerat ging man über den Untergang der Bestimmung hinweg, ohne ihr Beachtung zu schenken. Die Prüfung der Zusammenhänge lässt den Schluss ziehen, dass die Streichung des Verbots deshalb erfolgte, weil in dem zweiten Absatz der Vorlage des Bundesrates die neue Bestimmung aufgenommen wurde, es stehe dem Bunde zu, über den Verlust des Schweizerbürgerrechtes zu verfügen. «Die Gesetzgebung über den Erwerb und den Verlust des Schweizerbürgerrechtes ist Sache des Bundes.» Damit ist auch die Befugnis, des Bürgerrechtes verlustig zu erklären, dem Bereiche der Kantone entrückt, das Verbot in Abs. 1 ist durch Abs. 2 der Vorlage des Bundesrates hinfällig geworden. Dass das den Grund für die Streichung bildete, wurde mir auch von Herrn Prof. Dr. Fleiner bestätigt, an den ich mich wandte. Es erfolgte nämlich die Streichung bereits in der Expertenkommission, der Herr Prof. Fleiner als Mitglied angehörte. Soviel zu Abs. 1 der Vorlage.

M. Morard, rapporteur: L'art. 44, al. 1, de la Constitution contient une interdiction faite au canton de renvoyer de son territoire l'un de ses ressortissants et de le priver de son droit d'origine et de cité.

Cet article consacre le principe que seuls les cantons sont souverains pour légiférer en cette matière et il tend à leur imposer cette double restriction en faveur des ressortissants. Le texte proposé diffère des anciennes formules, cela en raison du fait qu'il n'appartiendra plus aux cantons de légiférer en cette matière, mais à la Confédération.

La disposition relative à la garantie du droit de cité et du droit de résidence des ressortissants suisses dans leur canton d'origine est remplacée par une formule plus générale. Selon le texte du projet, le ressortissant suisse est toujours protégé contre toute possibilité d'expulsion du territoire suisse et de son canton d'origine.

Par contre, la privation du droit d'origine ou du droit de cité n'est plus l'objet d'une garantie aussi absolue. L'article constitutionnel projeté prévoit le cas de pertes du droit de cité suisse. Jusqu'à présent, ce droit se perdait par le renoncement volontaire. Il n'est prévu d'autres motifs de perte, désormais, que ceux qui émanent exclusivement de la seule volonté du citoyen suisse. Ils seront déterminés par la loi.

Ce sont là les deux points principaux de la réforme. Cet alinéa doit être d'ailleurs commenté en corrélation avec l'al. 2 qui prévoit que la législation fédérale règlera les questions relatives à l'acquisition et à la perte du droit de cité suisse.

Angenommen. — Adopté.

Art. 1, Abs. 2.

Antrag der Kommission.

Die Bedingungen für die Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer, sowie für den Verlust des Schweizerbürgerrechtes werden durch die Bundesgesetzgebung geordnet.

Proposition de la commission.

La législation fédérale déterminera les conditions auxquelles les étrangers peuvent être naturalisés, ainsi que celles auxquelles un Suisse perd sa nationalité.

von Arx, Berichterstatter: Der Abs. 2 von Art. 44 betrifft die Einbürgerung von Ausländern auf Begehren hin. Die Regelung geht dahin, dass die Aufnahme durch die Gemeinden und Kantone erfolgt, der Bund aber als Aufsichtsstelle die Bedingungen für die Aufnahme in einem Bundesgesetz festlegt. Das ist der Inhalt von Abs. 2 in der letzten Fassung.

Die Vorlage des Bundesrates wollte an dieser Regelung der Befugnisse keine prinzipielle Aenderung vornehmen. Der Bundesrat suchte, indem er der Expertenkommission folgte, eine präzisere Fassung. Er fand sie in dem Satze, der bereits von der Expertenkommission geprägt worden war: «Die Gesetzgebung über den Erwerb des Schweizerbürgerrechtes ist Sache des Bundes.»

Der Abs. 2 der alten Fassung spricht aber auch von dem Verzicht auf das Schweizerbürgerrecht. Auch die Bedingungen für den Verzicht hat der Bund aufzustellen. In dieser Beziehung brachte die Vorlage des Bundesrates eine Erweiterung. Es wurde vorgeschlagen, dass die Gesetzgebung über den Verlust des Schweizerbürgerrechtes schlechthin Sache des Bundes sein solle. Diese Aenderung wurde mit Ueberlegung vorgeschlagen und in der Botschaft begründet. Bis jetzt galt der Grundsatz, dass das Schweizerbürgerrecht unverjährbar und unverlierbar sei. Auch wenn längst ein fremdes Bürgerrecht erworben war und Kinder und Kindeskinder in diesem fremden Bürgerrecht aufgewachsen sind, bestand daneben doch das alte Schweizerbürgerrecht fort. Es geht nur durch Verzicht des Inhabers verloren. Die Schweiz steht mit dieser Regelung unter allen Staaten der Welt einzig da. Ueberall gilt sonst der Rechtssatz, dass wer sich im Auslande einbürgert, das heimatliche Bürgerrecht früher oder später verliert.

Bereits bei der Revision der Bundesverfassung von 1874 bemühte man sich, den Grundsatz von dem Verluste des Bürgerrechtes beim Erwerb eines fremden Bürgerrechtes aufzustellen. Die Bemühungen führten nicht zum Ziele. In der Expertenkommission wurde die Bemühung wieder aufgenommen. Der Satz, der dort aufgestellt wurde, fand einmütige Zustimmung. Er ging über in die Vorlage des Bundesrates, welche den Verlust des Bürgerrechtes der Bundesgesetzgebung anheimstellt.

Die Kommission des Ständerates schloss sich zunächst der Fassung des Bundesrates an. Auch bei der Beratung im Ständerat wurde kein Widerspruch gegen die Neuerung laut, dass statt vom Verzicht vom Verlust des Bürgerrechtes die Rede sei. Trotzdem wurde vom Ständerat nachträglich wieder auf den alten Text der Verfassung zurückgegriffen. Aber

nicht weil sich jemand an der Neuerung betr. den Verlust des Bürgerrechtes stiess, sondern weil in einigen Kreisen, deren Sprecher Herr Loretan war, die Befürchtung aufgetaucht war, es könnte in der neuen Fassung der Bestimmung über den Erwerb des Bürgerrechtes ein Eingriff in die Rechte der Kantone liegen, eine Befürchtung, die meines Erachtens durchaus grundlos war und auf Irrtum beruhte. Um der Befürchtung den Boden zu entziehen, beschloss dann der Ständerat, einfach den alten Satz der Verfassung stehenzulassen.

Nunmehr aber entstand im Artikel eine Lücke. Man hatte in Abs. 1 die Bestimmung betr. Verlust des Bürgerrechtes gestrichen, ohne sie im Absatz 2 zu ersetzen. Die bisherige Fassung von Abs. 2 spricht eben nur von dem Verzicht auf das Bürgerrecht, nicht auch vom Verluste. Die Kommission des Nationalrates hat die Lösung darin gefunden, dass die alte Fassung von Abs. 2 über den Erwerb des Bürgerrechtes beibehalten wird, dass aber im Satze statt vom Verzicht auf das Bürgerrecht von dessen Verlust gesprochen wird. Damit wird nicht etwa schon über den Verlust verfügt, sondern der Bund erhält bloss die Ermächtigung, den Verlust später im Gesetze vorzusehen. Die Frage, ob der Verlust eintreten soll, steht demnach noch vollständig offen. Damit wird die Lücke wieder ausgefüllt, welche die Fassung des Ständerates gelassen hat.

M. Morard, rapporteur: La disposition de l'al. 2 déroge au droit actuel (cf. art. 44, al. 2 actuel). Elle donne à la Confédération le droit de légiférer en matière d'acquisition et de perte de la nationalité suisse.

La formule du Conseil fédéral, dans son premier projet, est plus simple, mais elle consacre une idée qui paraît dépasser le cadre de la réforme, en ce sens que la Confédération recevrait d'après elle un pouvoir absolu et complet de légiférer aussi bien en ce qui concerne l'indigénat cantonal et intercantonal qu'en ce qui concerne l'acquisition du droit de cité suisse par l'étranger à la Suisse.

Avec le texte du Conseil fédéral, dans le premier et le second projets, la Confédération recevrait le pouvoir de déroger et d'abolir tout le droit cantonal en vigueur en matière de naturalisation et d'abandon du droit de cité cantonal et communal.

Cette disposition n'est pas en harmonie avec les arguments des deux messages; elle les dépasse. Il s'agit en effet d'atténuer les conséquences de la pénétration sur le sol suisse d'éléments étrangers et de régler les rapports juridiques de droit public interne et externe que fait naître leur nationalité et leur possibilité de devenir Suisses.

Dès lors, il suffit d'investir la Confédération du pouvoir de déterminer dans quelles conditions les étrangers peuvent être admis dans le droit de cité suisse. Les rapports de Suisses d'origine quant à ce droit demeurent réglés par le droit cantonal.

Toutefois, s'il s'agit pour un ressortissant suisse de renoncer à sa nationalité ou de déterminer les cas où il peut subir la perte de son droit de cité, le législateur fédéral est compétent. Il l'était déjà en vertu de la Constitution et de la législation actuelles.

Nous ne sommes donc que partiellement d'accord avec la décision prise avec le Conseil des Etats qui a rétroagi sur les propositions du Conseil fédéral, en ce sens qu'il n'a plus fait figurer dans le texte la

perte du droit de cité. Il a simplement repris l'ancien texte prévoyant le renoncement à la nationalité pour obtenir une naturalisation dans un pays étranger.

Il y a une divergence entre le Conseil des Etats et votre commission. Nous vous proposons de dire, dans la seconde partie, plus simplement et plus clairement, « ainsi que celles auxquelles un Suisse perd sa nationalité ». Cette perte peut être volontaire — c'est un renoncement — ou involontaire — c'est une déchéance.

Il n'est pas nécessaire de faire figurer dans l'article constitutionnel, à côté de la notion du renoncement, celle de la perte involontaire, soit de la déchéance. En disant: « les conditions auxquelles un Suisse perd sa nationalité » nous comprenons aussi bien la perte volontaire, spontanée, le renoncement, que la perte involontaire, la déchéance.

L'idée de perte du droit d'origine était prévue dans le projet du Conseil fédéral. Le Conseil d'Etat l'a perdue de vue. Nous la rétablissons parce que nous estimons qu'il est utile de légiférer en cette matière et de consacrer la perte involontaire du droit de cité dans la législation. Il est arrivé des cas où des Suisses habitant l'étranger depuis plusieurs générations, n'ont plus aucun intérêt à être Suisses alors qu'il y a intérêt pour la Suisse à les considérer comme étrangers, évitant ainsi parfois de graves inconvénients, dans l'ordre international.

Nous estimons qu'il est utile de prévoir dans l'article constitutionnel que le renoncement à la qualité de Suisse ne peut avoir lieu que sous certaines conditions. La législation règlera ce point.

C'est tout ce que nous avons à faire observer au sujet de l'al. 2.

Angenommen. — *Adopté.*

Antrag Bujard-Schopfer.

Abs. 2 bis (neu).

Während der ersten fünf Jahre nach Erwerbung des Schweizerbürgerrechts sind die Eingebürgerten in die gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Behörden der Eidgenossenschaft, der Kantone und der Gemeinden nicht wählbar.

Amendement Bujard-Schopfer.

Chiff. 2 bis (nouveau).

Pendant les cinq années qui suivent leur naturalisation, les étrangers naturalisés ne seront pas éligibles aux autorités législatives, exécutives et judiciaires de la Confédération, des cantons et des communes.

M. Bujard: La proposition que M. Schopfer et moi avons l'honneur de vous faire en vous présentant un art. 2 bis est simplement la reprise d'une proposition première du Conseil fédéral.

Dans son message du novembre 1920, aux pages 62 et suivantes, le Conseil fédéral exposait les motifs qui l'avaient engagé à introduire un chiff. 3 ainsi rédigé: « Pendant les cinq années qui suivront leur naturalisation, les étrangers naturalisés ne seront pas éligibles aux autorités législatives et exécutives de la Confédération et des cantons. » Dans son exposé, le Conseil fédéral laissait entendre que, puisqu'il était admis que nous voulions nous opposer à la pénétration étrangère et ouvrir plus grandes les portes

à la naturalisation, il était également indispensable de prendre certaines précautions vis-à-vis des étrangers récemment naturalisés, pour autant que ces étrangers aspiraient à jouer un rôle administratif et politique dans le pays.

Dans son message, le Conseil fédéral expliquait très nettement le pourquoi de cette proposition. Il nous indiquait en même temps qu'une série de pays, indiqués à la page 62, avaient en somme deux genres de naturalisation: une première qui donnait le droit de sujet ou de citoyen du pays et une seconde qui permettait à ses naturalisés de pouvoir jouer un rôle politique. Une autre catégorie de pays mettent encore des restrictions à cette faculté. On nous citait en particulier les Etats-Unis et notre grande voisine la France, qui ne permettent pas aux naturalisés de jouer un rôle politique important avant sept ans de séjour. Le Conseil fédéral faisait une exception dans l'exception en ce sens qu'il ne prévoyait pas un stage pour les fonctions judiciaires pas plus que pour l'exercice d'un mandat dans l'administration communale.

M. le président et Messieurs, la commission du Conseil des Etats a demandé un nouveau rapport au Conseil fédéral, rapport qui a été fourni par le message de novembre 1922, mais n'a pas accepté les propositions du Conseil fédéral, propositions sur lesquelles le Conseil fédéral insiste encore dans son message de 1922 en disant qu'il croit que ces propositions sont sages, qu'elles plairont à une grande partie de notre population, mais qu'il laisse au Conseil le soin de décider. Dans l'excellent exposé dont parlait tout à l'heure M. le conseiller fédéral Motta, exposé de M. le président de la commission du Conseil des Etats, M. Hildebrand, cette commission a fait les objections suivantes aux propositions du Conseil fédéral: elle a estimé que c'était plutôt une affaire des cantons et des communes. Nous avons l'impression très nette que si l'article constitutionnel ne pose pas ce principe, les cantons n'auront pas le droit de l'introduire. Elle vise d'autre part que cette restriction, cette réserve, risquerait peut-être d'éloigner certains étrangers qui désireraient devenir des citoyens suisses. Mais alors, si des citoyens qui désirent avant tout devenir Suisses pour jouer immédiatement un rôle politique dans le pays, je ne pense pas que ce danger existe. S'il existait il n'y aurait pas un très grand intérêt à recruter de tels citoyens.

Je crois que la proposition du Conseil fédéral était sage et que si on l'examine de près il y a lieu de la retenir surtout, comme je vous le disais tout à l'heure, si nous ouvrons plus grandes les portes à la naturalisation.

Eh bien, Messieurs, n'est-il pas sage d'exiger de citoyens d'autres pays, tels que nous les décrivait tout à l'heure M. le conseiller fédéral Motta, un certain apprentissage de nos mœurs, de nos traditions et une certaine connaissance de nos aspirations politiques ou judiciaires?

Nous avons été plus loin que le Conseil fédéral; nous ne pensons pas qu'immédiatement après sa naturalisation le nouveau citoyen suisse devrait pouvoir faire cet apprentissage dans des autorités communales. Il est certain que les citoyens d'une commune tiennent toujours beaucoup à leur administration autonome par les autochtones, et nous voyons dans notre pays un certain nombre de cantons ou de

communes où l'on fait encore une différence essentielle entre les habitants et les bourgeois. Je crois qu'il serait dangereux de permettre immédiatement à tout naturalisé de devenir administrateur communal. Il va sans dire que pour ce qui concerne les autorités cantonales ou communales, qu'elles soient législatives, exécutives ou judiciaires, il y a un grand avantage à exiger des nouveaux naturalisés, s'ils ont des ambitions politiques, qu'ils fassent un certain stage avant de satisfaire ces ambitions. Qu'ils vivent pendant quelque temps avec leurs concitoyens avant de pouvoir occuper une place dans une autorité du pays.

On nous reprochera de vouloir faire plusieurs catégories de citoyens. Cette objection n'est pas très grave, surtout si l'on songe que cette différence n'existerait que pour une durée de cinq ans. Ne vaut-il pas mieux avoir, dans ces limites, deux catégories de citoyens plutôt que d'avoir deux catégories de magistrats, ceux qui connaissent nos aspirations et, à côté d'eux, les naturalisés qui ont grandi jusqu'à présent en contact avec leur pays d'origine et ne connaissent bien ni nos mœurs, ni nos intentions, et qui pourraient cependant participer à la direction des affaires du pays.

M. le conseiller fédéral Motta concluait tout à l'heure en disant que l'article constitutionnel qui nous est proposé l'était dans l'intérêt du pays. Je crois qu'il serait aussi dans l'intérêt du pays d'y apporter les quelques restrictions que nous vous proposons.

von Arx, Berichterstatter: Herr Bujard will einen Satz in die Verfassung bringen, welcher in der ersten Vorlage des Bundesrates enthalten war: während der ersten 5 Jahre seien die auf Begehren eingebürgerten Ausländer nicht wählbar in die gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Behörden der Eidgenossenschaft, der Kantone und der Gemeinden.

Dem Antrage liegt der Gedanke zugrunde, die Gefahr zu beseitigen, dass Eingebürgerte auf die Leitung des Gemeinwesens Einfluss erlangen, bevor sie als dessen Bürger denken gelernt haben. Wir geben zu, dass eine ähnliche Einschränkung in einer Reihe von Staaten besteht. In Belgien, Spanien, England, Italien, den Niederlanden bleiben die Eingebürgerten von der Teilnahme an den wichtigeren staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen. Sie haben bloss Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten. Es gibt dort ein grosses und ein kleines Bürgerrecht. In der Union von Nordamerika ist der Eingebürgerte während der ersten 7 Jahre nicht wählbar in das Abgeordnetenhaus, in Frankreich während der ersten 10 Jahre. Ich erwähne auch, dass eine ähnliche Einschränkung bereits in der Bundesverfassung von 1848 für die ersten 5 Jahre bestand. Sie wurde in der Verfassung von 1874 fallen gelassen.

Der Gedanke gewann bei uns wieder Boden in der sogenannten Ausländerinitiative. Diese Initiative ging von einer Bewegung aus, an welcher fremdenfeindliche Züge nicht zu verkennen waren. Das Schweizer Volk hat diese Initiative mit einer grossen Mehrheit in das kühle Grab gelegt; es war nicht notwendig, diesen Gedanken in der Vorlage des Bundesrates wieder aufleben zu lassen.

Der Ständerat hat die Einschränkung einhellig verneint. Man hielt dafür, dass sie einen Einbruch in den Grundsatz der Rechtsgleichheit bedeute. Nebst-

dem wurde als Grund angeführt, es sei nach dem Bundesgesetz von 1920 die Einbürgerung der Ausländer so sehr erschwert, indem bekanntlich ein ständiger Wohnsitz von 6 Jahren in der Schweiz vor der Einbürgerung verlangt wird, dass die Gewähr für die bereits erfolgte Assimilation der Eingebürgerten vollauf bestehe.

Ich habe die Meinung, dass der Einwand, durch die Einschränkung werde die Rechtsgleichheit verletzt, nicht stichhaltig sei. Der Art. 4 der Bundesverfassung bedeutet keine Gewähr für absolute Rechtsgleichheit. Der Gesetzgeber kann Dinge, die verschieden sind, verschieden regeln, und man kann der Auffassung sein, dass eine Verschiedenheit zwischen geborenen Schweizern und eingebürgerten Schweizern bestehe, welche auch eine unterschiedliche rechtliche Behandlung zu begründen vermöge. Die Verfassung weist auch bereits solche verschiedene Behandlung, solche Einschränkungen auf. Ich verweise auf den Ausschluss der Geistlichen von der Wählbarkeit in den Nationalrat.

Es gibt aber einen Grund gegen die Einschränkung, der nach meiner Ueberzeugung als durchschlagend erscheint. Wir wollen nicht in unserer Demokratie zwei Klassen von Schweizerbürgern schaffen, solche von Bürgern besseren und solche von Bürgern minderen Rechtes. Und ferner wollen wir auch als Demokraten das Vertrauen zum Volke haben, es werde aus freiem Entschluss dafür sorgen, dass in die gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Behörden Männer gelangen, die sich von schweizerischem Denken leiten lassen.

Ich beantrage Ablehnung des Antrages Bujard.

M. Morard, rapporteur: Vous êtes en présence d'un amendement de MM. Bujard et Schopfer qui tend en principe à introduire dans le projet constitutionnel l'idée que les deux projets du Conseil fédéral avait déjà émise et qui consiste à dire que pendant les cinq années qui suivront leur naturalisation, les étrangers naturalisés ne seront pas éligibles aux autorités législative et exécutive de la Confédération et des cantons. Votre commission, d'accord en cela avec le Conseil des Etats, a supprimé cette restriction. Tout d'abord, il ne faut pas perdre de vue que le texte constitutionnel ne se rapporte pas à la naturalisation, mais il tend à introduire dans la Constitution une notion nouvelle, celle de l'acquisition du droit de cité par incorporation jure soli.

Nous avons combattu le projet du Conseil fédéral dans la commission pour les motifs qui viennent d'être indiqués par l'honorable président de la commission.

Le Conseil fédéral avait trouvé à propos, dans son message, à la page 63, de justifier son point de vue en disant que déjà dans la Constitution de 1848 il était fait cette distinction entre les naturalisés et les anciens citoyens, distinction en suite de laquelle un naturalisé ne pourrait faire partie d'une autorité qu'après avoir fait un certain stage. Cette mesure n'a pas été reprise; mais au contraire, abrogée implicitement par l'art. 75 de la Constitution actuelle et il n'y a pas non plus dans la loi fédérale sur les élections et votations fédérales du 19 juillet 1872 une distinction quelconque entre les citoyens suisses. Tout citoyen suisse laïque âgé de vingt ans est éligible.

Dans le projet qu'on vous présente maintenant les naturalisés seraient exclus pendant un certain temps

des pouvoirs exécutifs et législatifs, mais on leur permettrait d'entrer au Tribunal fédéral et de faire partie des autorités communales. Nous trouvons que cette exception doublée de cette contre-exception aggrave inutilement le projet et ne correspond pas à ce que nous croyons être les idées qui ont cours en général dans notre pays. Nous ne voulons pas avoir, comme on dit en Suisse romande, « des citoyens de première et de seconde cuvée ». Il n'y a que des citoyens suisses, peu importe d'où ils viennent et de quelle manière ils le sont devenus. L'égalité est pour ainsi dire absolue. Une exception aurait pu se justifier d'après le régime de 1893 sur les naturalisations, alors qu'au bout de deux ans de séjour seulement les étrangers pouvaient devenir citoyens suisses. Mais nous avons modifié cette loi en la remplaçant par celle de 1920 et nous avons fixé ce délai d'attente à 6 ans sur une période de 12 dont deux ans sans interruption immédiatement avant le dépôt de la requête en naturalisation.

On oublie trop les restrictions suffisantes.

C'est pour ces motifs que nous vous proposons de rejeter l'amendement de MM. Bujard et Schopfer, cela d'autant plus qu'un événement récent à ce point de vue s'est produit en Suisse. Je veux parler du vote sur la fameuse initiative des étrangers qui partait sans doute d'un bon naturel, mais que le peuple suisse a rejetée comme inopportune et peut-être même dangereuse à certains points de vue pour la tranquillité des citoyens en général.

Nous croyons donc que ce serait une erreur de faire une distinction par laquelle au lieu d'assimiler des sujets étrangers établis chez nous, nous créerions une distinction qui serait loin de les rapprocher de nos institutions nationales.

C'est pourquoi nous vous proposons de ne pas admettre l'amendement de MM. Bujard et Schopfer, malgré l'idée patriotique qui est à la base de cette proposition.

M. Schopfer: Qu'il me soit permis d'attirer l'attention littéraire de la commission sur certaine impropriété de termes que renferme la rédaction du projet. J'attire spécialement cette attention sur le premier alinéa où il est parlé de « renvoi du territoire de la Confédération ». Je voudrais demander à la commission de remplacer ce vocable de « renvoi » par un terme plus juridique. Je ne doute pas que les scrupules littéraires de M. Morard ne se rendent à l'évidence. Il faudrait avoir des motifs sérieux pour admettre une terminologie aussi regrettable que celle employée dans le projet. Je n'insiste pas.

Je reviens au troisième alinéa qui fait l'objet de la discussion actuelle. J'aurais voulu, quant à moi, un délai de dix ans ou même de quinze ans. Je me suis rallié cependant au terme de 5 ans qui figure dans la proposition qui a été défendue par M. Bujard.

D'une manière générale, comme le disait le premier message du Conseil fédéral — et je rends hommage à la façon réellement approfondie et distinguée avec laquelle ces deux messages ont été rédigés — c'est le souci de notre conservation nationale et de l'équité sociale qui exige que par des mesures fédérales rapides les étrangers nés en Suisse et qui ont fortement subi l'influence du milieu suisse, à la suite d'un long établissement, soient naturalisés. C'est ainsi que l'on est arrivé à la notion de l'incorporation d'office dite

jure soli, laquelle est bien différente de la naturalisation sollicitée par l'intéressé. L'incorporation prévue se ferait dès la naissance de l'individu qui recevrait la nationalité de l'Etat où il est né. Par cette incorporation l'intéressé, à aucun moment, n'a pu être un étranger. Il s'agit donc d'un mode d'acquisition originaire de l'indigénat, analogue à celui résultant de la filiation. Par contre, la naturalisation proprement dite est un mode d'acquisition dérivée de la nationalité qui n'opère que postérieurement à la naissance, en sorte que les intéressés ont été étrangers jusqu'au jour où ils acquièrent le nouvel indigénat.

L'incorporation prévue n'est donc pas une naturalisation au sens restreint et spécial du terme, mais un mode d'acquisition originaire de la nationalité, analogue à la transmission de l'indigénat par la filiation, soit de par le jus sanguinis.

Cela étant, les distinctions fondamentales et essentielles au point de vue de l'exercice des droits politiques pourront s'expliquer aisément. Les incorporés jure soli jouiront de l'intégralité des droits politiques aussi bien que les autres citoyens, parce qu'ils sont considérés, eux, comme des ressortissants du pays dès leur naissance. Il faut donc leur reconnaître tous les droits politiques dont bénéficient les ressortissants du pays et partout les droits de vote et d'éligibilité.

En revanche, comme le dit très justement le premier message, pour les personnes qui ont échangé leur indigénat d'origine contre le nôtre par la naturalisation, quelques mesures de précaution doivent être prises afin d'éviter que la direction politique du pays, ou de certains cantons, ne tombe aux mains de naturalisés de fraîche date.

On trouve d'ailleurs des restrictions de ce genre dans plusieurs législations, aux Etats-Unis par exemple, où l'étranger naturalisé n'est jamais éligible à la présidence de la République et où il ne peut devenir membre de la Chambre des représentants que 7 ans après sa naturalisation. Les Etats-Unis proclament pourtant l'égalité des citoyens devant la loi. Mais aucun principe n'est absolu; les Etats-Unis l'ont compris, et il est nécessaire de prévoir certaines exceptions qui confirment la règle.

En France, ainsi que l'a rappelé tout à l'heure M. von Arx, le naturalisé n'est éligible aux assemblées législatives qu'à l'expiration d'un délai de 10 ans.

En Italie — on vient de me signaler cette circonstance très intéressante — le naturalisé ne peut exercer de fonction publique qu'en matière municipale.

En Suisse, ce même principe a été proclamé dans la Constitution de 1848, à l'art. 64 qui fait une exception au principe général d'égalité devant la loi en disant: « Les Suisses devenus citoyens par naturalisation ne sont éligibles au Conseil national qu'après 5 ans de possession du droit de cité. »

Encore une fois, si je me suis rallié à la conception de M. Bujard de réduire à 5 ans le délai d'attente, ce n'est pas sans regret que je l'ai fait, et c'est surtout par tactique, parce que nous sommes sur un terrain constitutionnel beaucoup plus solide en faisant état du principe de l'art. 64 de la Constitution de 1848, qui restreignait l'éligibilité au Conseil national à 5 ans au moins après l'acte de naturalisation.

Avec beaucoup de raison, le message a rappelé cette autre exception au principe d'égalité devant la loi, qui existe dans l'impossibilité pour les ecclésiastiques

d'être élus au Conseil national. Cette impossibilité n'a jamais été considérée comme une règle contraire au principe général d'égalité devant la loi. Enfin, et c'est ici que je tire un argument extrêmement opérant, extrêmement frappant et topique, le Conseil fédéral nous dit dans son message: « Les restrictions que nous voulons apporter à cette dernière doivent servir, elles aussi, à assurer à l'assimilation des néophytes. Le naturalisé, après un certain délai, doit être investi de droits politiques complets. Il lui sera possible de participer à la vie municipale et dans ces fonctions communales il fera l'apprentissage de la politique suisse, il contractera le respect de nos traditions de droit public. » On ne peut mieux dire.

M. Morard a fait l'objection suivante: « Nous ne voulons pas de citoyens de première et de seconde cuvées. » Et pourquoi pas? D'abord nous ne touchons pas à la situation de ceux qui ont toujours été considérés comme Suisses et qui seront incorporés. Mais lorsqu'un étranger sollicite l'honneur de devenir citoyen suisse, nous avons le droit d'y mettre quelques conditions. Lui-même n'aura qu'à les remplir. Il n'y a rien là de contraire à la Constitution puisque, en ce faisant, nous consacrons une exception parfaitement justifiée, à l'exemple de très grands pays dont les gouvernements sont d'essence démocratique; pour ma part, je n'y vois rien de choquant. Nous voulons mettre un terme aux « Schweizer Papiere » ou « Papierschweizer », « Suisses-à-à » traduction libre (Rires). Quoi qu'il en soit, nous ne comprenons pas qu'un Monsieur venant on ne sait d'où puisse, par une complaisance coupable, ou l'esprit de lucre de certaines communes, acquérir l'indigénat suisse sans le mériter. Nous ne comprenons pas qu'on puisse nationaliser un asiatique quelconque impatient de jouer un rôle politique, à l'encontre des aspirations les plus intimes du pays qui lui a fait l'honneur de l'adopter.

Et je ne pense pas que cette disposition soit en eux à sa place dans la loi. C'est alors qu'on pourrait avoir des scrupules constitutionnels; elle a donc au contraire sa place tout indiquée dans l'article constitutionnel, parce que précisément l'exception qu'elle consacre confirme la règle de l'égalité des citoyens devant la loi.

Telles sont les considérations pour lesquelles je me suis rallié à la proposition de M. Bujard, en regrettant de ne pas avoir réussi à le convaincre d'exiger 10 ans au lieu de 5. Ce nonobstant nous restons dans le même ordre de conceptions que le Conseil fédéral et que la Constitution de 1848; nous reprenons les propositions qui, malheureusement, ont été abandonnées par le Conseil des Etats, on ne sait pas trop pour quels motifs. Il me semble qu'on a coupé des cheveux en quatre pour l'amour de principes singulièrement sujets à caution. Dans ces conditions, je ne comprends pas l'opposition irréductible que fait la commission; j'estime au contraire que cette disposition sera très bien accueillie par le peuple — parfaitement M. von Arx, malgré vos signes de dénégation — en tout cas en Suisse romande, je suis certain que cette proposition extrêmement modeste de fixer à 5 ans le délai d'attente, sera très bien vue; elle répond à un sentiment intime du peuple romand. Nous ne voulons accorder l'intégralité des droits politiques qu'à de véritables Suisses et n'avoir ici comme représentants du peuple que de véritables Suisses.

M. Motta, conseiller fédéral: La question que soulève l'amendement de MM. Bujard et Schopfer est sans doute de celles devant lesquelles on peut en toute bonne foi diverger d'opinion. La position du représentant du Conseil fédéral est particulièrement délicate puisque, en partie du moins, l'amendement de MM. Bujard et Schopfer ne fait que reprendre la proposition primitive du Conseil fédéral lui-même.

Permettez-moi d'abord de souligner la différence qu'il y a entre la proposition primitive du Conseil fédéral et celle de MM. Bujard et Schopfer. Le Conseil fédéral, en 1920, avait admis qu'on pût renvoyer l'éligibilité des étrangers pendant cinq ans pour autant qu'il s'agissait des autorités législatives et exécutives, c'est-à-dire pour autant qu'il s'agissait des autorités politiques. Jamais le Conseil fédéral n'a songé à étendre l'interdiction aux fonctions judiciaires et communales. La raison en est évidente. Si l'on peut défendre l'idée d'un certain temps commandé aux étrangers pour les autorités politiques, il est plus difficile de défendre l'idée que la même interdiction s'applique aux fonctions judiciaires. Les autorités politiques, ce sont celles en qui s'agite la bataille des idées et des passions, tandis que les autorités judiciaires sont tout autre chose. Il me souvient que dans les républiques anciennes on appelait parfois les juges du dehors parce que l'impartialité des juges étrangers était considérée comme plus sûre que celle des juges nationaux. Le temple de la justice est par définition un temple serein.

Quant aux autorités communales, si vous partez de l'idée qu'il faut imposer au citoyen naturalisé un certain stage, c'est précisément dans la commune qu'il peut le faire, c'est de là qu'il pourra monter plus tard aux échelons plus élevés du Grand Conseil, du Conseil d'Etat, de l'Assemblée fédérale, du Conseil fédéral.

Mais il y a un argument qui, me semble-t-il, est de nature à vous persuader, indépendamment de votre opinion sur le fond; c'est que le Conseil des Etats est à l'unanimité contraire à l'interdiction proposée. La proposition du Conseil fédéral n'a pas eu l'heur de recueillir une seule approbation au Conseil des Etats. Tous les membres de la commission l'ont combattue. Dans ces conditions, je crois que le vote du Conseil national n'aurait qu'une valeur purement platonique. Cela obligerait peut-être le Conseil des Etats à réfléchir encore une fois; il vous renverrait votre décision, en considérant la sienne comme meilleure. Vous finirez, je suppose, par vous rallier aux vues du Conseil des Etats sur ce point.

J'ajoute encore, qu'à mon avis, si vous consacrez dans la Constitution le principe cher à MM. Bujard et Schopfer, vous ferez un recul sur la situation actuelle. D'après la Constitution qui nous régit nous n'aurions pas le droit d'inscrire dans une loi le principe de la différenciation. Ce principe est contraire à l'état constitutionnel actuel. La disposition aurait ainsi — je ne voudrais pas que vous vous mépreniez sur ma pensée — un caractère réactionnaire. Entendons-nous bien; je ne suis pas de ceux qui croient que l'on peut opposer à des arguments solides, l'argument qui consiste à dire: « Ce serait réactionnaire. » Il y a bien des choses qu'on appelle réactionnaires et qui sont peut-être meilleures que les choses contraires! Mais je dois à la vérité de constater que l'adoption de la disposition en question serait un recul.

Nationalrat. — Conseil national 1925.

J'ajoute enfin que notre politique de naturalisation depuis la guerre et depuis la loi de 1920 est infiniment plus sévère que la pratique d'autrefois. La loi de 1903 prévoyait la possibilité de naturaliser des personnes ayant deux ans de domicile en Suisse. La loi actuelle exige six années de domicile dans les dernières douze années, dont deux précédant immédiatement la demande de naturalisation. Plus encore! Nous examinons chaque demande qui nous est présentée au point de vue de l'assimilation de celui qui nous demande la naturalisation. Nous renvoyons beaucoup de postulants, parce que nous n'avons pas la conviction qu'il s'agisse d'individus assimilables. La politique de naturalisation suit, en effet, deux voies convergentes: l'une est celle qui mène à la naturalisation automatique de ceux qui sont présumés assimilables, l'autre est celle qui écarte les éléments non assimilables.

Je suis d'accord avec M. von Arx pour dire que le principe juridique de l'égalité n'a rien à faire dans la matière. On peut soutenir qu'il n'y a pas d'inégalité juridique à traiter différemment deux situations différentes. Cela n'empêche pas de dire que le sentiment de l'égalité semblerait blessé.

Il convient de faire confiance au peuple. Si le peuple désire désigner un Suisse naturalisé depuis peu de temps, pour le représenter, c'est qu'il a la conviction que ce naturalisé récent en est digne.

Je ne voudrais cependant pas prendre une position trop marquée. Quelle que soit votre décision, le Conseil des Etats aura de la peine à modifier la sienne.

Meili: Ich glaube, wir können den Antrag Bujard unbedenklich annehmen. Dafür spricht schon der Umstand, dass der Bundesrat ihn sowohl in seiner ersten wie in seiner zweiten Vorlage aufgenommen hat. Er ist auch eine Konzession an diejenigen Kreise, welche einen wirklichen bodenständigen Schweizer doch noch etwas lieber haben als einen Papierschweizer. Ich glaube, die anständigen Neueingebürgerten verlangen selber nicht, dass sie sofort in die Behörden wählbar sind. Schliesslich trägt unsere Vorlage die Ueberschrift: « Massnahmen gegen die Ueberfremdung ». Es gibt auch eine Ueberfremdung der Behörden, und man muss dieser Ueberfremdung vorbeugen; dazu ist der Antrag Bujard geeignet. Ich empfehle Ihnen denselben zur Annahme.

Schmid-Oberentfelden: Es scheint, dass Herr Meili die Vorlage, die er soeben besprochen hat, nicht richtig durchgesehen hat; sonst hätte er gehört, dass Herr Bundesrat Motta den Antrag Bujard ablehnt und dass der Bundesrat selbst auf seinen ursprünglichen Antrag nicht mehr zurückkommt. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass man sich heute der Auffassung des Ständerates anschliesst. Ich verstehe nicht, wieso Herr Meili dem Votum des Ständerates gar keine Beachtung schenkt. Glaubt er denn wirklich nicht, dass die Herren Ständeräte, die so viel auf bodenständige Schweizerart halten, es sich nicht 5-, 10- und 20mal überlegt haben, bevor sie den Antrag des Bundesrates zurückwiesen? Er sollte in dieser Richtung absolut beruhigt sein.

Nun ist zu sagen, dass von einer Ueberfremdung der Behörden nicht gesprochen werden kann, es sei denn, dass bestimmte Einflüsse sich geltend machen und dass die Internationalität des Kapitals sich auch

in den Behörden widerspiegelt. Wenn das der Fall sein sollte, dann wird man diese Erscheinung nicht mit einer Bestimmung, wie sie Herr Bujard vorschlägt, bekämpfen können.

Im übrigen ist doch darauf aufmerksam zu machen, dass, wenn jemand sich heute einbürgert, er sich ohne weiteres in Behörden wählen lassen kann. Sie haben bei den Massnahmen, wie sie hier vorgeschlagen sind, so eingehende Bestimmungen über die Zwangseinbürgerung, dass jemand entweder in der Schweiz geboren sein oder doch längere Zeit hier gewohnt haben muss, bevor er überhaupt auf Grund dieser Vorlage eingebürgert werden kann. Es scheint mir ein Widerspruch zu sein, wenn er nach diesen Voraussetzungen dann nochmals einige Jahre warten müsste, bis er auch wählbar ist. Entweder bürgert man die Leute ein und gibt ihnen die gleichen Rechte wie den andern, oder dann bürgert man sie nicht ein. Es wäre viel logischer, wenn die Herren Bujard und Meili die Frist, während der die Ausländer gewohnt haben müssen, erstrecken würden, z. B. auf 15 Jahre, um dann alle gleich zu behandeln.

Ich glaube, Herr Meili hat sich den Antrag nicht richtig überlegt, sonst wäre er nicht von der Argumentation ausgegangen, die der Bundesrat in seinem ursprünglichen Antrag aufgenommen hat, von der er aber nachher mit dem Ständerat eingesehen hat, dass sie eine Inkonsequenz bedeutet, weshalb der Bundesrat seinen Antrag zurückgezogen hat. Ich möchte Sie bitten, der Kommission zuzustimmen.

M. Schopfer: Je prends acte de la déclaration de M. le conseiller fédéral Motta que le Conseil fédéral ne tient pas notre proposition comme inconstitutionnelle.

Ceci dit, je tiens à déclarer à mon tour que j'éprouve le plus grand respect pour les pouvoirs constitutionnels en général et pour le Conseil des Etats en particulier. Cependant, s'il plaît au Conseil des Etats de décider aujourd'hui à l'unanimité qu'il refuse d'entrer en matière sur tel ou tel amendement, ce n'est pas une raison suffisante pour que le Conseil national en fasse de même sans discuter.

En outre, on nous a dit que c'était un recul. Pourquoi notre amendement serait-il un recul? Au surplus, ne faut-il pas quelquefois reculer pour mieux sauter et, en l'espèce, pourquoi le Conseil fédéral a-t-il lui-même fait ce recul? Je reprends les termes du message complémentaire, à page 8. J'y lis ce passage très suggestif et favorable à la thèse que j'ai l'honneur de soutenir, et qui n'est pas du tout paradoxale: « L'expérience », dit le Conseil fédéral, « démontre que le candidat à notre indigénat, fut-il établi en Suisse depuis 15 ou 20 ans, ce qui n'est pas toujours le cas, même s'il n'est jamais entré en conflit avec les lois pénales, ne constitue pas nécessairement une acquisition désirable au point de vue national. Il importe notamment d'insister sur le fait que différentes catégories d'étrangers domiciliés dans notre pays échappent au délai d'assimilation, pour diverses raisons qui ont ainsi engagé certaines communes à prolonger passablement le délai d'assimilation suivant la nationalité du candidat. »

Voilà encore un passage dont on peut dire qu'on ne saurait mieux dire. Nous ne sommes pas actuellement dans une crise aiguë de nationalisme transcendant. Ce que nous vous proposons, c'est simplement de

prendre des précautions. Les sentiments n'empêchent pas la prudence. Prenons donc quelques précautions. On a eu l'air de nous qualifier de réactionnaires. Ce titre m'est extrêmement agréable à l'oreille, suivant de la part de qui il m'est donné. En me traitant de réactionnaire, on me fait parfois grand honneur. Je vois que M. Nobs est d'accord avec moi à ce sujet, tant mieux, pour une fois nous sommes d'accord.

Recul, a-t-on dit. Mais non, prudence. Et du moment que nous sommes sur le terrain constitutionnel, il serait manifestement imprudent de réserver cette disposition à la loi. J'ajoute que cette disposition sera très bien vue par le peuple. Il est plein de bienveillance pour les étrangers qui demandent à obtenir notre indigénat suisse lorsqu'il est certain que ces nouveaux citoyens feront de bons Suisses, soit parce qu'ils en ont les sentiments, soit parce que, sous l'influence de l'ambiance, ils ont une foi commune avec nos idées fondamentales, et sont un peu de chez nous. C'est au nom de la prudence populaire que je vous recommande d'accepter cette petite condition bien modeste que j'aurais voulu quant à moi voir fixée à 15 et même 20 ans.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Bujard	61 Stimmen
Dagegen	47 Stimmen

Abs. 3.

Antrag der Kommission.

Mehrheit.

(von Arx, Bolle, Duft, Jäger, Meili, Nobs, Schmid-Oberentfelden.)

Die Bundesgesetzgebung kann ausserdem bestimmen, dass das in der Schweiz geborene Kind ausländischer Eltern von Geburt an Schweizerbürger ist, wenn seine Mutter von Abstammung Schweizerin war. Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter.

Proposition de la commission.

Majorité.

(von Arx, Bolle, Duft, Jäger, Meili, Nobs, Schmid-Oberentfelden.)

Elle peut statuer en outre que l'enfant né en Suisse de parents étrangers est, dès sa naissance, ressortissant suisse lorsque la mère était d'origine suisse par filiation. L'enfant acquiert le droit de cité dans la commune d'origine de sa mère.

Antrag de Dardel, Gaudard, Gelpke, Morard.

Zusatz zu Abs. 3 der Mehrheit:

... der Mutter. Das Optionsrecht bleibt vorbehalten.

Proposition de Dardel, Gaudard, Gelpke, Morard.

Adjonction à l'al. 3 de la majorité:

... de sa mère. Le droit d'option demeure réservé.

Antrag Duft, Nobs, Schmid-Oberentfelden.

Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Die Bundesgesetzgebung kann den Grundsatz der Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes als Folge der

Geburt auf Schweizergebiet einführen. Sie kann insbesondere bestimmen, dass das in der Schweiz geborene Kind ausländischer Eltern von Geburt an Schweizerbürger ist, wenn seine Mutter von Abstammung Schweizerin, sowie wenn der Vater oder die Mutter in der Schweiz geboren war.

Proposition Duft, Nobs, Schmid-Oberentfelden.

Al. 3 reçoit la teneur suivante:

Elle peut prévoir le principe de l'acquisition du droit de cité suisse par le fait de la naissance sur territoire suisse. Elle peut statuer en particulier que l'enfant né en Suisse de parents étrangers est, dès sa naissance, ressortissant suisse lorsque la mère était d'origine suisse par filiation ou lorsque le père ou la mère est né en Suisse.

Antrag von Arx, Duft, Nobs, Schmid-Oberentfelden.

Neuer Abs. 3 a:

Durch die Bundesgesetzgebung kann ferner bestimmt werden, ob und unter welchen Voraussetzungen Ausländern, deren Kinder durch Geburt Schweizerbürger geworden sind, die unentgeltliche Aufnahme in das Schweizerbürgerrecht zu gewähren ist.

Proposition von Arx, Duft, Nobs, Schmid-Oberentfelden.

Nouvel al. 3 a:

La législation fédérale peut de plus statuer si et à quelles conditions la naturalisation gratuite devra être accordée aux étrangers dont les enfants sont devenus par naissance ressortissants suisses.

von Arx, Berichterstatter: Abs. 4, oder nun Abs. 3 der Kommission, enthält die Massnahme, derenwegen die Verfassungsänderung angestrebt wird: die Einbürgerung kraft Geburt auf Schweizergebiet, beschränkt auf den Fall, wo die Mutter von Abstammung Schweizerin war. Ueber die Bedeutung dieses Vorschlages wurde bereits in der Eintretensdebatte erschöpfend gesprochen. Es bleibt mir nur über die Fassung der Massnahme eine Bemerkung zu machen.

Die Kommission des Nationalrates tilgte den Ausdruck « Einbürgerung kraft Gebietshoheit », der sich in den Vorlagen des Bundesrates und in dem Beschluss des Ständerates vorfindet. Der Ausdruck beruht unseres Erachtens auf einem rechtlichen Missverständnis. Nicht aus der Gebietshoheit, sondern aus der Staatshoheit nimmt der Bundesrat das Recht, diese Kinder zu Bürgern zu machen. Gebietshoheit ist in der Rechtssprache die Macht über das Gebiet, über Berge, Flüsse, Landesteile. Nun zieht sich allerdings der Ausdruck durch die ganze Vorarbeit für die Verfassungsrevision hindurch. Ich frage mich: wie kam er hinein? Herr Prof. Burckhardt, den ich um Auskunft anging, äusserte sich hierüber folgendermassen: « Der Ausdruck klingt gelehrt, und keiner wollte weniger gelehrt sein als der andere. »

Unsere Kommission hat es für überflüssig gehalten, die Massnahmen unter einen besondern wissenschaftlichen Namen zu stellen. Sie hielt dafür, es genüge und sei dem Geist der Verfassung angemessen, den einfachen Sachverhalt auszusprechen, nämlich: die Kinder sind von Geburt an Schweizerbürger.

Soviel zur formellen Seite des Abs. 4.

Es sind nun zu Abs. 4 drei Minderheitsanträge gestellt worden. Es sei mir erlaubt, diese Anträge der Reihe nach einer Prüfung zu unterwerfen, wobei ich mich bei zwei Anträgen in der Mehrheit und bei einem Antrag in der Minderheit befinde.

Der Hauptantrag ist offenbar derjenige, welcher das Optionsrecht vorbehalten will. Der Kampf um das Optionsrecht wird unter die Losung gestellt, dass man keine « Muss-Schweizer » haben wolle; nur derjenige solle Bürger unseres Landes sein, welcher dazu in einem freien Entschluss seine Zustimmung erteilt; wer nicht bei uns Bürger werden wolle, möge er auch eine Mutter von schweizerischer Herkunft haben, dem solle das freie Recht gewährt sein, durch Option für einen andern Staat uns die Absage zu erteilen. Es wird demnach der Kampf für das Optionsrecht gleichsam unter der Fahne der Freiheit geführt.

Die Mehrheit der Kommission, die den Antrag stellt, es sei das Optionsrecht im Rahmen der Vorlage nicht einzuräumen, hält es für einen tatsächlichen und rechtlichen Irrtum, wenn bei diesem Anlass von « Muss-Schweizern » gesprochen wird. Welches ist der Sachverhalt? Ein Ausländer lässt sich in der Schweiz nieder, um hier dauernd zu wohnen und zu arbeiten. Er verbindet sich mit einer Angehörigen unseres Staates, um mit ihr zur Lebensgemeinschaft einen Haushalt zu gründen. In diesem Verhalten, durch welches die engste Verbindung mit unserem Lande geschaffen wird, ist der Wille eingeschlossen, an dem Schicksale unseres Staates teilzunehmen und sich dessen Bedürfnissen und Erfordernissen zu unterwerfen. Es hat unser Staat ein inneres Anrecht auf den Nachwuchs dieser Familie. Wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht, so liegt darin keine Willkür und keine Schmälerung einer Freiheit. Es sind die Kinder, die auf diese Weise unsere Mitbürger werden, keine Muss-Schweizer, sondern Schweizer kraft dem Recht unserer Republik, so gut wie die andern Kinder, bei welchen beide Elternteile von schweizerischer Herkunft sind.

Das Wort von den Muss-Schweizern lässt sich auch nicht damit rechtfertigen, dass man sagt, es würden die bei der Geburt gewonnenen Mitbürger später die Zugehörigkeit zu unserem Staate als einen Zwang empfinden. Es ist kein fremdes Erdreich, in dem diese neuen Mitbürger aufwachsen werden. Indem sie von einer leiblichen Mutter mit schweizerischer Art vertraut gemacht werden, indem sie unsere Schulen besuchen und unsere Geschichte kennenlernen werden, eines Sinnes und eines Herzens aufwachsen mit den Kindern dieses Landes, werden sie gute Schweizer sein, lange bevor sie in unsere Miliz eintreten und an die Urnen schreiten, an welchen die Geschicke der Nation entschieden werden. Fügt man diesen Mitbürgern, frage ich, nicht eine Kränkung zu, indem man von ihnen als von Muss-Schweizern, von « Suisses malgré eux », spricht?

Die Anhänger des Optionsrechtes führen nun freilich auch einen Grund der Zweckmässigkeit ins Feld: durch den Vorbehalt des Optionsrechtes werde die Möglichkeit geschaffen, die Zahl der Doppelbürgerrechte zu vermindern. Sehen wir zu, wie es sich mit dieser Behauptung verhält. Wir sind alle der Meinung, dass die Entstehung der Doppelbürgerrechte vom Uebel ist. Die staatsbürgerlichen Rechte und die

Pflichten eignen sich nicht zur Teilung. Man sieht denn auch, dass die Doppelstellung im nationalen Bürgerrecht eine Quelle von Anständen ist. Die Anstände entstehen, wenn die beiden Staaten, welchen die Bürger angehören, von ihnen zur gleichen Zeit die Erfüllung der nationalen Pflichten verlangen.

Nun ist es richtig, dass durch die Einbürgerung kraft Geburt auf Schweizergebiet die Zahl der Doppelbürgerrechte im Lande vermehrt wird. Die in der Schweiz geborenen Kinder ehemaliger Schweizerinnen werden zu gleicher Zeit Franzosen, Deutsche, Italiener sein, je nach der Abstammung vom Vater her. Das Uebel des Doppelbürgerrechtes kann aber heute schon zum grössten Teil beseitigt werden. Das ist sehr wichtig, und ich bitte Sie, auf diesen Umstand Ihre Aufmerksamkeit zu wenden.

Es bietet schon die bestehende Rechtsordnung die Wege dazu dar. Ein Weg ist einmal offen für jene Doppelbürger, die Schweizer bleiben und das Bürgerrecht des Auslandes aufgeben wollen, und zwar in folgender Weise: Eine Reihe von Staaten, Belgien, Grossbritannien, Italien, sehen vor, dass durch einseitige Verzichtserklärung das Bürgerrecht abgestreift werden kann. Deutschland, Dänemark, Schweden, Oesterreich, Polen und die Tschechoslowakei bewilligen die Entlassung aus dem Staatsverband auf einfaches Begehren hin. In andern Staaten gilt die Bestimmung, dass bei dauernder Abwesenheit von der Heimat das Bürgerrecht ohne weiteres erlösche. Das ist Gesetz in der Union von Nordamerika, in Norwegen, Luxemburg und Oesterreich. Daraus ergibt sich der Schluss, dass die Doppelbürger in allen Fällen, die diese aufgezählten Staaten betreffen, sich des ausländischen Bürgerrechtes auf leichte Weise entledigen können. Es ist das die grosse Mehrzahl der Fälle. Dieser für die Schweiz günstige Zustand aber wird durch das Optionsrecht, ob es nun eingeführt wird oder nicht, in keiner Weise verändert; denn das Optionsrecht hängt damit in keiner Weise zusammen. Hindernisse bestehen nur für den Doppelbürger, welcher mit dem Bürgerrechte unseres Landes dasjenige von Frankreich verbindet. Frankreich, dessen Bevölkerung zurückging, glaubte mehr als die andern Staaten an seinen Staatsbürgern festhalten zu müssen. Deshalb stellte es im Jahre 1889 ein Gesetz auf, in dem bestimmt wird, dass ein Franzose die einheimische Staatszugehörigkeit durch Einbürgerung im Ausland bloss verliert, wenn er nicht mehr der Dienstpflicht in Frankreich unterworfen ist, die bis zum Alter von 33 Jahren dauert. Dieser Zustand erfuhr in der Folge eine Milderung, indem auch eine Entlassung des wehrpflichtigen Franzosen zugelassen werden kann, wenn der Erwerb des ausländischen Bürgerrechtes mit Ermächtigung der Regierung von Frankreich oder durch Gesetz als Folge der Geburt auf dem Staatsgebiete erfolgt ist. Immerhin hängt es stets vom Ermessen der Regierung von Frankreich ab, ob die Entlassung gewährt wird oder nicht. Es ist bekannt, dass bei dieser Ordnung schon wiederholt Bürger unseres Landes in Bedrängnis geraten sind.

Kann nun, das ist die Frage, an dem Verhältnis gegenüber Frankreich durch die Einführung des Optionsrechtes etwas geändert, die Gefahr der Schädigung unserer Staatsbürger vermindert werden? Es ist nicht einzusehen, auf welche Weise das geschehen könnte. Das Gesetz Frankreichs wird weiter gelten, ob wir bei der Einführung kraft Geburt auf

dem Staatsgebiete das Recht der Option vorbehalten oder nicht. Es würde dadurch keinem einzigen Mitbürger leichter gemacht, allein Schweizer zu sein, und nicht auch Franzose sein zu müssen. Die Zahl der Doppelbürgerrechte würde um keinen einzigen Fall vermindert.

Der andere Weg, das Doppelbürgerrecht aufzugeben, besteht darin, dass das Auslandsbürgerrecht beibehalten und dasjenige der Schweiz abgestreift wird. Der Weg hierzu aber ist bereits in dem Bundesgesetz von 1903 über den Erwerb des Schweizerbürgerrechtes und dem Verzicht auf dasselbe heute schon für jeden Doppelbürger geöffnet. Er kann auf das Schweizerbürgerrecht verzichten, sobald er den Boden unseres Landes verlassen und im Auslande Wohnsitz genommen hat. Das erlaubt ihm Art. 7 des Bundesgesetzes.

Ich frage nun, ob es notwendig oder nützlich scheint, für diesen Fall noch das Optionsrecht einzuführen? Der Nachkomme einer ehemaligen Schweizerin, nachdem er in unserem Lande aufgewachsen, unsere Schulen besucht und vielleicht sogar schon die Armenunterstützung und die Subvention des Bundes bezogen hat, zieht es vor, statt Schweizerbürger lieber Deutscher, Franzose oder Italiener zu sein. Er müsste aber, um unser Bürgerrecht los zu werden, auch unser Land verlassen. Dem bringen wir nun auf dem Altar der Verfassung das Optionsrecht dar, damit es ihm möglich werde, sich zwar von unserem Staate loszusagen, aber weiterhin an den Fleischtöpfen unseres Landes zu sitzen. Das wäre das einzig reale Ergebnis des Optionsrechtes, wie es von der Minderheit der Kommission verlangt wird. Ich frage Sie, ob es sich lohnt, deswegen einen grossen Waffenlärm zu veranstalten? Doch, wir könnten schliesslich uns in weitgehender Toleranz damit abfinden, dass derjenige, der unser Bürgerrecht verschmäht, trotzdem im Lande bleibt, wenn nicht mit der Einräumung des Optionsrechtes die Reform, durch welche die Ueberwindung der Ueberfremdungsgefahr vollbracht werden soll, zum grössten Teil unwirksam gemacht würde. Denn wir lockern auf diese Weise mit eigener Hand die Verbindung der kraft Geburt auf dem Staatsgebiete gewonnenen Mitbürger mit unserem Lande, wir reissen den Boden aus, in dem die Bäume für uns aufwachsen sollen; wir tragen selber in die jungen Seelen den Zwiespalt, indem wir in ihnen die Frage der endgültigen Staatszugehörigkeit offenlassen und sie während der ganzen Jugendzeit vor die Wahl der Staatszugehörigkeit stellen. Wir machen selber sie zu bedingten, zu halben Schweizern. Das wäre die notwendige Wirkung dieses Optionsrechtes. Ist das nicht ein Unrecht gegen diese Mitbürger, die keinen andern Wunsch haben, als unserem Lande aus ganzem Herzen anzugehören?

Doch noch Schlimmeres würde durch die Einräumung des Optionsrechtes geschehen. In dem Optionsrecht läge die Aufforderung an die ausländischen Kreise, in unserem Lande ihre Einflüsse für die Wahl zugunsten des Auslandes geltend zu machen. Vielleicht werden es schon die Verwandten sein, die solche Einflüsse auf diese Kinder ausüben möchten. Gibt es aber kein Optionsrecht, so werden sie nicht an eine Einmischung denken. Es ist aber auch zu befürchten, dass versucht würde, von Staates wegen, durch die Agenten des Auslandes und durch die Verbände des Auslandes in unserem Lande uns die jungen Mit-

bürger mit Methode und in Menge streitig zu machen. Besteht doch heute mehr als früher in den Staaten das Bestreben, mit den Staatsangehörigen auch über die Grenze des Landes hinaus in Verbindung zu bleiben und sich ihres nationalen Gewichtes zu bedienen.

Die Wirkungen des Optionsrechtes liegen demnach klar vor uns. Auf der einen Seite ist man ausserstande, durch die Einräumung des Optionsrechtes die Doppelbürgerrechte aufzuheben oder auch nur wesentlich zu vermindern, auf der andern Seite nehmen wir der Einbürgerung als Folge der Geburt auf dem Staatsgebiet zum grossen Teil die assimilierende Kraft. Wir haben demnach allen Grund, den Antrag auf Einräumung des Optionsrechtes abzulehnen. Auf jeden Fall soll man davon absehen, das Optionsrecht dem Verfassungsartikel aufzuschneiden. Es kann, wenn es unbedingt sein muss, über die Frage der Option später immer noch im Gesetze beschlossen werden. Mit dieser Erwägung hat denn auch der Ständerat die Aufnahme des Optionsrechtes in die Verfassung mit Einhelligkeit abgelehnt.

Die Kommission des Nationalrates schliesst sich dieser Auffassung mit grosser Mehrheit an. Soviel zum ersten Minderheitsantrag.

Es sei mir erlaubt, auch zum zweiten Minderheitsantrag kurz zu sprechen. Er enthält den Vorschlag der ersten bundesrätlichen Vorlage. Nicht nur die Kinder ehemaliger Schweizerinnen sollen kraft Geburt auf dem Staatsgebiet eingebürgert werden, sondern die Einbürgerung der Kinder soll auch dann erfolgen, wenn der Vater oder die Mutter bereits auf Schweizerboden geboren waren. Dieser Antrag der Kommissionminderheit wird noch überholt durch den Antrag des Herrn Weber aus St. Gallen, der auf den Vorschlag der Neuerkommission zurückgreift: Auch dann sollen die Kinder eingebürgert werden, wenn die Eltern während der zehn Jahre, die der Geburt des Kindes vorausgehen, in der Schweiz gewohnt haben. Man kann der Meinung sein, dass die Massnahmen in der weiteren Fassung nützlich seien und man kann doch gegen die Annahme der Anträge sein, weil man befürchten muss, dass dadurch jede Reform vereitelt würde. Diese Befürchtung drängt sich schon bei der Ueberlegung auf, wie die Vorlage im Ständerat aufgenommen wurde. Wenn auch keine Stimmen gegen die Revision abgegeben wurden, so kam es doch zu sehr zahlreichen Enthaltungen. In diesen Enthaltungen gelangten die Widerstände zum Ausdruck, welche die Neuerung auch in der sanften Formulierung im Lande finden wird. Die Ausdehnung der Vorlage würde zu einer Ueberspannung führen, welche die Widerstände im Lande vervielfachen müsste. Auch hier wäre das Bessere der Feind des Guten. Ich muss die Abweisung der Anträge empfehlen in der Ueberzeugung, dass die Vorlage der Kommissionmehrheit das Mindestmass dessen bietet, was zur Sicherung unserer nationalen Einheit geschehen muss, dass sie aber auch das Höchstmass des Erreichbaren darstellen.

Der dritte Minderheitsantrag: Der Ständerat beschloss, den Angehörigen der Kinder, welche durch Geburt auf Schweizerboden Bürger unseres Landes werden, ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung zu gewähren. Der Anspruch wurde an die Bedingung eines guten Leumundes gebunden. Er bildet den Ueberrrest eines Antrages, der auf Gewährung eines ausgedehnten Rechtes auf Einbürgerung an Stelle

der Einbürgerung kraft Geburt ging. Der Ständerat war von dem löblichen Bestreben erfüllt, durch Einräumung des Rechtes auf Einbürgerung für die Angehörigen die Einheit der Familie zu erhalten. Vater und Mutter und Kinder sollen nicht verschiedenen Nationen angehören. Ein löblicher, vernünftiger Gedanke.

In der Kommission des Nationalrates wurde das Recht auf Einbürgerung auch in dieser beschränkten Form beseitigt. Wir halten dafür, dass es stossend sei, irgendeinem Ausländer einen Rechtsanspruch auf unser Bürgerrecht zuzusprechen. Man gäbe, sagten wir, damit einen Teil unseres Hausrechtes aus den Händen. Die Minderheit der Kommission aber, zu der ich gehöre, möchte den Gedanken des Ständerates in der Form zum Ausdruck bringen, bei welcher die geäusserten Bedenken nicht mehr vorhanden zu sein scheinen. Es sollen die ausländischen Eltern des kraft Geburt eingebürgerten Kindes kein Recht auf Einbürgerung erhalten, wohl aber soll der Bund die Befugnis haben, in einem Gesetze die Einbürgerung dieser Eltern auf Gesuch hin zu verfügen. Die Befugnis wäre die nämliche, wie sie heute schon dem Bunde gegeben ist zur Wiederaufnahme von Witwen und geschiedenen Frauen, die durch die Ehe ihr Schweizerbürgerrecht verloren haben. Der Bundesrat kann die Wiederaufnahme verfügen, er muss sie aber nicht verfügen. In der gleichen Form möchten wir nun diesen Angehörigen der eingebürgerten Kinder die Türe zu unserm Staate öffnen. Wir haben die Meinung, dass dieser Weg ohne Gefahr betreten werden darf. Ich habe Ihnen diesen Antrag im Namen der Minderheit der Kommission zu empfehlen.

M. Morard, rapporteur: Le projet du Conseil fédéral, devenu al. 2 de votre commission, consacre l'innovation principale de la revision, en ce sens qu'il introduit le droit de cité suisse par incorporation.

Comme nous avons eu l'honneur de l'exposer lors de l'entrée en matière, cette incorporation est conditionnelle en ce sens qu'elle est subordonnée au fait que les enfants admis dans le droit de cité suisse doivent être domiciliés en Suisse. Le projet du Conseil fédéral était formel sur ce point. La commission du Conseil des Etats l'a simplifié, dans l'idée que le domicile allait de soi. Celle du Conseil national a suivi le Conseil des Etats en disant qu'il est bien évident que seuls les enfants nés en Suisse de parents qui y sont domiciliés pourront bénéficier du droit de cité par incorporation.

Ainsi que nous l'avons exposé, il faut que la mère soit d'origine suisse par sa naissance.

Vous avez vu que le Conseil fédéral avait encore ajouté un autre cas, à savoir celui des enfants de père ou de mère lui-même né en Suisse. La commission du Conseil des Etats et votre commission proposent de supprimer cette disposition extensive. Les motifs qui nous inspirent sont que nous désirons faire passer devant le peuple le projet de revision et que pour atteindre ce but nous pensons qu'il ne convient pas d'étendre les effets de l'incorporation à des personnes que nous ne considérons pas comme devant être sûrement assimilées.

Nous avons déjà discuté, lors de l'entrée en matière, les conditions essentielles qui sont attachées à cette innovation de l'incorporation jure soli. Votre commission s'est scindée en ce qui concerne la notion

du droit d'option. Le Conseil fédéral en a parlé dans son message, mais il n'a pas admis ce droit dans le projet. Le Conseil des États en a également fait totalement abstraction. La minorité de votre commission, par contre, désirerait voir introduire cette notion du droit dans la Constitution. Il figure d'ailleurs dans la loi de 1903 à l'art. 5, qui accorde aux cantons le droit d'incorporer *jure soli*, mais en réservant le droit d'option. Nous ne voyons pas pourquoi ce qui existait jusqu'ici ne serait pas maintenu.

Nous partons de ce point de vue qui est pour nous question de droit naturel, qu'on ne peut pas forcer une personne qui elle-même possède une nationalité à y renoncer si elle ne le veut pas, et si elle tient au contraire à garder sa nationalité. Nous estimons que la société a le droit d'imposer la nationalité lorsque c'est l'intérêt du pays ou l'intérêt de l'individu. Mais nous estimons qu'elle n'a pas le droit d'imposer la nationalité sans nécessité absolue et que le droit accordé à l'État d'imposer notre nationalité suisse à des étrangers comporte des limites sinon de graves inconvénients.

Nous pensons que le droit d'imposer la nationalité n'est pas un droit absolu. Lorsque nous nous trouvons en présence d'une personne qui nous dit: « Je suis Français », ou « Je suis Italien », je tiens à conserver ma nationalité, nous affirmons que nous ne saurions pas sur la base de quel principe de droit ou même de simple morale nous pourrions imposer la nationalité suisse à cet individu. Le droit d'imposer la nationalité n'est pas un droit absolu parce que l'État n'est pas là pour lui-même, mais pour les individus. La société existe non pas pour elle-même, mais pour la protection des individus. Si un individu déclare qu'il veut rester Allemand, Français ou Italien et qu'il le soit, nous ne voyons pas pourquoi un tel individu le contraindrait à être Suisse malgré lui.

De plus, nous estimons que si le droit d'option n'est pas introduit dans le texte constitutionnel nous nous heurterons à une série d'inconvénients qui sont la conséquence toute naturelle du fait de la co-existence de l'incorporation *jure soli* avec le droit de cité en vertu de la consanguinité. Ce sont là deux notions qui font antithèse. Et, cependant, il faut qu'il y ait à un moment donné une solution sous peine de tomber dans les inconvénients graves signalés dans les travaux préparatoires. J'aurai l'honneur de vous citer un auteur qui arrive aux mêmes conclusions que nous. Ces inconvénients sont ceux en premier lieu de la double nationalité. Je ne veux pas faire une leçon de droit sur ce que nous entendons par l'incorporation conditionnelle avec l'option suspensive ou résolutoire. Mais il est clair qu'avec le système prévu dans le projet qui vous est soumis, nous arriverions à créer des cas de double nationalité, par suite de l'incorporation *jure soli*. Nous incorporerons des individus qui pourront soutenir qu'ils entendent rester Français, Italiens ou Allemands. Et cela pourrait conduire à des conflits graves pour la Suisse. D'un autre côté il pourrait en résulter également des cas de « *heimatlosat* ». Supposons par exemple le cas d'un ressortissant américain qui serait incorporé *jure soli* à la nationalité suisse. Il se pourrait qu'il n'ait plus la nationalité américaine et qu'il perdît la nationalité suisse. C'est un cas d'*heimatlosat*.

M. le professeur Sauser-Hall, de l'Université de Neuchâtel, aujourd'hui à Genève, a écrit un ouvrage

sur la nationalisation des étrangers en Suisse, dans lequel il dit à propos de l'application du *jus soli*:

« L'application du *jus soli* intégral, sans option, nous paraît comporter des inconvénients si pressants que nous en sommes à nous demander s'il ne faudrait pas lui préférer une naturalisation simplement élargie. Son plus grave inconvénient, c'est de favoriser cette situation hybride de la double nationalité sur laquelle nous ne reviendrons pas. Si dans nombre d'États la nationalité d'origine se perd par naturalisation volontaire, l'incorporation *jure soli* n'a nulle part cet effet. Il faudra nous attendre donc à une multiplication absolument anormale et inouïe des doubles nationaux chez nous; si nous n'y prenons garde, on peut d'ores et déjà prévoir l'époque où, à la question des étrangers, viendrait se substituer une question autrement plus redoutable et compliquée, celle « des individus à double nationalité », pendant de la « question des *heimatlozes* » que nos autorités eurent tant de peine à résoudre. Le *jus soli* intégral fournit une solution absolument fallacieuse du problème actuel; il ne fait que déplacer la question; nous irons même jusqu'à dire qu'il l'aggrave. Il est aisé de s'en rendre compte. Nous entendons lutter contre la prédominance de l'élément étranger parce que nous voulons échapper à des dangers qui, s'ils restaient purement numériques ne seraient que chimères; mais ils entraînent les inconvénients positifs, économiques, militaires, diplomatiques, moraux, juridiques et politiques que nous savons, et c'est à ceux-ci que nous voulons résister. Or, qui osera, de bonne foi, prétendre que ces divers dangers seront abolis par la transformation d'Allemands, d'Autrichiens, de Français et d'Italiens en Germano-, Austro-, Franco- ou Italo-Suisses? Nous devons nous efforcer d'en faire des Suisses tout simplement.

C'est pour cela que le droit d'option est indiqué parce qu'il permettrait aux personnes qui ne veulent pas de notre droit de cité de ne pas être incorporées d'une manière définitive et de pouvoir dire: Nous restons ce que nous sommes de par la naissance, de par la voix du sang. »

Plus loin M. Sauser-Hall dit encore:

« Mais c'est surtout dans le domaine spécifiquement politique que le *jus soli*, sans option, pourrait avoir de néfastes conséquences; en Suisse, les droits politiques liés à l'indigénat sont plus étendus que partout ailleurs; il est donc extrêmement opportun de viser à la qualité plus qu'à la quantité et de ne pas imposer notre nationalité si nous ne devons pas obtenir des citoyens entièrement dévoués susceptibles d'exercer une heureuse influence jusque dans nos assemblées législatives, et non pas d'affaiblir le plus solide rempart que nous puissions opposer à l'envahissement: notre sentiment national. Dans les régions frontières, la double-nationalité se produira en de telles proportions que les plus graves appréhensions sont permises: investis de privilèges politiques dans deux pays, ces incorporés ne pourront que nuire au développement harmonieux de la Suisse.

Enfin, le *jus soli* sans option, aurait encore une répercussion fâcheuse sur les Suisses établis à l'étranger; il peut provoquer de graves mesures de rétorsion. Les nations n'ont point accoutumé jusqu'à présent de se faire bénévolement des concessions contraires à leurs intérêts, et il est très probable

qu'aussitôt le jus soli intégral adopté en Suisse, les autres Etats s'empresseront par réciprocité — probablement par voie d'ordonnance exécutive et sans modification législative — de considérer comme irrévocablement investis de leur indigénat les Suisses nés sur leurs territoire. Autrement dit, nous sacrifierons les colonies suisses à l'étranger, dans le seul but d'augmenter dangereusement le nombre des citoyens médiocres dans la mère-patrie.»

Voilà des raisons que nous faisons nôtres, qui sont claires et nettes, qui nous indiquent impérieusement que nous devons introduire le droit d'option dans notre Constitution. C'est pour ces motifs que la minorité de la commission — d'autres orateurs soutiendront encore ce point de vue — vous propose d'admettre la réserve du droit d'option dans la Constitution.

Cet article a donné lieu encore à d'autres propositions de minorité sur lesquelles je ne ferai pas un long exposé. La plupart de ces propositions tendent à reprendre — en l'étendant quelquefois — le texte du Conseil fédéral. Pour les mêmes motifs que nous avons eu l'honneur de vous indiquer tout à l'heure, à savoir que nous ne voulons pas exagérer la revision qui, si elle était exagérée, n'arriverait pas à chef devant le peuple, nous vous proposons d'écarter ces différentes propositions. Elles sont exagérées, elles ne cadrent pas avec l'idée que nous nous faisons de l'assimilé que nous devons avoir du citoyen suisse,

Il en est de même de la proposition formulée au sein des délibérations de ce conseil par M. Weber de St-Gall. Elle a un caractère encore plus accentué, pour les mêmes raisons, nous estimons qu'elle doit être écartée.

Antrag Weber-St. Gallen.

3. Das in der Schweiz geborene eheliche Kind eines in der Schweiz niedergelassenen Ausländers erhält das Heimatrecht der Niederlassungsgemeinde seines Vaters, wenn ein Elternteil in der Schweiz geboren ist, oder wenn die Mutter bei ihrer Geburt Schweizerin war, oder wenn die Niederlassung beider Eltern bei der Geburt des Kindes seit zehn Jahren ununterbrochen gedauert hat. Die Bundesgesetzgebung bestimmt, in welchen Fällen uneheliche Kinder in der Schweiz ein Heimatrecht erwerben. Das Heimatrecht schliesst das Bürgerrecht des Kantons in sich, zu dem die Gemeinde gehört.

Amendement Weber-St-Gall.

3. L'enfant légitime, né en Suisse, d'un étranger établi en Suisse acquiert droit de cité dans la commune de domicile du père si le père ou la mère est né en Suisse ou si la mère était d'origine suisse par naissance ou si lors de la naissance de l'enfant les parents étaient établis en Suisse depuis dix années sans interruption. La légalisation fédérale détermine les cas dans lesquels les enfants illégitimes acquièrent droit de cité en Suisse. Le droit de cité comprend le droit de bourgeoisie du canton dont fait partie la commune.

Weber-St. Gallen: Sie haben aus dem Munde des Herrn Referenten gehört, dass der Sprechende

einen Antrag gestellt hat, der nach zwei Richtungen abweicht von den Vorschlägen der Kommissionsmehrheit. Einmal ist von mir vorgeschlagen worden, das Heimatrecht der Niederlassungsgemeinde festzusetzen für die Ausländerkinder, die in der Schweiz geboren und auf dem Zwangswege ins Schweizerbürgerrecht eingeführt werden sollen. Ferner hat der Sprechende beantragt, dass auch diejenigen Ausländerkinder, die auf Schweizerboden geboren und zehn Jahre auf Schweizerboden gewohnt haben, das Heimatrecht bei uns unentgeltlich erhalten sollen, die nicht das Glück hatten, eine Mutter schweizerischer Nationalität zu besitzen.

Auch die Mehrheit der Kommission geht, wie Sie gehört haben, von dem Grundsatz *jure soli* aus, von dem Grundsatz, dass der Boden, auf welchem ein Erdenbürger geboren ist, auch Anspruch hat auf diesen Erdenbürger in bezug auf dessen Rechte und Pflichten. Es ist nun nur konsequent, wenn Sie sich einmal auf diesen Boden stellen, dass Sie keinen Unterschied machen in bezug auf die Frage, welcher Nationalität die Mutter eines solchen Ausländerkindes gewesen sei. Zweifellos handelt es sich hier um die Massnahme, welche am besten geeignet ist, einen Ausgleich zwischen der übertrieben grossen Zahl von Ausländern einerseits und der schweizerischen Bevölkerung andererseits herbeizuführen. Die wirksamste Massnahme deshalb, weil von 552011 Ausländern, die vor dem Kriege in der Schweiz gezählt worden sind, nicht weniger als 31,5% auf Schweizerboden geboren wurden, und weil ferner zu konstatieren ist, dass von den auf Schweizerboden geborenen Ausländerkindern die grosse Mehrzahl mehr als zehn Jahre auch auf unserm Boden gelebt hat, sich mit unsern Lebensgewohnheiten, mit unsern Lebensverhältnissen vertraut zu machen wusste. Diese Ausländerkinder haben ausnahmslos unsere Schweizerschulen besucht, sind tagtäglich mit Schweizerkindern in Kontakt gekommen, haben sich mit Schweizerkindern befreundet. Sie haben das Land lieben gelernt, in dem sie geboren wurden und in dem sie aufgewachsen sind. Sie haben sich mit unseren schweizerischen Auffassungen vertraut machen können. Man kann also wohl sagen, dass die Kinder, welche der Sprechende ebenfalls unentgeltlich einbürgern möchte, mindestens so assimiliert sein werden als diejenigen, welche die Kommissionsmehrheit im Auge hat, diejenigen welche auf dem Wege des Antrages der Kommissionsmehrheit unentgeltlich und zwangsweise in das Schweizerbürgerrecht hineingenommen werden.

Nun ist es vor allem auch eine praktische Erwägung, die Sie nicht ausser Acht lassen wollen, die mich veranlasst, den Antrag zu stellen, der wie Sie gehört haben, seinerzeit von der Neunerkommission dem Bundesrat vorgeschlagen worden ist, von der Neunerkommission, welche die ganze Einbürgerungsfrage in Fluss gebracht hat. Es ist der gleiche Antrag, den auch Herr alt Bundesrat Dr. Hoffmann seinerzeit in dieser Angelegenheit stellte. Also Leute, über deren gut schweizerische Auffassungen gar kein Zweifel bestehen kann und die in der Frage der Erleichterung der Einbürgerung wohl ein kompetentes Wort gesprochen haben. Ich sagte Ihnen schon, dass der Sprechende der Auffassung sei, es sollte nicht die Heimatgemeinde der Mutter, sondern die Niederlassungsgemeinde den Neubürger, der hier in Frage

steht, in ihr Heimatrecht aufnehmen. Wenn Sie nach dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit verfahren, dann wird das eintreten, was ich sehr befürchte: eine neue, wesentliche Belastung der ohnedies heute mit Armenlasten überbürdeten Ortsbürgergemeinden einer ganzen Reihe von Kantonen. Schon heute erleben wir es, dass diese Ortsbürgergemeinden, insbesondere auch im Kanton St. Gallen, den schärfsten Widerstand erheben, wenn irgendwo eine frühere Schweizerin, die durch Heirat zur Ausländerin geworden ist, wieder eingebürgert werden soll. Der Bundesrat ist in mehr als einem Falle heute gezwungen, die Kantone zu veranlassen, diese Wiedereinbürgerung gegen den Willen der betreffenden Heimatgemeinde durchzuführen. Diese ohnedies heute mit Armenlasten überbürdeten Heimatgemeinden werden eine neue empfindliche Belastung erleiden, wenn sie sich auf den Standpunkt stellen, dass die Heimatgemeinde der Mutter den Neubürger zu übernehmen und ihn zu erhalten habe in den Tagen der Not, der Arbeitslosigkeit. Die Kommissionsmehrheit erklärt allerdings in ihrem Vorschlag, der Bund werde dann mindestens die Hälfte der bezüglichen Lasten auf sich zu nehmen haben. Nach der bundesrätlichen Botschaft wird es sich aber um eine Belastung von durchschnittlich 210 Fr. pro Kopf der Eingebürgerten handeln. Die in Frage stehenden Ortsbürgergemeinden werden, selbst wenn der Bund nicht bloss die Hälfte, sondern zwei Drittel der sich ergebenden Ausgaben übernehmen sollte, wofür wir ja gar keine Garantie haben, nicht weniger als 1,888,000 Fr. im Jahre an weitem Armenlasten auf sich nehmen müssen. Das ist eine Belastung, welche von mehr als einer dieser Ortsbürgergemeinden schlechterdings nicht übernommen werden kann; ich fürchte sehr, dass gerade aus diesem Grunde eine Vorlage, die in dieser Richtung nach dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit redigiert werden sollte, auf starken Widerstand stossen werde.

Der Herr Kommissionsreferent hat gegen den Antrag des Sprechenden eigentlich nur taktische Gründe ins Feld geführt. Er führte aus, es bestehe keine Aussicht, mit einem Vorschlage im Sinne des Sprechenden in der Volksabstimmung durchzudringen. Es ist aber durchaus nicht sicher, wer schliesslich in dieser Frage die Mehrheit des Volkes auf seiner Seite haben würde. Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, dass es Vereinigungen von gut schweizerischer Gesinnung sind, gerade diejenigen Vereinigungen, welche zurzeit am intensivsten auf eine Regelung der Fremdenfrage drängen, die Neue Helvetische Gesellschaft und die Schweizerische republikanische Vereinigung, die nicht auf dem Boden der Kommissionsmehrheit, sondern auf dem Boden des Sprechenden stehen. Ich habe hier die Eingabe der Vereinigung schweizerischer Republikaner vor mir, und diese postuliert ausdrücklich eine Regelung der Zwangseinbürgerung im Sinne meines Antrages und nicht im Sinne des Antrages der Kommissionsmehrheit. Ich darf also wohl sagen, dass vielleicht die entschiedensten Anhänger einer endlichen Regelung der Fremdenfrage auf dem Boden des Antrages des Sprechenden stehen und dass infolgedessen wohl nicht die Rede davon sein kann, dass mein Antrag auf besondern Widerstand in den Kreisen der Freunde einer radikalen Reform im Einbürgerungswesen stossen würde.

Das sind die Gründe, Gründe grundsätzlicher und praktischer Art, weshalb ich Ihnen vorschlage, meinem Antrage beizupflichten.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 25. März 1925.
Séance de relevée du 25 mars 1925.

Vorsitz — Présidence: Hr. Mächler.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 128 hiervor. — Voir page 128 ci-devant.)

Präsident: Herr Nationalrat Bopp hat einen Ordnungsantrag eingereicht, der folgendermassen lautet:
« Rückweisung an die Kommission zur Prüfung nicht nur der verschiedenen Abänderungsanträge und weiteren Möglichkeiten solcher, sondern insbesondere auch einer organischen und referendumstaktischen Verbindung der Vorlage mit dem Entwurf einer bundesrechtlichen Regelung des Aufenthaltes und der Niederlassung der Ausländer. »

Bopp: Sie mögen den Rückweisungsantrag vielleicht eher in der Eintretensdebatte erwartet haben. Allein es lag mir daran, dass zuvor eine gewisse Aussprache stattfindet, sei es in Form der Diskussion als solcher, sei es in Form von Abänderungsanträgen, die ziemlich zahlreich vorliegen.

Sodann war es speziell die Begründung des Herrn Kommissionspräsidenten bei Ablehnung des Optionsrechtes, die mich zu dem Gedanken veranlasste, eine Rückweisung zu beantragen, aus dem weitem Grunde, weil die Kompliziertheit der einzelnen Anträge, die jetzt schon vorliegen, dazu Anlass geben könnte, die Diskussion im Plenum einigermassen zu verwirren. Die Kommission wird eher die Möglichkeit haben, eine organische Zusammenfassung vorzunehmen, wie ich sie denke, als das im Plenum der Fall sein wird.

Der erste Gedanke, der mich überhaupt zum Eintreten veranlasste, war ungefähr derjenige, dem Herr Gelpke Ausdruck gegeben hat, dass die Vorlage, wie wir sie heute vor uns haben, an sich mit der Ueberfremdung nichts zu tun habe, dass aber diese Vorlage in Verbindung mit der andern, mit der Botschaft des Bundesrates betreffend die bundesrechtliche Regelung von Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 2. Juni 1924 — dass diese beiden Vorlagen in direktem Zusammenhange miteinander stehen. Allerdings hat im Ständerat Herr Wettstein diese Botschaft erst veranlasst durch ein Postulat nach

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1925
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.03.1925
Date	
Data	
Seite	128-144
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 833

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

steht, in ihr Heimatrecht aufnehmen. Wenn Sie nach dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit verfahren, dann wird das eintreten, was ich sehr befürchte: eine neue, wesentliche Belastung der ohnedies heute mit Armenlasten überbürdeten Ortsbürgergemeinden einer ganzen Reihe von Kantonen. Schon heute erleben wir es, dass diese Ortsbürgergemeinden, insbesondere auch im Kanton St. Gallen, den schärfsten Widerstand erheben, wenn irgendwo eine frühere Schweizerin, die durch Heirat zur Ausländerin geworden ist, wieder eingebürgert werden soll. Der Bundesrat ist in mehr als einem Falle heute gezwungen, die Kantone zu veranlassen, diese Wiedereinbürgerung gegen den Willen der betreffenden Heimatgemeinde durchzuführen. Diese ohnedies heute mit Armenlasten überbürdeten Heimatgemeinden werden eine neue empfindliche Belastung erleiden, wenn sie sich auf den Standpunkt stellen, dass die Heimatgemeinde der Mutter den Neubürger zu übernehmen und ihn zu erhalten habe in den Tagen der Not, der Arbeitslosigkeit. Die Kommissionsmehrheit erklärt allerdings in ihrem Vorschlag, der Bund werde dann mindestens die Hälfte der bezüglichen Lasten auf sich zu nehmen haben. Nach der bundesrätlichen Botschaft wird es sich aber um eine Belastung von durchschnittlich 210 Fr. pro Kopf der Eingebürgerten handeln. Die in Frage stehenden Ortsbürgergemeinden werden, selbst wenn der Bund nicht bloss die Hälfte, sondern zwei Drittel der sich ergebenden Ausgaben übernehmen sollte, wofür wir ja gar keine Garantie haben, nicht weniger als 1,888,000 Fr. im Jahre an weitem Armenlasten auf sich nehmen müssen. Das ist eine Belastung, welche von mehr als einer dieser Ortsbürgergemeinden schlechterdings nicht übernommen werden kann; ich fürchte sehr, dass gerade aus diesem Grunde eine Vorlage, die in dieser Richtung nach dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit redigiert werden sollte, auf starken Widerstand stossen werde.

Der Herr Kommissionsreferent hat gegen den Antrag des Sprechenden eigentlich nur taktische Gründe ins Feld geführt. Er führte aus, es bestehe keine Aussicht, mit einem Vorschlage im Sinne des Sprechenden in der Volksabstimmung durchzudringen. Es ist aber durchaus nicht sicher, wer schliesslich in dieser Frage die Mehrheit des Volkes auf seiner Seite haben würde. Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, dass es Vereinigungen von gut schweizerischer Gesinnung sind, gerade diejenigen Vereinigungen, welche zurzeit am intensivsten auf eine Regelung der Fremdenfrage drängen, die Neue Helvetische Gesellschaft und die Schweizerische republikanische Vereinigung, die nicht auf dem Boden der Kommissionsmehrheit, sondern auf dem Boden des Sprechenden stehen. Ich habe hier die Eingabe der Vereinigung schweizerischer Republikaner vor mir, und diese postuliert ausdrücklich eine Regelung der Zwangseinbürgerung im Sinne meines Antrages und nicht im Sinne des Antrages der Kommissionsmehrheit. Ich darf also wohl sagen, dass vielleicht die entschiedensten Anhänger einer endlichen Regelung der Fremdenfrage auf dem Boden des Antrages des Sprechenden stehen und dass infolgedessen wohl nicht die Rede davon sein kann, dass mein Antrag auf besondern Widerstand in den Kreisen der Freunde einer radikalen Reform im Einbürgerungswesen stossen würde.

Das sind die Gründe, Gründe grundsätzlicher und praktischer Art, weshalb ich Ihnen vorschlage, meinem Antrage beizupflichten.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 25. März 1925.
Séance de relevée du 25 mars 1925.

Vorsitz — Présidence: Hr. Mächler.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 128 hiervor. — Voir page 128 ci-devant.)

Präsident: Herr Nationalrat Bopp hat einen Ordnungsantrag eingereicht, der folgendermassen lautet:
«Rückweisung an die Kommission zur Prüfung nicht nur der verschiedenen Abänderungsanträge und weiteren Möglichkeiten solcher, sondern insbesondere auch einer organischen und referendumstaktischen Verbindung der Vorlage mit dem Entwurf einer bundesrechtlichen Regelung des Aufenthaltes und der Niederlassung der Ausländer.»

Bopp: Sie mögen den Rückweisungsantrag vielleicht eher in der Eintretensdebatte erwartet haben. Allein es lag mir daran, dass zuvor eine gewisse Aussprache stattfindet, sei es in Form der Diskussion als solcher, sei es in Form von Abänderungsanträgen, die ziemlich zahlreich vorliegen.

Sodann war es speziell die Begründung des Herrn Kommissionspräsidenten bei Ablehnung des Optionsrechtes, die mich zu dem Gedanken veranlasste, eine Rückweisung zu beantragen, aus dem weitem Grunde, weil die Kompliziertheit der einzelnen Anträge, die jetzt schon vorliegen, dazu Anlass geben könnte, die Diskussion im Plenum einigermassen zu verwirren. Die Kommission wird eher die Möglichkeit haben, eine organische Zusammenfassung vorzunehmen, wie ich sie denke, als das im Plenum der Fall sein wird.

Der erste Gedanke, der mich überhaupt zum Eintreten veranlasste, war ungefähr derjenige, dem Herr Gelpke Ausdruck gegeben hat, dass die Vorlage, wie wir sie heute vor uns haben, an sich mit der Ueberfremdung nichts zu tun habe, dass aber diese Vorlage in Verbindung mit der andern, mit der Botschaft des Bundesrates betreffend die bundesrechtliche Regelung von Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 2. Juni 1924 — dass diese beiden Vorlagen in direktem Zusammenhange miteinander stehen. Allerdings hat im Ständerat Herr Wettstein diese Botschaft erst veranlasst durch ein Postulat nach

Beratung der heutigen Vorlage. Aber das hindert uns nicht, uns klar zu werden, dass wir nicht sozusagen in der gleichen Frage zweimal mit Verfassungsvorlagen an das Volk gelangen sollten, wenn wir es in einem Male regulieren könnten, und das umso eher, als die Vorlage, die bereits vor uns liegt, zweifellos einem äusserst grossen Widerstand im Volke begegnen wird, während diese Vorlage, wenn sie in Verbindung mit der andern gebracht wird, diese Widerstände wesentlich dämpfen wird. Denn man wird sich im Volke draussen gewiss sagen, dass es nicht damit getan sei, dass wir lediglich eine sogenannte Assimilation vornehmen. Diese Assimilation haben wir bereits in umgekehrter Art erlebt, dass nämlich nicht die Fremden sich uns assimilieren, sondern dass ein wesentlicher Volksteil von uns sich den fremden Anschauungen und Ideen assimiliert.

Herr von Arx hat, ohne Namen zu nennen, auf das Schicksal der Burenrepubliken in Süd-Afrika aufmerksam gemacht, nicht wahr, um diese handelt es sich? Aber ich glaube, es sei nicht dasselbe. Jene Burenrepubliken haben einer Assimilierung der Fremden strikten Widerstand entgegengesetzt, und einer Uebermacht, wie jene erliegen sind, würden auch wir heute und künftig erliegen. Das haben Sie selber genugsam kundgetan.

Ich meine, wir sollten nicht mit den Parteibezeichnungen reaktionär oder fortschrittlich operieren, sondern wir sollten uns einfach fragen: Was dient uns, was dient der Sanierung unseres Einbürgerungsverfahrens, was ist geeignet, unserem Bürgerrecht wieder den verlorenen moralischen Wert zu schaffen? Das ist die Hauptfrage für uns, und nicht die andere, ob die eine Partei uns rückschrittlich oder die andere uns fortschrittlich nennt. Wenn wir hievon ausgehen, so vermisste ich in erster Linie eine gewisse Ausdehnung und Präzisierung des Aufsichtsrechtes, welches dem Bunde über das Einbürgerungsverfahren auch der Kantone und der Gemeinden zusteht. Es ist auch in der neuen Vorlage, sowie im bisherigen Verfassungsartikel, den wir zu revidieren gedenken, ausdrücklich unterschieden zwischen der Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer oder dem Verlust des Schweizerbürgerrechtes. Es ist also im ersten Satz nicht die Rede vom Schweizerbürgerrecht, sondern vom Bürgerrecht allgemein, und ich nehme an, dass das die Meinung habe, in die anerkannten schweren Misstände im Einbürgerungsverfahren, deren sich namentlich eine Anzahl von Gemeinden schuldig gemacht haben, und die wesentlich die Ursache der Diskreditierung unseres ganzen Einbürgerungswesens sind, sollten wir etwas eingreifen. Das wäre nicht zu viel verlangt, weil wir tatsächlich den Bund um Hülfe in dieser Angelegenheit anrufen.

Und nun vermisste ich da eine derartige Bestimmung. Sie wäre kein Eingriff, wenigstens kein wesentlicher Eingriff in die kantonale Hoheit. Es könnte also von jener Seite offenbar keine starke Opposition erwartet werden. Aber wie wäre es, wenn wir z. B. sagen würden, jetzt nur ungefähr angedeutet: «Die Bundesgesetzgebung hat Bestimmungen aufzustellen gegen den Missbrauch der Bürgerrechtserwerbung und -Verleihung auch in den Kantonen und Gemeinden.» Das wäre alles, was in die Verfassung gehören würde, und das würde sehr wesentlich dem Zwecke dienen, den wir verfolgen.

Ich stelle mir die Sache ungefähr so vor, dass z. B.

der Bundesrat vielleicht als Rekursinstanz bestellt werden könnte, und das wäre schon fast alles. Immerhin soll das nur eine Andeutung sein. Aber den Gedanken an und für sich glaube ich aufrechterhalten zu sollen, wenn wir tatsächlich eine eidgenössische Aktion in dieser Richtung vornehmen möchten. Das ist das eine.

Zum zweiten hat Herr von Arx mit Bezug auf die wichtige Frage der Option gesagt, wir kämen dann zu dem Zustande, dass diejenigen, welche das Schweizerbürgerrecht ablehnen würden und für ihren ursprünglichen Heimatstaat optieren würden, gleichwohl in der Schweiz verbleiben würden. Das ist der springende Punkt, der mich dann zu dem Gedanken der Rückweisung veranlasst hatte, in der Meinung, die beiden Vorlagen miteinander organisch zu behandeln und miteinander dem Volke als ein einheitliches Ganzes vorzulegen. Es wird niemand bestreiten können, dass diese beiden Gedanken, die hier und dort verkörpert sind, in einem gewissen Zusammenhang stehen, den wir nicht ausser Acht lassen dürfen. Wenn Herr von Arx zum Beispiel den Antrag des Herrn Weber, dem er persönlich sympathisch gegenübersteht, abgelehnt hat, lediglich mit Rücksicht auf referendumpolitische Gefahren, die er bringen könnte, so hätten wir auch aus diesem Gesichtspunkte allen Grund, diese beiden Vorlagen zu einer zu verschmelzen.

Es war in der Oeffentlichkeit sogar der Gedanke ausgesprochen worden, ob es nicht zweckmässiger wäre, erst einmal die zweite Vorlage zu behandeln und dann zu gewärtigen, ob jene Hemmung der Einreise nicht dazu führen könnte, die Ueberfremdung im eigenen Volke abzuwehren. Ich möchte nicht so weit gehen, und ich glaube nicht, dass das richtig wäre. Die Verbindung beider Vorlagen aber wäre sicher eine Möglichkeit, die referendumstaktische und andere Gründe für sich hat.

Im weitem werden wir ohnehin genötigt sein, Stellung zu nehmen gegenüber dem Vorschlage der Kommissionsmehrheit, die sagt: «Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter.» Wenn ich recht berichtet bin, ist ein Antrag in Vorbereitung, der dem Bunde zwei Drittel der allfällig erwachsenden vermehrten Armenunterstützung aus diesem Gesichtspunkte zuweisen will. Meines Erachtens ist es nicht richtig, dass wir lediglich über die Verlegung, die Abwälzung der Lasten diskutieren. Wir sollten mehr darauf halten, diese Lasten an sich zu vermindern. Ich habe für mich das Gefühl, wenn wir in Aussicht nehmen, dass jährlich etwa 5000 Personen dem Zwangsbürgerrecht im Sinne dieser Vorlage unterworfen würden, würde man nicht mit denjenigen Beträgen, die eine Vermehrung der Armenunterstützung bedingen würden, die uns ungefähr genannt worden sind, auskommen. Wir haben darüber ja keine nähern Anhaltspunkte, sondern sind lediglich auf Schätzungen angewiesen. Aus dem nämlichen Gedanken heraus, der heute in der Revision mancher kantonaler Armengesetzgebungen zum Ausdruck kommt, aus dem Gedanken heraus, dass die Verhältnisse, wie wir sie hier treffen wollen, in der Regel nicht auf dem Lande entstehen, sondern als Ausfluss der Verhältnisse, in industriellen und städtischen Ortschaften, möchte ich sagen, dass ohne allen Zweifel die Verbindungen, die Anlass gaben zu dieser Vorlage, auch dort geschaffen worden sind.

Es wäre folglich zweifellos richtig, wenn wir nach dem 1. Antrag des Bundesrates vom Jahre 1920 die Wohnsitzgemeinde als Einbürgerungsgemeinde bezeichnen, und nicht die Heimatgemeinde, die vielleicht weit abliegt. Das ist das Dritte, was ich für diese Anregung geltend mache.

Viertens nehme ich Anstoss daran, dass wir ohne weiteres, kraft Gebietshoheit, alle jene Kinder von Ausländern, die in der Schweiz geboren sind, als Schweizerbürger erklären wollen, ohne irgend einen Vorbehalt daran zu knüpfen, dass diese Leute wenigstens ihren Wohnsitz in der Schweiz haben müssen. Sie wissen, dass sowohl der öffentlichrechtliche als der zivilrechtliche Wohnsitz heute ziemlich leicht erworben werden kann. Dennoch ist ein Unterschied gegenüber dem Gedanken, den wir aus dieser Vorlage gewinnen, dass auch die Möglichkeit einer mehr oder minder erfreulichen Ueberraschung in Form einer Geburt vielleicht auf der blossen Durchreise durch die Schweiz hätte eintreten können. Wenn ein Kind eines Ausländers in der Schweiz geboren wird, gleichviel, ob die Eltern hier ihren Wohnsitz haben oder nicht, so sind wir zur Einbürgerung kraft dieses Artikels verpflichtet. (Bundesrat Motta: Es ist fakultativ. Das Gesetz kann ganz gut etwas anderes vorschreiben.) Ich möchte den Bundesrat darauf aufmerksam machen, dass er selbst in seiner ersten Vorlage vom Jahre 1920 (Bundesrat Motta: Hier haben wir aber eine neue Vorlage.) den Wohnsitz als Voraussetzung genannt hat. Sie müssen also zum mindesten doch in der Schweiz wohnen. Es hat uns heute der Herr Kommissionspräsident ziemlich anschaulich klar gemacht, wie sehr es doch gerechtfertigt wäre, kraft der Gebietshoheit diese Einbürgerung vorzunehmen, wenn doch die Eltern seit Jahr und Tag vielleicht hier gewohnt haben und wohnen und die Kinder die Schule besuchen und von unserm Geist gesättigt werden. Das trifft aber in einer ganzen Reihe von Fällen nicht zu, und man könnte da nicht nur von Zufälligkeiten reden, sondern möglicherweise sogar von Absichten. Mehr will ich nicht sagen. Sie können sich die Sachlage selber vorstellen, wie sie sich etwa entwickeln könnte, aus der Annahme dieser Artikel. In dieser Beziehung hat der Antrag des Herrn Weber, den die Kommission ablehnt, einen guten Kern. Er ist genauer und präzisiert einige Voraussetzungen, die der heutigen Vorlage durchaus fehlen.

Ich wäre sodann, nur so nebenbei gesagt, auch der Meinung — diese Anregung ist vielleicht mehr redaktioneller Art. —, dass der gestrichene Abs. 5 des Ständerates wieder aufgenommen werden sollte, indem es heisst: « Sie stellt die Grundsätze für die Einbürgerung Heimatloser und die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht auf. » Es kann nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden, dass das im Gesetz über die Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer inbegriffen sein könnte.

Ich meine, der Gedanke, diese Vorlage mit der ändern, die uns ebenfalls vorliegt, über die Regelung des Aufenthaltes und der Niederlassung von Ausländern organisch zu verbinden und in einem Mal als Ganzes zur Volksabstimmung zu bringen, wiewohl ich zugebe, dass jede Vorlage für sich selbständig behandelt werden kann, wäre taktisch richtig, denn bei der Volksabstimmung müssen wir mit ändern Faktoren rechnen als hier. Der zweite Gedanke will

eine gewisse Sicherung schaffen gegen Missbräuche in Gemeinden und Kantonen, wie sie bei der Einbürgerung tatsächlich massenhaft vorgekommen sind. Und drittens endlich die mancherlei Beanstandungen des Wortlautes der Vorlage! Alles zusammen, auch vielleicht in Verbindung mit der sehr wichtigen Frage des Optionsrechtes, sollte in der Kommission noch einmal behandelt werden. Die Kommission hätte eher als das Plenum die Möglichkeit, diese verwickelten Fragen zu lösen und organisch ineinander und aneinander zu fügen. Wenn Ihnen der heutige Rückweisungsantrag in diesem Stadium verspätet zu erscheinen vermag, so habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, dass unsere Diskussion nicht ganz umsonst war. Wir haben bei der Abstimmung über die Wählbarkeit von Eingebürgerten bereits etwelche Fingerzeige erhalten. Es könnte nicht schaden, wenn auch der übrigen Aussprache ein solcher Stimmungsmesser vorangeht, den die Kommission möglicherweise beherzigen kann für den Fall, dass Rückweisung beschlossen wird. Es wäre damit nichts verloren. Vielleicht weniger, als wenn wir auf einem unfruchtbaren Gebiet weiter fortfahren in der Art, wie es bereits geschehen ist.

Präsident: Die Diskussion über den Ordnungsantrag des Herrn Bopp, aber auch nur über diesen, ist eröffnet.

von Arx, Berichterstatter: Herr Bopp beantragt, die Vorlage der Kommission zur weiteren Erdauerung zu übergeben. Mit dem Wagen, den wir beinahe auf den Berg hinaufgebracht haben, sollen wir wieder rückwärts fahren und ihn neuerdings im « Schopfe » der Kommission unterbringen. Ich glaube, ein solches Verfahren würde uns nicht zum Ruhme gereichen. Ich habe alle Achtung vor der Art, mit der Herr Bopp die öffentlichen Dinge anpackt. Ich freue mich seiner Reden, die von Mannhaftigkeit und starkem Heimatgefühl zeugen, und von, wenn nicht attischem, doch zürcherischem Salze gewürzt sind. Hier aber, glaube ich, ist der Rat des Herrn Bopp verfehlt.

Warum soll die Rückweisung erfolgen? Um die Minderheitsanträge zu erwägen? Welche Minderheitsanträge? Den Minderheitsantrag über die Option. Das ist aber ein Antrag, der in der Kommission reiflich und reiflich erwogen wurde. Auch der Ständerat und die Expertenkommission haben ihn lange, sehr lange erwogen. Alle Weisheit der Rechts- und Staatswissenschaft ist darüber hinweggegangen. Noch mehr zu tun, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Und andere Minderheitsanträge? Herr Bopp hat keine gestellt. Er hat einen Antrag angedeutet, man müsse in der Verfassungsbestimmung Missbräuchen beim Erwerb des Bürgerrechtes durch Ausländer entgegenwirken. Gewiss gibt es solche Missbräuche. Es gab einen schmachhlichen Schacher mit Bürgerrechten, aber hier sind die Kompetenzen bereits vorhanden und ausgeschieden. Die Verfassung sagt, dass die Kantone das Recht zur Aufnahme von Ausländern ins Schweizerbürgerrecht haben, und dass der Bund ein Aufsichtsrecht ausüben dürfe, und nicht mehr. Von diesem Aufsichtsrecht hat der Bund auch ernsthaft und fleissig Gebrauch gemacht durch Zurückweisung von anrühigen Bürgerrechtsgesuchen. In die Kompetenzen der Kantone einzubrechen, daran können wir, Herr Bopp, heute nicht denken.

Es hat Herr Bopp ferner Einzelheiten unserer Vorlage angeführt, die ihm mangelhaft erscheinen. Ich muss ihn darauf verweisen, dass nach dieser Bestimmung der Verfassung ein Ausführungsgesetz kommt, in welchem noch vieles geregelt werden muss auf Grund der Kompetenzen, die wir prinzipiell einräumen. Es hat ferner Herr Bopp darnach gerufen, dass wir gemeinsam mit der Vorlage auch den Vorschlag des Bundesrates betreffend die Regelung über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer behandeln. Hierüber liegt bereits eine Vorlage des Bundesrates vor. Der Ständerat hat am 8. Oktober darüber einen Beschluss gefasst. Der Nationalrat wird die Sache nächstens behandeln. Es sind zwei Vorlagen; sie sind einander verwandt, aber sie müssen getrennt behandelt werden, eine nach der andern. Nun wohl, behandeln wir die eine Vorlage, um bald nachher auch die andere in Beratung ziehen zu können. Nichts steht dann dagegen, dass wir beide Vorlagen zu gleicher Zeit dem Volke zur Abstimmung unterbreiten. Freilich dürfen wir sie nicht verkoppeln; es muss stets dem Schweizervolk für beide Vorlagen das Recht der freien Entscheidung vorbehalten bleiben.

Ich beantrage Ihnen Abweisung des Ordnungsantrages des Herrn Bopp.

Duff: Ich schliesse mich dem Antrage des Herrn Kommissionspräsidenten an und befürworte mit ihm Abweisung des Rückweisungsantrages des Herrn Bopp. Die Bekämpfung der gefährlich gewordenen Ueberfremdung soll vorerst hauptsächlich durch drei Arten, von gesetzgeberischen Massnahmen erfolgen. Einmal durch die unserer Beratung unterstehende Einbürgerungsreform im Sinne der Einführung der Zwangseinbürgerung. Zweitens durch die Reform des Niederlassungs- und Aufenthaltsrechtes für Ausländer. Eine dritte Massnahme schlägt Ihnen die Kommission vor mit dem Postulate, es werde der Bundesrat eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, in wieweit Massnahmen gegen die wirtschaftliche Ueberfremdung ergriffen werden können. Dieses Postulat stammt von Herrn Kollega Gelpke. Die Kommission hat ihm einstimmig beigegeben und es ist zu erwarten, dass auch der Nationalrat dieses Postulat zum seinigen mache, und damit dem Bundesrate einen Auftrag im Sinne dieser Gedankengänge übermittle.

Die Reform des Niederlassungs- und Aufenthaltsrechtes der Ausländer ist, wie der Herr Kommissionspräsident ausgeführt hat, in Vorbereitung bei den Räten, nach der Richtung, dass wir unsere Grenzpforten besser in der Hand halten wollen, eine grössere Beschränkung der Zuwanderung, eine mehrere Zurückhaltung gegenüber den zuwandernden Ausländern pflegen. Ferner, dass dem Bunde eine gewisse Gesetzgebungskompetenz hinsichtlich des Aufenthaltes und der Niederlassung der Ausländer übertragen werden soll. Ein weiterer Reformpunkt tendiert nach einer stärkeren Fremdenpolizei. Das ist die zweite Art der Bekämpfung der Ueberfremdung. Die dritte oder besser gesagt die erste Aktion ist eben die Einführung einer beschränkten Zwangseinbürgerung als Kernpunkt der Einbürgerungsreform. Das ist eine Sache für sich.

Der Antrag des Herrn Bopp will, dass die Kommission die Abänderungsanträge nochmals in Be-

ratung ziehe. Ich darf hier mit dem Herrn Kommissionspräsidenten behaupten, dass die Kommission alle Abänderungsanträge gründlich geprüft hat, einmal den Abänderungsantrag, den Sie heute zum Beschluss erhoben haben, die Beschränkung des passiven Wahlrechtes naturalisierter Ausländer. Der Nationalrat wird vielleicht doch noch auf diese Sache zurückkommen und nicht den Krebsgang hinter den Ständerat machen wollen.

Sodann die Frage der Option. Es handelt sich hier um eine Einschränkung der Wirkung der Zwangseinbürgerung. Auch diese Frage ist einlässlich geprüft und beraten worden, und unsere Beratung soll Gelegenheit geben, uns darüber auszusprechen und darüber Beschluss zu fassen. Eine nochmalige Beratung dieses Punktes in der Kommission hat keinen Zweck. Die weiteren Anträge, Antrag II und der Antrag des Herrn Weber, sind Erweiterungen des Hauptantrages auf Einführung der Zwangseinbürgerung. Auch in diesen Punkten sieht die Kommission klar, wie auch bei Antrag III, der eine unentgeltliche Aufnahme in das Schweizerbürgerrecht vorsieht für solche Ausländer, deren Kinder kraft Gebietshoheit Schweizer geworden sind. Ich wiederhole und betone: Die Kommission hat alle Abänderungsanträge, die ihr vorgelegen haben und auch die Beschlüsse des Ständerates einer gründlichen Untersuchung und Prüfung unterstellt.

Der Rückweisungsantrag des Herrn Bopp sagt ferner, die Kommission möge die Möglichkeit neuer Abänderungsanträge prüfen.

Bei aller Würdigung der Argumente, die Herr Bopp heute ins Feld geführt hat, möchte ich doch sagen, dass wir es hier mit einem ganz sonderbaren, eigenartigen, neuen Beratungsmodus zu tun hätten. Welche neuen Anträge sollte die Kommission beraten? Es liegen ja keine mehr vor. Also kann die Kommission diesen Auftrag unmöglich übernehmen. Herr Bopp will der Kommission die Weisung geben, sie möge prüfen, ob nicht durch die Gesetzgebung der Missbrauch des Schweizerbürgerrechtes durch eingebürgerte Ausländer bekämpft werden könne. Diese Möglichkeit ist gegeben durch unsere Verfassungsvorlage.

Ich möchte auch der Behauptung des Herrn Bopp entgegentreten, als hätten wir es hier mit einer zu komplizierten Materie zu tun, die nochmals in der Kommission behandelt werden müsste. Gegenstandslos darf die Kommissionsarbeit und darf die Kommissionsvorlage für sich in Anspruch nehmen, dass sie ganz von der Tendenz beherrscht war, Einfachheit und Klarheit zu schaffen. Aufstellung weniger Grundsätze in einem Verfassungsartikel und Verweisung aller Nebenpunkte in die Gesetzgebung, das war das Leitmotiv der Arbeit der Kommission.

Ferner will Herr Bopp « insbesondere Prüfung einer organischen referendumpolitischen Verbindung der Vorlage mit dem Entwurf der Verfassungsvorlage betreffend Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer ». Die organische Verbindung, die Herr Bopp will, besteht, und zwar in der erfreulichen Tatsache, dass beide Massnahmen gegen die Ueberfremdung zurzeit beim Verfassungsgesetzgeber liegen. Der Herr Kommissionspräsident hat die Auffassung des Herrn Bopp mit Recht zurückgewiesen, dass es möglich sei, zwei ganz verschiedene Gebiete der Verfassungsgesetzgebung, die Zwangseinbürgerung einerseits und

die Reform der Niederlassung und des Aufenthaltsrechtes für Ausländer andererseits in eine Vorlage zusammenzufassen. Es ist das sachlich unmöglich; unmöglich auch nach der Systematik unseres Bundesverfassungsrechtes. Referendumpolitische Motive liegen bei jeder Vorlage vor. Namentlich bei dieser Verfassungsvorlage hat die Kommission alle die abstimmungspolitischen Erwägungen ebenfalls gründlich geprüft. Deshalb ist sie zu der einfachen und, wie wir behaupten dürfen, klaren Vorlage gekommen, von der Herr Präsident von Arx sagte, sie sei das Minimum dessen, was erreicht werden muss, und das Maximum dessen, was erreicht werden kann.

Es handelt sich bei unserer Vorlage in erster Linie um die Bekämpfung eines bestehenden Uebels. Bei der Vorlage über die Reform des Niederlassungsrechtes, die bei einer andern Kommission des Nationalrates liegt, haben wir es mit einer mehr prophylaktischen Massnahme zu tun, und es ist deshalb Sache jener und nicht unserer Kommission, die abstimmungspolitischen Motive so zu würdigen, dass sie den Karren nicht überlastet, sondern gut befrachtet.

Was die Unterbreitung beider Verfassungsartikel an das Volk betrifft, wird es Sache des Bundesrates sein, wenn es sich als gut und notwendig erweist, beide Verfassungsvorlagen dem Volke auf einmal, aber getrennt vorzulegen. Darüber hat die nationalrätliche Kommission nicht zu befinden, und ein Rückweisungsantrag in diesem Sinne hat wiederum keinen Wert.

Unsere Vorlage lag über ein Jahr in Beratung bei der Kommission, und von der gründlichen und zuverlässigen Vorbereitung hat Ihnen sicherlich heute das Referat unseres Herrn Kommissionspräsidenten das herdedteste und schlagendste Zeugnis gegeben. Die Einbürgerungsreform ist dringend; eine weitere Aufhaltung, die durch Zurückweisung an die Kommission eventuell bedingt wäre, wäre von Schaden und nachdem Herr Bopp keine grundsätzliche Opposition gegen die Vorlage erhebt, so darf sein Antrag auch deshalb zurückgewiesen werden, weil wir uns sagen wollen: Das eine tun und das andere nicht lassen! Aber keine weitere Verzögerung in dieser wichtigen Sache!

M. Morard: rapporteur: Deux mots au sujet de la proposition de M. Bopp. Il propose de suspendre les discussions et de renvoyer l'article entier à la commission afin qu'elle recommence une étude y compris celle des amendements présentés au cours des délibérations de ce matin. Il désire que cette étude soit faite parallèlement avec celle entreprise actuellement et qui a déjà passé au Conseil des Etats au sujet du droit d'établissement et de séjour en Suisse.

Nous ne méconnaissons pas qu'il y a une certaine conjonction d'idée entre ces deux projets, mais d'autre part, nous estimons qu'il n'y a pas lieu de renvoyer le projet que nous discutons aujourd'hui à la commission. Tout d'abord, les amendements qui y ont été apportés ne sont pas nombreux. Deux seulement, dont l'un a été adopté par la majorité du conseil, l'autre, celui de M. Weber sera discuté tout à l'heure; l'un et l'autre sont accessoires. Celui de M. Weber tend bien à des idées principales relatives au projet, mais il n'apporte cependant pas des idées nouvelles extraordinaires et de nature telle que la commission doive se remettre à l'œuvre. Inutile donc de lui ren-

voyer ce projet. Un argument seul est peut-être plausible dans la proposition de M. Bopp, c'est qu'il ne serait pas inopportun que la question du règlement de l'établissement et du séjour des étrangers en Suisse et celle de l'acquisition du droit de cité par incorporation soit soumis simultanément au vote du peuple et des Etats. Cette question, il appartient au Conseil fédéral de la trancher. Tout d'abord, c'est lui qui fixe la date des votations. En second lieu, il n'est pas impossible que les deux projets arrivent devant le peuple le même jour. Notez qu'il y aura des divergences avec le Conseil des Etats, que ce projet lui sera retourné et qu'il se passera un certain temps avant qu'un vote définitif intervienne dans les conseils. D'ici là, les différentes idées germées dans le cerveau des députés pourront être analysées, disséquées par la commission du Conseil des Etats, et notre commission elle-même.

Pour ces motifs, je vous propose de rejeter la proposition de M. Bopp.

Bopp: Noch ein kurzes Wort auf die Erwiderung der Kommission. Herr Duft hat in der Hauptsache lediglich das Echo gebildet für dasjenige, was dann der Herr Kommissionspräsident ausgesprochen hat. Aber der Herr Kommissionspräsident hat uns erklärt, das hätte man alles schon in der Kommission beraten. Nun wundert mich lediglich, zu welchem Zwecke Sie uns denn noch eine Vorlage unterbreiten, wenn wir nichts dazu zu sagen haben. Oder glauben Sie, die Behandlung werde weniger kompliziert, wenn ich noch eine ganze Reihe von Minderheitsanträgen stelle, die jedenfalls zur Behandlung kommen müssten? Wäre das einfacher? Oder hat sich die Kommission als unfehlbar erwiesen? Sie hat ja bereits auch in der Frage der Wählbarkeit entschieden. Möglicherweise werden wir auch in der Optionsfrage anders entscheiden. Der Herr Kommissionspräsident selbst hat uns z. B. erklärt, der Hauptgrund für die Ablehnung jenes Antrages in der Frage der Wählbarkeit sei für ihn, dass wir keine Bürger zweiter Klasse einbürgern wollen. Und der Herr Kommissionspräsident stellt mit der Mehrheit einen Antrag, der ebenfalls Bürger zweiter Klasse schafft, indem er erklärt, die auf Grund dieser Bestimmung eingebürgerten Personen hätten keinen Anteil, auch wenn sie in der Gemeinde wohnen, an dem Bürgernutzen. Sehen Sie, Herr Präsident, Sie sind gar nicht so unfehlbar; durchaus nicht. (Heiterkeit.) Wir haben ein Recht, hier zu reden, und ich glaube, nicht mehr geredet zu haben, als notwendig war. Vielleicht machen Sie bei der Volksabstimmung die Erfahrung, dass derjenige, der hier allein stand, dann nicht mehr allein steht, sondern gewiss eine grössere Gefolgschaft haben wird als Sie. Ich fürchte das sogar.

Wenn man uns gesagt hat, das und das komme ins Gesetz, so antworten wir, Sie haben doch auch mancherlei hier in den Verfassungsartikel aufgenommen, was eigentlich nicht hier hineingehörte, sonst hätten wir uns mit dem alten Verfassungsgesetz und dem alten Verfassungsbuchstaben begnügen können, der durchaus einheitlich ohne Einschränkung sagt, dass dem Bund das Recht zustehe, die Bedingungen usw. festzusetzen usw.

Wir dürfen im Gegenteil erwarten, wenn Sie uns eine revidierte Verfassungsvorlage unterbreiten, wird das Volk wissen wollen, was die Haupt- und Grund-

züge der Aenderung seien. Die dürfen und müssen wir hier in die Verfassung aufnehmen. In dieser Beziehung war es vielleicht bloss ein Verlegenheitsausweg, den der Ständerat mit bezug auf die Option eingeschlagen hat. Er wollte eine grössere Angriffsfäche vermeiden. Wir sind nicht an jenen Verlegenheitsausweg gebunden, den der Ständerat vorgezeichnet und für sich als zweckmässig erachtet hat. Ich habe ausdrücklich erklärt, die beiden Vorlagen können getrennt behandelt werden. Ich habe das nicht bestritten. Aber ich habe erklärt, für die Volksabstimmung und unter dem Titel «Massnahmen gegen die Ueberfremdung» werde erst die Vereinigung massgebend und wirksam sein. Dieser Meinung bin ich heute noch. Wenn Sie nun aber entsprechend dem Antrage der Kommission auch bescheiden nicht in die Kompetenz der Kantone, wie Herr von Arx sagte, eingreifen wollen, während Sie sie schon auf ganz anderem Wege viel weitgehender verletzt haben, wenn Sie das alles in den Wind schlagen wollen, wohlan, es steht Ihnen frei. Schaffen Sie Papier- und Mußschweizer, soviel Sie wollen, lassen Sie es sich nicht genügen an den vielleicht 10,000 Einbürgerungen der -itzki und -inski und -leski usw., die in unsern Städten stattfinden, und lassen Sie die Vorlage so laufen wie sie ist, ohne dass Sie jene Angriffe, die ich gegen einzelne Bestimmungen gerichtet habe, irgendwie widerlegen. Tun Sie das, es steht Ihnen frei! Ich weiss dann auch, was ich zu tun habe.

M. Motta, conseiller fédéral Je n'avais pas l'intention d'intervenir dans ce débat parce que j'étais persuadé que les excellentes observations présentées par le président de la commission et le rapporteur de langue française devaient entraîner votre conviction. Mais les observations que vient de faire M. Bopp m'obligent à modifier mon attitude.

Tout d'abord vous ne devez avoir aucune crainte qu'on mette trop de hâte dans l'adoption définitive de la réforme constitutionnelle. Elle est restée quatre ans dans les cartons du Conseil des Etats et longtemps dans ceux de votre commission. Vous en êtes saisis maintenant. Il y aura des divergences entre vous et le Conseil des Etats auquel le projet sera de nouveau renvoyé. Puis il vous reviendra encore. La votation populaire n'interviendra donc pas demain.

Dans l'intervalle, vous discuterez l'autre projet de réforme constitutionnelle: celui qui a trait à la politique d'établissement des étrangers. Vous le voyez: vous ne pourriez accepter la proposition de M. Bopp que dans le sentiment que la commission a travaillé avec une hâte excessive. Tel n'est pas le cas. La commission du Conseil national — je tiens à lui faire ce compliment tout à fait mérité — a été dans cette question la sagesse même. Si M. Bopp, en l'état actuel du projet, estime encore qu'il faut le renvoyer à la commission, c'est que, — qu'il me permette de le lui dire tout à fait amicalement et franchement — au fond du cœur, il n'a aucune sympathie pour lui.

Il est impossible de vous présenter moins. Tout le travail du Conseil des Etats a consisté à resserrer la matière jusqu'à son expression la plus simple, afin d'éviter les résistances psychologiques et politiques que les membres du Conseil des Etats attendaient

de la part du peuple. C'est ainsi que l'on a biffé du projet du Conseil fédéral l'alinéa qui accordait à la Confédération une compétence générale en matière de naturalisation.

On a reproduit, dans le texte que vous avez sous les yeux exactement les termes qui figurent déjà dans l'art. 44 de la Constitution fédérale. On l'a fait afin d'éviter qu'il naisse chez les cantons l'idée fallacieuse qu'on voulût leur enlever une parcelle de leurs compétences.

Ensuite, on a simplifié le projet du Conseil fédéral, en limitant les cas d'incorporation aux enfants étrangers dont la mère était suisse avant le mariage et on a abandonné tous les autres cas. La raison était toujours la même. On a adopté le principe de l'incorporation des enfants nés de mères ci-devant suisses dans la commune d'origine de celles-ci. On évitait par là plusieurs écueils dangereux.

Ce que la commission vous présente, c'est une œuvre que j'appellerai de filtration. Tout ce qu'il y avait d'excessif et d'inquiétant dans le projet primitif en est éliminé; tout ce qui subsiste est indispensable. Ou bien vous accepterez, dans les grandes lignes, ce que la commission vous propose, — ou bien vous direz carrément que vous ne voulez pas du projet.

Ce matin, j'ai eu le devoir, que j'ai estimé considérable étant donnée ma fonction, de vous exposer quelle était la portée nationale du projet dont il s'agit. Vous pouvez encore discuter sans doute de la question du droit d'option. Vous prendrez la décision qui vous paraîtra la meilleure. C'est une question qui a été débattue dans le sein de la commission. Celle-ci s'est divisée en majorité et en minorité. Vous êtes parfaitement à même de juger.

Mais vouloir maintenant renvoyer le projet tout entier à la commission, c'est dire que la commission n'a pas travaillé comme il fallait! Cette accusation serait parfaitement injuste.

Il est vrai que vous êtes saisis d'un projet constitutionnel relatif à la politique d'établissement. C'est l'autre remède que nous avons envisagé pour combattre le péril étranger. Mais les deux matières sont absolument distinctes. Rien n'empêchera que le Conseil fédéral, si cela paraît utile, ordonne que le vote populaire sur les deux réformes constitutionnelles intervienne le même jour. Rien ne justifierait en attendant que dans votre discussion les deux questions soient mélangées.

Je vous prie de continuer votre discussion.

Abstimmung. — Votation.

Für den Ordnungsantrag Bopp	Minderheit.
Dagegen	Grosse Mehrheit.

M. Gaudard: On vous a signalé ce matin que le Conseil des Etats avait eu pendant trois ans ce projet dans ses tractandas. On aurait pu ajouter que la commission de ce Conseil a longtemps hésité avant d'entrer en matière. Je dois dire, Messieurs, que j'ai personnellement partagé les préoccupations du Conseil des Etats et de sa commission.

Le projet primitif du Conseil fédéral était conçu d'une telle manière qu'il devait faire naître de vives inquiétudes chez ceux qui entendent conserver à nos cantons, dans le domaine des naturalisations, des prérogatives souveraines dans une large mesure.

J'appartiens à un canton qui a toujours été très large dans ce domaine, mais qui a toujours accordé une très grande importance à examiner la qualité des candidats à la naturalisation. Non pas, Messieurs, que nous souffrions, dans le canton de Vaud, de xénophobie. Mais, vivant dans une démocratie, sachant que les naturalisés participent, dès le lendemain de leur naturalisation, à notre vie publique, — ont leur part de la souveraineté publique —, nous entendons, dans notre canton, que les citoyens soient à la hauteur de cette tâche et soient assez assimilés à notre pays pour accomplir leurs devoirs civiques de manière à nous donner toute sécurité.

Il est possible, Messieurs, que dans d'autres canton on ait des vues encore plus larges. Je n'ignore pas que certains cantons ont été peut-être trop loin dans ce domaine. Nous en avons eu quelquefois la preuve ici même.

J'ai vu avec une grande satisfaction la commission du Conseil des Etats restreindre dans une large mesure le projet du Conseil fédéral. Je suis heureux également que la commission du Conseil national, dans sa majorité, ait fini — non sans peine cependant — par se rallier aux vues du Conseil des Etats, en éliminant les larges, trop larges compétences que le projet du Conseil fédéral voulait donner à la législation fédérale.

Nous ne sommes pas prêts dans nos cantons à abdiquer complètement notre souveraineté en matière de naturalisation. Je crois que si le Conseil fédéral avait persisté dans ses vues, il serait allé au devant d'un insuccès populaire; il n'aurait certainement pas obtenu un vote affirmatif du peuple et des cantons. M. le chef du Département a eu, du reste, le courage de le reconnaître, et je l'en félicite.

Ce n'est pas à dire, Messieurs, que je sois aujourd'hui sans inquiétude. Depuis un certain nombre d'années, bien avant la guerre déjà, nous avons eu en Suisse beaucoup de citoyens, trop de citoyens ayant une double nationalité.

Je me souviens que, quand j'ai été sur les bancs de la faculté de droit, j'y ai appris que notre loi fédérale permettait cette possibilité; j'en ai été stupéfait. Mais, Messieurs, j'étais rassuré parce qu'il s'agissait de Suisses qui, vivant à l'étranger, obtenaient une seconde naturalisation et je me disais: Ces Suisses conservent dans notre pays leur port d'attache, ces Suisses n'oublient pas la mère-patrie, nous pouvons compter sur eux en toutes circonstances. L'inverse, Messieurs, me rassure moins: voir dans notre pays des Français, des Allemands, des Italiens, des Anglais, d'autres encore qui sont naturalisés et qui conservent précisément ce port d'attache auquel je faisais allusion tout à l'heure, me laisse perplexe. Du temps où j'avais l'honneur de pratiquer le barreau, j'ai vu fréquemment les graves inconvénients de la double naturalisation. Je les ai aignés à la commission du Conseil national, j'ai invoqué des exemples frappants qui sont bien de nature à faire réfléchir et alors, Messieurs, quand je vois un projet qui incontestablement augmentera encore dans une large mesure d'ici à quelques années le nombre des Suisses ayant deux nationalités, je dis que mon inquiétude ne diminue pas, et vous le comprendrez.

Sans doute, j'entends la voix de ces villes frontalières, j'écoute les statistiques de M. le chef du département, mais je me demande, Messieurs, si c'est même dans l'intérêt de notre pays que dans ces sentinelles avancées, à cheval sur la frontière, nous ayons beaucoup de Suisses qui ne soient pas seulement Suisses, mais qui soient aussi ressortissants du pays voisin et qui, peut-être ne feront pas seulement de la politique suisse, mais encore de la politique étrangère. Et alors, quand ce matin, j'entendais M. le chef du département avec son optimisme habituel, avec cet idéalisme que je lui connais depuis longtemps et dont je le félicite, mais que je ne puis pas toujours partager, quand j'entendais M. le chef du département nous dire ce matin qu'il redoutait le fléchissement de l'esprit national, j'en suis à me demander où je puis le redouter davantage? Est-ce, Messieurs, en trouvant sur le sol de la Suisse de véritables Allemands, de véritables Français, de véritables Italiens ressortissants de leur pays? Ou bien, Messieurs, ne puis-je pas aussi redouter le fléchissement de l'esprit national quand je participe à la vie publique avec de Suisses qui ne sont pas seulement Suisses, mais qui sont ressortissants d'autres pays? Sans doute, vous me direz que vous les assimilez. J'ai admiré la gymnastique fédérale, j'ai lu — j'ai eu cette curiosité — le titre de votre projet d'arrêté et je me demande s'il y a eu à la fois au département la pensée allemande et la pensée française pour rédiger ce titre. Je lis, Messieurs «*Massnahmen gegen die Ueberfremdung*», traduction française: «*Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse*». Où est la vérité, Messieurs? dites-le moi, Monsieur le chef du département! (Rires.) Vous avez là deux notions.

Autant je suis partisan d'assimiler les étrangers, autant je crains votre projet s'il doit se borner simplement à diminuer d'office le nombre des étrangers et à déclarer qu'ils sont devenus Suisses, parce qu'enfin cela ne suffit pas. J'ai toujours envisagé, depuis mon enfance, le titre de Suisse comme une couronne d'honneur. Alors le moins que je puisse demander de ces Suisses nouveaux, revêtant cette qualité de par la loi, sans aucune manifestation quelconque de leur volonté, peut-être contrairement à leur désir, c'est qu'ils soient réellement assimilés. Et, Messieurs, quel sera pour vous le critère? L'enfant sera né d'une mère suisse. Voilà le premier. Je m'incline, Messieurs. J'honore la femme suisse. Je respecte la mère qui élève ses enfants. Je respecte particulièrement la mère suisse, devenue étrangère par son mariage, qui nourrit dans le cœur de son enfant, dans ses jeunes années, l'amour de notre pays. Mais, Messieurs, sommes-nous certains du succès? Le père est aussi là. Il n'est pas suisse. Il n'a rien fait pour devenir suisse. Il a peut-être vécu dans notre pays quelques années seulement. Rien ne l'a engagé, même son mariage avec une Suisse, à devenir Suisse. Il a donc gardé dans son cœur l'amour de son pays d'origine, et je suppose que personne ici ne le lui reprochera.

Alors, Messieurs, de ces deux influences, celle de la mère et celle du père, laquelle triomphera?

Qu'avez-vous décidé dans la majorité de la commission et dans le projet? Vous avez décidé que peu vous importaient les sentiments de ce jeune homme. Il est né d'une mère suisse; le hasard de la naissance a voulu qu'il naisse sur notre territoire — c'est un

hasard dans les trois quarts des cas — et cela suffit: il n'a plus rien à dire. Vous ne consultez pas ses sentiments personnels; il est Suisse, irrémédiablement suisse. Et que fera-t-il à l'âge de 20 ans, le jour où on l'appellera à revêtir l'uniforme, à se préparer à la défense nationale, à servir notre pays, le jour où on lui dira qu'il est devenu citoyen, qu'il participera aux votes et aux élections comme nous autres, qu'il aura dans l'urne le même droit, que son bulletin aura le même poids que le nôtre. A ce moment, Messieurs, refusez-vous de lui laisser le droit d'opter, de dire si réellement il est assez suisse de coeur et d'esprit pour accomplir ses devoirs de citoyen.

La religion, Messieurs, n'a que des attaches d'ordre moral. Que fait la religion? Elle baptise les enfants à leur naissance; elle vient sur la tête d'un nouveau-né réclamer ses prérogatives; mais elle est plus large que vous, M. le chef du département. La religion est plus large: quand l'enfant est arrivé à l'âge de la raison, on lui fait confirmer le voeu de son baptême. C'est ce que nous venons vous demander dans le domaine politique. Permettez à ceux qui dans leur conscience ne se sentent pas préparés à la tâche de citoyens suisses, à ceux qui dans leur conscience se sentent trop attachés à leur pays d'origine, au pays de leurs pères et n'aiment pas assez le nôtre pour en devenir citoyens, permettez qu'ils aient à leur majorité — vous les incorporez dès leur naissance — le droit de décliner la qualité de suisses.

Est-ce révolutionnaire? On m'a dit — cela ne m'effraie plus, je l'ai entendu si souvent — que j'étais un radical autoritaire. Où est l'autoritarisme; je crois être au contraire très libéral. Je demande qu'on n'oblige pas un individu à être suisse malgré lui, malgré sa conscience, malgré son désir.

J'ajoute que le hasard de la naissance peut justifier cette option. L'enfant est né sur territoire suisse d'une mère suisse, mais au bout de deux ou trois ans cet enfant qui n'a pas encore des notions géographiques, retourne avec sa famille dans le pays d'origine. Ne pensez-vous pas qu'il soit logique de dire dans ces conditions qu'il n'est pas assimilé et que par conséquent il ne peut pas être suisse. Il ne déshonorerait pas notre pays et il s'honorera en faisant cet acte de sincérité et de conscience. Ou bien il aura vécu dans notre pays jusqu'à l'âge de 20 ans et cependant il ne sera pas convaincu. Cela peut se présenter et j'aime mieux respecter ce sentiment personnel; j'aime mieux dire: Vous n'êtes pas dans un pays qui vous oblige à prendre sa nationalité, qui vous oblige à l'aimer, qui vous oblige à porter les armes pour lui, qui vous oblige à aller voter.

J'ai entendu avec un grand intérêt la citation faite par notre collègue M. Morard ce matin de quelques passages d'un volume écrit par M. le professeur Sauser-Hall, qui n'est certainement pas le premier venu. M. Sauser-Hall était, si je ne fais erreur, au département politique un des collaborateurs de M. Motta et de ses prédécesseurs. Il s'exprime d'une manière juste lorsqu'il montre tous les inconvénients du défaut d'option. Je vais vous loin. J'ai connu dans mes jeunes années, comme avocat, la tâche qu'avait la Confédération, nos cantons et nos communes en matière d'heimatlosat. J'ai moi-même eu à liquider quelques-uns de ces cas. Je crois qu'il n'en reste plus. Cela a été certainement une épine de notre politique pendant nombre d'années et ce fut une des gloires de

la constitution de 1848 de chercher à mettre un terme à la misère de l'heimatlosat. Mais, si nous continuons à avoir beaucoup de suisses possédant une double nationalité et si nous augmentons dans une très large mesure les cas de double nationalité avec les dispositions nouvelles, sans le tempérament que je vous propose, je me demande si bientôt — je ne le souhaite pas pour M. le chef du département, il faudra que le temps accomplisse du reste son oeuvre — je me demande si la Confédération, les cantons et les communes ne se heurteront pas à plus d'inconvénients encore par le fait des cas de double nationalité que nos prédécesseurs n'en ont rencontré par le fait de l'heimatlosat.

Sans revenir à la citation de M. le professeur Sauser-Hall, je voudrais vous en donner une autre. Après avoir entendu de la bouche de M. Morard la parole de l'ancien chef de service du Département politique, un des juristes de la couronne de ce département, M. Motta ne m'en voudra pas si je ne puis résister au désir de vous donner l'opinion . . . de M. Motta.

M. Motta, conseiller fédéral: Elle n'est pas nécessairement en contradiction avec la vôtre.

M. Gaudard: J'espère, mais je vous attends.

Voici l'opinion de M. Motta. Alors qu'au Conseil des Etats, cette question est restée dans l'ombre et a été à peine discutée, ce que je regrette, M. Motta, devait répondre aux députés qui signalaient tous les dangers du projet; il se trouvait devant ces défenseurs des cantons qui hésitaient, les uns demandant, comme M. Bopp, le renvoi sine die, les autres montrant beaucoup de froideur.

M. Motta a dit alors au Conseil des Etats, en réponse à un ami pour lequel il a déclaré avoir le plus profond respect, M. Winiger — il ne me démentira pas: « L'application du jus soli avec une rigidité absolue risque en effet de soulever quelques conflits internationaux qui pourraient devenir ou insolubles ou la source de frottements et de mécontentement entre les Etats intéressés. C'est pourquoi, nous avons pensé au département qu'une des manières naturelles de résoudre les conflits internationaux qui pourraient surgir du fait du double droit de cité serait d'accorder malgré tout le droit d'option aux citoyens que nous aurions assimilés par le jus soli. »

Et plus loin, dans le même discours, à la même séance, devant le même conseil, répondant au même député, M. Motta dit — je dois être complet: « J'ajoute une deuxième considération. » (M. Motta: Il n'y a aucune contradiction.) Je compte sur vous, beaucoup sur vous, M. Motta. « J'ajoute une deuxième considération. Je remarque que depuis la guerre le danger de conflits entre Etats est peut-être plus grand qu'il ne l'était avant la guerre. » Vous voyez, Messieurs, que c'est peu rassurant, même avec la Société des Nations, que M. Motta a présidée; la situation n'est pas très claire. « Cela tient au fait du bouleversement général que la guerre a causé à l'intérieur de chaque pays. La mentalité en a été partout un peu déformée, des passions nationalistes ont été aiguisées. Voilà pourquoi les conflits dépendant du double droit de cité pourraient éclater dans les années à venir, » — qui gouverne prévoit, je l'ai toujours entendu dire, du moins — « et aussi longtemps que la mentalité de guerre n'aura pas complètement disparu de l'Europe ces conflits doivent être envisagés avec plus de soin,

plus de souci, plus de prudence que nous ne l'aurions fait avant la guerre. C'est la raison qui m'amène à penser que nous ne pourrions pas introduire le jus soli sans l'atténuation du droit d'option.»

Je ferme le protocole, je le ferme en demandant à M. le chef du département de donner suite à sa pensée.

Mais je le vois venir. M. Motta va me dire: Je n'ai pas changé d'avis, je reste sur le même terrain, je ne suis pas loin d'entrer dans vos vues, mais, Messieurs, nous renverrons à la loi la question du droit d'option. C'est bien cela que vous allez me dire, M. Motta. (M. Motta: En effet.) (Rires.)

Alors, je ne suis plus d'accord, parce que le peuple souverain, les cantons souverains, doivent pourtant savoir, avant de voter, si oui ou non vous introduirez le droit d'option. Nous ne sommes pas en Suisse dans un Etat unitaire, où il n'y a qu'une seule pensée où nous sommes tous avec les mêmes idées. Nous avons nos mentalités différentes et nous désirons pourtant, avant d'aller voter cet article constitutionnel, savoir si oui ou non vous admettez le tempérament du droit d'option.

Je dis que si vous en venez là, alors vous aurez accompli une oeuvre utile. Mais, si vous n'en venez pas là, si vous ne voulez pas dire au peuple que vous laisserez à ces jeunes gens le droit de choisir entre leurs deux patries, entre celle de leur père et celle de leur mère, si vous ne voulez pas leur laisser ce droit, alors, je le regrette, parce que j'ai fait les plus grands efforts pour amener la commission à adhérer aux vues du Conseil des Etats. (M. Motta: Je vous en remercie.) Je ne pourrais pas donner les mains à ce projet, parce qu'il y a là pour moi une question essentielle, une question de haut patriotisme. Je veux bien admettre aux urnes et dans l'armée des citoyens qui auront deux patries, mais je ne puis pas voir dans notre armée et aux urnes des citoyens qui auraient voulu ne pas être suisses et que vous aurez contraints à l'être. Cela, je ne puis pas l'admettre. Je préfère rejeter l'article, si vous ne voulez pas introduire le droit d'option.

Nobs: Herr Gaudard ist ein ausserordentlich gefährlicher Gegner. Das haben die Mitglieder der Kommission schon in den Sitzungen der Kommission erfahren. In der ersten Sitzung ist Herr Gaudard leider nicht dagewesen, und wir sind da ganz schön vorwärts gekommen. Die Kommission hat sogar den Mut gehabt, wieder über das hinaus zu gehen, was der Ständerat beschlossen hatte und einen früheren, weitergehenden Vorschlag aus den Anträgen des Bundesrates anzunehmen. Dann ist in der zweiten Sitzung Herr Gaudard erschienen und hat der Kommission erklärt: «Messieurs, je ne marche plus!» Und das hat er dermassen kategorisch getan, dass die ganze Kommission stillgestanden und nicht weiter marschiert, sondern mit Herrn Gaudard mutig rückwärts avanciert ist. So ist es gekommen, dass wir heute in der Lage sind, einen Vorschlag wieder aufzunehmen, der in den ausserordentlich mühseligen Verhandlungen der Kommission leider unter das Eis geraten ist. Es ist der Vorschlag zu Abs. 3 des Art. 44, wonach auch Kinder derjenigen ausländischen Eltern, die in der Schweiz wohnen, Schweizer werden, wenn ihre Mutter von Abstammung Schweizerin war oder wenn der Vater oder die Mutter in der Schweiz geboren sind. Diese Ergänzung «oder wenn der Vater oder wenn die Mutter in der Schweiz geboren sind»

ist beileibe nicht etwa eine Erfindung der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, sondern, wie ich zeigen werde, war diese Bestimmung in den Vorschlägen enthalten, die viel früher schon von den verschiedensten Instanzen aufgestellt und gutgeheissen worden waren. In einem Postulat der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates von 1909 war bereits die Zwangseinbürgerung der in der Schweiz geborenen Ausländer vorgesehen. Das geht also bedeutend weiter, als was wir heute vorschlagen: die Zwangseinbürgerung jener in der Schweiz geborenen Ausländer, deren einer Elternteil bereits in der Schweiz geboren ist. Sie sehen, dass da ein grosser Unterschied ist und dass wir mit unserer Vorlage den Kreis nun viel enger ziehen als früher beabsichtigt war. Wir glauben auch in der Tat, wenn man in dieser Frage immer abstellt auf den Grad der Assimilation, man annehmen darf, dass solche Kinder ausländischer Eltern, von denen schon ein Elternteil in der Schweiz geboren ist und deren Eltern ja in der Schweiz niedergelassen sein müssen, wirklich auch assimiliert seien. Diese Kinder besuchen unsere Schulen, sprechen unsere Landessprache und sind mit den Bräuchen des Landes durchaus vertraut. Wir brauchen sie nicht hinzustellen als «Indésirables», als unwillkommene Ausländer, die im Volksganzen einen Fremdkörper darstellen. Ich glaube auch nicht, dass auf solche Kinder die Bemerkungen des Herrn Gaudard zutreffen, dass wir, wenn wir sie einbürgern, das Bürgerrecht an Italiener, an Deutsche, an Franzosen, an Oesterreicher verleihen und ihnen politische Rechte geben. Das sind ganz gewiss keine Deutschen im nationalen Sinne mehr, keine Franzosen, keine Italiener, sondern das ist bereits die zweite Generation von Ausländern, die sich zweifellos in starkem Masse hier eingewöhnt und akklimatisiert haben.

Wenn man es so kleinlich nehmen wollte, wenn man von der Angst spricht über die Entnationalisierung und die Internationalisierung der Völker, so sollten wir doch nicht die Remedur bei derartigen Massnahmen gesetzgeberischer und verfassungsmässiger Art suchen, wie sie heute hier versucht wird, sondern folgendes vor Augen halten: Die Tatsache, dass die Völkerschaften heute stark durcheinandergewürfelt werden, ist lediglich der Ausdruck wirtschaftlicher Verhältnisse, die Sie alle miteinander billigen und fördern, ein Ausdruck der heutigen weltwirtschaftlichen Beziehungen unter den Völkern und der Durcheinanderrüttelung der aus verschiedenen Völkerschaften Abstammenden in unserem Lande.

Die Expertenkommission und besonders die Neuenkommission, die ja in der Ueberfremdungsfrage eine verdienstvolle, selbstlose und gewaltige Arbeit geleistet hat, wie sie bei derartigen Fragen von privater Seite noch selten geleistet worden ist, sind weit über das hinausgegangen, was wir hier noch vorschlagen. Schon das Justiz- und Polizeidepartement hat anno 1900 einen Vorschlag ausgearbeitet gehabt, der weiter ging und der das Schweizerbürgerrecht verleihen wollte an zwei Kategorien von Ausländern; der ersten Kategorie unter Ausschluss der Option, «den in der Schweiz geborenen Kindern ausländischer Eltern, sofern der Vater gleichfalls in der Schweiz geboren ist und zur Zeit der Geburt der Kinder in unserem Lande Wohnsitz hat»; der zweiten Kategorie unter Vorbehalt der Option, «den in der Schweiz geborenen Kindern solcher ausländischen Eltern,

welche im Zeitpunkt der Geburt des Kindes ununterbrochen 10 Jahre in der Schweiz niedergelassen sind ».

So weit gehen wir ja nicht. Der Vorschlag, den wir da aus den früheren Vorarbeiten aufgenommen haben, ist ja sehr viel bescheidener und zieht den Kreis der einzubürgernden ausländischen Kinder sehr, sehr viel enger. Ich darf wohl daran erinnern, dass Vorschläge weitergehender Art früher schon die Zustimmung verschiedenster Parteien, nicht etwa bloss unserer Partei gefunden haben. Am 18. und 19. Mai 1912, auf dem Parteitag der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz wurde ein Beschluss gefasst, der den Passus enthält: «Der Parteitag befürwortet die Zwangseinbürgerung gewisser Kategorien der in der Schweiz geborenen Ausländerkinder.» Wir nehmen heute gewiss den allereinsten Kreis für die Einbürgerung, wenn wir nur in jenen Fällen einbürgern wollen, wo nicht bloss das Kind, sondern schon ein Elternteil in der Schweiz geboren ist. Und dann stellen wir ja die weiteren Bestimmungen darüber noch in die Befugnis der Bundesgesetzgebung. Es ist damit dann noch keineswegs beschlossen, dass in der Bundesgesetzgebung so weit gegangen werden muss. Aber wir wollen uns doch nicht durch eine allzu enge Fassung des Verfassungsartikels geradezu den Weg verbarrikadieren. Wir wollen später bei der gesetzgeberischen Ausarbeitung so weit gehen können, wie wir es dannzumal für nützlich und notwendig finden und nicht durch einen zu engen Verfassungsartikel daran gehindert sein.

Die Unzulänglichkeit der bisherigen Einbürgerungspolitik ist manifest. In der Botschaft des Bundesrates lesen Sie auf Seite 21 das Bekenntnis, das in folgenden Worten ausgesprochen ist: «Es ergibt sich, dass unsere Einbürgerungspolitik gänzlich ungenügend war.»

Wie viele können da in Frage kommen? Rund 50 % unserer ausländischen Einwohner sind nach den aus der Vorkriegszeit vorliegenden Ziffern weniger als 10 Jahre in der Schweiz. Diese grosse Kategorie wird also von vornherein ausgeschaltet und die Botschaft sagt, «es ist anzunehmen, dass diese noch nicht assimiliert sind». «Aber», sagt die Botschaft weiter, «umso unbegreiflicher erscheint dagegen die Zurückhaltung der zwei andern Kategorien von Ausländern, nämlich der 194,000 in der Schweiz geborenen und jener 101,000 Personen, welche seit mehr als 10 Jahren in unserem Lande niedergelassen sind.» Diese Ziffern, die auf die Vorkriegsverhältnisse abstellen, bedürfen heute ja noch der Korrektur. Sie sind bedeutend zurückgegangen zufolge des starken Rückganges des ausländischen Elementes in unserem Lande, der ja an die 4 % beträgt. Das zeigt wie wenige Ausländer unter die Wirkung unseres Zusatzantrages fallen.

Unser Antrag bedeutet also die Einschränkung dieser Einbürgerung auf die Ausländer der zweiten Generation. In der bundesrätlichen Botschaft erklärte der Bundesrat: «Es liegt auf der Hand, dass die unter diese Kategorie fallenden Ausländer durchaus geeignet sind, von Geburt an des Schweizerbürgerrechtes teilhaftig zu werden. In der Mehrzahl der Fälle dürften sogar schon ihre Grosseltern in der Schweiz gewohnt haben oder so weit die Grosseltern von Mutterseite in Betracht fallen, im Besitze unserer Staatsangehörigkeit gewesen sein. Ihr Vater oder ihre Mutter wird die Erziehung unserer Schulen genossen und zumeist in der Schweiz gelebt haben.»

Weiter erklärt der Bundesrat: «Die dieser Klasse angehörenden Personen sind nach ihrer psychischen und geistigen Beschaffenheit bereits eigentliche Landeskinder geworden.» Und nun wollen Sie unter dem Einfluss einer reaktionären Strömung in dieser Frage, die zu meinem grossen Bedauern sich gerade in den letzten Jahren sehr unheilvoll geltend gemacht hat, den Verfassungsartikel derart fassen, dass er selbst der Gesetzgebung verbietet und verunmöglicht, Leute einzubürgern, von denen der Bundesrat erklärt, dass sie eigentliche Landeskinder sind! Das sind doch Tatsachen, die in schlagendster Weise die Befürchtungen widerlegen, mit denen der Herr Vorredner, Herr Gaudard vorgegangen ist. Auch Herr Bundesrat Motta hat in der ersten Kommissionssitzung die Berechtigung des Antrages, den wir hier vertreten, vollauf zugegeben und ihm zugestimmt. Er hat sogar in der ersten Sitzung der nationalrätlichen Kommission es begrüsst, dass die Kommission sich getraut hat, über die Beschlüsse des Ständerates hinauszugehen, und diese erweiterte Fassung in ihre Vorschläge aufzunehmen. Es herrschte in jener ersten Kommissionssitzung überhaupt Vertrauen in eine günstige Stimmung im Volke für eine fortschrittliche Lösung der Ueberfremdungsfrage. Und es fand sich auch der Wagemut, mit einem gewiss immer noch bescheidenen, aber immerhin etwas grosszügigeren Projekt als dem ständerätlichen vor das Volk zu treten und seinem Entscheid zu vertrauen.

Es wird in dieser Frage ganz zu Unrecht eine Argumentation in den Vordergrund gestellt, die hier nicht berechtigt ist. Wenn Sie die Ueberfremdung bekämpfen wollen, müssen Sie nicht anfangen bei den neugeborenen Kindlein, von denen schon der eine Elternteil in der Schweiz geboren ist. Wenn man die Ueberfremdung bekämpfen wollte, so müsste man daran denken, dass der Strom fremder Anschauungen, der Strom geistigen Lebens, einer fremden Presse, einer fremden Literatur über alle Landesgrenzen hereinschlägt, und dass wir diesen Strom Gott sei Dank nicht abzuwehren brauchen, dass uns die Freiheit bleibt, das, was das Ausland an geistigen Gütern produziert, zur Kenntnis zu nehmen und das davon zu behalten, was wir als einen Gewinn für unser Land und Volk betrachten. Aber das geistige Gebiet und das Gebiet des wirtschaftlichen Lebens sind die Tore, durch die Ueberfremdung, fremdes Wesen, fremde Art (in dem engen nationalen Sinne, wie Sie das auffassen) über die Landesgrenzen hereindringen. Und das ist doch kein Unheil. Denken Sie nur daran, ein wie schöner Teil unserer Lehrbücherproduktion ausländische Produktion ist, gerade der Lehrbücher der Mittel- und Hochschulen, oder denken Sie daran, wie viel anderes wir dem Auslande verdanken! Denken Sie daran, wie viele Ausländer namentlich in der Zeit der politischen Regeneration der Schweiz in diesem Lande mitgewirkt haben zum Heile der politischen Entwicklung unseres Landes, und ohne dass auf sie die Voraussetzung unseres Antrages zugetroffen hätte, dass schon der eine Elternteil dieser Ausländer in unserem Lande geboren gewesen wäre. Denken Sie daran, dass während des Krieges 31 ausländische Presseagenturen in der Schweiz als offizielle Vertretungen des Auslandes tätig gewesen sind, wenn Sie von Ueberfremdung sprechen wollen. Denken Sie auch daran, dass aus dem Erzbergerprozess, dass aus staatlichen Untersuchungen in Deutsch-Oesterreich

bekannt geworden ist, welch gewaltiger Einfluss vom Ausland auf die Schweizerpresse während des Krieges ausgeübt worden ist. Von dieser Ueberfremdung sagt heute niemand etwas.

Ich würde es bedauern, wenn Sie heute vor dem Volke das Zeugnis geben, dass Sie sich nicht mehr getrauen, zu dem zu stehen, was man vor 15, vor 12, vor 10 Jahren beschlossen hat, was man noch vor wenigen Jahren vom Bundesrate aus als Antrag empfohlen erhielt, was noch die Kommission sich in ihrer ersten Sitzung getraut hat, anzuerkennen. Bekunden Sie, dass man heute einer reaktionären Strömung und einer Strömung der Mutlosigkeit, der Verzagtheit und des Misstrauens gegenüber dem Volke erliegt? Dass man einen Verfassungsartikel in einer solchen Art und Weise entwertet, indem man ihn dermassen entlastet von allen fortschrittlichen Postulaten, dass das, was übrig bleibt, viel zu wenig ist, um sich dafür mit Verve ins Zeug zu legen? Ich möchte Sie bitten, unseren Antrag, der schon die Zustimmung aller Behörden, aller massgebenden Instanzen und vberatenden Kommissionen fand, nicht zu begraben, sondern ihn heute neu aufzunehmen und der Vorlage wieder einzuverleiben. Ich bin überzeugt, dass die reaktionäre Strömung, die zum Unheil des Landes die letzten Jahre geherrscht hat, eine vorübergehende Erscheinung ist, dass alle Zeichen der Zeit uns zur Pflicht machen, einem andern Geiste zu folgen als dem Geiste, der die Kommission dazu geführt hat, diese Vorlage dermassen zu verkrüppeln und zu strupieren.

Duft: Ich möchte sprechen zur Optionsfrage, der pièce de résistance dieser Vorlage, welche Optionsfrage von Herrn Gaudard so temperamentvoll verteidigt worden ist.

Gegenüber den wirklichen oder vermeintlichen Gründen, die für die Option sprechen, existieren eine Reihe von Gegenargumenten, die bei objektiver Prüfung unstreitig prävalieren. Es sind vor allem nationale Gründe, welche gegen die Zulassung der Option sprechen, sodann aber auch gewichtige rechtliche Bedenken. Die Ausländerfrage, die Tatsache der Ueberfremdung der Schweiz wird von besorgten Patrioten als die vaterländische Gefahr bezeichnet. Die gewaltige Zunahme der Fremden bedeutet, wie der Bundesrat mehrfach hervorhebt, eine unleugbare Gefahr für die Existenz der Schweiz, eine staats- und rechtspolitische Gefahr. Es sei daran erinnert, dass die Fremdenzentren der Grenzkantone ausgesprochen nationale Tendenzen verfolgen. Es handelt sich hier auch um eine volkswirtschaftliche und um eine ernsthafte ethisch-geistige Gefahr. Einsichtige und besorgte Patrioten rufen deshalb nach einem geistigen, politischen und volkswirtschaftlichen Heimatschutz.

Wenn auch im Jahrzehnt 1910 bis 1920 zufolge der Kriegsabwanderung einerseits und der während des Krieges und der Nachkriegszeit aufgerichteten Einwanderungsschranken des Bundes andererseits, die Durchsetzung der Schweiz mit fremden Elementen etwas zurückgegangen ist, wenn auch heute nicht mehr wie im Jahre 1910 jeder siebenste Einwohner, aber immerhin noch jeder zehnte Volksgenosse ein Ausländer ist, so ist damit dokumentiert, dass die Ueberfremdungsgefahr immer noch in ernstlichem Masse besteht. Die Dinge hätten sich, wie Herr Nationalrat Gelpke gestern ausgeführt hat, nicht so weit ent-

wickeln können, wenn nicht bevölkerungs-, berufs- und einbürgerungspolitisch allzu lange ein *laissez faire*, *laissez passer* schrankenlose Geltung gehabt hätte. Die Ueberfremdung ist eine friedliche, aber eine schleichende, stille, unheimliche Gefahr, der gegenüber die nationalen, die Landesinteressen verlangen, dass der Kampf gründlich und zielbewusst auf der ganzen Linie geführt werde. Die nationalen Interessen verlangen, dass die Abwehr gegen diese gemeinschweizerische Gefahr auch eine nationale sei und dass wir jene Ausländer, die wir brauchen und die zu uns gehören, auf dem Zwangswege in unsern Staats- und Volkskörper eingliedern. Wir dürfen bei der ganzen Frage und namentlich bei der Entscheidung, ob die Option zugelassen werden solle oder nicht, das Leitmotiv der Einbürgerungsreform nicht aus dem Auge lassen. Wir wollen den Ausländerkindern mit der Einbürgerung *jure soli* nicht ein Geschenk machen, wir wollen die Zwangseinbürgerung nicht den Fremden zuliebe, sondern wir wollen die Zwangseinbürgerung in unsere Verfassung und Gesetzgebung einführen, weil die nationalen Interessen, die schweizerischen Landesinteressen dies dringend gebieten. Wer dauernd zur Lebens- und Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes gehört, der soll auch Träger der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten sein.

Die Stellung der Ausländer im Rechtsleben des Aufenthaltsstaates unterscheidet sich heute, abgesehen vom Besitz der politischen Rechte, um wenig oder nichts von der Rechtsstellung des Staatsbürgers. Und auch im Genuss der Wohlfahrtseinrichtungen sind die Ausländer bei uns dem Staatsvolke gleichgestellt. Der Bundesrat hat es für seine Pflicht erachtet, mehrfach hervorzuheben, dass die Ausländer in der Schweiz gegenüber den Schweizerbürgern eine privilegierte Stellung einnehmen, eine Vorzugstellung, die sie direkt hindert, das Schweizerbürgerrecht zu erwerben oder anzunehmen, auch wenn es ihnen kosten- und mühelos angetragen würde. Und wenn der Fremde es selbst in der Hand hätte, durch eine blosse, einfache Erklärung den Wechsel der Staatsangehörigkeit zur Schweiz zu verhindern, würde er sich jedenfalls in den weitaus meisten Fällen oder mindestens in vielen Fällen der Uebernahme der aus dem Schweizerbürgerrecht erwachsenden Lasten und Pflichten entziehen. Das Optionsrecht müsste ja gerade in jenem Moment ausgeübt werden, wo der zwangsrechtlich Eingebürgerte die Militärpflichten zu übernehmen hat. Die Folge der Zulassung der Option in der Verfassung wäre die, dass wir nach wenigen Jahren konstatieren müssten, einen Versuch mit untauglichen Mitteln gemacht zu haben.

Es ist im Verlauf unserer Debatte mehrfach darauf hingewiesen worden, dass kein Land der Welt eine solche Fremdeninvasion zu verzeichnen hat wie die Schweiz. Nirgends sind so viele Ausländer-Generationen und so zahlreiche Ausländerkolonien angesiedelt wie in der Schweiz. Die Ueberfremdung hat die Schweiz in eine Zwangslage versetzt, und aus den Schwierigkeiten dieser Zwangslage können wir nur durch die Zwangseinbürgerung ohne Option herauskommen. Dem Verfassungsgesetzgeber darf deshalb der diese Zustände und ihre kommende Gestaltung überschauende Weitblick nicht fehlen. Wir wollen deshalb verhüten, dass die der ersten Situation allein gerecht werdende Massnahme der Zwangseinbürgerung paralysiert werde durch die Einzubürgernden

selbst, die mit dem Optionsrecht nach freiem Willen das Schweizerbürgerrecht gerade im Augenblick, wo seine Pflichten zu wirken beginnen, abstreifen könnten. Das Optionsrecht ist um so eher abzulehnen, als nach dem Hauptantrag das Recht der Geburt mit dem Recht des Blutes, mit dem Bürgerrecht der Mutter, verbunden werden soll.

Es bekämpfen die Anhänger des Optionsrechtes und auch Herr Nationalrat Gaudard die Zwangseinbürgerung mit dem Schlagwort: Wir wollen keine «Muss-Schweizer», keine «Suisses malgré eux». Aber diese Herren Schlagwortpolitiker bedenken nicht, dass es in der Schweiz in weit grösserem Masse auch «Muss-Ausländer» gibt, des «Etrangers malgré eux», die mit ihrem ganzen Herzen, ihrem Wesen, ihren Familien- und Persönlichkeitsverhältnissen nach Schweizerbürger sein möchten, es aber nicht werden durften, weil bisher das Schweizerwerden nur als Geldgeschäft betrachtet und behandelt worden ist. Ich meine, dass es wohl an der Zeit sei, das Schweizerbürgerrecht wieder von höhern, von moralischen und nationalen Gesichtspunkten aus einzuschätzen. Waren wir im Weltkrieg nicht Zeugen, wie so viele Tausende von Jünglingen und Männern, die ihrem Fühlen und Denken, ihrer Erziehung und Gesinnung nach Schweizer waren, unter fremde Fahnen gerufen wurden? Waren wir nicht Zeugen, wie Unzählige, die nach Schulung und Arbeit zu uns gehörten, die seit ihrer Geburt mit uns lebten, deren Väter seit Generationen in der Schweiz ansässig waren, die mit Schweizerinnen verheiratet waren, denen die Schweiz die wirkliche Heimat geworden war, dass diese aus unserer Volksgemeinschaft losgerissen wurden und für ein Vaterland haben kämpfen und ihr Leben lassen müssen, das sie nie gekannt und nie geliebt hatten?

Die Zwangseinbürgerung wird von Herrn Gaudard auch mit föderalistischen Bedenken bekämpft. Als überzeugter Anhänger, nicht eines verknöcherten, sondern eines fortschrittlichen Föderalismus, weiss ich, dass dieser an den veränderten Zeitverhältnissen nicht blind vorübergeht. Und ich vertraue auf den lebensstarken Föderalismus, dass er sich den vitalen Interessen des Gesamt Vaterlandes nicht verschliesse und der Verteidigung und Förderung dieser Interessen, besonders in dieser Angelegenheit, nicht hindernd in den Weg trete.

Es scheint aber Herr Gaudard vergessen zu haben, dass der Bundesgesetzgeber dem Föderalismus, den Kantonen, diese Aufgabe, die heute auf gesamtschweizerischem Boden gelöst werden muss, schon längst anheimgestellt hat. Es geschah das durch das Gesetz vom 25. Juni 1903, welches in Art. 5 den Kantonen die Berechtigung gab, «auf dem Wege der Gesetzgebung zu bestimmen, dass «die im Kanton geborenen Kinder von im Kanton geborenen Ausländern von Gesetzes wegen und ohne dass eine Bewilligung des Bundesrates erforderlich wäre, Kantons- und damit Schweizerbürger sind, wenn die Mutter schweizerischer Herkunft ist, oder wenn die Eltern zur Zeit der Geburt des Kindes wenigstens fünf Jahre ununterbrochen im Kanton gewohnt haben. Die Kantone sollen das Recht der Option vorbehalten.»

Die Kantone haben jedoch von dieser Gesetzgebungskompetenz keinen Gebrauch gemacht. Der Föderalismus hat hier versagt, er fühlte sich offenbar zu schwach, bahnbrechend auf diesem Gebiet vorzugehen. Deshalb muss heute die Parole lauten:

Hie Zwangseinbürgerung von Bundes wegen unter Ausschluss des Optionsrechtes!

Uebrigens lässt sich die Zwangseinbürgerung nach dem Geburtsprinzip, auf dem die Vorlage beruht, mit dem reinen Optionsrecht nicht vereinbaren, sie schliessen sich beide begrifflich aus. Der Antrag des Herrn Gaudard macht, wenn er angenommen würde, die ganze Vorlage zu einem Messer ohne Klinge; sie wäre ein Haus, das nicht auf Felsen, sondern auf Sand gebaut ist! Auch darf die Befürchtung nicht unterdrückt werden, dass im Falle der Zulassung der Option die ausländischen Eltern sich nicht oder doch in gereingerem Masse bemühen werden, ihren zu Schweizerbürgern gewordenen Kindern eine Erziehung im schweizerischen Sinn und Geist angedeihen zu lassen. Das sind die nationalen Gründe, welche die Option schlechterdings verunmöglichen.

Es ist aber auch vom Rechtsstandpunkt aus hervorzuheben, dass die ratio legis, die Tendenz der Zwangseinbürgerung, der Einräumung des Optionsrechtes an die jure soli Eingebürgerten, diametral gegenübersteht. Die Option würde die Bürgerwerdung durch Gesetz illusorisch machen, weil es dann jeder in der Hand hätte, das, was der Gesetzgeber anstrebte, durch seinen eigenen Willen zu verhindern. Gegenüber den naturrechtlichen Bedenken, die der französische Berichterstatter, Herr Morard, heute für die Option ins Treffen führte, darf wohl mit besserem Rechte gesagt werden, dass der Staat das natürliche Recht hat, das Bürgerrecht der Kinder jener Ausländer, die für immer die Lebens- und Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes teilen und die von der Mutter her schweizerischen Blutes sind, autonom und unter Ausschluss der Option zu regeln.

Gegen die Nachteile des Optionsausschlusses gibt schon die heutige Gesetzgebung — auf diese Rechtsordnung hat Herr Gaudard gar nicht Bezug genommen — ein wertvolles Korrektiv, einen Regulator, der die Bedenken der Optionsfreunde zu überwinden imstande sein sollte. Dieses Korrektiv heisst: Verzicht auf das Schweizerbürgerrecht. Herr Gaudard hat die Frage gestellt: Was dann im Falle, wo die Eltern eines Kindes, das jure soli Schweizerbürger geworden ist, nach zwei Jahren aus der Schweiz ziehen? Durch das Mittel, das das Gesetz jetzt schon an die Hand gibt, durch den Verzicht mit blosser Erklärung, kann das Schweizerbürgerrecht abgelegt werden. Damit ist das Doppelbürgerrecht vermieden, und die behaupteten Nachteile des Optionsausschlusses beseitigt. Ich verweise auf Art. 7 des Bundesgesetzes vom Jahre 1903. Es geschieht also dem zwangsweise in der Schweiz Eingebürgerten kein Unrecht, wenn ihm das Optionsrecht nicht zusteht. Zieht er ins Ausland, siedelt sich dort dauernd an und erwirbt er das dortige ausländische Bürgerrecht, so kann er auf das Schweizerbürgerrecht verzichten. Diese Möglichkeit des Verzichtes auf das Schweizerbürgerrecht ist sehr dazu angetan, Kollisionen zu verhindern, so dass der Aufnahme der Option auch keine praktische Bedeutung zukommt.

Die Option schafft aber — und das ist vom rechtlichen Standpunkt aus besonders entscheidend — eine grosse Gefahr der Rechtsunsicherheit. Fragen wir uns: Soll entweder das Kind bis zur Volljährigkeit, d. h. bis zum Ablauf der Optionszeit, Ausländer bleiben? Es wäre das die Suspensiv-Option. Herr Prof. Delaquis antwortet darauf: «Es hiesse,

die Assimilation in Frage stellen, wenn wir das Kind durch zwei Jahrzehnte hindurch als Fremden unter uns behandeln würden.» Oder: Sollen wir die Resolutiv-Option wählen, bei welcher das Kind als Folge der Geburt Schweizer wird und sich dann im Zeitpunkt der Mündigkeit für das fremde Bürgerrecht entscheiden kann? Auch in diesem Falle würde die Durchschlagskraft der Zwangseinbürgerung gelähmt und einer widerwärtigen Konkurrenz zweier Staatsbürgerrechte, unseres schweizerischen und des fremden, Tür und Tor geöffnet. Der Optant würde, das wäre der natürliche Gang der Dinge, die beiden Bürgerrechte auf die Wagschale legen und wahrscheinlich das schweizerische, weil in jenem Moment die Militärpflicht beginnt, als zu schwer finden, und sich dafür bedanken. Er würde es ablehnen, obwohl dieser jure soli eingebürgerte junge Mann 20 Jahre lang die Früchte des schweizerischen Bürgerrechtes genossen, unter seinem Schutze und unter den schweizerischen Wohlfahrts- und Rechtsinstitutionen gross geworden ist. Und wenn von der Option überhaupt kein Gebrauch gemacht wird, dann bleibt das Doppelbürgerrecht eben doch bestehen: Das Optionsrecht schliesst also das Doppelbürgerrecht nicht aus. Hierzu brauchte es schon die Optionsverpflichtung. So weit wagen aber auch die Herren Gaudard und Mitunterzeichner nicht zu gehen, dass sie die Optionsverpflichtung statuieren wollen.

Der Optionsvorbehalt lässt auch internationalrechtlich überhaupt die Frage offen: Soll der Optionsberechtigte in der Zeit zwischen Geburt und Optionsdatum als Angehöriger des Staates, dessen Bürgerrecht er jure soli erworben hat, betrachtet werden, oder aber als Angehöriger seines früheren Heimatstaates. Ausser den auch bei der Option nicht zu vermeidenden Doppelbürgerrechten würden gerade durch die Zulassung der Option mit Leichtigkeit Militärdienstkonflikte und Heimatlosenfälle entstehen und das wollen wir durch den Ausschluss der Option zu verhindern suchen.

Frankreich hat schlechte Erfahrungen mit dem Optionsrechte gemacht, deshalb hat der französische Gesetzgeber im Jahre 1889 das Optionsrecht für die zweite Generation wegdekretiert.

Der Antrag der Herren Gaudard, Gelpke, de Dardel und Morard hat, wenn man überhaupt dem Optionsrecht näher treten wollte, eine zu imperative, zu positive, zu starre Form. Der Antrag will die Optionsfreiheit so absolut vorbehalten, dass eine Mittellösung für gewisse Fälle und gewisse Personenkategorien ausgeschlossen wäre.

Ich berufe mich für meinen Standpunkt auch darauf, dass die Mehrheit der gründlichen und autoritären Kenner der schweizerischen Ueberfremdungsfrage ihre Lösung warm unter Ausschluss des Optionsrechtes befürworten; so die Neunerkommission, so besonders auch die schweizerische Vereinigung für internationales Recht, die gerade unter dem Gesichtspunkte der internationalen Kollisionsfälle des Doppelbürgerrechtes die Frage der Optionszulassung oder -ausschliessung genau und gründlich untersucht hat, und zum Schluss gekommen ist, es sei die Option gänzlich auszuschliessen. Ich berufe mich auch auf die bundesrätliche Botschaft vom 9. November 1920 und berufe mich auf die massgeblichen Kundgebungen der Wissenschaftler, eines Staatsrechtlers Prof. Burckhardt, eines Dr. Göttisheim, eines Prof. Sieber

und eines Prof. Delaquis. Herr Prof. Säuser-Hall hat gegenüber dem Optionsausschluss allerdings Bedenken geäussert; aber diese Bedenken standen vornehmlich unter der Auffassung, dass die Option für die integrale, umfassende Masseneinbürgerungen jure soli vorgesehen werden sollte. Diese Voraussetzung trifft jedoch bei der Kommissionsvorlage nicht zu.

Die Zulassung des Optionsrechtes tötet den ganzen Wert der Vorlage. Wenn das Optionsrecht in der Form der Herren Antragsteller akzeptiert würde, so könnten wir ruhig auf die ganze Vorlage verzichten.

Die entschiedene Abweisung des Minderheitsantrages, der auf Option tendiert, ist nicht nur aus nationalen, politischen und rechtlichen Erwägungen zu befürworten, sondern auch aus verfassungs- und abstimmungspolitischen Gründen. Der Optionsvorbehalt, das Optionsverhältnis, das Optionsrecht ist seiner Natur nach ein Gegenstand, der nicht in die Verfassung hineingehört, sondern der gesetzlichen Regelung vorbehalten sein muss. Wenn wir noch der Aufnahme der Option in einer gemässigten Form günstig gegenüberstehen könnten — ich lehne die Option in jeder Form ab — so könnte unmöglich eine so starre Option in so rudimentärer Form, wie sie der Antrag vorsieht, akzeptiert werden, weil dieser Antrag eine elastischere Ausgestaltung des Optionsrechtes förmlich ausschliesst. Sodann wollen wir abstimmungspolitisch bei dieser Verfassungsvorlage auch bedenken, dass die Optionsfrage sie in schädlicher Weise beschwert. Die Vorlage würde durch eine Nebenfrage auf eine Art und Weise kompliziert, dass die gute Sache und das nationale Interesse gefährdet und geschädigt wäre. Der Optionsvorbehalt wäre der Pferdefuss der Vorlage; wir hätten verfassungspolitisch einen Leerlauf geschaffen. Statt einer umfassenden grosszügigen Lösung wie sie z. B. die Neunerkommission vorschlug, haben wir heute nach der Kommissionsvorlage ein nur bescheidenes Ergebnis, das aber immerhin den Kern der Reform festhält. Die bescheidene Vorlage hat jedoch den Vorteil für sich, dass sie klare sichere Linien zieht und alle Nebenpunkte dem Gesetzgeber überlässt. Wir lassen aber diese klaren und sichern Linien nicht zertreten oder verwischen durch einen solchen Pferdefuss! Weg deshalb mit der Option aus dem Verfassungsartikel!

M. de Dardel: La preuve que la question d'assimilation des étrangers est très compliquée, nous l'avons sous les yeux par le vaste tableau qui nous a été distribué et où il est si malaisé de se retrouver. L'al. 3 que nous discutons maintenant comporte trois divergences. Le texte indiqué comme proposition de la majorité ne représente en réalité que l'opinion définitive de quatre des membres de la commission, trois autres membres ayant formulé encore une autre proposition. La proposition dite de majorité est donc en réalité aussi une proposition de minorité. Je me permets de souligner ce point pour éviter tout malentendu et sans vouloir rien enlever au prestige ou à la satisfaction de ceux de nos collègues qui sont parés ici du titre de membres de la majorité.

La diversité des opinions qui se sont fait jour au sein de notre commission et la difficulté que la commission a eue à vous présenter des textes concrets tendent à démontrer que cette question si délicate et si controversée n'est peut-être pas encore tout à fait

mûre pour affronter le vote du peuple et des Etats. Néanmoins, j'ai voté dans la commission et ici l'entrée en matière, parce que je reconnais l'utilité et la nécessité de mesures destinées à faciliter l'absorption des éléments étrangers qui paraissent de nature à renforcer la nationalité suisse.

Bien entendu, je ne partage en aucune façon le point de vue socialiste. Nos collègues d'extrême-gauche, conséquents avec les idées qui forment le fond de leurs doctrines seraient disposés à naturaliser tout le monde. Ils voudraient peupler notre pays de pseudo-Suisses pour lesquels les questions de nationalité et de patrie sont inexistantes. Et si les socialistes ne nous soumettent pas aujourd'hui des propositions dans ce sens, c'est qu'ils se doutent de l'accueil qui y serait réservé. (M. **GrosPierre**: Quelle erreur!) Leur idéal serait de briser les portes de l'indigénat helvétique; en attendant mieux, ils cherchent à les ouvrir aussi largement que possible.

A mon avis, le problème se pose d'une manière différente, comme l'a dit M. Gaudard dans son beau discours. Nous devons nous préoccuper avant tout de faire de bons Suisses. (M. **GrosPierre**: C'est difficile!) La question du nombre n'est pas la seule importante; celle de n'accueillir dans la nationalité suisse que des étrangers vraiment assimilés ou assimilables est non moins essentielle.

Je suis partisan de l'acquisition de la nationalité suisse en vertu du jus soli, et même d'un jus soli plus étendu que celui qui est prévu dans le texte de la majorité. Avec la presque unanimité des membres de la commission, j'envisage que la naturalisation jure soli, l'obtention de notre indigénat par droit de naissance en Suisse est la condition indispensable d'un politique effective et efficace d'assimilation des étrangers; elle apporte à ceux-ci, dès le berceau, le cadeau de la nationalité suisse. Contrairement à ce que disent certains adversaires du droit d'option, qui ont l'air de considérer la nationalité suisse comme un épouvantail, comme un endroit où l'on entre comme si c'était une prison, (M. **GrosPierre**: On les met dans une cathédrale.) j'ai la faiblesse de considérer ce cadeau de la nationalité suisse comme un présent magnifique, comme un don royal. Mais contrairement à l'opinion de M. von Arx et d'autres orateurs, j'estime qu'il faut se garder de transformer le privilège du jus soli en une servitude qui risquerait de paraître pesante, de paraître une chaîne d'esclavage; en d'autres termes, je crois qu'il y a lieu de corriger un peu ce qu'il y aurait de draconien dans l'application du principe de l'incorporation jure soli en laissant à l'incorporé le droit, ou plutôt en lui imposant le devoir, car l'obligation est ici admissible, de choisir, lorsqu'il atteint l'âge d'homme, entre la nationalité de ses parents et son absorption par le pays où il est né, soit par une option suspensive qui le laisserait étranger jusqu'à sa majorité, soit par une option résolutoire, en vertu de laquelle la double nationalité suisse et étrangère de l'incorporé subsisterait pendant sa minorité. Il est légitime, et je suis d'avis qu'il est nécessaire, que nous exerçons une pression amicale sur les individus étrangers pour qu'ils entrent dans notre famille helvétique. Mais n'allons pas jusqu'à violenter leur volonté. J'aime beaucoup mieux que les étrangers restent des étrangers plutôt que de devenir des citoyens douteux, de mauvais Suisses, de tristes confédérés, en révolte contre une patrie qu'ils seraient

portés à détester et que peut-être ils se hâteraient de trahir à la première occasion.

Un juriste suisse que des fonctions officielles ont mis en mesure de regarder de très près les questions relatives aux naturalisations, celui qu'on a déjà cité à plusieurs reprises, M. le professeur Sauser-Hall, a écrit ceci: « La critique que nous ne nous lasserons pas d'adresser au jus soli sans droit d'option, c'est d'introduire au sein de la nation des individus qui manifestement ne voudront pas de notre indigénat, qui seront dans notre vie des éléments de dissociation, des ferments de trouble, de dissolution, peut-être de haine. En Suisse, les droits politiques liés à l'indigénat sont plus étendus que partout ailleurs, il est donc extrêmement opportun de viser à la qualité plutôt qu'à la quantité. »

La qualité plutôt que la quantité! Nous avons d'autant plus le droit de nous montrer exigeants que le péril de l'envahissement de la Suisse par les étrangers, quoi qu'on en dise, est beaucoup moins aigu aujourd'hui qu'il y a une douzaine d'années. Je n'en veux pour preuve que l'entrefilet suivant qui a paru tout récemment dans un journal romand sur la population du canton de Genève. « La population du canton de Genève en 1924 revient à peu près au niveau de celle de 1910 et 1911, mais avec une grande différence dans sa composition. Voici les chiffres à 13 ans d'intervalle: 1924: 57,378 Genevois contre 53,416 en 1911. En 1924, 61,119 confédérés contre 43,328 en 1911. Différence en plus, près de 28,000. Français, en 1924: 22,395 contre 38,846 en 1911. Différence en moins: près de 16,500. Italiens, 1924: 13,676 contre 17,664 en 1911. Allemands, 1924: 2842 contre 5587 en 1911. Autres étrangers, en 1924: 6050 contre 6826 en 1911.

Permettez-moi de souligner brièvement deux autres arguments. M. Morard a émis la crainte, très fondée à mon sens, que si nous nous montrons intransigeants, les étrangers usent de représailles, qu'ils ne prennent des mesures de rétorsion dont aurait à pâtir le 26^e canton, ces colonies suisses si prospères, si vivantes, si attachées à la mère-patrie et qui sont les missionnaires de l'idée suisse dans le monde. Ce n'est pas une question secondaire; des principes comme ceux que nous essayons de fixer aujourd'hui ne ressuscitent pas seulement à la politique intérieure, ils ont un contre-coup dans le domaine international.

Je note encore avec M. Morard que le jus soli sans option multiplierait les cas de double nationalité qui sont un inconvénient extrêmement grave. L'option obligatoire permettrait d'écartier cet inconvénient dans une mesure notable, à condition que nous sachions agencer notre législation à cet effet comme la loi belge en 1922. Celle-ci prévoit un mode spécial d'acquisition de la nationalité belge par option. Je me permets de lire pour ceux d'entre vous qui ne les connaîtraient pas les articles y relatifs.

Art. 6 de la loi belge: « Peuvent acquérir la qualité de Belge par option sous les conditions et les formes ci-après établies: 1^o l'enfant né en Belgique; 2^o l'enfant né à l'étranger de parents dont l'un avait eu la qualité de Belge. »

Art. 7. « L'option n'est point recevable lorsque la loi nationale de l'intéressé lui permet de se faire autoriser à conserver sa nationalité dans le cas où il en acquerrait une nouvelle. »

L'atténuation que nous voudrions apporter au jus soli est très combattue. On y oppose cette raison unique que le droit d'option rendrait le jus soli inefficace et illusoire. Tel n'était pas l'avis d'un ancien président de la Confédération, M. Adrien Lachenal, père de notre collègue. En 1902, M. Lachenal père, s'exprimait comme suit dans ce Conseil: « Il est inutile de dire que les Français devenus Suisses font presque tous l'option en faveur de la Suisse, ce qui prouve que... ces enfants de naturalisés sont vraiment devenus des Suisses. »

L'optimisme de M. Lachenal père me semble justifié. Avez-vous donc si peu de confiance dans le prix de la nationalité suisse, dirai-je à mon tour? Pensez-vous que des jeunes gens nés et élevés parmi nous et dont la mère était d'origine suisse ne désireront pas, la plupart d'entre eux, demeurer des nôtres? Quand ce ne serait pas que par amour de notre sol et de notre idéal, ce serait parce qu'ils y trouveront leur avantage. Les charges publiques et militaires sont moins lourdes chez nous qu'ailleurs. Mais je préfère croire qu'ils seront guidés par un amour désintéressé de la Suisse et de nos institutions qui inspiraient à un poète vaudois établi à Neuchâtel des vers que tous mes concitoyens savent par cœur: « Nous sommes les enfants heureux de la meilleure des patries. »

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 26. März 1925.
Séance du matin du 26 mars 1925.

Vorsitz — Présidence: Hr. Mächler.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 144 hiervoor. — Voir page 144 ci-devant.)

M. Bolle: Hier soir, en annonçant l'ordre du jour de la séance d'aujourd'hui, M. le président a dit: « Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers, suite et, Dieu voulant, fin. » Je m'associe de tout cœur à ce vœu. Notre président met une énergie quasi héroïque à accélérer les débats, et j'aurais mauvaise grâce à ne pas lui venir en aide.

Si je prends la parole, c'est en raison d'une circonstance un peu particulière. Tous les Romands de la commission — et j'entends parler des Romands et non pas des romans! je suis obligé de faire cette distinction parce que M. Schopfer nous a fait hier le reproche de ne pas donner une tournure assez littéraire à nos produits! — tous les Romands de la commission, dis-je, se sont prononcés pour le droit d'option, sauf celui qui vous parle. Mais c'est là un pur hasard. Il ne s'agit pas ici d'une question dans la-

quelle on puisse avoir la Suisse romande d'un côté et la Suisse allemande de l'autre: bon nombre de Romands de cette Assemblée sont contre le droit d'option. Il me souvient d'avoir lu, sous la plume autorisée de M. le conseiller national Micheli, un article très intéressant, dans lequel il se prononçait contre le droit d'option. De même notre collègue M. Lachenal a demandé la parole après moi pour renforcer ce point de vue. Nous sommes donc divisés par nos opinions personnelles, en dehors des considérations de doctrine politique.

En cependant, Messieurs, on a fait valoir du côté des partisans du droit d'option la théorie de la liberté individuelle quasi sacro-sainte. M. de Dardel a dit lui-même qu'il se faisait en quelque sorte des scrupules de faire violence aux gens, si douce que puisse être cette violence; il considère bien l'indigénat suisse comme un cadeau, mais il ne voudrait pas que ce cadeau fût, en quelque mesure que ce soit, une charge pour ceux auxquels il est attribué; il a même parlé d'une servitude, d'un esclavage. Doux esclavage, en vérité, si l'on se rappelle que M. Gaudard a qualifié l'indigénat suisse « une couronne d'honneur ».

Je vous prie, Messieurs les partisans du droit d'option, de faire taire vos scrupules devant l'intérêt national. La liberté individuelle doit être subordonnée à l'intérêt général du pays, et dans ce cas l'intérêt général s'oppose, à mon point de vue, à l'admission du droit d'option.

Sans doute nous avons entendu un captivant exposé de M. le conseiller national Gaudard. M. Gaudard a dû être et est encore un admirable plaideur; je me permets de lui apporter l'hommage d'admiration d'un jeune confrère. Il a mis à défendre sa cause beaucoup de verdeur ainsi qu'une conviction qu'on sent absolument indéracinable. On peut l'en féliciter, mais il me pardonnera une petite réflexion: je me suis demandé si, dans cette conviction, il n'y avait pas une légère pointe de fanatisme. Il a mis une telle âpreté à chercher à nous gagner à sa cause que je crois voir un léger défaut d'objectivité dans l'exposé de son point de vue. Ce qui me donne à penser cela, c'est qu'il a fait une omission assez importante et commis une confusion qui sont de nature à affaiblir considérablement son argumentation. J'y reviendrai.

Tout d'abord je dois dire que je suis pleinement d'accord avec M. Gaudard sur un point: Une équivoque s'est produite dans le titre de l'objet dont nous nous occupons maintenant, en allemand: « Massnahmen gegen die Ueberfremdung », en français: « Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers ». La différence entre ces deux titres est de nature à créer une certaine équivoque. M. Gaudard l'a soulignée avec beaucoup de raison et beaucoup de force. Il s'agit de savoir ce que nous voulons. Voulons-nous, selon le titre allemand, construire une digue contre l'inondation, organiser une mobilisation générale contre la pénétration étrangère? Si oui, je comprends que ces mesures provoquent des propositions comme celle de M. Weber, qui envisage en quelque sorte une espèce de nationalisation administrative générale, naturalisation d'office, qui rappelle un peu mesures les prises autrefois pour incorporer les « Heimatlos ». Si nous voulons au contraire selon le titre français, assurer l'assimilation des étrangers, alors il s'agira de mesures différentes. Le titre français gagnerait

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1925
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.03.1925
Date	
Data	
Seite	144-158
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 834

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

L'atténuation que nous voudrions apporter au jus soli est très combattue. On y oppose cette raison unique que le droit d'option rendrait le jus soli inefficace et illusoire. Tel n'était pas l'avis d'un ancien président de la Confédération, M. Adrien Lachenal, père de notre collègue. En 1902, M. Lachenal père, s'exprimait comme suit dans ce Conseil: « Il est inutile de dire que les Français devenus Suisses font presque tous l'option en faveur de la Suisse, ce qui prouve que... ces enfants de naturalisés sont vraiment devenus des Suisses. »

L'optimisme de M. Lachenal père me semble justifié. Avez-vous donc si peu de confiance dans le prix de la nationalité suisse, dirai-je à mon tour? Pensez-vous que des jeunes gens nés et élevés parmi nous et dont la mère était d'origine suisse ne désireront pas, la plupart d'entre eux, demeurer des nôtres? Quand ce ne serait pas que par amour de notre sol et de notre idéal, ce serait parce qu'ils y trouveront leur avantage. Les charges publiques et militaires sont moins lourdes chez nous qu'ailleurs. Mais je préfère croire qu'ils seront guidés par un amour désintéressé de la Suisse et de nos institutions qui inspiraient à un poète vaudois établi à Neuchâtel des vers que tous mes concitoyens savent par cœur: « Nous sommes les enfants heureux de la meilleure des patries. »

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 26. März 1925.
Séance du matin du 26 mars 1925.

Vorsitz — Présidence: Hr. Mächler.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 144 hiervoor. — Voir page 144 ci-devant.)

M. Bolle: Hier soir, en annonçant l'ordre du jour de la séance d'aujourd'hui, M. le président a dit: « Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers, suite et, Dieu voulant, fin. » Je m'associe de tout cœur à ce vœu. Notre président met une énergie quasi héroïque à accélérer les débats, et j'aurais mauvaise grâce à ne pas lui venir en aide.

Si je prends la parole, c'est en raison d'une circonstance un peu particulière. Tous les Romands de la commission — et j'entends parler des Romands et non pas des romans! je suis obligé de faire cette distinction parce que M. Schopfer nous a fait hier le reproche de ne pas donner une tournure assez littéraire à nos produits! — tous les Romands de la commission, dis-je, se sont prononcés pour le droit d'option, sauf celui qui vous parle. Mais c'est là un pur hasard. Il ne s'agit pas ici d'une question dans la-

quelle on puisse avoir la Suisse romande d'un côté et la Suisse allemande de l'autre: bon nombre de Romands de cette Assemblée sont contre le droit d'option. Il me souvient d'avoir lu, sous la plume autorisée de M. le conseiller national Micheli, un article très intéressant, dans lequel il se prononçait contre le droit d'option. De même notre collègue M. Lachenal a demandé la parole après moi pour renforcer ce point de vue. Nous sommes donc divisés par nos opinions personnelles, en dehors des considérations de doctrine politique.

En cependant, Messieurs, on a fait valoir du côté des partisans du droit d'option la théorie de la liberté individuelle quasi sacro-sainte. M. de Dardel a dit lui-même qu'il se faisait en quelque sorte des scrupules de faire violence aux gens, si douce que puisse être cette violence; il considère bien l'indigénat suisse comme un cadeau, mais il ne voudrait pas que ce cadeau fût, en quelque mesure que ce soit, une charge pour ceux auxquels il est attribué; il a même parlé d'une servitude, d'un esclavage. Doux esclavage, en vérité, si l'on se rappelle que M. Gaudard a qualifié l'indigénat suisse « une couronne d'honneur ».

Je vous prie, Messieurs les partisans du droit d'option, de faire taire vos scrupules devant l'intérêt national. La liberté individuelle doit être subordonnée à l'intérêt général du pays, et dans ce cas l'intérêt général s'oppose, à mon point de vue, à l'admission du droit d'option.

Sans doute nous avons entendu un captivant exposé de M. le conseiller national Gaudard. M. Gaudard a dû être et est encore un admirable plaideur; je me permets de lui apporter l'hommage d'admiration d'un jeune confrère. Il a mis à défendre sa cause beaucoup de verdeur ainsi qu'une conviction qu'on sent absolument indéracinable. On peut l'en féliciter, mais il me pardonnera une petite réflexion: je me suis demandé si, dans cette conviction, il n'y avait pas une légère pointe de fanatisme. Il a mis une telle âpreté à chercher à nous gagner à sa cause que je crois voir un léger défaut d'objectivité dans l'exposé de son point de vue. Ce qui me donne à penser cela, c'est qu'il a fait une omission assez importante et commis une confusion qui sont de nature à affaiblir considérablement son argumentation. J'y reviendrai.

Tout d'abord je dois dire que je suis pleinement d'accord avec M. Gaudard sur un point: Une équivoque s'est produite dans le titre de l'objet dont nous nous occupons maintenant, en allemand: « Massnahmen gegen die Ueberfremdung », en français: « Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers ». La différence entre ces deux titres est de nature à créer une certaine équivoque. M. Gaudard l'a soulignée avec beaucoup de raison et beaucoup de force. Il s'agit de savoir ce que nous voulons. Voulons-nous, selon le titre allemand, construire une digue contre l'inondation, organiser une mobilisation générale contre la pénétration étrangère? Si oui, je comprends que ces mesures provoquent des propositions comme celle de M. Weber, qui envisage en quelque sorte une espèce de nationalisation administrative générale, naturalisation d'office, qui rappelle un peu mesures les prises autrefois pour incorporer les « Heimatlos ». Si nous voulons au contraire selon le titre français, assurer l'assimilation des étrangers, alors il s'agira de mesures différentes. Le titre français gagnerait

même à être légèrement affaibli. On a dit: « Mesures pour assurer l'assimilation . . . » Or ce n'est pas par une mesure législative qu'on assurera l'assimilation des étrangers; ce que nous pouvons faire c'est de prendre des mesures pour favoriser l'assimilation des étrangers. Le titre devrait être modifié dans ce sens. Cela nous ferait alors envisager une action pacifique et bienfaisante par laquelle nous pourrions gagner les étrangers, du moins ceux d'entre eux qui constituent les meilleurs éléments, ceux avec lesquels nous pourrions entretenir dans les meilleures conditions cette communauté de vie civique que suppose l'existence normale d'un Etat.

C'est cela, je crois, que veut la commission. Nous avons envisagé un système dont on peut attendre d'heureux effets à condition de ne pas l'affaiblir par le droit d'option, ni dans la Constitution, ni même dans la loi qui suivra. Je tiens à préciser que mon opposition contre le droit d'option est une opposition de principe; j'envisage que le droit d'option ne doit pas non plus être réservé dans la loi qui suivra la revision constitutionnelle.

On a donné en faveur du droit d'option des arguments juridiques que je vais reprendre pour les réfuter.

On a signalé le double indigénat et on a brandi l'épouvantail des Suisses malgré eux, des « Mussschweizer ». La double nationalité en effet est un inconvénient qui présente certains dangers; s'il y a une double nationalité, l'une des deux est de trop. Examinons alors quel inconvénient peut résulter pour les Suisses dorénavant naturalisés jure soli, du fait qu'ils auraient une double nationalité. S'il y en a une de trop, il faut se demander si l'on peut se débarrasser de cette nationalité importune. Si oui, le double indigénat n'est plus un inconvénient.

Eh bien, Messieurs les partisans du droit d'option, vous paraissez oublier un argument extrêmement important qui a été donné hier par M. le président de la commission, M. le conseiller national von Arx, argument auquel vous n'avez pas répondu et duquel vous paraissez n'avoir pas tenu compte du tout. M. von Arx qui a étudié le problème d'une manière extrêmement approfondie, a signalé les régimes en vigueur dans les pays auxquels peuvent se rattacher les étrangers établis sur notre territoire et les a divisés en quatre catégories relativement à la renonciation et à la perte de la nationalité. Je suis obligé, puisque vous n'en avez pas tenu compte, de vous répéter en français cet argument d'une importance capitale.

1^{re} catégorie: La Grande Bretagne, la Belgique et l'Italie. Dans ces trois pays, on peut renoncer unilatéralement à la nationalité. Il suffira donc que le Suisse naturalisé jure soli qui se rattache à l'un de ces pays, secoue par une simple renonciation, la nationalité étrangère dont il entend se débarrasser.

2^e catégorie: L'Allemagne, le Danemark, la Suède, l'Autriche, la Pologne, la Tchécoslovaquie. Dans ces pays, la manumission peut être accordée sur demande, de sorte que, ici encore, le Suisse naturalisé jure soli pourra demander cette manumission.

3^e catégorie: Les Etats-Unis de l'Amérique du Nord, la Norvège et le Luxembourg. Dans ces pays, en cas d'absence prolongée du pays, on perd automatiquement la nationalité.

4^e catégorie: Le seul pays à l'égard duquel on puisse accorder qu'il y ait un certain danger, c'est la

France. La France en effet a le jus soli intégral. Tous les enfants qui naissent sur territoire français sont français, le droit d'option est réservé en faveur de la première génération; dès la seconde génération le droit d'option n'est même plus réservé. On ne peut alors renoncer à cette nationalité qu'au moment où l'on a terminé l'accomplissement de ses devoirs militaires.

Eh bien, Messieurs, si la situation des enfants de Français nés chez nous et naturalisés jure soli est assez grave et assez compromettante, il m'est permis de vous dire que ce n'est pas avec l'introduction du droit d'option que vous changerez quoi que ce soit à cette situation. Vous auriez dû vous opposer à l'entrée en matière, et dire que les enfants de père français et de mère suisse ne doivent pas être naturalisés jure soli, si vous vouliez éviter absolument le double indigénat des fils de Français nés en Suisse d'une mère suisse. On n'arrive pas par le droit d'option à diminuer le nombre de cas de double indigénat des enfants nés dans ces conditions.

J'ai ainsi examiné les cas où celui qui a un double indigénat entend secouer l'indigénat étranger.

Examinons maintenant le cas où celui qui a deux nationalités par le fait de sa naissance entend secouer l'indigénat suisse. Cela peut se produire. On a fait grand état des « Mussschweizer ». Il peut arriver en effet que celui qui a reçu l'indigénat suisse par le fait de sa naissance désire au contraire rester étranger et se débarrasser de la nationalité suisse. A l'appui de sa thèse, M. Gaudard nous a représenté un cas qui ne correspond pas à la réalité. Il nous a dépeint la situation d'un enfant né sur territoire suisse d'une mère suisse et qui, à un moment donné, retourne dans le pays de sa première origine, affublé de la nationalité suisse dont, disait-il, il ne pourra pas se débarrasser. Si j'ai beaucoup admiré le plaidoyer de M. Gaudard, je me permets de m'étonner que lui, vieux praticien du barreau, ait oublié une disposition extrêmement précise de la loi actuelle sur la naturalisation, disposition qui dit textuellement ceci:

« Un Suisse peut renoncer à sa nationalité. Il doit à cet effet:

- a) ne plus avoir de domicile en Suisse;
- b) jouir de la capacité civile d'après les lois du pays dans lequel il réside;
- c) avoir une nationalité étrangère acquise ou assurée. »

C'est l'article 7.

Eh bien, Messieurs, comment peut-on dire que le jeune Suisse naturalisé jure soli qui retourne dans le pays de sa première origine sera encombré de la nationalité suisse dont il ne pourra pas se débarrasser. Au contraire, la commission a même apporté, dans le texte constitutionnel, une petite précision à l'al. 2. Tandis que le projet du Conseil des Etats disait: « La législation fédérale déterminera les conditions auxquelles les étrangers peuvent être naturalisés ainsi que celles auxquelles un Suisse peut renoncer à sa nationalité pour obtenir sa naturalisation dans un pays étranger », nous l'avons renforcé en disant: « auxquelles un Suisse perd sa nationalité ».

Il est donc bien dans l'intention de la commission de déterminer les conditions dans lesquelles un Suisse perd sa nationalité. Nous ne voulons pas attacher d'une manière indissoluble ceux qui ne tiennent pas

à être Suisses au territoire de la Confédération, s'ils passent dans un Etat étranger. Il est évident que la loi nouvelle aura une disposition au moins équivalente à l'article 7 du texte actuel.

Donc, Messieurs, il est certain que lorsqu'un enfant qui aura reçu le double indigénat du fait de sa naissance sur territoire suisse voudra secouer soit l'indigénat étranger, soit l'indigénat suisse, il le pourra de la façon la plus aisée du monde, sauf s'il est Français, et, dans ce cas, le droit d'option ne changera rien à la situation actuelle.

Vous êtes excessifs, Messieurs les partisans du droit d'option, lorsque vous dites: Un enfant suisse, qui n'est Suisse que de mère, ne doit pas se voir imposer la nationalité suisse. Vous êtes bien obligés cependant de constater qu'elle lui est imposée, lorsqu'il ne l'est que de père.

Je suppose un enfant né de père suisse et de mère allemande. Dans ce cas, vous admettez qu'il soit Suisse, en vertu du droit qui dit que c'est le père qui détermine la nationalité de l'enfant. Cependant cet enfant a le même pourcentage de sang suisse que celui qui est né d'un père allemand et d'une mère suisse. Qu'est-ce qui vous permet de dire que le 50 % de sang suisse est suffisant dans un cas et insuffisant dans l'autre pour faire d'un enfant un véritable suisse?

Un autre argument juridique invoqué est celui tiré des considérations de M. Sauser-Hall. Je suis étonné qu'on ait invoqué ici son point de vue, parce que, dans le cas particulier, il est sans aucune pertinence, si l'on tient compte du texte même qui a été cité hier par M. Morard dans la commission. M. Sauser-Hall dit que le droit d'option est nécessaire lorsqu'il s'agit du jus soli intégral. Qu'est-ce que le jus soli intégral? C'est celui qui existe en France, celui qui dit que lorsqu'un enfant naît sur un territoire, il reçoit automatiquement la nationalité du pays où il est né. Est-ce le jus soli intégral que nous introduisons dans notre revision constitutionnelle? Mais non! C'est un jus soli tout à fait fragmentaire, un jus soli atténué par le jus sanguinis. C'est le jus soli sanguinis, puisqu'il s'agit d'un enfant de mère suisse.

Dans ces conditions, l'argumentation de M. Sauser-Hall, très juste dans le cas où on introduirait le jus soli absolu, général, intégral, n'a pas de valeur dès l'instant où le jus soli est aussi modeste que celui que nous avons introduit.

De même, M. Gaudard a fait une confusion lorsque, reprenant l'argumentation de M. le conseiller fédéral Motta dans ses développements au Conseil des Etats, il a cherché à démontrer que M. Motta était en contradiction avec lui-même, parce qu'il a parlé en faveur du droit d'option. Mais, le passage du discours cité par M. Gaudard, parle du « jus soli dans sa rigidité absolue ». C'est donc aussi, avec M. le prof. Sauser-Hall, dans l'éventualité d'un jus soli intégral que M. Motta envisageait l'introduction du droit d'option. M. Gaudard a donc fait une confusion que nous retenons et qui nous convainc une fois de moins en faveur du droit d'option.

Enfin, dernier argument, on dit que nationaliser les étrangers sans leur réserver le droit d'option, c'est exposer les Suisses à l'étranger au même traitement de la part de l'Etat dont ils habitent le territoire. Mais, ce danger n'est, en réalité, qu'apparent. Il est

très peu probable que les Etats étrangers prennent des mesures identiques aux nôtres, par idée de rétorsion ou de représailles. Les Etats étrangers n'ont pas de raison de se méfier de la Suisse. Ils ne considéreront jamais les mesures que nous prenons en matière de naturalisation comme un acte inamical à leur égard. S'ils introduisent, eux aussi, dans leur régime de naturalisation, le jus soli sans réserve du droit d'option, ils le feront, comme la France en donne l'exemple pour des raisons de politique générale à l'égard desquelles j'estime que ce qui se passera chez nous ne jouera guère de rôle appréciable.

Et ici, je me retranche derrière l'autorité incontestée de M. le professeur Eugène Borel qui, dans une assemblée de l'Association de droit international, tenue en 1917, disait textuellement ceci: « Mais, supposons même qu'il en soit autrement » (à supposer que les Etats qui nous entourent prennent des mesures de représailles à notre égard, en supprimant le droit d'option, parce que nous l'aurions supprimé nous-mêmes), « ce serait une raison de plus pour supprimer le droit d'option, ne fût-ce qu'en principe, afin que la Suisse soit mieux armée en vue d'arrangements éventuels avec d'autres Etats. Le principe « do ut des » domine toutes négociations diplomatiques. Si nous voulons asseoir ultérieurement le droit d'option sur une base contractuelle — et c'est à cette condition seulement qu'à la rigueur il peut paraître acceptable — le vrai moyen d'y parvenir sera de l'exclure d'abord par la loi, afin de pouvoir offrir un tempérament à cette exclusion en échange d'une concession équivalente. »

« Les égards dus à nos compatriotes hors de Suisse ne sauraient donc entrer ici en ligne de compte. Le vrai moyen d'y répondre utilement sera de faciliter la réintégration dans leur ancien droit de cité helvétique des Suisses qui auraient dû renoncer à leur indigénat suisse. » Je ne puis mieux faire, comme je l'ai déjà dit, que de me retrancher derrière l'autorité d'un homme aussi compétent que M. le professeur Borel.

J'ai par là combattu les arguments juridiques qu'on a invoqués dans ce débat en faveur du droit d'option.

Il y a encore — très rapidement — deux arguments d'ordre psychologique qui doivent être donnés ici contre le droit d'option. Ce droit annihilerait les effets de la mesure que nous proposons. Il n'y a rien d'exagéré à le dire.

M. le président de la commission, M. von Arx, l'a déjà dit: Avez-vous pensé à l'incertitude que vous mettriez dans l'âme de l'enfant qui, jusqu'à sa vingtième année ne saura pas véritablement s'il est Suisse ou étranger? Croyez-vous qu'on puisse attendre de cette incertitude d'heureux effets en faveur de l'assimilation?

Mais, considérons un peu la mentalité du père, l'action du père sur son enfant au cours des jeunes années. Quelle sera-t-elle, si on réserve le droit d'option? Si le père est gagné de sympathie pour la Suisse, ou s'il lui est simplement indifférent, le droit d'option est inutile et ne changera en rien à la situation. Mais si — et c'est le cas le plus grave que vous ayez signalé — si le père reste attaché à la nationalité étrangère à laquelle il appartient: alors, Messieurs, en introduisant le droit d'option, vous créez un véritable danger, parce que vous encouragez l'action du père qui élèvera son enfant pour le faire opter plus tard en fa-

veur de sa patrie primitive. Au contraire, si vous ne maintenez pas le droit d'option, l'action du père reste parfaitement inefficace, l'enfant étant définitivement suisse; constatant l'inutilité de ses efforts, le père se dira: A quoi bon élever mon enfant dans une mentalité étrangère, puisqu'il doit rester suisse? Le droit d'option empêcherait donc l'assimilation que vous désirez entreprendre et réaliser.

Je termine en vous recommandant de voter la proposition de la majorité de la commission.

Sans doute, l'assimilation des étrangers par la voie législative et constitutionnelle n'est qu'une mesure fragmentaire, partielle. Le problème a un côté moral sur lequel M. le conseiller fédéral Motta a insisté hier avec beaucoup d'éloquence. Il a relevé le beau côté de l'âme suisse. Permettez-moi de signaler, à mon tour, une ombre, un élément de passif de notre bilan national: trop souvent, au lieu de chercher à assimiler les étrangers, nous nous laissons assimiler par eux, parce que notre caractère et notre individualité suisses se sont malheureusement un peu affaiblis. Nous avons trop souvent les yeux tournés de l'autre côté de la frontière pour admirer tout ce qui s'y passe, non seulement en bien, mais aussi et surtout en mal. Nous nous laissons méduser par le premier beau parleur venu, à condition qu'il vienne d'assez loin, que ce beau parleur soit un individu qui cherche à influencer nos masses ouvrières en leur apportant des théories malsaines et toutes faites, que ce soit un professeur universitaire qu'on laisse répandre chez notre jeunesse intellectuelle un ferment étranger, sous prétexte qu'il a une science et une intelligence transcendantes, que ce soit un capitaliste qui fait briller ses écus vers lesquels nous louchons au lieu de garder notre regard franc et clair.

Prenons davantage conscience de notre caractère et de notre individualité. Entre deux caractères dont l'un est fort, et l'autre faible, c'est le fort qui assimile le faible et non pas le contraire qui se produit. Soyons donc toujours davantage nous-mêmes et le problème de l'assimilation des étrangers sera considérablement simplifié. (Bravos.)

M. Lachenal: Il y a plus de quinze ans déjà, Genève, Bâle et Zurich se sont inquiétés à juste titre de la situation créée par les colonies d'étrangers qui, de génération en génération, bénéficient de nos institutions, exercent leur profession dans nos cités, envoient leurs enfants à l'école, et persistent néanmoins à ne pas demander leur naturalisation en Suisse et à garder avec leur pays d'origine des liens que nous sommes en droit de considérer comme absolument factices. C'est ainsi que sous la pression de l'opinion publique de ces villes, le pouvoir fédéral a dû examiner le problème et a présenté les propositions que vous connaissez.

Messieurs, le projet original du Comité des IX a subi mille vicissitudes. Après avoir concrétisé une théorie parfaitement juste, celle du jus soli poussé jusque dans ses conséquences les plus lointaines et les plus précises, ce projet, au fur et à mesure des délibérations des conseils et des commissions, a perdu la plus grande partie de sa force. Si, aujourd'hui, le Conseil national suivant les membres de la minorité devait lui incorporer encore le droit d'option, alors, Messieurs, je le déclare franchement, de même que

M. Gaudard nous disait qu'il ne pourrait se résoudre à voter le projet sans le droit d'option, je déclare que pour ma part je ne saurais me résoudre à voter le projet avec le droit d'option. Je considère en effet qu'il serait totalement inutile, que ce serait une véritable plaisanterie électorale de déranger quelques centaines de milliers de citoyens pour voter ce qui n'est qu'une réformette, rappelant fortement ce roi des contes Andersen qui ont bercé notre jeunesse, auquel un tailleur diplomate avait fait croire qu'il l'avait habillé, alors qu'il était resté tout nu. Les courtisans n'osant lui révéler la vérité, s'extasiaient sur les magnifiques habits du malheureux roi qui se promenait tout nu avec orgueil dans sa cité. Tel sera votre projet, avec ce qui lui reste du jus soli, si nous incorporons encore le droit d'option dans cette réforme aussi rabougrie, sans force ni utilité: mieux vaut alors n'en plus parler.

A travers les arguments qui ont été développés par les membres de la minorité j'ai acquis l'impression que ce n'est pas tant le droit d'option qui les intéresse, mais que la vraie raison de leur attitude est dans l'opposition fondamentale qu'ils ressentent contre le jus soli lui-même et contre toute méthode d'assimilation qui serait basée sur autre chose que sur la naturalisation. Au fond, les partisans du droit d'option sont des adversaires de la théorie de l'incorporation et il n'est pas besoin de méditer très profondément leurs discours pour s'en rendre nettement compte. Il est évident que l'admission du droit d'option énerverait et désosserait le projet qui nous est présenté, car ceux qui s'empresseraient de faire usage du droit d'option sont précisément ceux qui, aujourd'hui refusent de demander la naturalisation et que nous voulons atteindre parce qu'il est nécessaire et juste que nous les atteignons.

Il est inadmissible, je le répète, qu'à Genève, à Zurich, à Bâle, villes qui par essence attirent et retiennent les étrangers à demeure, plusieurs générations d'étrangers, après avoir gagné leur vie, après avoir conçu et envoyé leurs enfants à l'école où ils se sont pénétrés de cet esprit suisse que M. Motta décrivait avec tant d'éloquence et de sincérité, il est inadmissible que ces enfants soient obligés à leur majorité de regagner, à contre-cœur bien souvent, leur patrie d'origine, pour revenir ensuite faire à leur tour souche de demi-étrangers, de ces citoyens qui ne sont réellement des citoyens d'aucun pays et bénéficient de leur fausse situation.

Je reconnais qu'avant la guerre les esprits étaient moins inquiets et j'ai conscience que certains scandales de naturalisation ont exercé sur l'opinion des conseils, une fâcheuse influence. Mais s'il est de notre devoir de lutter contre ce qui a été une véritable profanation, alors que la naturalisation en elle-même devrait être une récompense et une sorte de sacerdoce, si nous devons tâcher de réagir contre les officines de naturalisation, contre leur abominable industrie, nous ne devons absolument pas confondre les deux problèmes et les considérer sous le même angle: La naturalisation des étrangers établis et l'incorporation de fils d'étrangers jus soli sont deux problèmes qui n'ont aucun point de contact, je le répète. Nous ne visons par l'incorporation, que des sujets assimilables et dignes d'être assimilés, dont ataviquement les cerveaux sont au point de vue civique, façonnés et pétris et prêts à recevoir dans l'avenir l'empreinte de la vie suisse. Alors que le projet primitif englobait non seule-

ment les enfants de femmes d'origine suisse, mais encore les enfants d'un père ou d'une mère nés en Suisse et qu'à la rigueur si le projet était resté intact on aurait pu admettre le principe de l'option, aujourd'hui nous nous trouvons en présence d'un projet tellement rétréci que l'option doit absolument en être exclue.

M. Bolle, aux arguments duquel je me rallie entièrement, a réfuté brillamment les considérations développées par la minorité. On a longuement insisté sur les inconvénients d'une double nationalité. Or, il est vain de lutter contre une fâcheuse réalité que malheureusement nous ne pouvons pas écarter. Il y a des années, sans même que nous ayons songé à incorporer les enfants d'étrangers, il y a des années que ces doubles nationalités existent. Dans la règle d'ailleurs les plaintes élevées par ceux qui en sont les bénéficiaires, si j'ose dire, sont toutes en faveur de la nationalité suisse. Autrement dit, dans les innombrables cas de doubles nationalités que j'ai eu à envisager, je n'en ai jamais vu un seul qui n'ait eu le désir de n'en avoir qu'une seule et que cette seule fût la nationalité suisse. On va me répondre que cela est précisément un argument en faveur de l'option. Non, car si on doit admettre l'option lorsque, comme dans la convention qui nous lie avec la France, il s'agit d'enfants de Français naturalisés Suisses autrefois étaient Français, la question n'est plus du tout la même lorsqu'il s'agit de considérer, dès la naissance, les enfants de ces personnes comme étant des Suisses. Je ne crois pas qu'on puisse mettre en équilibre les prétendus inconvénients de la double nationalité avec les avantages incontestables que la Suisse retirerait de l'absence d'option. Comme l'a justement fait remarquer M. Bolle, ceux qui ont une double nationalité, dans la presque totalité des cas, ont la faculté d'en répudier une au bénéfice de l'autre. Ce que nous ne pouvons pas admettre, c'est que par exemple des Français qui veulent rester en Suisse, qui veulent continuer à y avoir leur domicile, comme leurs parents avant eux, que ceux-là puissent répudier la nationalité suisse. Nous estimons que quiconque vit dans un pays, après y être né, doit préférer la nationalité de ce pays à celle de son pays d'origine. Eh bien, Messieurs, l'ancien Français désirant résider en Suisse supportera, comme aujourd'hui, les inconvénients de sa double nationalité. Je vais plus loin, si ce Suisse incorporé admet tous les devoirs de sa nouvelle nationalité et qu'il fasse son service militaire en Suisse, il peut être alors, moyennant une formalité extrêmement simple, libéré de sa nationalité française, il en sera de même — et ceci répond à l'argument de l'honorable M. Gaudard en ce qui concerne les Suisses par force — pour les citoyens incorporés suisses qui, pour des raisons pratiques, pour des raisons de famille, pour des raisons de métier, fixeront leur domicile en dehors de la Suisse. Rien ne sera changé à la loi actuelle qui prévoit dans ce cas la répudiation, la manumission de l'indigénat suisse. Donc, la double nationalité n'entraîne pas avec elle des inconvénients insurmontables.

Hier, nous avons entendu un des vétérans de cette assemblée, M. Gaudard. Je dois rendre hommage sans réserve à la sincérité pathétique et émouvante qui éclairait chacune de ses paroles. Je crois cependant que le reproche qu'on peut lui faire c'est d'avoir, sous le couvert d'un patriotisme parfaitement honnête et ardent et sous les craintes qu'il exprimait des in-

convénients que pouvait revêtir l'absence du droit d'option, laissé transparaître une opposition fondamentale à l'incorporation en elle-même.

Il en est de même de M. de Dardel qui dans un langage infiniment moins majestueux, mais infiniment plus acide, a décoché quelques traits acérés, soigneusement aiguisés dans le silence du cabinet, contre tous ceux qui n'étaient pas de son avis. Qu'il me permette de protester qu'il n'a pas le monopole du patriotisme et que tous ceux qui repoussent le principe de l'option ne doivent cependant pas être qualifiés de mauvais Suisses. J'ai une conception du patriotisme tout autre que la sienne. Pour lui, la Suisse c'est un peu le « peuple élu », orgueilleux de son enceinte soigneusement close et à l'intérieur de laquelle personne n'a le droit d'entrer s'il ne montre patte blanche. J'ai un patriotisme plus large, plus optimiste, plus vivant. Le patriotisme, pour moi, doit être dans le plus beau et le meilleur sens du mot, un patriotisme tentaculaire, qui doit étendre ses antennes intellectuelles, civiques, politiques vers tous les sujets qu'il peut espérer s'assimiler et amener à lui. Un pays qui n'avance pas est un pays qui recule, c'est un pays mort.

Nous devons par conséquent contrebalancer l'influence des colonies étrangères en elles-mêmes, en assimilant leurs membres en tout cas à la deuxième génération.

Savez-vous ce qui arriverait si vous admettiez le droit d'option? Il se créerait immédiatement dans toutes les villes frontières dans ces colonies qui restent — précisément parce que séparées de leur pays d'origine — fort jalouses de leur indigénat, il se créerait des sociétés pour obliger les jeunes gens à exercer leur droit d'option. Et si ces jeunes étrangers incorporés politiquement par notre droit suisse refusaient d'exercer à leur majorité le droit d'option, ils seraient mis au ban, on les forcerait moralement et quelquefois matériellement à exercer leur droit d'option. C'est vous dire que tout le jeu de la réforme serait faussé.

Qu'on ne vienne pas protester contre cette assimilation en disant que ce serait une assimilation par la force. Je connais bien d'autres assimilations par la force. M. Gaudard nous a parlé fort justement du baptême. Qu'est-ce que le baptême, sinon une assimilation religieuse par la force. On se hâte — et l'on a peut-être raison — de prendre l'enfant à un moment où il ne pense ni ne raisonne encore, pour l'attacher à la religion de ses parents. Et l'école! L'enfant ne va pas toujours volontiers à l'école; il y a des parents négligents qui refusent de l'y envoyer; c'est par la force que l'Etat intervient pour contraindre les enfants à fréquenter les écoles et à bénéficier de l'instruction. L'enfant n'est peut-être pas très content, mais à 20 ans il est reconnaissant à l'Etat de l'obligation qui lui a été imposée. De même en matière de nationalité, si pendant 20 ans nous habituons quelqu'un à se considérer comme Suisse, nous forgeons un petit Suisse, il y a toutes les chances pour qu'à sa majorité le jeune homme n'ait aucun désir de répudier cette nationalité suisse dans laquelle il aura été élevé et soit reconnaissant de se l'être vu imposer.

Voilà les considérations que je voulais développer, afin que vous ne puissiez pas croire que la Suisse romande est unanime à partager les idées de MM. de Dardel et Gaudard. Je crois qu'à Genève notamment les esprits sont tournés dans un sens tout à fait dif-

férent et je voudrais insister auprès de M. le conseiller fédéral Motta afin qu'il apporte tout le poids de son autorité en faveur du texte de la majorité de la commission tel qu'il nous est présenté et afin qu'il ne consente pas, comme il nous l'a laissé entendre, à abandonner sur ce point la majorité de la commission et à transiger avec la minorité.

Grünenfelder: Darüber, dass gewisse Orte unseres Landes eine zu grosse ausländische Bevölkerung aufweisen im Verhältnis zu der schweizerischen, besteht Klarheit. Es sind das vorab unsere Städte und viele andere industrielle Orte, und ebenso ist klar, dass Mittel und Wege gesucht werden müssen, diesen Uebelständen an unserem Volkskörper entgegenzutreten. Aber über die Mittel und Wege, die in erster Linie und in der Hauptsache angewendet werden sollen, darüber gehen die Meinungen auseinander. Wenn wir uns fragen, mit welchen Mitteln wir zu einem Ziele gelangen können mit Zustimmung des Volkes, die ja immer notwendig ist bei derartigen tiefgreifenden Massnahmen, dann glaube ich, müssen wir in erster Linie auf das abstellen, was vom Volke verlangt wird.

Was wird vom Volke verlangt? In erster Linie eine Umgestaltung des Rechtswesens hinsichtlich Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer, eine Umgestaltung des herkömmlichen Rechtes ungefähr in dem Sinne, wie es durch die Kriegsmassnahmen nun ausgestaltet worden ist; es wird also in erster Linie die Neuordnung des Einwanderungswesens erwartet.

In zweiter Linie, glaube ich, müssen wir den Hebel dafür ansetzen, dass unser Volk sich zunehmend mehr denjenigen Berufen zuwendet, die man früher glaubte den Ausländern überlassen zu müssen, und für welche es an geeigneten schweizerischen Kräften gefehlt haben soll, also die Berufsausbildung nach der Richtung fördern, wie unsere wirtschaftliche Einstellung das erfordert; denn es steht ausser Zweifel, dass Tausende von Schweizern, die jetzt ihr Brot im Auslande suchen oder vielleicht bloss als Hilfsarbeiter ihr Leben fristen müssen, ganz wohl, so gut wie die Ausländer, gewisse Stellen in der Schweiz besetzen und Beschäftigungen ausüben könnten, die bisher den Ausländern überlassen blieben. Wenn die Konkurrenzfähigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Leute vorhanden ist, dann sind die Voraussetzungen auch gegeben, um der wirtschaftlichen Ueberfremdung entgegenzutreten zu können. Dabei gibt es allerdings noch eine wirtschaftliche Ueberfremdung, bei der man mehr mit gesetzgeberischen Massnahmen eingreifen muss, wie das übrigens im Postulat unserer Kommission vorgesehen ist. Ich glaube, das ist das zweite Ziel, dessen Erfüllung wir anstreben müssen.

Erst in dritter Linie kommt nach meiner Auffassung die Zwangseinbürgerung in Frage. Die Zwangseinbürgerung ist bis jetzt wohl in der Literatur und in politischen Gesprächen gelegentlich als Auskunftsmitglied bezeichnet worden, um über diese Schwierigkeit, die uns die Ausländerfrage bereitet, hinwegzukommen. Aber ich glaube konstatieren zu dürfen, dass darnach und insbesondere nach einer weitgehenden, zwangsweisen Einbürgerung das Volk kein Begehren hat. Das würden Sie wahrscheinlich erkennen, wenn die Anträge, die hier von der Minderheit der Kommission vorgeschlagen werden, speziell in Ziff. II und III, vor das Volk gelangen würden.

Im Jahre 1903 ist ein Bundesgesetz in Kraft getreten, wonach ehemalige Schweizerinnen, die sich mit Ausländern verheiratet haben, innert einer gewissen Frist und unter gewissen Bedingungen die Wieder-einbürgerung mit ihren Kindern in ihrer ursprünglichen Heimatgemeinde verlangen können. Die bisherige, 22jährige Praxis, hat, glaube ich, den Bundesrat überzeugen können, dass dieses Gesetz vielerorts wenig Freude ausgelöst hat, insbesondere in den Fällen, wo die Verarmung der wieder einzubürgernden Familie zu befürchten war oder wo die moralische Qualität der betreffenden ehemaligen Schweizerin zu wünschen übrig liess. Bis auf den heutigen Tag ergeben sich immer wieder Anstände und Einwendungen seitens der Heimatgemeinden, und ich mache auf diesen Punkt speziell deshalb aufmerksam, weil dieser Gedanke der Einbürgerung von Kindern ehemaliger Schweizerinnen zum Hauptgedanken dieses Entwurfes gemacht wird, und weil daraus das Volk unzweifelhaft gewisse Konsequenzen befürchtet und ziehen wird, wobei ich zwar zugebe, dass vielleicht die Folgen des Gesetzes vom Jahre 1903 durch Anwendung dieser neuen Bestimmung insoweit eher gemildert werden, als jetzt die viedereingebürgerten Frauen mit ihren Kindern auf die Korporations- und Bürgergüter in gleicher Weise Anspruch haben, wie er überhaupt Schweizer- und Gemeindebürgern zusteht, während nach der Vorlage der Kommission — insofern nicht der Antrag des Herrn Belmont angenommen wird, was ich nicht hoffe — die zwangsweise eingebürgerten Kinder früherer Schweizerinnen an diesen Rechten und Gütern keinen Anteil haben.

Dass die zwangsweise Einbürgerung nicht populär ist, dürfen Sie wohl daraus ersehen, dass selbst fortschrittliche Stadtgemeindewesen, die sehr stark unter der Ueberfremdung leiden, verhältnismässig ausserordentlich wenige Einbürgerungen freiwillig vornehmen. Ich glaube, man darf daraus einen Schluss ziehen für die Frage, ob diese Vorlage, insbesondere wenn sie noch im Sinne der Minderheitsanträge ausgedehnt würde, auch nur in städtischen Gemeindewesen Freude auslösen würde.

Ich bin daher der Meinung, dass hier Masshalten absolut geboten ist, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll. Wenn man sagt, vom Gesichtspunkte des Heimatschutzes aus müsse man weitergehen und überhaupt kraft Gebietshoheit die Möglichkeit schaffen, jedes auf Schweizerboden geborene Kind zu naturalisieren und als Schweizerbürger zu erklären, so möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es zwei Objekte des Heimatschutzes gibt, einerseits und in erster Linie das Volk und in zweiter Linie die Landschaft. Und nun will man Heimatschutz pflegen dadurch, dass man dem Volkskörper ein Element beifügt, das diesem Volkskörper nicht angehört und ihm vielleicht gar nicht angehören will.

Da möchte ich auch eine Bemerkung machen gegenüber den gestrigen Ausführungen des Herrn Nobs. Er sagte uns beim Minderheitsantrag II, dass die zweite Generation, die zwangsweise eingebürgert, akklimatisiert sei und assimiliert an unseren Volkskörper. Wenn aber Herr Nobs genauer untersucht, und in gewissen Ausländerquartieren — ich nehme an, es gibt auch in Zürich solche — nachsieht, und sich fragt, ob da alle Ausländer, die in der zweiten Generation sich hier aufhalten, wirklich schweizerische Gesinnung und schweizerisches Denken an den Tag

legen, und den Wunsch haben, gute Schweizer zu sein, alle Verpflichtungen zu übernehmen und für die Interessen unseres Landes tätig zu sein, so wird er sich manche verneinende Antwort geben müssen und manche Enttäuschung erleben. Die Annahme, dass schon deswegen, weil die Ausländerkinder die obligatorische Schule zu besuchen hätten, eine Garantie für schweizerisches Denken und Fühlen geboten sei, ist nach der Erfahrung, die mir in bescheidenem Masse zu Gebote steht, eine irriige. Da darf man sich keiner Täuschung hingeben: unser Volk kennt diese Verhältnisse, und Denk- und Lebensweise der Ausländer. Wenn sich der Bürger nun überlegt, dass der und der Ausländer oder die und die Familie das Anrecht bekommen soll, von Gesetzes wegen Schweizerbürger zu werden, z. B. dass die Familie eines Ausländers, der in Genf geboren wurde und nachher sich in Glarus niederliess, das Recht bekommen soll, im Kanton Glarus eingebürgert zu werden, so wird der Bürger sagen, diese Bürgerschaft passt mir nicht, sie ist ein Fremdkörper an unserem Volkskörper. Für einen solchen Grundsatz kann ich mich niemals erwärmen. So werden Tausende von Bürgern sprechen, selbst wenn sie nicht der Gesinnung wären und die Befürchtung hegten, die Herr Gaudard gestern in lebhafter Weise zum Ausdruck gebracht hat. Deshalb halte ich dafür, dass wenn wir nach der Auffassung des Herrn Nobs in Zukunft das Bedürfnis empfinden, das was jetzt die Kommissionsmehrheit uns vorschlägt, auszudehnen, dann wollen wir es auf den Versuch ankommen lassen. Aber ich glaube, wir müssen zuerst den bescheideneren Schritt tun. Der reicht vollständig aus — ich glaube auf mehr als ein Jahrzehnt — bis sich das Volk mit der Neuerung, auch nur im Rahmen der Kommission, befreundet haben wird. Aber darüber wollen wir uns keiner Täuschung hingeben, dass wenn wir den Satz annehmen, wie er in II der Minderheitsanträge steht, die Vorlage meiner Ueberzeugung nach « geliefert » ist.

Gestatten Sie mir speziell noch ein Wort zu diesem Antrag II der Minderheit. Eigentlich hat dieser Antrag II den Hauptgedanken im ersten Satz zum Ausdruck gebracht. Das jus soli soll zur Anwendung kommen. Wer in der Schweiz geboren ist, kann durch die Bundesgesetzgebung als Schweizerbürger erklärt werden. Das Kind der ausländischen Mutter, die durch die Schweiz durchreist und hier gebiert, könnte darnach durch Bundesgesetz als Schweizerbürger erklärt werden, und nicht nur etwa die Kinder der ehemaligen Schweizerinnen. Wenn dieser Grundsatz nach II angenommen wird, besteht theoretisch die Möglichkeit, die ich genannt habe. Ob Sie so unklug wären, eine derartige Bestimmung ins Gesetz aufzunehmen, möchte ich sehr bezweifeln. Also in diesem ersten Satz ist klipp und klar gesagt, Kinder ausländischer Eltern, die in der Schweiz geboren werden, können durch das Bundesgesetz vermöge dieses Umstandes der Geburt auf Schweizergebiet, als Schweizerbürger erklärt werden, und was dann nachher noch folgt im zweiten Satz, dass insbesondere Kinder von ehemaligen Schweizerinnen durch die Bundesgesetzgebung eingebürgert werden können, oder sogar Kinder von Eltern, von denen nur der Vater oder die Mutter in der Schweiz geboren waren, das ist nur die Exemplifizierung, um dem Bürger gewissermassen zu sagen, das ist eigentlich das, was wir hauptsächlich wollen, währenddem in Wirklich-

keit im ersten Satz ein viel weiter gehender Grundsatz enthalten ist. Ich möchte also sagen, der zweite Satz kann zur Täuschung des Bürgers dienen über das, was man eigentlich will. Herr Nobs hat gestern ausdrücklich gesagt, ein späterer Geist werde dafür sorgen, dass diese Einbürgerungsgesetzgebung in weitgehender Art und Weise ausgebaut werde. Wenn man diesen Minderheitsantrag so begründet, dann muss ich sagen, dass diese Begründung für die ganze Vorlage die grösste Gefahr bietet. Wenn heute schon erklärt wird, dass man, anders als es im zweiten Satz des Antrages II gesagt ist, weit über das hinausgehen will, was die heutige Vorlage bietet, so möchte ich nur so recht betonen, dass Mass gehalten werden muss, und zwar im Sinne der restriktiven Fassung der Mehrheit der Kommission, an welcher restriktiven Fassung ich Sie bitten möchte festzuhalten, unter Ablehnung der Minderheitsanträge. Ich glaube, wenn irgendwo, so muss man auf diesem immerhin noch delikaten Gebiete sagen, dass in der Beschränkung sich der Meister zeigt.

Jäger: Ich nehme Ihre Aufmerksamkeit zunächst für ein paar Feststellungen in Anspruch, die Ihnen auf den ersten Blick vielleicht nicht unmittelbar zusammenzuhängen scheinen mit dem aktuellen Verhandlungsgegenstand, die Ihnen aber klar machen dürften, dass die Optionsfrage den Kulminationspunkt der Verhandlungen und zugleich in der Sache ein Moment bedeutet, mit welchem so ziemlich alles, was wir von der ganzen Vorlage erwarten, steht oder fällt.

Die erste offizielle Kundgebung in der sogenannten Ueberfremdungsfrage datiert von Ende November 1912. Das ist die Petition der Neunerkommission. Die zweite in ihrer Art grundlegende amtliche Publikation ist der Bericht des Eidgenössischen Politischen Departementes betreffend Massnahmen gegen die Ueberfremdung vom 30. Mai 1914. Und endlich erinnere ich Sie daran, dass die Botschaft, die heute die Grundlage der Verhandlung bildet, vom 9. November 1920 datiert. Also 1912, 1914, 1920 sind die Daten, auf die das Informationsmaterial zurückgreift, das Ihnen zur Verfügung steht.

Nun ist es ja ganz natürlich, und nicht nur der alte Parlamentarier, auch der jüngste weiss es, wie wenig tatsächliche Aktualität, wie wenig lebenswarme und lebensfrische Bedeutung Aktenstücke haben, die so weit zurückliegen. Ich vindiziere mir selber durchaus nicht etwa eine Gepflogenheit, die so ganz anders wäre, als die des Durchschnittes unserer Kollegen, eine Gepflogenheit, die jeweilen auf das minutiöseste das gegebene Aktenmaterial innerhalb und ausserhalb des Parlaments in jedem Falle zu Rate zieht. Ich habe während Jahrzehnten hier mitgemacht, mitstudiert, mitdebattiert, gelegentlich aber auch nicht gelesen und nicht studiert. Ich habe die Dinge an mich herantreten lassen, wie man es so tut, wenn nicht ein ganz spezifisches Interesse: etwa die Mitgliedschaft bei einer Kommission, wie es gerade hier der Fall ist, oder eine spezielle Verpflichtung gegenüber dieser oder jener öffentlichen Instanz ein intensives Vorgehen dringend gebietet.

Nehmen Sie es mir also nicht übel, wenn ich in aller Bescheidenheit den Eindruck habe, die Dokumente von 1912, 1914 und 1920 stünden nicht so frisch und warm in Ihrer Erinnerung, Sie hätten sich

mehr auf den grossen Gang der Debatte verlassen, um Ihre Meinung über die Angelegenheit zu bilden.

Das ist nun vielleicht gerade in diesem Falle ein bisschen «mies». Denn ich gestatte mir, Ihnen zu erklären, dass die Botschaften von 1914 und dann die von 1920, die unser gegenwärtiger Departementschef unter seiner Aegide hat entstehen lassen, Dokumente von seltener Frische und überzeugender Beweiskraft sind.

Speziell der auf die Petition der «Neuerkommission» erfolgende Bericht des Bundesrates aus dem Jahre 1914 ist die eigentliche magna charta der ganzen komplizierten Frage. Ich bedaure sehr, dass dieses Dokument in unserer Mitte leider nicht verbreitet werden konnte. Ich selber habe es nur erhalten können unter der ausdrücklichen Verpflichtung, dass ich es nach Gebrauch zurückgebe an die Kanzlei der innerpolitischen Abteilung. Es sollen dort nur noch zwei oder drei Exemplare vorhanden sein. Aber sie sind eine Fundgrube aller derjenigen Momente, die seit bald einem halben Menschenalter unserem Schweizervolk die Gefahr der Ueberfremdung nahe gelegt haben und die im Volke seit 1912 auch den Wunsch und Willen geweckt haben, dass Abhilfe geschafft werde — trotzdem Herr Grünenfelder dies vorhin in Zweifel ziehen wollte.

Ebenso überzeugend, weil aus innerster Ueberzeugung herausgewachsen, ist der Tenor der Botschaft von 1920 unseres gegenwärtigen politischen Departementschefs. Ich habe nicht die Gewohnheit, vor unseren hohen und höchsten Staatsstellen Schmeicheleien zu produzieren. Aber vor Arbeiten, wie die erwähnten, die demjenigen, der sich mit ihnen vertraut macht, tiefe und innere Befriedigung gewähren, muss man entschieden seine Reverenz machen.

Ich habe seit vielen Dezennien an den Angelegenheiten der inneren und äusseren Sicherheit unseres Landes jenen Anteil genommen, den die Leidenschaft für den Staat schaffen kann. Auch die Frage der Ueberfremdung unseres Landes gehört zu diesen Angelegenheiten. Nichts ist mir fremd geblieben, was mit ihr zu tun hat und ich habe mich von all diesen Sachen aufs tiefste innerlich bewegen lassen. Es dürfte Sie deshalb einigermaßen befremden, von mir zu hören, die Ueberfremdungsfurcht möchte gelegentlich doch auch ein bisschen übertrieben werden, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen, die sie unmittelbar im Gefolge habe. Mir scheint diese Furcht ein bisschen verglichen werden zu können mit der Bazillenfurcht. Es ist ja Tatsache, dass wir nach allen Richtungen von Gefahren der Infektion durch Bazillen umgeben sind. Wenn Sie den richtigen Bazillenfanatiker hören, müssen Sie sich fragen: um Gottes willen, ist es überhaupt möglich, dass wir noch leben, dass es noch Lebewesen gibt, die gesund sind und gesund bleiben? Ungefähr so ist es mit der exagierten Ueberfremdungsfurcht. Die Bazillen haben ihre guten Feinde im Innern eines jeden Organismus und ihr gegenseitiger Kampf kommt etwa im Fieberthermometer zum Ausdruck. Das Fieberthermometer unserer Ueberfremdung zeigt ja wohl da und dort einen sehr hohen Grad. Aber es weist auch wieder, wie z. B. seit dem Weltkriege, rückgängige Kurven auf. Es würde viel zu weit führen, hier die Verhältnisse zu registrieren, die gegenseitig so wirken, dass wir trotz der bestehenden Ueberfremdungsgefahr

noch mit einigem Zutrauen in die Zukunft unseres Landes schauen dürfen.

Wenn ich also durchaus kein Fanatiker der Ueberfremdungsfurcht bin, so muss ich gleichwohl intensiv betonen, dass wir alle Ursache haben, unverzüglich auf Abwehrmassregeln bedacht zu sein, und da sage ich auch zugleich, dass die bedeutsamste, meines Erachtens einzig nachdrücklich wirksame Massregel die sogenannte Zwangseinbürgerung ist.

Der Name klingt nicht gerade lieblich. Er ist eine Art Schreckschuss für weitere Volkskreise, die nicht in der Lage sind, sich hinreichend zu orientieren; sogar für Parlamentarier hat die «Zwangseinbürgerung» etwas Abschreckendes, wie wir ja heute schon vernommen haben. Nun stehen wir bei der Zwangseinbürgerung in der Tat vor einer Schicksalsfrage unserer Bevölkerungspolitik, und zwar deswegen, weil die Zwangseinbürgerung nach der Meinung verschiedener unserer Kollegen ein Korrelat finden soll in der Option. Meine Herren: Die Einführung der Option in unser Verfassungsrecht hiesse nach meiner Ueberzeugung den Teufel der Ueberfremdung durch Belzebug austreiben.

Ich wäre unglücklich darüber, wenn gerade zufolge der gegenwärtigen Debatten im Nationalrat und im Anschluss an die jüngsten Verhandlungen im Ständerat die unglückliche Institution des Optionsrechtes unsere Bundesverfassung verunzieren und herunterwürdigen sollte. Denn im Ständerat wie hier bei uns war diese Debatte eine wahrhaft eidgenössisch erhebende; sowohl der ständerätliche Referent, Herr Hildebrand, als unser Kollege Herr von Arx und gleichzeitig der Chef des politischen Departements haben ihr Bestes an die Begründung der Zwangseinbürgerung ohne Beschwerde durch das Optionsrecht gesetzt. Es darf ja hier wohl als ganz besondere Hingabe des Chefs des politischen Departements an den hohen vaterländischen Zweck der Verfassungsrevision festgestellt werden, dass er mit aller Ueberzeugung der radikalen Lösung der Frage zustrebt, der leider von parteipolitisch-radikaler Seite entgegengearbeitet wird.

Ich halte darauf, hier festzustellen, dass nicht ein einziger Einwand gegen die Auffassung des Departementschefs und der Kommissionsmehrheit erhoben worden ist, der nicht schon in den von mir zitierten offiziellen Dokumenten von 1914 und 1920 seine Widerlegung gefunden hätte. Auch Herr Gaudard hat in seinem bestrickenden Votum nicht ein einziges Argument angeführt, das jene Berichte zu entkräften vermag.

Es scheint mir, dass auch heute noch in parlamentarischen Kreisen das verhängnisvolle Missverständnis besteht, als ob wir mit den Massregeln zur Assimilation der landesfremden Bevölkerung und mit der Einbürgerung im allgemeinen den Fremden ein Vergnügen bereiten, ihnen auf dem Präsentierteller sozusagen ein politisches Dessert zu servieren hätten. Ich bin ein absoluter Gegner dieser Auffassung und jeglichen Versuches, in den Mitteln und Wegen zur Bekämpfung der Ueberfremdung eine Cajoliererei der Ausländer vorzunehmen. Mir ist es darum zu tun, alles, was wir den Fremden gegenüber vorkehren, vom Standpunkte unseres vaterländischen Hoheitsrechtes aus zu ermassen und alles, was irgendwie als gezuckerte Pille gelten könnte, zurückzuweisen. Mir ist dabei nur das Staatsinteresse und einzig das Staatsinteresse massgebend. Darum hätte Herr Bopp

gestern etwas weniger der vulgären Anschauung huldigen sollen, als ob mit diesen Massregeln wieder die Fremden besonders beglückt und bevorzugt werden sollten. Nein, ganz im Gegenteil: wir wollen sie ein bisschen schärfer in unsere Finger nehmen, wir wollen ihnen begreiflich machen, dass unsere Staatseinrichtungen nicht ihretwegen da sind, sondern dass sie sich unseren Einrichtungen ohne ausländische Rekursinstanz zu unterziehen haben. (Beifall.) Das ist die eigentliche Mentalität der bundesrätlichen Botschaft, das ist ja auch das Leitmotiv der beiden Referenten und des Herrn Bundesrat Motta: wir wollen unsern Staat mächtiger machen in der gesamten Bevölkerung unseres Landes. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die landesfremde Bevölkerung selbst gar nicht etwa besonders darauf versessen ist, von gewissen Einbürgerungsrechten, die ihr einzelne Kantone eingeräumt haben, allzu häufigen Gebrauch zu machen. Wenn Herr Gaudard geltend macht, die Zwangseinbürgerung ohne das Korrelat der Option möchte eine grosse Zahl von Doppelbürgerrechten und damit viele Inkonvenienzen herbeiführen, so müssen das eben die jure soli Eingebürgerten in den Kauf nehmen und auch wir müssen das tun. Ob die Gesetzgebung dereinst durch Sonderbestimmungen gewisse Härten ausgleichen kann und will, bleibe dahingestellt. In den sauberen, klaren Verfassungsartikeln aber darf nicht die Option Eingang finden. Wer in unserem Lande unter den in der Verfassung erwähnten Verhältnissen geboren ist, der ist Schweizerbürger und zwar nicht bloss bis zu der Zeit, wo er die Knabenschuhe auszieht, um alsdann sagen zu können: « Ich pfeife auf das, wozu ihr mich bei meiner Geburt ‚gezwungen‘ habt, ich werde lieber ein Berliner oder ein Pariser oder auch einer von Pavia oder von Rom. » In den wenigsten Fällen wird der Zwanzigjährige selbst das wollen und tun; vielleicht aber der Vater — oder der Grossvater oder ein Onkel! Unter allen Umständen aber irgendein Advokat; der wird das geschäftsmässig machen, und es wird dann die Durchführung der Optionen Geschäftszweig einer ehrenwerten Zunft werden. (Heiterkeit.)

Nun muss mir Herr Gaudard gestatten, dass ich mich kurz auch mit dem Tenor seines Votums auseinandersetze. Herr Kollege Nobs hat als Mitglied unserer Kommission gestern ungefähr gesagt, was folgt: « . . . da kam plötzlich, in der zweiten Sitzung der Kommission, Herr Gaudard, und das ist ein gefährlicher Kollege gewesen. Er hat die ganze Geschichte umgekrempelt; unter seiner Anführung ist namentlich auch Herr Kollege de Dardel, der ursprünglich merkwürdig gelassen diskutiert hatte, plötzlich mit dem alten Löwenmut in die Schranken gegen die Auffassung der Kommission getreten. » So Herr Nobs. — Ich selber aber habe ein ganz anderes Gefühl von Herrn Gaudards Votum schon in der Kommission, und auch gestern wieder gehabt. Ich hatte die helle Freude an der Art und Weise, wie Herr Gaudard die Sache behandelte, und ich versichere Sie, ich möchte Herrn Gaudard noch ein drittes Mal mit Vergnügen hören! Die originell-dramatische Art schon, wie er das feine Instrument seiner Muttersprache handhabt, eine Kunst, die uns ungeschlachten Alemannen nun einmal nicht gelingen will, sodann aber insbesondere die Betonung des sentimentalsten Momentes in der Sache, die Antithese der zärtlichen Mutter, die dem Kinde schweizerische Wiegenlieder

singt, und des ausländischen Vaters, der 20 Jahre lang nur darnach trachten soll, seinen Sohn zur Option anzuhalten; alles das hat mir Vergnügen bereitet und alles möchte ich noch einmal hören. Denn Herr Gaudard hat mit seiner ganzen Argumentation dargetan, dass gerade das Optionsrecht es wäre, das jene Schwierigkeiten, jene Zwiespältigkeiten schaffen müsste, die Herr Gaudard so sehr beklagt und fürchtet. Ohne die a priori gegebene Möglichkeit der Option würden die Schwulitäten des Doppelbürgerrechtes in der Hauptsache dahinfallen. Die Option ist auch dazu angetan, die Assimilation des jure soli Eingebürgerten mit unserem Volkstum zu erschweren. Das hat heute Herr Kollege Bolle sehr anschaulich und Herr Lachenal in beredter Weise ebenfalls auseinandergesetzt.

Herr Gaudard geht von der Ansicht aus, der zwangsweise eingebürgerte junge Schweizer müsse ohne weiteres dem Optionswunsch seines fremdländischen Vaters zu Willen sein und der Vater werde ohne weiteres auf Option dringen, er werde den Jungen auch in antischweizerischem Sinne beeinflussen. Selbst bei der Möglichkeit der Option ist das durchaus nicht selbstverständlich. Wo aber schlechterdings die Option nicht zulässig ist, wird die Familie auch nicht zum Tummelplatz politischer und staatsrechtlicher Rankünen zwischen Vater und Sohn werden können, es sei denn, dass jene Macht im Spiele steht, gegen welche Götter selbst vergebens kämpfen. Herr Gaudard hat auch vergessen, was für einen anderen Erziehungsfaktor ein zwangsweise eingebürgerter junger Mensch während der 20 Jahre seiner Kindheit zu prästieren hat. Wir in der deutschen Schweiz sind in dieser Richtung ein bisschen besser daran als die verehrten Eidgenossen in der welschen Schweiz, und zwar zufolge unseres Schwyzerdütsch. Glauben Sie, der Berliner Schnabel, der dem Jungen von Vaters Seite her etwas gewachsen ist, vermöge gegen die Sprache der Spiel- und Schulkameraden aufzukommen? Sein Inhaber wird höchstens erreichen, dass die Kameraden ihn vaterländisch-schweizerisch verhaun, wenn er sich unserem Schwyzerdütsch nicht anbequemen will. « Schwyzerdütsch » ist für mich die allerbeste, ich möchte fast sagen die einzig zuverlässige Verurkundung der Assimilation mit Schweizervolk und Schweizerart. Auf romanischem Sprachgebiet kommt der Mundart vielleicht nicht dieselbe Bedeutung zu; aber auch dort werden die Jungens etwa den vaterländischen « Akzent » herausmerken und dafür sorgen, dass er nicht allzusehr hintangesetzt wird.

Meine Herren, beharren wir in aller Ruhe und Gelassenheit bei der einzig würdigen und einzig wirksamen Massregel der limitierten Zwangseinbürgerung, wie sie von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagen ist.

M. Motta, conseiller fédéral: Je regrette d'être obligé d'intervenir encore une fois dans ce débat. L'heure est avancée et je comprends que M. le président désire clore ce débat, dont MM. les députés doivent être fatigués, et qui a peut-être déjà trop duré. Mais j'ai l'obligation d'expliquer, aussi sommairement que possible, la position du Conseil fédéral vis-à-vis des trois propositions de minorité sur lesquelles vous devez vous prononcer.

La première proposition de minorité est celle que j'appellerai par le nom de ses défenseurs les plus élo-

quents, celle de MM. Gaudard et de Dardel; elle est relative au droit d'option. La deuxième proposition de minorité est celle que je nommerai du nom de son premier signataire, M. Duft, elle a trait au jus soli, au principe de l'incorporation, auquel cette proposition voudrait donner une extension sensiblement plus grande et plus considérable que celle que lui a donnée la majorité de la commission, d'accord avec le Conseil des Etats et maintenant aussi avec le Conseil fédéral. La troisième proposition est celle que j'appellerai du nom du président de la commission, M. von Arx, auquel j'ai déjà dit hier combien j'avais apprécié l'éloquence, la clarté et la limpidité de son exposé. Cette proposition, que je ne puis accepter, voudrait introduire dans la Constitution le principe de la naturalisation gratuite en faveur des parents des enfants incorporés jure soli.

Telles sont les propositions.

Je vous prie, Messieurs, de les écarter toutes et de vous en tenir au texte de la majorité de la commission.

J'aborde la première question. Je voudrais tâcher de faire ici, si cela m'est possible, preuve de cette probité de l'esprit qui me semble être la plus difficile des vertus, celle qui sait rendre justice aux arguments contraires en tâchant de maintenir la balance égale et de ne la faire trébucher que lorsque des raisons graves commandent qu'il en soit ainsi.

J'ai écouté avec un plaisir, qui n'était point feint, la très éloquente plaidoirie de M. Gaudard. Il m'a semblé que maître du barreau comme il l'est, il avait peut-être plaidé sa cause comme un avocat plaide un très beau et très brillant procès. J'ai écouté avec un plaisir égal M. Lachenal défendre la thèse parfaitement opposée. Il est aussi un maître du barreau; il y a mis également une grande éloquence. Et pourtant je ne peux suivre ni M. Gaudard ni M. Lachenal, parce que j'estime que l'un et l'autre ont exagéré la valeur de la cause qu'ils ont défendue.

Ma conclusion plaira davantage à M. Lachenal, cela va sans dire, puisque je conclus dans son sens; mais je conclus dans ce sens pour des motifs différents de ceux dont il s'est servi.

Résumons le débat. Contre le droit d'option parle cet argument, qui me semble très fort, que le droit d'option risque d'affaiblir le remède que nous avons voulu introduire dans le projet pour combattre le danger des allogènes trop nombreux. Il faut reconnaître que le droit d'option se greffe sur la mesure proposée en lui enlevant une partie de sa force et de son efficacité. Dans ce sens il peut être appelé un corps étranger, ce que vous appelez en allemand, avec une image plus habituelle qu'en français un « Fremdkörper ». L'argument qui, par contre, parle en faveur du droit d'option est celui-ci: le droit d'option évite les conflits internationaux qui dépendent de la double nationalité. Il permet à l'enfant devenu suisse par sa naissance et devenu majeur, au moment où la volonté humaine acquiert toute son importance, de se sonder, de s'interroger, de se demander si vraiment il se sent suisse et disposé à se considérer toujours comme tel. Si la réponse qu'il donne à cette demande est négative, le droit d'option est pour lui une libération. Voilà, je crois, en les dépouillant de ce qui me semble accessoire, les arguments essentiels. Vous pourrez ajouter à l'un, retrancher à l'autre, mais les arguments importants pour l'un ou pour l'autre des points de vue sont ceux que je vous ai indiqués.

M. Gaudard, très habilement d'ailleurs — j'ai écouté sa manière d'argumenter avec cette humilité qui est un devoir pour ceux qui écoutent attentivement la contradiction — a cherché à me mettre en opposition avec moi-même en me faisant paraître comme un défenseur convaincu du principe de l'option. M. Gaudard a cité quelques paroles que j'ai eu l'honneur de prononcer au Conseil des Etats. Je n'ai rien à y retrancher.

J'ai reconnu que probablement nous ne pourrions pas, dans la première étape, résoudre la grave question dont il s'agit sans le correctif du droit d'option. Mais jamais je ne me suis prononcé dans le sens que le droit d'option devait être consacré d'ores et déjà dans le texte constitutionnel. Pourquoi? Il serait erroné d'admettre que le droit d'option soit ou admis ou exclu par le texte de la majorité de la commission. Cette question, d'après le texte de la commission, reste absolument ouverte. Je désire en effet, que la question reste ouverte. Et voici la raison: Le principe de l'incorporation des enfants des ci-devant Suissesses est destiné à assimiler chaque année, d'après les calculs approximatifs que nous avons établis, environ 5000 enfants. C'est donc une mesure beaucoup plus efficace qu'on ne veut en général le reconnaître. Ceux qui, tout à l'heure, disaient qu'ils faisaient dépendre leur adhésion au projet de l'exclusion du droit d'option étaient aussi intransigeants et sans raison suffisante, que ceux qui disaient vouloir faire dépendre leur adhésion au projet de l'acceptation du principe de l'option.

Entre M. Gaudard et M. Lachenal il y a une voie très large, très sûre. Il faudra probablement que nous commencions, dans la loi future, par inscrire le principe de l'option. C'est une opinion personnelle que j'exprime; je ne voudrais pas, par cette parole, avoir en quoi que ce soit compromis les attitudes futures du corps dont j'ai l'honneur d'être membre. J'incline donc à penser qu'il faudra, au commencement inscrire dans la loi le principe de l'option. Ce principe est déjà consacré dans la loi de 1903. Dans cette loi, nous avons donné aux cantons la faculté de déclarer Suisses jure soli des enfants nés en des conditions déterminées.

Malheureusement les cantons n'ont pas su faire usage de cette faculté.

Depuis 1903 bien des choses se sont modifiées. Je me dis: Si l'expérience que nous ferons avec la première loi d'application démontre que le droit d'option n'affaiblit pas trop le principe de l'incorporation, nous pourrions le maintenir. Si, par exemple, sur 5000 enfants qui doivent chaque année être assimilés par le moyen de l'incorporation, quelques dizaines seulement, ou même une ou deux centaines nous échappaient en vertu du droit d'option, il me semblerait raisonnable de penser que le principe de l'incorporation n'en serait pas entamé ni dans son essence ni dans son efficacité. Si, par contre, nous devons constater par la porte du droit d'option les étrangers auxquels nous aurions voulu donner le caractère de citoyen suisse dès leur naissance passent en grand nombre, si nous devons constater que les colonies étrangères en Suisse ont fait de la propagande pour engager leurs nationaux à faire usage du droit d'option, alors la situation serait complètement changée, alors le droit d'option apparaîtrait comme un véritable péril, et il faudrait l'écarter. Vouloir

se prononcer aujourd'hui sur cette question, ce serait chose prématurée.

Les constitutions contiennent en général quelques normes de compétence, quelques principes essentiels. Il a toujours été considéré de bonne règle que les questions législatives ne fussent point réglées dans les textes constitutionnels. Or, je prétends — et j'espère vous l'avoir démontré — que la question de l'option, par sa nature même, est plutôt une question législative qu'une question constitutionnelle.

La Constitution est, en principe, une norme presque immuable. On ne doit pas toucher à la Constitution trop fréquemment. Pour la loi il n'en est pas de même. Si vous proclamez dans la Constitution que le droit d'option doit être reconnu, il ne sera plus possible de sanctionner le contraire dans la loi sans modifier d'abord la Constitution.

Cet argument me semble convaincant. Il devrait vous engager à écarter la proposition de la minorité pour vous en tenir au texte de la majorité.

Le jus soli étendu est cher à mon ami M. Duft. Je voudrais cependant le mettre en garde contre le danger de sa proposition. Je suis d'autant plus autorisé à m'exprimer ainsi que le Conseil fédéral avait envisagé la solution qui est aujourd'hui celle de M. Duft et de ses cosignataires de la minorité de la commission. C'est l'expérience vécue, ce sont les résistances psychologiques et politiques formidables que j'ai rencontrées au Conseil des Etats et dont quelques échos se sont fait entendre ici — échos affaiblis d'ailleurs, mais qui prendraient un retentissement extraordinaire dans une consultation populaire — c'est cette expérience vécue qui m'a montré qu'il y aurait péril à proclamer ce principe du jus soli dans toute son extension.

M. Grünenfelder disait, tout à l'heure, très justement, que le projet de la minorité de la commission indique à titre d'exemples deux applications du jus soli. Il laisse cependant la porte ouverte à des applications qui iraient beaucoup plus loin que les deux qui sont prévues. Je tiens à ce qu'il n'y ait rien de désobligeant dans ma manière de m'exprimer, mais il me semble que cela pourrait être interprété comme une tromperie. On pourrait dire qu'on indique au peuple deux cas d'application sans lui dire en même temps que le législateur futur pourra aller infiniment plus loin que ne l'indiquent ces deux exemples. Si cela se vérifiait, j'ai la conviction — et si je n'avais pas cette conviction je ne parlerais pas avec cette chaleur — que le projet serait perdu dans la consultation populaire!

La pensée dominante qui m'inspire est de faire une œuvre viable. Je n'oublie pas deux proverbes dont l'un est latin et l'autre italien, mais qui indiquent la même chose. Le proverbe latin dit: «Festina lente» et le proverbe italien: «Chi va piano va sano e va lontano». Ceux qui voudraient aller trop vite finiraient par tomber et leur chute serait irréparable. Je veux éviter les chutes. C'est pourquoi je vous supplie de vous en tenir aux propositions de la majorité de la commission.

Je dois maintenant répondre à M. von Arx. C'est au Conseil des Etats et surtout au président de la commission des Etats, M. Hildebrand — auquel j'ai rendu hier un hommage dont je n'aurais su exagérer la sincérité — que nous devons de trouver dans le projet le droit à la naturalisation. Votre commission a

écarté ce principe et elle a bien fait. Si l'on conçoit parfaitement que l'Etat prescrive à l'individu né sur territoire suisse, d'une mère qui était Suisse avant son mariage, la nationalité suisse, c'est qu'il s'agit d'un acte de souveraineté. Mais conférer à l'individu, au particulier, un droit vis-à-vis de l'Etat souverain, c'est une affaire bien différente.

La proposition de M. von Arx ne va pas aussi loin que celle du Conseil des Etats. Elle tendrait à ce que la loi future indiquât si — et dans quelles conditions — on accorderait la naturalisation gratuite aux parents d'enfants devenus Suisses en vertu du principe de l'incorporation. Cette solution est de beaucoup meilleure que celle du Conseil des Etats, je l'admets sans ambage, mais elle a un gros inconvénient. Elle suppose que le Conseil fédéral, à l'avenir, pourrait en dehors de la volonté des autorités cantonales décréter gratuitement la naturalisation de cette catégorie d'étrangers. Cette proposition tendrait donc à faire passer l'autorité fédérale par dessus les instances cantonales: elle consacrerait une idée de centralisation politique qui ne me semble pas nécessaire.

Le projet constitue une conciliation heureuse entre les compétences cantonales et les compétences fédérales. Le principe de M. von Arx déplace l'équilibre en faveur de l'autorité fédérale. Je crois qu'il serait imprudent de le tenter. C'est pourquoi je conclus en vous disant que, cette proposition aussi, bien qu'elle soit celle de M. le président de la commission, devrait être écartée.

von Arx, Berichterstatter: Leihen Sie mir Ihr Ohr noch zu einigen ganz kurzen Ausführungen zur Optionsfrage. Wenn die Vorlage, wie die Mehrheit der Kommission sie vorschlägt in Rechtskraft träte, dann würde sich die Zahl der Schweizerkinder, die im Lande heranwachsen, jährlich um 5200 vermehren. Wem geht über diesem Zuwachs an Landkraft nicht das Herz auf! Da haben wir es erlebt, dass man in die Schar dieser Kinder einbrach und eine Art bethelhemitischen Kindsmord veranstaltet hat. Der neue Herodes war Herr Gaudard, der Vierfürst vom Léman. (Heiterkeit.) Welches wären die Wirkungen der Option, wie sie Herr Gaudard vorschlägt? Wie viele aus diesen Kinderscharen wären die Opfer? Es können 500, es können 1000 sein, es werden aber 2000 und 3000 sein, wenn, wie wir mit Grund fürchten, sich das Ausland systematisch einmischen würde. Herr Gaudard freilich wollte am liebsten, wenn gar keine Kinder übrig bleiben würden.

Wohin geht die Argumentation des Herrn Gaudard? Bisher war es Landesgefahr, dass wir so viele Ausländer im Lande hatten. Nun wäre es eine Landesgefahr, Herrn Gaudard zu glauben, wenn ein Teil der Ausländer zu Schweizern werden. Es sagt Herr Gaudard, dass diese Ausländer auch nachher im Schweizergewande und unter Schweizernamen die Bestrebungen und Geschäfte des Auslandes verfolgen würden. Als gestern die glanzvollen und leidenschaftlichen Perioden des Herrn Gaudard über den Rat hereinrollten, da stieg vor mir ein alter Vers auf, den wir früher sangen: «Schiffsmann, lieber Schiffsmann mein, soll's denn so gefährlich sein?»

In der Argumentation des Herrn Gaudard liegt ein elementarer Irrtum. Nicht darum geht es, einfach das nationale Kennzeichen zu wechseln. Nicht das ist die Meinung, dass es heisst: gestern Italiener

oder Franzose oder Deutscher und heute Schweizer. Davon könnte man reden bei der Einbürgerung durch den Einkauf. Anders aber verhält es sich bei der Einbürgerung kraft Geburt auf dem Staatsgebiete. Da sind die Leute, die wir einbürgern, von Geburt an Schweizerbürger; sie sind Schweizerbürger, sobald sie das Licht der Welt erblicken. Mit dem ersten Schrei, den sie in die Welt senden, sind sie Schweizerbürger. Als Schweizerbürger wachsen sie auf, wie die andere Jugend unseres Landes, verwurzelt und verwachsen mit unserer Heimat. Nicht die Eintragung in das Zivilstandsregister gewinnt sie unserer Volksgemeinschaft, sondern wir gewinnen sie dadurch, indem sie in der Volksgemeinschaft aufwachsen.

Es hat Herr Gaudard freilich in seinen Ausführungen schliesslich einen Antrag gebracht, der wie ein Vermittlungsantrag aussah, in dem er als *conditio sine qua non* das Optionsrecht verlangte. Es ist einmal dem grossen Landsmanne des Herrn Gaudard, Louis Ruchonnet, ein ähnlicher Antrag vorgelegt worden. Da gab er zur Antwort: « Ce rameau d'olivier ressemble furieusement à un buisson d'épines. » (Heiterkeit.) So ist es auch beim Antrag des Herrn Gaudard. Es ist ein Dornbusch, den er uns anbietet; wir würden mit der Vorlage, wenn wir ihm folgen wollten, in die Dornen geraten.

Es ist nachgewiesen, dass die Option die Vorzüge nicht hat, die man ihr nachrühmt. Wer als Schweizer bei uns bleiben und das fremde Bürgerrecht aufgeben will, der kann es heute schon, die Option wird das nicht erleichtern. Wer aber unser Bürgerrecht abstreifen und das ausländische vorziehen will, der ist dazu auch heute schon imstande; die Tür steht ihm offen, er kann gehen und anderswo Bürger sein. Das erlaubt ihm unsere Gesetzgebung.

Herr Gaudard hat in beweglichen Worten auch vom Gewissenszwang gesprochen, den wir gegen Mitbürger ausüben würden. Das ist ein Missverständnis. Wir dürfen auf die Kraft unseres Volkstums, unserer nationalen Gemeinschaft bauen, dass die jungen Mitbürger, die bei uns aufwachsen, sich auch bei uns als volle, als ganze Schweizerbürger fühlen werden. Den Gewissenskonflikt schaffen wir erst, wenn wir, Herrn Gaudard folgend, die Option in die Verfassung hineintragen.

Es hat gestern Herr Gaudard — ich muss das noch erwähnen — ein Beispiel für seinen Standpunkt gewählt, das mich erstaunt hat. Er sagte: « Was geschieht, wenn wir einen solchen Sohn einer ehemaligen Schweizerin einbürgern, und seine Eltern wandern nach zwei Jahren ins Ausland? Ist das nicht ein Misstand, wenn er Schweizerbürger bleiben muss? » Welcher Irrtum! Das Gesetz, das besteht, erlaubt schon diesem Bürger, der ins Ausland wandert, durch einfache Verzichtserklärung unser Schweizerbürgerrecht aufzugeben.

Ich schliesse: die Option bricht offene Türen auf; sie sprengt Riegel auf, die gar nicht geschlossen sind. Sie ist überflüssig, sie ist unnütz, sie ist aber auch schädlich, indem sie die Reform, die wir bringen wollen, zum grössten Teil unwirksam macht. Sie lässt uns drei Schritte vorwärts gehen und will wieder zwei Schritte zurück machen. Sie bringt eine Reform, bei der wir mit den Füßen auf dem gleichen Fleck bleiben. Wir aber müssen im Kampf gegen die Ueberfremdung vorwärts kommen, und dazu bedürfen

wir des Beistandes aller Eidgenossen, vom Rhein, von der Aare, von der Saane und vom Leman.

M. Morard, rapporteur: J'aurais mauvaise grâce à allonger ce débat, mais j'estime qu'il est de mon devoir, comme membre de la minorité soutenant le droit d'option, d'exprimer encore les idées qui sont celles des collègues partisans de l'introduction du droit d'option dans la Constitution. On a reproché à ce projet d'être un projet dépouillé, un arbre qui ne porte plus son nom, mais qui n'est plus qu'un buisson rabougri, et l'on a parlé d'un article absolument désossé. C'est possible. Si l'on suivait certaines tendances qui se sont manifestées dans cette salle, on serait arrivé à des conclusions toutes différentes, et l'on eût fait un article constitutionnel qui eût décrété que, contre toute raison et tout bon sens, tout ce qui vit en Suisse est nécessairement d'origine suisse. Il y a des gens qui ont cette idée-là, et qui nourrissent cet esprit tout au moins tacitement. Quelques-uns même ne se gênent pas de l'affirmer en public. Nous sommes d'une autre opinion. Nous pensons que dans une affaire aussi importante que celle qui nous occupe il n'est peut-être pas inutile de se rappeler certains principes qui sont à la base de nos institutions démocratiques, en particulier de professer — tout au moins d'essayer de suivre — cette règle qui doit être celle de tous les hommes politiques: « Réaliser les possibilités et écarter les impossibilités. » Si nous suivions les théoriciens de la première tendance, évidemment — j'en ai la conviction profonde et elle est partagée par la plupart d'entre nous — nous irions, en nous adressant au peuple, au devant d'un échec certain. En Suisse, plus que partout ailleurs, précisément à cause de nos institutions démocratiques, à cause aussi de la diversité de nos idées et de nos pensées, nous sommes obligés, pour réaliser un progrès, de le faire en une certaine mesure, toujours consacré par un compromis. C'est pour cela qu'au sein de la commission, la majorité elle-même a dû se ranger à une opinion qui certainement a été le plus fortement représentée par notre honorable collègue M. Gaudard. Nous sommes persuadés que, au point de vue populaire, il a raison. Sans doute — on l'a dit tout à l'heure — il y a des chefs politiques qui pensent au peuple, se disent parfois: « Je suis son chef, donc je le suis. » C'est très bien, ce reproche qu'on nous jette, mais dans une démocratie surtout, les chefs politiques ne doivent pas perdre de vue le souci de rester en contact avec leur troupe. Ils doivent, pour cela, regarder de temps en temps en arrière, afin de s'assurer que ces troupes les suivent. On ne comprendrait pas l'attitude d'un homme politique en Suisse qui partirait en avant, sans s'inquiéter de savoir si la masse populaire le suit.

Nous voulons, dans la question qui nous est soumise, comme dans les autres, regarder quelquefois en arrière, pour nous rendre compte de ce qui se passe au sein des couches populaires. Celui qui ne sait pas jeter ce regard rétrospectif n'est pas un chef digne de ce nom.

Je n'entrerai pas dans le détail des critiques formulées par MM. Lachenal et Bolle. Je veux simplement rappeler que, si j'ai cité le professeur Sauser-Hall, c'est précisément parce que grâce aux travaux préparatoires de la commission d'experts, auxquels il a si largement collaboré, cet homme possède cette

matière d'une façon absolument complète. Lorsqu'il prétend que nous l'avons cité d'une manière défectueuse, en lui prêtant l'idée de défendre le droit d'option seulement dans le cas d'une incorporation intégrale, M. Bolle se méprend lui-même sur le sens de ce dernier qualificatif. Il suffit d'avoir lu les deux ouvrages essentiels de M. Sauser-Hall: Son ouvrage sur la naturalisation des étrangers en Suisse, qui remonte déjà à quelques années, puis sa seconde brochure, qui s'adresse au monde international et qui a été publiée sous les auspices de la Société suisse de droit international, à Zurich, en 1905, — pour se rendre compte que même avec le système réduit de l'incorporation *jure soli*, le professeur Sauser-Hall n'en maintient pas moins son idée que le droit d'option doit être réservé dans tous les cas. Je dirai même qu'il va peut-être plus loin — si nous connaissons bien son idée — que ce que paraît en croire M. le conseiller fédéral Motta.

Je dois avouer que je m'étonne quelque peu de ce que le Conseil fédéral n'ait pas dans cette affaire une attitude absolument nette et tranchée.

Depuis 1914, et même avant déjà, on se préoccupe de cette question. Il n'a pas pu échapper à la perspicacité des membres de l'autorité administrative supérieure de la Suisse que ce droit d'option devait nécessairement germer dans le cerveau de ceux qui s'occupent de cette affaire, en particulier de ceux qui parmi eux représentent plutôt les idées fédéralistes.

On l'a dit: même la loi de 1903 prévoyait déjà un droit d'option. Pourquoi ne le consacrerions-nous pas maintenant? Je reconnais que dans certaines circonstances, il est peut-être très délicat d'arriver à l'application pratique du droit d'option. Mais précisément à cause de cette délicatesse d'application, il faudra, lorsque nous présenterons ce projet au peuple suisse, pouvoir affirmer qu'il est impossible que les étrangers incorporés chez nous et devenant Suisses en vertu des nouvelles dispositions, n'aient pas eu la faculté d'opter, n'aient pas pu déclarer qu'ils voulaient être Suisses ou qu'ils préféreraient rester de la nationalité de leurs aïeux.

Messieurs, cette idée a dû exister. Je ne comprends pas qu'on ne veuille pas l'exprimer dans le texte constitutionnel. Nous ne comprenons pas pour quelle raison, dans un pays comme la Suisse, où l'on a toujours voué un respect sacré aux libertés individuelles, il soit possible d'admettre que, contre leur gré, on oblige des étrangers, des gens qui par consanguinité ne sont pas des nôtres, à devenir néanmoins des Suisses. A juste titre, on a employé, dans ce débat, l'expression de Suisses malgré eux. Nous ne comprenons pas que dans un pays qui a inscrit au frontispice de ses libertés individuelles — une notion inconnue dans bien d'autres pays — celle de l'exercice du droit d'asile, on ne puisse pas inscrire dans cette même Constitution — car l'exercice du droit d'asile est implicitement contenu dans l'art. 70 de la Constitution fédérale — cette simple réserve en faveur de ceux qui veulent, tout en restant dans notre pays, jouir d'une liberté légitime, d'une liberté humaine, en restant dans l'appartenance d'une nation qui est celle de leurs ancêtres. Nous ne comprenons pas comment on veut faire front à cette idée, qui est l'essentiel de nos propres revendications helvétiques.

Messieurs, on le reconnaît cependant, il faudra qu'on arrive à cette option. D'après les idées du

jurisconsulte que j'ai cité tout à l'heure, on devra avoir, quoi qu'il arrive, l'option conventionnelle, c'est-à-dire l'option dans les traités conclus de puissance à puissance. Il y a sur ce point des théories divergentes, je le reconnais aussi. Mais, est-ce que le Conseil fédéral voudra traiter en se basant sur un droit d'option, sans que ce droit d'option soit reconnu dans la législation suisse? Sur ce point, il peut être bon de relire les travaux de la commission d'experts où la question a été agitée. L'un des professeurs les plus consultés par les autorités en cette matière, M. Fleiner, déclare que si cette option n'est pas consacrée par un texte constitutionnel, la Suisse ne peut pas discuter avec un autre Etat en prenant pour thème l'application de ce droit. Si cette théorie est juste — nous n'avons pas de raisons de croire qu'elle ne l'est pas — en dehors du cadre de la Constitution, le Conseil fédéral ne pourra pas s'en prévaloir, même dans le seul but de traiter avec une puissance étrangère. Il est donc absolument nécessaire que la réserve du droit d'option soit formulée et prévue dans la Constitution elle-même.

Enfin, je veux répondre à une objection que vient de faire l'honorable président de la commission: il s' imagine que par l'introduction du droit d'option, nous allons complètement anéantir le bénéfice de la réforme. Il a dit que sur 5000 incorporés prévus, l'exercice du droit d'option, volontaire ou peut-être encore obligatoire — en ce sens que l'on invitera l'incorporé à se déterminer le jour de sa majorité — cet exercice-là va diminuer de 300, 400, 2000 même l'effectif des incorporés. Il exagère sans doute. Dans tous les cas, si même cela était vrai, si ces incorporés n'avaient pas du tout la volonté de se reconnaître comme assimilés — en admettant encore qu'ils le soient — si cela est possible, contre leur propre volonté, je dis que pour nous, Suisses, il vaudrait beaucoup mieux que cela fût. Du reste, nous n'avons pas à craindre de ce côté-là le grand intérêt d'être incorporé — nous revenons toujours à des intérêts plus ou moins dignes — c'est celui qui consiste, pour l'étranger, à éviter les prestations militaires qui lui sont imposées. Ne l'oublions pas. Nous sommes entourés de puissances militaires. On a beau parler de désarmement; nous avons beau avoir le siège de la Société des Nations à Genève, nous n'en sommes pas moins entourés de puissances militaires. Aussi, l'étranger domicilié chez nous, né de mère d'origine suisse, sentant venir le moment où il sera appelé sous les drapeaux du pays auquel appartient son père, se demandera: Ai-je intérêt, moi, qui suis né d'une mère d'origine suisse, à acquérir la nationalité suisse? Les trois quarts du temps, pour ne pas dire davantage — au moins dans nos frontières de l'ouest — c'est ainsi. Il optera pour la Suisse en envisageant que les obligations militaires sont bien moins onéreuses chez nous. L'étranger finit ainsi par se décider pour la Suisse. Ne vaut-il pas mieux lui procurer l'occasion de faire ce choix, alors qu'il remplit d'ailleurs les conditions indiquées pour l'incorporation *jure soli*. Nous estimons qu'avec le système de l'option introduit dans la Constitution, la situation est éclaircie. Nous sommes alors en face de dispositions claires et bien déterminées et que ceux qui auront à en user connaîtront dans tous leurs effets.

On a dit: « Mais il est facile au Suisse incorporé de se dégager des liens de sa nouvelle nationalité.

Il n'aura qu'à pratiquer la procédure de renoncement.»
 Tout d'abord, savons-nous ce que sera cette procédure dans le nouveau système légal? Nous ne savons rien et si nous consultons la loi de 1903 sur la renonciation à la nationalité suisse, il faut reconnaître en présence de quelles difficultés se trouve celui qui doit faire admettre par l'autorité compétente sa renonciation à la qualité de Suisse. Nous croyons que suivre cette procédure serait commettre une faute parce que si nous maintenions les mêmes textes, nous arriverions à obliger d'abord ces personnes à quitter la Suisse sans volonté de retour. Il faut qu'elles partent, qu'elles ne séjournent plus en Suisse. Par conséquent, l'argument qu'on a voulu trouver contre le droit d'option dans la pratique — telle que nous l'entendons aujourd'hui — du renoncement ne tient pas; il ne résiste pas à un examen sérieux et il va à l'encontre de toutes les notions générales qui règlent l'exercice et garantissent nos droits primordiaux.

Je me permets de vous rappeler que c'est en vertu d'un principe absolument naturel et supérieur auquel tout Suisse est fidèle, que nous estimons qu'il ne peut pas être fait quoi que ce soit à l'encontre de ce principe de liberté individuelle et que nous demandons l'inscription du droit d'option. L'Etat ne peut pas aller jusqu'à imposer nolens volens sa volonté sur ce point à un citoyen de l'humanité qui possède lui-même une nationalité à laquelle il veut continuer d'appartenir.

Präsident: In Uebereinstimmung mit der Kommission schlage ich folgenden Abstimmungsmodus vor:

1. Eventuelle Abstimmung: Wollen Sie den Antrag der Mehrheit annehmen ohne Option, oder wollen Sie die Option nach Antrag 1 der Minderheit?

2. Eventuelle Abstimmung: Wenn Sie weitergehen wollen als die Mehrheit, ziehen Sie den Antrag 2 der Minorität, Antrag Duft, Nobs usw., vor, oder den Antrag des Herrn Weber?

3. Eventuelle Abstimmung: Was aus dieser Abstimmung 2 hervorgeht, wird entgegengestellt dem Antrag der Majorität, d. h. wollen Sie über das eventuell Beschlossene hinausgehen, gegenüber dem Antrag der Mehrheit?

4. Wollen Sie über diese Sache hinausgehen gemäss Antrag 3 der Minorität, die Möglichkeit zulassen, dass Kindern die unentgeltliche Aufnahme usw. gewährt wird?

5. Definitive Abstimmung: Wollen Sie den so bereinigten Artikel annehmen?

Abstimmung. — *Votation.*

Eventuell: — *Eventuellement:*

1.		
Für den Antrag der ersten Minderheit	72 Stimmen	
Dagegen	80 Stimmen	
2.		
Für den Antrag der zweiten Minderheit	Mehrheit	
Für den Antrag Weber-St. Gallen	Minderheit	
3.		
Für Festhalten am vorigen Beschluss	Minderheit	
Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit	

4.

Für den Antrag der dritten Minderheit	Minderheit
Für den Antrag der Mehrheit	Mehrheit

Definitiv: — *Définitivement:*

Für den Antrag der Kommissions-	
mehrheit	Grosse Mehrheit

Hier wird die Beratung abgebrochen.
 (Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 26. März 1925. *Séance de relevée du 26 mars 1925.*

Vorsitz — *Présidence:* Hr. Mächler.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung. *Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.*

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 158 hiervor. — *Voir page 158 ci-devant.*)

Abs. 4 und 5 (nach Ständerat).

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Supprimer.

von Arx, Berichterstatter: Ich habe eine kurze Bemerkung zu Abs. 5 der ständerätlichen Beschlussfassung anzubringen. Er betrifft die Einbürgerung Heimatloser und die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht. Durch den Ständerat wurde in Abs. 5 der Vorlage dem Bunde das Recht zugesprochen, für die Einbürgerung Heimatloser Grundsätze aufzustellen. Dieses Recht ist dem Bunde bereits in vollem Umfang durch Art. 68 der Bundesverfassung zugesichert. Daraufhin wurde auch das Bundesgesetz, die Heimatlosigkeit betreffend, vom 3. Dezember 1850 erlassen. Der Ständerat wollte dieses Gesetz, das seit 70 Jahren in Anwendung ist, auch noch in Art. 44 der Verfassung verankern, obschon man sich im Ständerat bewusst war, dass das Fundament bereits in Art. 68 vorhanden ist. Es wurde im Ständerat zugestanden, dass der neue Satz in Art. 44 nicht unbedingt notwendig sei. Die Kommission des Nationalrates hat den Satz gestrichen in der Meinung, dass Verfassungen nicht doppelt genäht werden müssen.

Der zweite Teil von Abs. 5, wie ihn der Ständerat formuliert hat, betrifft die Wiedereinbürgerung von Witwen und geschiedenen Frauen, die durch die Heirat ihr Bürgerrecht verloren haben. Auch hier wollte der Ständerat etwas, was bereits besteht, in die Verfassung bringen. Der Grundsatz ist bereits in

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1925
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.03.1925
Date	
Data	
Seite	158-171
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 835

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Il n'aura qu'à pratiquer la procédure de renoncement.»
 Tout d'abord, savons-nous ce que sera cette procédure dans le nouveau système légal? Nous ne savons rien et si nous consultons la loi de 1903 sur la renonciation à la nationalité suisse, il faut reconnaître en présence de quelles difficultés se trouve celui qui doit faire admettre par l'autorité compétente sa renonciation à la qualité de Suisse. Nous croyons que suivre cette procédure serait commettre une faute parce que si nous maintenions les mêmes textes, nous arriverions à obliger d'abord ces personnes à quitter la Suisse sans volonté de retour. Il faut qu'elles partent, qu'elles ne séjournent plus en Suisse. Par conséquent, l'argument qu'on a voulu trouver contre le droit d'option dans la pratique — telle que nous l'entendons aujourd'hui — du renoncement ne tient pas; il ne résiste pas à un examen sérieux et il va à l'encontre de toutes les notions générales qui règlent l'exercice et garantissent nos droits primordiaux.

Je me permets de vous rappeler que c'est en vertu d'un principe absolument naturel et supérieur auquel tout Suisse est fidèle, que nous estimons qu'il ne peut pas être fait quoi que ce soit à l'encontre de ce principe de liberté individuelle et que nous demandons l'inscription du droit d'option. L'Etat ne peut pas aller jusqu'à imposer nolens volens sa volonté sur ce point à un citoyen de l'humanité qui possède lui-même une nationalité à laquelle il veut continuer d'appartenir.

Präsident: In Uebereinstimmung mit der Kommission schlage ich folgenden Abstimmungsmodus vor:

1. Eventuelle Abstimmung: Wollen Sie den Antrag der Mehrheit annehmen ohne Option, oder wollen Sie die Option nach Antrag 1 der Minderheit?

2. Eventuelle Abstimmung: Wenn Sie weitergehen wollen als die Mehrheit, ziehen Sie den Antrag 2 der Minorität, Antrag Duft, Nobs usw., vor, oder den Antrag des Herrn Weber?

3. Eventuelle Abstimmung: Was aus dieser Abstimmung 2 hervorgeht, wird entgegengestellt dem Antrag der Majorität, d. h. wollen Sie über das eventuell Beschlossene hinausgehen, gegenüber dem Antrag der Mehrheit?

4. Wollen Sie über diese Sache hinausgehen gemäss Antrag 3 der Minorität, die Möglichkeit zulassen, dass Kindern die unentgeltliche Aufnahme usw. gewährt wird?

5. Definitive Abstimmung: Wollen Sie den so bereinigten Artikel annehmen?

Abstimmung. — *Votation.*

Eventuell: — *Eventuellement:*

1.		
Für den Antrag der ersten Minderheit	72 Stimmen	
Dagegen	80 Stimmen	
2.		
Für den Antrag der zweiten Minderheit	Mehrheit	
Für den Antrag Weber-St. Gallen	Minderheit	
3.		
Für Festhalten am vorigen Beschluss	Minderheit	
Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit	

4.

Für den Antrag der dritten Minderheit	Minderheit
Für den Antrag der Mehrheit	Mehrheit

Definitiv: — *Définitivement:*

Für den Antrag der Kommissions-	
mehrheit	Grosse Mehrheit

Hier wird die Beratung abgebrochen.
 (Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 26. März 1925. *Séance de relevée du 26 mars 1925.*

Vorsitz — *Présidence:* Hr. Mächler.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung. *Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.*

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 158 hiervor. — *Voir page 158 ci-devant.*)

Abs. 4 und 5 (nach Ständerat).

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Supprimer.

von Arx, Berichterstatter: Ich habe eine kurze Bemerkung zu Abs. 5 der ständerätlichen Beschlussfassung anzubringen. Er betrifft die Einbürgerung Heimatloser und die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht. Durch den Ständerat wurde in Abs. 5 der Vorlage dem Bunde das Recht zugesprochen, für die Einbürgerung Heimatloser Grundsätze aufzustellen. Dieses Recht ist dem Bunde bereits in vollem Umfang durch Art. 68 der Bundesverfassung zugesichert. Daraufhin wurde auch das Bundesgesetz, die Heimatlosigkeit betreffend, vom 3. Dezember 1850 erlassen. Der Ständerat wollte dieses Gesetz, das seit 70 Jahren in Anwendung ist, auch noch in Art. 44 der Verfassung verankern, obschon man sich im Ständerat bewusst war, dass das Fundament bereits in Art. 68 vorhanden ist. Es wurde im Ständerat zugestanden, dass der neue Satz in Art. 44 nicht unbedingt notwendig sei. Die Kommission des Nationalrates hat den Satz gestrichen in der Meinung, dass Verfassungen nicht doppelt genäht werden müssen.

Der zweite Teil von Abs. 5, wie ihn der Ständerat formuliert hat, betrifft die Wiedereinbürgerung von Witwen und geschiedenen Frauen, die durch die Heirat ihr Bürgerrecht verloren haben. Auch hier wollte der Ständerat etwas, was bereits besteht, in die Verfassung bringen. Der Grundsatz ist bereits in

Art. 10 des Ausführungsgesetzes betreffend den Erwerb des Schweizerbürgerrechts von 1903 ausgesprochen. Er war auch schon im Gesetze von 1876 vorhanden, das unmittelbar an die Bundesverfassung von 1874 angelehnt ist, aus deren Geist diese Bestimmung aufgestellt wurde. Wenn hier der Bund die Kompetenz zur Wiedereinbürgerung solcher Frauen seitdem ausgeübt hat, so hat die Verfassungsbestimmung damit eine gültige Auslegung erfahren. Es verträgt sich diese Auslegung durchaus mit dem Wortlaut der Verfassung. Nach einer Praxis von mehr als 40 Jahren darf gesagt werden, dass sie sich im Rahmen der Verfassung befindet. Deshalb ist es nicht nötig, nach mehr als 40 Jahren noch erst die Kompetenz des Bundes in der Verfassung auszusprechen. Deswegen kamen wir zur Streichung auch dieser Bestimmung.

M. Morard, rapporteur: En ce qui concerne l'al. 4 des propositions du Conseil des Etats qui tend à la naturalisation gratuite des parents dont les enfants seront déjà incorporés, vous vous êtes prononcés ce matin en repoussant la proposition 3 a de la minorité de votre commission. Par conséquent nous n'avons pas à y revenir.

A l'al. 5 nouveau, le Conseil des Etats imagine de reprendre des principes déjà contenus dans la Constitution, en particulier en ce qui concerne l'incorporation des heimatlozes, des sans-patrie. Cette question est déjà réglée par l'art. 67 de la Constitution et ensuite par la loi d'application du 3 décembre 1850.

La commission du Conseil national estime que nous pouvons biffer ces dispositions nouvelles sans aucun inconvénient puisqu'elles sont déjà consacrées par le droit actuel.

Enfin, dans cet article, le Conseil des Etats reprend la question de la réintégration, question qui est déjà réglée par la loi de 1903 dont nous avons abondamment parlé hier.

Nous vous proposons de repousser ces deux propositions qui n'apportent rien de nouveau et qui ne sont qu'une répétition de ce qui existe déjà.

Gestrichen. — *Supprimé.*

Abs. 6 (nach Ständerat).

Antrag der Kommission.

Ersetzung durch nachfolgende Ziff. 4:

Die auf Grund dieser Bestimmung eingebürgerten Personen sind den übrigen Gemeindebürgern gleichgestellt, mit der Einschränkung, dass sie keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern haben, soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht anders ordnet. Der Bund übernimmt bei diesen Einbürgerungen bis zum vollendeten 18. Altersjahr der Eingebürgerten wenigstens die Hälfte der den Kantonen oder Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten.

Proposition de la commission.

Remplacer par un nouvel al. 4:

Les personnes incorporées en vertu de cette disposition jouissent des mêmes droits que les autres ressortissants communaux; elles n'auront cependant aucun droit aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, à moins que la législation cantonale n'en

dispose autrement. La Confédération prend à sa charge la moitié au moins des dépenses d'assistance que les personnes incorporées causeront, jusqu'à l'âge de dix-huit ans révolus, aux cantons et communes.

von Arx, Berichterstatter: Abs. 6 nach Ständerat behandelt die Rechtsstellung der kraft Geburt auf dem Staatsgebiet Eingebürgerten. Wir haben hierüber schon in der Eintretensdebatte eingehend gesprochen. Es wurde auch auf die Einschränkung hingewiesen, die für diese Eingebürgerten in Beziehung auf das Bürgergut besteht. Dabei ist zu sagen, dass die Einschränkung nicht nur den Ausschluss von der Nutzung verlangt, sondern logischerweise auch von der Verwaltung des Nutzungsvermögens, wozu auch das Stimmrecht gehört.

Die Regelung dieser nicht sehr einfachen Verhältnisse ist den Ausführungsgesetzen sowie der kantonalen Gesetzgebung vorbehalten. Die Verfassung legt bloss den Grundsatz fest.

In diesem Absatz ist ferner festgelegt, dass der Bund an die Auslagen infolge der Verarmung der Eingebürgerten beizutragen habe. Ich habe hierüber auch eingehend gesprochen. Dieser Beitrag soll mindestens die Hälfte der Auslagen ausmachen. Es hat nun Herr Züblin einen Antrag gestellt, der weitergehen möchte, indem der Beitrag zwei Drittel ausmachen sollte. Was mich betrifft, habe ich dem Antrag des Herrn Züblin keine Opposition zu machen. Es wird kein verlorenes Geld sein, das der Bund hier auslegt.

Ich habe ferner beizufügen, dass es auch nicht notwendig ist, in der Verfassung festzustellen, dass bei der Wiedereinbürgerung ehemaliger Schweizerinnen sowie bei der Einbürgerung Heimatloser der Bund Beiträge zu leisten hat. Die Befugnis des Bundes zur Gesetzgebung in dieser Materie ist bereits vorhanden. Deshalb kann die Regelung des Beitragswesens in dem bestehenden Ausführungsgesetz erfolgen. In die Verfassung gehören bloss die grossen Prinzipien.

M. Morard, rapporteur: L'al. 6 des décisions du Conseil des Etats ainsi que l'al. 4 des décisions de la commission du Conseil national consacrent le principe du règlement de l'assistance des incorporés. Les incorporés jouiront des mêmes droits d'assistance que les bourgeois et les communiens qui appartiennent aux différentes communes suisses. Par contre, ils ne jouiront pas des droits de participation aux biens bourgeoisiaux ou de corporation à moins que la législation cantonale n'en dispose autrement. Le droit cantonal est ici formellement réservé. On n'a pas voulu charger les communes bourgeoises de nouveaux bourgeois contre leur gré. Je crois qu'on a eu raison, car le contraire eût créé un moyen facile de préparer l'échec de la revision constitutionnelle lorsqu'elle sera présentée au peuple et au vote des Etats.

Pour faire passer le projet, la Confédération stipule qu'elle se charge de la moitié au moins des dépenses d'assistance que les personnes incorporées causeront aux communes et aux cantons, jusqu'à l'âge de 18 ans. Ce principe est déjà consacré actuellement à propos de l'assistance de la veuve réintégrée avec ses enfants dans la nationalité suisse. Par conséquent nous ne faisons qu'appliquer un principe qui est déjà consacré par notre droit public à la famille réintégrée.

L'âge de 18 ans a été fixé conformément aux dispositions du Code civil suisse qui règle la durée des prestations pécuniaires dues aux enfants illégitimes.

Nous n'avons pas d'autres observations, si ce n'est que vous avez été saisis d'une proposition de M. Züblin qui tend à élever aux deux tiers des dépenses effectuées, la participation de la Confédération en cas d'assistance. Il paraît que le Conseil fédéral est d'accord avec cette proposition. La commission n'élève pas de sérieuses objections. Nous croyons qu'il est de bonne politique que la Confédération offre le plus possible, afin de faire triompher la revision constitutionnelle.

Belmont: Mein Antrag bezieht sich auf diese Ziff. 4 des Antrages der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission, und zwar will er den Mittelsatz dieser Ziffer: «Mit der Einschränkung, dass sie keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern haben, soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht anders ordnet», streichen.

Mein Antrag ist eine Folge des angenommenen Antrages von heute morgen, dass das in der Schweiz geborene Kind ausländischer Eltern von seiner Geburt an durch die Bundesgesetzgebung, die nachher folgen wird, als Schweizerbürger erklärt wird. Wenn man das bei uns geborene Kind eines ausländischen Vaters und einer schweizerischen Mutter durch Gesetzeskraft zwingt, Schweizerbürger zu werden, dann soll es nicht ein halb berechtigtes, sondern ein voll berechtigtes Glied der betreffenden Gemeinde werden. Der neue Staatsbürger soll nicht nur den politischen Teil des schweizerischen, des kantonalen und des Gemeindebürgerrechtes haben, sondern auch den wirtschaftlichen Teil, sofern in der betreffenden Gemeinde eine solche wirtschaftliche Korporation oder Dorfgenossenschaft besteht, ganz unabhängig davon, ob aus dieser Korporations- oder Genossenschaftszugehörigkeit für den Betreffenden ein Vorteil materieller Natur erwächst oder nicht. Dieser Antrag ist eigentlich kein Einbruch in das bestehende Recht. Wie Herr von Arx soeben ausgeführt hat, beschlägt diese ganze Materie die kantonale Souveränität. Gemäss der kantonalen Gesetzgebung kann die Korporationsgemeinde über die Mitgliedschaft selber entscheiden. Nun ist die Praxis in der Schweiz doch so, dass gewöhnlich ein Gemeindeangehöriger von der Zugehörigkeit zu einer Genossenschaft oder Korporation ausgeschlossen wird, sobald er die Gemeinde oder wenigstens sobald er den Kanton verlässt. Einzelne Korporationen schliessen die Beteiligung des betreffenden Korporations- oder Genossenschaftsmitgliedes erst dann aus, wenn es die Schweiz verlässt.

Ich sage mir, innerhalb der kantonalen Gesetzgebung soll der zwangsweise Eingebürgerte gleichen Rechtes sein. Wir wollen nicht schon in der Verfassung statuieren, dass wer zwangsmässig eingebürgert wird, nur als halber Bürger eingebürgert wird, so dass die Konsequenz meines Antrages, fussend auf die bestehende Praxis und Statuten unserer schweizerischen Genossenschaften, folgende wäre: Wenn ein Neugeborener, der Sohn eines Ausländers, aber einer schweizerischen Mutter ist, zwangsweise eingebürgert wird und zugleich in der Gemeinde wohnt, welche politisch und örtlich den Umfang einer Korporation begrenzt, so soll er auch als vollständig gleichberechtigter Bürger aufgenommen werden wie irgend ein anderer.

Nehmen wir beispielsweise an, die Stadt Bern habe eine solche Bürgerkorporation — ob es der Fall ist, das weiss ich nicht. Und nun heiratet eine Bern-Stadt-Bürgerin einen Ausländer. Nach der Gesetzgebung des Bundes, die nun nach der so abgeänderten Bundesverfassung folgen wird, ist das Kind aus dieser Familie zwangsmässig Schweizerbürger. Nun soll dieser junge Berner, gleich wie alle seine übrigen Gemei degenossen, auch ein vollwertiges und vollberechtigtes Mitglied dieser städtischen Korporation sein, mit all den Vorteilen, aber auch allen Pflichten, welche aus einer solchen Korporationszugehörigkeit herauswachsen.

Die Zahl der an den Korporationsgütern Berechtigten hat sich in der Schweiz infolge der vielen Abwanderungen aus den Gemeinden immer mehr vermindert, so dass der Anteil an den Gütern, an den Vermögen dieser Korporationen eigentlich nur noch einer gewissen privilegierten Klasse gehört. Das Korporationsgut, das vorher die Bedeutung hatte, den wirtschaftlichen Bedürfnissen aller Bürger zu dienen, gehört jetzt nur noch einigen wenigen und ist eigentlich zum Privateigentum einiger weniger geworden.

Und nun mache ich Sie auf alle diese schönen Worte und Phrasen aufmerksam, die gefallen sind bezüglich dieser Zwangseinbürgerung. Herr Gaudard hat in langen Ausführungen darauf verwiesen, dass es eigentlich eine unliberale Auffassung bedeute, wenn man alle diese Bürger von Geburt an zwangsweise einbürgere. Diese Liberalität besteht ganz sicher dann nicht, wenn wir ein halbes Bürgerrecht schaffen. Wenn ich vorhin von einer privilegierten Stellung derjenigen gesprochen habe, welche zu Hause bleiben können, so mache ich Sie aufmerksam auf die Rede, die Herr Bundesrat Motta gehalten und in welcher er zugegeben hat, dass diese Auswanderung aus den Heimatdörfern eine durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in den meisten Fällen erzwungene ist. Während eine gewisse Anzahl von Gemeindeangehörigen ruhig in ihrer Heimatgemeinde bleiben können — sie haben dort Besitz und ihr notwendiges Auskommen — ist eine grosse Zahl unter den heutigen Verhältnissen seit vielen vielen Jahren gezwungen auszuwandern. Nun sollen doch wenigstens denjenigen, welche hier zwangsweise eingebürgert werden und in der gleichen Gemeinde wohnen, die ganz gleichen Rechte zugebilligt werden wie den übrigen.

Herr Nationalrat Dr. Schmid hat in seinem Eintretensvotum sehr richtig davon gesprochen, dass sich die Ausländer in der Schweiz, welche 20 und noch mehr Jahre hier wohnten, hier arbeiten und ihre Arbeitskraft der Erhaltung und Vermehrung des nationalen Vermögens und dem Profit der Arbeiterschaft zur Verfügung stellen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in der Schweiz als Heloten gefühlt hätten. Um ein solches Helotentum nun vollständig aus der Welt zu schaffen, stelle ich den Antrag, es solle wenigstens jetzt, wo wir uns bloss auf dem Gebiet der weitesten Prinzipien der Verfassung befinden, nicht schon festgestellt werden, dass ein solcher zwangsweise durch Geburt eingebürgerter Schweizer nur ein halber Bürger sein darf, sondern wir wollen ihn gleichstellen. Dann kann selbstverständlich eine Korporationsgemeinde nicht mehr machen, was sie will, sondern sie muss, wenn ein solcher zwangsmässig Eingebürgerter alle Bedingungen

der Korporationsstatuten erfüllt, welche gewöhnlich sind: 1. Volljährigkeit, 2. Bürger der betr. Gemeinde und 3. Wohnsitz in der Gemeinde — ihm auch die gleichen Rechte gewähren.

Das scheint mir nichts anderes als ein Gebot der Gerechtigkeit zu sein. Wenn wir so grosse Ideen durchführen wollen, wie sie durch die Vorlage des Bundesrates bezweckt und erreicht werden sollen, dann dürfen wir nicht dort Halt machen, wo Besitz und das Eigentum in Frage kommen, sondern wir müssen auch hier dem zwangsweise Eingebürgerten alle Rechte gewähren, welche den bereits seit langem ansässigen Bürger zustehen.

Es kann hier auch nicht etwa der Einwand gebracht werden, dass es sich, nachdem die Ziff. 4 des Mehrheitsantrages unserer Kommission angenommen wurde, um Leute handelt, welche nicht mit dem Volk verwachsen sind. Sie sind ja von Geburt Schweizerbürger, sie wohnen auch, nach der Voraussetzung, die ich meinem Antrag unterstelle, in der betr. Gemeinde, sie verwachsen vollständig mit dem schweizerischen Volk, nur werden sie, wenn diese Einschränkung gemacht wird, halbe Bürger, nach meinem Antrag aber vollberechtigte Schweizerbürger, gleich den alteingesessenen.

Züblin: Im Abschnitt IV, letzter Absatz, habe ich folgenden Abänderungsantrag eingereicht: « Der Bund übernimmt bei diesen Einbürgerungen bis zum vollendeten 18. Alter-jahr der Eingebürgerten wenigstens zwei Drittel (statt bloss die Hälfte) der den Kantonen und Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten. »

Das Armenunterstützungswesen wird nicht überall gleich durchgeführt. Wir haben Kantone, welche das Unterstützungswesen voll und ganz auf sich nehmen und das ganze Armenwesen überwachen. Demgegenüber haben wir Kantone, in denen die Armenunterstützung ausschliesslich Sache der Gemeinden ist. Gerade im Interesse dieser Gemeinden habe ich den Antrag gestellt.

Sie wissen alle, dass wir heute Gemeinden haben, die mit Armenlasten sozusagen überlastet sind. Ich kenne Gemeinden, die 60 Rp. bis 1 Franken und darüber per 1000 Franken versteuerbarem Vermögen an Armensteuer zu entrichten haben. Es sind dieselben Gemeinden, die in der Regel auch mit Polizeisteuern, Schulsteuern und Kirchensteuern schwer belastet sind. Es handelt sich in der Regel, um finanziell schwache Gemeinden, um solche, die sich im Laufe der Jahrzehnte wirtschaftlich nicht entwickeln konnten, Gemeinden, in denen das Verhältnis zwischen der Einwohnerzahl und der Bürgerzahl ein ganz schlimmes ist. Ich möchte Ihnen hier nur kurz ein Beispiel nennen:

Meine Heimatgemeinde z. B. hat heute zirka 2800 Einwohner. Diese gleiche Gemeinde registriert zirka 4500 Bürger. Das ist ein Missverhältnis, und gerade dieses Missverhältnis bedingt eben, dass solche Gemeinden mit ähnlichen Verhältnissen mit Armensteuern überlastet sind. Unsere Vorlage hat wieder das Heimatprinzip zur Grundlage genommen, und das bedingt, dass die nämlichen Gemeinden durch diese Zwangseinbürgerung belastet werden, welche heute schon mit grossen Armenunterstützungen zu rechnen haben. Das darf nicht sein. Ich meine, wir haben hier im Rat schon wiederholt Stimmen gehört,

dass den Berggegenden, den Berggemeinden besser geholfen, dass sie besser unterstützt werden sollen. Da dürfen wir nicht zugeben, dass gerade diese Gemeinden durch Armenlasten schwerer belastet werden. Wenn der Bund die Zwangseinbürgerung verlangt, so soll er auch die Konsequenzen tragen und soll wenigstens den grössten Teil dieser Unterstützungspflichten übernehmen. Das ist nicht mehr als recht und billig. Es geht nicht an, dass der Bund befiehlt und die Einbürgerung verlangt, die Hälfte der Unterstützungspflicht aber den Gemeinden überbürdet.

Ich habe einen Antrag eingereicht auf drei Viertel der Unterstützung von seiten des Bundes. Herr Bundesrat Motta hat mich ersucht, diesen Antrag zu reduzieren auf zwei Drittel. Ich als allezeit folgsamer Bürger habe das getan. (Heiterkeit.) Ich hoffe aber auch, dass Herr Bundesrat Motta es begreifen und diesen reduzierten Antrag nicht bekämpfen wird. Ich glaube, der Bund trägt auf seinen breiten Schultern diese Last heute viel eher als die kleinen armen Gemeinden. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

von Arx, Berichterstatter: Kurz zum Antrag des Herrn Belmont. Ich habe bereits im Eintretensvotum ausgeführt, dass man nicht daran denken darf, den alten Bürgern der Gemeinde zuzumuten, den kraft Geburt Eingebürgerten auch Anteil am Korporationsgut einzuräumen. Das wäre, wie die Bürger nnu einmal beschaffen sind, ein Opfer, welches über die Kraft geht. Ich habe auch ausgeführt, dass die Einschränkung um so weniger empfunden werde, weil ja heute schon die grosse Mehrzahl aller Schweizerbürger keinen Anteil an solchem Bürgergute besitzt, entweder weil sie nicht mehr in ihrer Heimatgemeinde wohnen oder weil die Heimatgemeinde kein Korporationsgut besitzt. Der Antrag des Herrn Belmont hätte die Folge, diese Gemeinden alle zum Kampfe gegen die Vorlage ins Feld zu rufen. Wenn wir die Vorlage in den Orkus befördern wollen, müssen wir den Antrag des Herrn Belmont annehmen. Ich empfehle Ihnen dessen Ablehnung.

M. Morard, rapporteur: M. Belmont a fait une proposition qui tend à supprimer dans le texte de l'alinéa 4 les mots: « Elles (les personnes incorporées jure soli) n'auront cependant aucun droit aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, à moins que la législation cantonale n'en dispose autrement. »

La proposition de M. Belmont tend à mettre sur le même pied les incorporés jure soli avec tous les autres bourgeois. Il se place au point de vue de l'égalité des Suisses devant la loi. Tous les bourgeois devraient être mis sur le même pied. Mais c'est intentionnellement que le Conseil fédéral, le Conseil des Etats et la commission du Conseil national ont introduit cette réserve qui distingue deux sortes de citoyens, les incorporés et les anciens bourgeois qui ont le droit de participation aux biens bourgeoisiaux. Nous croyons qu'il est tout à fait opportun de consacrer cette réserve en faveur de la législation cantonale, sinon le projet déjà pas mal boiteux risque de perdre la seconde jambe et d'être rejeté par le peuple. Nous verrions se lever contre le projet tous les bénéficiaires de biens bourgeoisiaux et corporatifs qui ne voudraient pas d'un texte constitutionnel leur faisant partager avec des nouveaux venus les biens

dont leurs pères, leurs ancêtres, ont de tout temps bénéficié.

Je crois qu'il est plus prudent, si l'on veut faire triompher cette réforme, d'en rester au sapelot un peu rabougri, comme on a qualifié la revision ce matin.

Ce n'est pas contraire, juridiquement en tout cas, au principe de l'égalité des citoyens devant la loi. Je rappelle pour mémoire la situation qui existe dans le canton de Berne où il y a une différence entre la «Burggemeinde», l'ancienne commune bourgeoise et l'«Einwohnergemeinde», la commune d'habitants. Il y a là une différence qui n'a cependant pas été jugée contraire à notre droit constitutionnel.

Je vous propose donc de rejeter l'amendement de M. Belmont. Bien que celui-ci, à un point de vue absolu, ait quelque chose de fondé, nous ne croyons pas que le peuple suisse soit mûr pour les répartitions de biens bourgeoisiaux aux nouveaux venus dans la commune.

M. Motta, conseiller fédéral: Je vous dois deux explications. Pour ce qui est de la proposition de M. Belmont je ne puis que m'associer aux déclarations et aux arguments du président de la commission et du rapporteur de langue française. Si vous voulez faire œuvre viable, vous devez rejeter cette proposition.

Les explications que je dois à M. Züblin sont plus délicates. M. le conseiller national Züblin a déposé une motion d'après laquelle on imposerait à la Confédération une part de la charge d'assistance plus grande que celle prévue dans les propositions du Conseil fédéral et de la commission. On vient de me dire tout à l'heure que MM. les rapporteurs se sont déjà prononcés en mon absence sur cette question. Je regrette d'avoir été retenu par une discussion au Conseil des Etats; c'est la raison qui m'a empêché d'être ici dès le début de votre séance.

M. le conseiller national Züblin a bien voulu hier me montrer un projet de proposition tendant à mettre à la charge de la Confédération les $\frac{3}{4}$ de la dépense d'assistance. Cette proposition était manifestement excessive. Il voulut bien faire appel à mon bon cœur pour que je l'aide à faire passer sa proposition. Je lui déclarai que cela me paraissait impossible, mais que, dans son intérêt, je devais lui conseiller, à titre tout à fait éventuel, et en dehors de toute responsabilité de la part du Conseil fédéral de modifier sa proposition dans ce sens qu'elle mettrait à la charge de la Confédération non pas les $\frac{3}{4}$, mais seulement les $\frac{2}{3}$. J'ajoutai que je ne pouvais pas lui déclarer que le Conseil fédéral accepterait cette proposition ainsi modifiée. Je ne peux pas non plus faire cette déclaration pour moi-même.

Le projet prévoit le minimum de la moitié à la charge de la Confédération, c'est la loi qui fixera définitivement la répartition. Cette part sera-t-elle de la moitié, ce qui est le minimum prévu, ou bien les finances de la Confédération lui permettront-elles d'accepter les $\frac{2}{3}$ ou même davantage? Je ne peux pas me prononcer aujourd'hui.

Pour me prononcer, conformément aux bonnes règles de la responsabilité gouvernementale, je devrais consulter non seulement mon collègue, le chef du Département des finances, mais aussi les autres membres du Conseil fédéral. Cette consultation n'a

pu avoir lieu. Je ne peux donc pas adhérer à la proposition de M. Züblin.

Les conséquences financières sont les suivantes: nous avons prévu que la dépense totale du fait de cette assistance serait d'environ un million. Si la Confédération assume la moitié de la charge, ce serait pour elle une dépense d'un demi-million. Je crains toutefois que les prévisions du message soient quelque peu inférieures à la réalité. Si vous acceptiez la proposition de M. Züblin, vous chargeriez donc la Confédération d'au moins deux tiers d'un million, soit de presque 700,000 francs.

Je demande à M. Züblin s'il ne pense pas qu'il a intérêt lui-même à laisser le texte tel qu'il est et à attendre l'évolution des finances fédérales. Si celle-ci est heureuse, elle permettra peut-être à la Confédération d'être généreuse même au delà des propositions de M. Züblin.

Je pense donc qu'il serait sage de vous en tenir au texte adopté par le Conseil des Etats et par votre commission.

Abstimmung. — *Votation.*

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit
Für den Antrag Belmont	Minderheit

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommission	Minderheit
Für den Antrag Züblin	Mehrheit

Definitiv: — Définitivement:

Für Annahme des so bereinigten Antrages	Mehrheit
Dagegen	Minderheit

Ziff. 7 (nach Ständerat).

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Supprimer.

Gestrichen. — *Supprimé.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Postulat.

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, inwieweit Massnahmen gegen die wirtschaftliche Ueberfremdung ergriffen werden können.

Postulat.

Le Conseil fédéral est invité à présenter un rapport sur la question de savoir quelles mesures pourraient être prises contre la pénétration économique du pays par l'étranger.

von Arx, Berichterstatter: Das Postulat 1 betreffend die Regelung der Niederlassung von Ausländern in der Schweiz ist bereits erledigt, indem eine Vorlage des Bundesrates vorliegt. Ich habe zum Postulat 2 zu sprechen, betreffend die wirtschaftliche Ueberfremdung.

Das Postulat, welches die Kommission den Räten unterbreitet, ist der Anregung und der Sorge des Herrn Dr. Gelpke entsprungen. Es entsprach dem schürfenden Ingenium unseres Kollegen, in Teile des Ueberfremdungsproblems einzudringen, welche ausserhalb der Regelung liegen, welche in der Vorlage des Bundesrates vorgesehen ist. Die Kommission ist ihm auf diesem Wege gefolgt.

Ich kann die Frage, die aufgeworfen wird, nur in den Umrissen berühren. Das Postulat befasst sich mit den Auswirkungen, welche die Ueberfremdung auf wirtschaftlichem Gebiete hat. In zweierlei Weise vollzieht sich vor unsern Augen die wirtschaftliche Ueberfremdung des Landes. Einmal liegt sie darin, dass die Ausländer, welche in die Schweiz eingewandert sind, grosse Gebiete unseres Wirtschaftslebens besetzen und zum Teil auch beherrschen. Nahezu ein Viertel aller Leute, welche in der Industrie und im Gewerbe sich betätigten, waren im Jahre 1910 Ausländer. In der Eisenindustrie betrug die Zahl der Ausländer 18,5 % der gesamten Arbeiter, im Schreinergerwerbe 29,2 %, im Spenglerberufe 30,7 %, in der Seidenindustrie 30,7 %, im Maurergewerbe 58,2 %. Im Handel waren 18 % Ausländer beschäftigt. Diese Zahlen haben seither etwelche Verschiebung zugunsten der einheimischen Bevölkerung erfahren, ohne aber den Gesamteindruck des Bildes zu verändern. Der sozialen Stellung nach gehört die grosse Mehrheit der in der Industrie und im Gewerbe tätigen Ausländer dem Arbeiterstande an; sie machten darin 30,7 % aus. Beinahe jeder dritte Arbeiter war Ausländer. In der Schicht der technischen Angestellten umfassten die Ausländer 19,9 % und in derjenigen der leitenden Personen 15 %. Alle diese Ausländer ziehen aus unserer Volkswirtschaft, deren Bestandteil sie bilden, ihr Einkommen. Ein sehr grosser Teil unseres Volkseinkommens ist demnach das Einkommen Landesfremder.

Die andere Art wirtschaftlicher Ueberfremdung besteht darin, dass Ausländer durch das Machtmittel des Kapitals in unsere Volkswirtschaft eindringen und diese sich dienstbar machen. Sie geht vor sich, indem Ausländer in der Schweiz Unternehmungen der Industrie, des Gewerbes oder des Handels betreiben, sei es in der Gestalt von selbständigen Geschäften, sei es in Form von Zweigniederlassungen, oder sei es, dass sie in schweizerischen Betrieben sich das Uebergewicht verschaffen und die Kontrolle darüber aus-

üben. Es lässt sich kaum ermessen, wie weit das Ausland in der Schweiz auf diese Weise bereits Fuss gefasst hat.

Das Postulat der Kommission wirft nun die Frage auf, ob gegen diese wirtschaftliche Ueberfremdung der Schweiz Massnahmen der Abwehr getroffen werden können. Man sah in der Kommission davon ab, solche Massnahmen einzeln vorzuschlagen. Man wollte aber bewirken, dass in der Stunde, da von der Ueberfremdung der Schweiz im Parlamente gesprochen wird, auch auf die ökonomische Seite der Gefahr, die uns bedroht, der Finger gelegt wird.

Wenn ich hier einige Massnahmen nenne, die zur Abwehr geeignet erscheinen, so glaube ich, dass die Kommission hinter mir stehe. Die Hauptmassnahme der Abwehr muss vom Schweizervolke selber ausgehen, als eine Massnahme der Selbstbesinnung und der Treue zu den Volksgenossen. Das Ziel soll sein, zu verhindern, dass in unserer Volkswirtschaft Ausländer Fuss fassen, wo die Stelle ebensogut von Schweizern versehen werden könnte. Wohl gibt es weite Gebiete in Industrie und Handel, wo unsere Volkswirtschaft der ausländischen Handarbeit bedarf. Hier erfüllen die ausländischen Einwanderer bei uns eine notwendige soziale Funktion. Aber es gibt auch Berufszweige, namentlich technischer Richtung, wo Ausländer angestellt werden, während Schweizer, welche die Fähigkeit zu diesem Beruf besitzen, auswandern müssen. Wir wollen in der Abwehr der wirtschaftlichen Ueberfremdung keine Gesetze aufstellen, welche die Ausländer von der Beschäftigung in unserem Lande ausschliessen. Wir wollen auch nicht Gesetze aufstellen, welche die Auswanderung aus der Schweiz einschränken. Aber es erscheint als zulässig und gerecht, durch Eingriff des Staates zu bewirken, dass unsere Mitbürger auf den Arbeitsstätten des Landes nicht unverdient hinter Ausländern zurückstehen haben. Das kann geschehen durch die Einführung des öffentlichen Arbeitsnachweises, wie sie im Bundesgesetz betreffend die Arbeitslosenunterstützung von 1919 vorgesehen war, nun aber mit diesem Gesetz dahingefallen ist. Das wäre die eine Anregung.

Die Abwehr kann ferner geschehen durch die planmässige berufliche Ausbildung unserer Jugend. Der Staat muss das berufliche Bildungswesen und die Berufsberatung an die Hand nehmen. Bereits ist auch ein Vorentwurf zu einem Gesetze über die berufliche Ausbildung der Schweizer Jugend vorhanden. Der Plan muss sein, die überschüssigen einheimischen Arbeitskräfte in Berufe umzustellen, in welchen Mangel an solchen herrscht, indem der Nachwuchs der Schweiz auf diese Erwerbszweige systematisch vorbereitet wird. Das ist eine zweite Anregung.

Wir müssen auch die Abwehr gegen die andere Art der wirtschaftlichen Ueberfremdung ins Auge fassen, die in dem Einzuge und der Herrschaft des fremden Kapitals in der Schweiz besteht. Gewiss übt dieses Kapital bei uns auch auf breiten Gebieten nützliche Funktionen aus. Wir können es z. B. nicht als Nachteil ansehen, wenn durch das fremde Kapital in der Schweiz neue Industriezweige geschaffen werden, die unsern Arbeitern Einkommen verschaffen. Aber es gibt auch unerwünschte Einflüsse des fremden Kapitals, welche sich in der Verdrängung oder Beherrschung schweizerischen Besitzstandes äussern. Man wird nicht so weit gehen, dass man durch Gesetz den Ausländern verbietet, in der Schweiz Grund-

besitz zu erwerben, oder Industrie- und Handelsunternehmungen zu gründen. Aber wir dürfen auch der Ausdehnung dieser ausländischen wirtschaftlichen Okkupation nicht untätig zusehen.

Vor allem ist offenbar Auswüchsen, wie sie sich im Schieber- und Strohmännertum äussern, ohne Schonung auf den Leib zu gehen. Es scheint auch der Gedanke der Ueberlegung wert, in für unsere Volkswirtschaft wichtigen Industriezweigen durch Gesetz das Uebergewicht des inländischen Kapitals zu sichern, wie es bereits in England geschehen ist.

Doch hier noch mehr als am andern Orte wird die Abwehr aus dem moralischen Bewusstsein und dem Gewissen der Kreise, welche sich im Bereiche dieser ausländischen Einflüsse befinden, geführt werden müssen. Dazu ist Voraussetzung eine Gesinnung, für welche in der Wirtschaft nicht nur die Ware und das Geld, sondern auch der Mensch und Mitbürger und das Gemeinwesen eine Bedeutung haben. Wenn diese Gesinnung fehlen sollte, dann wäre alle Gesetzgebung verlorene Liebesmühe.

In diesem Sinne kann ich das Postulat den Räten empfehlen.

M. Morard, rapporteur: Je ne veux pas perdre beaucoup de paroles au sujet de ce postulat, dont l'auteur est M. Gelpke. Il a quelque rapport très lointain et indirect avec le sujet que nous venons de traiter. La commission propose de l'adopter. Si je pouvais être l'interprète du Conseil fédéral, je remercierais infiniment M. le président de la commission, d'avoir pris la peine de faire un rapport complet dans lequel il a présenté toutes les grandes lignes de celui qui est demandé par le postulat.

Je n'ai pas autre chose à ajouter.

M. Motta, conseiller fédéral: Je serai tout à fait sommaire. Le postulat dont il s'agit n'a qu'une liaison très indirecte et lâche — si je puis m'exprimer ainsi — avec le projet de revision constitutionnelle que vous avez accepté. Il est dû à M. Gelpke. C'est une affaire qui est d'ailleurs davantage de la compétence d'un de mes collègues que je vois devant moi, M. le chef du Département de l'économie publique, que dans la sphère d'activité du Département politique. Votre commission est unanime. Le Conseil fédéral aurait mauvaise grâce de se refuser à cette étude. Je puis déclarer que nous l'acceptons, mais à cette condition qu'il devrait nous être permis, le cas échéant, de répondre à ce postulat, non pas sous la forme d'un rapport spécial dans lequel nous traiterions beaucoup de questions disparates, mais par quelques observations que nous consignerions dans le prochain rapport de gestion. L'essentiel de ce que vise le postulat est déjà contenu dans les propositions que le Conseil fédéral vous a faites au sujet d'une attribution nouvelle de compétence à la Confédération, dans le domaine de la politique d'établissement. Tout ce que l'on pourra faire, dans cette direction, aux fins d'empêcher les pénétrations dangereuses des influences étrangères dans l'économie nationale sera fait.

Mais, Messieurs, qu'il me soit permis, maintenant, comme chef du Département politique, de vous donner un avertissement. Lorsque vous songez à la pénétration des étrangers en Suisse, veuillez aussi songer à la pénétration économique des Suisses à l'étranger, veuillez songer qu'il y a à l'étranger un demi-million de Suisses qui y portent bien haut l'honneur de notre

nom et qui y ont cherché leur gagne-pain, leur fortune, leur richesse, leur avenir.

Empêchons que, par des restrictions excessives, à l'intérieur de notre pays, nos compatriotes à l'étranger soient à leur tour les victimes de restrictions excessives chez les Etats dont ils habitent le territoire. C'est avec ces réserves que j'accepte le postulat.

Präsident: Gemäss dem Geschäftsreglement kann, nachdem der Bundesrat das Postulat entgegengenommen hat, die Diskussion nur benutzt werden, sofern jemand das Postulat wirklich bekämpfen will. Herr Schmid-Oberentfelden hat zu diesem Zweck das Wort.

Schmid-Oberentfelden: Sie haben soeben aus den Ausführungen des Vertreters des Bundesrates gehört, dass den Gedankengängen, denen der Kommissionsreferent bei der Begründung des Postulates gefolgt ist, andere gegenüberstehen, und Herr Bundesrat Motta hat ausgeführt, dass er nur unter der Reserve, dass man nicht ähnliche Massnahmen im Ausland provoziere, das Postulat entgegennehme.

Wir haben in der Kommission den Antrag auf Ablehnung des Postulates gestellt, weil wir der Auffassung sind, dass es im Grunde genommen nur eine Dekoration bedeutet, deshalb, weil wirkliche Massnahmen, die gegen die Ueberfremdungsfahr auf wirtschaftlichem Boden gefordert werden könnten, auch im Postulat zum Ausdruck kommen müssten. Das, was heute Herr von Arx ausgeführt hat, bestärkt mich darin, dass wir recht getan haben, das Postulat in der Kommission zu bekämpfen.

Was führte der Referent beispielsweise vorhin aus? Er sagte, es sei klar, dass moralische Qualitäten auf diesem Gebiete massgebend seien und dass logischerweise die Volksgenossen das, was man mit dem Postulate fordere, ohne grosse Gesetze verwirklichen müssen; denn wir seien nicht in der Lage, in dem Masse Gesetze zu erlassen und Verfassungsartikel aufzustellen, um auf dem Wege der Reglementierung den Zweck zu erreichen, den das Postulat fordert. Er führte beispielsweise aus, dass das ausländische Kapital, das in der Schweiz arbeitet, unter Umständen wohlthätig wirken könne. Aber ebenso sehr sei dieses ausländische Kapital in gewissen Fällen für unsere Volkswirtschaft schädlich. Er erinnerte an das Schiebertum, an das Strohmännertum, usw. Da muss ich schon sagen, Herr von Arx hat insofern recht, als er von unsern Volksgenossen moralische Qualitäten forderte, die es aber heute in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf diesem Gebiete nicht gibt. Er sagte, wenn wir Stellen besetzen wollen, dann müsse man doch in allererster Linie Schweizer heranziehen. Es ist mir nicht bekannt, dass nach diesen Grundsätzen gehandelt wird. Ich weiss vielmehr ganz genau, dass das Gegenteil sehr oft der Fall ist; dass der Fabrikant — das war vor allem vor dem Kriege in hohem Masse der Fall — beispielsweise in der Textilindustrie Italienermädchen kommen lässt, aus der Tschechoslowakei Arbeitskräfte importiert, um den Arbeitslohn zu drücken und um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Das Postulat, das aufgestellt wurde, bedeutet infolgedessen nur eine Dekoration, wenn man nicht bestimmte Massnahmen in dieser Richtung vorschlägt. Wie steht es denn mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter? Das Koalitionsrecht ist zwar in der

Bundesverfassung niedergelegt, aber Ausführungsbestimmungen fehlen, um das Koalitionsrecht zu schützen, so dass es den Unternehmern erlaubt ist, schwarze Listen zu führen und das Koalitionsrecht mit Füßen zu treten. Ich erinnere nur an den Streik, der seinerzeit in Fahrwangen-Meisterschwanden bei einer Arbeiterschaft stattgefunden hatte, die wirtschaftlich ausserordentlich schlecht gestellt war. Es war im Jahre 1911, wenn ich mich nicht irre. Damals kam auch in der Bundesversammlung die Frage zur Sprache, ob denn diesen Leuten das Koalitionsrecht in einer Art und Weise verkümmert werden könne, wie es tatsächlich gemacht wurde. Der Vertreter des Bundesrates, Herr Bundesrat Deucher, musste erklären, dass gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Koalitionsrechtes fehlen.

Wenn man die wirtschaftliche Ueberfremdung bekämpfen will, dann muss man logischerweise auch hier anpacken. Ich habe nur ein Beispiel genannt. Wenn es der bürgerlichen Mehrheit Ernst wäre mit dem Schutz der einheimischen Arbeitskräfte, mit dem Schutz gegen wirtschaftliche Ueberfremdung, dann müsste sie nicht ein allgemeines Postulat stellen, sondern eine ganze Reihe von Forderungen formulieren, um in erster Linie die einheimischen Arbeitskräfte zu schützen. Es heisst meiner Auffassung nach dem Publikum und dem Volke Sand in die Augen streuen, wenn man derartige Postulate stellt, ohne praktische Massnahmen zu fordern. Wir können infolgedessen ein Postulat, wie es hier gestellt wurde, nicht annehmen. Wir wollen nicht zum Mitschuldigen werden, wenn man dem Volke etwas vormacht, was nachher nicht durchgeführt wird. Ich will gar nicht weiter davon reden, dass Herr Bundesrat Motta schon auf eine andere Gefahr aufmerksam machte. Er erwähnte, wenn wir Massnahmen treffen, die zum Beispiel geeignet sind, ausländische Arbeitskräfte zurückzuhalten, dass wir dann Gegenmassnahmen vom Auslande erwarten müssen. Das gleiche ist mit dem Kapital der Fall. Wie will beispielsweise Herr von Arx das nationale Kapital schützen, wenn er es gestattet, dass die Banken ihre Anleienspolitik für südamerikanische und mittelamerikanische Staaten in einer Art und Weise betreiben, wie das sehr oft der Fall ist. Ich glaube, dass die Frage derart umfassend ist, dass man sie nicht mit einem allgemein dekorativen Postulat erledigen kann. Es hat deshalb keinen Sinn, dieses Postulat anzunehmen.

Sie haben aus den Ausführungen von Herrn Bundesrat Motta gehört, dass er das Postulat unter einer grossen Reserve entgegennimmt. Diese Reserve war natürlich in sehr höflicher Form gehalten, aber sie bedeutet materiell im Grunde genommen doch die Ablehnung dessen, was an Wünschen ausgesprochen worden ist, ganz abgesehen davon, dass man diese Wünsche genau präzisieren müsste. Ich bin dagegen, dass man derart dekorative Postulate dem Bundesrat überweist, um eine schöne Geste zu machen. Wir beantragen Ablehnung.

Belmont: Ich lehne das Postulat rundweg ab, aus dem einfachen Grunde, weil das bürgerliche Parlament wohl vielleicht darüber debattieren würde, wie gegen die Arbeiterschaft vorgegangen werden soll, um die Arbeiter noch mehr einzuschnüren als bis dahin, aber niemals als bürgerliches Parlament Massnahmen ergreifen wird, um der Ausbreitung und der grösseren Macht des Kapitals Hindernisse in den Weg

zu legen. Weil so etwas nie vorkommen wird, ist dieses Postulat, wie Herr Schmid sehr richtig sagte, eine reine Dekoration, und zwar so dekorativ, dass es nicht einmal der Bundesrat wagt, dasselbe ohne Vorbehalte entgegenzunehmen. Ich glaube, wir hätten hier ohnehin ein Postulat, das ziemlich lange auf der bekannten langen Bank liegen würde.

Wie wird es möglich sein, Massnahmen zu ergreifen, die das internationale Kapital hindern sollen, die Schweiz auszubeuten, so wie es es will und kann? Niemand, auch Sie nicht, wird imstande sein, das zu tun. Das Kapital ist international organisiert, und Sie werden ihm keine gesetzlichen Schranken bieten können, solange Sie das Bankgeheimnis wahren. Wie will Herr von Arx wissen, wieviel ausländisches Kapital in unseren Banken versteckt ist und wie dieses ausländische Kapital seine Macht über selbständige Betriebe von Schweizerbürgern ausübt, über Filialbetriebe? Wie will er feststellen, wie dieses Kapital auf die Lage der Arbeiterschaft wirkt? Damit, dass sie stets unsere Forderung über die Oeffnung des Bankgeheimnisses abgelehnt haben, haben Sie schon lange den schlechten Willen bewiesen, irgend etwas gegen die Ausbeutung durch das Kapital zu unternehmen. Wir fürchten das internationale Kapital nicht, wir fürchten auch nicht seine Ausbreitung, denn wir haben eine wirksame Gegenmassnahme, die immer wirksamer wird, das ist die gewerkschaftliche internationale Vereinigung aller Arbeiter der ganzen Erde. Dem internationalen Kapital gegenüber gibt es keine nationale Vereinigung, die genügen würde. Nur die international organisierte starke Kraft der Arbeiterschaft wird den Arbeitern die Ueberwindung des Kapitals erkämpfen. Alles andere, was von einem bürgerlichen Parlament gegen die Inflation des Kapitals, gegen seine Auswüchse beschlossen werden wird, ist entweder nicht ernst gemeint oder, wenn es Leute gibt, wie Herr Nationalrat Gelpke, so kann es sich eventuell um Vorschläge gutmeinender Menschen handeln, die aber nie etwas helfen oder nützen können. Helfen wird einzig und allein die organisierte Kraft der Arbeiterschaft.

M. Wulliamoz: Tout à l'heure notre collègue Monsieur Schmid a fait des réserves et s'est opposé à la prise en considération du postulat de la commission. Il a dit que c'était une mesure purement décorative et qu'au lieu d'avoir des conclusions générales il serait préférable d'arriver avec des précisions pour enrayer le mouvement des étrangers. M. Belmont renchérit encore à ce sujet. Je voudrais vous rappeler, Messieurs, la gravité du problème. Nous en avons discuté longuement lors de l'entrée en matière touchant l'assimilation des étrangers chez nous. Si nous sommes en présence d'un si grave danger comme celui que constitue cette pénétration lente et sûre, vous savez pourquoi, vous connaissez la situation. Notre pays situé au centre de l'Europe, et grâce à son attrait, amène chez nous quantité d'allogènes qui viennent y chercher la santé et aussi un souffle de liberté peut-être qu'il en trouve pas ailleurs. Le nombre des étrangers, vous le connaissez? Il est de 500,000 et dernièrement, d'après les chiffres de 1920, quelque 410 mille résident encore chez nous. Les déclarations de M. le conseiller fédéral Motta nous montrent que notre Etat, Etat pastoral, est devenu un Etat industriel et le représentant du Conseil fédéral signale également comme un

danger la pénétration des capitaux et la mise au service d'entreprises étrangères. Il dit qu'au 1^{er} janvier 1918 nous avons dans notre pays 6256 sociétés anonymes suisses avec un capital de 4,170,000,000, alors que 139 sociétés étrangères possédaient à elles seules un capital de 1,642,090,000. Lorsque nous voyons les expériences qui ont été faites par les compagnies d'assurance allemandes, nous ne sommes certes pas rassurés. On sait le rôle que joue la finance et la répercussion qu'elle exerce sur notre vie économique. Mais le côté le plus grave à mon avis est le côté éthique du problème. Notre peuple doit résister à des influences qui lentement risquent de le dénationaliser. Il y a péril pour une nation d'aliéner son individualité. Les mœurs, les usages, les idées politiques, les valeurs morales même et surtout les sentiments de dévouement à la patrie risquent alors de se modifier.

M. le conseiller fédéral Motta nous a montré combien les étrangers résidant chez nous sont quelquefois hypnotisés par le prestige dont jouit leur pays dans le monde. Personne n'ignore qu'au commencement de la grande guerre mondiale l'ambition démesurée d'une grande nation et sa devise du « Deutschland über alles » avaient laissé entrevoir des possibilités de grandeur qui n'étaient pas pour notre pays sans lui causer de graves appréhensions. Si l'on rappelait l'histoire, nous constaterions que la devise ambitieuse de l'Autriche-Hongrie qui voulait dire: « L'Autriche dominera sur le monde », si elle n'est plus aujourd'hui qu'une amère dérision, a été autrefois une menace considérable. Il n'y a pas longtemps que notre collègue M. Abt disait en parlant de l'impérialisme français qu'il n'avait pas désarmé depuis la journée de Mariignan. L'on se demande pourquoi les étrangers ont autant de succès chez nous. Le pays était-il insuffisamment peuplé lorsque ces éléments nouveaux ont commencé à s'infiltrer dans nos murs? Non, puisqu'ils ont automatiquement provoqué l'émigration de nos nationaux dans les pays d'outre-mer. M. le conseiller fédéral Motta a déclaré que déjà notre pays était saturé et que toute pénétration plus considérable provoquait automatiquement le recul de nos nationaux vers l'étranger. Pourquoi donc est-ce qu'ils ont ainsi réussi à supplanter nos nationaux dans une si forte mesure? C'est grâce à leur audace, à leur esprit plus entreprenant, à une facilité d'adaptation que nous ne possédons pas au même degré, à leur habileté dans l'étude de nos langues nationales. On a dit que dans le domaine des hôtels par exemple l'élément étranger avait accaparé presque toutes les places; c'est là un fait qui est dû principalement à cette facilité d'étude des langues nationales.

Quelques-uns diront peut-être que c'est là une évolution fatale et que vouloir enrayer un mouvement qui se dessine ainsi et qui n'est en quelque sorte que le pâle reflet des grandes migrations de peuple, c'est se heurter à une impossibilité, c'est vouloir empêcher un sang nouveau de pénétrer dans notre civilisation. Ce n'est pas le cas, car nous savons que d'autres pays ont résisté mieux que nous à cette invasion. C'est donc grâce à leur habileté commerciale et industrielle, à la disposition de capitaux nombreux, parfois aussi à l'atténuation de scrupule, que les étrangers prennent encore le pas sur nos nationaux.

Nul ne saurait affirmer que c'est là notre faute et que pour réussir nous devrions être plus habiles.

A cela nous répondrons qu'il faut nous accepter tels que nous sommes, tels que la nature nous a forgés. Nous avons encore dans notre pays horreur des esprits tendus vers le but et que n'arrête aucune considération quelconque. Il nous semble qu'entre la formule: écraser son prochain ou se résoudre à être vaincu par les circonstances, il y a encore un peu de place pour un rayon de soleil qui luit au profit de tous. Notre poète vaudois Juste Olivier, qui a si bien analysé notre caractère, comparait notre patrie vaudoise à une charmante jeune fille dont le visage reflète la grâce et l'amabilité, mais où l'on croit aussi remarquer un peu de rêverie qui affaiblit la volonté. Je crois qu'il y a du vrai dans ce tableau. Est-ce une raison pour laisser l'étranger profiter de nos scrupules et de nos hésitations? Non. Nous avons le devoir de défendre la proie trop facile qui s'offre aux éléments entreprenants qui nous viennent du dehors. A côté d'une certaine infériorité économique, commerciale, nul n'ignore le danger moral d'une pénétration étrangère.

J'ai applaudi à l'affirmation de M. le conseiller fédéral Motta quand il dit que la force de la Suisse est avant tout une force morale. Dans la concurrence entre les nations, nous n'avons pas de grandes masses à jeter dans la balance. Nous devons y suppléer par la force morale de nos populations. Qui oserait prétendre ici que la pénétration étrangère ne l'affaiblit pas? On a dit que notre pays était protégé par nos frontières naturelles et que les événements et les idées qui bouillonnent au dehors sont en quelque sorte atténuées, tamisées par nos colonnes de granit. Ne pensez-vous pas toutefois que l'importation de mœurs étrangères et nouvelles pouvant ébranler notre simplicité démocratique est un danger? Nous ne demandons pas que l'on use de repréailles à l'égard de populations étrangères, mais je voudrais à cet effet rassurer M. le conseiller fédéral Motta. Il nous semble cependant nécessaire de songer à la protection des intérêts qui nous sont confiés en défendant nos traditions qui ont assuré le développement du pays et son respect à l'extérieur.

Des voix nombreuses se sont élevées dans cette salle pour réclamer cette protection. S'il est vrai que notre patrie n'est qu'une petite parcelle de l'humanité et que la grande loi des échanges internationaux ne saurait être supprimée par une politique de protections économiques, nous devons accorder, n'est-il pas vrai, la préférence au commerce et à l'industrie qui ont un caractère nettement national. Si l'on a fait beaucoup pour favoriser l'instruction professionnelle, nous demandons aussi le maintien de nos populations agricoles et montagnardes par la mise à exécution de la motion Baumberger et du postulat Zschokke.

Nous demandons également que dans la mesure du possible on s'efforce d'encourager l'éducation nationale et que chacun s'inspire d'un ardent désir de maintenir nos prérogatives, nos traditions.

C'est dans cette mesure, Messieurs, que nous pourrions, je le crois, accepter le postulat de la commission, qui vise précisément à protéger tout ce que nous avons de plus cher dans notre patrie.

Abstimmung. — Votation.

Für Annahme des Postulates
Dagegen

Mehrheit
Minderheit

Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble*
Für Annahme des Beschlusentwurfs Mehrheit
Dagegen Minderheit

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

1710. Militärpflichtersatz. Revision des Bundesgesetzes.

Taxe d'exemption du service militaire. Revision de la loi fédérale.

Botschaft und Beschlusentwurf vom 5. Februar 1923 (Bundesblatt I, 449). — Message et projet de loi du 5 février 1923 (Feuille fédérale I, 447).

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Antrag der Kommission.

Mehrheit.

Nichteintreten.

Minderheit.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Majorité.

Ne pas passer à la discussion des articles.

Minorité.

Passer à la discussion des articles.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Am 5. Februar 1923 hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten eine Botschaft über die Abänderung des Bundesgesetzes betreffend den Militärpflichtersatz vom 28. Juni 1878 unterbreitet. Ich weiss nicht, ob sämtliche Herren noch im Besitz dieser Vorlage sind; ich möchte es einigermaßen bezweifeln.

Wir stehen ohnehin vor einer etwas ungewöhnlichen Situation. Die Kommission beantragt Ihnen nämlich mit grosser Mehrheit Nichteintreten auf diese Vorlage, und der Bundesrat ist damit einverstanden, dass dieses Traktandum fallen gelassen wird. Sie werden sich fragen, wie das nun gekommen ist.

Ursprünglich war die Erhöhung des Militärpflichtersatzes ein Bestandteil des Finanzprogramms. Man hat da nach Einnahmequellen gesucht und hat gefunden, dass die Taxen für den Militärpflichtersatz erhöht werden sollten und könnten, in der Weise, dass zirka 4 Millionen Fr. herauszuschauen würden, wovon je die Hälfte mit 2 Millionen dem Bund und 2 Millionen den Kantonen zufallen würde. Ausserdem hat man beabsichtigt, einzelne Verbesserungen einzuführen. Es ist ja nicht zu bestreiten, dass das Bundesgesetz an und für sich revisionsbedürftig ist. Es datiert, wie gesagt, aus dem Jahre 1878. Man hat vorgeschlagen, eine Zusammenfassung der verschiedenen vielgestaltigen Bestimmungen und Abänderungsbestimmungen vorzunehmen, und man hat vorgeschlagen, auch insoweit eine Aenderung vorzunehmen, dass der Grundsatz der Progression einerseits und der Grundsatz der Degression andererseits eingeführt werde. Immerhin sind einige Zweifel darüber entstanden, ob man sich bei dieser Festlegung des Militärpflichtersatzes in das System der neuern Steuergesetze einlassen solle. Man hat erklärt, dass es sich doch in der Hauptsache um einen Lastenausgleich gegenüber den Militärdienstpflichtigen handle

und dass da nicht in erster Linie steuertechnische Grundsätze massgebend sein sollen; also eine Verbesserung der bestehenden Bestimmungen, und daneben auch ein gewisses Fiskalinteresse.

Wie hat man das zu erreichen gesucht? Man hat in erster Linie eine Erhöhung der Personaltaxe vorgeschlagen, und zwar im Vorschlag des Bundesrates von 6 auf 15 Fr., entsprechend der seit 1878 ja unzweifelhaft eingetretenen Geldentwertung. Es hat sich aber schon in der Kommission gezeigt, dass es ausserordentlich schwierig sei, diese Personaltaxe auf den Betrag von 15 Fr. zu erhöhen. Man hat dann von 12 Fr. und von 10 Fr. gesprochen und schliesslich hat die Kommission mit Stimmengleichheit 12 und 10 Fr. beschlossen.

Dann wird im Entwurf des Bundesrates eine Erhöhung des ersatzpflichtigen Alters von 40 auf 48 Jahre vorgeschlagen, sodass also auch die Leute im landsturmpflichtigen Alter zur Taxe herangezogen würden. Dazu dann die Einführung der Progression und anderseits die Einführung der Degression.

Einige Zahlen nach dieser Richtung hin muss ich Ihnen mitteilen. Die Erhöhung der Militärersatzpflicht von 40 auf 48 Jahre hätte eine Mehreinnahme von 2,305,000 Fr. mit sich gebracht, die Einführung der Progression eine Erhöhung des Ertrages um 1,3 Millionen. Anderseits hätte die Einführung der Degression eine Mindereinnahme von 2,178,000 Fr. zur Folge gehabt, sodass also durch Progression und Degression zusammen genommen eine bedeutende Mindereinnahme entstanden wäre. In der Hauptsache hätten somit die neuen Erträge herbeigeführt werden sollen durch die Erhöhung der Personaltaxe und durch die Erhöhung des pflichtigen Alters von 40 auf 48 Jahre.

Es hat sich aber dann schon in der Kommission gezeigt, dass gegen diese beiden Massnahmen eine ganz bedeutende Opposition entstehen werde. Was die Erhöhung der Personaltaxe anbetrifft, so weiss man, wie heutzutage gegen derartige Erhöhungen Sturm gelaufen wird. Da spielt dann die Frage der Geldentwertung keine Rolle mehr; man sieht nur den Betrag und sagt: Man kann den Leuten nun nicht mehr zumuten, namentlich im Zusammenhang mit den andern Steuern, die zu tragen sind.

Die Erhöhung des taxpflichtigen Alters auf 48 Jahre hängt zusammen mit den Bestimmungen der Militärorganisation. In der Militärorganisation von 1907 ist in Art. 3 ausdrücklich bestimmt, dass die Steuerpflicht nur bis zum 40sten Jahre reiche. Nun kann man sagen, und formell jedenfalls kann das nicht angefochten werden: Durch ein späteres Militärpflichtersatzgesetz kann die Bestimmung der Militärorganisation aufgehoben werden. Formell ist das vollständig richtig. Aber wir müssen doch daran denken, dass es nicht ohne weiteres angeht, Bestimmungen der Militärorganisation und Versprechungen der Militärorganisation aus dem Jahre 1907 nun durch eine einfache Steuergesetzgebung wieder aufzuheben. Man kann ja allerdings sagen, seit dem Jahre 1907 haben sich die Verhältnisse geändert, der Krieg ist dazwischen gekommen, usw. Aber ich glaube, es wäre referendumpolitisch ausserordentlich gefährlich, nun jenes Versprechen der Militärorganisation auf diesem Wege aufzuheben. Ich glaube, eine Aenderung nach dieser Richtung sollte nur wieder im Zusammenhang mit der Aenderung der

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1925
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.03.1925
Date	
Data	
Seite	171-180
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 836

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

cussions d'ordre trop général, d'ordre philosophique même auxquelles M. le conseiller national Vallotton, très éloquemment d'ailleurs, s'est laissé porter, j'ai répondu que nous avons écarté d'emblée de la discussion dont il s'est agi, toute discussion au sujet de la reconnaissance de jure et que notre méthode à cet égard aurait été différente de celle d'autres Gouvernements. Quelques Gouvernements ont cru — c'était leur droit et je n'ai pas à formuler des critiques — qu'ils devaient d'abord reconnaître et ensuite négocier. Nous, nous voulons d'abord, lorsque le moment sera venu, et si cela est possible, négocier. Si les négociations nous donnent satisfaction, nous pourrions alors envisager la reconnaissance de jure. Il n'y a pas d'autre point de vue. (Applaudissements.)

Huber: Ich möchte bemerken, daß Herr Bundesrat Motta mir ein gutes Beispiel gegeben hat. Zu der Einladung des Herrn Bundesrat Motta glaube ich sagen zu können, daß es möglich ist, daß ich ihn nicht klar genug verstanden habe. Das kann an meinen Ohren, daß kann aber auch bei Herrn Bundesrat Motta liegen. Sein zweites Votum ist wesentlich klarer und präziser und ich kann seinen Erklärungen entnehmen, daß der Bundesrat zu neuen Verhandlungen unter bestimmten Bedingungen bereit ist. Ich begrüße diese Erklärung.

Präsident: Herr Huggler und Mitunterzeichner beantragen Diskussion.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Huggler: Minderheit
Dagegen: Mehrheit

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung. *Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse.*

Differenzen. — *Divergences.*

Siehe Jahrgang 1925, Seite 115. — Voir année 1925, page 115.
Beschluss des Ständerates vom 30. September 1925.
Décision du Conseil des Etats du 30 septembre 1923.

von Arx, Berichterstatter: Im Monat März des verflossenen Jahres hat der Nationalrat die Vorlage auf Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung behandelt. Durch diese Vorlage soll in die Verfassung der Grundsatz eingeführt werden, daß die Kinder ausländischer Eltern, die in der Schweiz geboren werden, von Geburt an Schweizer sind, wenn die Mutter von schweizerischer Herkunft ist. Der Nationalrat stimmte diesem Antrag zu, der Ständerat war ihm in der Zustimmung vorausgegangen. Damit ergab sich Uebereinstimmung der beiden Räte über den Kern der Vorlage.

Unterschiede in der Auffassung blieben noch über einige Nebenbestandteile der Vorlage, sowie über die Frage der äußeren Form. Im letzten September wurde die Vorlage erneut vom Ständerat geprüft. Er kam dazu, sich in mehreren Teilen der Auffassung des Nationalrates anzuschließen. In andern Teilen hielt

er an der abweichenden Meinung fest, so daß es wieder am Nationalrat ist, sich mit der Vorlage zu befassen.

In den Verhandlungen des Ständerates wurde das Wort ausgesprochen, daß die Kommission des Nationalrates in ihrer Haltung von Befürchtungen über das Schicksal der Vorlage sich habe beeinflussen lassen; es sollten, wie es hieß, die Volksvertreter, vertrauend auf die Macht der Aufklärung, für notwendige Neuerungen eintreten, auch wenn sie wissen, daß sie damit auf Widerstände stoßen werden. Wir wollen uns dieser Aufmunterung zum politischen Wagemute, die aus der Ständekammer zu uns herüberkommt, nicht verschließen. Wir dürfen dabei aber bemerken, daß der Geist der Vorsicht auf unserer Seite nicht zuletzt durch die Hemmungen bedingt war, welche die Vorlage im Ständerat gefunden hat.

Es ist daran zu erinnern, daß Widerstände, die sich in der Kommission des Ständerates gezeigt hatten, den Bundesrat veranlaßten, seine erste, zu einer weitgehenden Reform aufgreifende Vorlage zurückzuziehen und an deren Stelle einen engeren, gedämpften Entwurf zu setzen. Es ist auch daran zu erinnern, daß nachher, als im Ständerat über die eingeschränkte Vorlage zu beschließen war, zahlreiche Standesherrn zwar nicht gegen die Vorlage sich aussprachen, aber in beredtem Schweigen sich der Stimme enthielten. Durften wir in der Kommission des Nationalrates diese Kundgebungen der Zurückhaltung oder der Abneigung in ihrer Bedeutung gering schätzen? Wir hielten es für nützlich, sie bei der Behandlung der Vorlage nicht außer acht zu lassen. Wir waren uns auch bewußt, daß Verfassungsänderungen hierzulande nur in behutsamem Vorgehen durchgeführt werden können. Auf Grund dieser Erwägungen glaubte die Kommission des Nationalrates, sich bei der eingeschränkten Vorlage bescheiden zu müssen, wie sie aus dem Ständerat zu uns herübergelangte. Ja, sie blieb sogar in einem Teil von minderer Bedeutung um einen Schritt hinter dem Ständerat zurück.

Daß auch gegen die eingeschränkte Vorlage der Widersacher genug vorhanden sind, daran ist nicht zu zweifeln. Zwar wurde auf keiner Seite die große Gefahr geleugnet, die für unseren Staat und unser Volkstum daraus hervorgeht, daß heute jeder zehnte Einwohner des Landes ein Fremder ist. Aber man ist mit der Maßnahme der Abwehr, die wir vorschlagen, nicht einverstanden. Die einen Gegner empfinden es als ungehörig, daß der Bund in das Gebiet der Kantone und Gemeinden eingreift, indem er ihnen neue Bürger schafft. Es sei vielmehr gemäß Herkommen die Verfügung über das Bürgerrecht den Kantonen und Gemeinden zu überlassen. Die Aargauer, die Solothurner, so tönte es uns schon in der Kommission des Nationalrates entgegen, brauchen nicht zu helfen, Waadtländer oder Neuenburger zu machen. Diese Einwendungen erinnern uns an ein Vorkommnis in der Geschichte des Landes, da es ebenfalls galt, die Invasion von Fremdvolk abzuwehren. Als im Jahre 1798 die Heere der französischen Republik im Waadtland vordrangen, da wandte sich das zunächst bedrohte Bern an die Tagsatzung, die damals in Aarau versammelt war, mit dem Gesuch um eidgenössische Hilfe. Es kam auf das Gesuch die Antwort, daß es Sache der einzelnen Stände sei, die nötigen Vorkehrungen zu treffen. So ist dann ein Stand nach dem andern, sich selber überlassen, unter dem Stoß der Eindringlinge zusammengebrochen. Soll diese enge, uneid-

genössische Gesinnung auch in der Gefahr der neuen Fremdeninvasion dem Vaterland zum Verhängnis werden? Wir haben Grund zur Zuversicht, daß das Schweizervolk aller Gebiete sich einsichtiger zeigen wird als die Wortführer eines vorzeitlichen, erstarrten Föderalismus.

Eine andere Art von Gegner tritt uns mit dem Vorwand entgegen, daß es einen Widersinn bedeute, der Ueberfremdung mit der Erleichterung der Einbürgerung entgegenwirken zu wollen. Die Aufnahme von Ausländerkindern in das schweizerische Bürgerrecht vermöge deren Abstammung nicht zu verändern. Wohl wechsele die Person nach Kanzlei-vermerk das Vaterland, die Seele aber bleibe dem Lande ihres Ursprunges treu. Deshalb könne die Vorlage niemals von Nutzen sein. Die einzig wirksame Maßnahme gegen die Ueberfremdung bestehe darin, die Fremden in unserem Land nicht weiter Fuß fassen zu lassen. Wir dürfen uns nicht scheuen, ruft man uns zu, in der Verfassung die Regel aufzustellen, daß nicht mehr Angehörige eines fremden Staates bei uns geduldet werden, als auf seinem Gebiete Schweizer Aufnahme gefunden haben. Das wäre freilich ein einfaches Verfahren, wenn wir die Gefahr der Ueberfremdung durch das Senken der Schlagbäume an der Grenze abwenden könnten. Doch das Industrieland Schweiz, in dem sich die Verkehrsstraßen Europas kreuzen, ist ein Körper, dessen Lebensadern sich nicht an der Grenze abschnüren lassen. Wir sind nicht nur auf das Eisen und die Kohle, sondern auch die Arbeitskräfte der Nachbarn angewiesen. Dabei besteht keineswegs die Meinung, daß die fremden Massen unbesehen in unser Land hineinströmen sollen. Im letzten Oktober hat das Schweizervolk eine Bestimmung in die Verfassung aufgenommen, durch die dem Bunde das Recht der Gesetzgebung über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer eingeräumt wird. Es wird der Bund von dieser Befugnis Gebrauch machen, indem er dafür sorgt, daß man die Fremden, die bei uns Einlaß begehren, mehr als bis anhin auf ihren Wert und ihre Brauchbarkeit anschaut. Er wird auch zu verhüten suchen, daß auf unsern Arbeitsplätzen leichthin Bürger unseres Landes durch Ausländer verdrängt werden.

Neben diesen Vorkehrungen der äußeren Abwehr gilt es jedoch zu bewirken, daß in den Kreisen unserer Volksgemeinschaft alle Landesbewohner eingeschlossen sind, die nach ihrem Lebensgang und ihrer Gesinnung zu uns gehören. Warum sollten die Kinder einer ehemaligen Schweizerin, die in unserem Lande geboren werden, die unter unsern Kindern aufwachsen, nicht gute, treue Schweizer werden? Es ist ein Aberglaube, daß der Mensch der Sklave einer Sprache oder eines Stammes sei. Die Nation ist eine geistige, eine seelische Verbindung. Sie gründet sich auf die Gesinnung, auf den dauerhaften Willen, in einer Gemeinschaft zu leben und für sie Opfer zu bringen. Aus dieser Auffassung heraus hat Ernest Renan den Satz ausgesprochen, daß keine Nation auf besserem Recht beruhe als diejenige der Eidgenossen. Denn da erweise sich die Gesinnung der Gemeinschaft als so stark, daß sich Bürger verschiedener Sprache und verschiedenen Stammes zu einem einheitlichen Staate zusammengeschlossen haben. Bemühen wir uns immer mehr, diese Gesinnung der Gemeinschaft auch gegenüber dem letzten Volksgenossen lebendig werden zu lassen. Dann bleibt immer weniger Raum für die

Befürchtung, daß es in unserem Staate Bürger geben könne, die sich nicht als ganze Schweizer fühlen. Mit diesen Worten beantrage ich Ihnen Eintreten.

M. Morard: L'entrée en matière sur le projet de revision de l'art. 44 de la Constitution n'ayant pas été combattu lors des premiers débats, je m'abstiendrai de faire l'exposé des motifs qui militent en faveur de la revision constitutionnelle et qui ont été largement exposés dans les débats de première lecture.

Vous êtes appelés aujourd'hui à vous prononcer sur les divergences entre les décisions prises par le Conseil des Etats et les propositions que vous fait la commission du Conseil national.

Je vous propose l'entrée en matière sur le projet, me réservant de discuter des divergences au fur et à mesure que les alinéas de l'art. 44 constitutionnel seront mis en délibération.

Art. 44, Abs. 2.

Antrag der Kommission.

² Die Bedingungen für die Erteilung und den Verlust des Schweizerbürgerrechtes werden durch die Bundesgesetzgebung aufgestellt.

Proposition de la commission.

² La législation fédérale détermine les conditions auxquelles les étrangers peuvent être naturalisés, ainsi que celles auxquelles un Suisse perd sa nationalité.

von Arx, Berichterstatter: Wir haben Abs. 2 der Vorlage zu prüfen. Die erste Verschiedenheit der Auffassung, die es zwischen den Beschlüssen der Räte auszugleichen gilt, ist eine Frage der Form. Sie betrifft den Satz, daß dem Bund die Befugnis zukommen soll, die Bedingungen für den Erwerb und den Verlust des Bürgerrechtes aufzustellen. In dem bisherigen Artikel 44 der Verfassung, der nur von dem Erwerb des Bürgerrechtes und dem Verzicht darauf spricht, steht ein Satz, dessen Umständlichkeit nicht als notwendig erscheint. «Die Bedingungen für die Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer, sowie diejenigen, welche usw. . . .» Im Entwurf des Bundesrates wollte man diesen Satz, anschließend an den Vorschlag der Expertenkommission, durch die knappe Formel ersetzen: «Die Gesetzgebung über den Erwerb und den Verlust des Schweizerbürgerrechtes ist Sache des Bundes.» Im Ständerat wurde gegen diese Fassung der Verdacht geäußert, sie könnte einer Kompetenzverschiebung zuungunsten der Kantone Vorschub leisten, worauf man sich dann zur Beruhigung wieder an den alten Text hielt. Dabei wurde die in der Vorlage vorgesehene Befugnis des Bundes, auch über den Verlust des Schweizerbürgerrechtes zu befinden, außer acht gelassen. Der Nationalrat ergänzte den Satz und versuchte zugleich, ihn etwas geläufiger zu machen. Der Ständerat stimmte der Ergänzung zu, hielt aber an der alten Form fest. Dabei wurde ausgeführt, es könne zu Irrtümern Anlaß geben, wenn in der Fassung des Nationalrates bloß von dem Verlust des Schweizerbürgerrechtes gesprochen wird. Man könnte glauben, daß hierdurch das Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht nicht berührt werde. Um ein solches Mißverständnis zu verhüten, wurde in der Fassung des

Ständerates vom Verlust des Bürgerrechtes schlechthin gesprochen. Die Kommission des Nationalrates kann das Bedenken des Ständerates hier nicht teilen. Für ein Mißverständnis ist nicht Raum, wenn man das Wesen unseres Bürgerrechtes ins Auge faßt. Jeder Schweizerbürger gehört notwendig drei Gemeinwesen an, der Heimatgemeinde, dem Kanton und der Eidgenossenschaft. Das eine Bürgerrecht ist durch das andere bedingt. Da kann kein Zweifel sein, daß, wenn man vom Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechtes spricht, damit der ganze Komplex des Bürgerrechtes erfaßt wird. In diesem Sinn ist auch in Abs. 3, der auch vom Ständerat gebilligt wurde, von der Befugnis des Bundes die Rede, die in der Schweiz geborenen Kinder ehemaliger Schweizerinnen zu Schweizerbürgern zu erklären. Die Kommission des Nationalrates hat nun eine neue Fassung aufgestellt, bei der man sich bemühte, die Knappheit des bundesrätlichen Entwurfes mit den Ausdrücken des alten Textes zu verbinden. Wir empfehlen Ihnen diese Fassung.

•
M. Morard, rapporteur: Je me bornerai exclusivement à discuter les divergences.

A l'al. 1 il n'y en a pas. A l'al. 2, il n'en existe pour ainsi dire pas, au point de vue matériel; il y a une divergence de rédaction: nous vous proposons d'adopter la formule de la commission du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Abs. 2 bis.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates. (Streichen.)

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats. (Biffer.)

von Arx, Berichterstatter: Abs. 2 bis enthält den Vorschlag zur Einschränkung der Wählbarkeit. In dem ersten Entwurf des Bundesrates zur Revision des Art. 44 der Bundesverfassung war vorgesehen, dem Bunde die uneingeschränkte Befugnis zu erteilen, in der Schweiz geborene Ausländer von Geburt an als Schweizerbürger zu erklären. Es zeugte von einem großen Vertrauen in die Kraft unseres Volkes, fremde Bestandteile in schweizerisches Wesen einzuschmelzen, indem man einen solchen Vorschlag aufstellte. Mit diesem Vertrauen stand nicht ganz in Einklang, daß in der gleichen Vorlage der Satz aufgestellt wurde, es sollten künftig die auf Gesuch hin eingebürgerten neuen Eidgenossen während der ersten fünf Jahre von der Wählbarkeit in die vollziehenden und gesetzgebenden Behörden des Bundes und der Kantone ausgeschlossen sein. Der Ständerat hat diese Einschränkung im Bürgerrecht kurzerhand ausgetilgt. Im Nationalrat ist sie auf Antrag der Herren Bujard und Schopfer in die Vorlage zurückversetzt worden. Der Ständerat hat alsdann bei der erneuten Behandlung der Vorlage die Bestimmung zum zweiten Male gestrichen. Demnach ist dem Nationalrat Gelegenheit gegeben, sein Urteil in dieser Sache einer neuen Prüfung zu unterwerfen.

Es war nicht zu verkennen, daß der Antrag der Herren Bujard und Schopfer empfindliche Saiten in Schwingung versetzt hatte. In einer spürbaren Aufwallung des Gefühls wurde von der Mehrheit des Rates die Einschränkung der Wählbarkeit zum Beschluß erhoben. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir den Beschluß als eine Kundgebung des Mißfallens an eine Reihe von Neubürgern auslegen, die sich in unserem Lande allzufrüh durch ein lautes Wesen bemerkbar gemacht haben. Vermochte aber das Mißfallen an diesen Neubürgern, welche von einem Redner «Papierschweizer» genannt wurden, die vorgeschlagene Bestimmung in der Verfassung zu rechtfertigen? Wohl ist es richtig, daß schon die Bundesverfassung von 1848 eine Einschränkung der Wählbarkeit verfügt. Es konnten Eingebürgerte während der ersten 5 Jahre nicht in den Nationalrat gewählt werden. Diese Bestimmung war jedoch die Folge ganz außergewöhnlicher Umstände. Wenn wir in die 30er und 40er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückblicken, sehen wir das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft von Scharen ausländischer Flüchtlinge erfüllt, die vor den Verfolgungen despotischer Regierung bei uns Zuflucht gefunden hatten. Von Deutschland, von Oesterreich, von Italien, von Ungarn, von Polen her kamen sie zu uns. Es waren darunter viele hochgesinnte Männer, die als Kämpfer für freiheitliche Ideen sich Ehre erworben haben. Die Schweiz gewährte ihnen gastliche Aufnahme. Diese Flüchtlinge nahmen alsbald einen lebhaften Anteil an dem politischen Leben in der Eidgenossenschaft, wo ebenfalls der Geist der Neuerung wach geworden war. Mit Schweizern zusammen gründeten sie die Volksvereine, in denen an der demokratischen Entwicklung des Landes gearbeitet wurde. Ein deutscher Flüchtling, Ludwig Snell, verfaßte das Memorial von Künsnacht, in dem die Zürcher Liberalen ihre Forderungen nach einer freiheitlichen Verfassung äußerten. Ein badischer Flüchtling, Karl Mathy, gründete in Grenchen die Zeitung «Die junge Schweiz», der deutsche Flüchtling Dr. Fein schrieb die «Neue Zürcher Zeitung». Zahlreiche Flüchtlinge wurden in der Schweiz als Lehrer an Universitäten, Mittel- und Volksschulen berufen. An der Universität Bern wirkten Siebenpfeifer und Ludwig Snell, an der Universität Zürich Georg Büchner und später Gottfried Kinkel, Semper, Hitzig, Fick, Johannes Scherr. Einem deutschen Flüchtling, Thomas Scherr, wurde die Neuerrichtung des Zürcher Volksschulwesens übertragen. An der Universität Basel fanden die Flüchtlinge Follen und Wilhelm Snell als Professoren Verwendung. Viele dieser Flüchtlinge erwarben in der Schweiz das Bürgerrecht und wurden in die Behörden gewählt. Der große italienische Revolutionär Mazzini wurde Ehrenbürger in Grenchen und stand in Freundschaft mit Führern des schweizerischen Liberalismus. Den italienischen Flüchtling Pellegrino Rossi ordneten die Genfer als ihren Gesandten an die Tagsatzung ab. Er hatte einen Hauptanteil an dem Entwurf einer Bundesverfassung vom Jahre 1833. Im Tessin wurde der lombardische Flüchtling Giani in den Großen Rat gewählt, in Genf der ungarische General Klappka. Die Basellandschäftler erhoben den deutschen revolutionären Dichter Georg Herwegh zu ihrem Mitbürger und Vertrauensmanne. Im Thurgau wurde dem Flüchtling Louis Napoléon das Bürgerrecht verliehen; eine Wahl in den Großen Rat lehnte er ab. Der deutsche Flüchtling Gärth, der am Sturm auf die Frankfurter Polizeiwache teilgenommen

hatte, wurde in Bern Adjunkt des Staatsanwaltes. Aber auch in konservativen Kreisen kamen aus dem Ausland stammende Geister zu Ehren. Der deutsche mystische Philosoph Friedrich Romer wurde zu einem Berater konservativer Staatsmänner. Der aus dem Schwarzwald zugewanderte Siegwart Müller schwang sich zum Schultheissen von Luzern empor. Wegen der Tätigkeit dieser ausländischen Zuwanderer hatte die Schweiz während zwei Jahrzehnten harte Anfechtungen zu bestehen. Es konnte nicht unterbleiben, daß die Flüchtlinge in ihrem freiheitlichen Drange weiterhin die Vorgänge in ihrem Heimatstaate einzuwirken versuchten. Nach allen Seiten des Auslandes wurde verschworen und in Volkserhebungen gerüstet. Die Regierungen des Auslandes wurden deswegen bei der Schweiz vorstellig und verlangten die Ausweisung der Flüchtlinge. Bald war es Oesterreich, bald Preußen, bald Frankreich, das drohte. Bald vereinigten sich alle Mächte zum Notensturme gegen die Schweiz. Wiederholt kam es zur Handelssperre und zum Aufmarsch von Armeen gegen die Schweiz. Diese hielt mannhaft ihren Schild über die Verfolgten, erlitt jedoch manche große Einbuße und geriet oft in schiefe Lagen, so daß, wie der Thurgauer Bornhauser sagte, «sie sich mitten zwischen Schande und Ehre» befand. Den Erfahrungen mit all diesem ausländischen Zuzug ist der Satz der Verfassung von 1848 entsprungen, daß Eingebürgerte während der ersten fünf Jahre nicht in den Nationalrat wählbar seien. Es war die Verfassung von 1848 vom Einfluß der gemäßigten Liberalen beherrscht. Diesen erschien es nicht als unverdient, wenn in der Verfassung ein Merkzeichen für die Neubürger aufgepflanzt wurde. Auch die Erinnerung alten Land- und Stadtrechtes mochte mitwirken, nach welchem Eingebürgerte als Neubürger als «bedingte Bürger» auf Jahre hinaus oder auf Lebenszeit von der Wählbarkeit in die Räte ausgeschlossen waren. Die Unruhe der Flüchtlingszeit hatte sich längst gelegt, als anfangs der 70er Jahre die neue Bundesverfassung ausgearbeitet wurde. In ihr fand die Ausnahmebestimmung keinen Raum mehr. Die Beseitigung der Einschränkung erfolgte in der Kommission des Nationalrates auf Antrag des Thurgauers Anderwert, des nachmaligen Bundesrates. Zur Begründung führte Anderwert aus, daß der Bestimmung kein Sinn mehr zukomme in einer Zeit, wo der geistige Zusammenhang unter den Völkern sich mächtig verstärkt habe und die frühere Abgeschlossenheit verschwunden sei. «Alle Völker müßten einsehen,» sagte Anderwert, «daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, in der Idee der Freiheit und der Gesittung sich zusammenzuschließen.» Das war der Geist von 1874. Wir fragen: Ist Grund vorhanden, diese Richtlinien der Verfassung von 1874 heute zu verlassen? Es haben sich seitdem, soweit wir sehen, in der Geschichte des Landes keine Ereignisse zugegetragen, die uns bewegen könnten, ein Grundrecht des Schweizerbürgers mit Schranken zu versehen. Um ein Grundrecht des Schweizerbürgers geht es in dieser Frage. Denn es ist zu bedenken, daß sich die Maßnahme nicht nur gegen die Neubürger, sondern ebenso sehr gegen das mündige Schweizervolk richtet, welches in unserem Lande die Behörden zu wählen hat. Wohl ist es in den aufgeregten Zeiten des Krieges vorgekommen, daß da und dort Ausländer oder solche, die eben ihren Bürgerbrief in die Tasche bekommen haben, durch geräuschvolles, vorlautes Benehmen unser Empfinden verletzt haben. Gegen diese paar

Windmacher wurde dann eine Bewegung entfacht, die zu einem geharnischten Verfassungsbegehren führte, «Ausländerinitiative» geheißen. In dieser Initiative war u. a. verlangt, daß Neubürger bloß in Behörden wählbar sein sollten, wenn sie während 12 Jahren vor ihrer Mündigkeit in der Schweiz gewohnt hatten. Das Schweizervolk in seiner ruhigen Sicherheit hat die Initiative mit großem Mehr abgelehnt. Ein Stück davon ist, vom Volksverdikte unerreicht, in der Vorlage des Bundesrates zurückgeblieben, woraus es vom Ständerat entfernt wurde, um dann vom Nationalrat in noch größerem Formate zur Auferstehung gebracht zu werden. Die Wählbarkeit der Neubürger in die gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Behörden des Bundes soll eingeschränkt werden. So lautet die Bestimmung, wie sie auf Antrag der Herren Bujard und Schopfer beschlossen wurde. Sie verlangt aber auch die Einschränkung der Wählbarkeit in den Kantonen und Gemeinden. Haben die Antragsteller vom Leman sich die Bedeutung dieser Maßnahmen bis zum Schlusse überlegt? In den Kantonen, in den Gemeinden soll der Bund vorschreiben, wer gewählt werden darf. Ist das nicht rücksichtsloser, hitziger Zentralismus? Als ob die Kantone und Gemeinden nicht selber zu ihren Rechten zu sehen vermöchten! Nicht nur in die schöne Hoheit der Kantone, sondern auch in den Frieden der Gemeinden wird der eidgenössische Wahlvogt gerufen. Die Antragsteller haben mit ihrem Vorschlag gegen ihre eigene Staatsauffassung einen Schlag geführt, den sie nicht zu verantworten vermögen. Wir aber lehnen den Vorschlag auch ab, weil er gegen den Geist unserer Verfassung geht, welche nur gleiche und «keine bedingten Mitbürger» kennt. Wir lehnen ihn ab, weil wir keine Ausnahmebestimmungen in die Verfassung hineinbringen wollen.

Noch ein Einwand drängt sich gegen den Vorschlag auf. Wenn es die vaterländische Sorge ist, die zu dieser Einschränkung führen soll, warum, fragen wir, will man die Bestimmung dann nicht auch auf anderes Gebiet ausdehnen? Es muß erstaunen, daß man keine Bedenken hat, diese Neubürger weiterhin mit der Waffe in der Hand als Soldaten und sogar als Truppenführer im Heere zu behalten. Ist die Verwendung in solcher Stellung nicht erheblich gefährlicher als die Teilnahme an Wortgefechten der Bundes-, Kantons- und Gemeindeparlamente? Freilich müßte man dann einen andern Satz der Verfassung antasten, der bestimmt, daß alle Schweizer wehrpflichtig sind.

Nein, meine Herren, es ist kein Grund vorhanden, die vorgeschlagene Einschränkung der Wählbarkeit in die Verfassung hineinzuschreiben. Die Kommission beantragt dem Rate einmütig, daß er mit dem Ständerat die kleinliche, im Grunde das Schweizervolk trefende Polizeibestimmung aus der Vorlage streiche.

M. Morard, rapporteur: L'al. 2 bis qui avait primitivement fait l'objet d'une disposition du Conseil fédéral, tendait à inscrire dans la Constitution que des naturalisés étrangers ne sont pas éligibles aux autorités législative et exécutive pendant les cinq années qui suivront leur naturalisation.

Le Conseil des Etats qui avait la priorité dans l'examen a biffé cet article et la commission du Conseil national lors du premier débat vous a également proposé de biffer cet article au cours de la discussion qui a eu lieu en septembre dernier. Messieurs les conseillers

nationaux Bujard et Schopfer ont repris cette idée, mais ils l'ont étendue d'une manière complète à toutes les autorités cantonales, fédérale, judiciaire, exécutive et législative, de sorte que pendant que le Conseil fédéral créait la restriction quant aux pouvoirs législatif et exécutif de la Confédération et des cantons, la proposition de MM. Bujard et Schopfer allait beaucoup plus loin; elle tendait en principe à interdire l'éligibilité d'un naturalisé, même au sein d'un conseil communal municipal.

Je n'ai pas besoin d'expliquer très longuement comment cette proposition qui, comme vient de le dire avec beaucoup de précision M. le président de la commission, a pour conséquence, venant de la part de fédéralistes, de battre en brèche un principe fédéraliste que le Conseil fédéral avait cependant respecté, tout au moins en ce qui concerne les communes et les autorités judiciaires.

Si nous examinons de près la proposition de Messieurs Bujard et consorts, nous pensons qu'elle ne doit pas être admise. C'était notre opinion lors du premier débat, mais le Conseil national par 67 voix contre 47, en a décidé autrement. Le Conseil des Etats vous propose de biffer cet alinéa et votre commission vous engage à adhérer au Conseil des Etats.

Tout d'abord si nous admettons ce principe de la restriction des droits du naturalisé, il faudrait aussi l'étendre non plus aux naturalisés mais encore aux Suisses réintégrés dans la nationalité suisse. Or, cette disposition qui viserait le réintégré n'est pas prévue dans cet art. 2 bis tel qu'il a été primitivement accepté par le Conseil national. En second lieu nous estimons que nous arriverions à créer ainsi deux catégories de citoyens; nous pensons qu'il n'est pas sain, qu'il n'est pas normal, qu'il n'est pas logique de créer cette division alors que jusqu'ici nous ne l'avons pas et que même à un moment donné, lorsque nous l'avons eue dans les anciennes constitutions, nous l'avons abrogée.

Enfin, nous croyons qu'il n'est pas bon de faire cette distinction, lorsque nous avons inscrit dans la Constitution le principe du service militaire obligatoire. Vous admettriez donc que les naturalisés ne peuvent pas être élus aux Conseils de la nation, dans les autorités judiciaires et dans les autorités administratives communales, mais par contre vous leur imposeriez l'obligation de faire leur service militaire et par voie de conséquence, ils pourraient prendre des grades dans l'armée. Si je comprends bien, un jeune homme qui devient Suisse à l'âge de 20 ans devrait attendre sa vingt-cinquième année avant de pouvoir prendre des grades d'officiers. Cela me paraît absolument illogique et parfaitement choquant au point de vue de l'armée. Il faut que le jeune homme puisse développer ses capacités militaires aussi bien s'il est naturalisé de fraîche date que s'il est ancien Suisse. Ici, il n'y a pas de distinction possible. Alors, avec le système de la restriction, nous arriverions à créer cette situation qu'au point de vue militaire un naturalisé pourrait arriver aux charges et aux honneurs, tandis qu'au point de vue civil il ne pourrait y arriver avant cinq ans. C'est là une situation qui nous permet de combattre la proposition de MM. Bujard et Schopfer.

Nous reconnaissons que cette proposition part d'une idée patriotique absolument sûre et saine, mais nous ne pouvons pas aller jusque là. D'ailleurs les dangers que voient ces Messieurs dans le fait qu'un naturalisé

peut arriver aux honneurs civils immédiatement après sa naturalisation ne sont pas si grands qu'ils doivent être signalés par un texte de la Constitution impliquant une restriction de l'exercice du droit d'éligibilité aux Conseils de la nation.

Pour le surplus, nous nous sommes déjà expliqués lors de la première discussion qui a eu lieu au sein de ce Conseil, nous ne voulons par conséquent pas prolonger ce débat. Nous pensons que le seul avantage qui pourrait résulter de cette proposition n'est pas compensé, qu'il est même anéanti par une série d'inconvénients et de situations illogiques, en particulier celle que je viens de citer.

C'est pour ces motifs que nous vous proposons d'adhérer à la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire de biffer l'al. 2 bis de l'art. 44 projeté.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 18. Februar 1926.
Séance du matin du 18 février 1926.

Vorsitz — Présidence: Hr. Hofmann.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

Differenzen. — Divergences.

(Siehe Seite 140 hiervor — Voir page 140 ci-devant.)

Ziff. 2 bis.

(Fortsetzung — Suite)

M. Bujard: Dans la séance d'hier les rapporteurs de la commission ont indiqué les motifs qui les ont engagés à vous proposer de vous rallier aux décisions du Conseil des Etats qui a biffé les propositions que nous avons eu l'honneur de vous faire dans le courant de mars 1925, et que le Conseil national avait admises.

Messieurs, je voudrais vous rappeler que les propositions que nous avons eu l'honneur de vous faire étaient simplement la reprise de la proposition faite par le Conseil fédéral dans son message de 1920 et qu'il avait soutenu dans un message complémentaire adressé aux membres de l'Assemblée fédérale à la suite d'une demande du Conseil des Etats qui, déjà à ce moment-là, était opposé à l'idée de stage qu'on pouvait exiger des naturalisés avant qu'ils aient le privilège d'être éligibles dans les conseils de la Confédération et des cantons. Le Conseil fédéral avait arrêté là ces propositions. Nous avons estimé qu'il était nécessaire d'étendre ces restrictions, toutes relatives, également aux autorités communales.

Les motifs avancés par la commission sont de nature différente. On nous a objecté qu'il n'était pas opportun de réintroduire dans un arrêté constitutionnel, à notre époque, des dispositions qui avaient été inscrites dans la Constitution de 1848, puis supprimées dans celles de 1874.

Cette objection peut avoir une certaine valeur; mais, il est bien certain que si le Conseil fédéral, dans son premier message avait réintroduit cette

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1926
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Februarsession
Session	Session de février
Sessione	Sessione di febbraio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.02.1926
Date	
Data	
Seite	140-144
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 019

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

nationaux Bujard et Schopfer ont repris cette idée, mais ils l'ont étendue d'une manière complète à toutes les autorités cantonales, fédérale, judiciaire, exécutive et législative, de sorte que pendant que le Conseil fédéral créait la restriction quant aux pouvoirs législatif et exécutif de la Confédération et des cantons, la proposition de MM. Bujard et Schopfer allait beaucoup plus loin; elle tendait en principe à interdire l'éligibilité d'un naturalisé, même au sein d'un conseil communal municipal.

Je n'ai pas besoin d'expliquer très longuement comment cette proposition qui, comme vient de le dire avec beaucoup de précision M. le président de la commission, a pour conséquence, venant de la part de fédéralistes, de battre en brèche un principe fédéraliste que le Conseil fédéral avait cependant respecté, tout au moins en ce qui concerne les communes et les autorités judiciaires.

Si nous examinons de près la proposition de Messieurs Bujard et consorts, nous pensons qu'elle ne doit pas être admise. C'était notre opinion lors du premier débat, mais le Conseil national par 67 voix contre 47, en a décidé autrement. Le Conseil des Etats vous propose de biffer cet alinéa et votre commission vous engage à adhérer au Conseil des Etats.

Tout d'abord si nous admettons ce principe de la restriction des droits du naturalisé, il faudrait aussi l'étendre non plus aux naturalisés mais encore aux Suisses réintégrés dans la nationalité suisse. Or, cette disposition qui viserait le réintégré n'est pas prévue dans cet art. 2 bis tel qu'il a été primitivement accepté par le Conseil national. En second lieu nous estimons que nous arriverions à créer ainsi deux catégories de citoyens; nous pensons qu'il n'est pas sain, qu'il n'est pas normal, qu'il n'est pas logique de créer cette division alors que jusqu'ici nous ne l'avons pas et que même à un moment donné, lorsque nous l'avons eue dans les anciennes constitutions, nous l'avons abrogée.

Enfin, nous croyons qu'il n'est pas bon de faire cette distinction, lorsque nous avons inscrit dans la Constitution le principe du service militaire obligatoire. Vous admettriez donc que les naturalisés ne peuvent pas être élus aux Conseils de la nation, dans les autorités judiciaires et dans les autorités administratives communales, mais par contre vous leur imposeriez l'obligation de faire leur service militaire et par voie de conséquence, ils pourraient prendre des grades dans l'armée. Si je comprends bien, un jeune homme qui devient Suisse à l'âge de 20 ans devrait attendre sa vingt-cinquième année avant de pouvoir prendre des grades d'officiers. Cela me paraît absolument illogique et parfaitement choquant au point de vue de l'armée. Il faut que le jeune homme puisse développer ses capacités militaires aussi bien s'il est naturalisé de fraîche date que s'il est ancien Suisse. Ici, il n'y a pas de distinction possible. Alors, avec le système de la restriction, nous arriverions à créer cette situation qu'au point de vue militaire un naturalisé pourrait arriver aux charges et aux honneurs, tandis qu'au point de vue civil il ne pourrait y arriver avant cinq ans. C'est là une situation qui nous permet de combattre la proposition de MM. Bujard et Schopfer.

Nous reconnaissons que cette proposition part d'une idée patriotique absolument sûre et saine, mais nous ne pouvons pas aller jusque là. D'ailleurs les dangers que voient ces Messieurs dans le fait qu'un naturalisé

peut arriver aux honneurs civils immédiatement après sa naturalisation ne sont pas si grands qu'ils doivent être signalés par un texte de la Constitution impliquant une restriction de l'exercice du droit d'éligibilité aux Conseils de la nation.

Pour le surplus, nous nous sommes déjà expliqués lors de la première discussion qui a eu lieu au sein de ce Conseil, nous ne voulons par conséquent pas prolonger ce débat. Nous pensons que le seul avantage qui pourrait résulter de cette proposition n'est pas compensé, qu'il est même anéanti par une série d'inconvénients et de situations illogiques, en particulier celle que je viens de citer.

C'est pour ces motifs que nous vous proposons d'adhérer à la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire de biffer l'al. 2 bis de l'art. 44 projeté.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 18. Februar 1926.
Séance du matin du 18 février 1926.

Vorsitz — Présidence: Hr. Hofmann.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

Differenzen. — Divergences.

(Siehe Seite 140 hiervor — Voir page 140 ci-devant.)

Ziff. 2 bis.

(Fortsetzung — Suite)

M. Bujard: Dans la séance d'hier les rapporteurs de la commission ont indiqué les motifs qui les ont engagés à vous proposer de vous rallier aux décisions du Conseil des Etats qui a biffé les propositions que nous avons eu l'honneur de vous faire dans le courant de mars 1925, et que le Conseil national avait admises.

Messieurs, je voudrais vous rappeler que les propositions que nous avons eu l'honneur de vous faire étaient simplement la reprise de la proposition faite par le Conseil fédéral dans son message de 1920 et qu'il avait soutenu dans un message complémentaire adressé aux membres de l'Assemblée fédérale à la suite d'une demande du Conseil des Etats qui, déjà à ce moment-là, était opposé à l'idée de stage qu'on pouvait exiger des naturalisés avant qu'ils aient le privilège d'être éligibles dans les conseils de la Confédération et des cantons. Le Conseil fédéral avait arrêté là ces propositions. Nous avons estimé qu'il était nécessaire d'étendre ces restrictions, toutes relatives, également aux autorités communales.

Les motifs avancés par la commission sont de nature différente. On nous a objecté qu'il n'était pas opportun de réintroduire dans un arrêté constitutionnel, à notre époque, des dispositions qui avaient été inscrites dans la Constitution de 1848, puis supprimées dans celles de 1874.

Cette objection peut avoir une certaine valeur; mais, il est bien certain que si le Conseil fédéral, dans son premier message avait réintroduit cette

disposition c'est qu'il est très probable que les expériences que nous avons faites ici ou là l'ont poussé à reprendre cette disposition de 1848. En effet nous avons vu trop souvent que certains étrangers qui étaient pressés de jouer un rôle politique dans le pays trouvaient moyen de se faire naturaliser, naturellement pour faire partie des conseils de la nation. Et nous pourrions citer des cas où cette expérience n'a pas été très heureuse. Nous estimons qu'il est logique de demander aux naturalisés de bien vouloir, avant d'être admis à jouer un rôle actif dans les affaires publiques, faire un certain stage avant de devenir des membres des conseils de la Confédération, des cantons et des communes.

Le second argument qu'on nous oppose, c'est qu'il est inadmissible d'avoir deux catégories de citoyens, les uns éligibles, les autres non éligibles. Messieurs, cette catégorie de citoyens un peu spéciale, elle existera de toute façon. Vous avez vous-mêmes prévu que ces naturalisés n'auraient en aucun cas droit aux biens bourgeois; vous faites là une catégorie spéciale de citoyens, parce que vous y êtes forcés par l'indépendance communale. Et nous avons déjà maintenant des citoyens qui n'ont pas le droit de faire partie du Conseil national. Ce sont les ecclésiastiques. Trouvons-nous cela extraordinaire? Nous l'avons admis.

On nous a parlé également du service militaire. Je crois que le service militaire ne doit pas entrer en ligne de compte, parce qu'il est très peu probable que des naturalisés pourront être admis à faire du service militaire. Il ne s'agit pas ici d'une naturalisation *jure soli*, il ne s'agit que de ceux qui demandent la naturalisation et qui la demandent naturellement après l'âge du recrutement; à partir de 25 ans on n'exige plus des naturalisés de faire du service militaire.

On nous a reproché encore d'avoir étendu beaucoup trop notre demande en allant jusqu'au domaine judiciaire. Or, il nous paraît que précisément les juges, ceux qui doivent trancher des conflits entre citoyens, doivent être des personnes préparées par une assimilation complète et par la fréquentation de ces nouveaux concitoyens.

Si nous avons fait cette proposition c'est que nous avons le sentiment que tout au moins dans les régions de la Suisse romande elle répond à un besoin et nous croyons également — nous pouvons bien le dire en passant — que l'arrêté constitutionnel, tel qu'il est proposé aux Chambres, soulèvera chez nous une vive opposition par le fait que ni le Conseil national ni le Conseil des Etats n'ont voulu admettre le droit d'option à propos de la naturalisation *jure soli*. Très certainement cette absence du droit d'option ne sera pas pour faciliter l'adoption par le peuple de l'arrêté constitutionnel qui vous est proposé. Je crois donc qu'il faut lui donner toutes les chances de l'admission devant le plébiscite populaire et je crois qu'en admettant notre proposition, c'est-à-dire si le Conseil national veut bien maintenir sa décision de mars il contribuera à faire passer plus facilement l'arrêté constitutionnel que nous discutons. Je vous demande donc de vouloir bien maintenir votre précédente décision.

M. Bolle: Permettez à un membre de la commission de consacrer dix minutes à combattre la proposition.

Nationalrat. — Conseil national. 1926.

position de M. Bujard que je regrette de voir reprise dans cette discussion des divergences.

Il ne faut s'étonner de rien, si nous voyons aujourd'hui des fédéralistes convaincus, comme le sympathique auteur de la proposition, passer tout à coup dans le camp des centralisateurs.

En effet, la mesure proposée par M. Bujard ne vise à rien moins qu'à restreindre les compétences des cantons quant à la réglementation de l'exercice des droits civiques. Or, cette restriction me paraît antilibérale et dans une certaine mesure vexatoire à l'adresse des cantons. Parce que nos compatriotes vaudois, pour des raisons très honorables sans doute, se sont habitués à regarder les étrangers — si vous me permettez cette expression — avec des lunettes noires, ce n'est pas une raison suffisante pour nous contraindre tous à en faire autant.

Il est possible d'ailleurs que nous autres Neuchâtelois nous soyons sur ce chapitre particulièrement chatouilleux. Nous avons en effet introduit un régime politique qui est, je crois, unique en Suisse et qui se montre extraordinairement libéral à l'égard des étrangers. Nous accordons aux étrangers eux-mêmes, après cinq ans de domicile, à ceux donc qui sont restés Français, Allemands, Italiens etc., le droit de vote dans les affaires communales. C'est une mesure extraordinairement large, dont nous sommes fiers cependant, car elle n'a jamais suscité le moindre inconvenient; je crois que nous pouvons même dire au contraire qu'elle s'est révélée excellente. C'est une mesure d'assimilation plus efficace que beaucoup d'autres; les étrangers qui participent ainsi à notre vie publique gagnent de la sympathie pour nos institutions suisses; au bout de quelque temps ils sont tentés de se faire naturaliser et deviennent d'excellents citoyens.

Si la proposition préconisée par M. Bujard était adoptée, cela ne nous empêcherait pas, bien entendu, de maintenir le régime que nous avons adopté dans le canton de Neuchâtel. Mais il y aurait, vous l'avouerez, quelque chose d'un peu anormal, d'incohérent même, à accorder à des étrangers non naturalisés une partie des droits civiques, alors qu'à d'autres citoyens, qui sont devenus Suisses, nous retirerions une partie de ces droits civiques. C'est peut-être une des raisons pour lesquelles, nous autres Neuchâtelois, bien que Romands, et tout aussi fédéralistes que M. Bujard, nous croyons que la mesure proposée par lui serait une erreur. Que chaque canton fasse donc sur son territoire ce qui lui convient. Jusqu'ici M. Bujard nous avait habitués à l'entendre raisonner aussi de cette façon. Aujourd'hui, tout à coup, le voilà converti à des mesures centralisatrices, ce qui a lieu de nous étonner.

D'ailleurs, la proposition de M. Bujard est en vérité illogique et injuste, me semble-t-il. Hier, dans la discussion MM. les rapporteurs ont déjà signalé deux arguments que je vais me permettre de reprendre ici, pour répondre à un point soulevé tout à l'heure par M. Bujard. Il n'y a aucun inconvenient à souligner ce que disait hier M. Morard, puisqu'au moment où il parlait, plus de la moitié des membres de cette assemblée avaient déjà quitté la salle.

Si l'auteur de la proposition veut être logique, il devrait faire déclarer inéligibles également les gens réintégrés dans la nationalité suisse. On créerait, avec la proposition de M. Bujard, une inégalité de

traitement tout à fait anormale. Représentez-vous une femme, Suissesse par filiation, qui s'est mariée avec un étranger et qui dans les 10 ans qui suivent la dissolution du mariage, a été réintégrée dans la nationalité suisse avec des enfants mineurs, parmi lesquels un fils de 17½ ans — ce sont des choses qui peuvent se présenter. — Six mois après cette réintégration, ce fils, qui aura peut-être constamment vécu à l'étranger, qui ne connaîtra probablement rien de nos mœurs suisses, sera devenu un citoyen suisse absolument complet, avec l'éligibilité à toutes les fonctions, tandis que celui qui aura été naturalisé devra se voir imposer une quarantaine de cinq ans — on pourrait dire alors une « cinquantaine » — avant de recevoir les droits civiques d'une manière complète. Il y a là quelque chose d'illogique.

Un des arguments qui m'ont paru déterminants dans ce que disait hier M. Morard et dont vient de parler M. Bujard, c'est celui du service militaire. Vous admettez, Messieurs, que les étrangers naturalisés, dès qu'ils sont Suisses, doivent faire leur service militaire et peuvent par conséquent conquérir des grades dans l'armée. M. Bujard nous dit: Mais en vérité, les étrangers naturalisés ne le sont généralement que bien après leur majorité. Détrompez-vous, Messieurs, il arrive très fréquemment que de jeunes étrangers se font naturaliser avant leur majorité; il arrive plus fréquemment encore qu'un père acquiert notre nationalité avec des enfants mineurs au moment même où ceux-ci vont atteindre leur majorité, afin d'en faire des citoyens suisses dès ce moment là. Or, ces citoyens suisses, vous les obligez à accomplir leurs devoirs militaires, vous leur permettez de conquérir des grades et j'estime, quant à moi, qu'il devrait y avoir autant de danger, si vous avez si peu confiance en eux, à leur confier une fonction dans l'armée suisse, où ils deviendraient sous-officiers par exemple, qu'à les nommer dans les Parlements, aux Grands conseils et au Conseil national où ils ne seront jamais qu'une infime minorité, peut-être des unités absolument isolées, et où ils n'auront aucune influence quelconque.

Enfin, Messieurs, n'oubliez pas que la naturalisation n'intervient jamais qu'après un long séjour au cours duquel l'étranger a déjà eu le temps de s'assimiler partiellement. N'oublions pas qu'elle est décidée à la suite d'un acte de volonté, d'une demande formulée par l'étranger lui-même, que les cantons et les communes sont libres de l'accorder ou non. Ce sont là, me semble-t-il, des garanties permettant de dire que les Suisses que nous formons dans notre pays, les Suisses naturalisés, sont généralement de qualité soignée.

Sans doute M. Bujard a probablement — et je l'en félicite — une conception très haute de la nationalité suisse. Il partage assurément l'appréciation que donnait notre collègue M. de Dardel dans le débat général, lorsqu'il disait: « J'ai la faiblesse de considérer ce cadeau de la nationalité suisse comme un présent magnifique, comme un don royal. » Et n'est-ce pas M. Gaudard qui, lui aussi, soit dans le débat général, soit dans la commission, comparait l'indigénat helvétique à une espèce de couronne de gloire qu'on ne devait donner qu'à celui qui en était digne.

Eh! Messieurs, vous atténuez singulièrement la valeur de cette couronne de gloire, de ce don royal, si, avant de l'octroyer, vous avez soin de lui enlever

l'un des bijoux qui constitue un de ses plus précieux ornements!

Il faut d'ailleurs, à cet égard, faire confiance aux électeurs. J'ai un peu le sentiment, après avoir entendu M. Bujard tout à l'heure, que sa proposition a été en partie dictée à la lumière — ou plutôt à l'ombre — de certains cas concrets qui nous ont frappés au cours de la dernière législature dans cette assemblée. Nous avons vu dans cette enceinte siéger un conseiller national suisse, naturalisé de fraîche date. Les électeurs lui ont fait confiance pendant trois ans, mais au bout de ce laps de temps, ils ont eu assez de bon sens pour le remplacer par un collègue, Suisse authentique cette fois. Est-ce que cette circonstance vous a gênés, Messieurs? Est-ce que vous avez été froissés pendant ces trois ans de le voir siéger dans cette assemblée? Est-ce qu'il a compromis la sécurité helvétique? Mais non. Et si vous en avez été choqués, vous devez trouver aujourd'hui une ample compensation dans la satisfaction que vous éprouvez de voir les électeurs avoir eu plus de bon sens que la première fois.

Messieurs, je me résume ainsi: ou bien nous ferons des Suisses, et alors nous les ferons complets; ou bien nous n'en ferons pas du tout. Car la qualité de demi-Suisses, ou de Suisses aux trois quarts, est absolument inconnue dans notre régime constitutionnel. Ne l'y introduisons pas.

Duft: Gestatten Sie mir, Ihnen die Zustimmung zum einmütigen Antrag der Kommission und zum Beschlusse des Ständerates zu empfehlen. Herr Wulliamoz will den ursprünglichen Antrag Bujard moderieren, indem er die fünfjährige Wartefrist der eingebürgerten Ausländer für die Erwerbung des passiven Wahlrechtes nur noch auf die eidgenössischen Behörden beschränkt wissen will. Auch der so gemilderte Antrag ist jedoch zu bekämpfen.

Wenn wir das Wesen und den Zweck der Vorlage uns vergegenwärtigen, so konstatieren wir, daß es sich hier um eine Maßnahme zur Bekämpfung der Ueberfremdung handelt. Auf dem Wege der Zwangseinbürgerung, und zwar einer sehr gemäßigten Zwangseinbürgerung, sollen die in der Schweiz geborenen Kinder von in unserem Lande niedergelassenen ausländischen Eltern kraft des Gesetzes das Schweizerbürgerrecht erwerben, wodurch jährlich ca. 5000 Kinder, weil von ihrer Mutter her Schweizerblut in ihren Adern fließt, Schweizerbürger werden. Das ist der Kernpunkt der Verfassungsvorlage. Also ist der Antrag des Herrn Bujard wirklich ein Fremdkörper, ebenso unnötig als überflüssig.

Wenn wir ferner Abs. 2 der Vorlage würdigen, so können wir feststellen, daß hier dem Schweizervolke gar nichts Neues proponiert wird. Es handelt sich lediglich um Uebernahme eines bereits seit 1874 geltenden Verfassungssatzes. Der Antrag Bujard will also einen ganz bedenklichen Krebsgang machen und sogar hinter das Jahr 1874 zurückgehen.

Die Bedenken, die die Herren Antragsteller hegen, sind sicherlich in der Hauptsache beschwichtigt und befriedigt worden durch die Gesetzesrevision, die vor wenigen Jahren das Einbürgerungsrecht betraf. Dieses ist gegenüber der Regelung, wie sie seit dem Jahre 1901 bis zum Jahre 1920 bestanden hat, ganz wesentlich verschärft worden. Ein Ausländer muß, bevor er die bundesrätliche Einbürgerungsbewilligung erhalten kann, während der letzten 12 Jahre 6 Jahre

lang in der Schweiz gewohnt haben. Er muß also hier eine ganz lange Karenzzeit oder, wie Herr Bujard sagte, eine Lehrzeit, eine wirkliche Erprobung durchgemacht haben.

Die nationalrätliche Kommission und der Ständerat wollten mit Recht den Begriff von Halbschweizern nicht aufkommen lassen. Wer einbürgerungsreif und einbürgerungswürdig ist, soll ganzer, voller Schweizerbürger werden. Der praktische Wert der Bestimmung des Herrn Bujard ist wirklich sehr klein. Er kann nur Ausnahmefälle treffen und rechtfertigt deshalb keine Teilung der Bürgerschaft in zwei Klassen. Der Herr Kommissionspräsident hat gestern in schönen Worten ausgeführt, daß das Korrelat der Wehrpflicht der Schweizerbürger der Vollbesitz seiner politischen Rechte sei. Das ist gutes altes Schweizerrecht, an dem wollen wir nicht rütteln.

Wir wollen auch keine weiteren Ausnahmebestimmungen in die Bundesverfassung aufnehmen. Wir haben derer schon zuviel. Ich danke dem Herrn Nationalrat von Arx für sein freimütiges, grundsätzliches Bekenntnis gegen die Aufnahme von Ausnahmebestimmungen in unser staatliches Grundgesetz. Solche Ausnahmebestimmungen sind kein Zeichen von Stärke, von Rechtsbewußtsein, von guter Staatskunst, im Gegenteil, sie sind der Ausdruck der Schwäche, der Kleinlichkeit, der Furcht, der Vergewaltigung und des Unrechtes.

Der Antrag des Herrn Nationalrat Bujard, bzw. der ursprüngliche Beschluß des Nationalrates, involviert auch einen krassen, schweren Einbruch in die Rechtsgleichheit. « Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich. » Danach darf es keine bevorrechteten, aber auch keine minderberechtigten Bürger geben. Wir müssen auch nicht ohne Not Anomalien und Diskrepanzen mit dem kantonalen Rechte schaffen. Es bestünde, sofern der Antrag des Herrn Bujard zum Beschluß erhoben werden sollte, beispielsweise die Möglichkeit, daß eingebürgerte Ausländer in kantonale Ehrenämter gewählt werden können, in den Kantonsrat oder Regierungsrat. Es ließen sich viele Beispiele solcher Art aufzählen. So hatte der Kanton Baselstadt hervorragende, eingebürgerte Ausländer, die treffliche Staatsmänner wurden — ich erinnere an die Namen Reese, Göttisheim — mit dem Ehrenamte eines Regierungsrates ausgezeichnet. Nach Herrn Bujard könnten solche Neuschweizer wohl zu den höchsten Ehrenämtern im kantonalen Staatswesen gelangen, sie wären aber nicht wählbar in die gesetzgebenden, richterlichen und vollziehenden Behörden der Eidgenossenschaft. Warum sollte ein solcher Bürger nicht auch würdig sein, das Amt eines Nationalrates zu bekleiden? Ich meine also, ohne zwingendste Not dürfen wir weder Ausnahmebestimmungen noch sollen wir Differenzen mit den kantonalen Rechten herbeiführen. Wir wollen keine halben, sondern ganze, volle Schweizer. Deshalb fort mit dem Antrag Bujard.

M. Wulliamoz: La question des étrangers est l'un des plus grands problèmes qui se posent maintenant devant le peuple suisse.

J'ai un peu le sentiment que dans cette salle on ne lui accorde pas assez d'importance.

M. Bolle nous a affirmé tout à l'heure que nous examinions les choses avec des lunettes noires. Je crois plutôt que M. Bolle les envisage, lui, avec des lunettes roses et qu'il fait montre d'un optimisme exagéré.

La commission du Conseil national propose de se rallier au texte des Etats, donc de rejeter la proposition de M. Bujard qui, pourtant, me semble-t-il, est la prudence même.

M. Bolle dit: « Chaque canton peut sur le territoire prendre une décision. » M. Bolle, parlant de la réintégration, nous dit: « Vous allez faire des Suisses de deux catégories; les uns jouiront de leur plein droit, ceux qui auront été réintégrés, les autres, les frais naturalisés, seront soumis à une quarantaine de cinq ans. » Eh bien, je crois qu'il faut tenir compte — on en a déjà longuement parlé dans cette salle à propos de la réintégration — de l'influence de la mère. C'est là une garantie primordiale que nous avons: Les Suisses réintégrés auront déjà des sentiments de sympathie vis-à-vis de notre patrie. On a calculé autrefois combien de globules de sang anglais le roi Edouard VII pouvait avoir dans ses veines. Or, on peut dire que les Suisses réintégrés ont au moins le 50 % de globules suisses.

On parle d'un cœur léger, me semble-t-il, de cette proportion énorme d'étrangers qu'il y a chez nous. Pendant les années de guerre, où la tension était grande, où l'on se rendait compte du danger de cette pénétration. On a crié: « Halte! Prenons garde! » Si l'on considère, dans les pays qui nous environnent, que la proportion d'allogènes, qui dépasse le 3%, est un danger, chez nous, malgré la diminution qui se manifeste depuis la fin de la guerre, nous en avons encore le 10,4 %.

On nous dit que nous regardons les étrangers d'un œil sceptique; cependant, je crois que notre pays peut être fier des mesures prises pour accueillir l'étranger sur son territoire. Mais enfin il y a des mesures élémentaires qu'il faut savoir prendre aussi. Lorsque la Constitution de 1848 prévoyait un délai, la proportion d'étrangers dans le pays était bien moindre qu'aujourd'hui. Nous ne voulons pas user de représailles vis-à-vis des éléments allogènes, qui sont dans nos murs. Loin de là, mais sachons faire notre possible pour maintenir le caractère de notre population. Et si l'on songe que chaque année 20,000 Suisses s'expatrient, qu'ils sont remplacés par des étrangers, je crois qu'il est nécessaire d'ouvrir l'œil et de se souvenir d'une poésie écrite par Rambert pour marquer combien il était indispensable de remonter aux sources, et non pas de faire des fantaisies et d'accorder des facilités trop grandes aux étrangers. Rambert disait en substance — je ne puis pas reproduire exactement ses vers:

Et toi, Suisse allemande, à ton passé fidèle,
Va comme une alouette ou la fine hirondelle
A la barbe des gens chante dans ton patois!
Et nous Suisses romands welsches par la naissance
Qui des cantons latins plaidons le vieux procès
Traçons notre sillon sans imiter la France,
Montrons qu'en restant Suisses on peut parler français.

Si nous voulons que les cantons restent maîtres d'édicter les mesures qui leur semblent le plus propice, nous estimons que la Confédération doit se prémunir contre l'entrée des étrangers dans les autorités législatives, exécutive et judiciaire.

C'est pourquoi je me permets de faire un amendement à la proposition de M. Bujard, en disant: « Pendant les cinq années qui suivent leur naturalisation, les étrangers naturalisés ne seront pas éligibles aux autorités législative, exécutive et judiciaire de la Confédération. »

Hunziker : Namens der Mehrheit der Kommission möchte ich Sie ersuchen, der Fassung des Ständerates zuzustimmen. Das, was der Nationalrat beschlossen hat und was Herr Bujard Ihnen heute wiederum vorlegt, kann einer ernsthaften Prüfung doch nicht standhalten. Danach soll nicht nur der Neubürger nicht wählbar sein in die Behörden der Eidgenossenschaft, sondern auch in Behörden der Kantone und Gemeinden. Ich habe ernste Zweifel, ob der Bund verfassungs- und staatsrechtlich zu einer solchen Ordnung der Dinge überhaupt zuständig ist. Wenigstens steht eine solche Bestimmung nicht recht im Einklang mit Art. 44 der Bundesverfassung. Nach dieser Bestimmung ist der Bund bloß kompetent, die Bedingungen für die Erteilung des Schweizerbürgerrechtes aufzustellen. Das, was Ihnen aber jetzt vorgeschlagen wird, ist eine Umschreibung des Kantonsbürgerrechtes und des Gemeindebürgerrechtes, eine Umschreibung des Inhaltes dieser Bürgerrechte.

Es ist noch mehr, es ist sogar die Aufstellung von Wählbarkeitsbedingungen für Aemter, die vom Bund gar nicht aufgestellt sind, sondern die in den kantonalen Verfassungen und von den Gemeinden geschaffen worden sind. Sämtliche Kantonsverfassungen bestimmen heute — auch die Verfassung des Kantons Waadt — daß jeder stimmberechtigte Schweizerbürger auch wählbar sei für die Behörden des Kantons und der Gemeinden. Diese Kantonsverfassungen und Gemeindegeseztzgebungen würden nun durch eine solche Verfassungsbestimmung, wie sie Herr Wulliamoz vorschlägt, aufgehoben. Ich bezweifle ernsthaft, ob hierzu der Bund überhaupt zuständig ist, gestützt auf den Einbürgerungsparagraphen unserer Bundesverfassung. Der Bund würde damit in ausgesprochenes Souveränitätsgebiet der Kantone hineinregieren. Ich habe im Gegenteil die Auffassung, für den Erlaß solcher eingreifender Bestimmungen wäre eine besondere verfassungsrechtliche Grundlage notwendig.

Nun hat Herr Wulliamoz zum Antrag des Herrn Bujard das Amendement gestellt, daß die Neubürger während fünf Jahren nur nicht in die Behörden der Eidgenossenschaft, nicht auch der Kantone und Gemeinden wählbar sein sollten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß auch diese Lösung eine unerfreuliche Diskrepanz aufweist und daß sie zu Ungereimtheiten und Inkonsequenzen führt. Der Herr Kommissionspräsident hat schon darauf hingewiesen. Ausgeschlossen soll der Neubürger sein von den Behörden, Kommissionen, von gesetzgebenden Behörden der Eidgenossenschaft, aber als Militär, als Offizier, in welcher Eidgenossenschaft ihm doch mindestens ein so wichtiges Landesinteresse anvertraut wird, soll er funktionieren dürfen. Das ist eine Diskrepanz, die man in der Bundesverfassung nicht haben soll. Und sodann: die Ungleichheit gegenüber den kantonalen Bestimmungen wird bestehen bleiben. Es wird ein solcher Neubürger nach der heutigen kantonalen Verfassung wählbar sein als Mitglied der kantonalen Behörde, z. B. auch als Regierungsrat, aber er soll nicht wählbar sein als Kreiseisenbahnrat, als eidgenössischer Geschworener oder als Mitglied einer eidgenössischen Schätzungskommission. Das bedeutet auch wieder eine offensichtliche Unbilligkeit und Inkonsequenz. Darum ist auch die Fassung, wie sie Herr Wulliamoz vorschlägt, nicht annehmbar.

Und praktisch: Besteht denn eine so große Gefahr,

daß so viele neue eingebürgerte Ausländer in die eidgenössischen Räte und in die eidgenössischen Behörden gewählt werden? Unser Volk ist im allgemeinen gerade in bezug auf die Beurteilung und auf die Wahl von Ortsfremden und Kantonsfremden sehr zurückhaltend, sogar zu sehr zurückhaltend. Wenn einer nicht der gleichen Ortsbürgergemeinde angehört, begegnet er schon bei Wahlen der Gemeinde viel größeren Schwierigkeiten als der alte Ortsbürger. Die Ausländerqualität wird ja unseren Leuten bis ins zweite oder dritte Glied vorgehalten. Eine Gefahr in dieser Richtung besteht also nicht. Und wenn sie bestünde, so läßt sie sich sehr leicht und viel richtiger bekämpfen durch die Bestimmungen der künftigen Bundesgesetzgebung. Statt zu sagen: «Nach der Erteilung des Schweizerbürgerrechtes bist du, Neueingebürgerter, so und so lange nicht fähig, ein Amt zu bekleiden», wird man eine Aufnahmefrist vor Erteilung des Schweizerbürgerrechtes einsetzen. Wir haben das ja heute schon. Nach dem heute geltenden Bundesrecht muß ein Ausländer, wenn er sich das Bürgerrecht in einem Kanton und in einer Gemeinde und damit das Schweizerbürgerrecht erwerben will, während 12 Jahren 6 Jahre lang in der Schweiz ansäßig sein. Das kann auch in die künftige Bundesgesetzgebung aufgenommen werden. Man kann sogar vorschreiben, daß einer 10 Jahre niedergelassen sein soll, wenn er das Schweizerbürgerrecht erwerben will. Dazu ist der Bund zuständig, weil dadurch eine Bedingung für die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes geschaffen wird. Hier liegt das Korrektiv, hier ist die Lösung, wie sie gesucht werden muß. Mit einer solchen bundesgesetzlichen Bestimmung kann man auch den berechtigten Kern, der in dem Antrage der Herren Bujard und Wulliamoz liegt, Rechnung tragen.

Zum Schlusse möchte ich darauf hinweisen: Der ganze Vorschlag der Herren Bujard und Wulliamoz ist eigentlich mit dem Zweck und der Intention unserer Vorlage nicht recht vereinbar. Der Zweck der Vorlage besteht doch darin, zu verhindern, daß unser schweizerisches Volkstum sich ständig verringere, daß unsere Bevölkerung allzusehr durch Ausländer durchsetzt wird, die kein richtiges rechtliches Fundament in unserem Lande haben. Die ausländischen Staaten nehmen uns unsere Schweizerbürger weg dadurch, daß sie bei ihnen geborene Schweizer als ihre eigenen Bürger erklären. Bei uns bürgern sich die Ausländer nicht ein. Dieser Entwicklung will man nun eine ganz bescheidene Gegenaktion entgegenstellen, indem man erklärt, daß das Kind einer Schweizerbürgerin wiederum eingebürgert werden kann und soll, wenn die Eltern in der Schweiz wohnen. Auf diese Bestimmung, die die Hauptsache der ganzen Vorlage ist, findet ja der Antrag Bujard-Wulliamoz sowieso gar keine Anwendung. Das sind ja alles Wickelkinder, die müssen ja überhaupt sowieso 20 Jahre warten, bis sie stimmfähig oder wahlberechtigt werden. Darum hat der ganze Antrag mit der Vorlage nichts zu tun oder beschwert sie höchstens. Ihrem Gedanken kann bei der Ausführungsgeseztzgebung Rechnung getragen werden; allein in die Verfassung hinein gehört sie nicht. Ich beantrage Ihnen Zustimmung zum Ständerate.

Gelpke : Ich möchte Sie bitten, von der ursprünglich von Herrn Bujard übermittelten und nachher durch Herrn Wulliamoz komplettierten Fassung nicht

abzugehen, sondern sie anzunehmen, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben hier eine Vorlage über Massnahmen zur Bekämpfung der Ueberfremdung, welche aber im Grunde genommen nichts anderes bezweckt als Massnahmen zur Erleichterung der Einbürgerung. Der eigentliche Zweck wird also mehr oder weniger außer acht gelassen. Und doch möchten wir etwas tun, um die Gefahr der Ueberfremdung zu bannen, die in mannigfacher Hinsicht sich bei uns geltend macht, sowohl im wirtschaftlichen, politischen wie auch im geistigen Leben, wobei gerade die Schweiz als ausgesprochenes Grenzland in höherem Maße diesen entnationalisierenden Einflüssen unterworfen ist als die großen uns umgebenden Staaten. So lange alle die internationalen Ideologien nur rhetorische Flausen sind, so lange das Wohlverhalten unserer Kulturgemeinschaft sich aufbaut auf gesunde Nationalstaaten, können und dürfen wir nichts unterlassen, was zur Festigung und Erhaltung unseres Gemeinschaftsbestandes etwas beiträgt.

Es ist eigentümlich, daß für die uneingeschränkte Wählbarkeit Neueingebürgerter in unsere politischen Körperschaften lauter Advokaten hier das Wort gesprochen haben. Wenn man weiß, wie gerade zur Inflationszeit in den uns umgebenden Staaten, wie während und nach dem Kriege eine wahre Völkerwanderung aus dem Osten eingesetzt und in ansehnlichen Wellen sich auch unserer Gaue bemächtigt hatte, um hier fühlbar ihre nicht immer wünschbaren Einflüsse geltend zu machen, so haben wir alle Ursache, aufzumerken. Wenn man weiß, wie leicht es ist, den Bürgerbrief zu erhalten, wie es sich nur darum handelt, einen in diesen Geschäften versierten Advokaten zu finden und ihn reichlich, sagen wir, mit 2000 bis 4000 Fr. zu dotieren, um das schweizerische Bürgerrecht zu erhalten (Zwischenruf **Bolle**: Das ist eine Unverschämtheit!), so ist eine derartige Erwerbung des Bürgerbriefes eine Schindluderei. Ich verstehe die Advokaten durchaus, wenn sie vor der Logik des gedruckten Buchstabens, des gesprochenen Wortes, eine hohe Achtung haben. Aber es gibt auch eine Logik der lebendigen Tatsachen. Halten Sie Umschau in unserem Lande und sehen Sie sich manche der Herrschaften an, die sich eingebürgert haben und die sich hier wohl fühlen, und die auch bisweilen einen großen politischen Tatendrang verspüren und unser Volk mit Ideologien aller Art überschwemmen, weil es ihnen in ihrer ursprünglichen Heimat am Resonanzboden fehlt, so werden sie diese Neubürger mit ihrer geistigen Brunnenvergiftung nicht hoch einschätzen. Gewiß, wir wünschen keine Halb-, Viertel oder Dreiviertel-schweizer, sondern vollkarätige, hundertprozentige Schweizerbürger. Aber die Tatsachen sprechen leider eine andere Sprache. So lange es nicht möglich wird, zu verhindern, daß die Einbürgerung als Geldgeschäft floriert für Advokaturbureaux und andere Agenten, so lange müssen wir gesetzliche Massnahmen ergreifen, um diesem Unfug entgegenzutreten. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag Bujard, ergänzt durch den Vorschlag des Herrn Wulliamoz, zuzustimmen.

M. Motta, conseiller fédéral: Je ne vous prendrai pas plus de deux minutes, parce que la discussion a assez duré et que tous les arguments ont été indiqués pour ou contre. Je voudrais seulement vous placer devant la réalité.

Le Conseil national, dans la séance où il avait discuté cet objet, sur la proposition de M. Bujard, avait accepté la proposition que vous savez. Le projet est alors allé au Conseil des Etats qui, à l'unanimité, a repoussé cette proposition. Le Conseil des Etats a déjà manifesté trois fois, d'une manière indiscutable, son opinion. A mon avis, il ne faut guère s'attendre à ce que le Conseil des Etats cède sur ce point. J'ai tâché moi-même de faire entendre au Conseil des Etats qu'il ne devrait pas faire preuve d'intransigeance, mais cette intervention, que j'appellerai officieuse, du représentant du Conseil fédéral a été inutile. Dans ces conditions, je crois que, si vous voulez aboutir, vous devez en rester à la décision du Conseil des Etats.

Soit dans la proposition de M. Bujard, soit dans la proposition de M. Wulliamoz, vous voulez exclure les étrangers des fonctions judiciaires. Or, je sais que, par exemple, dans le canton de Bâle-ville, les professeurs étrangers de l'université peuvent siéger et siègent dans les tribunaux de ce canton. Voici donc la situation paradoxale que vous auriez créée en acceptant la proposition de M. Bujard, c'est-à-dire en maintenant votre décision précédente: il pourrait se faire qu'un professeur étranger soit juge à Bâle, mais que le jour où il serait devenu Suisse, il fût devenu par là même incapable d'occuper la même fonction. Il y a là une des raisons pour lesquelles je vous demande d'adhérer à la décision du Conseil des Etats.

von Arx, Berichterstatter: Herr Bujard hielt es für notwendig, seinen Antrag auf Einschränkung der Wählbarkeit aufrecht zu erhalten. Herr Wulliamoz hat ihn durch ein Amendement ergänzt, durch das ihm die Klauen etwas beschnitten wurden. Aber auch in der Form, die Herr Wulliamoz vorschlägt, bleibt der Antrag ein übelgeratenes ungeschlaches Wesen, das gegen das rechtliche Empfinden, gegen die Logik und gegen den guten Geschmack geht. Zur Bildung des Urteils wird es von Nutzen sein, wenn man sich die Wirkungen der Bestimmungen einmal vorstellt. Diese Wirkungen werden nach zwei Richtungen gehen. Es werden die auf ihr Gesicht hin eingebürgerten Schweizerbürger während 5 Jahren nicht wählbar sein; nach 5 Jahren sind sie in die höchsten Aemter erklärbar. Welche Bedeutung mißt man diesen 5 Jahren der Karenz bei? Es sollen offenbar diese neuen Bürger während diesen 5 Jahren etwas lernen. Sie sollen Kenntnisse erwerben in der Vaterlandskunde, im Verfassungswesen. Dürfen wir aber nicht annehmen, daß sie diese Kenntnisse bereits schon vorher besessen haben? Nach dem neuen Bundesgesetze betreffend Einbürgerung müssen Ausländer, die bei uns das Bürgerrecht erwerben wollen, während den letzten 12 Jahren 6 Jahre in der Schweiz gewohnt haben. 6 Jahre, das ist die Frist, die bei uns gebraucht wird, um unserer Jugend den Elementarunterricht beizubringen. Wir dürfen annehmen, daß in der gleichen Frist diese neuen Bürger, die doch erwachsene Leute sind, auch die Elementarkenntnisse des Verfassungswesens zu erringen vermochten. Dabei haben wir zu bedenken, daß der größte Teil dieser neuen Bürger nicht bloß während 6 Jahren in der Schweiz gewohnt hat; in der Mehrzahl sind es solche, die in der Schweiz aufgewachsen sind, deren Eltern schon in der Schweiz

gewohnt haben. Auch auf sie trifft ununterschieden die Einschränkung. Die Bestimmung hat auch eine Wirkung auf das Volk der Wähler. Man will dem Grundrecht, zu wählen, Schranken auferlegen. Man hält das Schweizervolk für so unreif, für so töricht, daß es Leute wählt, die mit den Einrichtungen unseres Landes nicht vertraut sind. Man stellt damit dem Schweizervolk kein gutes Zeugnis aus. Man hat keine hohe Meinung von unserem Schweizervolk. Gesetzt der Fall, das Schweizervolk wäre so töricht, so unreif, daß es solcher Bevormundung, wie sie im Vorschlag liegt, bedarf, dann könnte man sicher sein, daß man auch nach der Einschränkung der Wählbarkeit an den Erählten dieses Schweizervolkes keine Freude erleben würde. Es würde nichts Besseres nachkommen. Deshalb wird die Einschränkung den Zweck, der den Befürwortern vorschwebt, gar nicht zu erreichen vermögen.

Die Bestimmung verstößt aber auch gegen die gute Art, mit Mitbürgern umzugehen. Mit dem Bürgerbrief, den wir diesen eingebürgerten neuen Eidgenossen erteilen, geben wir ihnen zugleich ein Zeugnis des Mißtrauens, indem wir ihnen sagen: Wir wollen euch zwar als Bürger im Staate dulden. Aber ihr seid verdächtige Bürger, weshalb ihr für 5 Jahre in Quarantäne gestellt werdet. Ich habe gestern darauf hingewiesen, daß der Ständerat in dieser Frage nicht geschwankt hat. Kein Wort ist im Ständerat für die odiose Bestimmung gefallen. Mit Entschiedenheit wurde der Antrag der Einschränkung abgelehnt. Es ist ausgeschlossen, daß der Ständerat den Vorschlag gutheissen wird. Der Ständerat hat ein empfindliches Ohr für Dissonanzen. Die Bestimmung widersprach ihm, weil sie übertrieben, weil sie grob, weil sie reaktionär ist.

Anno 1848, als um das Zweikammersystem gekämpft wurde, hat der radikale Bundesrat Druey zur Verteidigung des Ständerates das Wort ausgesprochen: «Il nous faut absolument un Hemmschuh!» Nun wohl, meine Herren, es ist schon oft offenbar geworden, daß der mässige Einfluß dieses Hemmschuhes sich nicht bloß nach einer Richtung geltend macht.

M. Morard, rapporteur: Je suis obligé de réfuter quelques arguments présentés contre la proposition de l'unanimité de la commission.

M. Bujard vous a parlé avec conviction des différences existant actuellement dans notre droit public suisse. Il veut justifier sa proposition de soumettre à une quarantaine de 5 ans les naturalisés, en disant tout d'abord qu'il existe déjà dans notre droit public suisse une première différence, en ce sens que es fonctionnaires fédéraux revêtent des occupations déclarées incompatibles avec celles de député au Conseil national et avec les charges de juges ou magistrats fédéraux.

Cet argument ne me paraît pas porter, car cette distinction est faite, non pas en vertu d'un principe pareil à celui dont nous nous occupons aujourd'hui, mais par mesure d'ordre. Il n'y a pas de comparaison possible entre ces deux situations.

Un autre argument est tiré de la distinction entre bourgeois et non-bourgeois contenu au dernier alinéa du projet.

Nous ne créons rien de nouveau. Notre texte se base sur la différence qui existe en fait et en droit

dans divers cantons depuis très longtemps. La Suisse romande ne connaît pas cette distinction, mais Berne par exemple connaît la commune d'habitant et la commune de bourgeoisie. Les ressortissants de ces deux différentes communes n'ont pas les mêmes droits. Par conséquent, lorsque nous répétons cette distinction, nous consacrons un état de fait pour respecter — puisque nous sommes avec M. Bujard dans le domaine fédéraliste et en Suisse romande — précisément les principes toujours admis de l'autonomie et de la souveraineté cantonale ou communale.

Enfin, en ce qui concerne les juges, on nous dit: Nous voulons avoir des juges parfaitement assimilés. Nous sommes d'accord, mais non seulement nous voulons cette assimilation pour les juges, mais pour tous les citoyens. De deux choses l'une: Ou bien nous admettons en principe que le candidat à la nationalité suisse est digne du pays, ou bien nous ne l'admettons pas. Si nous estimons que le candidat est acceptable, nous devons admettre qu'il est assimilé. Alors, il n'y a pas de raison d'imposer à ce candidat un stage supplémentaire pour accomplir cette assimilation déjà opérée.

Ceux qui, avec M. Bujard, et dans un sentiment, à la bonne foi duquel je dois rendre hommage, prétendent que nous devons encore filtrer les idées de ces gens, sont au fond contré le projet. Ou bien nous admettons le projet tel qu'il est, et alors nous ne voulons pas d'exception, nous devons rester dans le cadre du droit commun, ou bien nous n'en sommes pas satisfaits, nous obéissons à un sentiment qui existe, je le reconnais, en particulier en Suisse romande. Alors, rejetons-le, mais il est inutile de l'accepter et d'en diminuer les effets par une série de restrictions.

Au sujet de ces restrictions elles-mêmes, je dois rappeler que faisant partie d'un groupe de minorité, il me répugne de consacrer dans la constitution des exceptions au régime de droit commun qui doit régir tous les citoyens. Nous pensons qu'il est contraire à nos institutions, à ce qui les a inspirées, à ce qu'il y a de plus essentiel en elles, de créer dans la constitution des exceptions qui ne se justifient pas complètement. Nous avons vu, au cours de l'histoire, des exceptions être introduites dans les constitutions de 1848 de 1874. On a admis, par exemple, l'interdiction de l'abatage israélite. Croyez-vous qu'au point de vue général, pour celui qui sans prévention, étudie l'histoire de notre constitution dans son texte et ses sources, ce soit là une beauté de la constitution fédérale? Tout le monde est d'accord et les juristes, auxquels M. Gelpke n'a pas voulu rendre hommage aujourd'hui, sont unanimes sur ce point. Si nous admettons la proposition de M. Bujard, nous créons une exception au détriment d'une idée qui a toujours été respectée en Suisse: la liberté et l'égalité des citoyens devant la loi sans restriction dans l'usage des droits civils, dès le jour même où ils sont citoyens suisses.

Deux mots encore sur la proposition de M. Wulliamoz. M. Wulliamoz a voulu tendre une perche de secours à son honorable collègue du canton Vaud M. Bujard, dont il a repris le texte en supprimant cependant — c'est sans doute sa conviction fédéraliste qui lui a dicté son attitude, les derniers mots de la proposition de M. Bujard, en ce sens que l'inadmissibilité d'élection se borne simplement aux autorités judiciaires, exécutives et législatives de la Confédération. Je ne veux pas être long. Un simple exemple

vous prouvera que cette proposition ne résiste pas à l'examen. On admet, en acceptant la proposition de M. Wulliamoz, qu'un canton peut élire un naturalisé le lendemain de sa naturalisation aux plus hautes charges de la magistrature cantonale. De ce fait, il pourra se produire que dans un canton un naturalisé de fraîche date soit élu au Conseil d'Etat, autorité exécutive supérieure du canton. En admettant la proposition Bujard-Wulliamoz, on interdirait aux électeurs bâlois d'envoyer ce conseiller d'Etat bâlois siéger au sein du Parlement helvétique. Il me semble qu'en créant cette distinction on arrive à un système permettez-moi l'expression — qui nous conduit tout près du byzantinisme. Votre commission, à l'unanimité, et je crois l'unanimité de nos collègues du Conseil des Etats, vous propose de rejeter l'amendement de MM. Bujard et Wulliamoz et d'adhérer à la décision du Conseil des Etats en bif-fant l'art. 2 bis.

M. Bujard: Ce n'est pas pour prendre une perche qu'on tend à quelqu'un qui se noie que je me rallie à la proposition de M. Wulliamoz, c'est plutôt pour prouver à l'honorable et excellent M. Bolle que je ne suis pas un centralisateur à tous crins, comme il a bien voulu le prétendre tout à l'heure, et parce que je ne voudrais en quoi que ce soit empiéter sur l'autorité et les attributions des cantons et des communes. Si je le fais, c'est également pour répondre à l'idée de ma proposition et prouver — pour reprendre les termes si courtois de M. le président de la commission — qu'elle est moins réactionnaire et moins odieuse.

Abstimmung. — Votation.

Für den Antrag der Kommission	Grosse Mehrheit
Dagegen	Minderheit

Abs. 3.

Antrag der Kommission.

Die Bundesgesetzgebung kann bestimmen, daß das in der Schweiz geborene Kind ausländischer Eltern von Geburt an Schweizerbürger ist, wenn seine Mutter von Abstammung Schweizerbürgerin war und die Eltern zur Zeit der Geburt in der Schweiz niedergelassen sind. Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter.

Proposition de la commission.

La législation fédérale peut statuer que l'enfant né en Suisse de parents étrangers établis en Suisse est, dès sa naissance, ressortissant suisse lorsque la mère était d'origine suisse par filiation. L'enfant acquiert le droit de cité dans la commune d'origine de sa mère.

v. Arx, Berichterstatter: Bei der Vorbereitung der Vorlage hat die Frage viel Mühe gemacht, wo die Kinder, die infolge der Geburt auf Schweizergebiet Schweizer werden, einzubürgern seien. Die Antwort war viel schwerer, da man noch gedachte, nicht bloß die Kinder ehemaliger Schweizerinnen einzubürgern, sondern auch die Kinder solcher Eltern, bei denen der eine oder andere Teil in der Schweiz geboren war.

Damals lag es nahe, den Wohnort der Eltern als Heimatort der Kinder in Aussicht zu nehmen. Dabei stieg aber das Bedenken auf, daß dann die Kinder derselben Familie in verschiedenen Gemeinden ihren Heimatort erhalten könnten. Als hierauf durch den Eingriff des Ständerates die Einbürgerung auf die Kinder ehemaliger Schweizerinnen begrenzt wurde, bestand die Gefahr, daß die Kinder der gleichen Familie verschiedenen Gemeinden zuzuweisen seien, nicht mehr. Denn nunmehr schien es gegeben, als Heimatort die ehemalige Heimatgemeinde der Mutter, die von schweizerischer Herkunft war, zu bestimmen. Es hat diese Möglichkeit dem Bundesrat den Entschluß erleichtert, seine Vorlage einzuschränken.

Trotzdem ergaben sich dann noch Unterschiede in der Auffassung. Es will der Ständerat die Bestimmung des Heimatortes dem Gesetze überlassen, während der Nationalrat beschlossen hat, ihn schon in der Verfassung festzulegen. Es muß zugestanden werden, daß Verfassungsbestimmungen nicht mit Einzelbestimmungen beladen werden sollen; man soll diese in das Gesetz verweisen. In unserer Kommission wurde aber, namentlich von Wortführern der romanischen Schweiz, darauf Gewicht gelegt, daß über den Heimatort schon in der Verfassung Klarheit geschaffen werde, worauf aus dem Bestreben, einig zu bleiben, sich die Mehrheit diesen Vorschlag zusammenschand. Die Kommission beantragt Ihnen demnach, an dem Beschluß festzuhalten, daß der Heimatort bereits in der Verfassung zu bestimmen sei.

Noch eine zweite Bemerkung. Es ist vom Ständerat eine Ergänzung am Abs. 3 vorgenommen worden, der man ohne Mühe zustimmen kann. Es soll nämlich gesagt sein, daß die Eltern des in der Schweiz geborenen Kindes, das wir einbürgern wollen, auch in der Schweiz Wohnsitz haben müssen. Man will damit verhüten, daß die Meinung Raum habe, es werde auch das Kind einer ehemaligen Schweizerin, die bei einem Besuch in der Schweiz niederkommt, Schweizerbürger werden.

M. Morard, rapporteur: A l'al. 3, il y a une divergence, tout d'abord à la première phrase de cet alinéa, qui a été modifié en ce sens que les parents de l'enfant qui sera naturalisé jure soli doivent être établis en Suisse.

Le premier texte ne le prévoyait pas. Matériellement il était entendu qu'il ne s'agissait que d'enfants de parents domiciliés en Suisse. Nous proposons, avec le Conseil des Etats, de mettre le mot « établis » à la première phrase.

Il y a une seconde divergence. D'après votre décision le lieu d'origine de l'enfant était celui de la mère. Le Conseil des Etats a décidé de biffer cette disposition. Le Conseil des Etats part de cette idée que le lieu d'origine de l'enfant naturalisé jure soli doit être laissé à la législation spéciale.

C'est une idée émise par les membres romands de la commission qu'il était préférable d'introduire immédiatement dans la Constitution une chose consacrée chez nous par la jurisprudence constante en matière de réintégration, à savoir que les enfants sont originaires de la commune que la mère possédait avant son mariage. On peut discuter l'opportunité de cette disposition dans la Constitution.

Nous croyons qu'il est plus opportun de l'y mettre, de sorte que, si le projet est accepté, les

enfants naturalisés *jure soli* seront originaires de la commune que leur mère possédait avant son mariage.

Nous consacrons ainsi la tradition appliquée en matière de réintégration et nous éliminons pour toujours, une discussion inopportune. Nous ne voulons pas, en particulier, qu'il y ait des enfants de la même famille qui soient, les uns originaires d'une commune de domicile, parce qu'ils auraient depuis longtemps quitté la commune d'origine de leur mère, les autres de cette dernière commune. Nous évitons ainsi une confusion possible, que nous estimons préjudiciable à l'intérêt des communes et particulièrement à l'intérêt des familles.

Nous vous proposons donc de réintroduire dans le texte la dernière phrase: « L'enfant acquiert droit de cité dans la commune d'origine de sa mère ».

Angenommen. — Adopté.

Abs. 4.

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Biffer.

von Arx, Berichterstatter: Wir kommen zu Abs. 4. Im Ständerat war von Anfang an einem Gedanken große Bedeutung beigelegt worden, der sich nicht in der Vorlage des Bundesrates befand. Es sollten auch die Eltern jener Kinder, die bei ihrer Geburt Schweizerbürger wurden, für unsere Staatsgemeinschaft gewonnen werden. Deshalb wollte man diesen Eltern, wenn sie lange Zeit in der Schweiz gewohnt hatten und einen guten Leumund besaßen, ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung zuerkennen. Der Nationalrat fand diesen Gedanken nicht als annehmbar. Er konnte ihm auch nicht in der gelindern Fassung zustimmen, die von der Minderheit der Kommission vorgeschlagen wurde, dahin gehend, daß der Bund die Befugnis erhalten sollte, diese Eltern von Fall zu Fall in den Staatsverband aufzunehmen, ohne daß ihnen ein Anspruch auf Einbürgerung zuerkannt wurde, in gleicher Weise wie heute schon die Wiedereinbürgerung von Witwen vorgenommen wird, die durch Heirat das Schweizerbürgerrecht verloren haben.

Der Ständerat versuchte alsdann, angesichts der Verslossenheit des Nationalrats, den Gedanken wenigstens in einem Bruchteil zu retten. Zu diesem Zwecke wurde von ihm der Satz aufgestellt, daß den Eltern der bei der Geburt eingebürgerten Kinder die Einbürgerung « zu besonderen Bedingungen », so ist der Ausdruck, zu ermöglichen sei. Es wurde im Ständerat selber ausgesprochen, daß diese Formel keine sehr scharfe sei. Man meinte aber, daß sie deswegen gerade der Lage am besten entspreche. Die Kommission des Nationalrates vermochte nicht, sich mit dieser Formel abzufinden, die, obschon sie von Besonderheiten spricht, nicht allgemeiner lauten könne. Was heißt « besondere Bedingungen »? Welche Bedingungen sind nicht besondere Bedingungen? Es sieht fast so aus, als ob, da man sich nicht auf einen Begriff zu einigen vermochte, sich dafür Worte eingestellt haben.

Die Kommission des Nationalrates beantragt, es sei an der Streichung, die Sie bereits in der ersten Beratung beschlossen hatten, festzuhalten. Dabei

läßt die Kommission mich der Meinung Ausdruck geben, daß, wenn der Sinn der Bestimmung welche der Ständerat vorschlägt, nicht weiter reichen sollte, als den Bundesrat zu Beiträgen an Einbürgerungen zu ermächtigen, diese Befugnis nicht erst geschaffen werden muß. Sie liegt bereits in der allgemeinen Befugnis des Bundes zur Gesetzgebung und braucht nicht besonders ausgedrückt zu werden.

M. Morard, rapporteur: Aux dispositions que nous venons de discuter; le Conseil des Etats en a ajouté une nouvelle. Il a voulu mettre les parents au bénéfice de la situation des enfants naturalisés.

En principe, jusqu'ici, les enfants deviennent Suisses par le fait qu'ils sont nés sur sol suisse. Le Conseil des Etats a voulu aller un peu plus loin, en accordant aussi la naturalisation à leurs parents. Dans votre première délibération, et suivant en cela votre commission, vous avez biffé la disposition introduite par le Conseil des Etats, dont le premier texte disait que la naturalisation accordée aux étrangers de bonne réputation se ferait gratuitement. Cette disposition eût heurté le sentiment de notre population, qui n'eût pas compris cette faveur pas plus qu'elle ne comprendrait que cette naturalisation fût accordée dans des circonstances exceptionnelles, comme l'a proposé à nouveau le Conseil des Etats.

Si nous avions présenté une telle idée et si nous l'avions acceptée, c'eût été un argument donné aux adversaires du projet de revision constitutionnelle.

C'est pour ce motif d'opportunité que nous n'avons pas cru devoir suivre le Conseil des Etats.

Ensuite, Messieurs, en admettant même que les idées contenues dans cette disposition du Conseil des Etats soient justes, je ne vois pas pourquoi on introduirait cette disposition dans la Constitution.

En vertu du texte même de l'article révisé, la Confédération aura le droit d'édicter des règles spéciales pour les naturalisations et il n'est pas exclu que dans cette législation elle indique à quelles conditions plus particulières encore on pourra admettre par exemple les parents des enfants naturalisés *jure soli*. Par conséquent je ne vois pas pourquoi on maintiendrait cet article. D'une part il est dangereux parce qu'il risque de donner des arguments aux adversaires et, d'autre part, au point de vue technique législatif il est superflu.

C'est pour ces motifs que nous vous proposons de ne pas adhérer à la décision du Conseil des Etats et de maintenir notre décision première de biffer l'al. 4.

Gestrichen. — Biffé.

Abs. 5.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats..

von Arx, Berichterstatter: Abs. 5 soll dem Bund die Befugnis für Wiedereinbürgerung zusprechen. Die Kommission des Nationalrates hält dafür, daß die Befugnis zur Wiederaufnahme in das Bürgerrecht schon in der Verfassung enthalten sei. In

unmittelbarer Anlehnung an Art. 44 der Bundesverfassung wurde im Jahre 1876 das Ausführungsgesetz erlassen, das die Wiedereinbürgerung von Witwen und geschiedenen Frauen vorsieht, die durch die Heirat ihr Bürgerrecht verloren haben. Die Bestimmung ist dann im Gesetz von 1903 wiederholt worden. Weil die Befugnis des Bundes schon in der Verfassung als vorhanden erschien, hat die Kommission bei der ersten Beratung dem Nationalrat beantragt, eine besondere Bestimmung nicht aufzunehmen. Der Rat ist diesem Antrag gefolgt. Der Ständerat seinerseits beharrte darauf, über die Wiedereinbürgerung einen besondern Satz in die Verfassung zu bringen und dabei berief er sich auf eine Bemerkung des Staatsrechtslehrers Fleiner, die dahingehet, es läge in den beiden Ausführungsgesetzen, welche die Wiedereinbürgerung ordnen, ein Einbruch in die Verfassung. Wir können dieser Bemerkung die Auffassung eines andern Staatsrechtslehrers gegenüberstellen, nämlich diejenige des Herrn Prof. Burckhardt, welcher dafür hält, daß die angefochtenen Gesetze mit der Verfassung wohl zu vereinbaren seien. Wenn die Kommission trotzdem beantragt, den bei seiner Rechtsauffassung beharrenden Ständerat zuzustimmen, so geschieht es aus dem Bestreben heraus, in der Vorlage den Ausgleich herbeiführen zu helfen.

M. Morard, rapporteur: **Al. 5.** Nous proposons d'adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Le texte, que nous avons rejeté dans le premier débat, doit fixer, dans la Constitution même, le principe de la réglementation du heimatlosat et de la réintégration.

En ce qui concerne le heimatlosat, la question est réglée par l'art. 68 de la Constitution au point de vue constitutionnel et par la loi spéciale de 1852. Il n'y a plus à avoir de doute sur la possibilité de légiférer en cette matière. C'est pourquoi nous avons biffé les mots qui expriment l'idée du heimatlosat.

Par contre, en ce qui concerne la réintégration, des opinions divergentes ont cours.

Tandis que M. le Professeur Fleiner est d'avis que la Constitution ne donne pas le droit de légiférer en cette matière, le Professeur Burckhardt est d'un avis contraire. Pour couper court à cette controverse, la commission vous propose d'admettre la décision du Conseil des Etats, à savoir que la législation fédérale établit les principes régissant la réintégration dans le droit de cité.

Ainsi la Constitution contiendra ce terme et la loi de 1903 sur la constitutionalité de laquelle on peut avoir des scrupules quant à sa légitimité constitutionnelle sera ainsi sanctionnée.

Nous vous proposons donc d'admettre, dans son texte, l'al. 5 qui vous est présenté.

Angenommen. — *Adopté.*

Abs. 6.

Antrag der Kommission.

Die auf Grund dieser Bestimmungen eingebürgerten Personen haben die Rechte eines Gemeindebürgers, mit der Einschränkung, daß sie keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern erhalten, soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht

anders ordnet. Der Bund übernimmt bei den Einbürgerungen infolge Geburt auf Schweizergebiet bis zum vollendeten 18. Altersjahr der Eingebürgerten wenigstens zwei Drittel der den Kantonen oder Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten. Einen gleichen Anteil übernimmt er bei Wiedereinbürgerungen und bei Einbürgerungen Heimatloser während der ersten zehn Jahre nach der Aufnahme in das Bürgerrecht.

Proposition de la commission.

Les personnes incorporées en vertu des présentes dispositions jouissent des mêmes droits que les autres ressortissants; elles n'ont cependant aucun droit aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, à moins que la législation cantonale n'en dispose autrement. La Confédération prend à sa charge les deux tiers au moins des dépenses d'assistance que les personnes incorporées occasionnent aux cantons et communes, jusqu'à l'âge de dix-huit ans révolus. Il en est de même en cas de réintégration dans le droit de cité et de naturalisation d'heimatlosés pendant les dix premières années qui suivent la réintégration ou la naturalisation.

von Arx, Berichterstatter: Sie haben über Abs. 6 zu beschließen. Im letzten Absatz besteht eine Verschiedenheit der Auffassung zwischen den beiden Räten über das Mindestmaß der Beiträge, die der Bund den Kantonen und Gemeinden an die Unterstützungskosten zu leisten hat, die für die infolge der Geburt auf Schweizergebiet eingebürgerten Personen notwendig geworden sind, sowie diejenigen, welche aus Wiedereinbürgerungen oder Einbürgerungen Heimatloser sich ergeben haben.

Der Ständerat hält daran fest, daß der Mindestbetrag die Hälfte sein soll. Der Nationalrat hatte beschlossen, auf zwei Drittel zu gehen. Die Kommission beantragt Ihnen, an diesem Beschluß festzuhalten. Wir glauben, daß je weitherziger der Bund den Kantonen und Gemeinden zur Seite steht, umso leichter es diesen werde, für die Vorlage einzustehen. Die Gesamtausgabe des Bundes wird sich auch nach unserem Antrag nicht auf eine Million im Jahre belaufen. Wir dürfen froh sein, wenn wir mit einem so gelinden Opfer die Landesgefahr der Ueberfremdung abwehren können.

Ein weiterer, kleiner Unterschied der Auffassung betrifft den Satz, daß Beiträge des Bundes auch an die Unterstützungskosten bei Einbürgerung Heimatloser auszurichten seien. Diese Beiträge wurden bis anhin vom Bunde bereits geleistet, ohne daß die Pflicht hiezu besonders in der Verfassung ausgesprochen war. Der Ständerat hielt es für nützlich, die Pflicht in der Verfassung besonders festzulegen. Dabei bediente er sich der Wendung, daß die Beiträge «in besondern Fällen» zu erfolgen haben. Durch diese Einschränkung wollte er die Fälle ausschließen, wo schriftenlose Ausländer infolge der Lässigkeit kantonaler Behörden nicht mehr ausgewiesen werden können und zum Schluß als Heimatlose eingebürgert werden müssen. Es war bis anhin klar, daß der Bund in solchen Fällen nicht zu Beiträgen herangezogen werden konnte. Daß es sich auch in Zukunft so verhalten wird, braucht nach der Meinung der Kommission nicht besonders in der Verfassung hervorge-

hoben zu werden. Es würden Ansprüche der Kantone in solchen Fällen gegen Treu und Glauben verstoßen, die auch im Staatsrecht gelten.

Zum Schlusse haben Sie noch die äußere Form des Abs. 6 zu bereinigen. Sie mögen die Form, wie sie der Ständerat vorschlägt und die Form unserer Kommission vergleichen. Unsere Kommission hat bei der Fassung des Ständerates ein Unbehagen empfunden. Ohne den magister elegantiarum spielen zu wollen, haben wir geglaubt, eine geläufigere Form finden zu müssen. Diese Form liegt Ihnen vor. Wir lassen das Werk für sich selber sprechen.

M. Morard, rapporteur: A l'art. 6, nous vous proposons de maintenir votre première décision. Vous avez décidé que les contributions financières de la Confédération pour régler les frais résultant de la réintégration et de la naturalisation seraient fixées aux deux tiers.

Le Conseil des Etats a diminué cette proportion et l'a fixée à la moitié.

Nous estimons que du moment que nous faisons un loi fédérale dans cette matière, il est juste que la Confédération intervienne aussi sous la forme d'apport d'espèces. C'est pourquoi nous vous demandons de maintenir votre première proposition.

Quant au reste, il s'agit de divergences purement rédactionnelles. La commission du Conseil national s'est attachée, sans y avoir peut-être réussi tout à fait, au point de vue de l'élégance, à coordonner les idées et les textes. Une simple lecture des deux formules vous permettra de voir que la proposition du Conseil national est tout de même préférable; nous vous demandons par conséquent d'accepter la proposition, dans le texte de votre commission.

Angenommen. — Adopté.

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

964. Militärstrafgesetzbuch. Code pénal militaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 123 hiervor. — Voir page 123 ci-devant).

Art. 4 bis

M. Evéquo: J'ai eu l'honneur, au sein de la commission, de proposer de revenir sur l'art. 4bis et de modifier la décision primitive en substituant les compétences de l'Assemblée fédérale, aux compétences du Conseil fédéral.

Cette proposition n'a eu qu'un succès relatif, puisqu'elle a été rejetée par 12 voix contre 12 voix, c'est-à-dire par la voix prépondérante de M. le président de la commission.

Je vous demande de bien vouloir revenir sur la discussion de l'art. 4bis de ce Code pénal militaire. Conformément au règlement, je veux me permettre de motiver très brièvement les raisons pour lesquelles il me paraît opportun de discuter à nouveau cette disposition.

La question en elle-même est très importante. Nous créons le Droit pénal militaire. Mais nous y introduisons un Droit pénal de guerre très sévère par les dispositions rigoureuses que ce Droit pénal de guerre contient et très important également en raison de l'extension du champ d'application du Droit pénal de guerre.

Messieurs, ce Droit pénal de guerre, important par ses dispositions rigoureuses, important par le cadre d'application qui lui est réservé, l'art. 4bis proclame qu'il ne sera pas seulement applicable en temps de guerre proprement dit, mais encore en temps de danger de guerre.

Nous introduisons donc dans notre Droit public, une notion nouvelle, une notion inconnue jusqu'à ce jour: la notion du danger de guerre.

On sait parfaitement ce que c'est que la guerre. C'est un événement précis et déterminé. Mais qu'est-ce que le danger de guerre? Il est impossible de le définir ou de le préciser. C'est un ensemble d'événements soumis à une appréciation et qui, suivant le degré de pessimisme ou d'optimisme amènera la conviction que nous sommes en présence du péril de guerre.

Je suis d'accord avec la grande majorité de la commission. Je ne me suis pas du tout insurgé contre l'introduction de ce principe nouveau, de cette notion nouvelle; mais ce que, avec d'autres membres de la commission, je n'ai pas pu admettre, c'est que ce ne soit pas l'autorité législative, l'autorité suprême de la Confédération qui décrète quand commence et quand se termine la période du danger de guerre. C'est une compétence qui, de par son importance, doit rentrer dans celle de l'Assemblée fédérale.

Il y a ensuite, Messieurs, la nécessité d'une mise au point. L'art. 4bis proclame que c'est le Conseil fédéral qui décide de l'existence effective du danger de guerre. Mais cet article fait abstraction complète de la participation de l'Assemblée fédérale, soit au point de vue de la décision elle-même, soit au point de vue de sa ratification ou de sa suppression. Or,

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1926
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Februarsession
Session	Session de février
Sessione	Sessione di febbraio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.02.1926
Date	
Data	
Seite	144-154
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 020

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

M. Maunoir, rapporteur: En principe, nous adhérons pour les al. 1, 2 et 4 à la décision des Etats.

Pour l'al. 3, nous maintenons notre texte antérieur. Nous estimons qu'il n'y a aucune raison d'exclure la possibilité d'un recours en cassation et nous désirons que cela soit inscrit dans la loi.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 161 b.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Seiler, Berichterstatter: Zu Art. 161 B. letzten Absatz kommt noch die Beifügung: «aufgehoben». Der Ständerat hält daran fest. Die Beifügung ist die Konsequenz unserer früheren Beschlüsse. Zustimmung zum Ständerat.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 230—231.

Antrag der Kommission.

Festhalten am früheren Beschluß.

Proposition de la commission.

Maintenir la décision antérieure.

Seiler, Berichterstatter: Art. 230 betrifft die Rehabilitation. Der Ständerat hat die beiden Art. 230 und 231 in einen einzigen zusammengenommen und hat gesagt, daß die Kosten der Bekanntmachung vom betreffenden Gesuchsteller zu tragen sind. Wir haben in der Kommission gefunden, daß wir die beiden Artikel getrennt halten sollen. Der erste Artikel, 230, betrifft das Verfahren, und Art. 231 betrifft die Kosten. Wir sind nun der Auffassung, daß die ganzen Kosten des Verfahrens dem Betreffenden aufgebunden werden können. Immerhin ist ja die Möglichkeit des Erlasses vorbehalten, sodaß nach allen Richtungen hin Genüge geleistet sein soll. Zustimmung zu den Beschlüssen der Kommission.

M. Maunoir, rapporteur: Nous demandons de maintenir le texte du Conseil national.

Le Conseil des Etats a cru devoir fondre les art. 230 et 231. Il en résulte que la règle posée en ce qui concerne les frais s'applique seulement aux frais de publication. Or, nous estimons que cette règle doit s'appliquer en général. Par conséquent il faut faire un article spécial et rétablir ce qui a été supprimé par le Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 232.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

Nationalrat. — *Conseil national. 1926.*

Seiler, Berichterstatter: Hier muß die Zitation von Art. 109, Abs. 2 festgehalten werden. Zustimmung zum Ständerat.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 232 a.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

(Die Abänderung betrifft nur den französischen Text.)

Proposition de la commission.

Si le code pénal suisse prévoit la peine de mort pour le crime d'assassinat la sanction pénale qu'il statuera sera substituée dès l'entrée en vigueur du code pénal suisse à la peine statuée par l'art. 114 de la présente loi.

Seiler, Berichterstatter: Hier haben wir im Sinne der ständerätlichen Fassung zu korrigieren, daß nicht nur dann, wenn die Todesstrafe im bürgerlichen Strafgesetzbuch als einzige Strafe eingeführt wird, sondern auch dann, wenn sie dort fakultativ vorgesehen sein sollte, jene Strafandrohung an Stelle derjenigen von Art. 114 dieses Gesetzes tritt. Die Bestimmung selbst ist nicht absolut nötig, sie ist aber ein gewisses Beruhigungsmittel für diejenigen, die befürchten, daß man die Todesstrafe zu sehr einschränke. Wir möchten Ihnen beantragen, dem Ständerat zuzustimmen und diese Korrektur vorzunehmen.

M. Maunoir, rapporteur: Nous nous sommes ralliés à la décision du Conseil des Etats, mais je fais encore des réserves sur la traduction française. Les questions de rédaction seront d'ailleurs revues au moment où les présidents des deux commissions et les rapporteurs pourront s'entendre sur le texte définitif à vous proposer.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

**1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.**

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Revision de l'art. 44 de la Constitution.

Differenzen. — Divergences.

(Siehe Seite 140 hiervor. — Voir page 140 ci-devant.)

Beschluß des Ständerates vom 7. Oktober 1926.
Décision du Conseil des Etats du 7 octobre 1926.

von Arx, Berichterstatter: Zu vier Malen hat der Ständerat die Vorlage zur Revision von Art. 44 der Bundesverfassung behandelt. Zum dritten Male

gelangt sie vor den Nationalrat. Man mußte wünschen, daß das Verfassungsgespräch zwischen den beiden Kammern einmal zum Abschluß komme. Die Vorlage ist nun 6 Jahre alt geworden und es will einem dünken, daß der gute Stern, der die Botschaft des Bundesrat beegrüßt hat, inzwischen nicht heller geworden sei.

Leider war die Kommission des Nationalrates nicht imstande, sich schlechtweg dem Beschluß des Ständerates anzuschließen. Denn in allen wesentlichen Teilen hat der Ständerat an seiner vom Nationalrat abweichenden Meinung festgehalten. Es geht aber unsere Kommission mit ihren Anträgen dem Ständerat auf halbem Wege entgegen und wir sind nicht ohne Hoffnung, daß nunmehr der Boden der Einigung gewonnen sei. Die Kommission empfiehlt Ihnen Eintreten auf die Vorlage.

Zustimmung. — *Adhésion.*

Ziff. 3.

Antrag der Kommission.

³ Die Bundesgesetzgebung kann bestimmen, daß das Kind ausländischer Eltern von Geburt an Schweizerbürger ist, wenn seine Mutter von Abstammung Schweizerbürgerin war und die Eltern zur Zeit der Geburt in der Schweiz ihren Wohnsitz haben. Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter.

Proposition de la commission.

³ La législation fédérale peut statuer que l'enfant né de parents étrangers est, dès sa naissance, ressortissant suisse, lorsque la mère était d'origine suisse par filiation et que les parents sont domiciliés en Suisse au moment de la naissance de l'enfant. L'enfant acquiert le droit de cité dans la commune d'origine de sa mère.

von Arx, Berichterstatter: Wir behandeln die Differenz in Abs. 3, die vom Ständerat neu geschaffen wurde.

Die Vorlage, wie beide Räte sie beschlossen hatten, sah vor, daß die Kinder der ehemaligen Schweizerinnen bei der Geburt eingebürgert werden sollen, wenn sie auf Schweizergebiet geboren werden und wenn die Eltern in der Schweiz Wohnsitz haben. Nun ist im Ständerat die Voraussetzung, daß die Geburt auf Schweizerboden erfolgt sein müsse, beseitigt worden. Durch seinen Beschluß wollte der Ständerat verhindern, daß die Verfassungsbestimmung arglistig durch Verlegung der Geburt in einen Ort jenseits der Grenze unwirksam gemacht werde. Damit hat der Ständerat auf die erste Vorlage des Bundesrates vom November 1920 zurückgegriffen, in der bereits bloß die Voraussetzung des Wohnsitzes in der Schweiz vorgesehen war. In der zweiten Vorlage des Bundesrates vom November 1922 wurde die Voraussetzung des Wohnsitzes durch das Erfordernis der Geburt auf Schweizerboden ersetzt. Die Frage des Wohnsitzes, so führte man damals aus, sei nicht in allen Fällen so liquid und abgeklärt, daß daran eine so wichtige Rechtsfolge wie die Staatsangehörigkeit geknüpft werden dürfe. Beide Räte stimmten hierauf zu. Vom Ständerat wurde alsdann im September 1925 neben das Erfordernis der Geburt in der Schweiz noch die Voraussetzung des Wohnsitzes in der Schweiz gesetzt. Der

Nationalrat stimmte zu. In der letzten Beratung vom Oktober 1926 hat der Ständerat die Voraussetzung der Geburt auf Schweizergebiet wieder ausgetilgt. Man ist demnach, wie man merkt, in dieser Frage im Kreise herumgegangen.

Die Kommission des Nationalrates beantragt, dem Ständerat zuzustimmen. Dabei ist zu bemerken, daß der Befürchtung des Ständerates nicht ganz gefolgt werden kann. Wenn wir die Kinder ehemaliger Schweizerinnen durch die Vorlage einbürgern, so erfüllt uns dabei das Vertrauen, daß die Mütter ihrem Nachwuchs nicht nur einen starken Schuß Schweizerblut in das Leben mitgeben, sondern ihn auch in schweizerischer Gesinnung auferziehen werden. Wenn nun aber diese Mütter ihren Ursprung und ihre alte Heimat so sehr vergessen haben sollten, daß sie bereit wären, die Wirkung der Verfassungsbestimmung durch eine Reise über die Grenze zu vereiteln, so so darf man annehmen, daß unser Land an der Frucht von solchem Stamme nicht viel verloren hätte. Um die Differenz zu beseitigen, beantragen wir immerhin Zustimmung zum Ständerat.

Im gleichen Absatz 3 besteht noch die Abweichung über die Frage, ob schon in der Verfassung festzulegen sei, daß die Einbürgerung in der ehemaligen Heimatgemeinde der Mutter erfolgen soll, oder ob die Bestimmung der Gesetzgebung zu überlassen sei. Schon wiederholt ist über diese Frage im Rate gesprochen worden. Der Ständerat hält daran fest, daß die Bestimmung der Heimatgemeinde der Gesetzgebung zu überlassen sei. Auch in der Kommission des Nationalrates befand sich von Anfang an eine Minderheit auf diesem Boden, in der Meinung, daß im Gesetz die Einbürgerung in der ehemaligen Heimatgemeinde der Mutter bestimmt werden soll. Auf der andern Seite legt man in unserer Kommission namentlich von Sprechern aus der romanischen Schweiz großes Gewicht darauf, daß schon in der Verfassung die Gewißheit über die Heimatgemeinde geschaffen werde. Man läßt sich dabei von der Befürchtung leiten, daß, wenn das Ausführungsgesetz dazu käme, die Einbürgerung am Wohnort vorzuschreiben, die ausländischen Eltern sich vor der Geburt des Kindes in den hablichen und vornehmen Gemeinden niederlassen würden, um damit einen Vorteil zu gewinnen. Auch diese Befürchtung, die nicht einer sehr weiten Gesinnung zu entspringen scheint, hält der Prüfung nicht Stich. Denn einmal sind ja diese Kinder durch die Verfassungsbestimmung vorsorglich von dem Anteil am Bürgergut ausgeschlossen. Sodann könnte es sein, daß gerade die hablichen und vornehmen Gemeinden, die abseits von der Ueberfremdung liegen, bei der begehrten Regelung nicht ihren Vorteil finden. Denn wenn auch keine Ausländer in diesen Gemeinden wohnen, so gibt es doch einheimische Töchter, die dem Zuge in die große Stadt gefolgt sind und sich dort mit Ausländern verheiraten. Ihre Kinder werden in der früheren Heimatgemeinde der Mutter eingebürgert, auch wenn sie ferne davon wohnen. Daß der Bund Beiträge an die Armenlasten zahlen wird, die aus den Einbürgerungen entstehen, bildet nur einen halben Trost. Es sollten demnach diese ängstlichen Staatsbürger eigentlich für die Einbürgerung am Wohnsitz der Eltern eintreten. Da nun aber die Einigung darüber besteht, daß die Einbürgerung in der früheren Heimatgemeinde der Mutter erfolgen soll und man so stark daran hängt, daß hierüber bereits in der Verfassung entschieden werde,

beantragt die Mehrheit der Kommission, es solle der Nationalrat gegenüber dem Ständerat an seinem Beschlusse festhalten, wonach in der Vorlage bestimmt wird: Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter. Es wird damit eine Beunruhigung beseitigt, die dem ganzen Werk gefährlich werden könnte.

M. Morard, rapporteur: Notre honorable Président vient de rappeler que le projet que nous discutons a vu le jour déjà en novembre 1920, ensuite du message du Conseil fédéral; nous arrivons pour la troisième fois devant cette Chambre pour discuter des divergences inévitables qui se sont produites entre les décisions du Conseil national de février 1926 et celles du Conseil des Etats. Nous espérons que la bonne volonté qui s'est manifestée dans la commission de ce Conseil, pour rejoindre les idées du Conseil des Etats ne fera pas défaut et que nous arriverons enfin à notre but.

Les divergences sont au nombre de trois principales. La première concerne l'alinéa 3 du projet.

Le Conseil national avait décidé que la première des conditions essentielles pour l'incorporation jure soli, était la naissance de l'enfant sur le territoire national suisse; puis, une seconde condition, non moins essentielle, celle du domicile des parents au moment de la naissance.

A l'examen le Conseil des Etats a constaté que le réquisit de la naissance de l'enfant en Suisse pouvait donner lieu à des inconvénients et il propose de supprimer dans le texte les mots « l'enfant né en Suisse ». La commission vous propose d'adhérer à cette manière de voir du Conseil des Etats pour les motifs suivants:

Tout d'abord le réquisit de la naissance en Suisse constitue un inconvénient et met en danger le but que la revision veut réaliser, à savoir d'incorporer comme Suisses des enfants de parents étrangers qui sont considérés comme naturellement assimilés. Or, avec le système qui consiste à ériger comme condition essentielle de cette assimilation, de cette incorporation, la naissance en Suisse, on arrive à cette conséquence: c'est qu'il est tout d'abord très facile aux parents d'éviter le fait de la naissance sur territoire suisse. Il est aisé à la mère, au temps de la délivrance, de se transporter au-delà de la frontière et de mettre au monde son bébé dans une clinique ou même chez des amis de façon que cet enfant ne devienne pas un citoyen suisse. Ainsi on aura échappé au but que poursuit la revision, c'est-à-dire la réalisation de la qualité de citoyen suisse au moyen de la naissance de parents étrangers domiciliés en Suisse.

Le but essentiel de la revision est la diminution de la population allogène. Avec le système de la naissance exigée en Suisse, évitée par le moyen du départ au-delà des frontières, nous n'atteignons pas ce but.

Un second inconvénient de la naissance en Suisse exigée comme condition, est qu'il arrive très souvent, surtout dans la zone frontière, que la mère sera obligée de se déplacer pour aller se faire soigner chez un médecin, dans une clinique ou dans une maternité et que par ce fait la naissance aura lieu en dehors de Suisse, conséquence identique à celle que je vous ai indiquée tout à l'heure. L'enfant ne sera pas Suisse, il sera étranger. Nous arrivons à cette conséquence que l'un des enfants nés de parents domiciliés sur le territoire suisse ne sera pas Suisse tandis que dans la

même famille, un autre enfant né, sur territoire suisse, de parents étrangers domiciliés en Suisse sera Suisse. Il y aura dans la même famille par exemple, un Italien, un Français et un Suisse ou 2 Italiens et un, Français ou l'inverse.

Nous croyons qu'en présence de ces inconvénients il y a lieu de supprimer la condition de naissance en Suisse. Le but que nous recherchons est suffisamment atteint par le fait que nous exigeons que les parents soient domiciliés en Suisse et nous précisons encore qu'ils y soient domiciliés non pas n'importe quand, mais au moment de la naissance de l'enfant. Il arrivera donc qu'un enfant né à l'étranger, dans une clinique ou maternité soit citoyen suisse, à la condition toutefois qu'au moment de la naissance les parents aient leur domicile légal sur territoire suisse.

La seconde divergence repose sur le droit de cité, la détermination du lieu d'origine. Dans nos premières délibérations, nous avons décidé, à une grande majorité, d'introduire dans la Constitution le principe du lieu d'origine de la mère, avant le mariage. Le Conseil des Etats n'a pas suivi le Conseil national. Il propose de confier à la législation fédérale le soin de fixer quel sera le lieu d'origine de l'enfant qualifié suisse par le fait du domicile de ses parents en Suisse au moment de la naissance. Nous voyons divers inconvénients à la méthode préconisée par le Conseil des Etats. Tout d'abord nous estimons qu'il est intéressant et même nécessaire d'élever la règle de la fixation du lieu d'origine à la hauteur d'un principe constitutionnel afin d'éviter toute variation ultérieure soit dans la législation, soit dans les faits ou usages qui sont quelquefois plus forts que le droit. Nous disons que le droit de cité doit être celui de la mère d'origine suisse, puisque nous exigeons comme réquisit essentiel de l'incorporation non seulement le domicile des parents au moment de la naissance en Suisse, mais encore l'origine suisse de la mère par filiation. Par 7 voix contre 2, la commission vous propose de maintenir sa décision du 18 février 1926 et d'attribuer à l'enfant le droit de cité dans la commune d'origine de la mère. Il y avait 3 solutions possibles:

Nous pouvions dire que le droit de cité était acquis à l'enfant: 1° au lieu de sa naissance, ou 2° au domicile des parents au temps de la naissance, ou 3° enfin au lieu d'origine de la mère.

Le premier système: Droit de cité au lieu de naissance de l'enfant. Nous ne pouvons l'admettre puisque nous vous proposons de ne pas admettre le lieu de naissance en Suisse comme condition de l'incorporation, mais qu'un enfant peut être incorporé même s'il est né à l'étranger, à condition que les parents soient domiciliés en Suisse. Cette méthode n'est donc pas possible.

Le deuxième système: Droit de cité au lieu de domicile, entraîne des conséquences désagréables, semblables à celles que j'ai eu l'honneur de vous exposer tout à l'heure à propos du réquisit de la naissance en Suisse. Les parents peuvent choisir librement le lieu de leur domicile au moment de la naissance de l'enfant. Naturellement, s'ils en ont le moyen — et cela se présentera assez facilement — ils éliront leur domicile aux approches du temps de la naissance, dans la commune qui pourra leur offrir les plus grands avantages au point de vue général et en particulier au point de vue de l'assistance publique.

On arrivera ainsi à cette conséquence que certaines communes qui ont une situation agréable soit au point de vue des droits bourgeoisiaux soit au point de vue des autres avantages que la commune peut offrir à ses ressortissants, seront inondées de ces allogènes et leur situation financière deviendra très pénible.

En disant que nous voulons que le droit de cité soit acquis à l'enfant là où la mère le possédait en Suisse, nous évitons ce gros inconvénient. Le lieu d'origine de la mère nous paraît être le seul qui aboutisse à une solution normale et nous voyons dans cette règle élevée à la hauteur d'un principe constitutionnel les avantages suivants:

Tout d'abord l'unité du lieu d'origine pour la famille. Avec l'autre système, il pourrait se produire par exemple ceci: Un tonnelier, d'origine allemande, habitant Frauenfeld, épouse une Argovienne. Là naît un enfant. Cet enfant devient originaire de Frauenfeld. Ce tonnelier se déplace et vient à Zurich. Ici naît un nouvel enfant. Ce second enfant sera Zuricois. Nouveau déplacement pour Genève et là encore troisième enfant qui sera Genevois. Poussons plus loin et prévoyons un nouvel établissement dans le Tessin avec naissance d'un quatrième garçon par exemple. Ce fils sera Tessinois. Voyez-vous, à l'école ou au service militaire, quand on demandera aux différents membres de cette famille: D'où êtes vous? L'un répondra: de Frauenfeld; le second: de Zurich; le troisième: de Genève et enfin le dernier: de Lugano! Vous voyez l'inconvénient de ce système. Cette solution détruirait l'unité de la famille. C'est pourquoi nous vous recommandons d'adopter notre proposition, à ce point de vue-là.

Ensuite, de par cette unité et par le fait même de cette unité, nous créons de la clarté et de la précision en disant, dans la Constitution, que l'enfant incorporé est attribué au lieu d'origine de sa mère.

Enfin, tout en évitant l'arbitraire qui a été signalé tout à l'heure — ce qui plus est —, cette solution a pour elle un fondement tout à fait naturel. Nous fondons en effet le droit de cité dans le jus sanguinis; la mère étant de filiation suisse, nous disons que toute sa progéniture aura le même droit de cité que celui de la mère elle-même avant son mariage. Pour ce motif également, nous vous recommandons notre proposition.

Il pourrait en résulter un inconvénient, en cas d'assistance. Le système du lieu d'origine de la mère peut faire que telle commune d'un canton intérieur se trouvera mise à contribution pour assistance d'enfants incorporés, mais domiciliés dans un canton frontière. L'objection a quelque chose de fondé. Toutefois, l'alinéa 6 du projet y porte remède, en ce sens que les dépenses incombant aux communes pour l'assistance de ressortissants incorporés seront supportées pour la moitié au moins par la Caisse fédérale. L'inconvénient que l'on redoute est ainsi largement compensé.

Pour tous ces motifs, j'ai l'honneur de vous recommander le maintien de la proposition du Conseil national de février 1926: fixation, dans la Constitution, du droit de cité d'enfants incorporés au lieu d'origine de la mère.

Sigg: Verzeihen Sie zunächst meine Unwissenheit in bezug auf den Geschäftsgang. Ich bin der Meinung, daß, wo eine Differenz mit dem Ständerat besteht, uns die Möglichkeit gegeben ist, auf den Artikel im

ganzen zurückkommen, ihm eventuell eine neue Gestalt zu geben, ihn auch in seinen Grundlagen zu ändern. Diese Auffassung scheint nicht die Auffassung des Herrn Präsidenten der Kommission zu sein. Aber da ich einstweilen keine Bestimmung, die dem entgegenstände, im Geschäftsreglement und im Gesetz über den Geschäftsgang zwischen den beiden Räten gefunden habe, möchte ich mir die Freiheit nehmen, doch auf den Artikel in seinem ganzen Zusammenhang zurückkommen. Ich darf das vielleicht tun, weil ich ein « Nachgeborener » bin. Die Vorlage quält den Rat schon sechs Jahre und es ist nicht mein Verschulden, daß ich nicht früher hierher gekommen bin, nicht von Anfang an an den Beratungen teilgenommen habe. Ich möchte Sie an den Ausgang der ganzen Vorlage erinnern. Mir wollten der Ueberfremdung wehren. Mir scheint, daß jetzt im letzten Augenblick notwendig sei, darauf hinzuweisen. Wir sind im Begriffe, dem Volke ein Messer in die Hand zu drücken, um sich von der Ueberfremdung loszuschneiden, aber leider ein Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt. Ausgangspunkt der Initianten, insbesondere des Herrn Dr. Bollinger, Stadtschreiber in Zürich, war, Ausländerkinder, die hier in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind, unsere Schulen genossen und sich vollständig mit uns assimiliert haben, kraft Gebietshoheit zu Schweizern zu machen. Sie verdienen durchaus das Vertrauen, das man nicht ohne weiteres in ihre Eltern setzen kann, da die Eltern immer, auch wenn sie schon lange bei uns wohnen, doch eine gewisse, in Krisenzeiten gefährliche Anhänglichkeit an ihr Herkunftsland bewahren. Wir sind ja alle Zeugen dieser Vorgänge jüngster Vergangenheit gewesen. Die Kinder, die hier aufgewachsen sind, dem Einfluß unseres Milieus unterstanden, die sollen Schweizer werden, auch wenn sie der Geburt nach Ausländer sind. Wir müßten sie ohne viele Umstände zu Schweizern machen. Davor aber hat man nun allmählich wieder Angst bekommen, und darum quält man sich mit dieser Vorlage ab, von der Stück um Stück des Guten abbröckelte. Was jetzt geboten wird, ist meiner Ansicht nach weniger als nichts. Sie vertrauen der Mutter, der Schweizerin, daß insbesondere sie ihren Einfluß geltend machen werde auf das Kind, in ihm schweizerisches Empfinden wecke. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß diese Fassung, die jetzt vom Ständerat und vom Nationalrat beschlossen werden will, auf die praktischen Verhältnisse keine Rücksicht nimmt. Wo haben wir die größte Ausländernot? Welche Kantone unterliegen der Ueberfremdung am meisten? Die Grenzkantone. Es ist das das ganze Rheingebiet, der Osten und nachher wieder zum Teil der Süden. Wir haben dieselben Vorgänge im Kanton Tessin, im Westen in den Kantonen Genf, Neuenburg usw., ausgesprochen aber in der Nordostschweiz. Da bestehen Wechselwirkungen in der Wirtschaft. Schweizer gehen hinüber, Deutsche kommen herein, arbeiten eine zeitlang in der Schweiz, gehen wieder hinüber. Die Deutschen, die nach Emmishofen, Arbon usw. kommen, bündeln mit Schweizerinnen an, im Hause, im Kino, auf den Tanzböden usw. Beide finden schließlich, der liebe Gott habe sie für einander bestimmt und sie heiraten. Diese Leute wollen in der Schweiz bleiben, insbesondere dringt die Frau darauf, in der Schweiz bleiben zu können. Die wirtschaftlichen Verhältnisse

sind aber stärker, die Arbeit hört mit einem Male auf, wie die Krisis in unseren Grenzkantonen mit aller Deutlichkeit zeigt, und so dringt der Mann, der Ausländer, darauf, nach Deutschland hinüber zu gehen, weil dort der Arbeitsmarkt ein günstigerer sei. Die Frau muß wohl oder übel folgen, auch das Kind wird natürlich mitgenommen. Die Verhältnisse gestalteten sich dann so, dass das hier in der Schweiz geborene Kind, weil die Mutter Schweizerin war, das Schweizerbürgerrecht besitzt, aber gerade in den Jahren, wo die äußeren Einflüsse: Jugendgefährten, Schule, Verkehr im Elternhause, usw. den inneren Menschen formen, in einer ganz andern Umgebung lebt, um später uns fremd in die Schweiz zurückzukehren. Sollen das nun die Schweizerbürger sein, die imstande sind, der Ueberfremdung zu wehren? Ich möchte daher auf die Eingabe zurückkommen, die von der Vereinigung schweizerischer Republikaner an uns gelangt ist. Nur die Ausländerkinder sollen eingebürgert werden, die die gestaltenden Jugendjahre in der Schweiz verbringen. Nur dann haben wir die Bürgerschaft, daß sie Schweizer werden. Was nützen sie uns, wenn sie ganz dem Einfluß des Auslandes unterliegen? Sie werden erleben — dies zur formellen Seite der Angelegenheit —, daß, wenn die Verfassungsrevision auch durchgeht, das später folgende Gesetz keine Gnade findet. Dann haben wir einige bloß transitorische Bestimmungen mehr dauernd in der Verfassung. Gescheiter wäre es, sich jetzt ein Herz zu fassen und die Sache nicht erst der Gesetzgebung zu überlassen, sondern diese Einbürgerung gleich im Verfassungsartikel selbst festzulegen, Ich möchte Ihnen das, wenn Sie es formell zulassen, beantragen, etwa folgendermaßen: « In der Schweiz geborene und aufgewachsene Kinder von Ausländern werden mit zurückgelegtem 18. Altersjahr kraft Gebietshoheit Schweizerbürger. » Dann wollen wir nachher uns darüber aussprechen, ob nicht, einem zweiten Wunsche der Vereinigung der schweizerischen Republikaner folgend, zu bestimmen wäre, daß Einkaufsgebühren nicht mehr erhoben werden dürfen. Es soll mit dem Schweizerbürgerrecht nicht mehr wie früher ein Geschäft gemacht werden können. Stimmen Sie diesen Aenderungen zu!

von Arx, Berichterstatter: Ich gehe mit Herrn Nationalrat Sigg darin einig, daß die Vorlage, die einst eine Fanfare war, fast zur Schamade geworden ist. Vor 6 Jahren hat die Fahne freudig im Winde geflattert, während wir sie heute eingerollt tragen. Warum diese Entwicklung? Sie war die Folge der großen Widerstände, die wir im Volke und zumal im Ständerate wahrnehmen mußten. Diese haben uns gezwungen, die Vorlage einzuschränken. Da macht nun Herr Sigg den Vorschlag, auf die ursprüngliche Vorlage zurückzukommen. Er will alle Kinder von Ausländern einbürgern, die in der Schweiz geboren worden sind. So weit ging die erste Vorlage des Bundesrates. Dann kommt von Herrn Sigg sonderbarerweise eine Einschränkung. Er beruft sich dabei auf die Eingabe eines Verbandes, die Sie gestern zu Gesicht bekamen. Es ist der Verband schweizerischer Republikaner, der sich den Kampf gegen die Ueberfremdung zur Aufgabe gemacht hat. In der Eingabe wird vorgeschlagen, daß man diesen Kindern die Staatsangehörigkeit der Schweiz erst zubilligen kann, wenn sie das Alter der Mündigkeit erlangt haben. Was

bedeutet das? Es kommt auf eine Art Option heraus. Nun haben wir im Rate eine lange und scharfe Debatte geführt über diese Option. Es war ein Kampf, der infolge des Eingreifens des Herrn Gaudard fast homerische Form annahm. Wir haben die Option zum Glück abgelehnt. Wir verlangen, daß die Kinder, die wir einbürgern, von Anfang an als Schweizerbürger in Schweizersinn und Schweizerart aufwachsen und daß über die Staatsangehörigkeit kein Zweifel offen bleibt. Diese Frage ist entschieden und eine Differenz besteht nicht mehr. Die Sachlage ist klar. Jetzt will Herr Sigg in lobenswertem Bestreben eine Anregung von großer Tragweite aufwerfen, wo keine Differenz mehr besteht. Der Rat ist nicht befugt, diese Anregung zu behandeln. Im übrigen habe ich die Meinung, daß die Anregung des Herrn Sigg statt mehr, weniger bringen würde. Ich empfehle Ihnen daher, den Antrag des Herrn Sigg abzulehnen.

M. le Président: M. Sigg est prié de donner sa proposition par écrit.

M. Morard, rapporteur: Vous avez entendu la proposition de M. Sigg. Sur le fond, nous en avons déjà discuté lors des délibérations antérieures, soit au sein de différentes commissions, soit au sein des conseils.

Par conséquent, je ne perdrai pas de temps à répéter les arguments qui ont prévalu contre leur adoption. Au point de vue formel, les propositions sont informes. On ne peut plus discuter que les divergences entre les décisions du Conseil national et celles du Conseil des Etats.

Je vous propose d'écarter les propositions de M. Sigg.

M. Motta, conseiller fédéral: Je partage complètement l'avis de MM. les rapporteurs de la commission, qu'il n'est pas loisible au Conseil national de revenir sur la question que soulève la proposition de M. le conseiller national Sigg. Je tiens à lui rappeler — peut-être n'était-il pas membre du Conseil national au moment où les premières propositions étaient déposées ici par le Conseil fédéral — que l'idée qui est à la base de sa proposition a été l'objet d'une discussion prolongée, d'abord dans le sein des commissions, aussi bien du Conseil national que du Conseil des Etats, et ensuite dans les séances des deux Conseils.

M. le rapporteur de langue allemande disait tout-à-l'heure qu'au début les propositions que le Conseil fédéral avait présentées, avaient l'air d'une grande chose. Il a comparé cette proposition à un son de fanfare dont les tons se sont abaissés après les délibérations des conseils. Le projet du Conseil fédéral s'est en effet un peu retiré en lui-même et il n'en reste plus grand chose. Cependant, je dois à la probité de la discussion de reconnaître que si le projet d'aujourd'hui est moins grandiose, s'il contient moins de chose, s'il a l'air très réduit, il a cependant un avantage très considérable et décisif à mes yeux: il porte en lui des chances de vie. Il porte en lui — du moins je l'espère — la chance d'être approuvé par le vote des cantons et du peuple, alors que l'expérience m'a démontré que le projet primitif, tel que le Conseil fédéral l'avait présenté, n'avait, hélas, que très peu de chance d'être accueilli dans le vote populaire à cause des nouveautés considérables qu'il contenait. J'en ai fait l'expérience avec le Conseil des Etats. Il m'a fallu, je m'en souviens,

presque lui arracher le vote d'entrée en matière. Le Conseil des Etats s'est rangé à une partie des raisons du Conseil fédéral, mais à une partie seulement. J'ai dû défendre devant la commission du Conseil national l'idée qu'il valait mieux réduire le projet pour en garantir le succès et la vie.

Cependant, même le Conseil fédéral n'était pas allé aussi loin que M. Sigg le proposait tout-à-l'heure et qu'une association nous le demandait dans une pétition distribuée aux membres de votre Conseil. Le projet primitif du Conseil fédéral prévoyait la possibilité de déclarer Suisse *jure soli*, c'est-à-dire par droit d'incorporation, les enfants d'étrangers nés en Suisse d'une ancienne Suisseuse ou de parents dont l'un au moins était né en Suisse. Le Conseil des Etats n'en a pas voulu. Il aurait repoussé tout le projet si nous avions voulu maintenir cette idée. Vous avez cédé à votre tour.

Aujourd'hui, la seule question que vous avez à débattre est celle-ci: Voulez-vous que l'enfant né de la mère devenue étrangère par mariage, mais ancienne Suisseuse, soit incorporé dans la commune d'origine de la mère ou bien voulez-vous laisser à la législation la liberté de choisir le lieu de l'incorporation? On pourrait en effet choisir la commune du lieu de la naissance ou celle du domicile ou celle de l'origine de la mère. Le Conseil des Etats s'est placé sur le terrain de la liberté de la législation. Votre Conseil a estimé qu'il fallait dans l'article constitutionnel déclarer très nettement où l'enfant devait être incorporé. Par analogie avec ce qui arrive dans le cas de la réintégration de la veuve ou de la femme divorcée avec ses enfants, il valait mieux choisir le lieu d'origine de la mère.

Je ne voudrais pas prendre dans ce débat entre les deux Conseils une position trop nette et trop précise. Je tiens à sauvegarder la liberté de vos délibérations et il ne s'agit pas à mes yeux d'une question essentielle. Toutefois, je penche en faveur de la solution du Conseil national. Je crains que lorsque l'oeuvre sera exposée aux marées de la discussion populaire on ne puisse déduire de l'incertitude quant au lieu où l'enfant sera incorporé un argument contre la révision constitutionnelle. C'est pourquoi, tout en ne me figeant pas dans cette attitude, je crois que vous feriez bien d'adhérer au vote proposé par la majorité de votre commission.

Permettez-moi encore une remarque d'ordre général. Tout-à-l'heure M. Sigg déclarait que l'association qui a présenté la pétition dont j'ai parlé avait raison de demander que l'enfant devînt Suisse au moment de sa majorité. Profonde erreur! à mon avis, faute irréparable! Quel est le but que nous poursuivons? C'est l'assimilation de l'étranger. Or, comment voulez-vous que l'enfant qui ne naît pas Suisse et qui jusqu'à vingt ans demeure dans l'incertitude sur son droit de cité, qui, pendant tout son écolage, son adolescence, à l'aube de sa jeunesse, ne sait s'il sera Suisse ou Allemand ou Français ou Italien, comment voulez-vous que cet enfant s'emprenne des idées suisses? Ce qu'il y a d'essentiel, c'est que l'enfant doit naître Suisse et que pendant toute sa carrière il sache qu'il doit être Suisse et puisse ainsi se pénétrer de nos moeurs et de nos idées. A vingt ans la question se posera de son droit d'option. Cette question est réservée; vous l'avez débattue au sein de ce Conseil. Mais il ne faut pas que jusqu'à sa majorité l'enfant demeure dans l'incertitude sur son droit de cité.

M. le **Président**: La Commission estime que la proposition de M. Sigg n'est pas recevable. Il n'est donc pas nécessaire de la mettre en discussion, attendu que nous ne pouvons discuter en ce moment que des amendements.

M. Sigg maintient-il sa proposition?

Sigg: Ich halte meinen Antrag aufrecht.

M. le **Président**: Alors, je ferai voter l'Assemblée, bien que ce soit en somme contraire à la loi sur les rapports entre les Conseils.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Sigg

Minderheit

Ziff. 4.

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Biffer.

von Arx, Berichterstatter: Im Absatz 4 hat der Ständerat einen Gedanken niedergelegt, an dem er mit ganz besonderer Liebe festhält. Es soll auch den Eltern jener Kinder, die Schweizerbürger werden, die Türe zu unserer Staatsbürgerschaft geöffnet werden. Zuerst wollte man diesen Eltern ein Recht auf die Einbürgerung einräumen, vor dem starken Widerstand aber, der aus dem Nationalrat kam, beschränkte man die Bestimmung darauf, daß diesen Eltern der Erwerb des Bürgerrechtes «zu besonderen Bedingungen» ermöglicht werden soll. Was war unter der Formel «Besondere Bedingungen» zu verstehen? Daß der Bund durch Ermäßigung der Beiträge und Erlaß der Gebühren den Erwerb des Schweizerbürgerrechtes erleichtere? Oder daß der Bund, über Gemeinden und Kantone hinweg die Einbürgerung verfügen dürfe? So wenig und so viel konnte darunter verstanden werden. Der Nationalrat hat diese Bestimmung, die so undeutlich lautete, schlechthin abgelehnt. Dabei wurde die Meinung ausgesprochen, daß der Bund ohnehin gemäß der allgemeinen Befugnis zur Gesetzgebung über die Einbürgerung nach Abs. 2 der Vorlage, die Ermächtigung besitzt, im Ausführungsgesetz für die Eltern der Kinder, die eingebürgert werden, die Beiträge zu erlassen oder die Gebühren zu ermäßigen. Der Ständerat hat nunmehr eine neue Formel aufgestellt: Es soll der Bund die Befugnis erhalten, den Eltern dieser Kinder, die eingebürgert worden sind, die Einbürgerung zu erleichtern. Wenn man diese Formel liest, so denkt man an die Gewährung von Beiträgen und die Ermäßigung von Gebühren. Vom Referenten im Ständerat wurde jedoch ausgeführt, daß man hierunter auch noch etwas anderes verstehen könne. Es erscheine als ein Gebot der Humanität, sagte er, daß unter bestimmten Verhältnissen Ausländer, deren Kinder das Schweizerbürgerrecht erhalten, ebenfalls das Bürgerrecht der gleichen Gemeinde unter besonderen Bedingungen erhalten können. Der Bund soll also die Befugnis zur Einbürgerung der Eltern bekommen. Damit wird die Bestimmung wieder aufgenommen, die der Nationalrat unannehmbar gefunden hat. Wo man durch die Türe nicht Einlaß gefunden hat, will man noch durch

ein Fenster hinein gelangen. Es geht diese Auslegung, welche im Ständerate vorgebracht wurde, wenn man genau umsieht, auch gegen den Wortlaut der Bestimmung selber. Erleichtern kann man, was im Prinzip schon möglich ist. Nun will man im Ständerat ein neues Rechtsprinzip schaffen, nämlich die Befugnis des Bundes zur Einbürgerung der Ausländer-Eltern. Die Kommission des Nationalrates beantragt Ihnen, um nicht eine Bestimmung in die Verfassung aufzunehmen, die offensichtlich von vorneherein zu Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung Anlaß geben würde, an der Streichung des Absatzes 4 festzuhalten.

M. Morard, rapporteur: A l'al. 4, le Conseil des Etats a jugé à propos de reprendre une idée que votre conseil avait supprimée et il demande qu'on facilite la naturalisation des étrangers de bonne réputation dont les enfants sont naturalisés en vertu de l'al. 3 que nous venons de commenter.

Votre commission unanime vous propose de biffer cette nouvelle proposition et de maintenir celle que le Conseil national a prise en date du 18 février 1926.

Nous estimons qu'il est contraire au principe de la naturalisation et que nous venons de consacrer par nos délibérations d'introduire une facilité spéciale pour les parents, à être naturalisé. Cette idée ne s'adapte pas avec celles que nous avons admises comme essentielles et en particulier celle consistant à dire que nous n'incorporons que les gens qui sont assimilés, c'est à dire qui sont Suisses, par l'éducation et par les mœurs et les coutumes qu'ils ont adopté. Ce que nous voulons encore une fois, c'est nationaliser certains allogènes. Avec le système du Conseil des Etats, nous allons au delà de ce but, ce qui, du point de vue national, peut être dangereux. En effet, Messieurs, les parents, particulièrement le père qui sera étranger — la mère est d'origine Suisse — aura sans doute la plupart du temps, conservé dans sa mère-patrie des attaches; il en aura gardé les conceptions. A un certain âge on n'abandonne pas volontiers les idées que l'on a eues dans sa jeunesse. Nous pensons que cette nouvelle notion ne cadre pas avec la ratio legis du projet, et qu'elle la dépasse.

Si l'on veut vraiment faire quelque chose en faveur des parents des enfant incorporés, ce n'est pas à la législation fédérale, mais au droit cantonal qu'il faut le demander. Le but de la revision n'est pas de battre en brèche la législation cantonale, mais simplement de favoriser l'assimilation d'éléments allogènes assimilables. En allant au delà, nous empiétons sur la législation cantonale et nous créons un système de faveur jusqu'ici inconnu. Nous irions même jusqu'à créer en faveur des parents un droit à être naturalisé. C'est aller à l'encontre de l'idée que l'on se fait en Suisse du droit de naturalisation. Il n'existe pas en Suisse de droit à être naturalisé. Le droit à la naturalisation demeure de la compétence des cantons. Nous ne pouvons pas admettre que la Confédération oblige un canton ou une commune, en dehors des cas d'incorporation, de réintégration, et de heimatlosat à accueillir un citoyen dans sa bourgeoisie. Nous ne pouvons pas admettre surtout que la Confédération crée un droit spécial à la naturalisation en faveur de certaines personnes. La commission est unanime sur ce point

pour vous proposer de ne pas admettre la manière de voir du Conseil des Etats.

Gestrichen. — *Biffe.*

Ziff. 6.

Antrag der Kommission.

⁶ Die auf Grund dieser Bestimmungen eingebürgerten Personen haben die Rechte eines Gemeindebürgers, mit der Einschränkung, daß sie keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern erhalten, soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht anders ordnet. Der Bund übernimmt bei den Einbürgerungen, die bei der Geburt erfolgt sind, bis zum vollendeten 18. Altersjahr der Eingebürgerten wenigstens die Hälfte der den Kantonen und Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten. Einen gleichen Anteil übernimmt er bei Wiederaufnahmen in das Bürgerrecht und bei Einbürgerungen Heimatloser während der ersten zehn Jahre nach der Aufnahme in das Bürgerrecht.

Proposition de la commission.

⁶ Les personnes incorporées en vertu des présentes dispositions jouissent des mêmes droits que les autres ressortissants; elles n'ont cependant aucun droit aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, à moins que la législation cantonale n'en dispose autrement. La Confédération prend à sa charge au moins la moitié des dépenses d'assistance que les personnes incorporées lors de leur naissance occasionnent aux cantons et aux communes, jusqu'à l'âge de dix-huit ans révolus. Il en est de même en cas de réintégration dans le droit de cité et en cas de naturalisation d'heimatlozes pendant les dix premières années qui suivent la réintégration ou la naturalisation.

von Arx, Berichterstatter: Abs. 6 enthält zwei Differenzen. Die erste Differenz betrifft die Bemessung der Beiträge, die der Bund an Kantone und Gemeinden zu leisten hat, wenn später die Unterstützung bei der Geburt eingebürgerter Kinder nötig wird. Der Ständerat hält daran fest, daß der Mindestbeitrag auf die Hälfte anzusetzen sei. Der Nationalrat wollte auf zwei Dritteile gehen. Die Kommission des Nationalrates beantragt, hierin dem Ständerat zuzustimmen. Die Differenz erscheint als nicht von großer Bedeutung; denn es ist bloß vom Mindestansatz die Rede, über den der Bund hinausgehen wird, wo ein Bedürfnis es rechtfertigt.

Die zweite Differenz betrifft nur eine Frage der äußern Fassung. Die Vorlage sieht Beiträge des Bundes auch bei Einbürgerungen Heimatloser vor, seien es Findelkinder oder Leute, die durch widriges Schicksal ihre Staatsangehörigkeit verloren haben. Der Ständerat hat nun die Einschränkung beigefügt, daß die Beiträge des Bundes «in besonderen Fällen» zu leisten seien. Damit wollte er die Beiträge des Bundes ausschließen, wo schriftenlose Ausländer infolge der Lässigkeit der Behörden in Kanton oder Bund nicht mehr ausgewiesen werden können und am Ende eingebürgert werden müssen. Der Nationalrat hielt diese Einschränkung für überflüssig, weil Ansprüche der Gemeinden oder Kantone in solchen Fällen gegen Treu und Glauben, die auch im Staatsrecht gelten, verstoßen würden. Zudem fand man die Formel der Einschränkung als vollständig unklar.

Der Ständerat hat an seiner Formel festgehalten, nachdem er vergeblich versucht hatte, eine deutlichere aufzustellen. Die Kommission des Nationalrates beantragt Ihnen wiederum die Streichung der unnötigen und ohne besondere Belehrung durch Eingeweihte unverständlichen Formel. Dabei besteht die Meinung, daß im Ausführungsgesetz, wo die Einzelheiten zu regeln sind, der Anspruch auf den Beitrag des Bundes in Fällen, wo ein Verschulden von Kanton und Gemeinde vorliegt, ausdrücklich ausgeschlossen werden soll. Bei dieser Aussicht sollte man sich im Ständerat beruhigen können.

M. Morard, rapporteur: L'al. 6 comporte quelques petites divergences avec le Conseil des Etats. Vous verrez qu'elles ne sont pas importantes. Cependant, il en est une qui peut avoir des conséquences.

Dans votre décision de février 1926, vous aviez admis que les dépenses que les cantons et les communes devaient faire en cas d'assistance des personnes incorporées seraient supportées pour les deux tiers par la Confédération. Le Conseil des Etats estime qu'il ne faut pas dépasser la moitié et met dans le texte un tempérament dans ce sens, « au moins la moitié des dépenses ». La commission du Conseil national propose d'adhérer à la manière de voir du Conseil des Etats.

Il y a lieu de tenir compte de la situation financière de la Confédération et de laisser une latitude dans la fixation du chiffre exact qui devra être versé au canton sur cette base. C'est pourquoi nous vous proposons d'adopter l'idée du Conseil des Etats et de dire «... au moins la moitié des dépenses d'assistance». Au second alinéa de la dernière phrase, nous vous proposons la suppression des mots « Dans certaines circonstances spéciales ». Nous vous proposons cette suppression, parce que ces mots ne sont pas très élégants et qu'ils choquent l'esthétique qui doit tout de même subsister dans un texte constitutionnel. Cette suppression se justifie encore par la raison qu'elle ne jette pas précisément de la clarté dans le texte que nous élaborons.

Enfin, nous attirons votre attention sur le fait que l'assistance de la Confédération est acquise: 1° aux incorporés, 2° à ceux qui sont réintégrés dans le droit de cité suisse en vertu de la loi de 1903, 3° enfin aux Heimatlos incorporés à une commune suisse. Toutefois nous n'entendons pas, dans ce dernier cas, déroger à la jurisprudence admise, qui impute totalement les charges d'assistance au canton, lorsque celui-ci ou la commune du domicile du Heimatlos ont, par leur faute, omis de régulariser la situation anormale de ce dernier. Il faut réserver cette responsabilité des cantons dans le cas de Heimatlosat.

Schmid-Oberentfelden: Es ist jedenfalls irrthümlicherweise ein Minderheitsantrag der Kommission nicht gedruckt worden. Eine Minderheit der Kommission, die mit den redaktionellen Aenderungen einverstanden ist, wünscht, daß am ursprünglichen Beschluß des Nationalrats vom 18. Februar 1926 festgehalten werde. Wir erblicken in dem Beschluß des Ständerates eine Verschlechterung der Vorlage, und zwar deshalb, weil, wenn wir von zwei Dritteln auf die Hälfte hinuntergehen, die als Beitrag von Seiten des Bundes zu leisten sind, wir alle jene Bedenken, die auch gegen diese so wenig weitgehende

Vorlage in der Volksabstimmung geltend gemacht werden, stärken würden. Man wird kommen und sagen: «Das kostet die Gemeinden, die Kantone, viel Geld! Und da ist es ganz selbstverständlich, daß wir aus finanziellen Gründen gegen die Vorlage sind». Wir erblicken deshalb im Antrag der Kommissionsmehrheit und im Beschluß des Ständerates eine Gefahr für die Vorlage überhaupt. Wir sind der Meinung, daß der Bund ein so großes Interesse an der Einbürgerung und an der Assimilierung von bei uns wohnenden Ausländern hat, daß man logischerweise beim ursprünglichen Antrag bleiben sollte, wonach zwei Drittel von Seiten des Bundes zu zahlen sind. Wir stellen Ihnen also in diesem Sinne einen Antrag.

Abstimmung. — Votation.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	Minderheit

Sigg: Ich möchte Ihnen noch einen Zusatz beileben, worin bestimmt wird, daß für Einbürgerungen keine Staatsgebühr, sondern nur eine mäßige Kanzleigebühr erhoben werden darf.

Formell: Ich bin der Meinung, daß Art. 5 des Gesetzes vom 3. Oktober 1902 über den Geschäftsverkehr zwischen Nationalrat und Ständerat einen solchen Antrag noch zuläßt. Sie haben vorhin gegen mich entschieden. Ich möchte in aller Ehrfurcht darauf aufmerksam machen, daß bei solcher Auslegung des Artikels allen neu in den Rat eintretenden Mitgliedern die Möglichkeit genommen würde, an Vorlagen, deren Beratungsbeginn weit zurückliegt, mitzuwirken. Stellen Sie sich einmal vor, unser Volk würde sehend, es würde andere Personen in die Bundesversammlung entsenden, besonders in den Nationalrat, Geistesgrößen, Männer mit ganz wunderbarem Weitblick, der uns allen heute fehlt. Und diesen Volksvertretern sollte nun das Recht genommen sein, bei Gesetzesvorlagen, deren Beratung wir einleiteten, gute Vorschläge zu machen und zu verwirklichen, nur weil eine Bestimmung da ist, wonach bei einem Gesetz, wenn es bereits zwischen den Räten hin- und hergewandert ist, nicht mehr erlaubt sei, mit neuen Anträgen zu kommen? Das wäre ja ganz ungeheuerlich. In dieser Weise darf doch ein Mitglied des Rates nicht vergewaltigt werden. Ich behaupte auch, daß der Wortlaut des Art. 5 das gar nicht fordert.

Materiell nur das eine. Bis heute ist von vielen Gemeinden mit der Einbürgerung ein schimpflicher Schacher getrieben worden. Personen, die in gar keinen Beziehungen zu solchen Gemeinden standen, wurden eingebürgert, nur weil sie eine hohe Einbürgerungsgebühr erlegen konnten. Das sollte aufgehoben, und wir sollten die Gelegenheit, die sich uns jetzt bietet, ergreifen und mit einer Bestimmung, wie ich sie Ihnen vorschlage, derartigen Machinationen den Riegel stoßen. Ich empfehle Ihnen den Antrag zur Annahme.

M. le Président: Je vous propose de ne pas entrer en matière, la question étant liquidée par un vote du Conseil.

Sigg: Ich wünsche, daß der Rat darüber entscheide.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag des Präsidenten:

Mehrheit

Für den Antrag Sigg

Minderheit

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 9. Dezember 1926.
Séance du matin du 9 décembre 1926.

Vorsitz -- Présidence: M. Maillifer.

2144. Voranschlag des Bundes für 1927.
Budget de la Confédération pour 1927.

Botschaft des Bundesrates vom 26. Oktober 1926.
Message du Conseil fédéral du 26 octobre 1926.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des chapitres.

M. Balestra, rapporteur: Monsieur le Président, Messieurs les Conseillers. Le projet de budget de la Confédération pour l'année 1927, adopté par le Conseil fédéral le 26 octobre 1926 sur un ensemble de chiffres en recettes de 309,493,000 fr. et en dépenses de 323,700,000 fr. clôture avec un déficit présumé de 14,207,000 fr. Ce résultat comparativement au budget précédent signifie une amélioration d'environ dix millions.

La Commission des finances de ce Conseil, après un examen attentif, a apporté des modifications aux différents postes prévus dans le budget; ces modifications ont réduit les dépenses de 979,097 fr. et augmenté le chiffre des recettes de 4,404,021 fr. De cette façon le budget clôturera avec un déficit présumé réduit à 8,823,882 fr.

La Commission des finances est persuadée que ce déficit qu'elle prévoit pourra encore être réduit et même peut-être disparaîtra complètement si tout se passe normalement en 1927, si l'administration de l'Etat n'a pas de surprise qu'on ne peut encore prévoir aujourd'hui et s'il est procédé avec la plus stricte économie à l'emploi des crédits disponibles qui sont supérieurs aux besoins réels de l'administration; car il est plus que probable que le budget prévoit en dépenses des crédits plus que suffisants et des recettes qui doivent dépasser les prévisions. La Commission

des finances qui surveille de près la gestion financière de la Confédération a l'impression que presque partout s'est réveillé le sens de l'économie et elle estime en conséquence qu'une large tolérance dans l'établissement du budget ne nuirait pas à nos finances.

Le message du Conseil fédéral attire spécialement l'attention sur trois postes ou questions qui sont d'actualité cette année.

Quote d'amortissement de la dette 2,250,000 fr.

Depuis 1913 la dette publique n'a plus été amortie, mais il en est résulté un « crescendo » impressionnant, si bien qu'à la fin de 1926 le solde passif du compte d'état est représenté par le chiffre de 1,566,622,764 fr. 45. Ce solde passif doit être amorti. Le peuple qui a voté l'article constitutionnel du 27 juin 1919 établissant un impôt extraordinaire de guerre, a réservé le revenu à l'amortissement de la dette de mobilisation. Les exigences de notre situation financière nous ont empêché de commencer cet amortissement avant 1926; il n'aurait du reste pas été effectif aussi longtemps que les comptes d'état clôturaient avec des déficits. Le message n° 1940 du Conseil fédéral du 27 février 1925 concernant l'amortissement de la dette fédérale en 40 annuités, a été complété, d'accord avec la Délégation des finances, dans le sens d'affecter à ce but 275 millions du revenu de l'impôt de guerre. Cet impôt de guerre sera encaissé jusqu'en 1934 et fournira un premier paiement de 45 millions déjà en 1926. La Commission a également voté à l'unanimité l'approbation du plan d'amortissement comme partie intégrante du même arrêté. Très prochainement le Conseil national sera saisi de cet important tractandum et il est à prévoir que la proposition du Conseil fédéral et de notre commission sera acceptée. Il y aura certainement des réclamations au sein de votre Conseil pour accélérer davantage la réduction de la dette. D'autres, par contre, prenant en considération les souffrances et les sacrifices imposés à cette génération plaideront pour un amortissement sur une période supérieure aux 40 ans prévus.

La proposition qui vous sera faite consiste en première ligne à tenir compte de notre situation actuelle et des besoins qui sont à prévoir dans un avenir prochain, et à établir un plan qui peut être maintenu sans un effort exagéré, ce qui aurait pour conséquence inévitable, ou bien de provoquer de nouveaux déficits du compte d'état, ou bien d'occasionner un préjudiciable ralentissement de notre développement économique et industriel.

Le budget de 1927 prévoit donc une somme de 2,250,000 fr. en exécution du plan établi, bien que celui-ci ne soit pas encore formellement voté par les Chambres fédérales.

Un tel fait qui marque le départ pour une opération financière vitale et qui, espérons-le, sera maintenu, est digne de remarque et servira à notre crédit.

Majoration des traitements et salaires du personnel par suite de l'augmentation triennale, 3,300,000 fr.

La légalité de ces chiffres nous dispense de considérations spéciales. Il n'est pas sans intérêt de savoir qu'avec cette augmentation légale les dépenses de l'administration fédérale et de ses régies pour le personnel s'élèvent à 164,400,000 fr. pour 1927, à 163,000,000 fr. pour 1928, à 162,500,000 fr. pour 1929, cela, bien entendu, avec la loi actuelle.

Si on applique pour ces trois annuités la loi sur les traitements en discussion devant les Chambres,

Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Révision de l'art. 44 de la Constitution.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1926
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.12.1926
Date	
Data	
Seite	797-805
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 149

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Sommer-Session — 1927 — Session d'été

8. Tagung der 27. Amtsdauer — 8^{me} session de la 27^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet, im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.

Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.

On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Vormittagssitzung vom 10. Juni 1927.

Séance du matin du 10 juin 1927.

Vorsitz: — Présidence: M. Mallefer.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Revision de l'art. 44 de la Constitution.

Differenzen. — Divergences.

Siehe Jahrgang 1926, Seite 797. — Voir année 1926, page 797.

Beschluss des Ständerates vom 29. März 1927.

Décision du Conseil des Etats du 29 mars 1927.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats.

von Arx, Berichterstatter: Nach manchem Hin und Her zwischen Ständerat und Nationalrat stehen wir heute vor dem Abschluß der parlamentarischen Arbeit zur Revision von Art. 44 der Bundesverfassung. Es ist die Vorlage, mit einer letzten Differenz behaftet, an unseren Rat zurückgelangt, und diese Differenz betrifft bloß die äußere Fassung. Bevor wir die Vorlage aus dem Parlament in das Fegefeuer der Volksabstimmung gelangen lassen, geziemt es sich, noch mit einem Wort auf deren Bedeutung hinzuweisen.

Der ernstesten Sorge um den Bestand unseres Volkstums ist die Vorlage entsprungen. Sie wurde in einer Zeit entworfen, da in der Schweiz jeder siebente Einwohner ein Ausländer war und da man bereits

den Zeitpunkt vor sich sah, wo die Schweizer im eigenen Vaterlande zur Minderheit geworden sein mußten. Zur Abwehr dieser Landesgefahr nahm man sich vor, eine weitgreifende Reform der Einbürgerung durchzuführen. Man wollte eine Reform schaffen, durch welche das Bürgerrecht auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Man nahm in Aussicht, den gesamten Nachwuchs der Ausländerschichten, die mit unserem Lande verwachsen schienen, von Geburt an des Schweizerbürgerrechts teilhaftig zu machen, und man traute sich die Kraft zu, dieses neue Schweizer Volk auch innerlich zu Schweizern zu machen.

Die Zuversicht, welche die erste Reformvorlage erfüllt hat, wurde dann durch die Bedenken einer anders gestimmten Zeit eingedämmt. Man begann zu fürchten, daß durch die geplante weitherzige Reform Unwürdige Eingang in unseren Staatsverband erhalten könnten. Man begann zu befürchten, daß man Staatsbürger schaffen werde, welche nur dem Namen nach Schweizer seien. Man nahm auch wahr, daß etwas wie ein Zug von Fremdenfeindlichkeit durch unser Land ging. Man stellte ferner fest, daß in den letzten Jahren die Zahl der Fremden im Lande sich etwas vermindert hatte. Unter diesen Umständen kam man dazu, die Vorlage so weit einzuschränken, daß bloß noch jene Ausländerkinder bei der Geburt Schweizer werden sollten, deren Mutter von Abstammung Schweizerin war.

Aber auch in dieser vorsichtigen, eingeschränkten Form erweckte die Vorlage Abneigung und Mißtrauen, und es verlautet, daß gegen sie bereits die Aexte geschliffen seien. Sollte man sich in unserem Volk der Erkenntnis von der Nützlichkeit, von der Notwendigkeit der Vorlage wirklich verschließen können? Sollte man wännen, daß, weil der Druck der Fremdenbevölkerung im Lande etwas gewichen ist, man alles beim Alten bleiben lassen dürfe? Sollte man glauben, daß man eine Gefahr, welche einer neuen Welt- und Lebensgestaltung, einem welthistorischen Vorgang entspringt, abwehren könne, indem man sich in das Schneckenhaus des Herkommens zurückzieht? Dann würde ein Geschlecht, das nach uns kommt, gegen uns die Anklage erheben, daß wir versäumt hätten, zu handeln, als noch Zeit zum Handeln war.

Vor einigen Wochen haben wir gesehen, wie ein Nachbarstaat, Frankreich, die Gesetzgebung über

die Entstehung des Bürgerrechtes neu geordnet hat. Auch in Frankreich, das lange in stiller Abgeschlossenheit lag, sind die Wanderzüge des Fremdenvolkes eingedrungen, doch ist die Zahl der Fremden im Verhältnis noch lange nicht so groß wie bei uns in der Schweiz: sie beträgt dort ungefähr 6 % der Gesamtbevölkerung, bei uns 10 %. Unter dem Eindruck der sinkenden Geburtenziffer hatte Frankreich schon vorher den Rechtssatz aufgestellt, daß in dem Land geborene Kinder von Geburt an Franzosen sein sollen, wenn bereits der Vater im Lande geboren war. Wenn die Mutter schon im Lande geboren war, dann wurden die Kinder Franzosen mit dem Vorbehalte, das Bürgerrecht bei Erreichung der Volljährigkeit ausschlagen zu können. Und nun hat Frankreich diesen Rechtszustand durch eine Neuerung ergänzt, die in der Richtung unserer Reform liegt. Es wurde nämlich der weitere Satz beigefügt, daß die Französin, die einen Ausländer heiratet und im Lande bleibt, das Staatsbürgerrecht von Frankreich beibehält und ihre Kinder durch Abstammung Franzosen werden. Neben dieser souveränen Regelung mag uns unser Vorschlag fast als zaghaft erscheinen. In raschen Entscheidungen hat das französische Parlament die Reform durchgeführt, die es für die Sicherheit des Landes als notwendig erachtete. Unsere Vorlage hat einen weiteren Weg zurückzulegen, und am Himmel zeigen sich üble Wetterzeichen. Ich habe aber die Zuversicht, daß wenn die großen Parteien unseres Landes, in gleicher Weise für die Wohlfahrt des Staates bestrebt, das Gewicht ihres Ansehens für die Vorlage einlegen werden, ihr die Mehrheit des Volkes und der Stände in der Abstimmung nicht fehlen kann.

Die Differenz nun, meine Herren, die Sie noch zu begleichen haben, befindet sich am Schluß des Verfassungsartikels in Abs. 6 a. Sie betrifft den Satz, daß der Bund an die Unterstützungskosten, die aus der Einbürgerung Heimatloser den Kantonen und Gemeinden erwachsen, Beiträge zu leisten habe. Diese Bestimmung, welche Verhältnisse betrifft, die in einem anderen Artikel der Verfassung die Regelung gefunden haben, nämlich in Art. 68, wo die Einbürgerung der Heimatlosen vorgeschrieben wird, ist vom Ständerat dem immerhin verwandten Art. 44 aufgepfropft worden. Der Nationalrat stimmt der Bestimmung im Grundsatz zu. Einig war man in beiden Räten, daß diese Beiträge an die Unterstützungskosten vom Bund nicht zu leisten sind, wenn die Behörden von Kantonen und Gemeinden durch ihre Lässigkeit das Entstehen neuer Fälle von Heimatlosigkeit verursacht haben. Das hat praktisch das Ergebnis, daß Beiträge nach dem Bundesgesetz vom Dezember 1850, die Heimatlosigkeit betreffend, so wie es heute ausgelegt wird, nur zu leisten sind in den Fällen, wo Findelkinder eingebürgert werden. Im Nationalrat hielt man dafür, diese Einschränkung ergebe sich schon aus den auch im Staatsrecht gültigen Prinzip von Treu und Glauben. Im Ständerat war man der Meinung, daß die Einschränkung besonders in der Verfassung auszusprechen sei. Die richtige Formel für die Einschränkung aufzustellen, bereite aber Schwierigkeit. Man hat sich nunmehr geholfen, indem man in einer Art Generalklausel der Bundesgesetzgebung die Entscheidung darüber zuweist, in welchen Fällen der Bund Beiträge an die Unterstützungskosten bei der Einbürgerung Heimatloser zu entrichten habe. Diese Fassung erscheint der Kommission des Nationalrates als zweck-

mäßig. Sie wird vielleicht auch Anlaß bieten, eine Revision des Gesetzes betreffend die Einbürgerung Heimatloser vorzunehmen, das in der heutigen Fassung ein Kreuz für den Bundesrat bildet. Die Kommission beantragt Ihnen Zustimmung zum Ständerat.

M. Morard, rapporteur: Nous abordons pour la septième ou huitième fois la revision de l'art. 44 qui permet à la Confédération de légiférer en matière de naturalisation.

Je ne m'attarderai pas à faire un nouvel exposé des raisons pour lesquelles le Conseil fédéral a préparé ce projet de revision. Qu'il me soit permis de vous rappeler que ce projet est né de circonstances qui, véritablement, devaient nous amener à légiférer d'une manière précise sur les droits à la naturalisation pour résister à l'envahissement des étrangers qui s'établissent assez facilement dans notre pays.

Notre législation ne facilitait pas l'incorporation de ces étrangers et c'est ce que le projet a voulu. Il est parti d'un point de vue un peu large et les commissions des deux conseils l'ont singulièrement réduit, de sorte que nous pouvons dire aujourd'hui que ce projet, tel qu'il sort des différentes délibérations, est véritablement un minimum.

Je reconnais que même ce minimum n'est pas du gré de tout le monde et il y a, dans le camp fédéraliste, beaucoup d'opinions pour prétendre que les cantons peuvent faire ce que la Confédération veut faire. Personnellement, je ne partage pas cette manière de voir, car l'expérience nous a démontré que, dans ce domaine, les cantons restent dans le statu quo, ce qui, à un moment donné, peut être déplorable. Je me suis rangé à la manière de voir de la commission pour proposer l'entrée en matière sur le débat.

Il ne reste aujourd'hui qu'une seule divergence avec le Conseil des Etats. Celui-ci, après de nombreuses délibérations, a fini par tendre la main à la commission du Conseil national et s'est rangé à notre point de vue. Toutefois, le dernier alinéa détermine d'une manière plus précise les circonstances dans lesquelles la subvention fédérale sera accordée ensuite de l'heimatlosat. Le projet du Conseil fédéral ne précisait rien sur ce point-là. La commission du Conseil national disait que cette question était réglée par l'art. 68 de la Constitution fédérale et par la loi sur la matière de 1852. Le Conseil des Etats a tout d'abord introduit dans l'article en discussion une disposition aux termes de laquelle, non seulement la Confédération intervient financièrement en cas d'incorporation ou encore en cas de réintégration dans la naturalisation suisse de la veuve, d'orphelins, de l'épouse divorcée, mais encore dans le cas d'heimatlosat. Alors se posait une question un peu délicate. L'heimatlosat devient heureusement de plus en plus rare maintenant; il est, en général, la conséquence d'un défaut de surveillance des autorités de police inférieures, cantonales en particulier, et il ne serait pas juste de faire supporter à la caisse fédérale les conséquences financières d'un défaut de surveillance dans la situation des étrangers qui n'ont pas de nationalité propre ou qui ne sont pas ressortissants reconnus d'un Etat constitué. Aussi, la commission du Conseil national avait-elle proposé d'accorder la subvention fédérale, en cas d'heimatlosat, dans certaines circonstances spéciales seulement, laissant au législateur le soin de fixer quelles seraient ces circonstances spéciales, celles qui résultent de la faute des autorités de police inférieures allant de soi. Le Conseil des Etats a précisé et il vous

proposé d'ajouter au texte un al. 6 a dans lequel il détermine que c'est la législation fédérale qui fixera les cas dans lesquels une subvention fédérale sera accordée, lorsque, ensuite de déclarations d'heimatlosat, des communes et des cantons seront appelés à faire des dépenses qui en seront la conséquence. Votre commission estime, au fond, que ce serait à l'art. 68 de la Constitution fédérale que cette adjonction devrait être faite. Mais elle vous propose de vous ranger à l'opinion du Conseil des Etats et de liquider ainsi la dernière divergence qui subsistait entre les décisions prises par les deux Conseils. Cela paraît utile. Il est temps, en effet, que ce projet sorte des délibérations des Conseils pour être présenté au peuple suisse, qui sera le dernier juge. Espérons qu'il se déterminera dans un sens moins négatif que lors de la dernière votation. Quoiqu'il advienne, le rôle du représentant du peuple est de faire acte de législateur et, dans le cas particulier, il est indiqué de reviser l'art. 44. La revision proposée est un minimum qui semble devoir réunir tous ceux qui pensent que c'est une nécessité de sortir d'une situation de fait qui n'est plus normale.

Angenommen. Adopté.

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Nachmittagssitzung vom 13. Juni 1927. *Séance de relevée du 13 juin 1927.*

Vorsitz — Présidence: M. Maillifer.

964. Militärstrafgesetzbuch. Code pénal militaire.

(Siehe Seite 105 hiervoor. — Voir page 105 ci-devant.)

Beschluss des Ständerates vom 10. Juni 1927.
Décision du Conseil des Etats du 10 juin 1927.

Redaktionelle Bereinigung. — *Rédaction définitive.*

Keine Diskussion. — Pas de discussion.

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	117 Stimmen
Dagegen	2 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Nachmittagssitzung vom 14. Juni 1927. *Séance de relevée du 14 juin 1927.*

Vorsitz — Présidence: M. Maillifer.

1958. Verwaltungsgericht. Bundesgesetz. Cour administrative. Loi fédérale.

Botschaft und Gesetzentwurf vom 27. März 1925 (Bundesblatt II, 181). — Message et projet de loi du 27 mars 1925 (Feuille fédérale II, 193).

Beschluss des Ständerates vom 17. Juni 1926.
Décision du Conseil des Etats du 17 juin 1926.

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Klöti, Berichterstatter: Am 25. Oktober 1914 stimmten Volk und Stände mit rund 204,000 gegen 123,000 Stimmen und mit 18 gegen 4 Standesstimmen der Einfügung eines Art. 114bis in die Bundesverfassung zu, durch den für die Eidgenossenschaft grundsätzlich die Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit eingeführt wurde. Die Organisation der Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit wurde der Bundesgesetzgebung überlassen.

Der Verfassungsartikel hat imperativen Charakter. Die Bundesversammlung ist verpflichtet, ihn durch ein oder mehrere Gesetze zum Vollzug zu bringen. Es hat daher keinen Wert, heute die grundsätzliche Frage, ob ein Bedürfnis nach einem eidgenössischen Verwaltungs- und Disziplinargericht bestehe, neuerdings aufzuwerfen. Sie wäre heute noch entschiedener zu bejahen als im Jahre 1914, weil der inzwischen erfolgte Ausbau der eidgenössischen Steuergesetzgebung, besonders der Stempelsteuern, die Konfliktefälle zwischen Verwaltung und Bürger auf dem wichtigen Gebiete der öffentlichen Abgaben vermehrt hat. Es denkt denn auch heute niemand daran, an dem Entscheide von 1914 zu rütteln. Die offenen und versteckten Feinde des Ausbaues des Rechtsschutzes auf dem Gebiete des eidgenössischen öffentlichen Rechtes innerhalb und außerhalb der Verwaltung sind aber nicht ganz verschwunden. Ihrem Widerstande ist es zum Teil zuzuschreiben, daß es trotz der schon 1914 vorliegenden Vorarbeiten noch mehr als zehn Jahre dauerte, bis der Bundesrat den gesetzgebenden Räten den Entwurf eines Vollziehungsgesetzes vorlegte. Die kühle Aufnahme dieses Entwurfes beim Ständerat läßt erkennen, daß die unseres Erachtens irriige Auffassung, die Schaffung einer Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit beeinträchtigte das Ansehen und die Kraft der Landesregierung, noch manche Anhänger zählt. In den Beratungen unserer Kommission verhielten sich die Vertreter der Bauernfraktion gegenüber der Vorlage sehr reserviert, sie gaben deutlich zu verstehen, daß sie dem Gesetz nur zustimmen werden, wenn es eine möglichst einfache und mit bescheidenen Kosten verbundene Ausführung des Verfassungsartikels bringe. Die geringe Sympathie, die verschiedene Kreise dem

Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Révision de l'art. 44 de la Constitution.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1927
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.06.1927
Date	
Data	
Seite	253-255
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 217

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Revision de l'art. 44 de la Constitution.

(Siehe Seite 253 hiervor. — Voir page 253 ci-devant.)
Vorlage der Redaktionskommission vom 22. September 1927.
Projet de la commission de rédaction, du 22 septembre 1927.

Schlussabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Beschlusses-	
entwurfes	92 Stimmen
Dagegen	12 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Nachmittagssitzung vom 30. September 1927. Séance de relevée du 30 septembre 1927.

Vorsitz — Présidence: Mr. Maillefer.

1958. Verwaltungsgericht. Bundesgesetz.

Cour administrative. Loi fédérale.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 255 hiervor. — Voir page 255 ci-devant.

Art. 16.

Antrag der Kommission.

¹ Das Bundesgericht darf keiner Partei mehr zusprechen als sie verlangt hat, ausgenommen in Kriegssteuersachen. Es ist nicht an die Begründung der Rechtsbegehren der Parteien gebunden.

² Hebt es den Entscheid auf, so entscheidet es selber in der Sache oder weist die Angelegenheit zur neuen Entscheidung an die Vorinstanz zurück.

Proposition de la commission.

¹ Sauf en matière d'impôt de guerre, le Tribunal fédéral ne pourra, dans son arrêt sur le fond du litige, accorder à aucune des parties plus qu'elle n'a demandé. Il n'est pas lié par les moyens que les parties ont fait valoir.

² Lorsque le Tribunal fédéral annule la décision attaquée, il peut ou statuer lui-même sur le fond ou renvoyer l'affaire, pour nouvelle décision, à l'instance qui a déjà statué.

Klötli, Berichterstatter: Der Bundesrat und der Ständerat haben vorgeschlagen, daß das Bundes-

gericht an die Anträge bzw. an die Rechtsbegehren der Parteien gebunden sei, nicht aber an deren Begründung. Die Kommission hat gefunden, daß die strikte Bindung an die Rechtsbegehren der Parteien im Verwaltungsstreitverfahren, das sich nicht in so festen Formen bewegt wie der Zivilprozeß, sich nicht empfehle. Sie hat daher eine andere Fassung des Artikels vorgeschlagen, nach welcher der Richter keiner Partei mehr zusprechen darf, als sie selbst verlangt hat. Da die Verwaltung in diesem Verfahren Prozeßpartei ist und somit auch ihr nicht mehr zugesprochen werden kann, als was sie durch die angefochtene Verfügung verlangt hat, ist die reformatio in peius für den Beschwerdeführer ausgeschlossen. Obschon dieser Ausschluß der reformatio in peius theoretisch nicht etwa zum Wesen des Verwaltungsprozesses gehört, fand die Kommission mit dem Bundesrat und dem Ständerat, die Verwaltungsgerichtsbeschwerde verlöre zum wesentlichen Teil ihren Wert für den Bürger, wenn dieser stets riskieren müßte, daß der von ihm angefochtene Entscheid zu seinen Ungunsten abgeändert werde. Etwas anderes ist es mit den Kriegssteuersachen. Dort ist nach Art. 96, Abs. 3, 102 und 107 des Bundesbeschlusses über die neue außerordentliche Kriegssteuer eine reformatio in peius nicht ausgeschlossen. Es liegt kein Anlaß vor, jetzt noch an den Bestimmungen über die Kriegssteuer zu rütteln, weshalb ausdrücklich die Kriegssteuersachen von der Regel des Art. 16 ausgenommen werden mußten.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 16, premier alinéa, confirme la maxime évangélique: demandez et vous obtiendrez! En termes juridiques, ne eat judex ultra petita partium.

Votre commission a cherché à exprimer cette idée d'une façon plus claire que ne l'avaient fait le projet du Conseil fédéral et l'art. 16 voté par le Conseil des Etats. La rédaction que nous vous proposons s'inspire de l'art. 4 de la loi fédérale de 1850 sur la procédure civile fédérale.

Je vous signale aussi qu'au point de vue rédactionnel, les mots « en revanche » qui figurent dans le texte imprimé du projet de la commission que vous avez sous les yeux, peuvent être biffés dans la seconde phrase du premier alinéa. Ils sont superflus et votre commission propose de les laisser tomber.

D'autre part, sur proposition faite le 12 février 1927 par M. le chef du Département de justice et police, votre commission a fait une exception à la règle « ne eat judex ultra petita », en ce qui concerne les recours formés en matière d'impôt de guerre. M. le chef du Département de justice et police nous a convaincus qu'en matière d'impôt de guerre, on peut admettre ce que les juristes baptisent la « reformatio in peius ».

A cet égard, le texte que votre commission vous propose d'adopter ne fait que maintenir, pour la future cour administrative, la règle suivie jusqu'ici par la commission fédérale de recours en matière d'impôt de guerre. Mais, sous cette réserve, le Tribunal fédéral, saisi d'un recours de droit administratif, ne pourra pas, dans son arrêt au fond, sortir du cadre tracé par les conclusions des parties.

Je vous recommande d'adopter le texte français de l'art. 16, tel qu'il est proposé par la commission.

Angenommen. — Adopté.

Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Révision de l'art. 44 de la Constitution.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1927
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.09.1927
Date	
Data	
Seite	705-705
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 278

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.***Art. 70.****Antrag der Kommission.**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.***Art. 71.****Antrag der Kommission.**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.***Abstimmung. — Votation.**

Für Annahme des Gesetzentwurfes Einstimmigkeit

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)**1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung
(Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung).***Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse
(Révision de l'art. 44 de la Constitution).*Botschaft und Beschlussesentwurf vom 9. November 1920
Bundesblatt V, I). — Message et projet d'arrêté du
9 novembre 1920 (Feuille fédérale V, I).**Eintretensfrage. — Rapports généraux.****Anträge der Kommission**
vom 26. April 1923.**Bundesbeschluss**

betreffend

Revision des Art. 44 der Bundesverfassung.Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates
vom 9. November 1920, sowie einer Nachtragsbot-
schaft vom 14. November 1922,Ständerat. — *Conseil des Etats. 1923.*unter Berufung auf Art. 84, 85 (Ziff. 14), 118 und
121 der Bundesverfassung,

beschliesst:

Art. 1. Art. 44 der Bundesverfassung wird auf-
gehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:Art. 44. ¹Ein Schweizerbürger darf weder aus der
Schweiz noch aus seinem Heimatkanton ausgewiesen
werden.²Die Gesetzgebung über den Erwerb und den Verlust
des Schweizerbürgerrechts ist Sache des Bundes.³Die Gesetzgebung kann gutbeumdeten Aus-
ländern nach langem ununterbrochenem Wohnsitz
in der Schweiz das Recht auf unentgeltlichen Erwerb
des Bürgerrechts erteilen.⁴Sie kann diese Einbürgerung auch kraft Gebiets-
hoheit für die in der Schweiz geborenen Kinder aus-
ländischer Eltern verfügen, wenn die Mutter des
Kindes durch Abstammung Schweizerin war.⁵Die gemäss solchen Bestimmungen eingebürgerten
Personen geniessen im Bedarfsfall die Armenunter-
stützung wie die übrigen Bürger, dagegen haben sie
keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern,
soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht anders
geordnet hat.⁶Der Bund übernimmt bei unentgeltlichen Einbür-
gerungen gemäss Abs. 3 jeweils während der ersten
zehn Jahre und bei Einbürgerungen kraft Gebiets-
hoheit bis zum achtzehnten Altersjahre der Eingebürgerten wenigstens die Hälfte der den Kantonen
oder Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten.**Propositions de la commission**
du 26 avril 1923.**Arrêté fédéral**

concernant

la revision de l'art. 44 de la Constitution fédérale.L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,vu le message du Conseil fédéral du 9 novembre
1920, complété par le message du 14 novembre 1922;
vu les art. 84, 85 (chiff. 14), 118 et 121 de la consti-
tution fédérale,

arrête:

Article premier. L'art. 44 de la constitution
fédérale est abrogé et remplacé par la disposition
suivante:Art. 44. ¹Aucun ressortissant suisse ne peut être
renvoyé du territoire de la Confédération suisse ni
de celui de son canton d'origine.²La législation fédérale réglera l'acquisition et la
perte du droit de cité suisse.³La législation peut accorder le droit de se faire
naturaliser gratuitement en Suisse aux étrangers de
bonne réputation justifiant d'un domicile ininterrompu
de longue durée en Suisse.⁴Elle peut prévoir aussi l'acquisition du droit de
cité suisse par incorporation pour les enfants nés en
Suisse de parents étrangers, lorsque la mère était d'ori-
gine suisse par filiation.⁵Les personnes naturalisées en application des dis-
positions qui précèdent seront assistées, en cas de
besoin, dans les mêmes conditions que les autres

citoyens; elles n'auront cependant aucun droit aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, à moins que la législation cantonale n'en dispose autrement.

⁶La Confédération prendra à sa charge la moitié au moins des dépenses d'assistance que les naturalisations d'office causeront aux cantons ou aux communes, et cela pendant les dix premières années pour les naturalisations gratuites prévues au paragraphe 3 et jusqu'à l'âge de dix-huit ans pour les enfants incorporés.

Hildebrand, Berichterstatter der Kommissionmehrheit: Schon vor nahezu 15 Jahren wurde im Nationalrate unter Hinweis auf die Bedenken erregende Zunahme der Fremden in der Schweiz ein Postulat gestellt und der Bundesrat eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Einbürgerung der sesshaften und in der Schweiz geborenen Ausländer zu erleichtern sei. Dabei sei insbesondere zu prüfen die Frage der Schaffung eines vom Gemeindebürgerrecht losgelösten Indigenats sowie die der Zwangseinbürgerung der in der Schweiz geborenen Ausländer! Der erste Teil dieses Postulates wurde am 21. Juni 1910 vom Nationalrate angenommen. Schon vorher hatte sich in Genf ein kleines Initiativkomitee mit der Untersuchung befasst, wie auf gesetzgeberischem Wege der Ueberfremdung der Schweiz entgegengearbeitet werden könnte. In den Jahren 1910 bis 1912 erfolgten Anregungen abzielend auf die Bekämpfung der Ueberfremdung seitens des schweizerischen Juristenvereins, des schweizerischen Städtetages und der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Letztere befürwortet die Zwangseinbürgerung gewisser Kategorien der in der Schweiz geborenen Ausländer sowie die Erleichterung der Einbürgerung für die seit langem im Inland sesshaften Fremden. Seither wurde wiederholt und anhaltend in Wort und Schrift, in grossen Volksversammlungen oder in kleinern Kreisen auf die Gefahr der Ueberfremdung der Schweiz hingewiesen und zum Aufsehen gemahnt.

I. Angesichts all dieser Kundgebungen drängt sich in erster Linie die Frage auf: Ist denn wirklich die Ueberfremdung in der Schweiz so gross und besorgniserregend, dass dringend Massnahmen zu deren Bekämpfung nötig sind. Um das stetige Fortschreiten der Ueberfremdung nachzuweisen, hat der Bundesrat seiner Botschaft vom 9. November 1920 mehrere statistische Tabellen beigegeben, die über die Zahl der sich in der Schweiz aufhaltenden Ausländer und deren Beschäftigung und Nationalität Aufschluss geben. Gestatten Sie mir, daraus einiges hervorzuheben, denn es würde zu weit führen hier das ganze umfangreiche statistische Material der Botschaft zu verwenden.

Laut der Volkszählung vom Jahre 1850 hielten sich 71,570 Ausländer in der Schweiz auf. Die Zahl der Fremden in der Schweiz war seither bis nach der Volkszählung vom Jahre 1910 stets im Wachsen begriffen. Die Zunahme betrug in runden Zahlen laut Volkszählung von 1860 44,000, 1870 36,000, 1880 60,000, 1888 20,000, 1900 153,000 und 1910 168,000, zusammen in sechs Jahrzehnten rund 481,000; so dass sich die Zahl der Ausländer im Jahre 1910 auf 552,011 Personen belief.

Allerdings ist die Gesamtbevölkerung der Schweiz in diesen sechs Jahrzehnten ebenfalls von 2,392,740

im Jahre 1850 auf 3,753,293 im Jahre 1910 angewachsen; die Zunahme der Schweizerbevölkerung betrug in diesem Zeitraum rund 880,000.

In Prozenten berechnet machte die Zahl der Ausländer in der Schweiz 1850 2,9 % der Gesamtbevölkerung aus und stieg fortgesetzt bis auf 14,7 % im Jahre 1910.

Aus der Tabelle auf Seite 5 der Botschaft des Bundesrates vom Jahre 1920 ist sofort ersichtlich, dass in einer grossen Anzahl von Kantonen die Zahl der Ausländer ganz unbedeutend war, dann aber stetsfort gestiegen ist. Im Jahre 1850 schon waren etwas mehr als 23 % der Bevölkerung der Kantone Baselstadt und Genf Ausländer; in weitaus den meisten andern Kantonen betrug damals der Prozentsatz der Ausländer nicht einmal 2 %. Im Jahre 1910 aber machte nur noch in 12 Kantonen der Prozentsatz der Ausländer weniger als 10 % der Gesamtbevölkerung aus. Den grössten Prozentsatz der Fremden finden wir im Kanton Zürich mit 20,3 %, Baselstadt mit 37,6 %, Schaffhausen mit 23,3 %, Tessin mit 28,2 % und Genf mit 40,4 %. Auch in den Gebieten der einzelnen Kantone sind die Fremden nicht etwa gleichmässig verteilt, sondern finden sich sehr zahlreich in Grosstädten oder industriereichen Gegenden, während in andern Gebieten die Zahl der Ausländer sehr gering ist. So weisen laut Tabelle auf Seite 7 10 Städte oder grosse industriereiche Gebiete mehr als 30 % Ausländer auf, in Lugano wohnen mehr Ausländer als Schweizerbürger. Die Zahl der 1910 in der Schweiz sich aufhaltenden Deutschen betrug 219,530, die der Italiener 202,809, der Franzosen 63,708 und der Oesterreicher 41,422, der Russen 8457 und Engländer 4118.

Durch statistische Berechnungen wurde festgestellt, dass seit 1905 bis 1914 145,500 Geburten von Ausländern in der Schweiz nur 66,100 Todesfälle gegenüberstehen, so dass der durchschnittliche jährliche Geburtenüberschuss 7940 beträgt, und ferner, dass der Geburtenüberschuss der Ausländer in der Schweiz 15,8 ‰ ausmacht, gegenüber bloss 9,4 ‰ Geburtenüberschuss der Schweizerbevölkerung.

Alle diese statistisch nachgewiesenen Tatsachen liessen die Befürchtung aufkommen, dass die Zahl der Fremden in der Schweiz lediglich durch natürliche Vermehrung und sodann auch durch fortgesetzte Zunahme der Einwanderungen in einer besorgniserregenden Weise auch fernerhin zunehmen werde.

Infolge des lange andauernden Weltkrieges hat seit August 1914 eine grosse Anzahl Fremder teils freiwillig, teils gezwungen durch die Heimberufung in den Kriegsdienst die Schweiz verlassen — die Einwanderung aber wurde zeitweise schweren, früher unbekanntem Beschränkungen unterworfen. Es schien daher sehr wahrscheinlich, dass eine bedeutende Abnahme der bestehenden Ueberfremdung stattgefunden habe. Um das zu konstatieren, wünschte Ihre Kommission eine Ergänzung der Botschaft des Bundesrates an Hand der Resultate der Volkszählung vom 1. Dezember 1920.

Durch diese Nachtragsbotschaft vom 14. November 1922 konnte, gestützt auf die allerdings noch nicht vollständige Bearbeitung des Ergebnisses der Volkszählung von 1920, festgestellt werden, dass die Zahl der Ausländer in der Schweiz seit 1910 von 552,000 auf zirka 405,000 und der Prozentsatz im Vergleich zur Gesamtbevölkerung von 14,7 % auf 10,4 % zurück-

gegangen ist. Laut der Tabelle auf Seite 2 der Nachtragsbotschaft im Vergleich zu derjenigen auf Seite 5 der ersten Botschaft ist bei sämtlichen Kantonen eine teilweise beträchtliche Abnahme des Prozentsatzes der Fremden zur Gesamtbevölkerung zu verzeichnen. Wir wollen nur folgende Zahlen herausgreifen:

	Im Jahre 1920	Im Jahre 1910
Kanton Zürich	13,8 %	20,3 %
Kanton Baselstadt . .	27,2 %	37,6 %
Kanton Tessin	21,9 %	28,2 %
Kanton Genf	30,7 %	40,4 %

Allerdings bedeutet auch die Fremdenziffer von 10,4 % noch eine im Verhältnis unserer Nachbarstaaten als anormal zu bezeichnende Zusammensetzung der Bevölkerung. Denn laut Botschaft von 1920 hat kein anderer Staat Europas auch nur annähernd eine so starke ausländische Bevölkerung wie die Schweiz. In Frankreich betrug der Prozentsatz der Fremden nie mehr als 3,2 % und ist gemäss Volkszählung von 1906 auf 2,7 % gesunken. In Deutschland stellte die Volkszählung von 1905 1,7 % Eingewanderte fest. In Oesterreich machen die Ausländer 2,1 %, in Italien 2 %, in Belgien 3,1 % der Gesamtbevölkerung aus.»

Der Sprechende teilt allerdings die Ansicht eines Kommissionsmitgliedes, das den Vergleich mit dem Ausland nicht als zutreffend erachtet. Denn man kann grosse kompakte Staaten nicht mit unsern kleinen Lande in Vergleich ziehen, das schon wegen seiner drei Nationalsprachen mehr als andere Staaten einen Anziehungspunkt zur Einwanderung bildet und eigentlich fremder Arbeitskräfte bedarf, während das bei einzelnen der uns umgebenden Staaten nicht der Fall ist.

Aber auch wenn man die eigenartigen Verhältnisse der Schweiz in Betracht zieht und auf Vergleiche mit der Zusammensetzung der Bevölkerung anderer Staaten wenig Gewicht legt, so muss doch anerkannt werden, dass wirklich in der Schweiz eine Ueberfremdung auch nach Massgabe des Ergebnisses der letzten Volkszählung besteht, jedoch nicht etwa in der ganzen Schweiz, sondern nur in einigen Teilen derselben, und zwar hauptsächlich in einigen Grenzkantonen, einzelnen Großstädten und in grossen industriereichen Ortschaften. In grossen Gebieten des Schweizerlandes, in denen vorherrschend Landwirtschaft oder Alpwirtschaft betrieben wird, halten sich sehr wenig Fremde auf — es sei denn, dass sie sich vorübergehend zum Kurgebrauch dorthin begeben. Es ist daher nach Ansicht des Sprechenden etwas übertrieben, wenn von einer allgemeinen Ueberfremdung in der Schweiz gesprochen wird; unbestreitbar ist aber, dass in einzelnen Großstädten und Industriegebieten, besonders aber in einigen Grenzkantonen die Zahl der Ausländer anormal hoch ist und sogar die Zahl der schweizerischen Bevölkerung nahezu erreicht. Auch die Befürchtungen, dass die Zahl der Fremden nach Eintritt geordneter Verhältnisse wieder zunehmen werde, entbehren nicht einer gewissen Berechtigung.

II. Von Interesse ist es, zu untersuchen, welches die Ursachen seien, die wesentlich zu einer solchen Ueberfremdung in der Schweiz beigetragen haben.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat die Industrie — insbesondere die Grossindustrie — in der Schweiz eine so rasche Entwicklung genommen, dass die

Arbeitskräfte des Schweizervolkes nicht genügen, um allen Anforderungen zu entsprechen. Zudem zeigt die landwirtschaftliche Bevölkerung der Schweiz wenig Geneigtheit, sich für Arbeiten in geschlossenen Fabrikräumen anwerben zu lassen. Das hatte zur Folge, dass Arbeitskräfte aus dem Ausland zuzogen, um bessern Verdienst zu finden als in ihrem Heimatlande, und dass Industrielle sich bemühten, fremde Arbeiter zu erhalten, weil sie billigere Forderungen stellten als einheimisches, an eine bessere Lebenshaltung gewöhntes Personal. Dazu kommt, dass die Schweizer für gewisse Arbeiten, wie zum Beispiel Tunnelbauten, grosse Erdbewegungen, da weniger gut geeignet sind als Ausländer, oder dass die Schweizer ein Vorurteil gegen einzelne Berufsarten, z. B. das Maurergewerbe, haben und dazu der Hauptsache nach Ausländer beigezogen werden. Insbesondere sind bei grossen Bahnbauten in der Schweiz von jeher Ausländer, und zwar meistens Italiener beschäftigt worden. So ersehen wir aus der Statistik über die Volkszählung vom Jahre 1880, dass im Kanton Uri der Prozentsatz der Ausländer, der vorher nicht einmal 1 % ausmachte, auf 26,7 % gestiegen ist. Das ist einzig dem Zuzug von Italienern anlässlich der Bauten der Gotthardbahn zuzuschreiben. Schon bei der Volkszählung im Jahre 1888 war diese Ueberfremdung im Kanton Uri wieder fast ganz verschwunden und der Prozentsatz auf 3,7 % zurückgegangen.

Auch die Entwicklung der Fremdenindustrie hat wesentlich zur Ueberfremdung beigetragen, indem ein grosser Teil des Hotelpersonals aus Ausländern besteht.

Sodann sind die Naturschönheiten unseres Landes und alle die Vorteile, die Ausländer gemäss den bestehenden Niederlassungsverträgen in der Schweiz geniessen, geeignet, Fremde zum dauernden Aufenthalt in der Schweiz zu bewegen. Da sie in verschiedenen Beziehungen besser gestellt sind als die Schweizerbürger, finden sie sich nicht veranlasst, das Schweizerbürgerrecht zu erwerben.

III. Nachdem nun einzelne der Ursachen der Ueberfremdung hervorgehoben worden sind, ist die Frage zu prüfen, ob die in einzelnen Gegenden der Schweiz sich erzeigende massenhafte Ansammlung ausländischer Elemente mit wesentlichen Nachteilen für unser Heimatland verbunden sei. In der Botschaft des Bundesrates wird zwar vorerst zugegeben, dass ein Staat, der, wie die Eidgenossenschaft, auf dem Föderativprinzip gegründet ist und nach Rasse, Sprache und Konfession getrennte Bevölkerungen aufweist, einen recht starken Prozentsatz an Fremden vertragen kann. Sodann werden aber die Nachteile, die für die Schweiz aus der Ueberfremdung einzelner ihrer Gebiete sich ergeben, mit einlässlicher Begründung hervorgehoben. In volkswirtschaftlicher Hinsicht fällt in Betracht die grosse Konkurrenz, welche die Ausländer in der Schweiz unserer schweizerischen Arbeiterbevölkerung, dem Gewerbestand, dem Handelsstand und den Industriellen anhaltend bereiten. Laut Volkszählung vom Jahre 1910 bestand die Gesamtarbeiterschaft der Schweiz zu 23 % aus Fremden, von der männlichen Arbeiterschaft waren 26,4 % Ausländer. Am stärksten waren die Ausländer vertreten im Handel (21,5%), in der Handlangerarbeit (21,9 %), in Industrie, Handwerk und Gewerbe (23 %) und in den häuslichen Diensten (28 %). In den freien Berufen waren die

Ausländer mit 14,7 % vertreten, in der Landwirtschaft dagegen nur mit 3,3 %.

Diese grosse Zahl der in der Schweiz beruflich beschäftigten Ausländer hat auch zur Folge, dass mit dieser Ueberfremdung die Beteiligung fremden Kapitals mehr und mehr zunimmt und besonders lukrative Unternehmungen nach und nach in fremde Hände übergehen, und gutbezahlte Stellen vorzugsweise an Ausländer übergeben werden. Dadurch werden einheimische Firmen in ihrer produktiven Tätigkeit geschwächt und durch stets zunehmende Konkurrenz in ihrer Existenz bedroht. Das wird durch folgende der Botschaft des Bundesrates entnommene Zahlen dargetan: Am 1. Januar 1918 waren in den schweizerischen Handelsregistern 6256 schweizerische Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 4,170,013,000 Fr. und 139 ausländische Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 1,642,090,000 Fr. eingetragen. Während also die schweizerische Firma durchschnittlich mit einem Kapital von 670,000 Fr. arbeitet, steht der fremden ein fast achtzehnmals grösseres Kapital von zirka 12 Millionen zur Verfügung. Die ausländischen Unternehmungen sind derart finanzkräftig, dass sie den schweizerischen Firmen in Handel und Industrie leicht wirksame Konkurrenz machen können. Allerdings liegt Wahrscheinlichkeit dafür vor, dass diese damals so ungünstigen Verhältnisse seit 1918 etwelche Besserung erfahren haben. Es ist jedoch durch geeignete Massnahmen Vorsorge zu treffen, um die Schweizerfirmen vor unerträglicher Konkurrenz ausländischer Geschäftsunternehmungen in der Schweiz nach Möglichkeit zu schützen.

Ausländer werden sehr oft bei Vergebung von Anstellungen gegenüber den Schweizerbürgern bevorzugt, weil sie keinen Militärdienst leisten müssen, während unsere Mitbürger eine beträchtliche Zeit für den Dienst des Vaterlandes opfern müssen, und der Arbeitgeber ihnen während dem obligatorischen Militärdienst den Lohn ausbezahlen muss. Es ist zwar bedauerlich, wenn Schweizerfirmen aus derartigen Gründen die Ausländer bei Vergebung von Arbeiten oder Anstellungen den eigenen Mitbürgern gegenüber bevorzugen. Eine wesentliche Verbesserung dieser Verhältnisse wird aber nur erreicht werden können, wenn Massnahmen getroffen werden, welche diese Besserstellung der in der Schweiz wohnenden Ausländer für inskünftig mindestens erheblich einschränken.

In der Botschaft des Bundesrates wird dargetan, dass in der Zunahme der Ueberfremdung auch eine Gefährdung unserer Rechtseinheit liege. Wenn auch im grossen und ganzen unser Zivilgesetzbuch auf dem Boden des Territorialitätsprinzips basiert ist, haben in der Schweiz wohnende Ausländer doch die Möglichkeit, in Fragen des Familien- und Personenstandes die Anwendung ihres heimatlichen Rechtes und die Anerkennung ihres heimatlichen Gerichtsstandes zu verlangen. Zudem scheint in internationalen Beziehungen das Territorialitätsprinzip mehr und mehr dem Personalitätsprinzip weichen zu müssen, welches dem Ausländer die Anwendung seines Heimatsrechtes zusichert, ohne Rücksichtnahme auf seinen Wohnsitz. Dadurch wird die Souveränität in unserer Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit beeinträchtigt.

Die Ueberfremdung ist auch geeignet, nach und nach die Individualität der verschiedenen Kreise

des Schweizervolkes zu verwischen, die alten Sitten und Gebräuche zum Verschwinden zu bringen und die Gefühle der Anhänglichkeit und Hingebung an das Vaterland zu schwächen.

Die Nachteile, welche die Ueberfremdung mit sich bringt, werden dadurch erheblich vermehrt, dass die Ausländer der einzelnen uns umgebenden Staaten unter sich und mit dem Heimatstaate stets gute Fühlung behalten, sich zu Fremdenkolonien vereinigen, und gemeinsam vorgehen, um ihre Position zu stärken. Die Vermehrung solcher Ausländerkolonien ist geeignet, das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Schweizerbürger der verschiedenen Landesteile abzuschwächen. Mit dieser politischen Gefahr steht auch eine militärische Gefahr in Verbindung, die zu grossen Uebelständen führen wird, wenn die Schweiz in die Lage käme, zur Verteidigung ihrer Neutralität mit einem ihrer Nachbarstaaten Krieg führen zu müssen und sich in jenem Zeitpunkte grosse Massen Ausländer in der Schweiz aufhalten. Im Vertrauen, dass der Völkerbund in der Lage sein werde, inskünftig Kriege zu vermeiden, darf davon Umgang genommen werden, über diese militärische Gefahr, welche die Ueberfremdung für die Schweiz zur Folge haben könnte, mehr Worte zu verlieren. Denn hiervon abgesehen, sind doch die Nachteile, welche die Ueberfremdung dem Schweizervolk bringt, derart bedeutend, dass Abhilfe als durchaus notwendig erscheint. Diese Abhilfe wird am besten durch Massnahmen getroffen, die geeignet sind, die Ueberfremdung zu beseitigen, d. h. die Zahl der sich ständig in der Schweiz aufhaltenden Ausländer in bedeutendem Masse zu reduzieren, ohne aber den zeitweiligen Aufenthalt der Fremden, die zur Kur oder zur Erholung oder zu Vergnügungsreisen in die Schweiz kommen, zu erschweren und dadurch die sogenannte Fremdenindustrie zu schädigen.

IV. Es entsteht die Frage und ist zu untersuchen, welche Mittel geeignet seien, um der Ueberfremdung entgegenzutreten. In erster Linie können die Einreise in die Schweiz und die Niederlassung von Ausländern in der Schweiz eingeschränkt werden. Das erstere kann erreicht werden dadurch, dass niemand ohne Bewilligung der zuständigen Amtsstelle in die Schweiz einreisen darf, und dass die Bewilligung nur erteilt wird, wenn voraussichtlich der Schweiz hieraus keine Nachteile erwachsen werden. Diese Beschränkung der Einreise hat in der Schweiz schon seit einigen Jahren, und zwar hauptsächlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bestanden. Auch mehrere andere Staaten machen die Einreise der Ausländer, die Arbeit suchen oder annehmen wollen, von einer amtlichen Bewilligung abhängig und weisen Personen, die keine genügenden Ausweisschriften haben, schonungslos zurück oder belegen dieselben sogar mit harten Strafen. Derartige Einschränkungen waren aber in der Schweiz in weiten Kreisen missbeliebt und auch kantonale Behörden machten jeweiligen Anstrengungen, um eine Aufhebung oder Milderung der Kontrolle bei der Einreise in die Schweiz oder dem Aufenthalt in der Schweiz zugunsten der Ausländer zu erzielen. Das geschah meist in der Meinung, dass die Notlage in der Fremdenindustrie nur gemildert werden könne, wenn der Einreise Angehöriger anderer Staaten keinerlei Schwierigkeiten entgegenstehen. Je strenger die Einreisebeschränkungen sind, um so eher ist zu befürchten, dass sich Leute, denen die Einreisebewilligung verweigert wird

oder würde, ohne Erlaubnis in unser Land einschleichen. Um das möglichst zu verhindern, ist neben gutem Grenzschutz auch eine strenge Kontrolle im Innern der Schweiz notwendig und unerlässlich, dass gegen solche unerwünschte Eindringlinge Bestrafung und unnachsichtlicher Abschub stattfindet.

Zur Beschränkung der Niederlassungsfreiheit in der Schweiz aber wird eine Revision der mit einer grossen Anzahl ausländischer Staaten abgeschlossenen Niederlassungsverträge erforderlich sein. Dabei sollte darauf Bedacht genommen werden, dass die Ausländer in der Schweiz nicht Vorteile geniessen, welche den Schweizerbürgern nicht zukommen. Ein solcher Vorteil besteht darin, dass die Ausländer in der Schweiz keinen Militärdienst leisten müssen und keinerlei Ausgleich hierfür stattfindet, so dass sie deshalb im Konkurrenzkampf gegenüber den Schweizerbürgern besser gestellt sind. Es ist daher die Anregung der Expertenkommission für Prüfung der Niederlassungsverträge mit dem Auslande auf Einführung einer besondern Besteuerung der Ausländer zu begrüssen. Allerdings ist ja nicht zu verhehlen, dass ein verhältnismässig grosser Prozentsatz der Schweizerbürger seit Jahren oder Jahrzehnten ausgewandert ist und in fremden Ländern ganze Kolonien von Schweizern sich niedergelassen haben, und dass die Auswanderung in letzter Zeit sogar durch Subventionen des Bundes und der Kantone gefördert worden ist. Es wird wahrscheinlich die Erschwerung der Niederlassung der Ausländer in der Schweiz auch die Verhältnisse der im Ausland niedergelassenen Schweizer ungünstig beeinflussen. Daher wird die künftige Ordnung der gegenseitigen Niederlassungsverhältnisse mit andern Staaten voraussichtlich auf Schwierigkeiten stossen. Es ist nicht Aufgabe Ihrer Kommission, sich mit dieser Frage zu befassen, es genügen daher diese allgemeinen Bemerkungen.

Die Ueberfremdung kann teilweise auch durch strengeres Vorgehen gegenüber solchen Fremden, die sich in erheblicher Weise gegen unsere Staatsordnung und Gesetze verfehlen oder verschuldeterweise der Oeffentlichkeit zur Last fallen, etwas beschränkt werden, indem solche Personen oder Familien möglichst rasch in ihre Heimat abgeschoben werden.

All das wird aber nicht genügen, weil die Zahl der in der Schweiz sich aufhaltenden Ausländer sehr gross ist und durch Zunahme infolge Geburten sich immer noch in ganz bedeutendem Masse vermehren wird. Laut Berechnungen des statistischen Bureaus fanden im Zeitraum von 1905 bis und mit 1914 in der Schweiz 145,502 Geburten von Ausländern, dagegen nur 66,099 Todesfälle von Ausländern statt, der Geburtenüberschuss betrug daher 79,402 — der Jahresdurchschnitt 7940. Eine wesentliche Verbesserung der ungünstigen demographischen Verhältnisse wird nur dadurch erreicht werden können, dass ein grosser Teil der in der Schweiz angesessenen Ausländer freiwillig das Schweizerbürgerrecht erwirbt oder zwangsweise in das Schweizerbürgerrecht aufgenommen wird. Solange die Ausländer in der Schweiz in verschiedenen Beziehungen besser gestellt sind als die Schweizerbürger und kein Interesse haben, unser Bürgerrecht zu erwerben, und solange in vielen Kantonen und Gemeinden grosse Einkaufssummen verlangt werden, wird der Prozentsatz der Ausländer, die freiwillig das Schweizerbürgerrecht erwerben, ein sehr geringer sein. Eine erhebliche Verbesserung kann

nur dadurch geschaffen werden, dass die Einkaufsgebühren allgemein auf einen geringen Betrag herabgesetzt oder unter gewissen Bedingungen das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung erteilt wird.

Eine gründliche Abhilfe gegen die Ueberfremdung kann durch die Zwangseinbürgerung geschaffen werden, besonders dann, wenn das Optionsrecht ausgeschlossen wird. Diese Zwangseinbürgerung besteht in verschiedenen Formen in einer Reihe ausländischer Staaten. Bei allem wird darauf zu trachten sein, uns nicht zu sehr an die Gesetzgebungen anderer Staaten anzulehnen, sondern die eigenartigen Verhältnisse der schweizerischen Demokratie zu berücksichtigen, wenn es sich darum handelt, den Kampf gegen die Ueberfremdung aufzunehmen und Abhilfe gegen bestehende Uebelstände zu schaffen.

V. Nachdem nun im allgemeinen die Mittel, die zur Bekämpfung der Ueberfremdung geeignet sind, besprochen wurden, drängt sich die Frage auf: Was ist in der Schweiz bisher geschehen, um der Ueberfremdung entgegenzutreten? Gestützt auf das am 9. Dezember 1898 vom Nationalrate angenommene, die Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern bezweckende Postulat Curti erliess der Bundesrat ein Kreisschreiben an die Kantonsregierungen mit der Anfrage, ob sie ein solches Vorgehen als wünschenswert erachten. Nur sechs Kantone bejahten diese Frage, die andern Kantone nahmen mehr eine ablehnende Haltung ein. Allerdings bestand damals die Ueberfremdung in der Mehrzahl der Kantone entweder gar nicht oder in erträglichem Masse. Denn laut der vorangehenden Volkszählung im Jahre 1888 machte der durchschnittliche Prozentsatz der Ausländer in der Schweiz nur 7,9% der Gesamtbevölkerung aus. Gestützt auf diese Stellungnahme der meisten Kantone wurde es damals vermieden, eine Verfassungsrevision vorzunehmen und die Einbürgerung kraft Gebietshoheit (*jus soli*) einzuführen. Man begnügte sich mit einer Revision des Bundesgesetzes betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes vom 3. Juli 1876. Immerhin brachte das neue Gesetz vom 25. Juni 1903 einige auf die Bekämpfung der Ueberfremdung abzielende Abänderungen. So wurde den Kantonen das Recht eingeräumt, auf dem Wege der Gesetzgebung zu bestimmen, dass die im Kanton geborenen Kinder von im Kanton wohnenden Ausländern von Gesetzes wegen und ohne dass eine Bewilligung des Bundesrates erforderlich wäre, Kantons- und damit Schweizerbürger sind: a) wenn die Mutter schweizerischer Herkunft ist, oder b) wenn die Eltern zur Zeit der Geburt des Kindes wenigstens fünf Jahre ununterbrochen im Kanton gewohnt haben. Auf Antrag der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission wurde aber den Kantonen vorgeschrieben, bei Einführung dieser Einbürgerung kraft Gebietshoheit das Optionsrecht vorzubehalten.

Die Hoffnung des Gesetzgebers, dass wenigstens die von der Ueberfremdung am meisten betroffenen Kantone von diesem Rechte der Einbürgerung kraft Gebietshoheit Gebrauch machen werden, erwies sich als trügerisch. Denn kein einziger Kanton hat derartige Gesetzesbestimmungen erlassen. Die Botschaft des Bundesrates vom 9. November 1920, Seite 2, schreibt es der Gleichgültigkeit der Kantone zu, wenn Art. 5 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1903 «toter Buchstabe geblieben» ist. Diese Kritik gegen-

über dem Vorgehen der Kantone ist etwas scharf und scheint wenigstens dem Sprechenden unberechtigt zu sein. Denn die gesetzgebenden Behörden der Kantone werden wohl ihre Gründe gehabt haben, von der Zwangseinbürgerung *jure soli* Umgang zu nehmen. Im Berichte des politischen Departements betreffend Massnahmen gegen die Ueberfremdung vom 30. Mai 1914 ist dieser Vorwurf der Gleichgültigkeit an die Adresse der Kantone nicht zu finden, wohl aber folgende Betrachtung: « Man hat es darauf zurückführen wollen, dass die Verpflichtung, in allen Fällen ein Optionsrecht einzuräumen, die Kantone gehindert habe, den Weg der Zwangseinbürgerung zu beschreiten, wollten sie nicht Gefahr laufen, in allen denjenigen Fällen, wo die optierenden Zwangseingebürgerten ihre frühere Staatsangehörigkeit verloren hatten, Heimatlosenfälle zu schaffen. Gewiss mögen diese Risiken und die aus der Zwangseinbürgerung erwachsenden staats- und völkerrechtlichen Schwierigkeiten auch die der Ueberfremdung am meisten ausgesetzten Kantone gehindert haben, von der im Bundesgesetz eingeräumten Befugnis Gebrauch zu machen; aber die Hauptursache liegt doch anderswo. Es ist der alte, engherzige Geist, der in jedem Eingebürgerten den zukünftigen Unterstützungsbedürftigen erblickt und jedem Zugriff zu den Gemeindegütern und Bürgernutzungen Widerstand leistet. » (Seite 18.) Auch das war eine zu scharfe Prise Tabak für einen grossen Teil unserer bodenständigen, an Sparsamkeit gewöhnten Schweizerbürger, die den Druck der Armenlasten, welche durch den Einzug eines neuen, weitherzigen Geistes vermehrt worden sind, unliebsam verspüren müssen. Der Sprechende hat schon sehr oft die Erfahrung gemacht, dass die altväterischen Schweizerbürger, die sich vom alten, engherzigen Geiste noch nicht freimachen konnten, hinsichtlich freiwilliger Wohltätigkeit nicht zurückstehen vor denen, die dem neuen, modernen Geiste huldigen. — Es scheint auch der Redaktor der Botschaft vom 9. November 1920, die teilweise auf dem vorhin erwähnten Berichte des politischen Departements aufgebaut ist, gefunden zu haben, dass eine Milderung dieser herben, einen grossen Teil unserer Volksgenossen verletzenden Kritik angezeigt sei; er begnügt sich daher mit folgenden Erklärungen: « Einer der wichtigsten Gründe, welche die Kantone veranlasst haben, auf die Einführung der besprochenen Neuerung zu verzichten, war die Besorgnis, es möchte die Einbürgerung *jure soli* die öffentlichen Armenlasten vermehren. Da die Anwendung des Art. 5 des Bundesgesetzes vom 23. Juni 1903 die Zahl der Neubürger beträchtlich vermehrt hätte, befürchtete man, die Vermehrung der daraus resultierenden Gemeindeeinnahmen würde mit der Vermehrung der unterstützungsbedürftigen Personen nicht Schritt halten. Endlich nahmen auch die Kantone daran Anstoss, dass durch die Institution der Zwangseinbürgerung den Ausländerkindern ein Recht eingeräumt werde, das den ausserhalb ihres Heimatkantons niedergelassenen Schweizerbürgern nicht zusteht. » (Seite 27.)

Laut Botschaft des Bundesrates machten nur die Kantone Genf und Tessin den Versuch, ihre Gesetzgebung mit den Absichten des eidgenössischen Gesetzgebers von 1903 in Einklang zu bringen, aber nicht durch Zwangseinbürgerungen, sondern durch Einräumung eines Rechtes an die Ausländer, unter be-

stimmten Bedingungen die unentgeltliche Einbürgerung zu verlangen. (Siehe Botschaft Seite 25 ff.)

Das Bundesgesetz betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes vom 25. Juni 1903 brachte neue Bestimmungen über die Wiederaufnahme in das Schweizerbürgerrecht. So wurde nebst andern auch den Witwen, welche durch ihre Heirat das Schweizerbürgerrecht verloren haben, gestattet, sich innert zehn Jahren nach Auflösung der Ehe um die Wiedereinbürgerung zu bewerben, und es hat jeweilen der Bundesrat meistens — öfters auch gegen den Willen der in Betracht kommenden Gemeinden — derartigen Gesuchen entsprochen. Laut bundesrechtlicher neuerer Praxis erfolgt die Wiedereinbürgerung in der Gemeinde, deren Bürgerin die Gesuchstellerin von Geburt war, nicht in der schweizerischen Gemeinde, in welcher sie durch eine erste Heirat das Bürgerrecht erworben hatte. Es wird hierbei keine Rücksicht darauf genommen, ob die Gesuchstellerin in ihrer ursprünglichen Heimatgemeinde Wohnsitz hatte.

Durch diese Wiedereinbürgerungen erlangte allerdings jährlich eine nicht erhebliche Zahl von Ausländerfamilien unentgeltlich das schweizerische Bürgerrecht.

In letzter Zeit haben auch einige Kantone Bestimmungen getroffen, wodurch Ausländern, die in der Schweiz geboren sind, oder lange Zeit in der Schweiz Wohnsitz hatten, der Erwerb des Schweizerbürgerrechtes erleichtert wurde dadurch, dass sie von der Entrichtung der sonst vorgeschriebenen Einkaufsgebühren befreit oder solche bedeutend reduziert wurden.

Aber alle diese Massnahmen in Verbindung mit der zeitweisen Beschränkung der Einwanderung sind bei der anormal grossen Anzahl der schon in der Schweiz ansässigen Ausländer nicht genügend, um die Ueberfremdung zu heben. Denn wenn im Jahre 1910 der Geburtenüberschuss der Ausländer in der Schweiz, deren Zahl damals 552,000 betrug, sich auf 8276 belief, so ist, nachdem die Anzahl der Ausländer laut Volkszählung von 1920 auf 405,000 zurückgegangen ist, anzunehmen, dass dieser Geburtenüberschuss auch jetzt noch ungefähr 5800, jedenfalls aber mindestens 5000 per Jahr ausmache. Bei einer solchen stetigen und ganz erheblichen Zunahme der Ausländer in der Schweiz kann am besten die Zwangseinbürgerung Abhilfe bringen.

VI. Die Zwangseinbürgerung aber kann nicht durch eine blosse Revision des Bundesgesetzes betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes oder Erlass eines neuen Gesetzes geschaffen werden. Vielmehr ist hierzu eine Revision des Art. 44 der Bundesverfassung unerlässlich.

Denn durch die Bestimmungen des zurzeit bestehenden Art. 44 wurde dem Bunde bloss ein Kontrollrecht verliehen. Der Bundesrat hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorhanden seien, dass einem Bewerber um das Schweizerbürgerrecht die Bewilligung erteilt werden könne. Um das Schweizerbürgerrecht wirklich zu erhalten, war es dann Sache des Bewerbers, gestützt auf die erteilte Bewilligung ein Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht in der Schweiz erhältlich zu machen. Den Kantonen stand es frei ihrerseits die Bedingungen festzusetzen, unter denen das Kantons- und Gemeindebürgerrecht erteilt werde, und in mehreren Kantonen ist es sogar dem Gutfinden der Gemeinden anheimgestellt, ob sie

einen Ausländer in das Bürgerrecht aufnehmen wollen. Es gibt jetzt noch zahlreiche Gemeinden, die grundsätzlich jedwedes Gesuch um Aufnahme ins Bürgerrecht ablehnen.

Ausnahmen finden jedoch statt, soweit die Wiederaufnahme ins Bürgerrecht gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1903, oder die Zuteilung von Heimatlosen, oder die Zusprechung eines ausser-ehelichen Kindes an den Vater mit Standesfolge (Art. 325 Z. G. B.) stattfindet. In diesen Fällen ist die betreffende Gemeinde und damit auch der betreffende Kanton durch Entscheid des Bundesrates oder durch richterliches Urteil gezwungen, solche Neubürger aufzunehmen. — Schon bei der Beratung des zurzeit zu Recht bestehenden Gesetzes wurde davon Umgang genommen, die Einbürgerung kraft Gebietshoheit vorzuschreiben, weil solche Zwangseinbürgerungen, gestützt auf die Verfassungsbestimmung, als unzulässig erschienen. Es wurden sogar Bedenken dagegen erhoben, dass in jenes Gesetz Bestimmungen über die Wiederaufnahme in das Schweizerbürgerrecht aufgenommen wurden, wodurch den Gemeinden gegenüber eine Zwangseinbürgerung stattfinden konnte. Es fehlen dem Bunde die nötigen Kompetenzen zur Erleichterung der Einbürgerung; wohl aber kann er solche verhindern. Bemühungen des Justiz- und Polizeidepartementes, Art. 44 der Bundesverfassung in dem Sinne zu interpretieren, dass das eidgenössische Recht alle Voraussetzungen bestimmen könne, unter denen einer Person ohne ihr eigenes Zutun das Schweizerbürgerrecht zuerkennen sei, also auch durch blosses Bundesgesetz die Einbürgerung kraft Gebietshoheit statuiert werden könne, blieben erfolglos. Sowohl der Bundesrat als auch die Bundesversammlung nahmen gegen eine so weitgehende Interpretation der Verfassungsbestimmung eine ablehnende Stellung ein. Ohne weiter auszuholen, wird auf Seite 34 und 35 der bundesrätlichen Botschaft vom 9. November 1920 hingewiesen.

VII. Wenn nun eine Verfassungsrevision notwendig ist, um in wirksamer Weise die Ueberfremdung in der Schweiz zu bekämpfen, wird es sich in erster Linie fragen: Sollen in die Verfassung nur allgemeine Grundsätze aufgenommen werden, durch welche dem Bunde alle erforderlichen nötigen Kompetenzen verliehen werden, oder sollen schon in Einzelheiten Bestimmungen, wie die Zahl der in der Schweiz wohnenden Ausländer reduziert werden soll, und der Ueberfremdung für inskünftig entgegengearbeitet werden soll, der Verfassung einverleibt werden. Jede dieser Methoden hat ihre Vorteile, aber auch ihre Schattenseiten.

Eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission, deren Präsident Herr Stadtschreiber Dr. R. Bollinger in Zürich war und der auch unser früherer Kollege Herr Ständerat Usteri angehörte, erachtete es als unerlässlich, an Stelle des bisherigen Art. 44 der Bundesverfassung unter Beibehaltung des ersten Alinea vier neue, die Materie erschöpfend ordnende Artikel aufzunehmen. Diese Kommission reichte im November 1912 eine Petition betreffend Massnahmen gegen die Ueberfremdung der Schweiz ein. Sie begründete diese Art des Vorgehens in folgender Weise: «Die erforderlichen Massnahmen gegen die Ueberfremdung der Schweiz müssen durch Aufnahme direkt verfügender Bestimmungen in die Bundes-

verfassung getroffen werden. Solche Massnahmen bringen es unter allen Umständen mit sich, dass der Bund auf einem Gebiete, das heute fast restlos der kantonalen Souveränität überlassen ist, Kompetenz erhalten muss. Ihre verfassungsmässige Begründung kann nicht durch eine allgemeine Bestimmung geschehen, weil dem Bunde nicht die volle Kompetenz auf diesem Rechtsgebiete zufallen soll. Sie muss durch Umschreibung, durch Teilung des Kompetenzinhaltes des betreffenden Gebietes erfolgen. Auch diese Teilung lässt sich nicht durch eine allgemeine Bestimmung vornehmen. Man wird zum Beispiel nicht sagen wollen, die Ordnung der Bürgerrechtsangelegenheiten sei den Kantonen überlassen, unter dem Vorbehalte solcher Massnahmen, die sich als erforderlich erweisen, um der Ueberfremdung der Schweiz zu steuern. Die Kompetenz des Bundes muss offenbar in der Bundesverfassung selbst genau umschrieben, der Kompetenzinhalt des betreffenden Gebietes zwischen Bund und Kantonen genau geteilt werden. Ist dem so, dann wird man wiederum nicht im Ernste daran denken wollen, in der Bundesverfassung lediglich die Kompetenz des Bundes zu begründen und deren Ausübung der Bundesgesetzgebung zu überweisen. Wie unser Petitionsvorschlag zeigt, bedingt nämlich diese Ausübung keineswegs die Entwicklung eines umfangreichen und komplizierten Rechtsinhaltes. Begründung und Ausübung der neuen Bundeskompetenz können in der Hauptsache sehr wohl und ebenso wohl zusammenfallen, wie es in Art. 32 bis, in Art. 39 und in Art. 45 der Bundesverfassung geschehen ist. Was auch wir noch der Bundesgesetzgebung zuweisen, sind Dinge, deren Ordnung verschoben werden oder gar unterbleiben könnte, ohne dass die sichere Durchführung des neuen Inhaltes der Bundesverfassung gefährdet würde.»

Die von der Neunerkommission in ihrer Petition vorgeschlagenen Verfassungsbestimmungen finden Sie, meine Herren, auf Seite 36 und 37 der bundesrätlichen Botschaft im Wortlaute. Es darf daher davon abgesehen werden, solche hier abzulesen, dagegen wird sich später Gelegenheit bieten, einige dieser Bestimmungen zu erwähnen und mit den Vorschlägen des Bundesrates zu vergleichen.

Die Art und Weise des Vorgehens der Neunerkommission und deren soeben vorgebrachte Begründung fand schon beim schweizerischen Politischen Departement keine gute Aufnahme. Es sprach sich Herr Bundesrat Dr. Hoffmann im Berichte vom 30. Mai 1914 also aus: «Wir können diese Argumente weder als richtig, noch als schlüssig anerkennen. Gewiss ist man bei Partialrevisionen der Bundesverfassung zuweilen, so im Alkoholartikel (Art. 32 bis) und im Bankartikel (Art. 29) so vorgegangen, dass man die Hauptgrundsätze des künftigen Gesetzes in den Verfassungsartikel verlegte. Stets aber haben sich derartige ins Einzelne gehende Verfassungsnormen hinterher als recht peinliche Hemmnisse erwiesen. Die neueste Erfahrung auf diesem Gebiete ist die gesetzgeberische Ausgestaltung des Wasserkräfteartikels (Art. 24 bis). Es ist eben ein Irrtum, anzunehmen, für den Verfassungsgesetzgeber seien im Augenblicke der Formulierung der leitenden Grundsätze die Verhältnisse in allen ihren Einzelheiten vollständig abgeklärt, so dass bei der Ausarbeitung des Ausführungsgesetzes kein Be-

dürfnis sich ergeben könne, gewisse Details zu ändern und einer veränderten Sachlage anzupassen. Das würde dazu führen, mit dem Verfassungsartikel auch das Einführungsgesetz nicht nur auszuarbeiten, sondern auch gleichzeitig mit der Verfassung der Eventualabstimmung zu unterbreiten, ein Gedanke, der bekanntlich sehr warm vertreten worden ist, aber überall auf die schärfsten Bedenken stiess. Im vorliegenden Falle beweist ein flüchtiger Blick auf die Redaktionsvorschläge der Neunerkommission, dass die wichtigsten Leitsätze mit Einzelbestimmungen gemischt sind, die durchaus Gesetzescharakter haben und deren Lösung im einen oder andern Sinn an den grundsätzlichen Fragen absolut nichts ändert, wohl aber geeignet ist, der künftigen gesetzgeberischen Ausgestaltung Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist namentlich nicht zutreffend, wenn die Petition annimmt, es bedürfe gar keines Ausführungsgesetzes, die Sache werde auf Grund der Verfassungsbestimmungen marschieren können. Unseres Erachtens ist das ausgeschlossen; es müssen die Verfassungsgrundsätze der bestehenden Bürgerrechtsgesetzgebung angepasst und nach den verschiedenen Richtungen ergänzt werden. Dazu kommt noch die folgende Ueberlegung. So warm wir für die Einführung der in unsern Augen unvermeidlichen Zwangseinbürgerung eintreten, so können wir uns der Befürchtung nicht entschlagen, dass damit gewissermassen ein Schritt ins Dunkle gemacht wird, oder dass es wenigstens nahe liegt, anzunehmen, die Erfahrungen, die in den Kantonen mit den Zwangseinbürgerungen gemacht werden, könnten die Wünschbarkeit gewisser Aenderungen ergeben. Das kann insbesondere auch in bezug auf die Regelung der internationalen Konfliktsfälle der Fall sein, denn auch auf diesem Gebiet kann nicht mit Sicherheit die künftige Entwicklung vorausgesehen werden. Die Anpassung der Gesetzgebung an die Postulate, die sich aus der Erfahrung ergeben, muss also von Anfang an ins Auge gefasst werden. Der Weg der jeweiligen Verfassungsrevision erscheint hierfür als zu schwerfällig und daher unter gegebenen Verhältnissen nicht gangbar, oder ungeeignet.» — «In einem Punkte teilen wir die Auffassung der Neunerkommission. Man darf sich nicht darauf beschränken, eine ganz allgemein gehaltene, möglichst unverfängliche Kompetenznorm aufzustellen, man muss im Gegenteil offen und klar ausführen, welches Ziel und mit welchen Mitteln, auch mit welchen voraussichtlichen finanziellen und andern Folgen man erreichen will. Dies in aller Offenheit und Vollständigkeit zu tun, wird Aufgabe einer künftigen Botschaft zur Verfassungsrevisionsvorlage sein.»

Das Politische Departement machte damals folgenden Vorschlag für den künftigen Art. 44 der Bundesverfassung:

«Kein Kanton darf einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verbannen oder ihn des Bürgerrechts verlustig erklären.

Die Gesetzgebung über den Erwerb des Schweizerbürgerrechts, seine Wirkungen und seinen Verlust ist Sache des Bundes.

Der Bund ist insbesondere befugt, Vorschriften über zwangsweise Einbürgerung von Ausländern zu erlassen und die Bedingungen festzustellen, unter denen die Gemeinden verpflichtet werden können, ausländischen Bewerbern das Bürgerrecht auf dem Wege des Einkaufs zu erteilen.

Der Bund entrichtet angemessene Beiträge an den den Kantonen oder Gemeinden durch die zwangsweise Einbürgerung und den zwangsweisen Einkauf erwachsenden Mehraufwand an Unterstützungsgeldern.»

Auch der Bundesrat erachtet, dass in die Verfassung keine derartigen Detailbestimmungen aufgenommen werden sollten, wie die Neunerkommission in Vorschlag gebracht hat, sondern dass es zweckmässiger sei, nur die allgemeinen Grundsätze betreffend Einbürgerung von Ausländern in der Verfassung festzulegen und allgemein eine Kompetenzzuweisung zu treffen und das Weitere der künftigen Bundesgesetzgebung zu überlassen. Es wird auf Seite 38 und 39 der bundesrätlichen Botschaft hingewiesen.

VIII. Bevor der Bundesrat endgültig zur Frage betreffend Revision des Artikel 44 der Bundesverfassung Stellung nahm, wurde die Begutachtung einer grossen Expertenkommission eingeholt. Den Vorsitz führte Herr Bundesrat Calonder. Es würde zu weit führen, hier einlässlich auf die Beratungen und Beschlussfassungen dieser Expertenkommission einzutreten. Dagegen kann es Interesse bieten, von einigen Anregungen oder Beschlüssen Kenntnis zu nehmen. Es wurde von einem Experten die Frage gestellt, ob es nicht zweckmässig wäre, die Namen der Bewerber um das Schweizerbürgerrecht im Bundesblatt oder Handelsamtsblatt zu veröffentlichen, und so den Schweizerbürgern Gelegenheit zu verschaffen, Einsprache gegen die Erteilung der Bewilligung zum Erwerb des Schweizerbürgerrechtes zu erheben. Dieser Anregung wurde entgegengehalten, es würde eine solche Veröffentlichung viel mehr Nachteile als Vorteile im Gefolge haben. Es würden aus Rache oder Schikane zahlreiche und widersprechende anonyme Eingaben erfolgen, viele ehrbare Personen von der Bewerbung um das Bürgerrecht abgeschreckt, in der Befürchtung, durch dieses Verfahren der Kreditbeschädigung ausgesetzt zu werden, und den Vertretern des Auslandes würde durch solche Publikationen ein Mittel an die Hand gegeben, die Bewerber zu veranlassen, ihr Gesuch zurückzuziehen. Ein im Kanton Genf bestehendes ähnliches System der Publizität der Bürgerrechtskandidaten habe sich nicht bewährt.

Ein anderer Experte fand, es sei das Einkaufssystem bei der Aufnahme ins Bürgerrecht zu verwerfen und es sollte in die Bundesverfassung ein Artikel aufgenommen werden, wonach der Einkauf ins Bürgerrecht verboten wird. Die Einbürgerung solle nur in der Wohngemeinde erfolgen dürfen. Eine andere Einbürgerung als in der Niederlassungsgemeinde widerspreche unserer historischen Entwicklung. Der Bürgerrechtshandel sei ein Skandal. Dagegen wurde aber bemerkt, dieses System, so ideal es sei, könne nicht eingeführt werden, weil es eine Revolution der bestehenden Verhältnisse mit sich bringen würde. Denn der Einkauf bedeute das Gegenstück der Armenlasten, welche meist der Bürgergemeinde obliegen. Das Risiko der Armenlast werde ausgeglichen durch die Einkaufssumme, so rechnen wenigstens die kleinern Gemeinden. Jedenfalls sollte dem Kandidaten die Wahl der Gemeinde innerhalb des Wohnkantons überlassen werden. Schliesslich wurde die Anregung, dass der Einkauf in das Bürgerrecht verboten werden solle, abgelehnt — ebenso ein Antrag, dass die Einbürgerung nur in der Wohnsitzgemeinde zulässig sein solle mit 5 gegen 4 Stimmen — dagegen der

Antrag, dass die Einbürgerung nur im Wohnsitzkanton zulässig sein solle, einstimmig angenommen. Bezüglich eines Antrages, wonach die Erteilung des Ehrenbürgerrechtes zu untersagen wäre, ergab sich Stimmengleichheit (5 gegen 5 Stimmen). Eine längere Diskussion befasst sich mit der Frage, ob die Neubürger für bestimmte Zeit in den politischen Rechten beschränkt sein sollen. Mit 6 gegen 5 Stimmen wurde beschlossen, den Neubürgern während 5 Jahren nur die Wahlfähigkeit für Gemeindeämter zuzugestehen.

Einer der Experten befürwortete eine Erprobungsfrist für die Bürgerrechtskandidaten einzuführen, in dem Sinne, dass der Antrag auf Verleihung des Bürgerrechtes der Wohngemeinde in derselben durch Anschlag und im kantonalen Amtsblatt und im Bundesblatt publiziert werden solle und damit eine Erprobungsfrist von drei Jahren beginnen solle. Nach deren erfolgreichem Ablauf erfolgte die feierliche Aufnahme ins Bürgerrecht (S. 40).

Sehr einlässlich befasste sich die Expertenkommission mit der Frage, ob die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit erfolgen solle und unter welchen Bedingungen; sie fasste folgenden Beschluss: «Die Kinder ausländischer, in der Schweiz wohnhafter Eltern erwerben von Geburt an das Bürgerrecht der Wohnsitzgemeinde der Eltern in folgenden Fällen: 1. wenn die Mutter durch Geburt Schweizerin war; 2. wenn der eine Elternteil in der Schweiz geboren ist.» Mit 6 gegen 2 Stimmen wurde sodann beschlossen, dem jus soli für die letzten fünf Jahrgänge rückwirkende Kraft zu verleihen.

Sodann nahm die Expertenkommission auch Stellung zur Frage, ob unter gewissen Bedingungen den lange Zeit in der Schweiz ansässigen Ausländern ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung gewährt werden solle. Es wurde das mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt, hauptsächlich wegen der Befürchtung, dass ein solcher Zwang gegenüber den Gemeinden zur Verwerfung der Vorlage führen würde.

Die Expertenkommission postulierte sodann, es solle im Einbürgerungsgesetz das Verhältnis zwischen der Naturalisation und der Einbürgerung von Heimatlosen geordnet werden.

Einlässlich wurde geprüft, ob den zwangsweise Eingebürgerten das Optionsrecht zugestanden werden solle, und mit 9 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Option auszuschliessen, soweit es sich nicht um Kinder der dritten Kategorie handle, das heisst Kinder von ausländischen Eltern, die beide seit zehn Jahren in der Schweiz wohnen (S. 51). Auch die Zulassung des Optionsrechtes in Staatsverträgen wurde mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner sowohl die Schaffung eines eidgenössischen als auch eines kantonalen Indigenates, so dass die kraft Gebietshoheit eingebürgerten Personen das Bürgerrecht der Gemeinde, in welcher die Eltern im Zeitpunkt der Geburt des Kindes Wohnsitz haben, erwerben. Es wurde vorgesehen, dass der Bund den Kantonen oder Gemeinden zwei Drittel der Kosten vergüten solle, die ihnen aus der Unterstützung der kraft Gebietshoheit Eingebürgerten bis zu deren zurückgelegtem 18. Altersjahr erwachsen. Dieser Antrag war mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen worden, welche letztere eine Pauschalentschädigung in Aussicht nehmen wollten. Eine Entschädigung der Hälfte der Unterstützungskosten wurde auch in den Fällen

empfohlen, wenn die Gemeinden Ausländer, die in der Schweiz geboren sind oder eine Schweizerin geheiratet haben, nach zehnjährigem Wohnsitz in der Schweiz unentgeltlich ins Bürgerrecht aufnehmen.

Die Expertenkommission hat noch eine grössere Anzahl von Leitsätzen für die Niederlassungspolitik einer einlässlichen Beratung unterzogen. Es würde zu weit führen und ist auch nicht Aufgabe Ihrer Kommission, hierauf einzutreten. Immerhin haben diese Beratungen der Experten grossen Wert und verdienen zum grossen Teil volle Beachtung bei der in Aussicht stehenden Revision der Niederlassungsverträge mit den ausländischen Staaten.

Wenn auch die Expertenkommission mehrere Beschlüsse gefasst hat, so geschah das keineswegs in der Meinung, dass solche in den Verfassungsartikel aufgenommen werden sollen, sondern als Wegleitung für den Erlass des Bundesgesetzes betreffend Erwerb des Schweizerbürgerrechtes zu dienen haben. Gemäss Antrag dieser Expertenkommission sollte Art. 44 folgende neue Fassung erhalten:

«Ein Schweizerbürger darf weder aus der Schweiz noch aus seinem Heimatkanton ausgewiesen werden. Die Gesetzgebung über den Erwerb des Schweizerbürgerrechtes, seine Wirkungen und seinen Verlust ist Sache des Bundes. Das zu erlassende Bundesgesetz wird nähere Vorschriften darüber treffen: 1. dass nur solche Ausländer eingebürgert werden, die sich über einen Wohnsitz in der Schweiz von langer Dauer ausweisen und von denen angenommen werden kann, dass ihre Gesinnung mit den schweizerischen Anschauungen übereinstimmt; 2. dass die Kinder ausländischer Eltern, die in der Schweiz wohnen und mit dem schweizerischen Volkstum verbunden sind, kraft Gebietshoheit durch die Geburt Schweizerbürger werden. Diese Bestimmung gilt insbesondere für solche Kinder, deren Mutter von Geburt Schweizerin war, und für solche, bei denen der eine Elternteil (der Vater oder die Mutter) in der Schweiz geboren worden ist; eine Ausschlagung des Schweizerbürgerrechtes ist in diesen Fällen unzulässig.

Solche kraft Gebietshoheit eingebürgerte Personen erwerben das Bürgerrecht der Gemeinde, in der die Eltern zur Zeit der Geburt des Kindes ihren Wohnsitz haben. Sie geniessen die Armenunterstützung wie die übrigen Gemeindebürger. Dagegen besitzen sie keinen Anteil an den Bürger- und Korporationsgütern, soweit die Kantone nicht anderes bestimmen. Der Bund entrichtet den Kantonen oder Gemeinden zur Bestreitung der ihnen aus den erwähnten Einbürgerungen erwachsenden Kosten angemessene Beiträge.»

Die letzte Sitzung dieser Expertenkommission fand am 10. Oktober 1919 statt.

IX. Mit Botschaft vom 9. November 1920 legte der Bundesrat den eidgenössischen Räten einen vom Vorschlag der Expertenkommission etwas abweichenden Entwurf des neuen Art. 44 der Bundesverfassung vor.

Es sind hauptsächlich folgende Unterschiede zwischen dem Vorschlag der Experten und der Vorlage des Bundesrates hervorzuheben:

In Al. 2 ist im bundesrätlichen Entwurf die Bestimmung, dass auch die Gesetzgebung über die Wirkungen des Schweizerbürgerrechtes Sache des Bundes sei, weggelassen. Das geschah wohl absichtlich. Das ergibt sich aus den Erörterungen der Botschaft über

die intern-staatsrechtliche Stellung der Eingebürgerten (S. 52 ff.).

Al. 3 des Bundesratsentwurfes findet sich zwar im Antrag der Expertenkommission für die Fassung des Art. 44 nicht vor, wohl aber wurde von der Mehrheit dieser Kommission angeregt, eine solche Bestimmung in das Gesetz selbst aufzunehmen.

Al. 4 des bundesrätlichen Entwurfes lautet weniger bestimmt als der Vorschlag der Experten, die vorschreiben, dass die Bundesgesetzgebung nähere Vorschriften über die Einbürgerung kraft Gebietshoheit treffen werde resp. solle. Ziff. 1 des Vorschlages der Experten, wonach nur Ausländer in der Schweiz eingebürgert werden können, die lange Zeit in der Schweiz gewohnt haben und der Gesinnung nach mit den schweizerischen Volksanschauungen übereinstimmen, wird absichtlich weggelassen, weil überflüssig in der Meinung, dass diese Bestimmungen wie bisher in das Gesetz aufgenommen werden, ohne dass dies in der Verfassung erwähnt zu werden braucht. Ferner ist die Bestimmung, wonach in den in Ziff. 2 erwähnten Fällen eine Ausschlagung des Schweizerbürgerrechtes unzulässig sei, in der Vorlage des Bundesrates nicht enthalten. Damit wollte aber keineswegs bezweckt werden, den neu Eingebürgerten ein Optionsrecht zuzugestehen. Es wird auf Seite 47 der Botschaft des Bundesrates hingewiesen.

Im Schlussalinea der bundesrätlichen Vorlage sind im wesentlichen gleiche Bestimmungen enthalten wie in Ziff. 2 des Vorschlages der Experten, jedoch mit der Beschränkung der Beitragsleistung an die Unterstützungskosten bis zur Vollendung des 18. Lebensalters der kraft Gebietshoheit eingebürgerten Kinder von Ausländern.

X. Welches war nun die Stellungnahme Ihrer Kommission zu dieser ersten Vorlage des Bundesrates?

Gegen die ersten zwei Alineas des vom Bundesrat vorgeschlagenen neuen Art. 44 der Bundesverfassung wurde keine Opposition erhoben dagegen nahm die Kommission gegen das dritte Alinea betreffend die Beschränkung der politischen Rechte der neu eingebürgerten Ausländer eine ablehnende Stellung ein.

In der Botschaft des Bundesrates wird darauf hingewiesen, dass in mehreren auswärtigen Staaten die naturalisierten Ausländer in den politischen Rechten beschränkt werden, indem sie in mehreren Staaten vom Stimmrecht, in andern Staaten mit ausgeprägt demokratischer Staatsform nur teilweise vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen seien. Auch die Bundesverfassung von 1848 und das Bundesgesetz vom 19. Juli 1872 betreffend die eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen enthielten die Vorschrift, dass naturalisierte Schweizer seit wenigstens fünf Jahren das erworbene Bürgerrecht besitzen müssen, um in den Nationalrat wahlfähig zu sein. Diese Bestimmung wurde aber in die Bundesverfassung von 1874 nicht mehr aufgenommen, weil dem Bunde das Recht verliehen wurde, die Bedingungen für die Erteilung des Schweizerbürgerrechtes gesetzlich zu regeln.

Der Bundesrat hält es für geboten, auf den frühern Rechtszustand zurückzukommen, indem ein solches System schon an sich geeignet sei, zur Assimilation der Ausländer beizutragen. Zunächst werde dem Neueingebürgerten die Möglichkeit gegeben, sich am politischen Leben unseres Landes auf dem engen Gebiete der Gemeinde zu beteiligen; er könne von

Anfang an Gemeindeämter bekleiden, und sich in solchen Stellungen mit dem Gang der öffentlichen Verwaltung vertraut machen; dies könne ihm als Vorschule dienen für den allfälligen spätern Eintritt in kantonale und eidgenössische Behörden.

Obwohl solche Massnahmen, wodurch die Neubürger in ihren politischen Rechten zeitweise beschränkt werden, in weiten Volkskreisen gewünscht werden, kann sich Ihre Kommission damit nicht befreunden. Denn vorerst teilt sie die Ansicht eines vom Politischen Departement beigezogenen Experten, der sich laut Protokoll folgendermassen geäußert hat: « Es ist Sache nicht des Bundes, sondern der Kantone, zu bestimmen, in welchem Umfang die politischen Rechte in Kanton und Gemeinde den Neubürgern zugestanden werden sollen. Es sollte aber eine solche Einschränkung überhaupt nicht zugelassen werden. Es würde dies einen Einbruch in den Grundsatz der Rechtsgleichheit, der die Grundlage unseres ganzen Staatsrechtes ist, bedeuten. Lieber soll man die Einbürgerung selbst noch erschweren, um unerwünschte Elemente von unserm politischen Leben fernzuhalten. » — Wenn man also bloss zum Rechtszustand zurückkehren wollte, wie er durch die Verfassung von 1848 für die damalige Periode festgelegt wurde, so würde es sich lediglich darum handeln, den Neueingebürgerten für die ersten fünf Jahre nach der Aufnahme in das Schweizerbürgerrecht die Wahlfähigkeit in den Nationalrat zu entziehen.

Im Bundesgesetz betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes vom 25. Juni 1903 war verlangt, dass dem Gesuche um Bewilligung der Einbürgerung der Ausweis eines unmittelbar vorangehenden zweijährigen ordentlichen Wohnsitzes in der Schweiz beigelegt werden müsse. Bei einer solchen kurzen Dauer des Wohnsitzes in der Schweiz sprechen allerdings eher Gründe dafür, dass ein Neubürger während den ersten fünf Jahren nach seiner Aufnahme ins Schweizerbürgerrecht noch nicht in den Nationalrat gewählt werden könne. Nun ist aber durch das Bundesgesetz vom 26. Juni 1920 die Einbürgerung ganz wesentlich erschwert worden. Denn die Bewilligung zur Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes wird nur mehr an solche Bewerber erteilt, die in den letzten zwölf Jahren vor Einreichung des Gesuches während mindestens sechs Jahren auf Grund einer von der zuständigen Behörde erteilten Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung tatsächlich in der Schweiz gewohnt haben. Dazu wird verlangt, dass der Gesuchsteller die letzten zwei Jahre vor Einreichung des Gesuches fortdauernd in der Schweiz gewohnt habe. Es ist sehr wahrscheinlich, dass in dem neuen durch die Verfassungsbestimmung in Aussicht gestellten Bundesgesetz eher strengere als mildere Bestimmungen über freiwilligen Bürgerrechtserwerb aufgestellt werden, so dass Gewähr geboten wird, dass nur solche Ausländer zum Schweizerbürgerrecht zugelassen werden, welche sich genügend assimiliert haben. Da braucht man keine Beschränkung der politischen Rechte einzuführen, und wenn man das doch tun will, wird man viele Ausländer davon abschrecken, das Schweizerbürgerrecht zu erwerben. Zudem sollte man zu den Wählern, die doch weitaus zum grössten Teil aus Bürgern bestehen, deren Eltern schon das Bürgerrecht in der Schweiz hatten, so viel Vertrauen haben, dass sie nur solche Personen als Beamte oder in Behörden

wählen, die sich als Schweizer fühlen und die Interessen unseres Vaterlandes wahren. Wenn etwa ausnahmsweise dieses Vertrauen sich als trügerisch erweist, soll das keinen Grund bilden, in die Verfassung Ausnahmbestimmungen aufzunehmen. Es hat ja auch die Expertenkommission eine solche Bestimmung nur mehrheitlich und zwar mit sechs gegen fünf Stimmen empfohlen.

Die wichtigste Neuerung, die der erste Entwurf des Bundesrates bringt, ist die Möglichkeit der Einbürgerung kraft Gebietshoheit. Es wird diese Einbürgerung insbesondere in Aussicht gestellt für Kinder ausländischer Eltern, die in der Schweiz wohnen, wenn die Mutter von Geburt Schweizerin war oder wenn der Vater oder die Mutter in der Schweiz geboren ist. Das kraft Gebietshoheit eingebürgerte Kind erwirbt von Geburt an das Bürgerrecht der Gemeinde, in der die Eltern zur Zeit seiner Geburt ihren Wohnsitz haben. Zur Begründung dieser Neuerung wird in der Botschaft des Bundesrates zwar angegeben, dass das System der Staatsangehörigkeit kraft Abstammung, gemäss welchem jede Person durch Blutsbande mit dem Staate, welchem ihr Erzeuger angehört, verknüpft ist, der schweizerischen Ueberlieferung entspreche. Man halte es vielfach für allein vereinbar mit den ethischen Forderungen, welche die Zugehörigkeit zu einem Staate zur Folge habe. Dieses System besitze den grossen Vorzug, dass es die Einheit der Familie stärke, indem es sämtlichen Gliedern ein und dieselbe Staatsangehörigkeit verleihe, und eine Spaltung der Familie in Teile mit verschiedener Staatsangehörigkeit, die demgemäss verschiedenen Gesetzgebungen unterstehen, vermeide. Aber dieses System der Staatsangehörigkeit kraft Abstammung habe den grossen Nachteil, dass es den Eingewanderten gestatte, ihren Nachkommen fortlaufend die Ausländereigenschaft zu übertragen, es führe zur Bildung geschlossener Ausländerkolonien und trage zur Vermehrung der Heimatlosen bei. Deshalb sei es geboten, behufs Assimilierung der Ausländer die Einbürgerung auf Grund der Geburt kraft Gebietshoheit einzuführen, wodurch die Staatsangehörigkeit von den Banden des Blutes völlig gelöst werde. Dieses System sei seit langem von verschiedenen Gesetzgebungen Europas und Amerikas aufgenommen und bilde die politische Waffe solcher Nationen, welche eine starke Einwanderung aufweisen und befürchten müssen, dass die Ausländer eines Tages das numerische Uebergewicht erlangen. Dieser auf Seite 40 ff. der Botschaft einlässlich begründete Standpunkt hat gewiss sehr viel für sich. Aber Ihre Kommission nahm gegen diese Neuerung, welche in der bundesrätlichen Vorlage des Art. 44 vorgesehen war, fast einstimmig eine ablehnende Stellung ein. Insbesondere wurde geltend gemacht, es herrsche im Volke zurzeit eine Strömung gegen jedwede Erleichterung des Bürgerrechtserwerbes, weil insbesondere während des Krieges und auch einige Zeit nachher grosse Missbräuche bei Bürgerrechtsteilungen an Ausländer vorgekommen seien. Ein Grossteil des Schweizervolkes sei Gegner jeder Zwangseinbürgerung, ein so kleines Land wie die Schweiz könne das jus soli nicht ertragen, es würde das zu Streitigkeiten mit den umliegenden Staaten führen, mit deren Bevölkerung die Schweiz in regem Verkehr stehe. Am meisten Anstoss erregte die Bestimmung, dass das

kraft Gebietshoheit eingebürgerte Kind das Bürgerrecht der Gemeinde erhalte, in der die Eltern zur Zeit der Geburt ihren Wohnsitz haben. Da insbesondere viele Arbeiterfamilien sehr oft ihren Wohnsitz ändern, um günstigere Arbeitsgelegenheit zu finden, würde die Einbürgerung der Kinder am jeweiligen Wohnorte der Eltern dazu führen, dass die Kinder in verschiedenen Gemeinden und Kantonen das Bürgerrecht erhalten, während die Eltern die Eigenschaft als Ausländer beibehalten. Das würde zu einer Zerreiung des Familienbandes führen, was der Bundesrat selbst als unerwünscht erachtet und vermeiden möchte. Es spricht sich ja der Bundesrat auf Seite 44 der Botschaft folgendermassen aus: «Macht man die Anwendung der Zwangseinbürgerung der Kinder von einem langen Wohnsitz der Eltern abhängig, so riskiert man, die nationale Einheit der Familie zu zerstören. Wenn wir zum Beispiel als Voraussetzung ein ununterbrochenes zehnjähriges Inlanddomizil der Eltern verlangen, so ist die Folge die, dass alle Kinder, die vor Ablauf dieser zehn Jahre geboren werden, Ausländer sind, die nachher Geborenen dagegen die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen. Sollte die Familie später die Schweiz verlassen, so wären die alsdann im Ausland geborenen Kinder wiederum Ausländer. Solche Wirkungen, welche die Kinder einer Familie verschiedenen Staaten zuweisen, sind unerwünscht. Es kommt hinzu, dass in Anbetracht der öffentlich-rechtlichen Tradition unseres Volkes die Einführung der Zwangseinbürgerung eine grosse Neuerung bedeutet. Aus diesen Gründen dürfte es angezeigt sein, die Anwendung des neuen Prinzips auf die Ausländer der zweiten Generation zu beschränken, das heisst auf: a) diejenigen, deren Vater oder Mutter in der Schweiz geboren ist; b) diejenigen, deren Mutter schweizerischer Herkunft ist.

Der Bundesrat hat offenbar übersehen, dass auch wenn die Einbürgerung kraft Gebietshoheit auf diese Fälle beschränkt wird, es doch häufig vorkommen wird, dass ein oder mehrere Kinder der gleichen Familie Ausländer bleiben, während andere das Schweizerbürgerrecht erhalten, und dass sogar die Kinder, die kraft Gebietshoheit das Schweizerbürgerrecht erhalten, in verschiedenen Kantonen eingebürgert werden.

Um aber durch Erleichterung der Einbürgerung die Ueberfremdung etwas einzuschränken und die Einheit der Familie zu wahren, hat Ihre Kommission mehrheitlich in gewissen Fällen die unentgeltliche Einbürgerung, und in andern Fällen die Einbürgerung gegen eine billige Einkaufsgebühr befürwortet. Den Wortlaut dieser Beschlüsse finden Sie auf Seite 3 des Nachtrages zur Botschaft des Bundesrates vom 14. November 1922.

XI. In dieser zweiten Botschaft des Bundesrates wird in einlässlichen Erörterungen dargetan, dass die von der ständerätlichen Kommission vorgeschlagene Lösung weite Bevölkerungskreise unseres Landes nicht befriedige, das ergebe sich aus Aeusserungen der Presse und einer Anzahl von Kundgebungen verschiedener Gesellschaften und Vereine. Zwar wurden diese Kundgebungen und die Vorträge, welche jeweilen von einem der eifrigsten Anhänger des jus soli an grössern oder kleinern Volksversammlungen gehalten wurden, dem Sprechenden als Präsidenten der als rückständig bezeichneten Kommission getreulich mitgeteilt, veranlassten ihn jedoch nicht, diese Kund-

gebungen zu erwidern. Auch bezweifelt er jetzt noch, ob die Mehrheit des Schweizervolkes mit den Neuerungen, die der Bundesrat ihm durch seine erste Vorlage bieten wollte, einverstanden sei. Hinsichtlich solcher Kundgebungen genügt es, auf Ziff. III des Nachtrages der Botschaft hinzuweisen.

Die dem Politischen Departement mitgeteilten vorläufigen Beschlüsse, welche die Kommission in ihrer ersten Sitzung vom 3. bis 5. März 1921 fasste, enthielten keine Detailbestimmungen, in der Meinung, dass die nähere Ausführung der aufgestellten Grundsätze auf später zu verschieben sei und vorerst die Stellungnahme des politischen Departementes abzuwarten sei. Es war deshalb etwas befremdend, dass daraus in dem Nachtrag zur Botschaft der Kommission gewissermassen ein Vorwurf gemacht werden will. Zudem ergibt sich aus dieser Nachtragsbotschaft, dass insbesondere der Vorschlag der Kommission, wonach das Recht auf Einbürgerung durch Bundesgesetz erteilt werden kann: unentgeltlich an Ausländer, die in der Schweiz geboren sind und deren Mutter von Geburt Schweizerin war (Einbürgerung am ursprünglichen Heimort der Mutter) unrichtig aufgefasst wurde. Denn in dieser Botschaft findet sich folgende Bemerkung vor: «Die Kommission vertritt die Ansicht, dass den in der Schweiz geborenen Kindern, deren Mutter von Geburt Schweizerin war, an Stelle der Zwangseinbürgerung ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung erteilt werden solle; in welchem Altersstadium die Kinder von diesem Rechte Gebrauch machen könnten, wird nicht gesagt.» Die Kommission bezweckte die Einheit der Ausländerfamilien, die durch die Vorlage des Bundesrates zerrissen würde, zu wahren und deshalb erachtete sie es als zweckmässig, dass in der Schweiz wohnenden Ausländern — nicht etwa bloss unmündigen Kindern derselben — das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung erteilt werde, wenn die Mutter dieser Ausländer von Geburt Schweizerin war. Von Festsetzung eines Altersstadiums in dem von diesem Rechte Gebrauch gemacht werden darf, wurde daher absichtlich Umgang genommen. Durch eine derartige Massnahme würde ermöglicht, dass sowohl einzelstehende Ausländer als auch ganze Familien unentgeltlich das Bürgerrecht in der Schweiz erhältlich machen können. Der Erfolg eines solchen Vorgehens ist unzweifelhaft auch viel günstiger als die Beschränkung der unentgeltlichen Aufnahme in das Schweizerbürgerrecht auf Kinder von Ausländern. In der Nachtragsbotschaft anerkennt der Bundesrat die Berechtigung der Bedenken der ständerätlichen Kommission gegen die Einbürgerung des Kindes am jeweiligen Geburtsort oder am jeweiligen Wohnort der Eltern im Zeitpunkt seiner Geburt. Um diese Bedenken zu vermeiden, wird nun vom Bundesrate vorgeschlagen, dass das kraft Gebietshoheit eingebürgerte Kind von Geburt an das Bürgerrecht der Gemeinde oder der Gemeinden erwerbe, wo die Mutter durch Abstammung heimatberechtigt war. Bei diesem System kommt der Wechsel des Wohnortes der Ausländer in der Schweiz nicht mehr in Betracht und jede Zufälligkeit ist ausgeschaltet, «die Mutter überträgt ihr früheres Bürgerrecht auf das Kind, ein Prinzip, das schon unter der heutigen Gesetzgebung bei den Wiedereinbürgerungen zur Anwendung gelangt und auch von der bundesrechtlichen Rekurspraxis in Heimatlosenfällen beobachtet wird.» Von ähnlichen Erwägungen ausgehend,

verzichtet der Bundesrat darauf, die Einbürgerungskraft Gebietshoheit auch auf die Kinder von in der Schweiz wohnenden Ausländern auszudehnen, wenn der Vater oder die Mutter dieser Kinder in der Schweiz geboren ist. Es wird berechnet, dass die Zahl der Zwangseinbürgerungen solcher Kinder sich jährlich nur auf 300 bis 350 belaufen dürfte. Der Bundesrat findet sodann, dass die Anregung der Kommission, wonach Ausländer, die in der Schweiz geboren sind und deren Vater bereits in der Schweiz geboren war, ein Anrecht auf Einbürgerung gegen Entrichtung einer billigen gesetzlich zu bestimmenden Einkaufsgebühr erhalten sollen, nicht von vornherein abgelehnt werden könne und später geprüft werden könne, da eine solche Bestimmung nicht im Verfassungsartikel vorgesehen werden müsse. Die Kommission hat gegen diese Auffassung nichts einzuwenden. Gestützt auf die im Nachtrag zur Botschaft Seite 8 angegebenen Gründe kann Ihre Kommission auch darauf verzichten, in den Verfassungsartikel eine besondere Bestimmung aufzunehmen, wodurch Ausländer lediglich wegen langen Wohnsitzes in der Schweiz einen Anspruch auf Erteilung des Bürgerrechtes gegen eine billige Einkaufsgebühr erhalten sollen. Dagegen hält die Kommission mehrheitlich daran fest, dass dem Gesetzgeber die Kompetenz gegeben werden solle, unter gewissen einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen gutbeurteilten Ausländern nach langem ununterbrochenen Aufenthalt in der Schweiz das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung zu erteilen. Auf die Begründung dieses Postulates sowie auf die Frage betreffend Beitragsleistung des Bundes an die Unterstützungskosten, die den Kantonen und Gemeinden durch derartige Einbürgerungen erlaufen werden, wird noch zurückgekommen, sobald die Vorschläge Ihrer Kommission besprochen werden. Schliesslich ist noch Vormerk zu nehmen, dass der Bundesrat anlässlich des Abschlusses neuer Niederlassungsverträge die Möglichkeit wahren will, bei Zulassung von Ausländern ausser auf bestimmte Personalausweise auch auf das Vorhandensein materieller Voraussetzungen, z. B. sanitärischer oder wirtschaftlicher Natur abzustellen und beim Fehlen solcher die Niederlassung zu verweigern.

XII. Uebergehend auf die Stellungnahme Ihrer Kommission zu den neuen Anträgen des Bundesrates und zur Begründung der Anträge der Mehrheit Ihrer Kommission ist noch Folgendes beizufügen:

Die Kommission beharrt darauf, dass von einer Beschränkung der neu Eingebürgerten in ihren politischen Rechten vollständig Umgang genommen werden und daher Alinea 3 der neuen Vorlage des Bundesrates zu Art. 44 der Bundesverfassung wegfallen solle. Die Begründung dieses Antrages der Kommission ist schon so einlässlich erfolgt, dass weitere Bemerkungen überflüssig wären. Auch der Bundesrat würde sich einem Fallenlassen der vorgeschlagenen Beschränkung der Wahlfähigkeit nicht widersetzen.

Vorgehend der Besprechung der übrigen Anträge der Kommission, wie sie solche in dem ausgeteilten gedruckten Entwurfe finden, ist im allgemeinen noch folgendes zu betonen:

Art. 44 der Bundesverfassung soll nur die Kompetenzen betreffend die Gesetzgebung über den Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechtes festsetzen. Daraus ergibt sich vorab, dass den Kantonen das Gesetzgebungsrecht über Erteilung des Gemeinde-

bürgerrechtes und Kantonsbürgerrechtes an Bürger anderer Kantone vollständig verbleibt und durch Art. 44 nicht berührt wird.

Auch die Gesetzgebung über die Erteilung des Gemeindebürgerrechtes und Kantonsbürgerrechtes an Ausländer, die vom Bundesrate die Bewilligung zur Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes erhalten haben, verbleibt den Kantonen oder den Gemeinden, insoweit die Bundesgesetzgebung diese Kompetenz nicht durch Erlass rechtsverbindlicher Vorschriften einschränkt. Im Verfassungsartikel werden nun die allgemeinen Grundsätze darüber aufgestellt, inwieweit die Bundesgesetzgebung Bestimmungen erlassen kann, welche die Erteilung des Gemeinde- oder Kantonsbürgerrechtes als Grundlage für das Schweizerbürgerrecht betreffen. Nur insoweit es durch die Bundesverfassung als zulässig erklärt wird, kann durch die Bundesgesetzgebung den Gemeinden und Kantonen die Verpflichtung auferlegt werden, unter gewissen Bedingungen Ausländer in ihr Bürgerrecht aufzunehmen oder als Bürger anzuerkennen. Wohl kann die Bundesgesetzgebung wie bisher vorschreiben, dass nur solche Ausländer in der Schweiz ein Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht erwerben können, welche vom Bundesrat die Bewilligung hiezu erhalten haben. Die Gemeinden und Kantone dürfen Ausländer ohne diese vorhergehende Bewilligung nicht in ihr Bürgerrecht aufnehmen, sind aber nur verpflichtet, solche Ausländer in ihr Bürgerrecht aufzunehmen, beziehungsweise als Bürger anzuerkennen, wenn die Bundesgesetzgebung das vorschreibt. Die Bundesgesetzgebung kann aber solche Vorschriften, durch welche Gemeinden oder Kantone gezwungen werden unter gewissen Bedingungen Ausländer in das Bürgerrecht aufzunehmen oder als Bürger anzuerkennen, nur aufstellen, wenn ihr durch die Verfassung die Kompetenz hiezu erteilt ist. Die Mehrheit Ihrer Kommission will der Bundesgesetzgebung nur in den zwei in Alinea 3 und 4 ihrer Vorlage grundsätzlich festgestellten Fällen diese Kompetenz einräumen. Eine Minderheit der Kommission äusserte Bedenken dagegen, die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit oder die Unentgeltlichkeit der Einbürgerung vorzuschreiben, und möchte den kantonalen Gesetzgebungen auch diesbezüglich volle Freiheit lassen. Die Wiederaufnahme ins Schweizerbürgerrecht, die schon im bestehenden Bundesgesetz geordnet ist, sowie die Aufnahme Heimatloser in das Bürgerrecht, und die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches, betreffend die Anerkennung als Bürger (Art. 323) kommen hier nicht in Betracht. Es braucht ihrer in Art. 44 keine Erwähnung getan zu werden.

Uebergend auf die Anträge Ihrer Kommission zu Abs. 3 und folgenden des neuen Art. 44 der Bundesverfassung ist noch folgendes zu bemerken:

Sehr wichtig ist der Entscheid darüber, ob durch die Verfassung die Bundesgesetzgebung unter den darin näher festzusetzenden Beschränkungen ermächtigt werden solle, ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung zu verleihen. Die Neunerkommission hat zwar in ihrem Entwurf ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung nicht vorgesehen, dagegen in Art. 44 ter (siehe Seite 36 der Botschaft) unter gewissen Bedingungen die Gemeinden verpflichtet, niedergelassenen unbeschränkt handlungsfähigen Ausländern und urteilsfähigen unmündigen Ausländern auf Begehren das Heimatrecht gegen Einkauf zu gewähren. Der Bundesrat bestimmt die Gebühr für den Einkauf in das

Heimatrecht; sie darf nicht mehr als 300 Fr. betragen. In der Expertenkommission wurde der Rechtsanspruch auf Naturalisation mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Vier Stimmen sprachen sich für Einführung eines Rechtsanspruches auf Naturalisation aus für die Fälle, wenn der Ausländer in der Schweiz geboren ist, hier unsere Schulen absolviert hat und genügend Garantien für die Assimilierung bietet, ferner für Ausländer, welche eine Schweizerin geheiratet haben, und lange Zeit in der Schweiz wohnen, sodann für Eltern und Geschwistern derjenigen, die jure soli inkorporiert worden sind, um die Einheit der Familie zu wahren. Ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung unter bestimmten Bedingungen besteht schon in den Gesetzen der Kantone Genf, Basel und Zürich. Die Mehrheit der Expertenkommission nahm aus referendumpolitischen Gründen davon Umgang, einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung vorzusehen. Der Bundesrat bemerkt hiezu: « Sollte man das Recht auf Einbürgerung, wie das Politische Departement es vorschlägt, bei uns einführen, so müsste es jedenfalls nur solchen Bewerbern gewährt werden, die durchaus sichere moralische Garantien bieten. Ein solcher Vorbehalt scheint unerlässlich angesichts der Tatsache, dass die Kriminalität der Ausländer diejenige der einheimischen Bevölkerung bei weitem übersteigt. Bei Einführung des Rechtes auf Einbürgerung müsste jedenfalls eine maximale Einkaufsgebühr festgesetzt werden, um zu verhüten, dass die Kandidaten durch allzuhohe Taxen ferngehalten werden; jedenfalls sollte diese Gebühr den Betrag von 300 Fr. nicht überschreiten. Wir halten dafür — so erklärt der Bundesrat —, dass wir nicht so weit gehen dürfen, einem Ausländer, selbst wenn er in der Schweiz geboren oder seit Jahren hier niedergelassen ist, ein vorbehaltloses Recht auf Einbürgerung zuzugestehen und dadurch die Kantone einer wertvollen Kontrollbefugnis zu berauben; wir würden damit riskieren, in unserm Volke auf heftige Opposition zu stossen. Infolgedessen sind wir der Ansicht, dass die Lösung dieser Frage den Kantonen überlassen werden muss, indem ihnen freigestellt bleibt, ein Recht auf Einbürgerung in ihre Gesetzgebung aufzunehmen, unter Vorbehalt immerhin, dass in jedem Falle die bundesrätliche Einbürgerungsbewilligung voranzugehen hat. »

Ihre Kommission kann mehrheitlich diese Auffassung des Bundesrates nicht vollständig teilen. Vorerst ist es sehr fraglich, ob nicht die Einbürgerung kraft Gebietshoheit beim Volke auf mehr Widerstand stossen wird, als die Erteilung des Rechtes auf unentgeltliche Einbürgerung in gewissen Fällen. Sodann haben wir die Auffassung, dass dieses Recht nur solchen Ausländern verliehen werden solle, die in der Schweiz geboren sind, oder Jahrzehnte lang in der Schweiz gewohnt haben und zu keinen Klagen Veranlassung geboten haben oder deren Kinder jure soli Schweizerbürger werden. Es ist Sache des Bundesgesetzgebers, die nötigen einschränkenden Bestimmungen aufzustellen. Es kann keineswegs die Rede davon sein, dass durch Erteilung des Rechtes auf unentgeltliche Einbürgerung den Kantonen das Recht auf eine einlässliche Kontrolle entzogen werden soll, vielmehr kann dieses Recht auf unentgeltliche Einbürgerung im Bundesgesetz derart geordnet werden, dass dieser Anspruch bei der zuständigen kantonalen Behörde geltend gemacht wird, dann nach Vernehmung betreffender Gemeindebehörden mit einem

Antrag der Kantonsregierung dem Politischen Departemente unterbreitet werden, das über die Berechtigung des Anspruches entscheidet. Es kann also ein ganz ähnliches Verfahren eingeschlagen werden, wie bei Erledigung von Begehren um die Wiederaufnahme in das Schweizerbürgerrecht. Bei einem solchen Verfahren sind dann alle Garantien geboten, dass mit einem solchen Recht kein Missbrauch getrieben werden kann. Aber alle diese Details sind nicht durch den Verfassungsartikel zu ordnen, sondern durch das künftige Bundesgesetz, wenn die Zulässigkeit der Schaffung eines solchen Rechtes auf unentgeltliche Einbürgerung, oder eventuell eines Einkaufes gegen kleine Einkaufsgebühren in der Bundesverfassung grundsätzlich vorgesehen wird. Dieses Recht sollte mindestens gut beleumdeten Ausländerfamilien verliehen werden, deren Kinder kraft Gebietshoheit das Schweizerbürgerrecht erhalten. Das ist ein durchaus zweckmässiges Mittel zur Wahrung der Einheit der Familie. Das ist der Hauptgrund, weshalb die Kommissionmehrheit grosses Gewicht darauf legt, dass in die Verfassung eine Bestimmung im Sinne ihres Antrages aufgenommen werde. Es ist wahrscheinlich, dass dieser Rechtsanspruch auf unentgeltliche Einbürgerung meistens geltend gemacht wird von Ausländern, die sich seit langer Zeit in der Schweiz niedergelassen haben und deren Kindern gegenüber die Einbürgerung kraft Gebietshoheit erfolgt. Wenn dieses Recht an die obgenannten Beschränkungen geknüpft wird, ist kaum ein grosser Widerstand der Bevölkerung zu befürchten.

Dieser Widerstand des Schweizervolkes gegen eine solche Neuerung wird um so unbedeutender sein, wenn den Gemeinden und Kantonen ein namhafter Beitrag an die Auslagen geleistet wird, die durch solche unentgeltliche Aufnahmen ins Bürgerrecht respektive Armenunterstützungen den Gemeinden oder Kantonen erwachsen. Hierüber wird später gesprochen werden.

Laut Nachtrag zur Botschaft verzichtet der Bundesrat darauf, die Einbürgerung kraft Gebietshoheit auch für die in der Schweiz geborenen Kinder von Ausländern vorzusehen, wenn der Vater oder die Mutter dieser Kinder in der Schweiz geboren ist. Aber dieser Verzicht kommt in dem vom Bundesrate vorgeschlagenen Alinea 4 nicht zum Ausdruck. Denn der erste Satz: «Die Bundesgesetzgebung kann die Einbürgerung kraft Gebietshoheit einführen» ist unbeschränkt. Der zweite Satz: «Sie kann insbesondere bestimmen, dass das in der Schweiz geborene Kind ausländischer Eltern kraft Gebietshoheit Schweizerbürger wird, wenn seine Mutter von Geburt Schweizerin war» schliesst keineswegs aus, dass die Einbürgerung kraft Gebietshoheit durch das Bundesgesetz auch für andere Fälle eingeführt werden kann, sondern weist durch das Wort «insbesondere» darauf hin, dass noch andere Bestimmungen zulässig seien. Mit dieser Fassung kann sich die Mehrheit Ihrer Kommission nicht einverstanden erklären. Die Mehrheit Ihrer Kommission will die Einbürgerung kraft Gebietshoheit einzig für solche in der Schweiz geborenen Kinder ausländischer Eltern zulassen, wenn die Mutter des Kindes durch Abstammung Schweizerin war. Nur bei dieser Einschränkung will die Mehrheit der Kommission zugeben, dass die Einbürgerung kraft Gebietshoheit durch die Bundesgesetzgebung eingeführt werde. Die Kommission findet zwar, dass bei einer solchen Einbürgerung

kraft Gebietshoheit diese eingebürgerten Kinder das Bürgerrecht der Gemeinde erhalten sollen, wo die Mutter durch Abstammung heimatberechtigt war. Aber es sollte nicht ausgeschlossen werden, dass in den Fällen, in denen besondere Gründe dafür sprechen, zum Beispiel, wenn die Eltern in der Schweiz stetsfort in der gleichen Gemeinde gewohnt haben, dort eine Liegenschaft besitzen, und die Mutter des Kindes zu ihrem ursprünglichen Heimort in keinen Beziehungen mehr steht, die Einbürgerung auch an diesem ständigen Wohnorte erfolgen könne. Um der Gesetzgebung des Bundes volle Freiheit zu lassen, unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Eingebürgerten oder deren Eltern die Wohngemeinde oder die frühere Heimatgemeinde der Mutter als Einbürgerungsort zu bestimmen, hat Ihre Kommission es als zweckmässig erachtet, hierüber im Verfassungsartikel keine bindenden Vorschriften aufzustellen, in der Meinung, dass im Bundesgesetz selbst die geeigneten Bestimmungen getroffen werden.

Wenn die Einbürgerung kraft Gebietshoheit auf den in Alinea 4 unseres Vorschlages bestimmten Fall beschränkt wird, ist davon Umgang zu nehmen zugunsten der Eingebürgerten ein Optionsrecht vorzusehen. Denn durch die Zulassung des Optionsrechtes könnte bewirkt werden, dass Eingebürgerte, die auf Kosten ihrer Heimatgemeinde in der Schweiz erzogen worden sind, nach Erreichung des majorennen Alters von sich aus oder beeinflusst durch ihre ausländischen Verwandten zugunsten des Heimatstaates ihrer ausländischen Eltern optieren. Jedenfalls kann in den Fällen der Geltendmachung des Rechtes auf unentgeltliche Einbürgerung von einem spätem Optionsrechte nicht die Rede sein. Unbestreitbar ist, dass durch Zwangseinbürgerungen jeder Art es unvermeidlich wird, dass für einen grossen Teil der Eingebürgerten Doppelbürgerrechte entstehen und daraus unliebsame Differenzen erwachsen können. Es ist lediglich auf die Erörterungen der Botschaft (Seite 68 ff) hinzuweisen. Das darf uns aber nicht abhalten, die Zwangseinbürgerung vorzuschreiben, denn kraft der Souveränität ist die Schweiz berechtigt, unbeschränkt die Bedingungen zur Verleihung ihres Bürgerrechtes nach ihrem Gutfinden festzusetzen.

Die Kommission nimmt davon Umgang in der Verfassungsbestimmung festzulegen, ob die Einbürgerung kraft Gebietshoheit für eine bestimmte Anzahl von Jahren rückwirkende Kraft haben soll, das heisst, dass auch die innert fünf Jahren vor Inkrafttreten des bezüglichen in Aussicht stehenden Bundesgesetzes geborenen Kinder ausländischer Eltern bei Vorhandensein der übrigen Bedingungen einzubürgern seien.

Das Recht, im Bedarfsfalle von der Gemeinde, in der sie eingebürgert worden sind, die Armenunterstützung in gleicher Weise wie die übrigen Bürger beanspruchen zu dürfen, kann den gemäss Alinea 3 und 4 der Verfassungsbestimmung, wie sie durch die Kommission vorgeschlagen werden, Eingebürgerten nicht vorenthalten werden und ist ausdrücklich festzustellen. Dagegen ist, um volle Klarheit zu schaffen, in der Verfassung auch die Frage zu lösen, ob diese Neueingebürgerten an den Bürger- und Korporationsgütern ein Anrecht besitzen. Diese Frage ist im Einklang mit dem Vorschlage des Bundesrates negativ zu beantworten, allerdings mit Vorbehalt anderer Bestimmungen kantonaler Gesetze. Es soll der kantonalen Gesetzgebung keineswegs untersagt sein, den

Neueingebürgerten auch den Mitgenuss der Bürger- oder Korporationsgüter zu gewähren.

Wenn die Gemeinden und Kantone durch ein Bundesgesetz verpflichtet werden können unter gewissen Bedingungen Ausländer unentgeltlich ins Bürgerrecht aufzunehmen, oder die Kinder von ausländischen Eltern als Bürger anzuerkennen, ist es gerechtfertigt, dem Bunde auch einen Teil der den Gemeinden und Kantonen hieraus allfällig erwachsenden Auslagen für Armenunterstützung dieser Neubürger zu überbinden. Der Bundesrat gibt in seinem Vorschlag zu Art. 44 lediglich die Zusicherung, dass der Bund zu seinen Lasten einen Teil der effektiven Unterstützungskosten übernehme, die den Kantonen oder Gemeinden während der ersten 18 Lebensjahre der kraft Gebietshoheit Eingebürgerten erwachsen. Diese unbestimmte Zusicherung erscheint der Kommission ungenügend zu sein und könnte Anlass zu Misstrauen geben. Es sollte jedenfalls ein Minimum der Beitragsleistungen des Bundes bestimmt werden. Ihre Kommission schlägt vor, dieses Minimum auf die Hälfte der den Kantonen oder Gemeinden erwachsenden Auslagen festzusetzen. Das System der Pauschalentschädigung erscheint aus den in der Botschaft des Bundesrates (Seite 61 ff.) angegebenen Gründen als ungeeignet und arbiträr und würde vielfach zu Unbilligkeiten führen. In der Botschaft ist berechnet, dass für den Fall der Annahme des Vorschlages des Bundesrates vom 9. November 1920 und bei der Retroaktivität des Gesetzes auf fünf Jahre und einer Beitragsleistung von $\frac{2}{3}$ an die erlaufenden Unterstützungskosten die Ausgaben des Bundes den Betrag von einer Million Franken im Jahre nicht übersteigen würden. Wenn aber die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit in der Weise beschränkt wird, wie das in der Vorlage des Bundesrates vom 14. November 1922 zum Ausdruck kommt, wird angenommen, dass die Zahl der jährlich kraft Gebietshoheit eingebürgerten Kinder statt 6300 laut erstem Vorschlag nur etwa 5000 bis 5200 betragen und die Beitragsleistungen des Bundes insgesamt um $\frac{1}{6}$ niedriger anzusetzen seien als in der ersten Botschaft. Bei den Berechnungen der Unterstützungskosten wird angenommen, dass durchschnittlich 7 % der kraft Gebietshoheit Eingebürgerten der Armenunterstützung bedürfen und dass für jedes unterstützungsbedürftige Kind ein durchschnittlicher Unterstützungsbetrag von 200 Fr. in Anschlag zu bringen sei. Wenn jährlich 6300 Kinder kraft Gebietshoheit eingebürgert werden und der Bund die Hälfte der Unterstützungskosten übernimmt, ergibt sich ein Gesamtbetrag von 689,050 Fr. pro Jahr (Seite 64). Bei der Annahme, dass jährlich nur 5200 Kinder eingebürgert werden, ergibt sich ein Unterstützungsbeitrag von durchschnittlich 568,700 Franken. Hierzu kommen dann noch die Unterstützungsbeiträge für unentgeltlich eingebürgerte Ausländer. Wenn das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung gutbeumdeten Ausländern erteilt würde, die mindestens 20 Jahre ununterbrochen in der Schweiz gewohnt haben, oder die einen ununterbrochenen zehnjährigen Wohnsitz in der Schweiz hatten und deren Mutter oder Ehefrau von Geburt Schweizerin war, so ergibt sich gestützt auf mutmassliche Berechnungen des Politischen Departementes folgendes Resultat. Gestützt auf statistische Erhebungen für den Zeitraum von 1900 bis 1910 ist anzunehmen, dass jährlich rund 600 Ausländer einen 20-jährigen ununterbrochenen

Wohnsitz in der Schweiz zurücklegen. Unter der Annahme, dass die Hälfte hievon vom Rechte der unentgeltlichen Einbürgerung Gebrauch machen und jeder Bewerber zwei seiner ehelichen oder elterlichen Gewalt unterstellte Familienglieder zur Miteinbürgerung präsentieren würde, so würde das einen jährlichen Zuwachs von 900 Personen ergeben. Wenn nun 7 % dieser Eingebürgerten unterstützungsbedürftig werden, die Unterstützung 10 Jahre lang nach der Einbürgerung mit der Hälfte vom Bund subventioniert wird, so beläuft sich diese Beitragsleistung auf 15,750 Franken pro Jahr. Ein gleicher Unterstützungsbeitrag würde ungefähr auch für solche unentgeltlich eingebürgerte Ausländer notwendig, die nur 10 Jahre ununterbrochenen Wohnsitz in der Schweiz hatten, deren Mutter oder Gattin aber von Geburt Schweizerin war. Bei einer Beitragsleistung von 50% werden sich gestützt auf diese allerdings nur auf Mutmassungen gestützte Berechnungen die Gesamtkosten des Bundes auf ungefähr 600,000 Fr. per Jahr belaufen. Wenn die unentgeltliche Einbürgerung durch die Gesetzgebung auf Ausländerfamilien beschränkt würde, deren Kinder kraft Gebietshoheit eingebürgert worden sind, wird auch die Last, die dem Bunde, den Kantonen und Gemeinden aus Armenunterstützungen erwachsen, nicht erheblich vermindert. Wie bereits dargetan, hat Ihre Kommission die Auffassung, dass das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung durch das Bundesgesetz nur erteilt werden solle, wenn wichtige Gründe dafür sprechen, insbesondere wenn damit die Einheit der Familie bewahrt werden kann.

Hiermit, Herr Präsident, meine Herren, glaubt der Sprechende als Berichterstatter der Kommission deren Stellungnahme zur Revision des Art. 44 der Bundesverfassung und zu den Massnahmen gegen die Ueberfremdung genügend gekennzeichnet zu haben. Ihre Kommission ist sich wohl bewusst, dass ihre Vorlage einer harten Kritik unterworfen werden wird. Einer grossen Anzahl von Schweizerbürgern, die zäh am Alten festhalten und in Gegenden wohnen, in denen die Ueberfremdung sich nicht fühlbar macht, wird auf diesem Gebiete der Zwangseinbürgerung oder unentgeltlichen Einbürgerungen jedwede Neuerung als überflüssig und unerwünscht erscheinen. Andere aber werden finden, dass diese Neuerungen ungenügend seien, um der an verschiedenen Orten bestehenden und wahrscheinlich wieder in Zunahme begriffenen Ueberfremdung entgegen zu treten.

Ihre Kommission ist sich wohl bewusst, nichts Vollkommenes zu bieten, und wird allfällige Verbesserungen der Vorlage gerne entgegennehmen. Bestehende Uebelstände können übrigens nicht allein durch die Revision des Art. 44 der Bundesverfassung beseitigt werden, sondern es müssen noch andere Massnahmen getroffen werden, um die anormalen demographischen Verhältnisse der Schweiz zu verbessern. Zurzeit kann es sich aber nur um die Beratung der Revision des Art. 44 der Verfassung handeln.

Namens der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen auf den Antrag der Kommission einzutreten.

Huber-Uri, Berichterstatter der Kommissionsminderheit: Die Vorschläge des Bundesrates sind das Ergebnis wiederholter langer und teilweise mühsamer Verhandlungen. Der Bundesrat schlägt vor, dass die Einbürgerung kraft Gebietshoheit eingeführt werden

könne. Die Kommission hat das zuerst abgelehnt, wie Sie auf Seite 3 der Nachtragsbotschaft lesen können. Der Bundesrat hat aber in dieser Nachtragsbotschaft auf der Einführung der Einbürgerung kraft Gebietshoheit beharrt. Schliesslich hat die Kommission in der Sitzung in diesem Jahre sich damit einverstanden erklärt, die Einbürgerung kraft Gebietshoheit, aber auch, und zwar im Einvernehmen mit dem Departement, das Recht auf Einbürgerung einzuführen. Das Recht auf Einbürgerung war so gemeint zuerst nach den Anträgen der Kommission, dass es nach Bundesgesetz erteilt werden könne: unentgeltlich unter gewissen Bedingungen oder gegen Entrichtung einer Einkaufsgebühr, deren Gesamtmaximum vom Bundesgesetz bestimmt werde. Schliesslich hat man sich geeinigt auf die Anträge der Kommission, wie sie heute vorliegen. Ich meinerseits komme nach der Prüfung und Ueberlegung zum Antrage, es sei auf diese Vorlage nicht einzutreten. Und zwar aus folgenden Gründen:

Es wird vorgeschlagen, im Abs. 2 des neuen Art. 44 zu bestimmen: «Die Gesetzgebung über den Erwerb und den Verlust des Schweizerbürgerrechtes ist Sache des Bundes.» Die Botschaft des Bundesrates sagt selber, dass hier eine grosse Neuerung vorliege. In der Tat, es handelt sich um eine wichtige Neuerung, es handelt sich um Entzug wichtiger Rechte der Kantone und der Gemeinden und Uebertragung derselben auf den Bund. Der Art. 43 der Bundesverfassung sagt: «Jeder Kantonsbürger ist Schweizerbürger.» Das Schweizerbürgerrecht besteht also aus dem Gemeindebürgerrecht und dem Kantonsbürgerrecht. Der Art. 44 bestimmt in Abs. 2: «Die Bedingungen für die Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer werden durch die Bundesgesetzgebung geordnet.» Dieser zweite Absatz des Art. 44 ist, wie es in der Botschaft auf Seite 32 ausgeführt wird, zu wiederholten Malen von den eidgenössischen Räten restriktiv ausgelegt worden. Es wurde stets die Auffassung vertreten, dass Art. 44 der Eidgenossenschaft bloss ein Kontrollrecht verleihe, welches sich einerseits auf die Naturalisation im technischen Sinne des Wortes erstreckt zur Verhütung von Missbräuchen. Nun wird gesagt, dass die Gesetzgebung über den Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechtes Sache des Bundes sein soll. «Schweizerbürgerrecht», dieser Ausdruck steht im zweiten Absatz, und im folgenden, dritten Absatz ist dann schlechthin von «Bürgerrecht» die Rede. Wie ist das gemeint? Es muss hier Klarheit geschaffen werden. Der Bundesrat sagt in der Botschaft auf Seite 49: Trotz dieser Uebertragung der Gesetzgebung auf den Bund über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechtes wird die ordentliche Einbürgerung (Naturalisation) wie bisher beibehalten werden. Sie wird jederzeit durch die kantonalen Gesetze und die Gemeindevorschriften geordnet werden, da der Bund einzig den Anspruch erhebt, sein Recht auf Kontrolle der Kandidaten geltend zu machen. Sei dem nun, wie es wolle, ob in Absatz 2 nur das allgemeine Schweizerbürgerrecht gemeint sei oder auch das Kantons- und Gemeindebürgerrecht, oder möge es sich verhalten wie immer, so bedeutet die Vorlage mit den Abs. 3 und 4 eine bedeutende Einschränkung der Rechte der Kantone.

Das Gemeindebürgerrecht ist eine althergebrachte tiefeingewurzelte Einrichtung in der Schweiz, an der der Schweizer hängt, und dadurch unterscheiden wir

uns wesentlich von den ausländischen Staaten. Der schweizerische Gemeindebürger will etwas dazu zu sagen haben, wenn es sich darum handelt, einen Ausländer in das Heimatrecht seiner Gemeinde, in das Gemeindebürgerrecht aufzunehmen. Bei uns z. B. hat vor wenigen Jahren ein Ausländer 10,000 Fr. angeboten. Die Gemeinde hat dem Gesuch entsprochen im Hinblick auf die finanzielle Verstärkung des Armenvermögens und ebenso haben die kantonalen Behörden das Gesuch unterstützt. An der Landsgemeinde aber hat ein Bürger der gleichen Gemeinde, in welcher der Ausländer eingebürgert werden sollte, einen Antrag auf Abweisung gestellt, und die Landsgemeinde hat mit grossem Mehr das Gesuch abgewiesen.

Vor einem Jahre hat die eidgenössische Volksabstimmung über drei Initiativbegehren stattgefunden. Die beiden Initiativbegehren über Ausweisung wegen Gefährdung der Landessicherheit und Wählbarkeit der Bundesbeamten in den Nationalrat sind mit rund 260,000 gegen 160,000 Stimmen abgewiesen worden, dagegen das Volksbegehren über das Einbürgerungswesen mit der überwältigenden Mehrheit von 347,988 gegen rund 66,000 Stimmen. Ich glaube, obwohl damals die Initianten auf ihr Begehren verzichtet haben, darin ein deutliches Zeichen erblicken zu sollen, dass man in der Schweiz noch nicht gewillt ist, so leichthin das Bürgerrecht zu gewähren, wie es hier vorgeschlagen wird. Es ist also eine Einschränkung der Rechte der Kantone und Gemeinden in Frage; daran wird der Schweizerbürger schwerlich rütteln lassen.

Das bestehende Bundesgesetz vom Jahre 1903 über die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes erteilt in Art. 5 den Kantonen das Recht, auf dem Wege der Gesetzgebung zu bestimmen, dass die im Kanton geborenen Kinder von im Kanton wohnenden Ausländern von Gesetzes wegen und ohne dass eine Bewilligung des Bundesrates erforderlich wäre, Kantons- und damit Schweizerbürger sind: a) wenn die Mütter schweizerischer Herkunft ist, oder b) wenn die Eltern zur Zeit der Geburt des Kindes wenigstens 5 Jahre ununterbrochen im Kanton gewohnt haben. Die Kantone sollen das Recht der Option vorbehalten. Die Botschaft gibt an, dass von diesem Recht bisher kein Gebrauch gemacht wurde, auch nicht in dem von der Ueberfremdung besonders betroffenen Grenzkantonen. Warum haben diese Kantone nicht von diesem Recht Gebrauch gemacht? Es müssen offenbar gewichtige Gründe dafür vorhanden gewesen sein. Man hat von Engherzigkeit gesprochen. Der Vorwurf der Engherzigkeit oder Gleichgültigkeit ist jedenfalls nicht begründet. Wir wissen alle, in diesen Grenzkantonen ist, neben unerwünschten Elementen, ein wahres Bollwerk von vaterländischer eidgenössischer Gesinnung vorhanden. Ich glaube nicht, dass man aus Engherzigkeit oder Gleichgültigkeit nicht von Art. 5 Gebrauch gemacht hat. Es müssen andere, ernstere Gründe vorhanden sein. Die Vertreter dieser Kantone würden uns vielleicht darüber Auskunft geben können. Ich erinnere mich, dass das gewesene Kommissionsmitglied, das der Abordnung von Genf angehörte, gesagt hat: Ja in Genf, da haben wir vorwiegend Franzosen und die sind je länger, je weniger geneigt, Schweizerbürger zu werden, die wollen Franzosen, bleiben. Ich denke, das Selbst- und Hochgefühl der Italiener

im Tessin sei nicht kleiner als das der Franzosen in Genf. Wenn in diesen Kantonen mit grossen geschlossenen Fremdenkolonien trotzdem das Bedürfnis sich nicht eingestellt hat, die Ueberfremdung zu bekämpfen mit dem Mittel, das hier vom Bundesrat für die ganze Eidgenossenschaft vorgeschlagen wird, wie wollen Sie dann die übrigen Kantone, wo die Ueberfremdung nicht so beunruhigend ist, auf dem Wege der Verfassungsrevision zwingen, mit diesem Mittel die Ueberfremdung zu bekämpfen? Das geht nicht. Meines Erachtens ist es unbedingt notwendig dass zuerst diese Grenzkantone Ernst machen und das hier vorgeschlagene Mittel auf kantonalem Boden erproben und damit den Ausweis erbringen, dass es richtig und wirksam ist. Wenn dann dieses Mittel noch nicht genügt, um der Ueberfremdung zu steuern, dann wird vielleicht eher der Wille vorhanden sein, es für die ganze Eidgenossenschaft von Bundeswegen anzuwenden. Zwang soll man vorderhand nicht ausüben gegen die andern Kantone, es nützt einfach nichts.

Die Ueberfremdung ist leider eine Tatsache, das muss ich zugeben, und ihre Bekämpfung eine vaterländische Aufgabe. Aber wir müssen im Auge behalten, dass die Ueberfremdung nur in den Grenzkantonen beunruhigende Form angenommen hat. Die Statistik sagt uns, dass jährlich 17,000 Ausländer einwandern und 5000 Schweizer nach überseeischen Staaten auswandern. Vorgestern ist im Nationalrat ausgeführt worden, dass, wenn die Auswanderer nach den Nachbarstaaten und überhaupt nach europäischen Staaten dazu gerechnet würden, man auf über 20,000 Auswanderer komme; das sind bedenkliche Zahlen. Ich meine, man sollte in allererster Linie ernstlich und gründlich prüfen, ob nicht der Einwanderung Fremder und der Abwanderung Einheimischer Schranken gesetzt werden können. Der Bundesrat sagt selbst in seiner Botschaft auf S. 22, zu den Ursachen der Ueberfremdung gehöre u. a. die sehr liberale Regelung der Niederlassungsverträge für die Ausländer in der Schweiz und es sei notwendig, bei Abschluss von neuen Niederlassungsverträgen darauf Bedacht zu nehmen, dass es die Ausländer nicht besser bekommen in der Schweiz, sondern dass ein gewisser Ausgleich stattfinden müsse. Der Bundesrat sagt weiter, es müsse eine strengere Praxis eintreten in der Niederlassungspolitik, und ich denke auch in der Fremdenpolizei. Bevor der Schweizer den Stimmzettel in die Hand bekommt, zu dieser Vorlage ja oder nein zu sagen, sollte ihm nachgewiesen werden können, dass wir das Möglichste getan haben beim Abschluss der Niederlassungsverträge, um die Einwanderung von Fremden möglichst einzuschränken. Die Kommission hat in den ersten Sitzungen in Ziff. II der damaligen Anträge erklärt: «Die Kommission hält im Anschluss an die Beratung der Expertenkommission in Solothurn im September 1920 die Einführung einer besonderen Besteuerung der Ausländer als Gegenleistung für den Schutz und die mannigfachen Vorteile, die der Ausländer bei uns geniesst, für wünschenswert.» Vielleicht ist das ein Mittel, das hier zur Anwendung gebracht werden könnte.

Was die Abwanderung betrifft, dürfte ebenfalls gründlich und ernsthaft geprüft werden, ob nicht die Sesshaftigkeit gefördert werden könnte in der Schweiz. Ich verweise in dieser Richtung auf die Motion Ming, die im Nationalrat gestellt und erheblich

erklärt wurde. Es sollte geprüft werden, ob nicht die überschüssige landwirtschaftliche Bevölkerung übergeführt werden könnte in unsere schweizerische Industrie und in unser Gewerbe. Es wird das schwierig sein, aber es wäre doch der Mühe wert, diese Sache ernstlich zu prüfen. Die Berufsbildung und Berufsberatung könnte hier eine bedeutsame Rolle spielen. Wie der Herr Kommissionspräsident gesagt hat, werden die Maurerarbeiten bei uns in der Regel von Italienern ausgeführt. Warum kann man es nicht dazu bringen, dass die Schweizer mehr dieses Handwerk erlernen? Man sagt auch, die deutschen seien unsern schweizerischen Arbeitern im Gewerbe, in der beruflichen Ausbildung und in der Gewandtheit überlegen; können wir es in der Schweiz nicht zur Besserung dieser Verhältnisse bringen? Ich meine, man sollte, bevor man Fremde einfach einbürgert, zuerst die Ursachen der Einwanderung und der Abwanderung zu bekämpfen suchen.

Und schliesslich die Armenlasten. In der Botschaft wird wohl mit Recht gesagt, dass die grosse Besorgnis vor den Armenlasten die Grenzkantone wahrscheinlich abgehalten habe, von Art. 5 des Bundesgesetzes Gebrauch zu machen. Soviel ist sicher, dass in ebenso hohem Grade diese Besorgnis ausschlaggebend sein wird in den Kantonen, die unter der Ueberfremdung nicht so stark leiden wie die Grenzkantone. Die Gemeinden sind wie Kantone und Bund mit Schulden überlastet. Es geht nicht an, dass wir die Armenlasten noch vermehren und damit die Gemeinden noch mehr in die Schulden bringen. Es kommt jetzt vor, dass einzelne Personen den Armenpflegen fast soviel kosten, als früher die gesamte Armenpflege überhaupt. Das ist ein sehr ernster Punkt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass diese Gemeinden sich damit einverstanden erklären können, Ausländer so einzubürgern, wie es hier beabsichtigt wird. Man stelle sich doch vor, in diesen Gemeinden wo die Bürger steuern müssen und grosse Armenlasten zu tragen haben, kommt nun ein Ausländer, bekommt die Niederlassung und heiratet eine Schweizerin und die Kinder werden ohne weiteres Schweizer, ohne dass die Bürger etwas dazu zu sagen haben, währenddem sie bisher gewohnt waren, ihr entscheidendes Wort zu sprechen, ob ein Ausländer aufgenommen werden soll oder nicht. Meines Erachtens geht das nicht. Zum mindesten sollte nicht unentgeltliches Recht auf Einbürgerung vorgesehen werden, sondern Entgeltlichkeit, wie es zuerst Ansicht der Kommission war. Es müsste eine Einkaufsgebühr vorgesehen werden, die durch Bundesgesetz in der Höhe beschränkt werden könnte. Einbürgerung einfach kraft Gebietshoheit, das glaube ich nicht, dass das angenommen wird.

Im übrigen wäre es nichts als folgerichtig, dass der Bund nicht bloss einen Teil der Armenlasten übernimmt, sondern, weil er befiehlt gemäss dieser Vorlage, dass er sie vollständig zu tragen hat. Die Vorlage wird kaum angenommen werden, wenn dies nicht so bestimmt wird.

Ich schliesse mit dem Antrag auf Nichteintreten und mit der dringenden Empfehlung, zuerst die andern Mittel anzuwenden im Kampfe gegen die Ueberfremdung.

M. le conseiller fédéral **Motta**: Je tiendrai compte très volontiers de l'heure déjà avancée et de la nécessité

dans laquelle vous vous trouvez de chercher à trancher aujourd'hui même la question de l'entrée en matière. Je me bornerai donc à dégager quelques points de vue que je considère comme essentiels. La tâche m'est d'ailleurs infiniment facilitée par le fait que le président de votre commission nous a présenté un rapport très détaillé, lumineux, dans lequel tout a été dit, tous les aspects du problème ont été indiqués et les points de vue du Conseil fédéral comme ceux de la commission ont été développés.

Il est certain qu'il s'agit d'une question dont la gravité ne peut échapper à aucun homme qui s'occupe avec amour de l'avenir de notre pays. La question est ancienne; il suffit de vous rappeler qu'un postulat du Conseil national datant de 1909 engageait déjà le Conseil fédéral à déposer un projet de réforme. Déjà avant la guerre, des manifestations très nombreuses de sociétés, de partis politiques, avaient frappé, s'il m'est permis de dire, aux portes des autorités fédérales pour les engager à examiner à fond le problème de l'assimilation des étrangers.

La guerre est venue; c'est après la guerre que le problème a été repris, qu'il a été examiné par une commission d'experts. Cette commission est arrivée à l'unanimité à cette conclusion qu'il fallait engager l'œuvre de la réforme. Le Conseil fédéral vous a présenté à la fin de l'année 1920, un projet de revision, appuyé sur un message très étendu, je puis presque dire très fouillé, dans lequel tout l'essentiel a été dit et dont vous avez connaissance. La question est cependant restée pendant deux ans et même davantage pendante, devant les Chambres.

Votre commission s'est donné au sujet de la réforme une très grande peine, dont je lui suis reconnaissant au nom du Conseil fédéral. Au sein de la commission on a eu très nettement le sentiment que si le problème était grave, il était en même temps très difficile à résoudre pour des raisons que j'appellerai extérieures et intérieures, ou plutôt intrinsèques et extrinsèques.

Le problème est difficile au point de vue intrinsèque, parce qu'il touche aux bases de notre Etat lui-même, dont la vie dépend aussi du statut de chaque citoyen qui y a séjour. Les raisons extrinsèques ou extérieures qui accumulent les difficultés, dépendent de la résistance manifeste que notre peuple oppose à certaines nouveautés. Chacun de nous, en abordant ce matin cette discussion, consciemment ou inconsciemment, a dû sans doute réfléchir aux scrutins nombreux auxquels nous avons assisté dans ces derniers mois et sans doute aussi (quoi qu'il s'agisse là de matières absolument distinctes et différentes) beaucoup d'entre vous ont songé au scrutin de dimanche dernier, dans lequel un courant fortement négatif dans notre démocratie s'est manifesté. Il est vain d'en rechercher les causes; il suffit de constater que cet esprit de négation est actuellement très fort.

Je comprends parfaitement que votre collègue M. Huber se soit laissé influencer par cette considération qui lui a paru sans doute fondamentale: Est-ce que le projet dont il s'agit a des chances d'être accepté, dans un plébiscite populaire, par les cantons et par le peuple? Cette question, je n'en nie pas l'importance. Je sais parfaitement que chaque fois que le parlement discute une réforme constitutionnelle ou même seulement une loi, il doit se demander s'il se trouve ou non en harmonie avec le sentiment

populaire. Il est tout à fait naturel de penser que, lorsque les chances d'un projet sont négatives, il vaut mieux éviter l'effort et épargner le gaspillage de forces politiques et morales qui résultent d'un plébiscite négatif. Et pourtant, nous ne pouvons pas nous arrêter complètement à ce seul point de vue sans encourir les dangers les plus graves et sans risquer de figer notre démocratie dans une immobilité dangereuse. Chacun de nous, dès qu'il s'est penché un peu sur ces problèmes, s'est rendu compte que le progrès dans la démocratie est plus lent à réaliser que dans une autre forme de gouvernement. Cette lenteur n'est rachetée que par une autre qualité que la démocratie possède au-dessus de toutes les autres formes de gouvernement: c'est que le progrès lentement réalisé devient un bien collectif et en quelque sorte le sentiment commun de chaque citoyen. Le progrès ne se réalise pas seulement à la surface; il descend au fond des âmes. Il devient vraiment un enrichissement général.

Si cela est vrai, il faut en tirer la conclusion qu'il n'est pas possible, pour des hommes qui sont comme nous aux responsabilités soit parlementaires, soit gouvernementales, de se laisser déterminer entièrement par l'état de l'opinion à un moment donné. Si nous avons la conviction qu'il y a un progrès à réaliser, il faut avoir le courage de le demander au peuple, dans l'espoir que si le peuple mal informé, repousse une fois, même deux fois le progrès demandé, la propagande qui s'attache à chaque réforme constitutionnelle aura cependant pour effet d'obliger les citoyens à réfléchir aux intérêts permanents de l'Etat et à déterminer dans leur manière de penser les modifications salutaires.

Voilà pourquoi, malgré le sentiment d'incertitude dans lequel chacun de nous peut légitimement se trouver au sujet des chances de la réforme constitutionnelle dont il s'agit, voilà pourquoi, dis-je, il est de votre devoir d'examiner si, oui ou non (excusez-moi cette forme très simple de m'exprimer), il y a ou non quelque chose à faire.

Je ne doute pas que, réflexion faite, vous arriviez avec le Conseil fédéral à la conclusion qu'il y a véritablement quelque chose à faire, qu'il y a même pour notre pays, un intérêt vital à ce que notre régime concernant le droit de cité soit amélioré.

Il ne s'agit pas de modifier de fond en comble la situation actuelle. Il reste entendu que, en principe, la compétence des cantons et des communes d'accorder ou de ne pas accorder le droit de cité reste intacte. Il s'agit uniquement de savoir s'il ne faut point, dans l'intérêt du pays tout entier et surtout de la Confédération comme expression la plus haute de notre Etat, apporter des limitations raisonnables, utiles, prudentes aux droits absolus de la commune et du canton.

Il n'y a pas d'exemple, Messieurs, dans le monde d'un Etat où la pénétration étrangère soit aussi forte qu'en Suisse. Nous constatons, il est vrai, depuis 1914 une amélioration. Nous avons d'après le recensement de 1910 550,000 étrangers chez nous; cela représentait 14,7 % d'éléments étrangers pénétrant le corps indigène. A la suite de la guerre et des phénomènes qu'elle a déterminés, ces chiffres sont descendus à 400,000, comme chiffre absolu, et à 10,4 comme pourcentage.

Mais ces chiffres en eux-mêmes déjà bien impressionnants ne fournissent pas un tableau exact de la situation, si vous ne cherchez pas à les analyser, pour nous rendre compte de ce qu'il y a d'anormal, dans certaines parties sensibles et importantes de notre pays, dans la composition de la population.

Or, il n'est pas nécessaire d'insister, auprès d'hommes comme vous, pour remarquer que dès que dans un corps politique il y a des points particulièrement sensibles et dangereux, ce ne sont pas seulement ces points qui vous intéressent. Ce qui nous intéresse est aussi l'effet que ces points produisent sur le corps tout entier. Lorsque tout à l'heure j'écoutais avec toute l'attention qu'il mérite, votre collègue M. Huber dire que le mal n'est qu'aux frontières et qu'à l'intérieur il n'est pas sensible, je ne pouvais pas m'empêcher de penser que le mal de la frontière est le mal de l'intérieur, parce que frontière et intérieur sont solidaires entre eux.

J'ai devant moi la statistique de 1910; celle de 1920 n'est pas encore définitivement établie; la première de ces statistiques suffit cependant pour mes raisonnements.

Le canton de Genève — je parlerai tout à l'heure des villes — avait une population étrangère du 40 %, Bâle-Ville du 37,6 %, le Tessin du 28,2 %, Schaffhouse de 22,3 %, Zürich du 20,3 %, Thurgovie du 19 %, St-Gall du 17,5 %, les Grisons du 17,2 %. Ce sont les cantons qui avaient une proportion de population étrangère supérieure à la moyenne de la population étrangère dans l'ensemble de la Suisse.

Regardons maintenant certaines de nos villes. En 1910, Lugano, la ville dont la population étrangère était la plus haute en Suisse, avait le 50,5 % d'étrangers; elle était donc une ville en majorité étrangère au point de vue de la population; Arbon avait le 46,1 % d'étrangers; Genève 42 %; Tablatt 40,4 %; Bâle 35,8 %; Schaffhouse 33 %; Zurich 33 %; Bellinzona 33 %; St-Gall 31 %, et ainsi de suite.

Il me semble que pour ceux qui réfléchissent à ces chiffres, la pensée de rechercher un remède à la situation doit s'imposer à l'esprit. En d'autres termes, il se pose la question de savoir si la liberté complète laissée aux cantons et aux communes, n'ayant pu empêcher le mal, il ne convient pas de limiter cette liberté en instituant dans l'intérêt de tous des mesures qui assurent l'assimilation de certaines catégories d'étrangers.

Je ne suis pas de ceux qui estiment que l'influence étrangère soit uniquement mauvaise, bien loin de là. Je ne suis pas xénophobe. Je sais que nos compatriotes représentent à l'étranger un contingent à peu près égal à celui des étrangers en Suisse. Je sais que les Suisses ont toujours trouvé bon accueil dans les pays étrangers, qu'ils ont porté très loin le bon renom de notre pays et qu'ils ont par là contribué d'une manière puissante au crédit politique et moral de la Confédération. Je ne voudrais pas que l'émigration fût interdite ou excessivement limitée; il y aurait à cela des dommages évidents pour notre pays. Je ne puis donc pas regarder avec des yeux jaloux et soupçonneux les étrangers qui sont chez nous. Les raisons qui les y attirent sont d'ailleurs évidentes. Elles sont même à notre honneur. Qu'il me soit permis d'y toucher brièvement.

La composition ethnique de notre pays appelle tout naturellement les étrangers des grands pays qui

nous entourent, les Allemands, les Français, les Italiens. Nous sommes un pays qui, grâce à des institutions, dont je ne saurais avec assez de fierté souligner la haute valeur morale, a garanti à ses enfants une prospérité relativement très haute.

Nous vivons maintenant dans des temps de crise, je le sais, mais pour juger de notre pays, nous devons l'examiner dans sa situation normale. Or, la situation normale est que l'industrie s'est fortement développée chez nous, que le commerce a également fortement déployé ses ailes et que chaque étranger arrivant chez nous, trouve ce qu'il ne trouve pas toujours partout ailleurs, une sécurité juridique absolue.

Seulement, voici maintenant le revers de la médaille. Le nombre trop considérable d'étrangers a des dangers certains. Je ne les cherche pas dans le domaine militaire (il a aussi son importance) je les vois plutôt sur le terrain moral et politique. La grande conflagration des peuples en Europe a aiguë les passions; a allumé des conflits empoisonnés, a réveillé des haines de races et de langues.

Il est plus que jamais de l'intérêt de notre pays que nous cultivions notre harmonie intérieure, que nous restions Suisses profondément et que nous écartions ou combattions les influences étrangères dès qu'elles dépasseraient certaines limites. Nous, nous avons appris à vivre ensemble dans la compréhension la plus complète. Appartenant à la civilisation qui est la moins fortement représentée en Suisse au point de vue numérique, je m'efforce de comprendre mes confédérés qui appartiennent à d'autres civilisations, à d'autres langues; non seulement je les comprends, mais je les aime, parce que ce sont des Suisses et que dans les conceptions fondamentales de la vie de l'Etat je me sens exactement comme eux.

Mais, il n'en est plus de même dès que nous considérons les rapports des étrangers entre eux. Il est à craindre que les étrangers trop nombreux transportent sur notre sol les rivalités qui divisent leurs peuples et les séparent.

Il y a là une des grandes raisons qui me font paraître l'assimilation des étrangers comme un problème vital pour l'avenir du pays.

Je ne veux pas entrer dans les détails; j'ai promis à M. le président de votre Conseil d'être bref, je me réserve d'entrer plus à fond dans la question, dans la discussion des articles. Pour la discussion d'entrée en matière qu'il me suffise de vous avoir soumis ces quelques remarques.

Je déclare d'ores et déjà que, afin de réaliser l'entente entre votre Conseil, dont la pondération est bien connue, et le Conseil fédéral, j'accepte toutes les propositions de la majorité de la commission. Il n'y a donc plus devant vous qu'un seul projet, celui de la majorité de la commission, auquel le Conseil fédéral se rallie. Cela doit suffire. Qu'il me soit permis d'ajouter, en terminant ces quelques observations générales, que, ou bien vous accepterez dans les limites qui ont été tracées par votre commission, l'incorporation *jure soli*, et alors vous aurez fait œuvre utile, ou bien vous serez tentés de repousser cette nouveauté essentielle du projet, et alors la réforme serait si petite et perdrait tellement de sa portée que peut-être vous feriez mieux de ne pas entrer en matière.

La question se pose donc ainsi: Ou bien vous acceptez ce que votre commission vous propose, et

c'est le minimum de ce qu'il faut faire, ou bien vous ne l'acceptez pas, et alors, Messieurs, toute réforme serait vaine. Quant à moi, soucieux que je suis des intérêts permanents de la Confédération persuadé, que le devoir du gouvernement est de regarder un peu plus loin que la vision de chaque jour, je vous engage très vivement, au nom du Conseil fédéral, à voter l'entrée en matière telle qu'elle vous est proposée par la majorité de la commission.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 7. Juni 1923.
Séance du matin du 7 juin 1923.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Böhi.

919. Lotteriegesez.
Loi sur les loteries.

(Siehe Seite 22 hievor. — Voir page 22 ci-devant.)

Redaktionelle Bereinigung. — Rédaction définitive.

Andermatt, Berichterstatter der Kommission: Die Vorlage liegt vor Ihnen, sie ist in zwei Sitzungen, wie wir glauben, sprachlich bereinigt worden, spezielle Bemerkungen habe ich keine anzubringen und beantrage Ihnen Genehmigung.

Schlussabstimmung. — Votation finale.

Für Annahme des Gesetzentwurfes 35 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 14. Juni 1923.
Séance du matin du 14 juin 1923.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Böhi.

575. Aufhebung der Neutralitätsberichte.
Suppression des rapports de neutralité.

Botschaft und Beschlusentwurf vom 29. Mai 1923 (Bundesblatt II, 250). — Message et projet d'arrêté du 29 mai 1923 (Feuille fédérale II, 364).

Antrag der Kommission.

Eintreten und Annahme in globo.

Proposition de la commission.

Entrer en matière et adhérer in globo.

Böhi, Berichterstatter der Kommission: In seiner Schlussnahme vom 9. Februar dieses Jahres hatte sich der Nationalrat darauf beschränkt, lediglich die Neutralitätskommission aufzuheben. Von der Aenderung der Berichterstattung ist im nationalrätlichen Beschluss nichts gesagt. Nun hatte im Jahre 1914, auf Grund des Bundesbeschlusses über die Wahrung der Neutralität jeder der beiden Räte für sich eine Kommission bestellt. Von der Bestellung solcher gewissermassen ständiger Kommissionen war in dem betreffenden Bundesbeschluss nichts enthalten, und es ist auch nicht davon die Rede in den späteren Beschlüssen über die Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten und über die Aufhebung. Die Kommission des Ständerates verdankt also ihre bald 9jährige Existenz einem selbständigen Beschlusse des Rates; gleich war es bei der Kommission des Nationalrates.

Bei diesem Anlasse ist daran zu erinnern, dass die ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates vom 3. August 1914 am 3. April 1919 beschränkt worden sind, in der Meinung, dass von dem Gebrauch der Vollmachten jeweils in der nächsten Tagung dem Parlament Kenntnis gegeben werden solle. Es sollte auch jeweils den Neutralitätsberichten, und zwar erstmals auf die Junisession 1919, ein Verzeichnis der bestehenden Notverordnungen beigegeben werden. Am 19. Oktober 1921 wurde dann durch den dritten Bundesbeschluss über die ausserordentlichen Vollmachten deren Aufhebung beschlossen. Immerhin handelt es sich da um eine beschränkte Aufhebung. Der Erlass neuer Notverordnungen wurde ausgeschlossen und nur die Aenderung, soweit es die Verhältnisse geboten, noch zugelassen. Es wurde bestimmt, dass der Bericht über diese Aenderungen jeweils in der nächsten Tagung an das Parlament gerichtet werden müsse und dass ein «Neutralitätsbericht» für die ordentlichen Sessionen erstattet werden solle, alles wieder mit der Bestimmung, dass ein Verzeichnis der bestehenden Noterlasse jeweils dem Berichte beigegeben werde. Es war also da

Massnahmen gegen die Ueberfremdung (Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung).

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse (Révision de l'art. 44 de la Constitution).

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1923
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.06.1923
Date	
Data	
Seite	127-146
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 553

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Proposition de la commission.

La décision accordant le sursis est communiquée à l'office des poursuites et, si le débiteur est soumis à la poursuite par voie de faillite, au juge de la faillite. Elle est publiée dès qu'elle est devenue exécutoire.

Alinéa 2. (Maintenir la décision du Conseil des Etats).

Scherer, Berichterstatter der Kommission: Nachdem Sie in den Art. 317 g und 317 h die Einschränkung der Befugnisse des Schuldners beibehalten und namentlich die Veräusserung und Belastung von Grundstücken an die Zustimmung des Sachwalters bzw. der Nachlassbehörde geknüpft haben, muss auch die Bestimmung in Abs. 2 beibehalten werden, dass die Stundung im Grundbuch als Verfügungsbeschränkung vorzumerken ist. Die Bestimmung, dass die Notstundung öffentlich bekanntzumachen ist, die wir in der ersten Lesung in einem Abs. 3 untergebracht hatten, wird nun als zweiter Satz dem Abs. 1 beigefügt.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Nationalrat.
(Au Conseil national).

Vormittagssitzung vom 22. Juni 1923.
Séance du matin du 22 juin 1923.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Böhi.

1673. Schiffsregistergesetz.
Registre des bateaux. Loi fédérale.

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe Seite 103 hiervor. — Voir page 103 ci-devant.)

Geel, Berichterstatter der Kommission: Der Nationalrat hat den ursprünglichen Titel des Gesetzes «Bundesgesetz über das Schiffsregister» wieder hergestellt. Wir beantragen Ihnen Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Nationalrat.
(Au Conseil national).

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 127 hiervor. — Voir page 127 ci-devant.)

Dietschi: Es mag vielleicht etwas gewagt erscheinen, nach dem einlässlichen, gründlichen und erschöpfenden Referat des Kommissionsberichterstatters und nach dem eindrucksvollen Votum des Herrn Bundesrat Motta, welche beiden Ausführungen das Problem in seiner ganzen Bedeutung klargelegt haben, noch einmal in der Eintretensdebatte das Wort zu ergreifen. Wenn ich mir trotzdem erlaube, noch einige Bemerkungen anzubringen, so veranlasst mich dazu der Antrag unseres verehrten Kollegen Herrn Ständerat Huber, welcher diese Vorlage schlankweg ablehnen will. Ich bin nicht darüber orientiert, und bin auch nicht in der Lage, zu beurteilen, wie weit in diesem hohen Rate Geneigtheit besteht, dem Ablehnungsantrag Heerfolge zu leisten. Aber dessen bin ich sicher, dass es in weiten Kreisen unseres Volkes und besonders in den Gemeinwesen, welche dem schweizerischen Städteverband angehören, ein Gefühl unliebsamer Ueberraschung, wenn nicht peinlicher Befremdung auslösen würde, wenn unser Rat auf diese Vorlage nicht eintreten würde. Und ich habe das Gefühl, verzeihen Sie diese Bemerkung, dass der Ständerat, der für die staatsrechtlichen Notwendigkeiten des Landes sonst ein so feines Empfinden besitzt, von dieser traditionellen Haltung abgehen würde, wenn er diese Vorlage sang- und klanglos unter den Tisch fallen lassen würde.

Der verehrte Herr Kollega aus Uri glaubt, dass der Moment nicht gut gewählt und die Vorlage nicht dringlich sei. Es mag sein, dass die heutige Zeit gesetzgeberischen Neuerungen nicht gerade günstig ist. Wir haben das ja erfahren, aber das darf uns nicht der Mühe entheben, an wirklich dringende Aufgaben heranzutreten. Und dass es sich hier um eine solche handelt, das dürfte nach der ganzen Vorgeschichte dieser Vorlage doch kaum in Abrede gestellt werden können.

Die Ausländerfrage hat seit Jahrzehnten die Sorge einsichtiger Staatsmänner, Volkswirtschaftler und Patrioten gebildet. Männer wie Paul Pictet in Genf und Prof. Speiser in Basel haben sich mit ihr beschäftigt. In städtischen Gemeinwesen hat sich die Ausländerfrage zu einem der brennendsten und bedeutungsvollsten Probleme entwickelt. Der verehrte Vertreter von Uri glaubt, man dürfe die Lösung der Frage unbedenklich den betroffenen Grenzkantonen überlassen. Man kann es gewiss verstehen, dass man in der Urschweiz dem Gegenstand der Ueberfremdung etwas weniger Aufmerksamkeit schuldig zu sein glaubt, als an der Peripherie, obwohl zu sagen wäre, dass auch im Kanton Uri die Ausländer im Jahre 1910 bereits 7 % der Bevölkerung ausgemacht haben. Allein in den Waldstätten, wo die Luft so rein und die Berge so hoch sind und wo im Wellenspiel des grünen Sees das Hohe Lied der Freiheit vom Gestade des Rütli herüberklingt, da fühlt man sich ruhig und geborgen.

Ganz anders aber denkt man in andern Gegenden des Landes, vorab in den Grenzkantonen, und zumal in den Städten, wo die Zahl der Ausländer derjenigen der Einheimischen bereits gleichkommt oder sie sogar überflügelt. Hier droht die Ausländerfrage zu einer direkten Gefahr für den Bestand des Staates zu werden, wie das in der Botschaft überzeugend dargelegt ist.

Von den Städten ist denn auch die ganze Einbürgerungsbewegung ausgegangen. In Genf, wo die Ueberfremdung den höchsten Grad erreicht hat, machte sich auch zuerst die Erkenntnis geltend, dass Gegenmassnahmen zu ergreifen seien. Oberst Camille Favre, Edmond Boissier und Dr. Paul Pictet ergriffen die Initiative dazu. In der Folge schlossen sich Genf, Basel und Zürich zu gemeinsamem Vorgehen zusammen. Der schweizerische Städtetag von 1911 in Glarus hat sich dann einmütig für die Sache eingesetzt, nach Referaten von Stadtschreiber Dr. Bollinger aus Zürich und Paul Pictet, vice-président du Conseil municipal de la Ville de Genève, welche in zündenden Worten zu gesetzgeberischer Tat aufforderten.

Der Krieg hat die Arbeiten unterbrochen, und die Zahl der Ausländer ist durch ihn etwas zurückgegangen. Ist die Reform dadurch überflüssig geworden? Ich glaube es nicht. Wer diesen Verhältnissen etwas nähergetreten ist, der wird bemerkt haben, dass der Rückgang der Zahl der Ausländer eine vorübergehende Erscheinung ist. Und bereits zeigen sich sichere Anzeichen dafür, dass die Ueberfremdung wieder im Vormarsche begriffen ist. Von diesem Standpunkt aus ist es hohe Zeit, zu intervenieren, denn je weiter das Uebel fortgeschritten ist, desto schwieriger wird es sein, ihm zu begegnen.

Der Krieg hat uns in der allereindringlichsten Weise zu Gemüte geführt, dass der bisherige Zustand nicht andauern darf. Was sich in den ersten Kriegsjahren bei uns abgespielt hat, das sollte sich unter keinen Umständen bei uns wiederholen. Es war doch ein seltsames, einzigartiges und unerfreuliches Schauspiel, dem wir beigewohnt haben, jener Auszug ganzer Bataillone und Regimente junger Männer nach Norden, Westen und Süden, zum Kampfe für das Vaterland. Es war der Auszug eines guten Teils der Blüte unseres Landes. In Lörrach wurden die jungen Leute, die dem Aufgebot folgten, nach Kantonen aufgerufen und zusammengestellt, angefangen von Zürich, Bern, Luzern, bis zur Waadt, Neuenburg und Genf. Die Grosszahl dieser Jünglinge war in der Schweiz geboren, die Leute hatten unsere Schulen durchlaufen, sprachen unsern Dialekt, hatten unsere Sitten und Gebräuche, fühlten, dachten und empfanden wie wir, und liebten auch unser Land, man darf wohl sagen, mehr als ihr eigenes Vaterland. Warum gingen sie trotzdem in den Krieg? Aus Ehre und Pflicht, sonst band sie wohl nichts an ihr Land, das sie zumeist nie gesehen hatten. Es war also ein edles Motiv, das sie leitete, und es waren in der Hauptsache gute Elemente, die wir im Notfalle für uns gut hätten brauchen können, und für die es schade war, dass sie uns verloren gingen. Denn alle diese jungen Leute, ohne Unterschied der Sprache und der Nationalität, hätten, wenn sie eingebürgert gewesen wären, ebensofreudig und pflichtbewusst sich für unser eigenes Land hingegen.

So hat gerade der Krieg gezeigt, dass es im vitalsten

Interesse unseres Landes liegt, diese Leute zu assimilieren und in unsern Staatsorganismus dauernd einzufügen. Die Schweiz hätte auch viel weniger Schwierigkeiten, Unannehmlichkeiten und Widerwärtigkeiten in bezug auf Deserteure und Refraktäre gehabt, wenn das Einbürgerungswesen besser ausgestaltet gewesen wäre.

Eine wirksame Hilfe und Besserung ist nun aber einzig und allein zu erwarten durch das System der Zwangseinbürgerung, der Einbürgerung kraft Gebietshoheit. Darüber sind wohl alle einig, welche sich mit dieser Frage eingehender befassen. Die Gründe, weshalb die freiwillige Einbürgerung keine befriedigenden Resultate ergibt, sind in der Botschaft angegeben. Sie liegen nicht bloss in einer gewissen natürlichen Bequemlichkeit, sondern in viel gewichtigeren Umständen; einmal in den hohen Einbürgerungskosten und sodann darin, dass die Ausländer, von der Stimmberechtigung und den politischen Rechten überhaupt abgesehen, gegenüber den Einheimischen sich vielfach in einer bessern Lage befinden, weil sie sowohl von der Leistung des Militärdienstes als auch von der Bezahlung der Militärpflichtersatzsteuer und den Armensteuern befreit sind.

Unser verehrter Herr Kollege Ständerat Huber-Uri hat einer Revision der Niederlassungsverträge das Wort geredet, von der er eine erhebliche Besserung erwartet. Man kann mit den angeregten Tendenzen ohne weiteres einverstanden sein, nur darf man sich meines Erachtens nicht zu viel davon versprechen. Denn einmal können wir uns unsere Grenzen nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben. Es ist unmöglich, die Ausländer und die ausländischen Güter von unserer Wirtschaft auszuschalten. Kein Staat, am wenigsten die Schweiz, kann sich aus der Wirtschaftsgemeinschaft mit den andern Staaten ausschliessen. Dazu kommt, dass diese Frage in engem Zusammenhang ist mit der Behandlung unserer eigenen Landsleute in der Fremde. Je mehr wir die Rechte der Ausländer in der Schweiz erschweren, desto mehr verschlechtern wir die Lage der Schweizer im Auslande oder verschliessen ihnen ganz den Weg in die Fremde.

Herr Kollega Huber hat gesagt, die Revision von 1903, wo man den Kantonen die Ermächtigung gab, die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit einzuführen, habe gezeigt, dass für dieses System kein Bedürfnis vorhanden sei, denn es sei nirgends davon Gebrauch gemacht worden. Die Botschaft hat auch auf diesen Einwand die Antwort erteilt. Es wird da gesagt, warum die Kantone nicht zur Zwangseinbürgerung geschritten sind. Es geschah deshalb nicht, weil das Recht der Option vorbehalten werden musste und weil die Kantone aus der Anwendung dieses Systems diplomatische Schwierigkeiten befürchteten. Die Aufgabe überstieg also die Kraft der Kantone; nur der Bund kann sich hier als stark genug erweisen. In der Tat darf die Regelung von 1903 nicht gerade als eine sehr weitsichtige betrachtet werden. Am schweizerischen Städtetag von 1911 hat ein Referent sich darüber folgendermassen geäussert:

«Matt, bedenklich matt, pulsierte der schweizerische Staatsgedanke, als im Jahre 1903 die überfremdeten Kantone durch Bundesgesetz in der Hauptsache lediglich darauf verwiesen wurden, sich der Ueberfremdung selbst durch kantonale Massnahmen

zu erwehren. Wahrlich, hier hatte das Wort, zu dem wir uns sonst in der Eidgenossenschaft bekennen, alle für Einen und Einer für Alle, nicht gegolten.»

Einer durchgreifenden Reform auf dem Gebiete des Einbürgerungswesens steht neben einer gewissen Abneigung gegen die Fremden hauptsächlich die Furcht vor neu erwachsenden Armenlasten entgegen. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass der Bundesrat gewillt ist, in dieser Beziehung weitherzig entgegenzukommen. Ständen nicht andere Bedenken entgegen, die volle Würdigung verdienten, so wäre der Antrag zu erwägen gewesen, ob der Bund nicht die volle Summe der durch die Vorlage neu entstehenden Armenlasten übernehmen sollte. Mit einer Million jährlichen Mehrausgaben wäre die Errungenschaft nicht zu teuer bezahlt, wo es sich um eine Lebensfrage für unser schweizerisches Staatswesen handelt. Ich anerkenne aber die in der Botschaft angegebenen Gründe, welche der totalen Uebernahme der Kosten durch den Bund entgegenstehen, und ich anerkenne das weitgehende Entgegenkommen, das im Vorschlag der Kommission liegt, wonach der Bund wenigstens die Hälfte dieser Kosten übernimmt. Dieser Vorschlag ist geeignet, beruhigend zu wirken. Uebrigens wird man unbedenklich die in der Botschaft errechneten Ziffern für die durch die Vorlage erwachsenden Armenlasten als Maximalziffern betrachten dürfen. Denn es ist nicht zu vergessen, dass schon heute die schweizerische Armenfürsorge, besonders die freiwillige Hilfstätigkeit in den Städten, ganz beträchtliche Leistungen für die Ausländer aufweist, und es wäre ganz interessant, diese Frage durch statistische Feststellungen abzuklären.

Der Einwand, dass die Einbürgerung kraft Gebietshoheit eine neue Sorte von Bürgern schaffe, flösst mir keinerlei Besorgnis ein. Das schweizerische Staatsrecht wird mit diesen Neubürgern eher fertig werden und sie leichter verdauen, als wenn sie Ausländer wären. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Verfassungs- und Gesetzgebungskämpfe es im Bund und in den Kantonen gekostet hat, bis die Einwohnergemeinden sich gegenüber den Bürgergemeinden ihre Existenzberechtigung und ihre heutige Stellung erstritten hatten, so werden uns diese neuen Eidgenossen nicht bange machen.

Zum Schlusse möchte ich darauf verweisen, dass anfänglich die Wünsche und Begehren für diese Reform viel weiter gingen, als sie nun die Vorschläge der Kommission verwirklichen. Es wäre ja gewiss wünschenswert gewesen, dass die Einbürgerung kraft Gebietshoheit sich auch auf diejenigen Fälle erstreckt hätte, wo die Eltern in der Schweiz geboren sind und wo ein längerer Aufenthalt in der Schweiz vorliegt. Allein man versteht es, wenn man vor den Schwierigkeiten einer durchgreifenden Reform zurückschreckt. Es sind insbesondere referendumpolitische Rücksichten, welche zu einer weisen Zurückhaltung mahnen im Interesse der Sache selber.

Allein was die Vorlage nun bringt, ist doch wohl das Minimum dessen, was überhaupt geschehen kann und muss. Insbesondere ist am Grundsatz der Zwangseinbürgerung festzuhalten; sollte auch dieser preisgegeben werden, so wäre es dann allerdings einfacher, auf die Vorlage zu verzichten.

Bei der Beratung dieses Gegenstandes am schweizerischen Städtetag tat einer der Referenten den Ausspruch: «Das Bundesgesetz vom Jahre 1903 zeigt

klar, dass für eine gute Lösung nicht auf die Behörden und die Räte — die kantonalen und eidgenössischen — allein abgestellt werden kann. Es müssen weite Volkskreise bewegt und gewonnen werden.» Dieser Ausdruck ist gewiss richtig, allein die Behörden müssen in der Frage vorangehen, um weiteren Kreisen den Weg zu weisen.

Die Städte, der schweizerische Städteverband, kommen als Hilfesuchende. Wenn Solidarität je am Platze ist, so ist sie es hier. Die Städte und die Kantone sind nicht imstande, aus eigener Kraft die sie bedrohende Gefahr zu überwinden, sie rufen die Hilfe des Bundes an. Wäre es recht, ihnen diese Hilfe zu verweigern?

Wenn diese Vorlage nicht eine volle Lösung der Frage bringt, so ist sie doch ein erster bedeutungsvoller Schritt dazu, eine ernstliche Inangriffnahme des Problems. Ich bitte Sie daher ebenfalls, auf die Vorlage einzutreten.

Schneider: Die Referate der Kommissionsmehrheit und Kommissionsminderheit haben uns gezeigt, wie weit die Ansichten über die Bekämpfung der Ueberfremdung auseinandergehen, und es ist in der Tat nicht leicht, eine Lösung zu finden, die allseitige Befriedigung auslösen dürfte. Die Ueberfremdung steht in engem Zusammenhang mit der Auswanderung unserer Schweizerbürger. Um der Ueberfremdung vorzubeugen, sollte man darnach trachten, Mittel und Wege zu finden, unsere Schweizerbürger unserem Lande zu erhalten. Das ist nun allerdings ein überaus schwieriges Problem, zumal in der heutigen Krisenzeit, wo die Arbeitslosigkeit ihre Schatten wirft und sogar dazu geführt hat, die Auswanderung durch finanzielle Unterstützung zu fördern. So meldete kürzlich die Presse, dass der Bundesrat aus dem Kredit für Arbeitslosenunterstützung eine halbe Million Franken ausgeschieden habe, um daraus Beiträge an Reisekosten zu entrichten zur Erleichterung der Auswanderung. Die Entstehung dieser Aktion wird also von der Seite der Arbeitsbeschaffung betrachtet. Das ist verständlich, zumal die Arbeitslosennot dazu gedrängt hat. Kann im eigenen Lande die Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeit nicht dauernd bekämpft werden, so muss derjenige über die Grenze ziehen, der innerhalb der Schweiz sein Brot nicht mehr findet. So zwingend eine solche Schlussfolgerung ist, so sei doch darauf hingewiesen, dass eine allenfalls rücksichtslos betriebene Auswanderung das Verhältnis zwischen einheimischen und fremden Einwohnern noch mehr verschlimmern würde. Denn in der grossen Zahl wandern Schweizer aus, nicht Leute, die hier eingewandert sind. Die Auswanderungslust hat ja schon in früheren Jahren, schon vor dem Kriege, ganze Täler entvölkert. Man darf daher in der Linderung der jetzigen Leiden der Arbeitslosigkeit nicht zu weit gehen durch Verschärfung eines chronischen Übels, und es sollte die Unterstützung der Auswanderungslustigen nur ein augenblicklicher und beschränkter Notbehelf sein. Würden wir darin zu weit gehen, so wäre es nur ein Beitrag zu weiterer Ueberfremdung unserer Landes, trifft es doch laut Statistik auf 3 einheimische Auswanderer 5 fremde Einwanderer. Vergessen wir auch nicht, dass jeder Wegziehende eine Summe von wirtschaftlichen Werten mit sich nimmt, die allerdings mehr in Kräften und Kenntnissen bestehen, als in materiellem

Gut. Aber diese Kenntnisse legt er draussen nicht nur für sich an, sondern sie kommen auch der dortigen Volkswirtschaft zugute. Denn in den meisten Fällen sind unsere Auswanderer mit einer guten Ausbildung ausgerüstet, und diese in der Schweiz geschulte und ausgebildete Arbeiterschaft wird unserem Lande entfremdet und richtet ihre Wirkung notgedrungen vielfach gegen unsere eigene Volkswirtschaft. Der Wunsch, dass die jetzige Unterstützung der Auswanderung nur eine vorübergehende Massnahme bedeuten möge, ist aus den angeführten Gründen wohl berechtigt.

Die heutige Vorlage über die Massnahmen gegen die Ueberfremdung befasst sich nun nicht auch mit dem Auswanderungsproblem, sondern beschränkt sich auf die Lösung der Einbürgerungsfrage. Auch die Lösung dieser Aufgabe in beschränkter Form wird keine leichte sein. Das Schicksal der Vorlage wird bestimmt durch die Aufnahme, die ihr die Bürgergemeinden zuteil werden lassen. Diese Gemeinden werden durch die geplante Einbürgerung kraft Gebietshoheit unzweifelhaft vermehrte Lasten erhalten, indem durch die Einbürgerung in die Heimatgemeinde der Mutter das Kind Anspruch hat auf die Armenunterstützung in gleicher Höhe und gleichem Umfang, wie jeder andere Gemeindebürger. Nun sieht der Entwurf allerdings vor, dass der Bund mindestens die Hälfte dieser Unterstützungskosten während der 18 ersten Lebensjahre des kraft Gebietshoheit Eingebürgerten übernimmt. Aber die Lasten, die den Gemeinden von Armengenössigen in ihren spätern Lebensjahren erwachsen, haben die Armenkassen allein zu tragen. Es hat Herr Huber mit Recht darauf hingewiesen, dass viele Gemeinden heute schon unter den Armenlasten schwer seufzen und sich schwerlich dazu verstehen könnten, zu den alten Lasten noch neue zu übernehmen. Das trifft durchaus zu. Wir haben wohl in allen Kantonen Gemeinwesen, die in der Steuerbelastung am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind.

Die Vermutung liegt daher nahe, dass die Gemeinden neue erhebliche Lasten ablehnen werden, um so mehr, als sie von den in erster Linie durch Ueberfremdung leidenden Gemeinden der Grenzgebiete getragen werden müssten, in der Hauptsache sich also auf einen kleinen Teil von umso schwerer betroffenen Ortschaften verteilen würden. Aber eine starke Opposition in den Landgemeinden selbst dürfte sich geltend machen, die vielfach schon der freiwilligen Einbürgerung Widerstand entgegensetzen und sich wohl schwer werden zur Einsicht durchzuringen vermögen, dass sie das Gesetz verpflichten könne, Einwohner in ihr Bürgerrecht aufnehmen zu müssen, die ihnen unter Umständen noch zur Last fallen werden. Folgen doch schon viele Bürgergemeinden oft nur widerwillig allfällig notwendigen Weisungen ihrer kantonalen Regierungen, noch viel mehr werden sie sich den Eingriffen des Bundes in ihr Armenwesen widersetzen, wenn ihnen daraus neue Lasten erwachsen.

Um diese vor auszusehenden Widerstände zu mildern, wäre die Frage wohl der Prüfung wert, ob der Bund in seinen Beiträgen an die Unterstützungskosten nicht weiter entgegenkommen könnte, als in der Vorlage vorgesehen ist. Eine Uebernahme sämtlicher Unterstützungskosten wäre das Gegebene. Glaubt man aus verschiedenen mir bekannten Gründen, die ich durchaus verstehe und würdige, nicht so

weit gehen zu können, so dürfte die Quote des Bundes auf Dreiviertel erhöht werden. Es scheint nur gerecht zu sein, wenn der Bund die Kosten für die Beseitigung einer Gefahr, die doch unmittelbar das ganze Land als selbständiges Staatswesen bedroht, zum grössten Teil trägt. Nur wenn die Vorlage den Gemeinden in den Unterstützungsbeiträgen weiter entgegenkommt, als die Anträge der Kommission vorsehen, dürfte das geplante Rettungswerk eher gesichert sein und nicht an der Klippe der Vorurteile des Volkes Schiffbruch erleiden.

M. de Meuron: Le projet qui nous est soumis porte sur trois principes principaux: le premier est celui de la naturalisation gratuite des étrangers au bout d'un certain temps de séjour, le second l'incorporation des enfants nés en Suisse et le troisième, la contribution de la Confédération aux frais d'assistance causés par les naturalisations.

Je dois dire tout de suite que je suis absolument d'accord avec le second de ces principes et que l'incorporation des enfants nés de parents étrangers en Suisse ou d'un père étranger et d'une mère suisse me paraît être dans la logique des choses, d'autant plus que ces principes sont appliqués dans beaucoup d'Etats qui nous avoisinent et qu'en ne les appliquant pas nous jouons souvent un rôle de dupes.

Je suis par contre absolument opposé au premier de ces principes, c'est-à-dire à celui de la naturalisation gratuite des étrangers après un certain temps de séjour et dans certaines conditions.

Je crois qu'on se fait de très grandes illusions sur la portée de ce genre de naturalisation. Nous avons, dans le canton de Neuchâtel, où pendant longtemps la population suisse était en train de dépasser la population neuchâteloise, adopté en l'année 1889, une loi sur les communes qui permet l'agrégation des Suisses au canton de Neuchâtel, dans la commune de leur domicile, lorsqu'il y ont séjourné pendant un certain nombre d'années. Les expériences faites dans ce domaine, alors qu'il ne s'agissait que de Suisses, ne me permettent pas de croire qu'on arrivera à un résultat bien heureux par une naturalisation gratuite pour les étrangers. L'assimilation existerait, beaucoup plus sur le papier que de fait et je me demande si, après avoir incorporé dans la nationalité suisse les Lombards de Lugano, les Savoyards de Genève, les Schwobs de Bâle et les Juifs galiciens de Zurich, nous aurions fait beaucoup pour augmenter le prestige et la valeur de la population suisse indigène. D'une façon générale, je crois qu'on ne tient et qu'on n'apprécie que ce qui a coûté quelque chose. Vouloir donner à des gens la nationalité suisse gratuitement, sans exiger d'eux aucun sacrifice quelconque, c'est leur faire un cadeau auquel ils seront très peu disposés à attacher un bien grand prix. Encore une fois, j'invoque ici l'exemple de mon canton. Un grand nombre de compatriotes suisses ont, en effet, acquis la naturalisation neuchâteloise par l'agrégation gratuite à une commune; ils sont devenus Neuchâtelois, parce qu'ils avaient contracté leurs habitudes dans le pays, qu'il y avaient de nombreuses sympathies et qu'ils désiraient vraiment être assimilés à la famille neuchâteloise. Mais un plus grand nombre encore de confédérés l'ont fait simplement parce que cela ne leur coûtait rien; ils ont suivi l'exemple de quelques amis qui s'étaient fait agréger gratuitement à leur

commune de domicile. Beaucoup d'entre eux ont prouvé par la suite qu'ils n'attachaient pas une très grande valeur à cette nationalité nouvellement acquise. Les cas sont nombreux de Suisses qui, ayant quitté le canton de Neuchâtel après s'y être fait agréger, sont rentrés dans leur canton d'origine et ont complètement oublié qu'ils avaient été une fois Neuchâtelois et qu'ils avaient acquis la nationalité de ce canton; ils ne s'en souviennent que si, à un moment donné, ils peuvent retirer de leur commune d'adoption un petit avantage matériel, tel qu'une assistance ou une contribution quelconque.

Je crains donc qu'on ne se fasse une très grande illusion de ce côté. Pour ma part, je ne pourrais pas voter un projet qui contiendrait, même en germe, une disposition de ce genre.

Je fais également la réserve la plus formelle au sujet de la participation de la Confédération à l'œuvre de l'assistance. Contrairement à M. Schneider, je ne voudrais pas que le Conseil fédéral fasse le premier pas dans un domaine où la Confédération n'a absolument rien à voir. Sans doute, pour beaucoup de cantons dont le nombre des ressortissants assistés augmenterait considérablement, sans doute, pour beaucoup de communes exposées à voir leurs charges d'assistance s'aggraver, ce serait un grand bonheur de recevoir une part de la manne fédérale. Mais, on a tellement parlé, depuis quelque temps, du danger du subventionnisme que je ne crois pas qu'il faille introduire une nouvelle forme de subventionnisme et surtout pas en matière d'assistance. J'ai déjà eu l'occasion de le dire dans la discussion de la motion de MM. Usteri et Schöpfer sur l'assurance vieillesse: le domaine de l'assistance doit être réservé, autant que possible, à la commune d'abord et au canton ensuite. La Confédération ne pourrait faire qu'un mauvais travail en s'immisçant dans cette matière, et en développant son activité dans ce domaine.

Ainsi, Messieurs, je ne puis pas admettre que l'on fasse même un pas modeste dans cette direction, *Principiis obsta*. Il s'agit ici d'une participation à l'assistance qui pourrait peut être mieux se justifier que d'autres interventions financières de la Confédération; malgré cela, je ne puis pas m'y résigner. Convaincu qu'il serait dangereux pour la Confédération de participer aux œuvres d'assistance des cantons et des communes, je ne pourrai pas voter un projet d'arrêté fédéral introduisant dans notre législation un tel principe. C'est pour cela que, tout en reconnaissant les dangers de la situation actuelle, tout en reconnaissant que les dangers de la situation actuelle, tout en reconnaissant que le second point qui concerne l'incorporation des enfants des étrangers a beaucoup pour lui, je ne voterai pas l'entrée en matière sur ce projet; mais j'espère que, si l'entrée en matière est rejetée, le Conseil fédéral reviendra à bref délai avec un projet plus modeste concentré sur l'incorporation des enfants d'étrangers, projet auquel je serai heureux de donner alors mon adhésion.

M. Riva : Monsieur le Président et Messieurs. Je dois déclarer que je suis favorable à l'entrée en matière. Appartenant à un canton qui a des colonies étrangères très fortes et à une ville qui est en majorité étrangère, je suis persuadé que cette proportion entre indigènes et étrangers est de nature à constituer un danger national imminent. On ne

peut pas exiger par exemple d'une colonie aussi forte que la colonie italienne du Tessin dont beaucoup ont vécu la guerre, qui est la patrie dans toute leur âme passionnée, on ne peut pas exiger que ces gens restent éternellement tranquilles, indifférents à tout ce qui se passe dans leur patrie; et alors ils sont portés à une activité politique ou publique qui doit inquiéter ceux d'entre nous qui craignent tout nuage sur l'horizon international.

Assimiler ceux qui sont assimilables; faire légalement des Suisses de tous ceux qui sont Suisses par les liens de leurs familles, par les intérêts qui les lient à la Suisse, par leur éducation faite dans nos écoles, c'est une nécessité et un devoir.

On dit que nous tâchons de fabriquer des Suisses qui n'ont pas l'âme suisse. Il est vrai qu'on a naturalisé pendant la guerre beaucoup de personnes qui n'étaient pas dignes de naturalisation, qui n'avaient aucun lien avec la Suisse et qui n'étaient pas désirables. Il est vrai aussi qu'une naturalisation en masse comme celle prévue par l'introduction du principe de la naturalisation *jure soli* ou sous une autre forme ouvre la porte aussi à bien des gens qui devraient rester en dehors de notre patrie. Mais si nous fermons la porte, comme jusqu'à présent nous l'avons fermée presque complètement, nous risquons d'exclure ceux qui mériteraient bien d'entrer.

Je voudrais que la loi puisse distinguer et qu'il soit permis aux autorités de se bien renseigner aussi sur les sentiments suisses du postulant avant d'accorder la naturalisation. Je sais qu'une telle distinction est assez difficile et peut permettre des abus, mais certainement l'opposition et la résistance de nombreux de milieux aux naturalisations provient bien de cette crainte tout à fait justifiée d'incorporer des éléments qui ne sont pas dignes de notre famille suisse.

Le problème de l'assimilation des étrangers est donc d'une haute importance et même si l'on arrivait à rejeter les propositions du Conseil fédéral, je pense qu'une discussion serait quand même utile, parce que ce qui n'a pas été construit aujourd'hui, pourra l'être demain, et le matériel que nous préparons aujourd'hui, pourra nous servir demain. C'est pour cela que je me permets de dire mon opinion.

Le premier point à résoudre est celui-ci: une révision de la Constitution fédérale est-elle nécessaire ou bien une révision de la législation fédérale serait-elle suffisante? En général, les questions relatives à l'acquisition de l'indigénat ne sont pas réglées par la voie constitutionnelle. Le droit italien règle cette matière dans son Code civil, le droit français également dans son Code civil et dans les lois qui s'y réfèrent. Je ne crois pas qu'il soit nécessaire, d'après notre droit public, de reviser la Constitution fédérale pour pouvoir changer ensuite la loi sur la naturalisation. Si ce point de vue était fondé, je pense qu'il faudrait renoncer à une révision constitutionnelle et procéder directement à la révision de la loi. La prudence politique doit nous avoir persuadés qu'une révision de notre Constitution devient de jour en jour plus difficile avec un peuple qui, à tort ou à raison, a démontré à plusieurs reprises sa répulsion à changer son droit public et sa méfiance contre des changements qu'il ne trouve pas nécessaires. Une révision de l'art. 44, même si elle n'entraînait pas des problèmes du plus haut intérêt pour les citoyens et les cantons, n'aurait pas grande chance

d'être approuvée et nous nous trouverions avoir fait un travail inutile et nous être mis dans l'impossibilité de faire quelque chose de bon dans un avenir prochain. La revision d'une loi est beaucoup plus facile et le peuple aurait à se prononcer sur la nouvelle loi seulement si le referendum était demandé.

Je pense donc, pour des motifs de droit public et de prudence politique, qu'on devrait renoncer à une revision de l'art. 44 de la Constitution fédérale.

Actuellement, le règlement de la matière des naturalisations est laissé à la législation. Le nouveau projet laisse aussi cette matière à la législation, mais veut déjà introduire dans le texte de la Constitution les principes fondamentaux sur lesquels la loi doit être préparée. Si la fixation de ces principes devait être acceptée, je dois déjà maintenant relever les points faibles du projet qui me semblent tels qu'ils ne pourront que difficilement être acceptés par le peuple.

Nous ne pouvons pas oublier que la législation fédérale viendrait occuper un terrain qui est réservé à la souveraineté cantonale. Avant d'être citoyens suisses, les étrangers deviennent citoyens d'un canton et d'une commune suisse: ils ne deviennent suisses qu'en tant qu'ils appartiennent à un canton et à une commune.

Cette situation entraîne beaucoup de conséquences. Le canton doit rester le maître en cette matière; la commune ou le canton qui doivent recevoir ces nouveaux citoyens, doivent bien avoir le droit de se prononcer, ils ne peuvent pas être obligés de recevoir dans leur famille des étrangers contre leur volonté. On a pu parler d'une catégorie de citoyens qui appartiendraient à la Confédération et non pas aux cantons, qui n'auraient pas un droit de cité dans un canton ou dans une commune. Je crois qu'on ne voudra pas introduire un système pareil contre lequel protesterait notre esprit démocratique et égalitaire. Et alors si on ne peut pas naturaliser sans les cantons il faut respecter leur souveraineté et on ne peut pas leur imposer des assimilations *opé jure* sans heurter cette souveraineté et sans soulever les justes alarmes et les plus fortes oppositions de tous ceux qui pensent que la Suisse a un droit de vivre et une vitalité propre parce qu'elle est un Etat fédératif et non pas unitaire.

Vis-à-vis de ces difficultés, la solution paraît presque impossible, ce qui est vraiment à regretter pour les motifs d'ordre supérieur que j'ai eu l'honneur d'exposer. La régularisation de cette situation anormale sera réalisée, plutôt que par la force de la loi, par le changement de l'esprit public, si l'on persuade nos concitoyens de la nécessité que nous avons dans notre intérêt même d'assimiler tout ce qui est assimilable, de la nécessité de ne pas faire de cette question une question d'argent et si l'on fait ressortir le danger que présente un tel état de choses pour notre indépendance politique, économique et intellectuelle et pour notre existence d'Etat républicain et souverain.

J'ai parlé de questions d'argent. Je pense que les conséquences financières de la naturalisation ont autant d'importance pour beaucoup que la défense de la souveraineté nationale. Ce sont les cantons, ce sont les communes, qui ont à leur charge l'assistance publique. Il est tout à fait naturel qu'ils soient inquiets sur le sort de ce projet de revision cons-

titutionnel. En général, ceux qui mériteraient le mieux d'être naturalisés sont de modestes travailleurs chargés d'une nombreuse famille, qui ne peuvent pas supporter les frais de naturalisation imposés par les cantons ou les communes et vis-à-vis desquels les probabilités d'une charge pour l'assistance publique sont les plus fortes. Nous nous trouvons donc dans cette situation douloureuse que les pauvres qui sont attachés à notre terre, qui vivent de notre vie, doivent rester hors de notre famille et que les Juifs galiciens qui cherchent dans notre naturalisation un passeport suisse qui leur ouvre les portes de l'étranger, peuvent facilement obtenir la naturalisation, sauf à retourner le lendemain à l'étranger et se soustraire à toutes contributions auxquelles sont soumis les citoyens suisses.

Les remèdes que le Conseil fédéral propose seraient en général acceptables. J'estime acceptable le principe de déclarer Suisse l'individu né en Suisse, d'étrangers établis en Suisse et dont la mère est née suisse. Je trouve bonne la restriction fixée en ce qui concerne les individus incorporés touchant l'exercice des droits politiques. J'approuve aussi le principe de la gratuité de la naturalisation lorsqu'elle s'opère *jure soli*. Mais je ne peux pas me cacher les graves difficultés que l'application de ces principes entraîne avec eux et le sacrifice que nous imposons sans aucun droit aux cantons, sacrifice de leur indépendance, de leur souveraineté et aussi sacrifice financier.

C'est donc non sans perplexité que j'adhère au projet, et j'espère que la discussion y apportera les remèdes nécessaires et le rendra de nature à être accepté par nous et par le peuple. Sous ces réserves, je donne mon vote à l'entrée en matière, quoique dans mon canton d'origine une opposition marquée se prononce souvent dans les manifestations de l'esprit public à l'égard des naturalisations en général. Je suis persuadé que précisément le canton du Tessin, comme les autres cantons de frontières, ont tout intérêt à faciliter l'assimilation de l'élément étranger, et je serai satisfait si quelque chose peut être fait avec le concours de la Confédération et des cantons.

Wettstein : Wer vor dem Krieg die Diskussion über die Ueberfremdung verfolgt hat, der hätte glauben können, nicht nur einige fortgeschrittene Geister, sondern das ganze Schweizervolk sei vollkommen überzeugt, dass es kaum eine dringendere Aufgabe gebe, als die Bekämpfung der Ueberfremdungsgefahr. Inzwischen ist der Krieg über uns hereingebrochen, und als nun zum ersten Mal nach den Kriegserfahrungen eine Kommission der Bundesversammlung dieses Einbürgerungsproblem bearbeitete, da musste man mit Erstaunen wahrnehmen, wie wenig tief die Ueberzeugung von der Gefährlichkeit der Ueberfremdung in unser Volk eingedrungen ist. Es machte sich eine viel stärkere Opposition geltend, als man nach all den vielen Publikationen, Versammlungen, Resolutionen usw. hätte vermuten können. Man darf sich aber füglich fragen, ob man sich wirklich getäuscht hat über die Tiefe der Erkenntnis, welche vor dem Krieg in unserem Volke geherrscht hat. Ich glaube nicht, dass hier eine blosser Täuschung vorliegt, sondern die Gedanken haben sich tatsächlich infolge des Krieges stark geändert. Wenn wir heute die Opposition gegen

die Vorschläge des Bundesrates und diejenigen der Kommission überblicken, so scheint es mir, dass diese Opposition auf drei Faktoren zurückzuführen ist, auf die ich kurz zu reden kommen werde.

Das ganze Problem hier in allen Details zu durchgehen, ist nicht möglich und nicht nötig. Ich glaube, dass alle Mitglieder des Ständerates die Frage verfolgt haben, und das sehr erschöpfende und umfassende Referat unseres verehrten Herrn Kommissionsreferenten hat ja alles das, was in dieser Frage zu sagen ist, sehr geschickt zusammengefasst.

Ich rede also von den Hemmungen, und da ist nun die erste Tatsache die, dass die letzte Volkszählung einen Rückgang in der Ueberfremdung konstatiert hat. Von 14 % ist der Anteil der Fremden an unserer Bevölkerung auf 10 % zurückgegangen. Das ist ja erfreulich, aber es kann sich doch niemand, der die Entwicklung aufmerksam verfolgt hat, darüber täuschen, dass hier nicht etwa eine Umkehr in der Entwicklung eingetreten ist; auf der einen Seite hatte die Ueberfremdung natürliche Ursachen, welche sich nicht mit künstlichen Mitteln beseitigen lassen, und auf der andern Seite hat der Rückgang im Prozentsatz künstliche Ursachen, die mit der Zeit wieder verschwinden. Lassen wir uns nicht von dieser statistischen Zahl auf Abwege bringen. Wir haben infolge des Krieges eine Abwanderung nicht nur von Militärpflichtigen, sondern zum grossen Teil auch von ihren Familien gehabt. Die Leute kamen nur zum kleinen Teil wieder zurück, nicht deshalb, weil sie nicht gerne wieder zurückgekommen wären, sondern weil wir ihnen die Grenze verschlossen. Und wir haben auch vor der weitem Zuwanderung durch unsere Fremdenpolizei die Türe zugemacht. Das war notwendig und für das Land durchaus zweckmässig. Aber solche Mittel lassen sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Es wird doch kein Mensch glauben wollen, dass wir der Ueberfremdungsfahr durch fremdenpolizeiliche Massregeln Herr werden.

Man hat gesagt, das wichtigste an der Bekämpfung wäre die Erschwerung der Niederlassung. Ich habe von jeher zu denen gehört, welche gesagt haben, wir müssen unser Niederlassungsrecht gründlich revidieren. Ich habe mitgearbeitet in Solothurn an der Expertenkommission und bin durchaus der Ansicht, dass wir im Niederlassungsrecht strengere Normen haben müssen. Aber die Schweiz ist ein Land im Herzen Europas, wo der Verkehr mitten hindurch geht, ein Land, das aufs allerengste verbunden ist mit dem Weltmarkt, das auf Export und Import angewiesen ist, das keine chinesische Mauer um sich herum errichten kann. Die Schweiz wird niemals auskommen mit einer Politik, welche man als chinesisch bezeichnen müsste. Wir werden uns also auch künftig fragen müssen: wie können wir mit unsern Nachbarn in einem friedlichen Verhältnis leben, wie können wir unsere politischen und wirtschaftlichen, namentlich auch bevölkerungspolitischen Verhältnisse so regeln, dass uns keine grosse Gefahr droht, und auf der andern Seite doch der unbedingt notwendige Austausch der Bevölkerung, der sich schon durch die wirtschaftlichen Faktoren ergibt, erfolgen kann?

Das wird nur geschehen können durch Niederlassungsverträge. Wir werden uns bei diesen Niederlassungsverträgen nicht mehr wie bis jetzt auf den

Boden der absoluten Liberalität stellen. Wir werden strenger sein. Aber zu Niederlassungsverträgen gehören, wie zu jedem Vertrag zwei. Da sind wir nicht souverän. Wir können nicht einfach kommandieren, sondern müssen uns demjenigen anpassen, was der andere für sich verlangt, und schliesslich wird sich daraus einfach ein Kompromiss ergeben. Wie diese Niederlassungsverträge ausfallen, wissen wir heute noch nicht. Wir wissen nicht einmal, wann sie schliesslich kommen werden, wir haben auch noch kein Bundesgesetz über die Niederlassung, wir werden es hoffentlich bald bekommen. Soviel ich weiss, schlummert ein Projekt in einer Schublade des Justiz- und Polizeidepartementes. Vielleicht wird es in diesem Jahre noch das Licht der Welt erblicken.

Aber das Problem, das uns hier beschäftigt, hängt nur indirekt zusammen mit dieser Niederlassung. In erster Linie — und damit schiebe ich auch das Auswanderungsproblem für den Moment in den Hintergrund — handelt es sich um die Assimilierung, um die Aufsaugung derjenigen fremden Partikel, die wir schon jetzt seit Generationen bei uns haben. Es handelt sich um die ansässigen Fremden und nicht um die Zuwandernden und nicht um die Abwandernden, sondern darum, dass die Schweiz endlich diese Fremdkörper entweder assimiliere oder durch geeignete Massnahmen von sich abstosse. Und diese Vorlage bezweckt, die Mittel zu suchen, diese Assimilierung, die Aufsaugung dieser auf die Dauer gefährlichen Partikel möglichst zu fördern.

Wir wollen also das Problem genau festhalten, und da möchte ich an diejenigen, welche sich täuschen lassen durch den Rückgang, doch dringlich appellieren. Der Rückgang im Bestandteil der fremden Elemente ist schon wieder stabil geworden. Wir haben heute in einer Reihe von industriellen Kantonen schon wieder eine Zunahme der Fremdeneinwanderung. Also ist es um so dringlicher, dass wir auch den immer noch sehr hohen Prozentsatz der ansässigen Fremden sobald als möglich assimilieren. Zehn Prozent sind immer noch viel zu viel für ein kleines Volk, denn andere Staaten, selbst diejenigen, die relativ am meisten unter der Ueberfremdung leiden, haben kaum den vierten Teil. Also haben wir trotz des Rückganges allen Anlass, das Problem als dringlich zu bezeichnen.

Das zweite Hemmnis liegt auch in einer Folgeerscheinung des Krieges. Es ist uns allen wohlbekannt, dass die föderalistischen Anschauungen durch den Krieg eine sehr starke Förderung erfahren haben, und bis zu einem gewissen Grade ist es nicht nur begreiflich, sondern sogar gut. Aber ich sehe, wie mit dieser Zunahme ein anderer Föderalismus mitschwimmt, den ich weniger gern sehe, das ist der rein egoistische Föderalismus, jener Föderalismus, der sagt, was geht mich der Kanton Bern oder der Kanton Basel an, bei mir liegen die Dinge anders. Das ist meines Erachtens nicht mehr Föderalismus, sondern kantonischer Egoismus und vor dem sollen wir uns gerade in dieser Fremdenfrage hüten. Die Fremdenfrage ist eine eidgenössische Frage; sie ist eine Frage der schweizerischen Solidarität, und wenn wir anfangen, diese Frage nach Kantonen zu behandeln, so werden wir niemals zu einer Lösung kommen. Es geht nicht an, dass man in einem Kanton sagt: Ja, die Ueberfremdung mag in Zürich, oder in Basel, oder in Genf oder in Lugano sehr gross sein, aber

bei mir im Muottatal oder in Andermatt oben haben wir keine Gefahr. Die Gefahr ist für die Bewohner dieser Täler genau so gross, wie für die Bewohner der Städte. Denn hier, wie gesagt, liegt ein schweizerisches Problem vor, und deshalb müssen wir uns von denselben Anschauungen leiten lassen.

Nun gebe ich ohne weiteres zu, dass es hier auch ein berechtigtes ökonomisches Interesse gibt, und das ist das Interesse, dass nicht durch eine einseitige Lösung die Gemeinden und Kantone zu sehr belastet werden. Hier bin ich nun etwas anderer Meinung als Herr de Meuron. Für mich handelt es sich bei der Frage, ob der Bund einen Teil der Armenlasten tragen soll, nicht um eine Subvention des Bundes, sondern um eine Konsequenz des Grundsatzes, dass, wer befiehlt, auch bezahlt. Wenn der Bund das jus soli, die Einbürgerung kraft Gebietshoheit einführt und die Kantone und Gemeinden zwingt, mit allen Konsequenzen der Armenunterstützung Fremde aufzunehmen, unentgeltlich aufzunehmen, ohne ein Äquivalent dafür zu haben, dann muss der Bund auch die Konsequenz ziehen und denjenigen, denen er diese Lasten aufbürdet, sie zu erleichtern suchen. Ich kann also nicht zugeben, dass hier eine Analogie mit den übrigen Subventionen des Bundes vorliegt. In meinen Augen handelt es sich überhaupt nicht um eine Subvention, sondern um eine natürliche Zahlungspflicht des Bundes.

Ueber das Mass kann man verschiedener Ansicht sein. Herr Schneider glaubt, die Aussichten auf Annahme der Vorlage dadurch stärken zu können, dass er statt mindestens der Hälfte, vielleicht zwei Drittel oder drei Viertel verlangt. Im Antrag der Kommission steht: «mindestens die Hälfte.» Ich glaube, das ist deutlich genug. Wir sind also im Gesetz immer noch berechtigt, über dieses Mass hinauszugehen. Es ist nur ein Minimum angesetzt, aber kein Maximum, und wie ich die Bundesversammlung kenne, wird sie dieses «mindestens die Hälfte» schon in ein für die Kantone und Gemeinden erträgliches Mass steigern. Wenn aber Herr Kollega Schneider dieses «mindestens die Hälfte» auf «mindestens zwei Drittel» steigern will, glaube ich, wird er dafür schon eine Mehrheit finden. Für mich ist das nicht die Hauptsache. Ich möchte nicht durch eine derartige Aenderung des Kommissionsantrages mir gewissermassen die Vorlage erkaufen. Doch darüber ist dann in der Einzelberatung noch zu reden.

Nun aber die dritte Hemmung, und diese ist in der Kommission ganz besonders hervorgetreten, das ist die Abneigung gegen das jus soli aus grundsätzlichen Erwägungen. Diese Abneigung ist zweifellos durch die Kriegserfahrungen nicht kleiner geworden. Sie war schon früher da, aber latent. Jetzt aber ist sie hervorgebrochen, und zwar mit einer fast elementaren Wucht. Man hat eine starke Abneigung gegen diese Einbürgerung kraft Gebietshoheit. Man hat sie auch Zwangseinbürgerung genannt. Diesen Ausdruck möchte ich ablehnen. Es handelt sich hier nicht um einen Zwang, sondern um einen Hoheitsakt des Staates, den er in seinem eigenen Lebensinteresse vollzieht.

Das jus soli hat bei vielen Mitgliedern der Kommission einen so heftigen Widerstand gefunden, dass in den ersten Sitzungen jedes Eintreten auf dieses Prinzip abgelehnt wurde. Es ist erst nach langen

Verhandlungen gelungen, es wenigstens in bescheidenem Umfange in den Kommissionsantrag hineinzubringen. Diejenigen, welche sich heute noch dem Prinzip widersetzen, geben doch zu wenig Acht auf das, was rings um uns geschieht.

Die grössten Staaten, gerade diejenigen, die heute am nationalsten eingestellt sind, haben dieses Einbürgerungsrecht kraft Gebietshoheit. Frankreich hat es, Italien, Belgien, England, Amerika, die südamerikanischen Republiken, die wir ja wegen unserer Auswanderung auch berücksichtigen müssen, haben dieses Prinzip ebenfalls. Ein kleiner Staat mit einem so hohen Prozentsatz an Fremden sollte nicht warten mit der Durchführung des Grundsatzes, bis ihm die Gefahr über den Kopf hinauswächst. Es ist meines Erachtens das einzige Prinzip, das uns Gewähr bringt dafür, dass die Assimilation sich auf die wirklich einbürgerungsreifen Elemente erstreckt und dass diese Assimilation auch numerisch wirksam wird.

Demgegenüber hat man in der Kommission immer das Einbürgerungsrecht hervorgehoben. Das Einbürgerungsrecht hat vollständig bankerott gemacht, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen. Diese wirken fort und Sie werden sie nicht aus der Welt bringen. Der eine Grund ist der, dass beim Einbürgerungsrecht aus einer gewissen Dauer der Einbürgerende die ganze Frage vom nackten Interessensstandpunkt aus ansieht und dass er sich einfach ein Rechenexempel daraus macht. Er wird sich in den meisten Fällen sagen, rebus sic stantibus, dass er besser wekommt, wenn er sich nicht einbürgert, selbst unentgeltlich. Der andere Grund ist, dass dieses Recht auf unentgeltliche Einbürgerung bisher den Kantonen überlassen war, dass sie aber von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht haben, und mit vollem Recht. Denn die Kantone haben sich sagen müssen: wenn ich vorangehe, dann wird mir einfach die ganze Gesellschaft zugeschoben, gute und schlechte Elemente; wenn ich ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung aufstelle, so bin ich das Opfer für die ganze Schweiz. So weit geht nun doch die Opferwilligkeit auch der wirtschaftlich entwickelteren Kantone nicht, dass sie sich gewissermassen zum Sammelbecken der unentgeltlich Einzubürgernden machen möchten. Der Kanton Basel-Stadt ist sehr weit gegangen, aber er hat auch keine besonders guten Erfahrungen damit gemacht. Hier sind wir zweifellos durch die Erfahrungen darüber belehrt worden, dass es ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung nur im allgemeinen schweizerischen Sinn geben darf, das heisst, es muss für alle Kantone dieselbe Pflicht bestehen, Ausländer nach einer gewissen Zeit unentgeltlich einzubürgern.

Ich teile hier nun grundsätzlich die Anschauungen von Herrn de Meuron. Ich bin kein Freund der unentgeltlichen Einbürgerung, und zwar ganz einfach deshalb, weil man mit der zu starken Betonung dieses Rechtes auf unentgeltliche Einbürgerung das ganze Problem fälscht. Es handelt sich nicht darum, die Assimilation vom Willen der dritten Personen abhängig zu machen, es darf nicht sein, dass wir nun gewissermassen das Schicksal auf diesem Gebiet in die Hand der Ausländer legen; wenn wir etwas Gründliches, Durchgreifendes machen wollen, dann müssen wir dieses Schicksal selber in die Hand nehmen und erklären: es gibt Elemente in der Schweiz, die einbürgerungsreif sind, und diese wollen wir kraft

Gebietshoheit einbürgern. Das ist ein Hoheitsakt des Staates, der das Recht, das Problem auf diese Weise zu lösen, nicht aus der Hand geben und in den Willen Dritter, in den Willen von Ausländern legen darf.

Ausserdem ist, wie ich bereits betont habe, mit dem Recht auf Einbürgerung immer die Gefahr verbunden, dass es vom nackten Interessenstandpunkt aus gehandhabt wird, und das wollen wir nicht. Wir wollen aus unserem Bürgerrecht, aus unserer Landes- und Volkszugehörigkeit nicht ein Geschäft machen und wollen nicht den Ausländern das Recht zugestehen, die Ausübung dieses Rechtes auf Grund einer Kalkulation zu bestimmen.

Nun hat in der Kommission dieses Recht auf unentgeltliche Einbürgerung im Anfang überhaupt obgesiegt, und was Sie jetzt vor sich haben, das ist ein Kompromiss. Wir haben ein beschränktes jus soli errungen, aber wir mussten dafür den Anhängern der unentgeltlichen Einbürgerung kraft Willensaktes des Ausländers auch eine Konzession machen; als Kommissionsmitglied stimme ich diesem Kompromiss zu, weil es mir viel wichtiger ist, dass wir endlich die Einbürgerung kraft Gebietshoheit bekommen, als dass wir schliesslich auf eine Erweiterung des Rechtes auf unentgeltliche Einbürgerung ganz verzichten.

Diese Hemmungen, von denen ich gesprochen habe, drücken sich sichtbar in den Anträgen der Kommission aus. Ich will Ihnen offen gestehen, sie befriedigen auch mich nicht. Aber unsere Zeit ist nicht geeignet zu grossen grundsätzlichen Lösungen. Wir müssen froh sein, wenn wir überhaupt einmal in die Vorurteile, die immer noch bestehen, Bresche legen können, und da möchte ich nun doch denen, die gegen das jus soli immer noch Bedenken haben, noch Eines sagen: das jus soli wirkt sich ja, besonders politisch, erst in mehr als 20 Jahren aus. Vergessen Sie doch nicht, dass, wenn wir auch diese Vorlage durchbringen, wir noch ein Gesetz haben müssen. Ich darf wohl sagen, vor Ablauf von fünf Jahren ist es ganz sicher ausgeschlossen, dass Einbürgerungen jure soli stattfinden. Die Kommission und des Bundesrat sind auch darüber ganz im klaren, dass wir die Wirkungen des jus soli nicht zurückdatieren dürfen, denn das gäbe ein förmliches Chaos. Es wird also erst in der Zukunft wirken können, erst in frühestens 25 Jahren, wenn überhaupt jene Gefahr auftritt, von der einzelne Kommissionsmitglieder etwas übertriebene Vorstellungen haben, namentlich in der Richtung, dass an gewissen Orten durch diese Einbürgerungen jure soli die Zusammensetzung der Wählerschaft wesentlich geändert werden könnte. Ich glaube, auf eine Generation hinaus oder darüber hinaus brauchen wir nun doch nicht gar so ängstlich zu sein. Und schliesslich wollen wir auch das sagen: die Einbürgerung jure soli untersteht immer noch grossen Einschränkungen, und diese Einschränkungen treffen namentlich auf die flottante Bevölkerung zu; jene Gruppen, auf die sich jene Furcht bezieht, sind eben die flottanten, während die Ansässigen ganz zweifellos mehr zu den staatstreuen Kreisen der Bevölkerung gehören. Ich habe die Ueberzeugung, dass sich zum mindesten die Wirkungen der Einbürgerungen jure soli nach der einen und nach der andern Seite ausgleichen, wenn sie nicht vielleicht geradezu zugunsten der staatstreuen Elemente aus-

fallen. Diese Befürchtungen möchte ich also aus unsern Betrachtungen eliminieren, abgesehen davon, dass das Problem zu ernst und zu wichtig für unser Land ist, als dass wir uns von derartigen Erwägungen allein leiten lassen dürften.

Ich bin der Ansicht, dass der gegenwärtige Augenblick dringend verlangt, dass wir auf die Vorlage eintreten. Wer das Problem als Ganzes erfasst hat, dem muss klar geworden sein, dass man mit den bisherigen Mitteln nicht auskommt. Sie haben samt und sonders versagt. Man kann das jus soli beschränken, man kann ihm namentlich auch das Optionsrecht begeben. Für mich sind das Fragen zweiter Ordnung. Aber eine Frage erster Ordnung ist die: sollen wir wiederum jene Scheinversuche einer Lösung probieren, die wir heute schon auf Grund der Erfahrungen als aussichtslos bezeichnen müssen? Sollen wir wiederum, wie früher, eine regionale Lösung probieren, obwohl wir uns genau bewusst sind, dass dabei nichts, aber auch gar nichts herauskommt? Oder wollen wir nicht die Frage als gute Eidgenossen miteinander als Ganzes behandeln und als Ganzes zu lösen suchen, indem wir gegenseitig einstehen für die Notwendigkeiten des Tages und der kommenden Zeiten? Wenn ja, dann kann die Antwort wohl nicht zweifelhaft sein, sie lautet: Wir treten auf die Vorlage ein.

Loretan: Erlauben Sie mir, in Kürze meinen Standpunkt auseinanderzusetzen. Es geschieht das vorzüglich aus dem Grunde, um die Behörden zu orientieren, wie der Stand, den ich zu vertreten die Ehre habe, sich zu dieser Frage stellen wird, damit man nachher nicht den Vorwurf erheben kann, die Vertreter hätten sich über die Angelegenheit aus geschwiegen und das Volk oder der Stand, den sie vertreten, habe in eklatanter Weise seiner Ansicht im gegenteiligen Sinne Ausdruck verliehen. Ich halte deshalb darauf, meinen Standpunkt hier klarzulegen.

Für mich tauchen bei der Vorlage zwei Fragen auf: Die eine Frage ist: Will der Bundesrat mit seiner Vorlage ein Schweizerbürgerrecht schaffen, mit Verzicht auf ein Kantons- und ein Gemeindebürgerrecht? Es geht das aus der Vorlage nicht ganz klar hervor. Die Schaffung eines reinen Schweizerbürgerrechtes, ohne Kantons- und Gemeindebürgerrecht, scheint mir eine Lösung zu sein, der wir in keiner Weise zustimmen können. Es würde diese Lösung gegen unsere bisherige Tradition und Staatsauffassung verstossen und derselben widersprechen.

Der Begriff der Heimat ist eigentlich ein enger Begriff. Wenn wir von Heimat sprechen, so ist es für die meisten nicht in erster Linie das grosse Vaterland, sondern es ist für den grossen Prozentsatz der Schweizerbürger, der Kanton, die Heimatgemeinde. Der engste und intimste Begriff der Heimat ist die Heimatgemeinde, der Heimatkanton, und dann erst das weitere Vaterland.

Aber bei einem schweizerischen Bürgerrecht ohne Kantons- und Gemeindebürgerrecht tauchen sofort andere grosse Probleme auf. Es wird das Problem der Armenunterstützung aufgerollt. Wenn wir ein Schweizerbürgerrecht ohne Kantons- und Gemeindebürgerrecht haben, so schaffen wir gleichzeitig die eidgenössische Armengenössigkeit für diejenigen Schweizerbürger, die kein Kantons- und Gemeindebürgerrecht haben und die armengenössig sind oder es werden. Wir würden damit unendlich weit gehen.

Wir würden damit einer Erweiterung der Bundeskompetenzen die Hand reichen, von der bis dahin gar nicht die Rede war, von der in der Bundesverfassung keine Spur und keine Ansätze vorhanden sind. Wenn man ein Schweizerbürgerrecht ohne Kantons- und Gemeindebürgerrecht zu schaffen beabsichtigt, so wird man auch in Konflikt geraten mit der Bestimmung von Art. 45 der Bundesverfassung über die Niederlassung usw. Der Art. 45 der Bundesverfassung gibt den Gemeinden das Recht, gewisse Leute, die mehrmals vorbestraft worden sind oder der öffentlichen Unterstützung zur Last fallen, aus ihrem Gebiete auszuweisen und in die Heimatgemeinde zurückzubefördern. Wenn es nur ein Schweizerbürgerrecht gibt, so sind diese Bestimmungen von Art. 45 unausführbar. Wohin sollen diese Leute, die der Armenunterstützung anheimfallen, abgeschoben werden? Und wenn man Leuten wegen mehrfacher strafrechtlicher Verurteilung die Niederlassung verbietet oder entzieht, wo soll man dann mit solchen Personen hin?

Das sind alles Fragen, die auftauchen und Neuerungen, die mit der Schaffung eines Schweizerbürgerrechtes Hand in Hand gehen.

Aber man hat erklärt, es handle sich nicht um die Schaffung eines Schweizerbürgerrechtes ohne Kantons- und Gemeindebürgerrecht. Wenn diese zweite Lösung angestrebt wird, ein Schweizerbürgerrecht zu schaffen, auf Grundlage eines Gemeinde- und Kantonsbürgerrechtes, dann kann ich auch zu dieser Lösung nicht Hand bieten. Es ist das eine Verletzung der Hoheitsrechte nicht nur der Kantone, sondern auch der Gemeinden. Bis dahin haben die Föderalisten sich zu wehren gehabt gegen Eingriffe des Bundes in die kantonalen Souveränitätsrechte. Hier aber, bei dieser Vorlage, gehen wir einen bedeutenden Schritt weiter; hier wird die Autonomie, das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden, direkt ausgeschaltet. Es wird den Gemeinden und den Kantonen von Bundes wegen ein Bürger aufgedrungen und aufgezwungen.

Ich glaube nun, wir müssen hier offen sein, und ich kann es hier nicht unausgesprochen lassen, dass, wenn eine derartige Vorlage, welche das Recht der Kantone und der Gemeinden, sich über die Einbürgerungsfrage auszusprechen, ausschaltet, dem Volke vorgelegt wird, dass, wenigstens was unsern Kanton anbetrifft, eine solche Vorlage eine glatte Ablehnung erfahren würde. Wir wollen keinen Hehl daraus machen, sondern diejenigen sein, die dieses hier offen aussprechen. Und wenn das Volk bei uns eine solche glatte Ablehnung einer derartigen Vorlage zuteil werden lassen wird, so ist das nicht aus einem engherzigen und egoistischen Kantönlicheist heraus, sondern es wird, meiner Auffassung nach, ein solcher Volksentscheid erfolgen in Wahrung selbstverständlicher Rechte der Gemeinden und Kantone.

Um uns von dem zu überzeugen, haben wir nur ein einfaches Beispiel zu wählen. Verlangt irgend jemand in eine Familie einzutreten, so müssen doch das Familienoberhaupt, die Familienangehörigen, sich darüber aussprechen, ob man eine solche Person in den Familienkreis aufnehmen will. Und wenn jemand ein Schweizerbürgerrecht oder ein Gemeindebürgerrecht oder ein Kantonsbürgerrecht erwerben will, so muss die Familie, das heisst die Gemeinde, oder der Kanton angefragt werden, ob er eine solche

Person in sein Gemeinde- oder sein Kantonsbürgerrecht aufnehmen will. Wenn das von höherer Stelle aus erfolgt, ohne diese erstinteressierten und berechtigten Kreise anzufragen, so ist das eine Verletzung der primitivsten Rechte der Interessenten. Und was würden solche aufgezwungenen Bürger eigentlich für eine Situation haben? Es wären Bürger, die von den betreffenden Gemeinden, denen sie aufoktroiert worden sind, nicht anerkannt werden. Es wären Bürger zweiter Klasse und zweiter Güte, die mit den übrigen Gemeindebürgern nicht auf gleicher Stufe stehen würden. Und das wäre auch für die Neueingebürgerten eine unbequeme Situation.

Ich bin vollständig einverstanden, dass ein Fremdenproblem existiert, und dass das Fremdenproblem eine Lösung finden muss. Aber die Lösung, die uns durch die bundesrätliche Vorlage und auch durch die Kommissionsvorlage unterbreitet wird, geht für mich aus den angegebenen Gründen viel zu weit. Sie ist für mich eine unannehmbare und werde ich daher gegen Eintreten auf die Vorlage stimmen.

Räber: Der Sprechende ist in einer gewissen Verlegenheit, wie er bei der Eintretensfrage materiell stimmen soll. Wollte der Sprechende ganz als Vertreter des schönen Muottatales, das Herr Kollege Wettstein angerufen hat, die Stimme abgeben, so könnte ihm vielleicht die Stimmabgabe nicht so schwer fallen. Allein wir sehen von unsern Bergen aus doch auch in das schöne Züribiet hinunter. Wir haben auch für diese Grenzkantone Verständnis, und der Sprechende muss wirklich sagen, dass ein Problem besteht und gelöst werden muss. Ich glaube nicht, dass man auf die Dauer mit dem jetzigen Zustand auskommt. Nun aber glaube ich, ist in der Politik eine erste Frage immer die: Kommt man zum Ziel, und wenn man nicht zum Ziel kommt, hat es wirklich einen Sinn, grosse Aufwendungen zu machen um nachher desavouiert zu sein?

Nun glaube ich, wie die jetzige Volksstimmung ist, können wir doch mit absoluter Sicherheit darauf rechnen, dass diese Vorlage, mag sie noch etwas geändert werden oder nicht, mit erdrückender Mehrheit verworfen wird. Die Vorlage muss ja doch einen bedeutenden Eingriff in das bisherige Gemeindebürgerrecht und in die Gemeindeautonomie bringen, und wir wissen nicht, ob im jetzigen Moment das Volk geneigt ist, das zu tun. Darum frage ich mich, ob wir nun wirklich die moralische und rechtliche Pflicht haben, uns beständig mit unserem Souverän in Widerspruch zu setzen. Ich glaube nun doch schliesslich, wenn wir auch nicht Geführte sein dürfen, sondern Führer sein müssen, so haben wir doch auch auf die Volksstimmung in gewissen Zeiten Rücksicht zu nehmen. Und nun kennen wir die Volksstimmung, und wir verärgern sie nur noch viel mehr, wenn wir immer neue Vorlagen bringen. Darf ich mit einem Beispiel die Situation beleuchten. Wenn man einen etwas übersättigten Magen hat, so ist immer am besten eine gewisse Hunger- oder Fastenkur. Das Volk ist mit unsern Vorlagen etwas übersättigt, lassen wir es etwas fasten, bis das Volk hungert nach unsern Vorlagen (Heiterkeit). Dann werden sie angenommen werden. Darum stelle ich den Antrag nicht auf Nicht-eintreten, sondern ich stelle den Ordnungsantrag auf Verschiebung sine die.

Huber-Uri: Erlauben Sie mir eine Antwort nur auf eine Bemerkung des Herrn Kollegen Wettstein. Er hat von egoistischem Föderalismus gesprochen und von Gleichgültigkeit gegenüber den hier hauptsächlich in Frage kommenden Grenzkantonen. Wenn ich bei der Begründung meines Antrages auf Nicht-eintreten davon gesprochen habe, es habe sich bisher kein Bedürfnis gezeigt in diesen Grenzkantonen, Wandel zu schaffen gegenüber der Ueberfremdung, so ist damit durchaus nicht gesagt, dass es Gleichgültigkeit oder Egoismus sei. Hiergegen muss ich mich auflehnen. Gegenüber den Kantonen Tessin und Zürich erinnern wir uns an alte wichtige historische Beziehungen, die freilich mitunter arg gestört wurden. Aber alte Liebe rostet auch hier nicht weder gegenüber Tessin noch gegenüber Zürich. Solange das Fraumünster in Zürich steht, ist es uns eine Erinnerung an die Reichsunmittelbarkeit, die wir erworben haben, und dafür bewahren wir ein dankbares Andenken. Basel sind wir verbunden durch seine historische Stellung; es hat zum Frieden geraten und ist stillgeessen im Laufe der Jahrhunderte. Genf haben wir ebenso gern, weil es eine Stadt und ein Kanton voll Patriotismus ist, wie uns durch unsern ehemaligen Herrn Kollegen Rutty wiederholt schön dargestellt wurde. Genf lieben wir besonders noch mehr, weil es umgeben ist vom Auslande, und weil es sich tapfer wehrt für seine Unabhängigkeit und für sein Schweizertum.

Also ich verwahre mich dagegen, wenn man sagt wir seien egoistisch oder gleichgültig gegenüber diesen Grenzkantonen. Dagegen muss ich sagen, dass gerade diese Grenzkantone meines Erachtens das Rüstzeug besitzen, um selber Massnahmen gegen die Ueberfremdung zu treffen, wie sie hier vorgeschlagen werden. Ich vermisse den Nachweis, dass diese Kantone nicht imstande sind, solche Massnahmen durchzuführen. Ich habe mich von der Idee leiten lassen, die Kantone sollen die Ueberfremdung bekämpfen, und es sei nicht notwendig im vornherein, dass die Eidgenossenschaft dies tue; gerade die betroffenen Grenzkantone seien kräftig genug, um die Ueberfremdung selber zu bekämpfen. Ich möchte also jene Bemerkung zurückgewiesen haben und meine Stellungnahme in das richtige Licht gestellt wissen.

M. le conseiller fédéral Motta: Je n'ai pas l'intention de rentrer dans le plein du débat; je voudrais simplement prendre position vis-à-vis de quelques-unes des idées qui ont été indiquées. Je voudrais aussi dire mon sentiment sur la proposition qui vient d'être faite par mon ami et votre collègue M. Räber.

Avant tout, qu'il me soit permis de répéter que le problème dont nous nous occupons n'est relatif ni au fédéralisme, ni à la centralisation. Il s'agit d'un problème national au premier chef auquel nous tous comme tous les cantons, sommes profondément intéressés. Il n'y a pas un seul orateur qui n'ait pas commencé par l'affirmer. Il y a en Suisse un problème des étrangers et, en effet, cela saute aux yeux. Nous sommes le pays du monde qui a le pourcentage le plus élevé d'étrangers. Notre situation est anormale, elle a appelé sur elle les préoccupations, les soucis, je dirai presque les angoisses, de tous les patriotes qui ont voulu l'examiner dans ses causes et dans ses effets possibles. Dès qu'on a admis que

le problème de l'assimilation des étrangers existe, la question qui se pose à l'esprit est celle-ci: les cantons peuvent-ils résoudre ce problème à eux seuls? Il faut répondre carrément: Non, ce n'est pas possible. Ce n'est que la Confédération qui, étant l'expression la plus haute de l'intérêt national, peut accomplir un effort utile pour résoudre ce problème des étrangers.

J'ajoute, immédiatement, que même ce que la Confédération peut faire n'est pas tout et que tout ce que nous ferons, même sur le terrain fédéral, n'arrivera pas, probablement, à résoudre le problème tout entier.

Ce problème échappe, en partie, aux prises de la législation: il est dans la nature des choses; il est dans notre situation centrale en Europe; il est dans notre composition ethnique; il est dans le haut degré de civilisation que notre pays a atteint. Cela est sans doute à notre honneur, mais cela crée une situation que même la législation ne peut pas résoudre complètement. C'est pourquoi j'ai entendu par exemple, avec un grand plaisir, M. de Meuron qui, tout en étant un fédéraliste convaincu vous dire: J'accepte le principe de l'incorporation, je n'accepte pas par contre le principe de l'intervention financière de la Confédération. Il y a, je dois le dire, dans cette attitude de M. de Meuron, quelque chose de très beau et qui m'a profondément réjoui. Cette attitude révèle une conception du problème national qui est un peu nouvelle et qui n'est pas celle de tout le monde. M. de Meuron admet qu'il faut intervenir par la législation fédérale — et d'abord par la constitution, pour réaliser dans la forme de l'incorporation l'assimilation des étrangers. Mais, fédéraliste comme il l'est, et jaloux de l'indépendance des cantons, jaloux, je dirai, de la dignité des cantons, il ne tire pas de sa première thèse la conséquence que la Confédération doit intervenir pour payer, elle aussi, les charges que sa législation impose. M. de Meuron est disposé à laisser toute cette charge aux cantons; je ne puis pas le suivre sur ce dernier point pour des raisons qu'il est inutile d'indiquer ici maintenant.

Mais je tenais à rendre cet hommage à M. de Meuron et à vous signaler cette attitude.

M. Lorétan me semble s'être mépris complètement — il m'excusera de le lui dire — sur la portée de la réforme proposée par le Conseil fédéral et par la majorité de la commission. Il ne s'agit, aucunement, de créer un droit de cité suisse détaché de ses racines naturelles et traditionnelles. Le futur droit de cité, même si vous acceptez la réforme qui vous est proposée, demeurera bâti sur la commune. Est citoyen cantonal celui qui est citoyen d'une commune, est citoyen suisse celui qui, étant citoyen d'une commune, est citoyen d'un canton. Il n'y a point de citoyens suisses qui le soient sans être citoyens d'un canton et d'une commune.

Cette base demeure. Même là où le droit de l'incorporation aura à opérer, la conception que je viens d'indiquer sera respectée. L'enfant né en Suisse, d'une mère née suisse sera incorporé à la commune dont la mère est issue. Je pense qu'après ces explications je puis me dispenser de combattre les autres arguments de M. Lorétan. Tous les arguments m'ont paru découler d'une base erronée.

A mon ami, M. Riva, je voudrais présenter deux observations. M. Riva a déclaré qu'il voterait l'entrée en matière, tout en ajoutant qu'il conseillait

de résoudre le problème par la législation sans révision constitutionnelle. Il est évident que s'il était possible de résoudre le problème qui se pose par une loi et sans révision constitutionnelle, personne ne songerait à faire les frais politiques d'une réforme constitutionnelle. Mais celle-ci n'est point inutile; elle est indispensable. L'art. 44 de la Constitution fédérale actuelle dit ceci: «la législation fédérale déterminera les conditions auxquelles les étrangers peuvent être naturalisés ainsi que celles auxquelles un Suisse peut renoncer à sa nationalité pour obtenir sa naturalisation dans un pays étranger». La doctrine et la pratique admettent que cet article 44 n'institue en faveur de la Confédération qu'un simple droit de contrôle. La Confédération a seulement le droit d'édicter certaines conditions générales de la naturalisation; elle ne peut légiférer sur la substance même de la naturalisation et du droit de cité. Le droit de cité acquis *jure soli* n'est point une naturalisation. Il échappe actuellement à la compétence fédérale. L'acquisition du droit de cité *jure soli* est un mode d'acquisition du droit de cité que j'appellerai originaire en opposition au mode dérivé de la naturalisation. Le citoyen qui est naturalisé a été étranger et il devient Suisse; le citoyen qui devient suisse *jure soli* n'a pas été étranger; il est Suisse le jour même où il voit la lumière. Il est impossible de créer un *jus soli* fédéral si l'on ne réforme point la Constitution.

Je crois avoir ainsi expliqué à M. Riva que sa thèse ne saurait résister à un examen critique objectif.

M. Räder a fait une proposition que je comprends, qui est, en somme, la résultante générale de la situation politique dans laquelle nous trouvons à la suite des votations populaires dans lesquelles il s'est accusé un certain divorce, une certaine opposition entre les vues du Parlement et celles du peuple.

Je n'ai aucune difficulté à admettre que les chances de la forme dont il s'agit ne sont pas certaines. Je veux même faire un effort de sincérité, imprudent peut-être, et je dirai que ces chances sont aujourd'hui mauvaises.

Faut-il en tirer la conséquence à laquelle est arrivé M. Räder? Je voudrais le remercier d'avoir bien voulu poser d'abord qu'il ne votait pas contre l'entrée en matière, mais qu'il demandait simplement le renvoi *sine die* de la question et de la discussion. S'il s'agissait d'un renvoi à un temps qui ne soit pas trop éloigné, le Conseil fédéral ne s'y opposerait pas. Si cependant, il s'agissait d'un moyen d'enterrer l'affaire, alors bien que voilé sous le nom de renvoi *sine die*, cet enterrement ne pourrait avoir l'assentiment du Conseil fédéral.

Il y a, je crois, un grand intérêt à ce que la question soit posée devant le peuple, même au risque d'un vote négatif. Il est sans doute très pénible de constater qu'il n'y a pas entre le Parlement et le Conseil fédéral d'une part et le peuple d'autre part une harmonie complète. Il ne faut pas cependant trop s'étonner de cette situation. Le peuple n'aboutit presque jamais à des réformes profondes du premier coup. Tout plébiscite implique une large discussion et toute discussion est par elle-même profondément utile.

En tout état de cause il y a, me semble-t-il, un intérêt à ce que la réforme dont il s'agit puisse être

soumise au Conseil national. Or, si vous votez le renvoi *sine die*, le Conseil national ne pourra plus s'occuper de la matière. Il a, je crois, un certain droit à pouvoir discuter, lui aussi, la question de l'assimilation des étrangers. Je ne pense pas vous manquer de respect en vous engageant à voter l'entrée en matière et à accepter ensuite l'essentiel des propositions de la commission, afin que le projet dont il s'agit puisse franchir aussi le seuil du Conseil national.

Je ne crois pas que les discussions qui auront lieu dans l'autre conseil soient brèves et hâtives; j'estime au contraire qu'il est dans le destin de ce projet de rester probablement devant le Parlement pendant plusieurs mois, peut-être même pendant plus d'une année. D'ici là, il est possible que l'état de l'opinion se soit modifié.

C'est la raison pour laquelle, tout en comprenant les scrupules qui ont amené M. Räder à présenter sa proposition, je voudrais vous prier de l'écartier dans le sens de mes observations.

Präsident: Bevor ich die Diskussion weitergehen lasse, möchte ich über die Natur des Antrages Räder Klarheit schaffen. Herr Räder beantragt Verschiebung der weiteren Beratung *sine die*. Ich fasse diesen Antrag nicht als einen Ordnungsantrag im eigentlichen Sinne des Wortes auf, auf den die Diskussion zu beschränken wäre, sondern nur als eine Variation des Nichteintretensantrages. Deshalb habe ich auch die Diskussion über die Eintretensfrage weiter walten lassen. Ich würde weiter so verfahren, wenn nicht der Herr Antragsteller ausdrücklich verlangt, dass sein Antrag als Ordnungsantrag auf Nichteintreten zur Zeit zur Abstimmung gebracht werde.

Loretan: Entschuldigen Sie mich, wenn ich noch einmal das Wort ergreife, aber ich muss es tun zu einer Richtigstellung. Ich bedaure, dass mich der Herr Bundesrat nicht richtig aufgefasst hat.

Ich habe zwei Fragen diskutiert. Die erste Frage, ob der Entwurf nur ein reines Schweizerbürgerrecht ohne Kantons- und Gemeindebürgerrecht schaffen wolle, und ich habe dann die Nachteile einer solchen Proposition dargelegt. Es scheint mir aber, dass Herr Bundesrat Motta geglaubt hat, ich hätte mich nur an diese These gehalten. Ich habe aber eine zweite These aufgestellt und gesagt, wenn das nicht der Fall ist, wenn der Bundesrat in seiner Vorlage beabsichtigt, ein Schweizerbürgerrecht, wie bis dahin, auf Grund eines Gemeinde- und Kantonsbürgerrechtes zu schaffen, dann lehne ich auch diesen Vorschlag ab, aus Gründen kantonaler und gemeindlicher Souveränität. Ich habe dann eine Reihe von Gründen für diese zweite Ablehnung, auch bei der Annahme, dass das Schweizerbürgerrecht auf das Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht gestützt sei, geltend gemacht.

Bolli: Ich teile die Meinung des verehrten Herrn Departementschefs, dass es sich um eine Frage handelt, die durch die Diskussion in den Räten zunächst und dann im Volke gründlich abgeklärt werden soll, und aus diesem Grunde möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, heute nicht eine Verschiebung «*sine die*» zu beschliessen, sondern einfach die Entschei-

dung über die Eintretensfrage, also auch über den Antrag des Herrn Räber, zu verschieben bis zur Herbstsession. Ich glaube, es ist notwendig, dass man sich die verschiedenen Gesichtspunkte, die heute zutage getreten sind, wieder weiter überlegt, und vielleicht werden dann auch die politischen Gruppen Anlass nehmen, sich vor der Entscheidung noch mit der Sache zu befassen. Ich glaube, wir dienen der Sache am besten dadurch, dass wir eine Diskussion noch weiterhin ermöglichen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass wir dann vielleicht in der Herbstsession zum Schlusse kommen, die allgemeine Diskussion noch einmal zu eröffnen.

M. le conseiller fédéral Motta: Je tenais simplement à déclarer que le Conseil fédéral peut accepter la proposition qui vient d'être faite par M. Bolli et qui ne me semble pas en opposition absolue avec celle de M. Räber.

Peut être que M. Räber voudra bien accepter, lui aussi, la proposition de M. Bolli, sauf l'automne prochain, à renouveler sa proposition si la situation qui se présentera alors, était de nature à le fixer dans cette attitude.

Präsident: Ich fasse den Antrag des Herrn Bolli dahin auf, dass er die Abstimmung über das Eintreten verschieben will auf die Herbstsession.

Räber: Ich kann mich, um die Situation zu erleichtern, dem Antrag Bolli anschliessen, möchte aber aufmerksam machen, dass wir eine Herbstsession von nur acht Tagen haben und dass wir dann wegen dieses Geschäftes nicht noch eine Woche beifügen werden.

Hildebrand, Berichterstatter der Kommission: Die Vermutung, welche ich am Schlusse meines Referates geäussert habe, ist zur Wahrheit geworden. Ich stellte mir lebhaft vor, dass in dieser Frage die Meinungen sehr geteilt seien und dass der Antrag der Kommission, möge er lauten, wie er wolle, von verschiedenen Seiten angegriffen werde; von einer Seite bekämpft werde deshalb, weil man überhaupt keine Abänderung der Verfassung will, weil man nicht will, dass die Souveränität der Kantone irgendwie beschränkt werde; und von der andern Seite angegriffen werde, weil man glaubt, man hätte weitergehen sollen, als die Kommission jetzt geht, und man hätte andere Mittel ergreifen sollen als nur diejenigen, welche im Vorschlag der Kommission vorgesehen sind.

Deshalb dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Allerdings ist richtig, dass die derzeitigen Verhältnisse für die Entscheidung einer solchen Frage etwas ungünstige sind. Wir stehen noch zu sehr unter dem Eindruck des Ergebnisses der letzten Volksabstimmung. Nun ist aber das bedauernswerte Resultat der Volksabstimmung vom 3. Juni nicht etwa derart, dass wir uns deshalb entmutigen lassen sollen und dass wir zustimmen sollten, dass Uebelstände, die schon Jahrzehnte bestanden haben und auf deren Beseitigung mehr als ein Jahrzehnt schon Bedacht genommen worden ist, noch ruhig fortbestehen können. Die Vorlage vom 3. Juni wurde verworfen, weil der Grössteil des Schweizervolkes zufolge ungünstiger Erfahrungen jeder solchen Neuerung und jeder Aus-

dehnung der Monopole oder der Staatsbetriebe abgeneigt ist und weil der Bauernstand, weil die Branntweinhändler, weil die Wirte ihre persönlichen materiellen Interessen direkt gefährdet erachteten. In Frage steht nun allein die Revision des Art. 44 der Bundesverfassung, durch welche weder direkte noch indirekte materielle Interessen der Schweizerbürger berührt werden. Es handelt sich lediglich um eine im öffentlichen Wohl unerlässliche Ausdehnung des Gesetzgebungsrechtes des Bundes und die entsprechende Einschränkung der kantonalen Gesetzgebung.

Es hat sich der Vertreter der Minderheit der Kommission dahin geäussert: «Die Ueberfremdung ist leider eine Tatsache, das muss ich zugeben, und ihre Bekämpfung eine vaterländische Aufgabe.» Wenn es aber eine vaterländische Aufgabe ist, die Ueberfremdung zu bekämpfen, so glaube ich, sollten wir alle mithelfen, um das Ziel, das wir wünschen, zu erreichen, und wir sollten alles tun, um die Bevölkerung aufzuklären über die Nachteile, welche die Ueberfremdung in der Schweiz mit sich führt und alles tun, um die Ansichten weiter Bevölkerungskreise, welche zurzeit noch gegen die Einbürgerung von Ausländern sind, umzuändern.

Der Vertreter der Minderheit der Kommission hat dann aber geltend gemacht, es habe die Ueberfremdung nur in den Grenzkantonen eine beunruhigende Form angenommen, und hat daraus den Schluss gezogen, es sollen die Grenzkantone deshalb die nötigen Massnahmen gegen die Ueberfremdung selbst ergreifen, und es soll davon abgesehen werden, die andern Kantone und Gemeinden in ihren Souveränitätsrechten, der freien Verfügung über die Aufnahme neuer Schweizerbürger zu beschränken.

Verhält sich aber die Sache wirklich so? Auch in den Grenzkantonen gibt es meistens eine grössere Anzahl ländlicher Gemeinden, wo hauptsächlich nur Landwirtschaft betrieben wird, wo die Industrie sich nicht festgesetzt hat, und in diesen Gemeinden spürt man die Gefahr der Ueberfremdung begreiflicher Weise nicht so, wie in den grossen Städten und industriereichen Ortschaften. Da wird nun von der Bevölkerung dieser ländlichen Gemeinden in den Grenzkantonen, wo die Ueberfremdung sehr gross ist, die Stellung eingenommen, diejenigen Gemeinden sollen Massregeln ergreifen, die von der Ueberfremdung wirklich etwas spüren und nachteilige Folgen davon verspüren. Nun wird es aber gerade bei einem derartigen Vorgehen für die Grenzkantone sehr schwierig sein, irgendwie etwas zu schaffen, das zur Bekämpfung der Ueberfremdung dienlich ist, weil sie befürchten müssen, dass eben ein Teil der Bevölkerung das Beispiel, das wir ihnen teilweise gegeben haben, nachahmen, und sagen, wenn die Kantone, die von der Ueberfremdung nicht leiden, nichts tun wollen, so wollen wir im eigenen Kanton auch nicht mithelfen. Da liegt die Gefahr.

Ich habe nun die Anschauung, dass sogar dann, wenn die Grenzkantone, die stark unter der Ueberfremdung leiden, sich anstrengen, Massnahmen zur Bekämpfung zu treffen, wenn sie gestützt auf die bisherige Gesetzgebung die Einbürgerung kraft Gebietshoheit einführen, der Erfolg nur ein sehr geringer sein wird. Und zwar aus dem Grunde, weil die Gesetzgebung dieser Kantone beschränkt ist auf die Grenzen des Kantons selbst. Wenn z. B. ein solcher Grenzkanton die Einbürgerung in der Weise durch-

führen will, wie die Kommission es auf eidgenössischem Boden beantragt, so könnte die Einbürgerung am Geburtsort oder Abstammungsort der Mutter nur dann stattfinden, wenn diese Mutter im betreffenden Kanton selbst wohnt und dort den Abstammungsort hat, sonst aber nicht. Denn es kann die Gesetzgebung eines Kantons nicht verfügen, dass eine Einbürgerung des Kindes am Heimatorte der Mutter in einem andern Kanton erfolgen kann.

Wenn nun aber diese Grenzkantone die Einbürgerung kraft Gebietshoheit am Wohnort der Eltern, wo die Geburt stattfindet, einführen, so führt das, wie schon früher gezeigt worden ist, eben zu einer Zerreißung der Familie. Sobald diese ausländische Familie den Kanton verlässt und in einen andern Kanton übersiedelt, so werden die Kinder, die am neuen Wohnsitz geboren werden, Ausländerkinder. Wir kommen also dazu, dass jedenfalls der Erfolg dieser Einbürgerung kraft Gebietshoheit, wenn das einzig den Kantonen überlassen ist, ein sehr geringer sein wird.

Nun möchte ich Sie noch einmal aufmerksam machen auf die Tabelle auf Seite 2 der Nachtragsbotschaft vom 14. November 1922, welche die Volkszählung des Jahres 1920 darstellt. Es sind 10 Kantone, welche eine Bevölkerung von Ausländern von 10 % und mehr aufweisen. Es sind das die Kantone Zürich mit 13,8 %, Baselstadt mit 27,2 %, Baselland mit 10,5 %, Schaffhausen mit 16,2 %, St. Gallen mit 11,4 %, Graubünden mit 12,7 %, Thurgau mit 12,2 %, Tessin mit 21,5 %, Waadt mit 10,3 % und Genf mit 30,7 %. Wenn wir nun die Gesamtbevölkerung dieser zehn Kantone zusammenrechnen, so kommen wir auf eine Zahl von 2,004,212 und die Zahl der in diesen Kantonen wohnenden Ausländer beträgt 313,405. Die Bevölkerungszahl aller übrigen Kantone beträgt nur 1,876,108 Seelen und die Zahl der in den übrigen Kantonen wohnenden Ausländer nur 91,570. Also weisen diese 10 Kantone eine die Gesamteinwohnerzahl aller übrigen Kantone um 128,108 übersteigende Bevölkerung auf. Und schon aus diesem Zahlenverhältnis darf gefolgert werden, dass es im Interesse des Schweizervolkes liegt, Massnahmen gegen die Ueberfremdung zu treffen, und dass auch die andern Kantone bei Erfüllung dieser vaterländischen Aufgabe mithelfen sollen.

Es ist auch davon gesprochen worden, es sollten den betreffenden Kantonen, welche die Einbürgerung kraft Gebietshoheit oder die unentgeltliche Einbürgerung beschliessen, bedeutend grössere Beiträge geleistet werden, als vorgesehen war, und es sollten überhaupt, wenn der Antrag der Kommission angenommen werde, die Beitragsleistungen des Bundes wenigstens drei Viertel der Gesamtkosten betragen.

Es hat sich nun hier eine etwas widersprechende Haltung der Herren Schneider und de Meuron gezeigt. Herr Schneider möchte also eine grössere Beitragsleistung, und Herr de Meuron, als stolzer Neuenburger, möchte gar nichts. Hier halten wir eine Abhilfe für leicht. Es ist ja nicht vorgeschrieben, dass die Kantone oder die Gemeinden die Subventionen des Bundes nehmen müssen; sie brauchen nur keine Rechnung zu stellen und damit ist die Sache geordnet (Heiterkeit). Das ist eine höchst einfache Sache, und da können wir Herrn de Meuron insofern recht geben, was seinen Kanton anlangt.

Man hat sich besonders dagegen gewendet, es werde durch die Vorlage der Kommission das Souveränitätsrecht der Kantone beschnitten, und es hat ganz besonders Herr Loretan den Standpunkt des Volkes des Kantons Wallis uns vorgetragen und erklärt, dass dort nie und nimmer eine derartige Vorlage angenommen werde. Es ist aber mit der Beschneidung der kantonalen Souveränität nicht so weit her, wie die meisten Herren glauben. Wir wollen dem Bunde nicht ein unbeschränktes Gesetzgebungsrecht einräumen, sondern wir wollen auch den Kantonen noch gewisse Rechte lassen, und ich habe schon bei der Eintretensfrage in meinem ersten Referate betont, dass nur in denjenigen Fällen, die ausdrücklich in der Verfassung genannt seien, der Bund das Gesetzgebungsrecht über Erteilung des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechts ausüben könne, sonst aber dieses Gesetzgebungsrecht den Kantonen vollständig verbleibe. Ich habe in einem Antrage, den ich seither verfasst habe, das noch etwas genauer zum Ausdruck gebracht; das wird in die Detailberatung gehören.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass schon früher das Souveränitätsrecht der Kantone auf diesem Gebiete mit ihrer eigenen Zustimmung etwas berührt worden ist. Ich möchte Ihnen da einen Passus aus einem Referat von Nationalrat Dr. Göttisheim, das 1910 im Schweizerischen Gemeinnützigen Verein gehalten worden ist, verlesen. Er spricht sich also aus: «Als es sich im letzten Jahrhundert darum handelte, die schwere Not der Heimatlosigkeit im Schweizerlande zu beseitigen, hielten Volk und Stände zusammen und schufen im Jahre 1850 als eine der ersten grossen Taten des neuen Bundes jenes Heimatlosengesetz, welches Kantonen und Gemeinden die Verpflichtung auferlegte, ihre Heimatlosen ins Bürgerrecht unentgeltlich aufzunehmen. Es war eine schwere Last, welche damit aufgebürdet wurde, es handelte sich um die Inkorporierung von etwa 35,000 Personen; aber der Gedanke, dass die Notwendigkeit im Interesse der Wohltat und des Gedeihens dieses Opfer erfordere, liess diese Last übernehmen. Heute, nach 60 Jahren (es war das im Jahre 1910) der Entwicklung und des Fortschrittes des eidgenössischen Bundes, stehen wir vor einer ähnlichen Frage, vor einem Problem, das von ungleich ernsterer Bedeutung für die Wohlfahrt der Nation und die Sicherheit des Landes ist, als jene Heimatlosenfrage war. Soll da der nationale Gedanke zurücktreten hinter die Autoritäts- und Opportunitätswirtschaft, kantonale und kommunale Interessen und Kirchturmspolitik? Nein, das wollen wir nicht. Wir haben die Zuversicht, dass das Schweizervolk, das die Lasten einer neuen Militärorganisation auf sich genommen und durch Vereinheitlichung des Zivilrechtes ein vielhundertjähriges, tiefeingewurzelttes Recht und Gebräuche preisgegeben hat, auch in der Ausländerfrage zusammenhalten wird, um eine Lösung zu ermöglichen, die der nationalen Wohlfahrt und dem Lande zur Ehre gereichen würde.»

Es ist dann auch später die kantonale Souveränität wieder etwas beschnitten worden. Es geschah dies durch das Gesetz betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes vom Jahre 1903. Damals wurde die Wiederaufnahme von Schweizerbürgerinnen, welche das Bürgerrecht durch die Ehe eingebüsst, verfügt, und zwar derart, dass da nicht abgestellt wurde auf den Willen der Gemeinden oder der Kan-

tone, sondern das hat man dem Entscheide des Bundesrates überlassen. Durch diese Wiedereinbürgerung kann die Witwe, die durch ihre Heirat Ausländerin geworden ist, ihr Gemeinde-, Kantons- und Schweizerbürgerrecht wieder erreichen, und zwar auch dann, wenn die Ehe mit einem Ausländer geschieden wurde. Sollen wir nun nicht noch einen Schritt weitergehen dürfen und das Bürgerrecht auch den Kindern solcher Familien, deren Mutter Schweizerin von Abstammung ist, bei Lebzeiten des Vaters einräumen, und zwar bei der Geburt. Ich glaube, nachdem diese beiden Schritte der Einbürgerung der Heimatlosen und der Wiederaufnahme solcher, die das Schweizerbürgerrecht verloren haben, schon getan worden sind, so darf man, weil dies zur Bekämpfung der Ueberfremdung durchaus unerlässlich ist, auch den dritten Schritt noch tun.

Nun ist allerdings das richtig, dass man die Ueberfremdung auch teilweise verhindern kann durch die Abänderung der Niederlassungsverträge. Hierüber ist schon gesprochen worden. Aber ich will nur noch bemerken, dass das absolut unzureichend sein wird, und zwar aus dem Grunde, weil die Anzahl der in der Schweiz wohnenden Ausländer immerhin jetzt noch die Zahl von 400,000 überschreitet und jährlich wenigstens 5000 Ausländer in der Schweiz mehr geboren werden, als unter den Ausländern Sterbefälle eintreten. Es geht nicht an, dass wir die Ausländer, welche jetzt in der Schweiz wohnen und unsere Gesetze und Anordnungen befolgen, aus der Schweiz ausweisen. Das wäre durchaus unzulässig, und da müssen wir eben auf andere Art und Weise der Ueberfremdung entgegenzutreten suchen.

Es ist darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir Anstalten treffen sollten gegen die Auswanderung der Schweizer, und Anstalten treffen sollten, um die Schweizer da, wo eine überschüssige Bevölkerung in ländlichen Kreisen vorhanden ist, andern Berufen oder der Industrie zuzuwenden. Ich glaube, dass es nicht gut gehe, die freien Bürger unserer schönen Schweizer Berge zu zwingen, nachdem sie die Jugendjahre in gesunder Alpenluft zugebracht haben, nachher in Fabrikräume einzuziehen. Sie ziehen es vor, in die weite Welt hinaus zu wandern und dort ihr Glück zu versuchen. Nach meinem Dafürhalten können wir dem nicht gut entgegenstreben, es sei denn, dass wir diesen Leuten soweit als möglich Land, das gut bewirtschaftet werden kann, in der Schweiz anzuweisen suchen.

Uebrigens liegt von alter Zeit her schon ein Zug zur Auswanderung im Charakter vieler Schweizer; besonders in einzelnen Kantonen, hauptsächlich einigen Grenzkantonen, und es ist eine ganze Reihe Schweizer, welche durch die Auswanderung ihr Glück gemacht und es dazu gebracht haben, ihre oft armen Gemeinden derart mit Schenkungen zu unterstützen, dass denselben aus dieser Auswanderung eine grössere Wohltat erwachsen ist.

Nun hat man sich auch dagegen gerichtet, dass Ihre Kommission ein Recht auf unentgeltliche Einbürgerung schaffen will. Ich habe schon bei der Eintretensfrage sehr einlässlich den Standpunkt Ihrer Kommission zur Kenntnis gebracht und will nur auf das hinweisen, was ich damals schon erklärt habe: Ich erachte, wenn wir die Einbürgerung kraft Gebietshoheit verfügen wollen, dass wir dann beinahe gezwungen sind, in solchen Fällen auch das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung zu gewähren, und dies

zum mindesten in der Verfassung festlegen sollen, damit durch die Gesetzgebung ein solches Recht geschaffen werden kann. Wir schaffen dieses Recht noch nicht durch die Verfassung, geben aber der Gesetzgebung das Recht dazu. Wenn eine Ausländerfamilie durch unsere Gesetzgebung gezwungen wird anzuerkennen, dass ihre in der Schweiz geborenen Kinder von Geburt aus das Schweizerbürgerrecht erhalten und wenn nun diese Ausländer es wünschen, dass sie selbst zur Wahrung der Einheit der Familie ebenfalls das Schweizerbürgerrecht erhalten, aber nicht die notwendigen Mittel haben, um die oft sehr hohen Beträge, welche von Gemeinden und Kantonen gefordert werden, aufzubringen, so sollten wir ihnen doch das Recht geben, sich einzubürgern. Hauptsächlich von diesem Gedanken ausgehend habe ich persönlich in der Kommission einen grossen Wert darauf gelegt, dass auch dieses Recht auf unentgeltliche Einbürgerung durch die Gesetzgebung statuiert werden könne. Ich bin auch heute, trotz der Kritik, die von verschiedenen Seiten gefallen ist, der Ansicht, dass dies das Korrelat der Einbürgerung kraft Gebietshoheit ist.

Dann gibt es auch Fälle anderer Natur, wo man sagen muss: Es ist ein Gebot der Billigkeit, dass wir die unentgeltliche Einbürgerung gewähren können, allerdings nur dann, wenn volle Sicherheit dafür vorhanden ist, dass kein Missbrauch getrieben wird. Es ist dann Sache der Gesetzgebung, dies vollständig klarzulegen und die Details zu bestimmen. Auch da hat man durchaus nicht etwa die Meinung, dass ohne irgendwelche Vernehmlassung der Gemeinden oder der Kantone vorgegangen werden solle, sondern meine Ansicht ist die, dass in der Gesetzgebung ausdrücklich bestimmt werden solle, das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung werde nur nach Einvernahme der betreffenden Gemeinde und des Kantons gegeben und der Entscheid stehe dann dem Bundesrate zu. Ich habe soviel Vertrauen in den Bundesrat, dass nur in denjenigen Fällen, wo der Schweiz durch diese unentgeltliche Einbürgerung keine Nachteile erwachsen werden, diese auch wirklich erteilt wird.

Dann muss ich noch einmal auf eine Frage zurückkommen. Man hat auch davon gesprochen, dass die Beitragsleistung des Bundes an die Kantone für Armenunterstützung an die kraft Gebietshoheit oder die durch unentgeltliche Einbürgerung aufgenommenen Bürger eine grössere sein solle als nur die Hälfte. Nun mache ich darauf aufmerksam, dass meist auch den Gemeinden aus dieser Zwangseinbürgerung Vorteile erwachsen. Dadurch, dass die Anzahl ihrer Bürger einen grössern Kreis annimmt, wird auch die Steuerlast auf eine grössere Zahl abgewälzt. Es ist in der Botschaft angenommen worden, dass ungefähr 7 % der zwangsweise Eingebürgerten wahrscheinlich früher oder später einmal die Armenunterstützung beanspruchen werden. Nun ist doch anzunehmen, dass ein Grossteil der übrigen, die kraft Gebietshoheit oder unentgeltlich ins Bürgerrecht aufgenommen worden sind, wenn nicht schon anfänglich, so doch im Laufe der Jahre in die Lage kommen werden, Beiträge zu leisten an die Steuerlasten der Gemeinden und dass deshalb diese Steuerlasten durchaus nicht etwa in dem Masse, wie das von Herrn Kollega Schneider angegeben worden ist, wachsen. Richtig ist allerdings, dass die Expertenkommission bei der Beratung vorerst mit Mehrheit angenommen hatte, dass die Beitrags-

leistung des Bundes zwei Dritteile betragen solle, und ich meinerseits — ich bin nicht so stolz wie mein Herr Nachbar aus Neuenburg — könnte damit einverstanden sein, dass man zwei Drittel Beitragsleistung annimmt. Das wird aber eher Sache des Bundesrates sein, sich darüber auszusprechen, weil dieser ja der Wächter der eidgenössischen Finanzen par excellence ist.

Nun hat sich noch eine andere Strömung geltend gemacht. Auf der einen Seite ist man nicht zufrieden, dass wir die Einbürgerung erleichtern, respektive die Einbürgerung kraft Gebietshoheit einführen wollen. Am 15. Juni haben wir nun noch eine Eingabe erhalten, welche an den Bundesrat gerichtet war, und zwar von der Vereinigung schweizerischer Republikaner. Ich glaube zwar, wir seien alle schweizerische Republikaner. Aber in dieser Vereinigung sind eben Leute, welche ihren Firmenschild noch etwas besser heraushängen wollen. Es wird in dieser Eingabe das Bedauern ausgesprochen, dass der Bundesrat in seinen Konzessionen viel zu weit gegangen sei, weil er die Zwangseinbürgerung beschränke auf solche Kinder ausländischer Abstammung, deren Mutter Schweizerbürgerin war, und es wird dann verlangt, dass die Zwangseinbürgerung sich unbedingt auch erstrecken sollte auf Kinder, deren Grosseltern, seien sie schweizerischer oder ausländischer Abstammung, in der Schweiz geboren sind.

Sodann werden in dieser Eingabe noch einige interessante Bemerkungen gemacht. Zum Beispiel die folgende: « Im Bewusstsein, dass wir selbst auf dem Wege des Entgegenkommens schon zu weit gegangen sind, verlangen wir als Kompensation, dass der Bundesrat dem Eingebürgerten das Schweizerbürgerrecht wieder entziehen und ihn selbst aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft ausweisen kann, sofern er sich durch sein Betragen des Adoptivvaterlandes unwürdig erweist. »

Daran hat man wahrscheinlich nicht gedacht, dass durch ein derartiges Vorgehen eine ganze Masse von Fällen der Heimatlosigkeit geschaffen würden und dass ein solches Vorgehen schon aus diesem Grunde nicht angängig ist. Dann hat man aber noch eine andere Anregung gemacht und betont, wenn diese Wünsche der Vereinigung schweizerischer Republikaner nicht beachtet wurden, « dann würde man dem Grundsatz Eingang zu verschaffen wissen, dass die Schweiz berechtigt ist, gegenüber jedem Staat die Niederlassung seiner Staatsangehörigen auf denjenigen Prozentsatz zu beschränken, in welchem Schweizerbürger im betreffenden Staat niedergelassen sind oder zur Niederlassung aufgenommen werden, bezw. ein gewisses Verhältnis beibehalten. In diesem Falle müssen wir darauf dringen, dass gegenüber Staaten, welche konstatermassen unter Verletzung eines bestehenden Vertrages Schweizerbürger ausgewiesen haben, der Vertrag als erloschen erklärt und in der Behandlung der Angehörigen des betreffenden Staates Gegenrecht ausgeübt würde im Sinne des angeführten Prozentsatzes. » Meines Erachtens wird es aber noch lange gehen, bis ein derartiger Proporz durchgeführt werden kann, und ich glaube kaum, dass das jemals vorkommen könne. Da ist dann schon eher eine Verschiebung der Anregung « sine die » am Platze.

Nun hat der Sprechende die Kommission nicht mehr besammelt, um über diese Wünsche der schwei-

zerischen Republikaner zu beraten, denn es sind die Anträge der Kommission ja definitiv festgelegt und ich denke, dass diejenigen Herren, welche sich um diese Angelegenheit interessieren, später noch bei der Detailberatung Anlass nehmen können, allenfalls derartige Anträge zu stellen.

Nun könnte ich noch auf verschiedene Bemerkungen antworten, welche gefallen sind. Ich will das unterlassen, indem ich Ihre Zeit schon zu lange in Anspruch genommen habe. Ich muss Ihnen gestehen, dass auch ich anfänglich mit einem gewissen Unbehagen an diese Frage, besonders an die Einbürgerung kraft Gebietshoheit herangetreten bin, denn sie ist für uns neu und ich bin, wie Sie jedenfalls schon wissen, eher geneigt, am Alten festzuhalten. Aber je mehr ich mich in diese Sache hineingelebt habe, je genauer ich die Protokolle der Expertenkommission und die Vorlage des früheren Chefs des Politischen Departementes und die verschiedenen Beratungen durchgesehen habe, um so mehr bin ich zur Ueberzeugung gekommen, dass wir hier etwas schaffen müssen, und dass wir ohne diese Institution der Einbürgerung kraft Gebietshoheit nicht in der Lage sein werden, der Ueberfremdung irgendwie wirksam entgegenzutreten zu können. Ich habe daher schliesslich, obschon ich anfänglich geäußert hatte, doch die Ueberzeugung gewonnen, dass die Vorlage in der von uns vorgeschlagenen beschränkten Form angenommen werden sollte. Ich bin damit einverstanden, dass die Abstimmung auf den Herbst verschoben wird. Man wird dann bei der Detailberatung auch noch diesen oder jenen Gedanken äussern und vielleicht auch Verbesserungen anbringen können. Namens der Mehrheit halte ich am Antrage auf Eintreten fest.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

1469. Abänderung des Forstpolizeigesetzes. Revision de la loi sur la police des forêts.

Differenzen. — Divergences.

(Siehe Seite 548 ff. des Jahrganges 1921.)
(Voir page 548 et suiv. de l'année 1921.)

Antrag der Kommission vom 6. Juni 1923.

I. Art. 30 des Bundesgesetzes vom 11. Oktober 1902 betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei erhält folgende Fassung:

« Art. 30. Auf die privaten Nichtschutzwaldungen finden nur Anwendung die Art. 20 (Erhaltung der Bestockung der Weidwäldungen), 31 (Verbot der Ausreutung), 32 (Verjüngung der Schlagflächen), 42, Ziff. 4 (Beiträge an die Anlage von Einrichtungen für den Holztransport), 47 (Vollstreckung bei Wider-

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1923
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.06.1923
Date	
Data	
Seite	167-182
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 560

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Art. 8.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhésion au projet du Conseil fédéral.

Baumann, Berichterstatter der Kommission: Der Bundesbeschluss soll als allgemein verbindlich und nicht dringlich dem Referendum unterstellt werden. Er wird damit die gleiche staatsrechtliche Bedeutung erhalten, wie ein Bundesgesetz. Ich empfehle Annahme.

Angenommen. — *Adopté.***Gesamt Abstimmung. — Votation sur l'ensemble.**Für die Annahme des Beschlussesentwurfes
EinstimmigkeitAn den Nationalrat.
(Au Conseil national.)**Vormittagssitzung vom 4. Oktober 1923.***Séance du matin du 4 octobre 1923.*

Vorsitz: — Présidence: Hr. Böhi.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.*Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.***Fortsetzung. — Suite.**

(Siehe Seite 167 hiervoor. — Voir page 167 ci-devant.)

Winiger: Der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, ist, wie wir uns alle überzeugt haben, nicht nur sehr bestritten, sondern auch schwierig und kompliziert, und die Situation, in der wir uns dabei befinden, ist misslich. Auf der einen Seite haben viele von uns die Empfindung, dass die Vorlage, wenn sie vor das Volk kommt, kaum viel Aussicht hätte, dort durchzudringen. Auf der andern Seite werden wir doch nicht verkennen können, dass, wenn der Ständerat nach dem Antrag unseres Kollegen, Herrn Huber, einfach Nichteintreten beschliessen und damit den Eindruck erwecken würde, als ob wir meinten, es wäre in diesen Sachen alles gut bestellt und kein Anlass auf eine Besserung zu sinnen, das weit herum befremden und lebhaften Widerspruch erwecken würde. Es könnte nicht auch zweifelhaft sein, ob in diesem Falle, wenn der Ständerat einfach Nichteintreten beschliessen würde, dann der andere Rat überhaupt noch Anlass hätte, auf die Sache einzutreten und mit der Vorlage sich zu befassen und nicht die ganze Vorlage als endgültig begraben zu gelten hätte.

Ständerat. — *Conseil des Etats. 1923.*

Ich möchte meinerseits nicht dazu beitragen, dass es so kommen würde und werde daher, was mich angeht, für Eintreten stimmen.

Je mehr man sich nun aber mit der Sache beschäftigt, desto mehr wird man überzeugt, wie reiflich sie der Erwägung bedarf und wie vielfach sie auch noch der weitern Abklärung bedürftig sein dürfte.

Ich möchte hier nur einen Punkt erwähnen. Man könnte ihn vielleicht die internationale Seite der Frage bezeichnen. Die einschneidendste Neuerung, die der Bundesrat und unsere Kommission vorgesehen, ist ja unzweifelhaft die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit, freilich nur in vorsichtig eingeschränkter Masse, wie es die Kommission vorsieht. Die Diskussion, die bisher über diese Neuerung bei uns gewaltet hat, hat sich vorwiegend oder fast ausschliesslich nur mit den internen Schwierigkeiten und Widerständen befasst, denen die Neuerung begegnen dürfte, aber nicht auch oder doch nur wenig mit den Komplikationen, die sich daraus dem Auslande gegenüber ergeben könnten und ergeben müssten. Das so verdienstvolle und ausserordentlich gründliche Referat unseres verehrten Kommissionsberichterstatters, Herrn Hildebrand, berührt diese Seite der Frage eigentlich nur mit einem Satze, indem das Referat des Berichterstatters konstatiert, dass wir vermöge unserer Souveränität ja unzweifelhaft das Recht haben, die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit zu statuieren. Im übrigen verweist das Referat des Kommissionsberichterstatters in dieser Hinsicht auf die Ausführungen der bundesrätlichen Botschaft vom November 1920. In der Tat befasst sich die Botschaft vom November 1920 mit dieser Seite der Frage ziemlich einlässlich. Aber die Botschaft des Bundesrates überzeugt in dieser Hinsicht auch eigentlich nur davon, wie viele Schwierigkeiten sich ergeben werden aus dieser Neuerung, wie viele Komplikationen und Schwierigkeiten dem Auslande gegenüber. Aber wie darüber hinwegzuhelfen sei, das zeigt die Botschaft nicht. Mit dem Satze, dass wir kraft unserer Souveränität das Recht haben, die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit zu statuieren, ist es nicht getan. Gewiss ist das so, aber mit dieser unserer Souveränität kollidiert eben die Souveränität der Auslandsstaaten, die in Frage kommen, ihr Recht, ihre staatlichen Angehörigen kraft Abstammung auch als solche noch zu betrachten und zu behandeln, wenn sie im Auslande leben, eine Befugnis, die wir ja auch für uns in Anspruch nehmen. Wir wissen, dass z. B. Deutschland die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit seinerseits nicht aufgestellt hat. Das grosse überseeische Amerika, das mag seinerseits einfach auf die Souveränität abstellen und kurzum erklären, wer einmal in Amerika wohnt, der ist Amerikaner und ist nur Amerikaner, wir anerkennen keine Bindestrichamerikaner, sondern nur Amerikaner und als solche werden sie behandelt. Ja, was für Amerika vielleicht angeht, geht nicht ohne weiteres an für uns, ein kleines Land mit einer massenhaften Einwanderung von auswärts und zugleich aber auch — und das ist vielleicht zumeist, was hier in Betracht kommt — mit einer sehr starken Auswanderung unsererseits nach dem Auslande hin. Der Bundesrat sagt in seiner Botschaft vom November 1920: « Wir werden uns bemühen, auf dem Vertragswege die Stellung der Personen mit Doppelbürgerrecht abzuklären. » Sie sehen also, der Bundesrat ist

der Meinung, dass die Schwierigkeiten, die sich ergeben werden aus der Neuerung der Zwangseinbürgerung, nur behoben werden können durch das Mittel von Verträgen mit dem Auslande. Ich möchte gerne wissen: ist inzwischen etwas geschehen, um die Schwierigkeiten, die voraussehen sind, auf dem Wege der zwischenstaatlichen Verträge zu heben, oder stehen solche Schritte in Aussicht? Wie steht es mit der Erneuerung der Niederlassungsverträge mit dem Auslande? Denn solche müssen wir ja haben. Es ist weiter in der Botschaft gesagt, es könnte für die Behebung von Konfliktmöglichkeiten vielleicht als leitendes Prinzip der Satz gelten, der in Art. 6 des Bundesgesetzes betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes vom 25. Juni 1903 steht: «Personen, welche neben dem schweizerischen Bürgerrecht dasjenige eines fremden Staates besitzen, haben diesem Staate gegenüber, so lange sie darin wohnen, keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers.» Der Bundesrat meint also, es könnte für die neue vertragliche Ordnung dieser Beziehungen dieser Satz gelten, wonach also unsere Bürger, naturalisierte Schweizer, wenn sie nachher in ihren Abstammungsstaaten wohnen, nicht Anspruch haben auf die Rechte eines Schweizerbürgers dem andern Staate gegenüber. Das wäre also ein Prinzip, das angenommen würde auch von den Auslandsstaaten. Ich überlasse es Ihrem Ermessen, ob Sie glauben, dass damit eine befriedigende Lösung in dieser Hinsicht geboten wäre. Aber es wäre ein Prinzip, das angenommen werden könnte. Ich weiss nicht, ob es Aussicht hat, in den Verträgen, die voraussehen sind, auch von der andern Seite gutgeheissen zu werden. Ich will Ihnen indessen gestehen, ich habe die Befürchtung, dass, wenn die Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit in der Schärfe, wenn auch eingeschränkt dem Umfange nach, wie es die Kommission vorsieht, bei uns durchdringt, wonach das Optionsrecht ausgeschlossen ist, dass sie dann für Verträge mit dem Auslande ein schweres Hindernis, einen grossen Stein des Anstosses bilden werde. Ich kann mir das fast nicht anders vorstellen.

Das sind so die Gedanken, die ich mir gemacht habe in dieser Hinsicht, nach dieser internationalen Seite der Frage hin, als ich Gelegenheit hatte, mich näher damit zu befassen.

Und nun möchte ich ja dem seriösen Studium, das unsere Kommission der Angelegenheit hat angedeihen lassen, alle Anerkennung zollen. Aber es scheint mir doch gerade nach dieser Seite der Frage hin dürften die Verhandlungen und die Berichterstattung der Kommission nun in der Tat noch der Ergänzung bedürftig sein. Und ich möchte daher den Antrag stellen, dass die Angelegenheit in diesem Sinne nochmals einer weitem Kommissionsbehandlung überwiesen werde. Ich will es aber gerne Ihrem Ermessen anheimstellen, ob Sie glauben, dass die Frage des Eintretens dem vorgängig vorläufig entschieden werde, dass Sie also gleichwohl beschliessen wollen, ob eingetreten werden soll auf die Vorlage, oder aber nicht. Wenn Sie das tun, wenn Sie also zuerst über die Eintretensfrage entscheiden wollten, so hätte es die Meinung, dass nachher, sofern die Entscheidung über die Eintretensfrage bejahend ausfallen sollte, die weitere Detailberatung der Sache verschoben würde und die Angelegenheit zur weitem Behandlung an die Kommission zurückzuweisen wäre. In diesem Sinne

also stelle ich den Antrag, die Sache an die Kommission zurückzuweisen.

Wettstein: Herr Kollega Winiger hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass die Situation für die Vorlage sehr unabgeklärt sei und ebenfalls mit Recht darauf hingewiesen, dass es auf diesem ausserordentlich komplizierten Gebiet noch Fragen gebe, auf die auch die Kommission noch keine schlüssige Antwort geben könne. Er schliesst seine Ausführungen, indem er uns anheimstellt, ob wir die Eintretensdebatte abbrechen oder zu Ende führen und dann die Detailberatung in der Wintersession vornehmen wollen.

Hier möchte ich anknüpfen und Sie bitten, die Eintretensdebatte zu Ende zu führen und über das Eintreten zu entscheiden, dann aber die Detailberatung in der Dezembersession vorzunehmen, damit unterdessen die Kommission Gelegenheit hat, anhand des Protokolls über die Eintretensdebatte noch die verschiedenen Fragen und Anregungen, welche darin enthalten sind, zu erörtern und Ihnen vielleicht nach der einen oder andern Richtung noch Ergänzungsanträge vorzulegen.

Zu diesem Vorschlag führt mich auch die Tatsache, dass der Präsident unserer Kommission, Herr Hildebrand, eine Anzahl individueller Anträge gestellt hat, die jedenfalls gern auch von den andern Kommissionsmitgliedern in einer Kommissionssitzung näher geprüft würden.

Das Vorgehen ist ja nichts Aussergewöhnliches, dass wir eine Eintretensdebatte zu Ende führen und dann die Detailberatung verschieben, gerade zu dem Zwecke, damit eine Kommission Gelegenheit habe, die Eintretensdebatte auszunützen und vielleicht noch weitere Anträge zu stellen.

Es hat gestern eine Sitzung der freisinnig-demokratischen Fraktion des Ständerates stattgefunden; sie ist einstimmig zu dem Resultat gekommen, es solle heute Eintreten beschlossen werden. Sie wird also für Eintreten stimmen, wobei sich die Mitglieder selbstverständlich ihre Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen vorbehalten.

Es gibt aber noch einen andern Grund, der uns veranlassen sollte, heute die Eintretensdebatte zu Ende zu führen. Wir haben im Juni begonnen und führen jetzt im Oktober die Eintretensdebatte weiter. Es würde nun doch einen etwas eigenartigen Eindruck machen, wenn wir die Eintretensdebatte noch einmal abbrechen und im Dezember dann mit ihr fortfahren würden. Also eine Eintretensdebatte, die sich über drei Sessionen erstreckte! Ich glaube, das ist auch gar nicht notwendig. Die Eintretensdebatte ist ja bereits sehr fruchtbar gewesen; es werden vielleicht noch andere Redner sich melden. Ich glaube, dass schon die Diskussion, die bisher gewaltet hat, durchaus genügen würde, um uns die Entscheidung darüber zu gestatten, ob wir auf die Vorlage eintreten wollen oder nicht. Ich möchte Sie deshalb dringend bitten, die Eintretensdebatte heute abzuschliessen, das Eintreten zu beschliessen und dann die Detailberatung im Dezember vorzunehmen, nachdem die Kommission Gelegenheit gehabt hat, noch einmal zusammenzutreten. Dann wird in dieser Kommissionssitzung, und darauf möchte ich namentlich auch noch den verehrten Vertreter des Bundesrates aufmerksam machen, wohl Gelegenheit gegeben werden, sich auch mit

einem Vertreter des Justiz- und Polizeidepartementes zu besprechen über die Zusammenhänge mit dem Niederlassungsrecht und mit den Verhandlungen, die inzwischen darüber gepflogen worden sind.

Es wird ja immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Ueberfremdungsfrage nicht nur eine Einbürgerungsfrage, sondern vor allen Dingen auch eine Niederlassungsfrage sei. Sie wissen aus den Verhandlungen des schweizerischen Juristentages, dass das Departement der Justiz und Polizei mit dieser Frage der Neuregelung des Niederlassungsrechtes beschäftigt ist, und es wird uns in der Kommission manchen wertvollen Aufschluss geben können, der dann wiederum begleitend sein kann für die Gestaltung der Vorschläge auf dem Gebiete der Einbürgerung. Ich glaube, dass auf diese Weise etwas Nützlichliches herauskommt, namentlich auch für die Frage des Doppelbürgerrechtes. Hier ist ohne weiteres zuzugeben, dass darüber in der Kommission nicht gerade viel gesprochen worden ist. Ich selber habe den Wunsch, nach dieser Richtung noch etwas Näheres zu hören und mit meinen Kollegen zu besprechen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch erwähnen, dass inzwischen auch eine Kundgebung erfolgt ist, die uns nicht ganz gleichgültig sein kann, und die uns mit veranlassen sollte, heute die Eintretensfrage abzuschliessen: Das sind die Thesen, welche der schweizerische Städtetag in Lausanne einstimmig angenommen hat, und aus denen hervorgeht, dass das, was nun die Kommission vorschlägt für die Lösung des Problems, den Vertretern der schweizerischen Städte als das Minimum des Notwendigen erscheint.

Ich bitte Sie also, meine Herren, führen Sie heute die Eintretensfrage zu Ende, beschliessen Sie Eintreten, und dann wollen wir über die weiteren Anträge im Detail in der Dezembersession beraten.

Präsident: Ich denke, es dürfte wohl richtig sein, die Diskussion weitergehen zu lassen ohne spezielle Beschränkung auf den Antrag Winiger.

M. le conseiller fédéral Motta: Il y a un sentiment qui pèse sur toutes ces discussions, on ne peut nier que c'est un sentiment d'incertitude et de malaise. Je ne pense pas qu'il y ait beaucoup de conseillers qui contestent la nécessité de reviser notre constitution pour atteindre le but d'une assimilation plus efficace des étrangers. Ce serait, à mon avis, faire preuve d'un certain aveuglement que de contester qu'il y a dans cette question des étrangers un problème très grave, très délicat, et très compliqué, mais qui intéresse profondément l'avenir et la prospérité de notre pays. C'est ce sentiment d'incertitude et de malaise qui explique les propositions de renvoi, soit sous une forme, soit sous l'autre. On pense que notre peuple n'est pas encore complètement préparé aux mesures qui lui sont proposées. Je crois qu'il y a beaucoup de vrai dans cette manière de juger la préparation spirituelle et politique de notre peuple, vis-à-vis du problème dont il s'agit. J'ajoute même qu'il faut en tenir compte. Cependant, j'estime que le Parlement doit discuter d'une manière approfondie tous les grands problèmes de la vie nationale et qu'il faut parfois risquer de se trouver en opposition avec le sentiment populaire si vraiment dans les Conseils de la nation il y a la persuasion qu'un problème déterminé doit recevoir une solution. Dans tous les cas,

quoi qu'on puisse penser de cette opinion que je viens d'exprimer, je pense que vous tous serez d'accord pour admettre qu'il serait fâcheux qu'une question de cette importance soit en quelque sorte enterrée ici au Conseil des Etats sans qu'elle ait pu franchir les portes du Conseil national pour donner à celui-ci l'occasion de discuter en liberté ce grand problème. J'attire donc votre attention, Messieurs les conseillers aux Etats, sur la nécessité grande et grave, à mon avis, qu'il y a pour le Conseil des Etats de ne pas refuser l'entrée en matière.

Je comprends toutefois les scrupules de votre collègue, mon ami M. Winiger. Je n'ai pas de difficulté à reconnaître que le côté international de la question mérite d'être encore envisagé de plus près par nous tous.

L'application du jus soli avec une rigidité absolue risque, en effet, de soulever quelques conflits internationaux qui pourraient devenir ou insolubles ou la source de frottements de mécontentement entre les Etats intéressés. C'est pourquoi nous avons pensé au département qu'une des manières naturelles de résoudre les conflits internationaux qui pourraient surgir du fait du double droit de cité serait d'accorder, malgré tout, le droit d'option aux citoyens que nous aurions assimilés par le jus soli.

Je me souviens que dans un temps déjà fort éloigné — il y a de cela une dizaine d'années — lorsque la question avait été débattue au Conseil fédéral, nous étions arrivés, après une discussion approfondie à la conclusion que si l'on voulait vraiment faire une politique d'assimilation efficace et active des éléments étrangers, il fallait proclamer le jus soli, l'introduire dans notre constitution et exclure la possibilité de l'option. Je me souviens entre autres que mon ancien collègue Hoffmann avait rédigé sur la matière un rapport excellent, très riche en aperçus, très profond, et dont la conclusion était que le droit d'option aurait été la brèche par laquelle aurait passé l'ennemi visant à détruire l'effet de l'assimilation des étrangers. Moi-même, s'il m'est permis de parler ici en mon nom personnel, j'avais cru à cette époque qu'en effet le jus soli et le droit d'option ne pouvaient pas être admis en même temps, craignant ainsi que le droit d'option fût un affaiblissement radical du jus soli. J'avoue cependant qu'un grand nombre de considérations m'ont lentement amené à changer d'avis dans cette question. D'abord il est incontestable que le danger d'afflux étranger dans notre pays, à la suite de la guerre, s'est quelque peu mitigé. Le pourcentage des étrangers en Suisse, si l'on compare la période d'avant-guerre à la période actuelle a baissé du 14 au 10 %. Il n'en reste pas moins que ce 10 % d'éléments étrangers en Suisse est peut-être le plus considérable du monde entier. Je ne sache pas qu'il y ait un pays au monde qui accuse une proportion si élevée d'éléments étrangers. Il y a donc eu une petite amélioration; je ne voudrais pas qu'elle fût trompeuse, je la mentionne pour la loyauté du débat, elle peut changer encore. Il n'est point impossible que dans les années à venir nous voyions encore ce chiffre monter et redevenir un danger égal à ce qu'il était avant la guerre. Il ne faudrait donc pas tirer de cette constatation la conséquence qu'il n'y a plus urgence à légiférer dans la matière; qu'il n'y a plus nécessité de reviser la constitution, je vous mets en garde contre cette tentation. Le

devoir des autorités de la nation est de veiller au danger et d'y opposer à temps une protection nécessaire.

J'ajoute une deuxième considération; je reconnais que depuis la guerre le danger de conflits entre Etats est peut-être plus grand qu'il n'était avant la guerre. Cela tient au fait du bouleversement général que la guerre a causé à l'intérieur de chaque pays. La mentalité en a été partout un peu déformée, les passions nationalistes ont été aiguisées, la manière de traiter entre Etats s'en est un peu ressentie. Voilà pourquoi, les conflits dépendant du double droit de cité pouvant éclater dans les années à venir et aussi longtemps que la mentalité de guerre n'aura pas complètement disparu de notre Europe, doivent être envisagés avec plus de soins, avec plus de soucis, avec plus de prudence que nous ne l'aurions peut-être fait avant la guerre. C'est la raison qui m'amène à penser que nous ne pourrions probablement pas introduire le jus soli sans l'atténuation du droit d'option.

J'ajoute encore que la liaison entre la question des étrangers et celle des traités d'établissement est devenue beaucoup plus intime aujourd'hui qu'elle ne l'était autrefois. Le Département de justice et police s'occupe toujours d'une loi générale sur l'établissement des étrangers. Nous ne pouvons pas, jusqu'à ce que nous ayons fixé le principe général sur lequel nous voulons nous fonder, entrer en négociation avec les Etats qui nous entourent au sujet des nouveaux traités d'établissement. Je reconnais donc qu'il est juste d'étudier encore de plus près les différents aspects de la question et je suis d'accord avec M. le conseiller aux Etats Wettstein qu'il serait utile à la commission d'appeler devant elle non seulement un représentant du Département politique, mais encore un représentant du Département de justice et police. Si mon collègue du Département de justice et police voulait bien venir lui-même avec moi devant la commission, ce serait évidemment la solution la meilleure. S'il en était empêché, je le prierais de bien vouloir déléguer un de ses hauts fonctionnaires.

Je tire les conclusions suivantes. J'appuie la proposition de M. Wettstein. Elle n'est pas en opposition absolue avec celle de M. Winiger. Vous devriez voter l'entrée en matière. Vous ne pouvez pas la refuser. C'est ma conviction. Lorsque vous aurez voté cette entrée en matière, vous aurez fait un acte reconnaissant l'importance et la gravité du problème.

Ensuite, le projet sera renvoyé à la commission qui étudiera à nouveau les questions indiquées par M. Winiger et par M. Wettstein; puis dans une session prochaine, vous auriez à trancher d'une manière définitive.

Je voudrais faire observer à ceux d'entre vous qui éprouveraient des hésitations à voter l'entrée en matière qu'ils ont encore toute liberté de fixer leur attitude vis-à-vis du projet lorsque celui-ci aura été discuté dans tous les détails.

Aujourd'hui, Messieurs, j'engage très vivement tous les conseillers aux Etats de bien vouloir émettre un vote affirmatif sur l'entrée en matière.

Isler: Persönlich kann ich nicht recht glauben, dass der uns heute vorgeschlagene Beschluss uns einer Lösung der Schwierigkeiten näher bringt. Ich habe

irgendwo gelesen, dass einstimmig gefasste — und heute ist ja alles einig — Zwischenbeschlüsse der Parlamente in schwierigen Dingen nicht viel wert sind. Ich bin eigentlich in der Absicht hieher gekommen, einen andern Vorschlag zu machen, den Vorschlag, die bisherige Kommission durch eine andere zu ersetzen. Dabei müsste man noch untersuchen, welches unserer Mitglieder den Stein der Weisen in seiner Tasche hat. Der Bundesrat besass ihn bisher nicht; die Kommission — mit der ich ja begonnen habe — noch viel weniger.

Dabei muss ich noch konstatieren, dass wir in der Kommission mit Ausnahme des Herrn Wettstein nicht von Feuer erfüllt waren. Ich muss aber gestehen, dass ich dieses Feuer noch mehr vermisse bei dem Vertreter des Bundesrates. Er ist während längerer Zeit gar nicht zu unsern Sitzungen gekommen, so dass wir ihn sozusagen rogatorisch ersuchen mussten, uns doch mit seiner Gegenwart und seinen Ratschlägen zu beehren. Das soll kein Vorwurf an den Herrn Bundesrat sein, wahrscheinlich wäre es mir auch so gegangen an seiner Stelle. Jetzt ist es übrigens anders.

Die Schwierigkeit in all diesen Dingen liegt in unserer hergebrachten historischen Einrichtung der 25 Bürgerrechte der Schweiz. Darüber stolpern wir hier immer wieder und kommen wir nicht hinweg. Der Krieg hat die Sache nicht verbessert, sondern noch verschlimmert, weil wir nun überall nationalistiche Bestrebungen und Empfindlichkeiten oder sogar Stolz und dementsprechende Handlungsweise finden. Ob wir die durch unsere Beschlüsse überwinden können, das weiss ich nicht. Item, ich will den Frieden nicht stören; beschliessen Sie, was Sie für gut finden, aber ich sage nochmals, je einstimmiger die Schlussnahme wird, umso weniger verspricht sie.

M. le conseiller fédéral Motta: Je n'aurais pas demandé la parole une deuxième fois s'il n'y avait dans les paroles que vient de prononcer votre éminent collègue, M. Isler, quelque chose qui, non pas dans son intention, mais en réalité, pourrait avoir l'air d'un reproche. Je ne puis l'accepter, parce qu'il est vraiment immérité.

Il est en effet exact que par une fatalité que j'ai regrettée plus que tout autre, les deux fois où la commission s'est réunie avant la réunion de Locarno, j'étais tombé malade la veille. Personne ne l'a plus regretté que moi. Mais comme je tenais à ce que la commission ne fût point sans l'assistance de quelqu'un qui représentât le gouvernement, j'avais chaque fois prié mon chef de division, M. le Dr Leupold, de bien vouloir me représenter. Lorsque la commission s'est réunie la dernière fois, M. Isler sait quelle a été mon attitude. J'ai toujours reconnu la gravité du problème, mais justement à cause de la modération que j'ai mise dans la défense des thèses du Conseil fédéral, j'avais espéré que la commission en aurait tiré la conclusion, que si le Conseil fédéral — d'une manière modérée mais toujours insistante — demandait la revision, c'est qu'il en était profondément convaincu.

Je n'aime pas, Messieurs, les revisions qui se font dans l'enthousiasme; j'aime les revisions faites dans le calme et dans la raison. Il est exact que la commission des Etats n'a jamais montré beaucoup d'enthousiasme. Je ne lui en ai jamais voulu de cette attitude, au contraire, je lui suis reconnaissant de

ce que, après avoir longtemps hésité, elle se soit inclinée devant nos raisons.

Nous n'avons aucun reproche à nous faire les uns les autres. Nous sommes tous dans les mêmes conditions et nous serons tous heureux si le Conseil des Etats, par un vote imposant, démontre au moins une chose: la nécessité que ce problème soit abordé et tranché.

Wirz: Der Sprechende wird sich materiell zu der Sache heute nicht äussern. Dagegen sieht er sich veranlasst, in seinem eigenen und im Namen mehrerer seiner Freunde eine Erklärung abzugeben. Wenn heute definitiv über die Vorlage entschieden werden müsste, wie sie uns unterbreitet ist, so würden wir für Ablehnung stimmen. Wir haben nun aber nichts dagegen einzuwenden, wenn die ganze Frage zu näherer Prüfung an die Kommission zurückgewiesen wird, damit verschiedene Bedenken, welche heute und schon früher geäussert wurden, nochmals Gegenstand der Kommissionsberatung sein können.

Da nun in erster Linie über die Eintretensfrage abgestimmt wird, so werden wir uns der Stimmgebung enthalten, mit Rücksicht darauf, dass die Kommission nochmals auf die ganze Frage eintritt. Die definitive Stellungnahme behalten wir uns für den Zeitpunkt vor, in welchem die neuen Anträge der Kommission vorliegen, und den Gegenstand der Beratungen in unserem Rate bilden werden. Um die nochmalige Prüfung in der Kommission zu ermöglichen, widersetzen wir uns also dem Eintreten auf die Vorlage nicht, dagegen wünschen wir, dass die Kommission nochmals eine gründliche Beratung pflege.

Abstimmung. — Votation.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	27 Stimmen
Für den Antrag Huber-Uri	6 Stimmen

Präsident: Der Antrag Winiger auf Rückweisung an die Kommission ist zwar nicht bestritten worden, ich möchte aber doch formell über denselben abstimmen lassen.

Abstimmung. — Votation.

Für den Antrag Winiger	26 Stimmen (Einstimmigkeit)
------------------------	--------------------------------

Vormittagssitzung vom 5. Oktober 1923. Séance du matin du 5 octobre 1923.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Böhi.

1469. Abänderung des Forstpolizeigesetzes. Revision de la loi sur la police des forêts.

(Siehe Seite 182 hiervoor. — Voir page 182 ci-devant.)

Redaktionelle Bereinigung. — Rédaction définitive.

M. Savoy, rapporteur de la commission: La commission n'a pas d'observation à présenter au sujet de la nouvelle que vous avez votée antérieurement. Le Conseil national s'étant rallié à nos décisions, nous vous proposons d'adopter le projet de loi in globo.

Il n'y a que deux modifications de rédaction qui sont intervenues et qui n'ont aucune importance au point de vue de l'économie générale de la loi.

Angenommen. — Adopté.

Schlussabstimmung. — Votation finale.

Für Annahme des Gesetzentwurfes	27 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------------	--------------------------------

An den Nationalrat.
Au Conseil national.

Vormittagssitzung vom 6. Oktober 1923. Séance du matin du 6 octobre 1923.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Böhi.

1424. Strafbestimmungen zum Handelsregister und Firmenrecht.

Réglementation pénale pour le registre du commerce et les raisons de commerce.

(Siehe Seite 233 hiervoor. — Voir page 233 ci-devant.)

Schlussabstimmung. — Votation finale.

Für Annahme des Gesetzentwurfes	21 Stimmen
---------------------------------	------------

massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1923
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1923
Date	
Data	
Seite	251-255
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 603

Art. 27.

Antrag der Kommission.**Unfall.**

Wird durch ein Automobil ein Unfall verursacht, bei dem ein Mensch getötet oder verletzt worden ist, so ist der Führer verpflichtet, sofort anzuhalten. Er hat seinen Beistand anzubieten und, wenn nötig, für Hilfe zu sorgen. Er hat der nächsten Polizeistelle vom Unfall Meldung zu erstatten und seinen Wohnsitz und seinen Aufenthaltsort in der Schweiz anzugeben.

Ist nur Sachschaden entstanden, so ist der Führer verpflichtet, dem Geschädigten oder der nächsten Polizeistelle sofort Anzeige zu machen und seinen Wohnsitz und Aufenthaltsort in der Schweiz anzugeben.

(B. R., Art. 31).

Proposition de la commission.**Cas d'accident.**

Quand un accident occasionnant la mort d'une personne ou des lésions corporelles, est causé par un automobile, le conducteur est tenu de s'arrêter aussitôt. Il doit offrir son assistance et appeler des secours, s'il y a lieu. Il est tenu d'aviser l'autorité de police la plus proche et d'indiquer son domicile et son lieu de séjour en Suisse.

Si l'accident n'a causé que des dégâts matériels, le conducteur est tenu d'aviser immédiatement le lésé ou l'autorité de police la plus proche, en indiquant son domicile et son lieu de séjour en Suisse.

(C. f., art. 31).

Bolli, Berichterstatter der Kommission: Hier möchte ich darauf aufmerksam machen, dass durch diese Bestimmung eine über die gewöhnliche zivilrechtliche Pflicht hinausgehende und weder nach dem Zivilrecht, noch nach dem Strafrecht mit irgendeiner Sanktion bedachte moralische Verpflichtung zur Rechtspflicht erhoben wird, und zwar zu einer Rechtspflicht, hinter der auch die strafrechtliche Sanktion steht. Ein gewöhnlicher Fuhrmann, dessen Fuhrwerk mit animalischer Kraft betrieben wird, der einen andern Menschen überfahren hat, ist zivilrechtlich nicht verpflichtet, sich des Ueberfahrens anzunehmen. Er wird, tut er es nicht, lediglich als ein roher, niedriger Geselle beurteilt und Zivilrichter und Strafrichter werden bei ihrem Entscheid über die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit sich von dieser Beurteilung nicht frei machen können; aber eine Rechtspflicht hat er nicht verletzt. Und der Verbrecher, der sein Opfer, das er fahrlässiger- oder absichtlicher Weise verletzt hat, hilflos liegen lässt, ja, der die Spuren seiner Tat verwischt, wird deswegen kaum härter bestraft. Ein Dienstmädchen, das mit voller Wassergelte auf dem Kopf die Treppe hinansteigt und das Wasser nicht ausschüttet auf ein Kind, das mit brennenden Kleidern aus einem Zimmer ihm entgegenstürzt, um das Feuer zu löschen, hat nach unserem Recht keine Rechtspflicht verletzt. Man wird es auch als eine herzlose Figur behandeln, wenn es sich nicht damit entschuldigen kann, dass es im Schrecken zu keinem Entschluss gekommen sei.

Aber der Automobilist und auch der Radfahrer — und dieser Punkt ist für die Einbeziehung auch des Fahrrades in das Gesetz für mich ein wichtiger Grund — wird nun verpflichtet, dem durch sein Fahrzeug Verletzten beizustehen, er darf ihn nicht hilflos liegen lassen wie einen Ausgesetzten, er hat ihm seine Hilfe anzubieten, also alles zu tun, was ein Mensch, der zur Fürsorge für einen andern verpflichtet ist, für ihn tun kann. Er hat als barmherziger Samariter sich des Verletzten anzunehmen. Die rechtsphilosophische Begründung mag in der moralischen Pflicht von Mensch gegen Mensch ihre Wurzel suchen, aber auch in Uebereinstimmung mit unseren bestehenden Rechtssystemen kann man eine Begründung darin finden, dass eben dieses Fahrzeug mit einer grossen Geschwindigkeit und Wucht die Strasse beansprucht, die den langsamer gehenden oder fahrenden Menschen bisher als alleiniges Gebiet diente und Naturkräfte für sich in Bewegung setzt, deren Wirksamkeit sehr mächtig ist. Weiter ist noch beizufügen, dass gerade infolge der Schnelligkeit dieser Vehikel eben bei Unfällen die Beweisnot unter Umständen gross sein kann. Es ist auch davon auszugehen, dass, wer sich der Beweisfeststellung entzieht, wer seine Menschenpflicht nicht erfüllt, dann für die Verletzung dieser Pflicht nicht nur dem Strafrichter verfällt, sondern auch bei der zivilrechtlichen Beurteilung die Konsequenzen zu tragen bekommen wird.

Die Kommission hat den bundesrechtlichen Entwurf auch noch auf den Sachschaden ausgedehnt. Der Bundesrat wollte nur den Personenschaden einbeziehen, die Kommission hat gefunden, es sei auch der Sachschaden aufzuführen, namentlich um der Beweisnot möglichst vorzubeugen. Ich beantrage, den Artikel so anzunehmen, wie ihn die Kommission vorschlägt.

Angenommen. — *Adopté.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
Ici le débat est interrompu.

Vormittagssitzung vom 19. Dezember 1923.
Séance du matin du 19 décembre 1923.

Vorsitz — Présidence: M. Simon.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Revision de l'art. 44 de la Constitution.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 251 hiervor. — Voir page 251 ci-devant.)

Hildebrand, Berichterstatter der Kommission: In der Sitzung vom 4. Oktober haben Sie zwar Eintreten auf die Vorlage Ihrer Kommission betref-

fend Massnahmen gegen die Ueberfremdung beschlossen, aber noch eine Ergänzung der Berichterstattung im Sinne des Antrages des Herrn Kollegen Winiger gewünscht. Herr Winiger erachtete, dass sich die bundesrätliche Botschaft, die Berichterstattung der Kommission und auch die Diskussion nicht oder zu wenig verbreitet habe über die Frage der Komplikationen, die sich aus der Zwangseinbürgerung dem Auslande gegenüber ergeben, und darüber, wie internationale Konflikte, die sich aus dem Doppelbürgerechte der *jure soli* Eingebürgerten für die Schweiz erwachsen, vermieden oder beseitigt werden können. Er wünschte ferner zu vernehmen, ob der Bundesrat schon etwas getan habe, um die in Aussicht stehenden Schwierigkeiten auf dem Wege der zwischenstaatlichen Verträge zu heben, oder ob solche Schritte in Aussicht stehen, und wie es mit der Erneuerung der Niederlassungsverträge mit dem Auslande stehe. Herr Winiger hatte ferner die Befürchtung, dass die Einführung der Zwangseinbürgerung kraft Gebietshoheit mit Ausschluss des Optionsrechtes ein schweres Hindernis für Vertragsabschlüsse mit dem Auslande bilden werde.

Wie aus dem Berichte des Politischen Departementes vom Jahre 1914, den Protokollen der Expertenkommission und der Botschaft des Bundesrates ersichtlich ist, hatte man stetsfort Besorgnisse, dass aus den Zwangseinbürgerungen *jure soli* Doppelbürgerrechte entstehen, besonders dann, wenn das Optionsrecht ausgeschaltet wird, und dass internationale Streitigkeiten hieraus hervorgehen. Der Berichterstatter begnügte sich, auf die bundesrätliche Botschaft zu verweisen und unterliess es, einlässlich auf diese Frage weiter einzutreten. Auf Ihren Wunsch kann nun die Berichterstattung ergänzt werden, wozu der Sprechende aber Ihre Geduld etwas in Anspruch nehmen muss.

I. Vorerst erscheint es angezeigt, Ihnen Kenntnis zu geben von den Mitteilungen, welche das Politische Departement mit Zuschrift vom 10. November abhin den Mitgliedern Ihrer Kommission machte, um auch daraus die Berechtigung des Ihnen vorgelegten Kommissionsantrages abzuleiten. Die Zuschrift lautet in ihrem Hauptteil:

«Die Einbürgerung kraft Gebietshoheit, d. h. auf Grund der Geburt im Inlande (*jure soli*) hat in den Gesetzgebungen folgender Staaten Aufnahme gefunden:

1. Bulgarien. Der in Bulgarien geborene Ausländer, der bei Zurücklegung des 21. Altersjahres in Bulgarien wohnt, erwirbt die bulgarische Nationalität, wenn er diese nicht binnen Jahresfrist ausschlägt.

2. Dänemark. Der in Dänemark geborene Ausländer, der bis zur Zurücklegung des 19. Altersjahres dort wohnt, erwirbt die dänische Staatsangehörigkeit, wenn er diese nicht während des 19. Altersjahres ausschlägt. Dieses Optionsrecht steht dem auf dänischem Boden geborenen Kind eines schon daselbst geborenen Vaters nicht zu.

3. Frankreich. Das Gesetz vom 26. Juni 1889 erklärte als Franzosen, von Geburt an, die in Frankreich geborenen Ausländerkinder, deren einer Elternteil (Vater oder Mutter) in Frankreich geboren ist, ohne dass diesen Kindern ein Recht zur Ausschlagung der französischen Nationalität zugestanden wurde. Gegen die Ausschliesslichkeit dieses Gesetzes erhoben sich diplomatische Reklamationen seitens mehrerer

Staaten (worunter die Schweiz); man sah sodann auf französischer Seite ein, dass man in der Ausgestaltung des *jus soli* zu weit gegangen war, und erteilte durch Gesetz vom 22. Juli 1893 den in Frankreich geborenen Kindern, deren Mutter in Frankreich, der Vater aber im Ausland geboren ist, das Recht, im Jahre nach erreichter Volljährigkeit die französische Staatsangehörigkeit auszuschlagen, während dem in Frankreich geborene Kinde eines in Frankreich geborenen ausländischen Vaters die Option nach wie vor versagt bleibt. Im weitem wird Franzose der in Frankreich geborene Ausländer, der bei Zurücklegung des 21. Altersjahres in Frankreich wohnt und die französische Staatsangehörigkeit nicht binnen Jahresfrist ausschlägt.

4. Grossbritannien. Der auf dem Boden Grossbritanniens oder seiner überseeischen Dominions und Kolonien geborene Ausländer erwirbt von Geburt an die britische Staatsangehörigkeit, kann dieselbe aber nach erreichter Volljährigkeit jederzeit ausschlagen.

5. Der in Italien geborene Ausländer wird Italiener, wenn er bei Zurücklegung des 21. Altersjahres seit wenigstens zehn Jahren in Italien wohnt und die italienische Nationalität nicht binnen Jahresfrist ausschlägt.

6. Luxemburg. Das in Luxemburg geborene Kind eines Ausländers, der selbst dort geboren ist und bis zur Geburt des Kindes daselbst gewohnt hat, erwirbt die luxemburgische Staatsangehörigkeit, kann dieselbe aber binnen Jahresfrist nach erreichter Volljährigkeit ausschlagen.

7. Portugal. Der in Portugal geborene Ausländer erwirbt von Geburt an die portugiesische Staatsangehörigkeit, kann dieselbe aber nach erreichter Volljährigkeit ausschlagen.

8. Schweden. Der in Schweden geborene Ausländer, der bis zur Zurücklegung des 22. Altersjahres dort wohnt, erwirbt die schwedische Staatsangehörigkeit, wenn er diese nicht während des 22. Altersjahres ausschlägt.

9. Die Staatsangehörigkeit des Königreichs Serbien wird *jure soli* erworben gemäss Gesetzesbestimmungen, die dem französischen Rechte konform sind. In den jugoslavischen Gebieten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie gilt provisorisch noch die bisherige Gesetzgebung.

10. Die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten von Nordamerika verleiht dem daselbst geborenen Ausländer das Bürgerrecht der Union, unter Einräumung eines Ausschlagsrechtes nach erreichter Volljährigkeit.

11. Auf gleichem Boden stehen die Gesetzgebungen von Mexiko, Honduras und San Salvador.

12. Die übrigen amerikanischen Staaten, darunter Brasilien und Argentinien, verleihen dem dort geborenen Ausländer das Staatsbürgerrecht ohne Ausschlagsmöglichkeit (ausgenommen Costa Rica und Nicaragua, welche die Zwangseinbürgerung nicht kennen).

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, dass eine ganze Reihe von europäischen und ausser-europäischen Staaten, gestützt auf ihr souveränes Gesetzgebungsrecht, die Einbürgerung *jure soli* eingeführt haben. Demnach kann auch der Eidgenossenschaft das souveräne Recht, in dieser Sache zu legiferieren, von keiner Seite bestritten werden.

Es ist nun allerdings nicht zu bezweifeln, dass die *jure soli* in der Schweiz eingebürgerten Kinder während ihrer Minderjährigkeit zugleich Bürger desjenigen Staates bleiben, dem sie durch Abstammung (*jure sanguinis*) angehören. Nach erreichter Volljährigkeit bieten sich diesen Doppelbürgern zur Abstreifung der durch Abstammung erworbenen Nationalität nachstehende Möglichkeiten:

Die Angehörigen von Belgien, Grossbritannien und Italien, welche eine zweite Staatsangehörigkeit *jure soli* erworben haben, können sich ihres Staatsbürgerrechtes durch einseitige Verzichtserklärung entledigen.

Die Angehörigen von Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Polen, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn können durch Stellung eines Entlassungsbegehrens ihren Austritt aus dem früheren Staatsverbande herbeiführen.

Die Niederländer, welche im Auslande geboren sind, verlieren ihr angestammtes Staatsbürgerrecht durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande, sofern sie nicht vor Ablauf dieser Frist die Erklärung abgeben, ihr angestammtes Bürgerrecht beizubehalten; die zehnjährige Frist läuft vom Tage der Volljährigkeit an.

Die Angehörigen von Luxemburg, Norwegen, Oesterreich und der Vereinigten Staaten von Nordamerika verlieren die Staatsangehörigkeit *ipso facto* durch dauernde Abwesenheit ausser Landes (Auswanderung). Die Oesterreicher sind überdies befugt, ein Entlassungsbegehren zu stellen.

Das französische Recht gewährt den militärpflichtigen Personen im Auszugsalter (bis 34. Altersjahr) die Möglichkeit, bei der französischen Regierung um Gewährung der Ermächtigung zur Erwerbung einer fremden Staatsangehörigkeit und daheriger Entlassung aus dem französischen Staatsverbande nachzusuchen; diese Möglichkeit besteht in der Praxis auch dann, wenn der Petent die fremde Staatsangehörigkeit bereits von Geburt an besitzt. Im weitem verliert nach Art. 17 des französischen Code civil der französische Staatsangehörige sein Bürgerrecht dadurch, dass er ohne Bewilligung der französischen Regierung nach erreichter Volljährigkeit (21 Jahre) in einer ausländischen Armee Dienst tut. Nach bestehender Interpretation muss dieser Tatbestand, um rechtlich wirksam zu sein, durch Urteil eines französischen Gerichtes festgestellt werden; die Spruchpraxis der Gerichte ist schwankend, ob der Entrichtung der schweizerischen Militärpflichtersatzsteuer die gleiche Rechtsfolge zukommt wie der wirklichen Dienstleistung. Der Verlust der französischen Staatsangehörigkeit durch Dienstleistung in einer ausländischen Armee schützt jedoch nicht vor den Straffolgen, welche die Verletzung der französischen Militärpflicht nach sich zieht.

Auch die spanische und die bulgarische Staatsangehörigkeit gehen verloren durch Eintritt in eine ausländische Armee ohne Erlaubnis der Regierung, wobei das bulgarische Gesetz die durch Verletzung der Militärpflicht verwirkte Strafe vorbehält.

Nach Mitteilung der serbischen Gesandtschaft zessiert die dortige Staatsangehörigkeit ohne weiteres durch Einbürgerung *jure soli* in einem ausländischen Staat.

Laut dieser Zusammenstellung bieten die meisten Staaten dem *jure soli* in der Schweiz Eingebürgerten die Möglichkeit, sich seines angestammten Staats-

bürgerrechtes nach Eintritt der Volljährigkeit zu entledigen.

Sofern es sich übrigens nicht um Konflikte wegen der Militärpflicht handelt, bietet ein bestehendes Doppelbürgerrecht zu zwischenstaatlichen Friktionen kaum Anlass. Der in Art. 6 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1903 niedergelegte Grundsatz — « Personen, welche neben dem schweizerischen Bürgerrecht dasjenige eines fremden Staates besitzen, haben diesem Staate gegenüber, so lange sie drin wohnen, keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers » — findet zwischen den Staaten regelmässig Anwendung und kann als eine völkerrechtlich allgemein rezipierte Lösung gelten. Handelt es sich um die Frage, welchem der beiden Heimatstaaten der Schutz eines Doppelbürgers in einem dritten Staate zukomme, so wird dies nach den Verhältnissen des einzelnen Falles zu beurteilen sein, wobei die Ausweispapiere oder die konsularische Immatrikulation oder ähnliche Anhaltspunkte massgebend sein dürfen.

Dass bei der Lösung des Fremdenproblems durch Einführung des *jus soli* die Schaffung von Doppelbürgerrechten sich nicht umgehen lässt, soll nicht bestritten werden. Wie weit diesem Uebelstand durch Abschluss von Verträgen begegnet werden kann, lässt sich heute noch nicht beurteilen. Solche Verhandlungen können von uns nicht an die Hand genommen werden, so lange Inhalt und Tragweite der einzuführenden Zwangseinbürgerung *jure soli* noch nicht feststehen. Unser hauptsächlichs Bestreben wird dahin gehen müssen, die Schwierigkeiten, welche die französische Gesetzgebung bereitet, durch Vereinbarung eines *modus vivendi* zu mildern. Uebrigens möchten wir betonen, dass schon heute unsere Einbürgerungspraxis die Entstehung von Doppelbürgerrechten nicht vermeiden kann.

Wir glauben, im Vorstehenden gezeigt zu haben, dass den Bedenken aussenpolitischer Natur, welche gegen die Einbürgerung *jure soli* geltend gemacht werden, keine ausschlaggebende Bedeutung zukommt, und geben uns gerne der Hoffnung hin, dass Ihre Kommission sich durch solche Bedenken nicht werde abhalten lassen, die Fremdenfrage einer rationalen Lösung entgegen zu führen.»

II. Gestützt auf diese Mitteilungen des Politischen Departements drängt sich uns die Frage auf: Liegen triftige Gründe dafür vor, dass bei Einführung der Zwangseinbürgerung *jure soli* in Art. 44 der Bundesverfassung das Optionsrecht derart für die Eingebürgerten gewährleistet werde?

Ihre Kommission erachtet nach nochmaliger einlässlicher Prüfung dieser Frage, dass davon Umgang zu nehmen sei, in den Verfassungsartikel irgendwelche Bestimmung hierüber aufzunehmen, sondern die Lösung dieser Frage der in Aussicht stehenden Bundesgesetzgebung anheimzustellen sei.

Die Kommission befindet sich, wenn sie den Vorschlag macht, im Verfassungsartikel keine Bestimmung darüber aufzunehmen, ob den *jure soli* Eingebürgerten ein Optionsrecht zustehe oder nicht, in Uebereinstimmung mit der Neunerkommission, welche in die von ihr vorgeschlagenen Verfassungsbestimmungen keine derartige Vorschrift aufnahm.

In Uebereinstimmung mit dem Politischen Departement (Herr Bundesrat Dr. Hoffmann), welches in seiner Vorlage des neuen Verfassungstextes von 1914

diese Frage unberührt liess, wohl aber in den leitenden Grundsätzen in Einbürgerungssachen klar und nett die Bestimmung aufnahm: «Die Option ist ausgeschlossen.»

Auch im Antrage des Bundesrates vom 9. November 1920 ist im vorgeschlagenen Verfassungsartikel das Optionsrecht nicht erwähnt. Für die Kommission waren nebst dem noch folgende Erwägungen für ihre Stellungnahme zu dieser Frage massgebend:

Zweck der Verfassungsrevision ist hauptsächlich, dem Bunde das Recht zu verleihen, die hier herrschende, mit bedeutenden Nachteilen für das öffentliche Wohl verbundene Ueberfremdung durch Zwangseinbürgerung assimilerter oder assimilierbarer Ausländer zu beschränken. Dieser Zweck wird nicht in genügendem Masse erreicht, wenn wir diesen Eingebürgerten das Optionsrecht einräumen. Es liegt die Gefahr vor, dass solche durch die zahlreichen Ausländerkolonien in der Schweiz oder ausländische Konsulate veranlasst werden, für den Heimatstaat ihres Vaters zu optieren, nachdem sie in der Schweiz erzogen und auf deren Kosten unterrichtet und zu einer gewissen Berufstätigkeit ausgebildet, vielleicht sogar armenrechtlich unterstützt worden sind. Es liegt auch die Gefahr vor, dass solche jure soli Eingebürgerte, wenn ihnen das Optionsrecht gegeben wird, aus finanziellen Rücksichten oder, um sich den ihnen obliegenden Pflichten zu entziehen, auf das Schweizerbürgerrecht verzichten. Wenn solchen Personen, die für einen ausländischen Staat optieren, das Niederlassungsrecht in der Schweiz entzogen würde, oder sie einer ausnahmsweisen Behandlung unterworfen würden, werden internationale Konflikte unvermeidlich sein. — Da die Option für einen auswärtigen Staat in vielen Fällen für den Optierenden persönliche Vorteile bieten wird, und er daraus keine Massregelungen seitens der Schweiz befürchten muss, liegt die Gefahr vor, dass alle Anstrengungen zur Hebung der Ueberfremdung durch Zwangseinbürgerungen fast erfolglos sind, wenn das Optionsrecht gewährt wird. Wenn die Einbürgerung jure soli im Sinne des Antrages Ihrer Kommission beschränkt wird auf die in der Schweiz geborenen Kinder ausländischer Eltern, wenn die Mutter des Kindes von Abstammung Schweizerin war, liegt kein genügender Grund vor, das Optionsrecht zu gewähren. — Kraft ihrer Souveränität hat die Schweiz das Recht, diese Zwangseinbürgerung einzuführen, und kann nicht gezwungen werden, damit das Optionsrecht zu verbinden.

Uebrigens kann gemäss Art. 7 des Bundesgesetzes betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechts und den Verzicht auf dasselbe vom 25. Juni 1903 ein Schweizerbürger auf sein Bürgerrecht verzichten, insofern er

- a) in der Schweiz keinen Wohnsitz mehr hat;
- b) nach den Gesetzen des Landes, in welchem er wohnt, handlungsfähig ist;
- c) das Bürgerrecht eines andern Staates, für sich, seine Ehefrau und seine Kinder — im Sinne des letzten Absatzes von Art. 9 — bereits erworben hat oder dasselbe ihm zugesichert ist.

Demnach können die jure soli in der Schweiz Eingebürgerten, denen ein Doppelbürgerrecht zukommt, nach der Rückkehr in den Staat, dem sie jure sanguinis angehören, oder nach Niederlassung oder Aufenthalt in einem andern Staate auf das

Schweizerbürgerrecht verzichten. — Wahrscheinlich wird auch in der spätern Bundesgesetzgebung dieses beschränkte Recht auf Verzicht auf das Schweizerbürgerrecht festgesetzt. — Zudem steht nach der Gesetzgebung auswärtiger Staaten den jure soli Eingebürgerten das Recht zu, auf das Bürgerrecht zu verzichten — oder sie verlieren durch die Zwangseinbürgerung in einem andern Staate oder durch lange Abwesenheit von ihrem Heimatlande ohne weiteres dessen Bürgerrecht. — Das ist nach unserm Dafürhalten vollständig genügend, und es scheint uns durchaus unzweckmässig, nebst dem noch das Optionsrecht in der Verfassung festzulegen, und die jure soli Eingebürgerten dadurch geradezu einzuladen, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Wenn ein solches Optionsrecht einmal in der Verfassung festgelegt ist, so muss dasselbe auch durch die Gesetzgebung stets anerkannt werden, selbst wenn sich daraus grosse Nachteile für die Schweiz ergeben, und es könnte dieses Optionsrecht diesfalls nicht einmal durch Staatsverträge ausgeschaltet werden. — Es wäre daher unklug, eine bindende Vorschrift über das Optionsrecht in die Verfassung aufzunehmen. Die Frage, ob ein solches Recht später durch die Bundesgesetzgebung eingeräumt werden solle, mag bei geeignetem Zeitpunkt gelöst werden, wird aber hoffentlich im negativen Sinne beantwortet werden.

Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass ein Nachbarstaat im Gefühle seiner Macht eine Pression auszuüben versucht, um zu bewirken, dass bei Einführung der Zwangseinbürgerung in der Schweiz geborener Kinder ein Optionsrecht zugestanden werde. Es mag dann untersucht werden, ob Nachgiebigkeit gegenüber solchen Begehren angezeigt sei. Wenn jetzt schon wegen der blossen Befürchtung, es könnten einmal wegen den Zwangseinbürgerungen in der Schweiz Retorsionen gegenüber den im Auslande niedergelassenen Schweizern entstehen, in der Verfassung ein Optionsrecht zugesichert wird, wird das von vielen Schweizerbürgern als Schwäche empfunden werden. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass die Einführung der Einbürgerung jure soli abgelehnt wird, wenn dieselbe durch das Optionsrecht teilweise entkräftet wird.

Die Befürchtung, dass aus der Zwangseinbürgerung der in der Schweiz geborenen Kinder von Ausländerfamilien in vielen Fällen Doppelbürgerrechte geschaffen werden und daraus Streitfälle entstehen können, darf bei Beratung des Verfassungsartikels nicht stark in die Wagschale fallen, geschweige denn ausschlaggebend sein. Denn alle mit dem Doppelbürgerrechte verbundenen Nachteile und die aus diesen Verhältnissen in Aussicht stehenden internationalen Konflikte können viel weniger schwer ins Gewicht fallen, als die Bedrohung unserer nationalen Selbständigkeit als sichere Folge der jetzt schon zu grossen und voraussichtlich noch wachsenden Ueberfremdung. Diese höhern allgemeinen Interessen müssen prävalieren, und dürfen nicht den Befürchtungen, dass Unzukömmlichkeiten erwachsen könnten, zum Opfer fallen. Uebrigens werden sich leicht Mittel und Wege finden lassen, um die Zahl der Doppelbürgerrechte bedeutend zu reduzieren und die drohenden Nachteile zu beseitigen. Wir werden später bei Erörterung der Kommissionsanträge diese Frage nochmals besprechen.

Die Einbürgerung kraft Gebietshoheit ist — obwohl sie in andern Staaten schon längst besteht — für die Schweiz eine Neuheit, mit welcher sich wahrscheinlich ein Grossteil des Schweizervolkes anfänglich nicht recht befreunden kann. Schweizerbürger oder deren Vertreter, die dieser Neuerung abhold sind, postulieren, es solle die Ueberfremdung dadurch bekämpft werden, dass der Einwanderung von Ausländern in die Schweiz ein Riegel geschoben und die Niederlassung bedeutend erschwert werde; sie verlangen daher, es solle zuerst die Niederlassungsgesetzgebung in diesem Sinne revidiert werden. Zurzeit steht dieses Gesetzgebungsrecht den Kantonen zu, und nur gestützt auf die ausserordentlichen Vollmachten konnte der Bundesrat über Niederlassung und Aufenthalt von Ausländern in der Schweiz verbindliche Weisungen erteilen. Wenn das Gesetzgebungsrecht dem Bunde übertragen werden soll, wird eine Verfassungsrevision nötig sein. Es werden voraussichtlich einige Jahre vergehen, bis die Verfassung in diesem Sinne revidiert und ein Bundesgesetz über die Niederlassung und den Aufenthalt von Ausländern in der Schweiz erlassen sein wird. Indessen wird die Ueberfremdung wieder zunehmen und die daraus erwachsenden Nachteile sich noch mehr geltend machen. Der Ständerat hat Eintreten auf die Vorlage betreffend Massnahmen gegen die Ueberfremdung und Revision des Art. 44 der Bundesverfassung beschlossen. Trotzdem wurde von einigen Mitgliedern Ihrer Kommission neuerdings geltend gemacht, dass es richtiger wäre, zuerst die Niederlassungsverhältnisse zu regeln, bevor die Beratung über die Revision des Art. 44 zum Abschluss gebracht werde. Ein bestimmter Antrag wurde allerdings nicht gestellt. Ob das nun bei der Beratung der Vorlage im Rate noch geschehen wird, ist zu gewärtigen. Es ist in der frühern Berichterstattung schon zur Genüge dargetan worden, dass es unmöglich sei, bloss durch Erschwerung der Niederlassung der bereits herrschenden Ueberfremdung erfolgreich entgegenzutreten, da der Geburtenüberschuss der in der Schweiz sesshaften Ausländerfamilien jährlich 7000 übersteige, also die Zahl der Ausländer zunehme, auch wenn keine neuen Einwanderungen mehr vorkämen. Es wird also unvermeidlich sein, neben der Erschwerung der Niederlassung von Ausländern, auch die Einbürgerung assimilierter Ausländer anzuordnen, um derart die Ueberfremdung einzuschränken. Allerdings erachtet auch Ihre Kommission, dass es sehr zweckmässig sei, beförderlich auch an die Frage heranzutreten, wie die Niederlassung und der Aufenthalt der Ausländer in der Schweiz im Sinne einer Erschwerung neu geordnet werden solle.

Die Kommission hat daher einstimmig das von Herrn Wettstein gestellte Postulat angenommen, wonach der Bundesrat eingeladen wird, der Bundesversammlung Bericht und Antrag über die bundesgesetzliche Regelung der Niederlassung von Ausländern in der Schweiz einzubringen. Herr Wettstein wird Ihnen dieses Postulat einlässlich begründen.

III. Gestützt auf die persönlichen Anträge, die der Sprechende zu den Ihnen früher bekanntgegebenen Anträgen der Kommission stellte, fand nochmals eine einlässliche Beratung der gesamten Vorlage statt. Das Ergebnis liegt Ihnen nun als neuer Antrag der Kommission vor, und es ist hierzu Folgendes zu bemerken.

1. Die früher vom Bundesrat und Ihrer Kommission vorgeschlagene Fassung des Al. 2 des Art. 44 der Bundesverfassung, wonach die Gesetzgebung über den Erwerb und den Verlust des Schweizerbürgerrechtes Sache des Bundes sei, gab zu der Auffassung Anlass, als ob ein von Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht unabhängiges schweizerisches Indigenat geschaffen, oder doch das Gesetzgebungsrecht der Kantone oder freie Entscheidungsrecht der Gemeinden über Aufnahme von Ausländern in ihr Bürgerrecht vollständig ausgeschaltet und derart deren Souveränität bedeutend eingeschränkt werde.

Diese Auslegung ist eine irrtümliche. Denn, wie schon in der Berichterstattung zur Eintretensfrage (Seite 139 des Stenogr. Bulletin) einlässlich erklärt worden ist, verbleibt die Gesetzgebung über Erteilung des Gemeindebürgerrechtes und Kantonsbürgerrechtes an Ausländer den Kantonen und wird nur beschränkt, soweit die Bundesgesetzgebung hierüber bindende Vorschriften aufstellt. Sie kann es aber nur tun im Rahmen des zu neu erlassenden Art. 44 der Bundesverfassung. Um jedweden Zweifel zu heben, beantragte der Sprechende noch eine Zusatzbestimmung einzuschalten, wonach die Gesetzgebung über den Erwerb des Kantonsbürgerrechtes und Gemeindebürgerrechtes den Kantonen verbleibt. Die Kommission fand, dass diese Redaktion, abgesehen davon, dass dieser Zusatz gemäss Art. 3 der Bundesverfassung als überflüssig erachtet werden könne, auch zu Missverständnissen führen könnte, und kam zum Schlusse, den zweiten Absatz des zu Recht bestehenden Art. 44 der Bundesverfassung wieder aufzunehmen. Dadurch wird unseres Erachtens zur Genüge festgestellt, dass eine Verschiebung der bisherigen Kompetenzausscheidungen zwischen Bund und Kantonen nur insoweit stattfindet, als durch die folgenden Zusätze in beschränktem Umfange das Gesetzgebungsrecht des Bundes ausgedehnt wird, wogegen der Bund auch vermehrte Lasten zu übernehmen hat.

2. Durch Abs. 3 des frühern Kommissionsantrages war vorgesehen, dass die Bundesgesetzgebung gutbeurteilten Ausländern nach langem ununterbrochenen Wohnsitz in der Schweiz das Recht auf unentgeltlichen Erwerb des Bürgerrechtes erteilen könne. Wir glaubten auf diese Weise am besten der Ueberfremdung entgegenzutreten, und zu bewirken, dass eine grosse Anzahl Ausländer das Bürgerrecht in der Schweiz erwerben. Dadurch würde eine Zerreissung der Familie, wie solche in vielen Fällen der Einbürgerung kraft Gebietshoheit zu befürchten ist, fast vollständig ausgeschlossen. Gegen diese Bestimmung wurde aber im Rate nicht nur von Gegnern der Vorlage, sondern auch von einem ausgeprochenen Freunde derselben lebhaft Opposition erhoben und insbesondere betont, dass jedenfalls in erster Linie die Einbürgerung kraft Gebietshoheit in der Verfassung vorgesehen werden solle. Die Kommission ist bereit, diesem Postulat dadurch Rechnung zu tragen, dass eine Umstellung der Al. 3 und 4 statfinde, und in erster Linie für die Bundesgesetzgebung die Kompetenz zur Einführung der Zwangseinbürgerung geschaffen und nur in zweiter Linie das Recht zur unentgeltlichen Einbürgerung gegeben werde.

3. Um noch weiter den geäusserten Bedenken Rechnung zu tragen, schlägt die Kommission auch vor, dass dieses Recht auf unentgeltliche Einbür-

gerung nur den Ausländern erteilt werde, die gut beleumdet sind, sich über einen langen ununterbrochenen Wohnsitz in der Schweiz ausweisen können, und deren Kinder kraft Gebietshoheit in der Schweiz eingebürgert sind. Selbst gegen dieses derart eingeschränkte Recht auf unentgeltlichen Erwerb des Bürgerrechtes machten sich bei der Kommissionsberatung Bedenken geltend, mit der Vorgabe, es habe eine Vorlage, in der einzig die Einbürgerung kraft Gebietshoheit vorgesehen werde, mehr Aussicht auf Annahme durch das Volk. Das ist zu bezweifeln, besonders wenn folgende Erwägungen berücksichtigt werden.

Wenn nur die in der Schweiz geborenen Kinder ausländischer in der Schweiz wohnender Ausländerfamilien jure soli eingebürgert werden, die Eltern aber ihr Heimatrecht im Auslande beibehalten, führt das zu einer Zerreiſung der Familie, und es könnte in Fällen der Verarmung solcher Familien dazu kommen, dass die Eltern aus der Schweiz ausgewiesen werden könnten, während gegenüber deren Kindern eine Ausweisung unstatthaft ist. Das kann leicht zu Konflikten mit dem Staate führen, dem die Eltern angehören. Dadurch, dass den Eltern der jure soli eingebürgerten Kinder unter gewissen Bedingungen das Recht auf unentgeltlichen Erwerb des Bürgerrechtes in der Gemeinde, in welcher die Kinder eingebürgert sind, verliehen wird, und wenn von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird, ist die Einheit der Familie gewahrt.

Das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung kann an die Bedingung geknüpft werden, dass Ausländer, die hievon Gebrauch machen wollen, für sich und ihre minorennen Kinder auf das Bürgerrecht ihres Heimatlandes verzichten müssen. Dadurch wird bewirkt, dass die Fälle von Doppelbürgerrecht, die durch Einbürgerung jure soli entstehen und zu staatsrechtlichen Differenzen führen können, der Zahl nach ganz bedeutend reduziert werden. Die Expertenkommission erachtete, es sollte die Einbürgerung kraft Gebietshoheit bei Inkrafttreten des Gesetzes rückwirkend Anwendung finden auf die während der fünf vorausgegangenen Jahre geborenen Ausländerkinder, wobei aber deren gesetzlichem Vertreter das Recht zustehen sollte, innert Jahresfrist nach Inkrafttreten des Gesetzes für dieselben das Schweizerbürgerrecht auszusprechen. Es liegt kein triftiger Grund mehr dafür vor, dem Gesetz rückwirkende Kraft zu verleihen, wenn unter gewissen Bedingungen den Eltern solcher Kinder, die jure soli eingebürgert sind, das Recht erteilt wird, für sich und alle ihre minorennen Kinder unentgeltlich das Bürgerrecht der Schweiz zu erwerben.

Schliesslich darf es als selbstverständlich erachtet werden, dass jure soli in der Schweiz eingebürgerte Kinder viel eher in schweizerischem Sinne erzogen werden und Schweizerart annehmen, wenn ihre Eltern auch das Schweizerbürgerrecht besitzen, als wenn sie das ausländische Heimatrecht beibehalten und sich als Ausländer fühlen. Schon diese Ueberlegung allein sollte bestimmend sein, das Recht auf unentgeltliche Einbürgerung wenigstens in diesem nun beantragten beschränkten Rahmen anzunehmen.

4. Durch Art. 44 der Bundesverfassung soll der Kompetenzenkreis der Bundesgesetzgebung betreffend Einbürgerung erschöpfend umschrieben werden. Ihre Kommission möchte Ihnen daher beliebt machen,

auch die Einbürgerung Heimatloser und die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht in diesem Verfassungsartikel zu erwähnen. Es ist zwar in Art. 68 der Bundesverfassung schon bestimmt: «Die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimatlose und die Massregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimatloser sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.» Es ist daher nicht absolut notwendig, die Heimatlosenfrage auch noch in Art. 44 der Bundesverfassung zu berühren, aber doch zweckmässig, weil auch in den Fällen der Einbürgerung Heimatloser eine Beitragsleistung des Bundes an die Auslagen für Armenunterstützungen vorgesehen wird, was bisher in der Verfassung nicht geordnet war. Eine solche Beitragsleistung soll aber nicht in allen Fällen erfolgen, jedenfalls dann nicht, wenn kantonale oder gemeindliche Organe durch grobes Verschulden einen Heimatlosenfall verursacht haben.

Das Bundesgesetz betreffend die Heimatlosigkeit ist im Dezember 1850 erlassen worden und enthält Vorschriften über Ausmittlung des Bürgerrechtes für Heimatlose und Massregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Fälle von Heimatlosigkeit. In Art. 1 dieses Bundesgesetzes ist bestimmt, dass als heimatlos zu betrachten seien «alle in der Schweiz befindlichen Personen, welche weder einem Kanton als Bürger, noch einem auswärtigen Staate als heimatberechtigt angehören». Aus dem Wortlaute dieser Bestimmung könnte abgeleitet werden, dass alle in der Schweiz befindlichen Ausländer, die das Bürgerrecht des auswärtigen Staates, dem sie angehörten, aus irgendwelchem Grunde verloren haben, als heimatlos betrachtet und in der Schweiz eingebürgert werden. Diese Auslegung des Art. 1 kann nicht als richtig anerkannt werden. Das ist in dem überzeugenden Exposé des Chefs der Polizeiabteilung des schweizerischen Justizdepartementes vom 5. Juli 1919 nachgewiesen. Es wird auch hingewiesen auf den Kommentar von Professor Dr. Burckhardt, der sich also ausspricht: «Personen, die völkerrechtlich einem fremden Staate angehören, von diesem aber nicht anerkannt werden, sind nicht im Sinne von Art. 68 heimatlos. — Die Schweiz kann sich nicht verpflichtet halten, in ihren Staatsverband alle Ausländer aufzunehmen, weil es ihrem Heimatland beliebt, sie ihres Bürgerrechtes verlustig zu erklären.»

Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, dass schriftenlose Ausländer, die sich aus Unachtsamkeit der zuständigen Beamten oder Behörden jahrelang oder sogar mehr als ein Jahrzehnt unbehelligt in einem Kanton aufhalten, nicht mehr ausgewiesen werden können und schliesslich in der Schweiz eingebürgert werden müssen. In solchen Fällen kam bisher Art. 22 des Bundesgesetzes betreffend die Heimatlosigkeit zur Anwendung und haftete der betreffende Kanton, mit Regress auf die schuldigen Gemeinden, Beamten, Angestellten oder Privaten.

Begreiflicherweise kann nicht davon die Rede sein, dass in solchen Fällen den Kantonen eine Bundessubvention an die Auslagen für Armenunterstützungen eingebürgerter Heimatloser gewährt werde.

5. Art. 6 des neuen Antrages der Kommission betreffend die Rechte der Eingebürgerten und Beitragsleistungen des Bundes an die Auslagen der Kantone und Gemeinden für allfällige Armenunterstützungen der gemäss den vorstehenden Bestimmungen eingebürgerten Personen veranlasst zu keinen weiteren

Bemerkungen. Es genügt der Hinweis auf das bei Berichterstattung über die Eintretensfrage bereits Gesagte. (Stenographisches Bulletin 141.)

6. Es erübrigt nur noch auf eine Einwendung zu antworten. Ein Gegner der Vorlage bemerkte, dadurch, dass in den Fällen der Armenunterstützung der gemäss dem vorgesehenen Bundesgesetz jure soli oder unentgeltlich eingebürgerten Personen Beitragsleistungen des Bundes in Aussicht gestellt werden, werde bewirkt, dass auch in denjenigen Kantonen, in denen schon bisher unentgeltliche Einbürgerungen von Ausländern stattfanden, solche nicht mehr vorgenommen werden, ausser in den durch die Bundesgesetzgebung vorgeschriebenen Fällen. Das ist dann nicht zu befürchten, wenn auch in Fällen freiwilliger unentgeltlicher Einbürgerung der Bund eine Beitragsleistung an allfällig daraus entstehende Armenlasten übernimmt. Schon in der Botschaft des Bundesrates vom 9. November 1920 ist in Aussicht gestellt, dass im kommenden Gesetz ein Teil der Armenlasten dem Bunde auferlegt werden solle für den Fall, dass die Kantone und die Gemeinden sich entschliessen, ihr Bürgerrecht gewissen Gruppen von Eingewanderten, die als inskünftige gute Bürger besonders qualifiziert erscheinen, unentgeltlich zu verleihen. Um volle Klarheit zu schaffen, ist es zweckmässig, eine derartige Zusicherung schon in den Verfassungsartikel aufzunehmen, in dem Sinne, wie das im Schlussalinéa des Vorschlages Ihrer Kommission vorgesehen wird.

Gestützt auf diese und die Ihnen schon anlässlich der Eintretensdebatte gemachten Erörterungen beantrage ich Ihnen namens der Kommissionmehrheit Annahme des Art. 44 im Sinne der neuen Vorlage.

Das Eintreten auf die neuen Anträge der Kommission vom 14. November 1923 wird stillschweigend beschlossen.

(Le passage à la discussion des articles du nouveau projet de la commission du 14 novembre est décidé tacitement.)

Artikelweise Beratung. — Discussion des articles.

Titel und Ingress. — Titre et préambule.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhésion au projet du Conseil fédéral.

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Art. 1. Art. 44 der Bundesverfassung wird aufgehoben und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Art. 44. ¹ Ein Schweizerbürger darf weder aus der Schweiz noch aus seinem Heimatkanton ausgewiesen werden.

² Die Bedingungen für die Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer, sowie diejenigen, unter welchen ein Schweizer zum Zwecke der Erwerbung eines ausländischen Bürgerrechtes auf sein Bürgerrecht verzichten kann, werden durch die Bundesgesetzgebung geordnet.

³ Die Bundesgesetzgebung kann die Einbürgerung kraft Gebietshoheit für die in der Schweiz geborenen Kinder ausländischer Eltern verfügen, wenn die Mutter des Kindes durch Abstammung Schweizerin war.

⁴ Sie kann auch gutbeurteilten Ausländern, deren Kinder kraft Gebietshoheit eingebürgert sind, nach langem ununterbrochenem Wohnsitz in der Schweiz das Recht auf unentgeltlichen Erwerb des Bürgerrechtes erteilen.

⁵ Sie stellt die Grundsätze für die Einbürgerung Heimatloser und die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht auf.

⁶ Die gemäss solchen Bestimmungen eingebürgerten Personen geniessen im Bedarfsfall die Armenunterstützung wie die übrigen Gemeindebürger, dagegen besitzen sie keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern, soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht anders geordnet hat. Der Bund übernimmt bei unentgeltlichen Einbürgerungen gemäss Abs. 4 sowie bei Wiedereingebürgerten und in der Regel bei Einbürgerung Heimatloser gemäss Abs. 5 während der ersten zehn Jahre und bei Einbürgerungen kraft Gebietshoheit bis zum 18. Altersjahre der Eingebürgerten wenigstens die Hälfte der den Kantonen oder Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten.

⁷ Der Bund kann auch durch Gesetz andere unentgeltliche Einbürgerungen lange Zeit in der Schweiz wohnender Ausländer durch Beitragsleistungen fördern.

Proposition de la commission.

Article premier. L'art. 44 de la constitution fédérale est abrogé et remplacé par la disposition suivante:

Art. 44. ¹ Aucun ressortissant suisse ne peut être renvoyé du territoire de la Confédération suisse ni de celui de son canton d'origine.

² La législation fédérale déterminera les conditions auxquelles les étrangers peuvent être naturalisés, ainsi que celles auxquelles un Suisse peut renoncer à sa nationalité pour obtenir la naturalisation dans un pays étranger.

³ Elle peut prévoir l'acquisition du droit de cité suisse par incorporation pour les enfants nés en Suisse de parents étrangers, lorsque la mère était d'origine suisse par filiation.

⁴ Elle peut accorder le droit de se faire naturaliser gratuitement en Suisse aux étrangers de bonne réputation dont les enfants sont naturalisés par incorporation et qui justifient d'un domicile ininterrompu de longue durée en Suisse.

⁵ Elle établit les principes régissant la naturalisation des gens sans patrie (Heimatlosen) et la réintégration dans le droit de cité.

⁶ Les personnes naturalisées en application des dispositions qui précèdent seront assistées, en cas de besoin, dans les mêmes conditions que les autres citoyens; elles n'auront cependant aucun droit aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, à moins que la législation cantonale n'en dispose autrement. La Confédération prendra à sa charge la moitié au moins des dépenses d'assistance que causeront aux cantons et aux communes pendant les dix premières années les naturalisations gratuites visées au 4^e alinéa et les réintégrations dans le droit de cité; pour les naturalisations d'heimatlosen en vertu du 5^e alinéa,

la Confédération se chargera dans la règle de cette contribution; s'il s'agit d'enfants incorporés, elle versera cette contribution jusqu'à ce que les enfants incorporés aient atteint l'âge de dix-huit ans.

⁷ La Confédération peut aussi encourager, au moyen de subsides à fixer par la loi, les naturalisations gratuites d'étrangers justifiant d'un domicile de longue durée en Suisse.

Wettstein: Ich möchte nochmals betonen, dass der Vorschlag der Kommission mir als das Minimum dessen erscheint, was notwendig ist, die dringendsten Gefahren der Ueberfremdung abzuwehren. Seit wir das letzte Mal über die Fremdenfrage gesprochen haben, ist wieder etwas eingetreten, was Ihnen sehr lebhaft vor Augen führt, wie wenig Berechtigung die Stimmung hatte, die in der Frage Platz griff, jene Stimmung, die davon ausgeht, dass der Prozentsatz der Fremden in der Schweiz zurückgegangen ist um etwas mehr als 3%, und die deshalb meint, man könne eigentlich von einer wirklichen Gefahr nicht mehr reden. Nun ist festzustellen, dass sich in den grösseren Städten seit dem Herbst die Zuwanderung von ausländischen Elementen ganz beträchtlich erhöht hat, trotz aller Schwierigkeiten der Einwanderung, trotz den schärfsten fremdenpolizeilichen Massregeln. Das ist ganz einfach darauf zurückzuführen, dass eben der Austausch von Menschen im europäischen Wirtschaftsleben so wenig verhindert werden kann als der Austausch von Waren. Wir haben in Zürich, übrigens auch in Basel, Genf und Bern auf Grund der fortgeschriebenen Bevölkerungsziffern bereits höhere Prozentzahlen als noch vor einem Jahre. Wie soll das werden, wenn wir wieder zu normalen Zuständen zurückkehren, wenn die scharfen Vorschriften über die Niederlassung und über den Aufenthalt, wenn die fremdenpolizeilichen Massregeln ganz oder zum grössten Teil aufhören, wenn wieder eine Art Freizügigkeit eingeführt wird? Auch wenn wir die Vorschriften für den Verkehr mit dem Auslande sehr scharf gestalten, wird die Ueberfremdungsgefahr bestehen bleiben, aus dem einfachen Grunde, weil statistisch erwiesen ist, dass die bereits bei uns befindlichen Ausländer einen höheren Geburtenüberschuss haben als die Einheimischen. Es würde also mit Naturnotwendigkeit trotz aller Verhinderung der Einwanderung eine relative Zunahme des fremden Elementes andauern und nach einer bestimmten, fast mathematisch zu errechnenden Zeit wären die Fremden in der Schweiz in der Mehrzahl. Hier hilft also halbe Arbeit nicht, sondern hier muss man das Uebel an der Wurzel packen.

Die Kommission ist sehr vorsichtig. Sie beschränkt sich auf die Anwendung des jus soli in den Fällen, wo das höchste Mass von Wahrscheinlichkeit der Assimilation vorhanden ist, wo die Mutter Schweizerin war, das Kind in der Schweiz aufgewachsen ist. Ausserdem hat die Kommission noch hinzugefügt, dass die Ausländer, deren Kinder jure soli Schweizer werden, das Recht haben, nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer das Bürgerrecht zu verlangen. In dieser Einschränkung kann man sich mit dem Rechte, das die Kommission früher zu meinem Leidwesen an die Spitze stellte, einverstanden erklären. Ich habe früher schon ausgeführt, dass ich die Lösung der Ueberfremdungsfrage nicht in die Hände der Fremden geben möchte, sondern dass ich dieses

Recht dem Lande selber vorbehalte. Wenn Sie aber das Recht auf Einbürgerung an die Spitze stellen, wie es die Kommission in ihrem ersten Antrage getan hat, dann geben Sie eigentlich den Ausländern die Priorität in der Lösung der Frage. Das ist jetzt, ich glaube zum Nutzen der Vorlage, geändert worden. Wir haben nun als primäres Recht das jus soli, allerdings in einem sehr bescheidenen Umfang. Aber wenn man die Statistik genauer ansieht, so dürfte diese Anwendung auch in ihrer Beschränktheit wenigstens dem schlimmsten Ueberwuchern des fremden Elementes abhelfen. Dazu haben wir noch ein gewisses Recht auf Einbürgerung, das gewissermassen aus dem Elternrecht abgeleitet wird, das Recht der Ausländer, deren Kinder eingebürgert sind, sich ebenfalls einbürgern zu lassen. Damit kann man sich schon einverstanden erklären.

Die übrigen Bestimmungen der Vorlage geben mir zu keinen besondern Bemerkungen Anlass. Wohl aber muss ich Sie bitten, in Abs. 6 eine kleine Aenderung vorzunehmen. Es heisst «der Bundesrat übernimmt bei unentgeltlichen Einbürgerungen gemäss Abs. 4 sowie bei Wiedereinbürgerungen und in der Regel bei Einbürgerung Heimatloser gemäss Abs. 5 während der ersten 10 Jahre usw. eine Beitragspflicht». Dieses «in der Regel» entspricht nicht den tatsächlich vorhandenen Verhältnissen. Es hätte ganz kuriose Wirkungen, der Herr Referent hat das bereits angedeutet, und im Einverständnis mit ihm möchte ich Sie bitten, diese Worte «in der Regel» zu ersetzen durch «in besonderen Fällen».

Die Sache liegt heute so, dass heute Heimatlose zwangsweise durch die Kantone auf Befehl des Bundes nur dann eingebürgert werden, wenn den Kanton oder die Behörden ein Verschulden trifft. Der Referent hat ausgeführt, dass in einem solchen Falle, wenn den Kanton ein Verschulden daran trifft, dass der Fremde schriftenlos ist, eine Beitragspflicht des Bundes nicht zu konstruieren ist. Diese Bestimmung kann sich deshalb nur auf solche Fälle erstrecken, bei denen dem Kanton kein Verschulden zur Last fällt. Die Frage der Heimatloseneinbürgerung ist bei Anlass eines Streitfalles in Genf so ziemlich abgeklärt worden. Die Genfer Regierung hätte gegen die Zwangseinbürgerung eines heimatlosen ehemaligen Engländers protestiert, und das Departement und der Bundesrat hatten der Genfer Regierung Recht gegeben. Sie stellten sich auf den Standpunkt, dass der erste Teil des Heimatlosengesetzes von 1850 nur Bezug haben könne auf die damals Heimatlosen, während auf die neuen Fälle der zweite Teil B des Gesetzes zur Anwendung komme, dass also keine Rede davon sein könne, aus diesem Gesetz ein Recht auf Einbürgerung Heimatloser, das heisst Schriftenloser abzuleiten. Diese Auslegung ist natürlich nie notwendiger gewesen, wie übrigens die Genfer Regierung mit Recht hervorhob, als in einer Zeit, wo die ganze geographische Karte von Europa in einem beständigen Fluss begriffen ist, wo man von Tausenden von Europäern noch nicht genau weiss, zu welchem Staat sie eigentlich gehören. Da würden wir, wenn wir den Heimatlosen ein gewisses Recht auf Einbürgerung gäben, das Refugium aller derer werden, die kein Staat anerkennen will. Das geht einfach nicht. Der Bundesrat hat sich mit vollem Recht auf den Standpunkt gestellt, heimatlos sei nur der, dessen Ursprung nicht festzustellen ist. Der

einfachste Fall solcher Heimatlosigkeit ist der des Findelkindes. Beim Findelkind, wenn die Nachforschungen resultatlos bleiben, wird man eine Form der Einbürgerung finden müssen. Diese ist auch vorgesehen. Das ist der Hauptfall, abgesehen von ganz wenigen seltenen Fällen von Erwachsenen. In diesem Falle des Findelkindes ist eine Beitragspflicht des Bundesrates gerechtfertigt. Deshalb dürfen wir nicht sagen «in der Regel», sondern müssen sagen «in besonderen Fällen». Diese besonderen Fälle würden dann geregelt im Gesetz über die Heimatlosigkeit, das sowieso einmal revidiert werden muss. Sagen wir aber «in der Regel», so würde das den seltsamen Effekt haben, dass die Kantone im Regelfall, nämlich wenn sie selber ein Verschulden trifft, die Beitragspflicht des Bundes beanspruchen können. Das ist selbstverständlich nicht die Ansicht der Kommission, sondern sie will im Gegenteil nur dann eine Beitragspflicht des Bundes bei der Einbürgerung Heimatloser anerkennen, wenn den Kanton kein Verschulden trifft. Ich bitte Sie also, in dieser Beziehung noch eine kleine Korrektur vorzunehmen durch Ersetzen der Worte «in der Regel» durch die Worte «in besonderen Fällen».

Ich denke, der Herr Präsident wird damit einverstanden sein, dass ich das Postulat der Kommission nach Erledigung des Art. 44 begründe.

Dietschi: Anlässlich der letzten Beratung des Verfassungsartikels wurde darauf verwiesen, dass die Ueberfremdung zurückgegangen und eine nachhaltige Besserung eingetreten sei. Schon damals ist darauf entgegnet worden, dass der Rückgang der Fremdenziffer von 14 auf 10 % nur eine vorübergehende Erscheinung bilde, und dass ganz bestimmt eine neue Zunahme zu erwarten sei. Ich bin mit Herrn Ständerat Wettstein überzeugt, dass diese Zunahme inzwischen tatsächlich bereits eingetreten ist. Wenn heute eine neue Volkszählung vorgenommen würde, würde sich sicherlich wieder ein höherer prozentualer Satz der ausländischen Bevölkerung ergeben als im Jahre 1920. Ein kleines, aber typisches Beispiel liefert unsere Gemeinde Olten. Da erfolgten in der Zeit vom 18. August bis 14. September 1923 total 83 Anmeldungen, hiervon waren 31 Ausländer, also mehr als ein Drittel. Vom 1. Januar bis 30. September 1923 erfolgten total 1795 Anmeldungen, davon waren 368 Ausländer = 20 %. Die eingereisten Ausländer sind meist solche, die direkt aus dem Auslande kamen und nicht etwa bereits in der Schweiz ansässig waren. Männliche und weibliche Angemeldete halten sich dabei ziemlich die Wage, die Zahl der Männer überwiegt eher. Immerhin sind dabei naturgemäss eine Zahl weiblicher Arbeitskräfte, besonders Dienstmädchen. Da ist zuzugeben, dass diese die kleinste Gefahr für unser Land bilden, und oft tritt hier etwa eine Einbürgerung kraft Gebietshoheit auf natürlichem Wege ein durch Ehefrau. Die Sache hat aber auch ihre wirtschaftliche Seite, denn durch diese zahlreichen Einreisebewilligungen werden viele einheimische Arbeitskräfte arbeitslos. Die st. gallische Arbeitsvermittlungsstelle versuchte in der übrigen Schweiz Dienstboten zu placieren, da infolge der Krisis in der Stickerei in St. Gallen weibliche Arbeitskräfte brach lagen, die dann in Haushaltungskursen zu Dienstboten ausgebildet wurden. Man wollte aber ausserhalb

des Kantons St. Gallen öfters nichts von diesen einheimischen Arbeitskräften wissen. Man zog deutsche Dienstmädchen vor, weshalb? Vielfach deshalb, weil man ihnen nicht so viel Lohn bezahlen muss, wie den Einheimischen. So ging kürzlich eine Mitteilung durch die Presse, dass allein im Kanton Bern 900 deutsche Dienstmädchen sich befänden.

Wer mit diesen Sachen zu tun hat, der weiss, dass einheimische Firmen unter allen möglichen Angaben ausländische Arbeitskräfte hereinzubringen versuchen und dass andererseits die Ausländer auf allen möglichen Wegen und Schlichen in unser Land hereinzukommen suchen. Es ist geradezu unglaublich, was da alles versucht wird. Das einfachste ist, dass man zu Besuch oder zu Kurzwecken hereinkommt; ist man erst einmal drin, so ist es dann leicht, in eine feste Stelle überzutreten.

Man darf daher dem eidg. Justiz- und Polizeidepartement Dank dafür wissen, dass es mit Kreis Schreiben vom 29. September 1923 besonders den Einreisen aus Deutschland sein besonderes Augenmerk zugewendet hat. Wenn man sich auch ohne weiteres zu den in unserem Lande organisierten deutschen Hilfswerken und vorab zu denen für deutsche Kinder freundlich und wohlwollend stellt, so darf man andererseits doch nicht blind sein gegen die aussergewöhnlich zahlreichen Fälle, in denen versucht wird, unter Ausserachtlassung bestehender Vorschriften die Einreise in die Schweiz zu erschleichen.

Ich begrüsse auch lebhaft das Postulat der Kommission zur bundesgesetzlichen Regelung des Niederlassungswesens. Sie wird zweifellos zur Lösung der Ausländerfrage beitragen. Aber von Grund aus lösen wird sie diese nicht. Ein Auslandschweizer hat vor einiger Zeit im Berner «Bund» einen Vorschlag gemacht, der dahin ging, die Erteilung der Niederlassung an Ausländer durch die Gemeinden sei von Bundes wegen zu begrenzen. Die Zahl der Ausländer in jeder Gemeinde dürfe nie mehr als 8 % der Wohnbevölkerung betragen, in den Gemeinden Genf, Basel, Zürich, sei die Zahl der Ausländer auf 20 % zu beschränken, was dann im Durchschnitt in der Schweiz etwa 10 % Ausländer ergeben würde. Die Sache war so gedacht, dass, sobald die prozentual zulässige Ziffer in einer Gemeinde überschritten werde, dann automatisch das Bewilligungsrecht auf Zulassung weiterer Ausländer inhiert sei, bis durch Abgang die Ziffer wieder unterschritten sei. Im weiteren sei jede Niederlassungsbewilligung an Ausländer zeitlich zu beschränken, bis zu 25 in der Schweiz verlebten Jahren, und zwar sowohl für zugewanderte als für in der Schweiz geborene Ausländer.

Ich weiss nicht, ob sich der Auslandschweizer, der solche Vorschläge aufgestellt hat, über die Schwierigkeiten Rechenschaft gegeben hat, denen die praktische Durchführung dieser Massnahmen begegnen müsste. Und ob sie dann auch sicher zum Ziele führen würden, wäre wohl sehr die Frage.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass eine Lösung des Ueberfremdungsproblems nur durch die Einbürgerung kraft Gebietshoheit herbeigeführt werden kann, da man von den Massnahmen zur Erleichterung der Einbürgerung sich nicht zu viel versprechen darf.

Wir haben nicht in erster Linie ein Interesse daran, diejenigen Ausländer einzubürgern, welche uns während des Krieges oder seit dem Kriege

aus aller Herren Länder zugeströmt sind, welche dem Elend zu Hause entronnen sind und zu uns kommen, weil es ihnen da behaglicher und wohler ist. Das sind zumeist Leute, denen unsere Verhältnisse fremd sind, welche sich fremd fühlen bei uns, und welche, wenn sie das Bürgerrecht bei uns nachsuchen, es vorwiegend aus irgend einem materiellen Interesse heraus tun, nicht aber aus Liebe zu unserem Lande. Sondern wir wollen einzubürgern suchen diejenigen Ausländer, welche bei uns geboren sind, welche eine Schweizerin zur Mutter haben, welche in Haus und Familie, in Schule und Kirche, im staatlichen und wirtschaftlichen Leben Schweizerluft eingeatmet haben, welche von Jugend auf schweizerisches Denken und Empfinden in sich aufgenommen haben, welche unsere staatlichen Einrichtungen kennen und sie lieben, welche durch unsere staatsbürgerliche Schule gegangen sind, mit einem Wort, denen unser Land zur ersten und ihr Stammland zur zweiten Heimat geworden ist.

Die Ueberfremdung ist für die Schweiz zu einem staatsrechtlichen Problem geworden, das sie lösen muss, wenn sie ihre Unabhängigkeit und ihren Bestand als freies Staatswesen aufrecht erhalten will. Es ist die Frage, ob seit 1848 eine innerpolitische Aufgabe von gleicher Bedeutung an unser Land herangetreten ist. Die Eidgenossenschaft hat im Laufe ihrer Geschichte eine Reihe solcher Probleme zu bewältigen gehabt. Ich erinnere an den Gegensatz zwischen Stadt und Land, der seit den Burgunderkriegen bis heute seine Wellen in unsere Politik hineinwirft, ich erinnere an das Verhältnis der alten Orte zu den gemeinen Herrschaften, den Untertanländern. Die durch diese Fragen hervorgerufenen Kämpfe sind ausgetragen worden auf dem Boden der Demokratie und der politischen Gleichberechtigung. Die gemeinen Herrschaften sind unserem Staatswesen als gleichberechtigte Glieder assimiliert worden.

Nach 1848 kam die Niederlassungsfreiheit. Die Gemeinden, welche vorher nur Bürger- und Hinterassen kannten, wurden verpflichtet, den Einwohnern anderer Kantone bei sich Raum zu geben. War es damals nicht ähnlich wie heute? War nicht der Zürcher in Bern, der Berner in Zürich ein sogenannter fremder Fötzel? Und heute hat sich als massgebendes öffentliches Organ die Einwohnergemeinde herausentwickelt. Die weitere Entwicklung wird die sein müssen, dass sich der Staat auch die Ausländer, welche heute noch einen Fremdkörper in unserem Organismus bilden, insoweit assimiliert, dass ihre Zahl keine Gefahr für den Bestand des Staates mehr bildet. Ich hege das volle Vertrauen zu unserer Demokratie, dass sie auch dieser Aufgabe Herr werden wird. Sie wird einen Prüfstein unserer Demokratie bilden, und es wird wahrscheinlich auch nicht auf den ersten Hieb gelingen, sie zum Ziele zu führen. Aber auch da wird der praktische Sinn unseres Volkes schliesslich die Frage zum guten Ende führen. Ich empfehle Ihnen ebenfalls den Antrag der Kommission.

M. le conseiller fédéral **Motta**: Je voudrais me borner à la déclaration que le Conseil fédéral est d'accord, soit avec le texte de la commission, soit avec la proposition de M. Wettstein. Je ne veux pas prolonguer davantage votre discussion.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhésion au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhésion au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlusses-
entwurfes

Einstimmigkeit

Postulat.

Antrag der Kommission.

Der Bundesrat wird eingeladen, der Bundesversammlung Bericht und Antrag über die bundesgesetzliche Regelung der Niederlassung von Ausländern in der Schweiz einzubringen.

Proposition de la commission.

Le Conseil fédéral est invité à présenter à l'Assemblée fédérale un rapport et des propositions concernant la réglementation de l'établissement des étrangers en Suisse par une loi fédérale.

Wettstein, Berichterstatter der Kommission: Die Kommission hat den Sprechenden beauftragt, das Postulat zu begründen. Ich kann mich sehr kurz fassen, da den Mitgliedern des Ständerates das Problem der Niederlassung ja so ziemlich geläufig ist.

Während der Debatten, die in den letzten Jahren über die Einbürgerung stattfanden, hat sich immer wieder der Gedanke in den Vordergrund gedrängt, man sollte eigentlich neben, ja es wurde sogar gesagt: vor der Einbürgerungserleichterung die Niederlassungsschwierigkeit durchführen. Es ist kein Zweifel, dass diese Anschauung eine gewisse Berechtigung hat, denn die Kriegsjahre haben uns sehr eindringlich gezeigt, dass die Freizügigkeit, auf die wir vor dem Kriege so stolz waren, und die einen fast ungehemmten Verkehr zwischen den Völkern mit sich brachte, nicht mehr Prinzip bleiben kann. Das Ergebnis dieser Aenderung der Anschauungen finden Sie auch niedergelegt in den ausserordentlich schweren fremdenpolizeilichen Massregeln der Kriegszeit. Aber wir müssen uns immer bewusst bleiben, dass diese ganze Fremdenpolizei eine provisorische Massregel ist, dass sie auf den ausserordentlichen Vollmachten beruht, dass die Fremdenpolizei-Bureaux sowohl des Bundes als der Kantone und Gemeinden, ich möchte beinahe sagen: Barackenhauten sind, die, wenn einmal die Vollmachten aufhören, wieder niedergelegt werden müssen.

Kann man nun ohne weiteres dazu übergehen, wieder die alten Grundsätze der Freizügigkeit durchzuführen? Das scheint uns ausgeschlossen zu sein,

weil wir sonst unzweifelhaft in der Schweiz eine Ueberfremdung erfahren würden, die noch weit über das Bisherige hinausginge. Man wird allgemein in der Schweiz das Gefühl haben, dass die Niederlassung unter strengere Bestimmungen gestellt werden muss. Aber wir stossen uns hier an Hindernissen. Einmal ist zu sagen, dass wir kein eidgenössisches Niederlassungsgesetz haben und keines bekommen können, das ist die herrschende Ansicht auch unserer Juristen, ohne eine Verfassungsänderung. Denn die Vorschrift der Verfassung, dass der Bund über die Niederlassungs- und Aufenthaltverhältnisse legiferieren werde, bezieht sich anerkanntermassen nur auf die inneren Verhältnisse und nicht auf diejenigen der Ausländer. Bisher war das ganze Niederlassungsrecht das verfassungsrechtlich den Kantonen gehört, durch die Niederlassungsverträge geregelt. Man kann darüber streiten, ob diese Niederlassungsverträge in ihrer ganzen Ausdehnung, so weit sie die Niederlassung von Ausländern im Inlande regeln, nicht über den Rahmen der Verfassung hinausgegangen sind. Aber es hat niemand dagegen protestiert, und ich glaube, man wird allgemein der Ansicht sein, dass im Verkehr mit dem Auslande nichts anderes übrig bleibt, als diese Verhältnisse in den Niederlassungsverträgen, die ihrer Natur nach Bundessache sind, zu ordnen. Aber wenn wir nun die Forderung erheben, dass für die kommenden Niederlassungsverträge bestimmte Bundesvorschriften massgebend und begleitend sein sollen, dann kommt sofort die Verfassungsfrage. Dann ist auch nach Ansicht des schweizerischen Juristentages in Frauenfeld eine Verfassungsrevision notwendig, welche dem Bunde ausdrücklich das Recht gibt, über die Niederlassung von Ausländern in der Schweiz gesetzliche Vorschriften zu erlassen. Ich glaube, man wird auch in föderalistischen Kreisen der Ansicht sein, dass hier eine einheitliche Regelung notwendig ist. Ich kann dabei besonders hervorheben, dass diese Notwendigkeit insbesondere auch von welscher Seite betont worden ist, dass man auch hier erklärt, der Bund müsse eine gewisse Kompetenz haben, in Niederlassungsfragen endgültig zu entscheiden. Das ergibt sich ja ohne weiteres aus der verfassungsmässigen Stellung des Bundes im Verkehr mit dem Auslande. Nicht der einzelne Kanton verhandelt mit dem Auslande, sondern die Eidgenossenschaft, der Bund. Dann ist aber auch notwendig, dass er wenigstens die Hauptgrundsätze der Niederlassung, über die er Verträge schliesst, von sich aus bestimme.

Wie diese Niederlassungsgrundsätze und in erster Linie wie der Verfassungsartikel aussehen soll, darüber brauchen wir uns vorläufig den Kopf nicht zu zerbrechen. Wir haben nur festzustellen, dass das Bedürfnis besteht, die Niederlassung unter strenge Vorschriften zu stellen, und dass, wenn wir mit dem Auslande zweckmässige Verträge bekommen sollen, der Bund zunächst von sich aus Klarheit in die Niederlassungsverhältnisse bringen muss. Dabei sind wir uns klar darüber, dass der Bund keine Detailbestimmungen in die Bundesgesetzgebung über die Niederlassung aufnehmen kann, schon weil ja das ganze Niederlassungsrecht zum grössten Teil Vertragsrecht ist. Es kann keine Rede davon sein, dass wir ganz frei und unabhängig erklären, für die Niederlassung von Ausländern bei uns gelten die und die Normen, ohne dass wir uns vergewissern, ob diese Normen

durch die Verträge auch sanktioniert werden können. Denn schliesslich haben wir nicht bloss Ausländer in der Schweiz, sondern auch Schweizer im Auslande, welche Berücksichtigung fordern dürfen. Also über ein Recht, das seinem ganzen Wesen nach zum grössten Teile Vertragsrecht ist, wird man nur so weit legiferieren können, als die Vorschriften dem Vertragsrecht noch genügend Elastizität versprechen.

Im Prinzip, glaube ich, wird man also ziemlich einig sein. Es ist wünschenswert, dass der Bund für die Niederlassung von Ausländern in der Schweiz Normen aufstellt, welche in ihrer Tendenz natürlich darauf hinauslaufen, diese Niederlassung an gewisse Garantien zu binden, sie möglichst von den Gefahren, welche sie für die Ueberfremdung hat, zu befreien. Die Frage war für die Kommission grundsätzlich nicht streitig, wohl aber die andere Frage: Wann soll der Bund an diese Aufgabe herantreten, soll man wirklich die Ueberfremdungsfrage mit dieser Niederlassungsfrage eng verbinden oder soll nicht doch die Ueberfremdungsfrage als die ältere und dringendere und namentlich auch deshalb dringendere, weil wir ja bei den Niederlassungen vorläufig noch die Fremdenpolizei haben, vorgehen, damit endlich einmal diese eine Frage gelöst wird? Die Kommission hat sich davon überzeugt, dass man nicht gut tun würde, beide Fragen miteinander zu verquicken, sondern dass man eines nach dem andern machen müsse. Namentlich war auch die Ansicht vorherrschend, dass, selbst wenn es gelänge, in kurzer Zeit durch die Bundesgesetzgebung grössere Garantien gegen die Niederlassungsgefahren zu erzielen, die Ueberfremdungsfrage damit nicht gelöst wäre. Ich habe bereits ausgeführt, dass diese Ueberfremdung eine natürliche Tendenz habe, selbst wenn wir die Niederlassung sehr enge beschränken. Einmal wegen des Geburtenüberschusses der Ausländer, und sodann, weil wir unmöglich jede neue Niederlassung verbieten können. Die Ueberfremdungsfrage bleibt also bestehen. Sie ist das dringlichere Problem und sie muss der Lösung möglichst bald entgegengeführt werden.

Aber nach Ansicht der Kommission darf das nicht dazu führen, dass nun das andere Problem ausser acht gelassen wird. Deshalb haben wir durch unser Postulat die Dringlichkeit auch dieser Frage betonen wollen, und wir wünschen, dass der Bundesrat möglichst bald Bericht und Antrag über diese bundesgesetzliche Regelung der Niederlassung von Ausländern in der Schweiz einbringe. Der Bundesrat, der durch die Vorsteher des Politischen und des Justiz- und Polizeidepartementes vertreten war, hat sich mit dieser Auffassung einverstanden erklärt und in Aussicht gestellt, dass er sehr bald der Bundesversammlung seinen Bericht vorlegen werde. Wir empfehlen Ihnen das Postulat zur Annahme, es ist die natürliche und notwendige Ergänzung dessen, das Sie soeben beschlossen haben.

Abstimmung. — *Votation.*

Für Annahme des Postulates 21 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Révision de l'art. 44 de la Constitution.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1923
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.12.1923
Date	
Data	
Seite	358-368
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 641

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

ment und bei der Oberzolldirektion ganz befriedigt über die Art und Weise, wie nun der sprachliche Kampf seinen Ausgang genommen habe.

Die Redaktionskommission glaubt also, die vorliegende Fassung entspreche in allen Teilen dem Willen des Gesetzgebers und sie könne sie Ihnen empfehlen als Grundlage für die nun vorzunehmende Abstimmung über das Gesetz selbst.

Materiell über den Inhalt des Gesetzes hier weiter mich auszulassen, steht mir nicht zu. Ich will nur sagen, daß sich bei der einläßlichen Beschäftigung mit den Texten noch hie und da eine Seite sich gezeigt hat, die wohl bei etwas einläßlicherer Prüfung in den Kommissionen und in den Räten zu Diskussionen hätte führen müssen. Das Gesetz ist eben ein Ergebnis der heutigen Zeit, der heutigen Verhältnisse und der heutigen Bedürfnisse. Ich will auf materielle Erörterungen also nicht weiter eintreten.

Schlussabstimmung. — *Votation finale.*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung. *Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.*

Differenzen. — *Divergences*

(Siehe Jahrgang 1923 Seite 127 ff. — Voir année 1923 page 127 et suiv.)

Beschluss des Nationalrates vom 26. März 1925.
Décision du Conseil national du 26 mars 1925.

Eintretensfrage. — *Rapport général.*

Hildebrand, Berichterstatter: Der Ständerat hat durch Schlußnahme vom 19. Dezember 1923 zu den Vorlagen des Bundesrates vom 9. November 1920 und 14. November 1922 betreffend Revision des Artikel 44 der Bundesverfassung Stellung genommen und den Anträgen der Kommission mit unwesentlichen Abänderungen zugestimmt. Bei der Abstimmung haben sich aber viele Mitglieder des Ständerates der Stimmabgabe enthalten. Damals hat der Ständerat auch das Postulat gestellt: «Der Bundesrat wird eingeladen, der Bundesversammlung Bericht und Antrag über die bundesgesetzliche Regelung der Niederlassung von Ausländern in der Schweiz

einzubringen.» Der Bundesrat hat schon durch Botschaft vom 2. Juni 1924 dieser Einladung dadurch Folge gegeben, daß er der Bundesversammlung die Aufnahme eines Art. 47 bis in die Bundesverfassung (Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern) in Vorschlag brachte. Die beiden Räte haben unverzüglich diese Vorlage durchberaten und beschlossen, einen Art. 69 ter in die Bundesverfassung aufzunehmen, wodurch dem Bunde das Gesetzgebungsrecht über Ein- und Ausreise, Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer übertragen, der Vollzug aber vorbehaltlich eines bestimmt umgrenzten Oberaufsichtsrechtes des Bundes den Kantonen anheimgestellt wird. Diese Vorlage hat in den Räten keine prinzipielle Opposition erfahren und wird voraussichtlich auch in der Volksabstimmung vom 25. Oktober nächsthin angenommen werden. Es ist zwar zu hoffen, daß durch diese Neuordnung und durch die Umgestaltung der zahlreichen Niederlassungsverträge mit andern Staaten die Einreise Fremder in die Schweiz zwecks dauernden Aufenthaltes oder Niederlassung — immerhin unter Wahrung der Interessen der Fremdenindustrie — etwas erschwert, die Ausweisung unerwünschter, unserm Gemeinwesen zur Last fallender Fremden dagegen erleichtert werden könne. Aber es ist unzweifelhaft, daß diese Maßnahmen durchaus nicht genügen werden, um die Ueberfremdung zu beseitigen und die bestehenden Uebelstände zu heben. Es genügt, auf die schon früher gemachten Erörterungen (Stenographisches Bulletin, Ständerat, 1923, S. 132) hinzuweisen.

Es kann daher, wenn man die öffentlichen Interessen des gesamten Schweizervolkes wahren und die Schweiz vor gefahrbringender Ueberfremdung schützen will, auf die andern in Beratung stehenden Maßnahmen gegen Ueberfremdung nicht verzichtet werden. Die Stimmung großer Teile des Schweizervolkes scheint für die in Vorschlag gebrachten Mittel zur Einschränkung der Ueberfremdung nicht günstig zu sein, während andererseits in großen Kreisen, insbesondere bei der städtischen Bevölkerung, die Meinung vorherrscht, daß das, was der Ständerat beschlossen hat, unzureichend sei, um dem bestehenden Uebelstande erfolgreich entgegenzutreten zu können. Die Vorlage wird insbesondere auch von dem Standpunkte aus bekämpft, daß die Freiheit der Gemeinden und der Kantone betreffend Aufnahme in ihr Bürgerrecht nicht weiter eingeschränkt werden dürfe, und die Kantone, die unter Ueberfremdung leiden, selbst für ihr Gebiet die nötigen Vorkehrungen treffen sollen. Die bisherigen Erfahrungen haben aber gezeigt, daß man auf diesem Wege nicht zum Ziele gelangt und daß nur eine Neuregelung der Einbürgerung Fremder auf eidgenössischem Boden geeignet sei, bestehende Uebelstände zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Zu bedauern ist, daß seitens derjenigen, die gegen die Vorlage die Opposition ankündigten, kein anderer Vorschlag gemacht wurde, um dem auch von ihnen anerkannten Uebelstande genügend entgegenzutreten zu können.

Die nationalrätliche Kommission hat unter dem Eindrucke, daß das Schweizervolk in letzter Zeit einzelne der ihm von den Räten zur Abstimmung vorgelegten Verfassungs- oder Gesetzesentwürfe abgelehnt hat und in der Befürchtung, es könnte auch die Verfassungsrevision behufs Bekämpfung der Ueberfremdung vom Volke verworfen werden, die

Beratung des neuen Verfassungsartikels vorgenommen. Auch der verehrliche Chef des Politischen Departementes scheint durch die kühle Aufnahme, die der Entwurf der ständerätlichen Kommission im Rate gefunden hat, etwas eingeschüchtert worden zu sein und erachtet nun, daß nach dem alten Spruch *festina lente* vorgegangen und nur der Grundsatz in die Verfassung aufgenommen werden sollte, daß die in der Schweiz gebornen Ausländerkinder, deren Mutter von Geburt Schweizerbürgerin war, Schweizerbürger sind.

Wenn man in Betracht zieht, daß schon im Jahre 1909 im Nationalrate ein Postulat gestellt wurde, das auf Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern abzielte — daß die sogenannte Neunerkommission im Jahre 1912 eine Petition betreffend Maßnahmen gegen die Ueberfremdung einreichte —, daß ferner Herr Bundesrat Dr. Hoffmann, als Chef des Politischen Departementes, im Jahre 1914 einen einläßlich begründeten Antrag über die Revision des Art. 44 der Bundesverfassung vorlegte, und sodann der Bundesrat am 9. November 1920 die bezügliche Botschaft an die eidgenössischen Räte erließ — ich sage, wenn man all das in Betracht zieht, darf man wohl füglich zugestehen, daß bei dieser schon lange als Bedürfnis empfundenen Verfassungsrevision nichts übereilt worden sei, und eine weitere Verzögerung nicht mehr ratsam wäre.

Wenn auch zurzeit noch in gewissen Kreisen der Bevölkerung die Meinung vorherrschend ist, daß es ganz dem freien Verfügungsrecht der Gemeinden anheimgestellt sein solle, ob Ausländer in ihr Bürgerrecht aufgenommen werden sollen, so darf uns das nicht abhalten, zum allgemeinen Wohl die notwendigen Einschränkungen dieser Gemeindeautonomie zu treffen. Meines Erachtens sollten die Mitglieder der eidgenössischen Räte sich nicht nur als Vertreter des Volkes oder der Kantone betrachten, sondern auch deren Berater sein. Wenn nach Auffassung der Ratsmitglieder eine Volksanschauung unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr zutreffend ist und zur Wahrung berechtigter öffentlicher Interessen eine Umgestaltung erfahren sollte, wäre es verfehlt, wenn die Volksvertreter in der Meinung, im Ratssaal die sogenannte « öffentliche Meinung » vertreten zu sollen, sich Neuerungen widersetzen, die zur Hebung der allgemeinen Wohlfahrt oder zur Beseitigung schwerer Uebelstände notwendig sind. In solchen Fällen sollten vielmehr die Ratsmitglieder Berater des Volkes sein, auch wenn diese Aufgabe oft eine schwicrige und auch eine undankbare ist. Bei der heutigen Schulbildung der Schweizerbürger darf vorausgesetzt werden, daß eine zweckmäßige Aufklärung über die Bedürfnisse unserer Zeit und speziell über die Notwendigkeit von erfolgreichen Maßnahmen gegen die Ueberfremdung nicht erfolglos sein werde und dazu führe, alle Vorurteile gegen die Einbürgerung von Ausländern zu beseitigen. Beweisen wir dem Volke, daß die Furcht vor bedeutender Vermehrung der Armenlasten der Gemeinden unberechtigt ist, weil einerseits der Bund einen großen Teil der durch die Zwangseinbürgerungen erwachsenden Armenunterstützungen vergütet und andererseits auch im Laufe der Zeit das Steuerkapital zugunsten der Bürgergemeinden eine beträchtliche Zunahme erfahren wird. Machen wir auch darauf aufmerksam, daß soweit die Kantone nicht andere Anordnungen treffen, die neu eingebürgerten Per-

sonen keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern haben werden. Vertrauen wir auf die Einsicht unserer stimmberechtigten Schweizerbürger, und auf deren Bestreben, getreulich mitzuhelfen, wenn die Wohlfahrt des Heimatlandes in Frage steht. In diesem Vertrauen wollen wir an die Beratung der Differenzen herantreten und ganze Arbeit leisten

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.
(Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles.)

Art. 44, Al. 2.

Antrag der Kommission.

² Die Bedingungen für die Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer, sowie diejenigen, unter denen ein Schweizer sein Bürgerrecht verliert, werden durch die Bundesgesetzgebung aufgestellt.

Proposition de la commission.

² La législation fédérale déterminera les conditions auxquelles les étrangers peuvent être naturalisés, ainsi que celles dont il dépend qu'un Suisse perde sa nationalité.

Hildebrand, Berichterstatter: Die Differenzen zwischen den Beschlüssen des Ständerates vom 19. Dezember 1923 und denen des Nationalrates vom 26. März 1925 sind folgende:

In Al. 2 hat der Ständerat entgegen dem ursprünglichen Antrage seiner Kommission, die dem Vorschlage des Bundesrates zustimmen wollte, den ersten Absatz des jetzt noch zu Recht bestehenden Art. 44 der Bundesverfassung in den Entwurf aufgenommen. Bei der Beratung im Nationalrate wurde hervorgehoben, daß allerdings bisher das Schweizerbürgerrecht nur durch Verzicht des Inhabers verloren gehe und daß die Schweiz mit dieser Regelung unter allen Staaten einzig dastehe. Denn in allen andern Staaten bestehen Bestimmungen über den Verlust ihres Bürgerrechtes, sei es durch Erwerb des Bürgerrechtes eines andern Staates, oder nach einer bestimmten Zeit nach der Auswanderung aus dem Heimatlande. Schon bei der Revision der Bundesverfassung von 1874 habe man — aber ohne Erfolg — sich bemüht, den Grundsatz des Verlustes des Bürgerrechtes beim Erwerb eines fremden Bürgerrechtes aufzustellen. Die Expertenkommission hat vorgeschlagen, daß dem Bunde die Gesetzgebung nicht nur über den Erwerb sondern auch den Verlust des Bürgerrechtes zustehe. Der Bundesrat hat diese Bestimmung in den Entwurf aufgenommen und zwar mit Recht. Denn die Erfahrung hat gelehrt, daß es ratsam sei, auch über den Verlust des Bürgerrechtes Vorschriften zu erlassen. Es ist schon sehr oft vorgekommen, daß Schweizer, die in andere Staaten ausgewandert sind, dort das Bürgerrecht erworben haben und sich jahrzehntelang um ihr Heimatland durchaus nichts bekümmerten, aber daß deren Kinder oder Kindeskinde im Falle der Verarmung in die Schweiz zurückkehrten, um eine bessere Armenunterstützung zu erhalten, als ihnen in dem Staate, in dem sie nachträglich das Bürgerrecht erworben hatten, geboten wurde. — Von diesen Erwägungen ausgehend hat der Nationalrat als Abs. 2

folgende Bestimmung angenommen: «Die Bedingungen für die Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer sowie für den Verlust des Schweizerbürgerrechtes werden durch die Bundesgesetzgebung geordnet». — Ihre Kommission erachtet es als verfehlt, wenn hier nur vom Verlust des Schweizerbürgerrechtes gesprochen wird, — es könnte das zur irrthümlichen Auffassung Anlaß geben, daß das Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht hievon nicht berührt werde. Wir schlagen Ihnen daher eine bessere Redaktion vor, durch die der Gedanke klarer zum Ausdruck gebracht wird, als durch die Schlußnahme des Nationalrates und beantragen Annahme unseres Vorschlages. —

Angenommen. — *Adopté.*

Al. 2bis.

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Supprimer.

Hildebrand, Berichterstatter: Der Nationalrat hat mit 61 gegen 47 Stimmen den Antrag Bujard-Schopfer angenommen, dahin lautend: «Während der ersten fünf Jahre nach Erwerbung des Schweizerbürgerrechtes sind die Eingebürgerten in die gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Behörden der Eidgenossenschaft, der Kantone und der Gemeinden nicht wählbar».

Ihre Kommission beantragt Ihnen Ablehnung dieses zwar auch teilweise in der Vorlage des Bundesrates enthaltenen Al. 2bis.

Gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates ist die Bewchränkung der neueingebürgerten Ausländer in der Wählbarkeit durch den Nationalratsbeschluß noch ausgedehnt auf die richterlichen Behörden, und auf die Behörden der Gemeinden.

Vorerst erscheint es als auffallend, daß die Antragsteller, die sonst eifrig bemüht sind, die Souveränität der Kantone möglichst zu wahren, eine Bestimmung in die Bundesverfassung aufnehmen wollen, wonach das Gesetzgebungsrecht der Kantone hinsichtlich Wählbarkeit in der Schweiz neu eingebürgerter Ausländer beschränkt wird. Bisher war es den Kantonen freigestellt, die Bedingungen festzusetzen, unter denen ein Schweizerbürger als Beamter oder Mitglied einer kantonalen oder gemeindlichen Behörde gewählt werden könne. Unseres Erachtens liegt kein stichhaltiger Grund vor, in dieser Richtung das kantonale Gesetzgebungsrecht zu beschränken. Es hat auch Herr Bundesrat Dr. Hoffmann in seinem Vorschlage zur Revision des Art. 44 der Bundesverfassung davon Umgang genommen, irgendwelche Bestimmung über die Wählbarkeit neu eingebürgerter Ausländer aufzunehmen. Es erklärte einer der Experten für Vorberatung der Maßnahmen gegen Ueberfremdung folgendes: «Es ist Sache nicht des Bundes, sondern der Kantone, zu bestimmen, in welchem Umfang die politischen Rechte in Kanton und Gemeinden den Neubürgern zugestanden werden sollen». Wenn man glaubt, in die Verfassung eine Beschränkung der Wählbarkeit der Neubürger aufnehmen zu sollen, soll das jedenfalls nur auf die Wählbarkeit in

Beamten oder Behörden des Bundes Bezug haben, und den Kantonen und Gemeinden wie bisher das freie Wahlrecht gewährt werden.

Es wird in der Gesetzgebung des Bundes zweifellos der Grundsatz aufgestellt werden, daß nur solche Ausländer, die viele Jahre hindurch in der Schweiz ihren Wohnsitz gehabt haben, in das Schweizerbürgerrecht aufgenommen werden dürfen. Bei diesen Beschränkungen liegt kein triftiger Grund vor, nach Bestimmungen über Beschränkung der Wählbarkeit der Neubürger in Beamten oder Behörden aufzustellen. Denn wir dürfen erwarten, daß die große Mehrheit der Wähler ihr Vertrauen nur solchen Personen schenke, welche Gewähr dafür bieten, daß die Interessen unseres Heimatlandes gewahrt werden. Es widerstrebt uns auch, eine Verfassungsbestimmung aufzustellen, wonach Bürgerrechte besserer und minder Qualität geschaffen werden.

Schließlich ist noch zu betonen, daß der Bundesrat auf seinen Vorschlag, eine Beschränkung der Wählbarkeit Neueingebürgerter in die Verfassungsbestimmung aufzunehmen, verzichtet hat. Die Kommission stellt daher den Antrag, Abs. 2bis des Beschlusses des Nationalrates zu streichen.

Dietschi: Ich will mich ebenfalls gegen die Aufnahme des Abs. 2bis wenden, wie er vom Nationalrat, man darf wohl sagen in verschlechterter Auflage, gegenüber dem ursprünglichen bundesrätlichen Entwurfe vorgeschlagen wird. Der Vorschlag bezweckt, daß der neueingebürgerte Schweizer während fünf Jahren von einem Teil der öffentlichen Rechte im Bund, Gemeinden und Kantonen ausgeschlossen sein soll, und zwar vom passiven Wahlrecht in die administrativen und richterlichen Behörden. Der Ständerat hatte von dieser Bestimmung vollständig abgesehen, und ich glaube, er war dabei gut beraten. Er hat sie einmütig ohne ein Wort der Diskussion in der Versenkung verschwinden lassen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir nun heute in Sack und Asche gegenüber dem Nationalrate Buße tun und uns zu diesem Vorschlag bekehren.

Die vorgeschlagene Bestimmung steht einmal im Widerspruch mit der ganzen Tendenz dieses Verfassungsartikels. Sie führt naturgemäß zu einer Erschwerung der Einbürgerung. Wir aber wollen mit dieser Vorlage der Ueberfremdung auf den Leib rücken; die Vorlage nennt sich ja auch: Maßnahmen gegen die Ueberfremdung.

Die vorgeschlagene Aenderung schafft sodann zweierlei Recht, Schweizer besseren und minderen Rechtes, Schweizer besserer und minderer Güte. Ist das notwendig, gerecht, würdig? Es galt als eine Tat, als ein schöner Akt der Selbstüberwindung, als alle Untertanenverhältnisse fielen, als man in Art. 4 der Bundesverfassung alle Schweizer vor dem Gesetze gleich erklärte, daß keine Vorrechte des Ortes, der Geburt, der Familie und der Personen mehr bestehen sollen. Heute will man solche Ungleichheiten wieder durch eine Seitentüre in die Verfassung einführen. Oder ist das keine Ungleichheit, die man da schaffen will? Man sagt, der Art. 4 werde in seinem Wortlaut nicht verletzt, da er keine absolute Gleichheit aller Schweizer verbürge. Das mag sein, aber der Geist der Verfassung wird verletzt. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß wir nicht eine Ungleichheit, daß wir nicht Schweizer verschiedener Qualität schaffen

würden, und zwar nicht bloß zwei Kategorien von Schweizerbürgern, sondern gewissermaßen auch zwei Kategorien von Eingebürgerten, von Neuschweizern. Diejenigen, die sich freiwillig einbürgern, erklärt man minderen Rechtes gegenüber denjenigen, die wir kraft Gebietshoheit einbürgern, Das ist weder logisch noch gerecht.

Der ursprüngliche Gedanke des Bundesrates wird in der Form des neuen Vorschlages auch vollständig außer acht gelassen und beiseite geschoben. Der Bundesrat erklärt in seiner ursprünglichen Begründung, es werde dadurch den Neueingebürgerten die Möglichkeit gegeben, sich zuerst auf dem engeren Gebiete am politischen Leben zu beteiligen, er solle zuerst Gemeindeämter bekleiden; sie dienen ihm als Vorschule für den allfälligen späteren Eintritt in kantonale und eidgenössische Behörden.

Indem nun aber das Verbot der Bekleidung öffentlicher Aemter während der Karenzzeit auch auf Gemeinden und Kantone ausgedehnt wird, entkleidet man die Argumentation des Bundesrates völlig ihrer innern Berechtigung.

Man kann sich im ferneren fragen: Ist es notwendig und gut, daß der Bund sich in der Weise in die innern Verhältnisse der Gemeinden und Kantone einmischet? Das widerstrebt doch auch der kantonalen Souveränität, zu deren Schutz doch sonst die Urheber dieses Vorschlages in die Schranken treten. Und ich verstehe es nicht, daß ein solcher Vorschlag gerade von föderalistischer Seite gemacht wird. Der Vorschlag entspringt der Furcht, es möchte etwa einmal ein Unwürdiger vor der Zeit, bevor er sich innerlich zum Schweizer entwickelt habe, in eine Behörde gewählt werden.

Diese Furcht ist gewiß ebenso kleinlich wie unbegründet. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß heute die zeitlichen Vorbedingungen für die Einbürgerung viel strengere und weitergehende sind als früher. Derjenige, der sich einbürgern will, muß in den letzten 12 Jahren vor dem Einkauf während mindestens sechs Jahren in der Schweiz gewohnt haben, und zwar zwei Jahre davon ununterbrochen direkt vor dem Einkauf. Darin liegt sicherlich eine genügende Garantie für die erforderliche Gesinnungstüchtigkeit. Sollte sich diese während dieser Zeit nicht einstellen, so werden auch die fünf weiteren Probejahre keine gänzliche Besserung zu erreichen vermögen. Die Ausländer, die sich freiwillig einkaufen, tun es überwiegend deshalb, weil sie unser Land schätzen und lieben gelernt haben, weil sie sich innerlich mit unserm Denken und Empfinden einig fühlen. Denn da sie sonst als Ausländer in verschiedener Hinsicht bei uns sich besser stellen würden, kann sie kaum ein anderer Grund dazu veranlassen. Sie noch eine besondere Wahlquarantäne bestehen zu lassen, erscheint daher überflüssig.

Wem stellen wir ein Armutzeugnis aus mit einer solchen Bestimmung? Gewiß nicht den Fremden, die wir zurückbinden wollen in der Einbürgerung, sondern den schweizerischen Wählern, denen wir zutrauen, daß sie solche Neubürger sofort in die höchsten Aemter und Vertrauensstellen des Landes wählen. Unsere Schweizer Wähler sind aber gemeinhin nicht derart, daß sie nicht wissen, wem sie das Vertrauen geben dürfen. Der gesunde Sinn unseres Volkes wird auch da zum Rechten zu sehen wissen. Und wenn ausnahmsweise ein solcher Neubürger in den

Gemeinderat, den Kantonsrat, ja in den Nationalrat gewählt werden würde, ich denke, die andern Altbürger werden seiner schon Meister werden. Eine Gefahr, daß darüber das Land zugrunde gehen würde, besteht nicht. Es gibt Altschweizer, die denen, die dieses Verbot aufstellen wollen, gerade so unbecquem erscheinen wie jene Neuschweizer.

Daran, daß die eingekauften Schweizer ihrer politischen Rechte sofort teilhaftig werden, ist unser Vaterland bisher nicht zugrunde gegangen. Es wird auch in Zukunft nicht daran zugrunde gehen. Aber zugrunde gehen kann es, wenn wir es nicht vermögen, das große grundsätzliche Problem zu lösen, das unserem Geschlecht gestellt ist, das Problem, der Ueberfremdung Herr zu werden.

M. Motta, Conseiller fédéral: La position du Conseil fédéral dans cette question est particulièrement délicate. Le Conseil fédéral avait proposé, dans son projet primitif du 9 novembre 1920, une disposition analogue à celle que le Conseil national a adoptée. La différence entre la disposition proposée par le Conseil fédéral et la disposition votée par le Conseil national consiste en ceci: Le Conseil fédéral n'avait point prévu l'exclusion des étrangers, pendant les cinq premières années, des fonctions judiciaires. Il n'avait pas non plus prévu l'exclusion de ces étrangers des fonctions communales. Le Conseil national est allé plus loin que le Conseil fédéral lui-même, il a étendu l'exclusion temporaire soit aux fonctions judiciaires, soit aux fonctions communales. Il me semble que la disposition du Conseil national telle qu'elle a été votée n'est pas à recommander et par conséquent, je ne prendrai pas sa défense devant vous.

Je voudrais seulement rappeler au Conseil des Etats qu'en assistant à la discussion qui s'est produite à ce sujet au Conseil national, j'ai eu l'impression que le courant qui a poussé à l'acceptation de cette proposition était singulièrement fort. Cette proposition n'a pas été discutée dans la commission du Conseil national; elle a été présentée ex abrupto pendant la discussion générale, et dans un mouvement peut-être un peu sentimental, si je peux dire, la majorité du Conseil national s'est ralliée à cette proposition soudaine. J'ai expliqué au Conseil national que cette proposition n'avait pas grande chance d'être acceptée par le Conseil des Etats, puisque déjà la première fois celui-ci avait éliminé, à l'unanimité, une proposition de cette nature, c'est-à-dire que le Conseil des Etats avait repoussé d'emblée la proposition du Conseil fédéral, qui n'allait pas aussi loin que la nouvelle proposition faite par MM. Bujard et consorts.

Cette argumentation, qui m'avait semblé assez forte, n'a pas atteint son but. Le Conseil national a voté, à une majorité qui n'était pas très forte, mais qui était quand même une majorité, la proposition dont il s'agit. Je voudrais simplement déclarer, en mon nom personnel, que je partage l'avis de la commission des Etats et que j'approuve les arguments présentés tout-à-l'heure par M. Dietschi. Cette déclaration, cependant, je la fais à titre personnel. Je voudrais d'ores et déjà dire que le Conseil fédéral ne peut pas s'engager à fond pour soutenir le point de vue du Conseil des Etats, à cause des raisons que je viens d'expliquer. Si le Conseil national devait, malgré tout, maintenir sa proposition en l'améliorant

peut-être, en la ramenant, par exemple, à ce qu'avait été la proposition originale du Conseil fédéral, si cette hypothèse, dis-je, devait se vérifier je voudrais d'ores et déjà prier le Conseil des Etats de ne pas faire de cette question une question essentielle. Si, en effet, les raisons pour la suppression me semblent meilleures que ce que l'on a dit en faveur du maintien, il faut cependant reconnaître qu'il y a des raisons sérieuses qui militent en faveur du maintien de la proposition du Conseil national, surtout si nous partons de l'idée que ce qu'il faut avant tout assurer, c'est l'adoption par le peuple de la revision constitutionnelle dont il s'agit. Si je savais que pour faire adopter par notre peuple la proposition de révision, afin d'arriver à cette assimilation des étrangers qui nous paraît une nécessité vitale de notre démocratie, de notre Etat, si j'avais la conviction que pour faire adopter cette revision il fallait aussi une restriction au droit de vote des étrangers nouvellement naturalisés, eh bien, je finirais par faire bonne mine à cette dernière proposition afin d'atteindre ce but supérieur.

Par ma déclaration je veux simplement vous prévenir que le Conseil fédéral ne s'engagera pas devant le Conseil national pour appuyer la proposition que vous allez, je crois, biffer, mais que si le Conseil national, malgré tout, accepte cette proposition, il n'y aura pas là pour le Conseil des Etats une raison qui pourrait l'empêcher d'accepter l'ensemble de la revision.

Gestrichen. — *Supprimé.*

Al. 3.

Antrag der Kommission:

³ Die Bundesgesetzgebung kann außerdem bestimmen, daß das in der Schweiz geborene Kind ausländischer Eltern von Geburt an Schweizerbürger ist, wenn seine Mutter von Abstammung Schweizerbürgerin war und die Eltern zur Zeit der Geburt in der Schweiz niedergelassen sind.

Proposition de la commission:

³ La législation fédérale peut statuer que l'enfant né en Suisse de parents étrangers est, dès sa naissance, ressortissant suisse lorsque la mère était d'origine suisse par filiation et que les parents sont établis en Suisse au moment de la naissance de l'enfant.

Hildebrand, Berichterstatter: Eine weitere Differenz besteht zwischen den Beschlüssen des Ständerates und des Nationalrates in Abs. 3 der Vorlage. Die Beschlüsse des Bundesrates und des Ständerates sprachen von «Einbürgerung kraft Gebietshoheit». Die Kommission des Nationalrates erachtet mit Recht, daß diese Bezeichnung nicht zutreffend sei; nicht aus der Gebietshoheit, sondern aus der Staatshoheit nehme der Bundesrat das Recht, Ausländerkinder, die in der Schweiz geboren werden und deren Mutter von Abstammung eine Schweizerin war, als Schweizerbürger zu erklären. Der Nationalrat hat daher eine redaktionelle Aenderung an Abs. 3 vorgenommen, welcher zwar zuzustimmen ist, die aber noch einer Ergänzung bedarf.

Herr Prof. Delaquis hat in seinen Randbemerkungen zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen der kommenden Fremden gesetzgebung es als einen Mangel der Vorlage erklärt, daß seit der zweiten Botschaft des Bundesrates vom 14. November 1922 nicht mehr verlangt werde, daß die ausländischen Eltern des zu inkorporierenden Kindes in der Schweiz wohnen. Er macht auf folgende Fälle aufmerksam, die vorkommen können, wenn die Vorlage unverändert angenommen werde.

«Das Kind einer gebürtigen Schweizerin wird nun nicht Schweizer werden, wenn seine Eltern auch bei uns domiziliert sind, falls es zufällig auf einer Auslandsreise geboren wurde. Dagegen wird das Kind einer seit Generationen im Ausland lebenden Mutter, deren Vater vielleicht neben dem ausländischen auch noch das Schweizerbürgerrecht besaß, inkorporiert, wenn es an einem unserer Kurorte zur Welt kommt, mag es auch einige Tage nach der Geburt die Schweiz verlassen. Durch die Forderung des Wohnsitzes der Eltern in der Schweiz würde die Frage nach der Gemeinde, in welcher die Einbürgerung des Kindes erfolgen soll, in keiner Weise präjudiziert.»

Es ist verdankenswert, daß Herr Prof. Delaquis auf diese Unstimmigkeit aufmerksam gemacht hat, und es sollte so weit als möglich Remedur geschaffen werden. Das kann teilweise dadurch geschehen, daß als weiteres Requisit für die Inkorporierung des in der Schweiz geborenen, von einer früheren Schweizerin abstammenden Kindes beigefügt wird, daß die Eltern dieses Kindes zurzeit seiner Geburt in der Schweiz niedergelassen sein müssen. Ihre Kommission stellt daher den Antrag, diesen Zusatz in Abs. 3 aufzunehmen.

Eine weitere Differenz besteht in Abs. 3 darin, daß der Nationalrat die Bestimmung aufgenommen hat: «Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter», währenddem der Ständerat der Gesetzgebung des Bundes volle Freiheit lassen wollte, unter Berücksichtigung der Verhältnisse die Einbürgerung in der früheren Heimatgemeinde der Mutter oder in der Wohngemeinde der Eltern zu verfügen. Der Referent hatte dabei die Meinung, daß allerdings regelmäßig die Einbürgerung in der ursprünglichen Heimatgemeinde der Mutter stattfinden solle, aber ausnahmsweise auch die Einbürgerung in der Wohnsitzgemeinde der Eltern stattfinden könne. Grund zur Einbürgerung in der Wohngemeinde liegt besonders dann vor, wenn die Eltern der Mutter des einzubürgernden Kindes schon seit Jahrzehnten aus ihrer Heimatgemeinde weggezogen sind, dort unbekannt geworden sind und seit dem Wegzug stets in der gleichen Gemeinde Wohnsitz hatten, und der ausländische Vater des Kindes in der gleichen Gemeinde sich niedergelassen hat.

Ihre Kommission findet, daß die Gesetzgebung nicht unnötig durch Aufnahme von Detailbestimmungen beschränkt werden solle und beantragt Ihnen daher Streichung des letzten Satzes von Abs. 3 des Nationalratsbeschlusses. Dieser Beschluß der Kommission ist allerdings nicht unwidersprochen geblieben. Eine Minderheit hielt, wie die Kommission des Nationalrates (siehe Stenographisches Bulletin Seite 119) dafür, es solle, um vor dem Volke von Anfang an Klarheit zu schaffen, schon in der Fassung der Heimatort bestimmt werden. Dabei fand man es als natürlich und zweckmäßig, daß der ehe-

malige Heimatort der Mutter dem Kinde als Heimatgemeinde zugesprochen werden solle.

Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen Streichung dieses letzten Satzes von Abs. 3 und im übrigen Annahme ihres Antrages, wie derselbe Ihnen gedruckt vorliegt.

Angenommen. — *Adopté.*

Al. 4.

Antrag der Kommission.

¹ Sie kann auch gutbeleumdeten Ausländern, deren Kinder gemäß Abs. 3 eingebürgert sind, nach langer, ununterbrochener Niederlassung in der Schweiz den Erwerb des Bürgerrechtes zu besondern Bedingungen ermöglichen.

Proposition de la commission.

¹ Elle peut aussi rendre possible à des conditions spéciales la naturalisation des étrangers de bonne réputation dont les enfants sont naturalisés en vertu du 3^e alinéa et qui justifient d'un domicile ininterrompu de longue durée en Suisse.

Hildebrand, Berichterstatter: Als Abs. 4 hatte der Ständerat eine Bestimmung aufgenommen, wonach durch die Bundesgesetzgebung auch gutbeleumdeten Ausländern, deren Kinder kraft Gebietshoheit eingebürgert sind, nach langem ununterbrochenen Wohnsitz in der Schweiz das Recht auf unentgeltlichen Erwerb des Bürgerrechtes erteilt werden könne.

Der Referent der nationalrätlichen Kommission, Herr von Arx, äußerte sich hiezu laut Stenographischem Bulletin folgendermaßen: « Der Ständerat war von dem löblichen Bestreben erfüllt, durch Einräumung des Rechtes auf Einbürgerung für die Angehörigen die Einheit der Familie zu erhalten. Vater und Mutter und Kinder sollen nicht verschiedenen Nationen angehören. Ein löblicher, vernünftiger Gedanke! In der Kommission des Nationalrates wurde das Recht auf Einbürgerung auch in dieser beschränkten Form beseitigt. Wir halten dafür, daß es stoßend sei, irgendeinem Ausländer einen Rechtsanspruch auf unser Bürgerrecht zuzusprechen. Man gäbe, sagten wir, damit einen Teil unseres Hausrechtes aus den Händen. Die Minderheit der Kommission aber, zu der der Referent gehörte, wollte den Gedanken des Ständerates in der Form zum Ausdruck bringen, bei welchem die geäußerten Bedenken nicht mehr vorhanden zu sein scheinen. Es sollten die ausländischen Eltern des kraft Geburt eingebürgerten Kindes kein Recht auf Einbürgerung erhalten, wohl aber soll der Bund die Befugnis haben, in einem Gesetze die Einbürgerung dieser Eltern auf Gesuch hin zu verfügen. Die Befugnis wäre die nämliche, wie sie heute schon dem Bunde gegeben ist zur Wiederaufnahme von Witwen und geschiedenen Frauen, die durch die Ehe ihr Schweizerbürgerrecht verloren haben. Der Bundesrat kann die Wiederaufnahme verfügen, er muß sie aber nicht verfügen. In gleicher Weise möchten wir nun diesen Angehörigen der eingebürgerten Kinder die Türe zu unserm Staate öffnen. » Zu diesem Zwecke hatte die Minderheit der nationalrätlichen Kommission den Antrag gestellt, als neuen Abs. 3a

folgende Bestimmung anzunehmen: « Durch die Bundesgesetzgebung kann ferner bestimmt werden, ob und unter welchen Voraussetzungen Ausländern, deren Kinder durch Geburt Schweizerbürger geworden sind, die unentgeltliche Aufnahme in das Schweizerbürgerrecht zu gewähren ist. » Es wurde aber auch dieser Antrag abgelehnt, nachdem auch der geehrte Departementschef dessen Ablehnung mit der Begründung empfohlen hatte, daß in einer solchen Ausdehnung des Gesetzgebungsrechtes des Bundes eine Einschränkung der kantonalen Souveränität liegen würde, was als unnötig erscheine.

Es ist zwar zuzugeben, daß es zweckmäßiger ist, in der Verfassungsbestimmung nicht von einem Rechte der Ausländer auf Naturalisation zu sprechen, sondern den in Abs. 4 des Ständeratsbeschlusses enthaltenen Gedanken in einer Weise zur Geltung zu bringen, wie das durch die Minderheit der nationalrätlichen Kommission geschehen ist. Aber zu bedauern wäre, wenn die Einbürgerung gutbeleumdeten Ausländer, die lange Zeit hindurch in der Schweiz gewohnt haben und deren Kinder durch die Geburt in der Schweiz Schweizerbürger geworden sind, nicht wenigstens erleichtert würde. Uebrigens ist auf die von Ihrem Referenten schon in der Junisession 1923 gemachten Erörterungen hinzuweisen (Stenographisches Bulletin Seite 139/40), woraus sich ergibt, daß keineswegs die Meinung herrschte, ein unbeschränktes Recht auf Naturalisation von Ausländern einzuführen, sondern in bestimmten Einzelfällen unter Mitspracherecht der Gemeinden und der Kantone die unentgeltliche Einbürgerung zu verfügen. Die Auffassung der ständerätlichen Kommission ist auch in einigen Versammlungen, in denen die Vorlage besprochen wurde, geteilt worden. Es ist zu verweisen auf Heft 59 pro 1924 der « Schweizer-Zeitfragen », Seite 15 und 16, enthaltend einen Vortrag von Prof. Dr. Delaquis, Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement. Herr Prof. Dr. Delaquis, der die Beratungen der Fremdenfrage in den Räten stets einer seriösen Prüfung unterzog und zufolge seiner hervorragenden juristischen Bildung und reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Fremdenpolizei als erstklassiger Experte anerkannt zu werden verdient, hat sich neustens in der « Politischen Rundschau » Nr. 8, August 1925, also geäußert: « Wenn es also der Ständerat unter Umständen doch für möglich hielt, etwa die Kinder gleicher Eltern zu Bürgern verschiedener Gemeinden zu machen, so wollte er es doch soviel als möglich erleichtern, daß Eltern und deren Kinder dem gleichen Staate angehörten, um die Familieneinheit wiederum zu stärken. Deshalb sah er für gutbeleumdete Ausländer, deren Kinder kraft Gebietshoheit eingebürgert sind, das Recht auf unentgeltlichen Erwerb des Bürgerrechtes vor, nach langem ununterbrochenen Wohnsitz in der Schweiz. An andern Orten haben wir schon ausgeführt, daß nach der Interpretation im Ständerate hier nicht ein Recht auf Naturalisation, sondern vielmehr ein Recht auf Unentgeltlichkeit gegeben werden sollte. Wie denn der Bund auch andere unentgeltliche Einbürgerungen durch Beitragsleistungen fördern kann. Hier hat die Unklarheit der Terminologie ungünstig mitgewirkt. Man will bei uns, wie leicht verständlich, in weiten Kreisen von einem Recht auf Naturalisation nichts wissen. Man will mit einem solchen subjektiv bedingten,

in seiner Wirkung nicht berechenbaren Anspruch auf Einbürgerung nichts zu tun haben. Und deshalb fiel der an sich durchaus gesunde Gedanke der unentgeltlichen Einbürgerung. Der Präsident der Kommission des Nationalrates allerdings suchte ihn für Eltern jure soli Inkorporierter zu retten, indem er der Bundesgesetzgebung vorbehalten wollte, zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen solchen Ausländern die unentgeltliche Aufnahme in das Schweizerbürgerrecht zu gewähren sei. Dagegen machten sich wiederum Bedenken geltend, die dahin gingen, daß es nicht angebracht sei, daß der Bund hier den Kantonen neue Bürger gewissermaßen aufzudrängen suche. Warum nimmt man jedoch nicht den Gedanken auf, der in der Fassung des Ständerates zum Ausdruck kam und amendiert ihn etwa dahin, daß der Bund durch Gesetz unentgeltliche Einbürgerungen lange Zeit in der Schweiz wohnender Ausländer, insbesondere, wenn deren Kinder kraft Gebietshoheit eingebürgert sind, durch Beitragsleistungen fördern kann? Den Beitrag an die Armenlasten in solchen Fällen sieht ja die Botschaft von 1920 außerdem noch vor. Das alles würde im Hinblick auf die Volksabstimmung nicht ohne Wert sein.

Alle diese Erwägungen haben die Mehrheit Ihrer Kommission bestimmt, Ihnen die Aufnahme des Abs. 4 der Verfassungsbestimmung in dem Ihnen vorgelegten Wortlaute zu empfehlen. Der Referent überläßt es dem Antragsteller, diesen Antrag noch näher zu begründen.

Sigrist: Herr Präsident, meine Herren. Der neue Abs. 4, wie er von mir in Zug neu formuliert worden ist, weicht von dem in unserem Rate seinerzeit angenommenen Wortlaute insofern ab, als, wie der Herr Referent in seinen klaren Ausführungen bereits dargelegt hat, nach dieser Fassung nicht ein förmliches Recht auf unentgeltliche Einbürgerung den Eltern der von Gesetzes wegen eingebürgerten Kinder unter bestimmten Voraussetzungen gegeben werden soll, sondern nur die Möglichkeit der Einbürgerung zu erleichterten Bedingungen. Ich möchte ebenfalls heute auf das Ueberfremdungsproblem nicht mehr näher eintreten. Ich würdige durchaus die gewichtigen Bedenken, die der allzu großen Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern entgegenstehen; aber ich meine mit dem Herrn Referenten, daß wir bei der Ausarbeitung des Verfassungsartikels, dessen Zweck die Eindämmung der Gefahren der Ueberfremdung ist, nicht zum voraus jede Möglichkeit ausschließen sollten, den Eltern von Kindern, die von Gesetzes wegen Schweizerbürger geworden sind, den Eintritt ins Schweizerhaus unter leichteren Bedingungen zu gestatten. Wie weit von dieser Möglichkeit dann Gebrauch gemacht werden soll, das bleibt in vollem Umfange der künftigen Gesetzgebung überlassen. Meinerseits möchte ich keineswegs einer allzuweitherzigen Ausführung dieses Grundsatzes das Wort reden. Wir wollen nur in der Verfassung die Voraussetzungen schaffen für die Ausdehnung der Bundesgesetzgebung; wir dürfen dem Gesetzgeber nicht zum voraus die Hände binden. Wie weit er dann von dieser Berechtigung Gebrauch machen will, das bleibt der Zukunft anheimgestellt, wie ich auch finde, daß es dem künftigen Gesetzgeber immer noch zustehen wird, dem Gedanken,

Ständerat. — Conseil des Etats. 1925.

der in Abs. 2 des nationalrätlichen Vorschlages enthalten war, so oder anders Gestalt zu geben.

Ich würde in der künftigen Gesetzgebung auch vor Prüfung der Frage nicht zurückschrecken, ob nicht eine Bestimmung aufgenommen werden könnte, die für den Schweizer aller Kategorien auch die Zurücknahme eines erteilten Bürgerrechtes vorsehen würde. Das wäre ja gewiß keine leichte Gesetzesaufgabe, aber nach meiner Auffassung darf sie dem künftigen Gesetzgeber gestellt werden. Die Fassung des neuen Abs. 4 ist ja vielleicht juristisch nicht eine sehr scharfe, ich bin mir dessen bewußt, aber ich glaube, daß sie vielleicht gerade deshalb der gegebenen Situation, wie sie nun einmal vorliegt, am besten gerecht wird.

Ich möchte mich daher, im Anschluß an die Darlegungen des Herrn Referenten ebenfalls für Annahme dieses Antrages aussprechen.

M. Motta, conseiller fédéral: Je ne combattrai pas la proposition de la commission. Je sais que M. le président de la commission y tient particulièrement, je ne voudrais pas lui faire de la peine. C'est à lui qu'on doit en grande partie que les propositions du Conseil fédéral aient reçu enfin un bon accueil devant vous. Je lui garde de cela une reconnaissance particulière. Je serais mal inspiré sans doute si je voulais maintenant combattre la proposition formulée ici. Je voudrais cependant vous présenter deux ou trois observations.

La première est celle-ci: Ce qui a choqué le Conseil national dans la proposition primitive du Conseil des Etats, c'est l'idée qu'il y eût un droit à la naturalisation. Or, il n'existe pas de droit à obtenir la nationalité d'un Etat déterminé. Les membres de la commission du Conseil national et le Conseil national lui-même ont pensé qu'il aurait suffi, dans une campagne pour ou contre l'acceptation de la revision constitutionnelle, de faire miroiter cette idée dangereuse, que cette revision de la Constitution proclamait le droit de l'étranger d'être naturalisé à certaines conditions, pour augmenter le nombre de ceux qui auraient fait sombrer le projet. Votre commission a tenu compte dans une large mesure de ce scrupule. Elle a atténué singulièrement sa proposition primitive que vous aviez adoptée le 19 décembre 1923.

Votre commission ne parle plus maintenant que de dispositions qui seraient à introduire dans la législation pour rendre possible la naturalisation à des conditions spéciales de faveur pour ceux qui se trouveraient dans les conditions indiquées dans l'alinéa; il s'agit surtout des parents des enfants qui sont déclarés Suisses ipso jure.

On pourrait objecter à la proposition de la commission que l'idée est exprimée sans nécessité, puisque le premier alinéa de la revision de la Constitution déclare: « La législation fédérale déterminera les conditions auxquelles les étrangers peuvent être naturalisés. » Il serait loisible à la législation future de sérier les cas, de les distinguer les uns les autres et de fixer telles et telles conditions pour telles et telles catégories et telles autres conditions pour telles autres catégories.

L'idée exprimée dans l'alinéa qui vous est proposé par la commission se trouve en germe, se trouve virtuellement, dans le premier alinéa du projet. A

ce point de vue on pourrait considérer la proposition comme inutile, mais je lui reconnais un avantage — je veux être absolument objectif — dans le fait que l'alinéa proposé par votre commission semble engager d'ores et déjà le législateur futur à entrer dans la voie que le texte constitutionnel ouvrirait. Ce qui est en germe dans l'alinéa premier est exprimé ici d'une manière plus nette et plus claire. C'est en partant de ce point de vue que je voudrais me rallier à la proposition de la commission.

Mais j'ajoute immédiatement — j'ai dû faire une déclaration analogue tout à l'heure — que si cet alinéa ne trouvait point grâce devant le Conseil national, vous ne devriez pas en tirer la conclusion que la révision de la Constitution qui vous est proposée perdrait de sa valeur. Tout en ne m'opposant pas à ce que le Conseil des Etats adhère à la proposition de sa commission, je fais des réserves quant à mon attitude définitive lorsque le Conseil national se sera occupé encore une fois de cette matière.

Angenommen. — *Adopté.*

Al. 5.

Antrag der Kommission.

⁵ Sie stellt die Grundsätze für die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht auf.

Proposition de la commission.

⁵ Elle établit les principes régissant la réintégration dans le droit de cité.

Hildebrand, Berichterstatter: Eine weitere Differenz betrifft Abs. 5 des Ständeratsbeschlusses, lautend: Sie stellt die Grundsätze für die Einbürgerung Heimatloser und die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht auf. Der Nationalrat hat beschlossen, diese Bestimmung zu streichen. Denn es sei überflüssig, noch einmal die Einbürgerung Heimatloser in Art. 44 zu erwähnen, nachdem schon in Art. 68 der Verfassung vorgeschrieben sei, daß die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimatlose Gegenstand der Bundesgesetzgebung sei. Ihre Kommission kann sich damit einverstanden erklären; anders verhält es sich aber, insoweit die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht in Frage kommt. Zwar ist die Wiedereinbürgerung durch das Bundesgesetz vom Jahre 1903 geordnet. Der Sprechende war damals Mitglied der Kommission für Beratung jener Gesetzesvorlage und kann sich erinnern, daß in der Kommission Bedenken gegen die Vorlage geäußert wurden, weil dem Bunde die Kompetenz fehle, Gemeinden zur Wiederaufnahme früherer Bürger, in das durch Verhehlung verlorene Bürgerrecht zu zwingen. Als dann Zusicherungen gemacht wurden, daß nur ausnahmsweise von diesem Rechte Gebrauch gemacht werde, wurde die Gesetzesvorlage ohne weitere Opposition angenommen. Es ist nun aber neuerdings von kompetenter Seite die Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmungen betreffend Wiederaufnahme in das Schweizerbürgerrecht bestritten worden. Es wird hingewiesen auf Dr. Fleiner: Schweizerisches Bundesrecht, Seite 112, wo in einer Randbemerkung zum betreffenden Artikel bzw. Gesetze erklärt wird: Zweifellos enthält die durch den Bundesrat verfügte Verleihung des Kantons- und Gemeinde-

bürgerrechtes einen Einbruch in die verfassungsmäßige Ordnung. Ferner verweisen wir auf Seite 10 der Erörterungen von Prof. Dr. Delaquis in der « Politischen Rundschau », wo dargetan ist, daß es durchaus zweckmäßig sei, auch die Einbürgerung von Heimatlosen und die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht bei der Revision des Art. 44 zu erwähnen, um dadurch auch die vom Bunde ausgefolgten Unterstützungen an frühere und wiedereingebürgerte Schweizerinnen und eingebürgerte Heimatlose verfassungsrechtlich zu verankern. Früher weigerte sich der Bundesrat stetsfort, an die Armenlasten der Gemeinden, die aus von ihm verfügten Wiedereinbürgerungen den Gemeinden erwachsen, Beiträge zu leisten. In der Botschaft vom 31. Oktober 1921 hat der Bundesrat folgendes erklärt: Aber abgesehen davon (daß die meisten Kantone selbst für ihre bedrängten Gemeinden nichts tun), müssen wir aus prinzipiellen Gründen und der Konsequenzen wegen dagegen Widerspruch erheben, daß dem Bunde ein Teil der Armenlasten der schweizerischen Gemeinden aufgebürdet wird. Das Armenwesen ist ausschließlich Sache der Kantone. Soll sich der Bund auch auf diesem Gebiete betätigen, so müßte er vor allem aus mit der nötigen Kompetenz hierzu durch eine Revision der Bundesverfassung ausgestattet werden, wie dies für die Unterstützung der öffentlichen Primarschulen durch den Bund geschehen ist.

Seither ist die Bundesverfassung nicht in dem Sinne revidiert worden, daß dem Bunde die Kompetenz zur Unterstützung der Gemeinden an die ihnen durch Einbürgerung Heimatloser oder Wiederaufnahme früherer Schweizerbürgerinnen in ihr früheres Gemeindebürgerrecht erteilt worden wäre. Aber trotzdem legt der Bundesrat den Räten Botschaft und Beschlussesentwurf vom 31. Oktober 1924 betreffend Unterstützung wiedereingebürgerter Frauen vor. Ob nun das, was 1921 als verfassungsgemäß unzulässig bezeichnet wurde, innert drei Jahren ohne Verfassungsrevision zulässig geworden ist, möge hier nicht weiter untersucht werden. Aber es liegt doch gewiß im öffentlichen Interesse, daß bei der Revision des hier in Frage kommenden Verfassungsartikels volle Klarheit geschaffen wird, und für inskünftig der Vorwurf, daß die gegen den Willen der betroffenen Gemeinden und Kantone verfügte Wiedereinbürgerung früherer Schweizerbürgerinnen ein Einbruch in die verfassungsmäßige Ordnung sei, als unzutreffend bezeichnet werden kann.

Ihre Kommission hält deshalb daran fest, daß im neuen Verfassungsartikel bestimmt werde, daß die Bundesgesetzgebung die Grundsätze für die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht aufstelle. Sie beantragt daher Annahme ihres Antrages zu Abs. 5.

Angenommen. — *Adopté.*

Al. 6.

Antrag der Kommission.

⁶ Die gemäß solchen Bedingungen eingebürgerten Personen genießen im Bedarfsfalle die Armenunterstützung wie die übrigen Bürger, dagegen besitzen sie keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern, soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht anders ordnet. Der Bund übernimmt bei Wiedereinbürgerungen und in besondern Fällen bei Einbürge-

rungen Heimatloser (Art. 68 der Bundesverfassung) während der ersten zehn Jahre und bei Einbürgerungen gemäß Abs. 3 bis zum 18. Altersjahre der Eingebürgerten wenigstens die Hälfte der den Kantonen oder Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten.

Proposition de la commission.

⁶ Les personnes incorporées dans ces conditions ont, en cas de besoin, le même droit à l'assistance que les autres citoyens, mais elles n'ont aucune part aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, en tant que la législation cantonale n'en dispose pas autrement. En cas de réintégration dans le droit de cité et, dans certaines circonstances spéciales, en cas de naturalisation d'heimatlosen (art. 68, Constitution fédérale), la Confédération prend à sa charge pendant les dix premières années ou, s'il s'agit d'incorporations en vertu du 3^e alinéa, pendant la période s'écoulant jusqu'à ce que l'enfant incorporé ait atteint l'âge de dix-huit ans, au moins la moitié des frais d'assistance que ces naturalisations causeraient aux cantons et aux communes.

Hildebrand, Berichterstatter: Zwischen Abs. 6 des Ständeratsbeschlusses und Abs. 4 des Nationalratsbeschlusses bestehen im wesentlichen folgende Differenzen. Der Nationalrat hat die Bestimmung betreffend Beitragsleistung des Bundes an die den Gemeinden durch Wiedereinbürgerungen verwitweter oder geschiedener Frauen und eingebürgerter Heimatloser aus dem Entwurf des Verfassungsartikels ausgemerzt. Ihre Kommission stellt dagegen den Antrag, grundsätzlich eine solche Bestimmung aufzunehmen. Es ist schon dargetan worden, wenn, daß keine solche Bestimmung aufgenommen würde, dem Bunde die Kompetenz fehlen würde, an die durch Wiedereinbürgerungen früherer Schweizerinnen oder Einbürgerung Heimatloser den Gemeinden erwachsenden Armenlasten Beiträge zu leisten. Es wäre überflüssig, zur Begründung noch weiteres beizufügen, nachdem der Bundesrat noch im Jahre 1921 den gleichen Standpunkt eingenommen hat, wie es heute Ihre Kommission tut.

Eine weitere Differenz besteht hinsichtlich der Quote der Beitragsleistung. Der Ständerat setzte solche auf wenigstens die Hälfte, der Nationalrat auf wenigstens zwei Drittel fest. Ihre Kommission findet, es sollte der Bundesgesetzgebung in dieser Hinsicht etwas mehr Freiheit gelassen werden, als der Nationalrat zugestehen will. Ferner ist auch die Finanzlage des Bundes zurzeit des Erlasses des Bundesgesetzes in Betracht zu ziehen. Durch den Antrag Ihrer Kommission ist nicht ausgeschlossen, daß durch die Bundesgesetzgebung die Beitragsleistung auf zwei Drittel festgesetzt wird.

Die Kommission empfiehlt daher Annahme ihres neu redigierten Antrages.

Angenommen. — *Adopté.*

Postulat.

Hildebrand, Berichterstatter: Der Nationalrat hat das Postulat gestellt: « Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, inwieweit Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Ueberfremdung ergriffen werden können. »

Dieses Postulat, das vom Nationalrat beschlossen worden ist, ist ein solches, zu welchem gemäß Art. 14 des Bundesgesetzes über den Geschäftsverkehr die Zustimmung des Ständerates nicht notwendig ist. Es ist nämlich in Art. 14 folgendes bestimmt: « Beschlüsse, durch welche einer der beiden Räte den Bundesrat einladet, Bericht und Antrag vorzulegen, bedürfen der Zustimmung des anderen Rates nicht. Die Zustimmung beider Räte ist aber dann notwendig, wenn die Vorlage eines Gesetzes oder Beschlussesentwurfes verlangt wird, oder wenn der Bundesrat Weisung erhält, in welchem Sinne jene Antragstellung zu erfolgen habe, oder wenn der Bundesrat zu einem bestimmten Handeln aufgefordert wird. »

Diese letztere Voraussetzung des Art. 14 trifft nun nicht zu; denn es handelt sich hier lediglich darum, daß der Bundesrat zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten habe, inwieweit Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Ueberfremdung ergriffen werden können. Es hat deshalb Ihre Kommission gefunden, daß es durchaus überflüssig wäre, hiezu Stellung zu nehmen. Wir wollen dann später den bezüglichen Bericht des Bundesrates gewärtigen und können alsdann dazu Stellung nehmen. Es ist besser, wenn diese Frage heute nicht dadurch mehr oder weniger präjudiziert wird, daß wir jetzt schon unsere Ansicht über dieses Postulat äußern.

Präsident: Da das Postulat des Nationalrates ein imperatives Mandat nicht gibt, hat der Ständerat einen Beschluß nicht zu fassen.

—
An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)
—

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1925
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.09.1925
Date	
Data	
Seite	325-333
Page	
Pagina	
Ref. No	20 029 956

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

chaften ausdrücklich anerkannt werde. In längeren Ausführungen wehrt sich auch Herr Nationalrat Schär für die Anerkennung dieser Wohnbaugenossenschaften als gemeinnütziger Genossenschaften.

Demgegenüber berichtet die Eidgenössische Steuerverwaltung, daß sie solche Genossenschaften angesichts der Wohnungsnot, die 1918 geherrscht habe, in der Tat anfänglich als gemeinnützig anerkannt habe. Diese Praxis sei aufrechterhalten worden, bis der Bundesrat gestützt auf einen Mitbericht des Justizdepartements im Dezember 1923 in einem Rekursentscheid betreffend eine Unternehmerbaugenossenschaft erkannt habe, es dürfe an sich die Erstellung von Wohnbauten nur in einer Zeit der Wohnungsnot als gemeinnütziges Werk gelten. Einer Baugenossenschaft dürfte deshalb die Abgabefreiheit gemäß Art. 17, Abs. 2 und 3, zugebilligt werden, sofern ihre Mitglieder bei dem Unternehmen für sich keinen besonderen Vorteil suchen, weder durch Beteiligung als Unternehmer an den Bauarbeiten, noch durch ein Vorrecht für den Bezug der zu bauenden Wohnungen. Seit diesem Entscheid sei den Selbsthilfegenossenschaften die Steuerfreiheit mit Wirkung für alle neu emittierten Stammanteile durch alle Instanzen hindurch versagt worden. Die Rekursbehörden hätten in konstanter Praxis die Gemeinnützigkeit im Sinne des Stempelgesetzes dahin interpretiert, daß dieselbe nur einer Tätigkeit zuerkannt werden könne, die unter Hintansetzung eigener Interessen dem Wohle hilfsbedürftiger Dritter diene. Diese Begrenzung sei nötig, wenn man nicht Selbsthilfeunternehmungen schlechtweg von der Steuer befreien wolle. Es sei in der Tat nicht einzusehen, wie künftig z. B. die Besteuerung der Konsumvereine zu rechtfertigen wäre, wenn man die Wohngenossenschaften von der Abgabe befreie. Die Konsumvereine setzen sich ja die Befriedigung des Lebensmittelbedarfes ihrer Mitglieder in genau gleicher Weise zum Zwecke wie die Bau- und Wohngenossenschaften die Befriedigung des Wohnbedarfes. Die Rückwirkungen auf den Wohnungsmarkt, die Arbeitslosigkeit usw. seien bei Wohngenossenschaften ganz gleicher Art, wie die der Konsumvereine auf den Lebensmittelmarkt.

Die Kommission hat diese Argumentation bei aller Anerkennung der verdienstlichen und nützlichen Tendenzen der Wohnbaugenossenschaften als richtig anerkennen müssen. Die Mitglieder der Wohngenossenschaften bzw. die Inhaber der Stammanteile derselben sind eben doch an dem Unternehmen persönlich interessiert. Das Kriterium für den Charakter der reinen Gemeinnützigkeit scheint uns vom Bundesrate richtig aufgestellt worden zu sein. Die Kommission hat daher mit allen gegen eine Stimme beschlossen, diesem Gesuche nicht zu entsprechen.

Einem Gesuche des Verbandes Schweizerischer Darlehenskassen, System Raiffeisen, entsprechend, beantragt Ihnen die Kommission mit Zustimmung des Eidgenössischen Finanzdepartements einen Satz aufzunehmen, des Inhaltes, daß inländische Genossenschaften von der Entrichtung der Abgabe befreit sind, so lange das einbezahlte Stammkapital den Betrag von zehntausend Franken nicht erreicht. Es ist dabei in Erwägung gezogen worden, daß der Steuerertrag bei diesen kleinen und kleinsten Genossenschaften heute öfters nicht in einem rationellen Verhältnis zu den Einzelkosten steht. Das neue Schlußalinea soll

einer mißbräuchlichen Anwendung bzw. Ausdehnung dieses Privilegs entgegenreten.

Wir empfehlen Ihnen unsere Abänderungsvorschläge zu Art. 17 zur Annahme.

Hier wird die Beratung abgebrochen.

(Ici le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 7. Oktober 1926.

Séance du matin du 7 octobre 1926.

Vorsitz — Présidence: Hr. Keller.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Revision de l'art. 44 de la Constitution.

Differenzen. — *Divergences.*

Siehe Jahrgang 1925, Seite 325. — Voir année 1925, page 325

Beschluss des Nationalrates vom 18. Februar 1926.

Décision du Conseil national du 18 février 1926.

Abs. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Hildebrand, Berichterstatter: Ihre Kommission hat in einläßlichen Beratungen nochmals den ganzen Inhalt des in Vorschlag gebrachten Verfassungsartikels geprüft und ist hiebei auf Differenzen eingetreten, die bloß redaktioneller Natur sind. Das geschah deshalb, weil mehrere Mitglieder der Kommission die bisherige Lösung nicht als befriedigend betrachten. So gab der Beschluß des Nationalrates in Abs. 2 nochmals Anlaß zu Erörterungen, wobei Bedenken geltend gemacht wurden, dem Bunde das Gesetzgebungsrecht über den Verlust des Schweizerbürgerrechtes einzuräumen. Es wurde darauf hingewiesen, daß gemäß Art. 44 der bestehenden Verfassung kein Kanton einen Kantonsbürger verbannen oder ihn des Bürgerrechtes verlustig erklären dürfe, und daß bisher auch dem Bunde ein solches Recht nicht zukam, und daß es gegen die auch zurzeit noch herrschende Auffassung des Großteils des Schweizervolkes verstoße, einen Schweizerbürger, auch dann, wenn er das Bürgerrecht eines andern Staates erworben haben, des Schweizerbürgerrechtes verlustig zu erklären. Vielmehr sei es den betreffenden anheimzustellen, ob sie auf das Schweizerbürgerrecht verzichten wollen.

Es hat schon der Vorsteher des Politischen Departements, Herr Bundesrat Dr. Hoffmann, in seinem

Berichte vom 30. Mai 1914 (Seite 71—74) die Frage erörtert, ob nach wie vor der Standpunkt der Unverlierbarkeit des Schweizerbürgerrechtes festgehalten oder aber preisgegeben werden solle. Er hat darauf hingewiesen, daß schon bei der Beratung der 1848er Verfassung von den Vertretern der Stände Zürich und St. Gallen der Standpunkt — jedoch völlig erfolglos — eingenommen wurde, daß Schweizer, die im Auslande ein unbestrittenes Heimatrecht besitzen, des Schweizerbürgerrechtes verlustig erklärt werden können. Auch bei Beratung der Verfassungsvorlage von 1870/72 hatte die nationalrätliche Kommission beantragt: « Wer ein ausländisches Staatsbürgerrecht erwirbt oder annimmt, verliert seine schweizerischen und kantonalen Bürgerrechte. » Dem wurde neuerdings entgegengehalten, das Schweizerbürgerrecht sei weder verjährrbar noch verlierbar. Es erscheine ebenso natürlich vom Standpunkte des Republikaners aus, wie tief begründet im Gemüte des Schweizers, der, ob er zum Gelehrtenberufe zähle oder ob er zu den Pionieren des Handels und der Industrie gehöre, immer wieder nach der Heimat zurückkehre und sich glücklich schätze, dort wenigstens seine Tage beschließen zu können. Daß im Bundesgesetz vom 3. Juli 1876 die gleiche grundsätzliche Auffassung zum Ausdruck kommt, ist nach diesem Gang der kurze Zeit vorausgegangenen Verfassungsrevisionsverhandlungen begreiflich. Weniger verständlich ist es, daß man daran auch im geltenden Gesetz vom 25. Juni 1903 festgehalten hat, trotzdem man, wenigstens virtuell, die Zwangseinbürgerung auf Grund der Geburt einführt. Das sind zwei Standpunkte, die sich nicht zusammenreimen, man kann nicht auf der einen Seite den Ausländer von Gesetzes wegen in unser Bürgerrecht aufnehmen und auf der andern Seite der Einbürgerung unserer eigenen Staatsangehörigen im Ausland, sogar derjenigen, die auf freiwilligem Entschluß des Eingebürgerten beruht, jeglichen Einfluß auf die schweizerische Staatsangehörigkeit versagen. Es rechtfertigt sich auch nicht vom internationalen Standpunkt aus, an der Unverlierbarkeit des Schweizerbürgerrechtes festzuhalten. » Es wird dann weiter in diesem Berichte darauf hingewiesen, daß hauptsächlich das Bestehen von Doppelbürgerrechten eine Quelle internationaler Konflikte sei. Dieser Bericht anerkennt, daß der Begriff der Unverjährbarkeit und Unverlierbarkeit des Schweizerbürgerrechtes aufs innigste mit den Anschauungen des Schweizervolkes verwoben ist und weist darauf hin, daß dieser Grundsatz in verschiedenen Kantonsverfassungen niedergelegt ist. Doch kommt der damalige Vorsteher des politischen Departementes zu folgender Erklärung: « Wir halten dafür, daß die Schweiz einen Standpunkt, der von keinem andern Staate der Welt eingenommen wird, nicht mehr festhalten sollte. Die Anhänglichkeit des Schweizers an sein Vaterland in allen Ehren. Allein von dieser Anhänglichkeit ist wenigstens dann wenig zu verspüren, wenn dieser Schweizer im Ausland aus freien Stücken eine neue Staatsangehörigkeit erwirbt, dem neuen Vaterland das Gelöbnis der Treue leistet und damit die Brücke zu seinem angestammten Lande, zumeist aus sehr realen Erwägungen, abbricht. Wir halten daher dafür, daß neben dem in der bisherigen Gesetzgebung geregelten Verzicht mindestens die freiwillige Erwerbung eines auswärtigen Staatsbürgerrechtes als Verlustgrund aufgeführt wer-

den sollte. Wir nehmen auch dann noch eine eigenartige und vereinzelt Stellung ein, indem alle andern Staaten auch einen Verlust der Staatsangehörigkeit ohne Zutun oder gegen den Willen des Staatsangehörigen kennen. »

Den gleichen Standpunkt nahm auch die Expertenkommission ein (S. 79 des Protokolls). Diesen Standpunkt teilt auch der Bundesrat und motiviert solchen in der Botschaft vom 9. Dezember 1920 in folgender Weise: « Vom psychologischen Standpunkt aus bekundet die Einbürgerung im Auslande den Willen, das Band mit dem schweizerischen Vaterland zu lösen, ebenso offensichtlich als eine ausdrückliche Verzichtserklärung. Dies erhellt ja auch aus Art. 44, Al. 2, der gegenwärtigen Bundesverfassung, welche den Verzicht auf das Schweizerbürgerrecht nur « zum Zwecke der Erwerbung eines ausländischen Bürgerrechtes » gestattet. Die Einführung des französischen Prinzips in unser Staatsrecht, die wir befürworten, erheischt eine Erweiterung der gesetzgeberischen Kompetenz der Eidgenossenschaft, da gemäß dem Wortlaut des Art. 44 der Bund nur über die Bedingungen des Bürgerrechtsverzichts (nicht des Bürgerrechtsverlustes im allgemeinen) legislieren darf. Die Annahme des französischen Prinzips würde vom internationalen Standpunkt aus für die Schweiz von wesentlichem Vorteil sein. Der Bundesrat war bisher infolge des bestehenden Rechtszustandes zu wiederholten Malen nicht in der Lage, den Vorschlägen auswärtiger Staaten zu vertraglicher Festlegung des Grundsatzes, daß die freiwillige Naturalisation den Verlust des ursprünglichen Bürgerrechtes nach sich zieht, Folge geben zu können. Der von uns beantragte Verlust des Schweizerbürgerrechtes soll sich auf die Fälle der freiwilligen Erwerbung eines ausländischen Bürgerrechtes — durch Naturalisation oder Option — beschränken, so daß er keine Anwendung findet auf den Fall, wo einem Schweizerbürger im Auslande ohne oder gegen seinen Willen eine neue Staatsangehörigkeit verliehen wird. » (Seite 76.)

Dieser Auffassung des Bundesrates schließt sich auch die Mehrheit der ständerätlichen Kommission an und gelangt daher zur Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates hinsichtlich Absatz 2 der Vorlage.

Die Erfahrungen, welche man nach dem Weltkrieg hat machen müssen, haben gezeigt, daß es durchaus angezeigt ist, in gewissen Fällen, besonders wenn freiwillig ein anderes Staatsbürgerrecht erworben wird, das dem freiwilligen Verzicht auf das Schweizerbürgerrecht gleichzustellen. Denn als nach dem Kriege im Auslande die Not und der Mangel an den notwendigen Lebensbedürfnissen zu Tage traten, machten zahlreiche Ausländer, deren Eltern oder Voreltern auf das Schweizerbürgerrecht stillschweigend durch freiwilligen Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit verzichtet hatten, wieder ihre uralten Anrechte auf das Schweizerbürgerrecht geltend, um von ihrer alten Heimat, die sie während den Tagen ihres Glücks mißachtet hatten, Unterstützung zu erhalten, so unter anderm auch ein russischer General. — Es liegt gewiß auch im Interesse der Gemeinden und Kantone selbst, wenn solche Vorkommnisse für inskünftig unmöglich gemacht werden.

Allerdings wurde in der Kommission nur durch Stichentscheid des Präsidenten derselben die Zustimmung zum Beschlusse des Nationalrates beschlossen. Die Minderheit gab folgender Fassung des

in Frage kommenden Abs. 2 den Vorzug: «Die Bedingungen für die Erteilung des Bürgerrechtes an Ausländer, sowie diejenige, unter denen ein Schweizer auf sein Bürgerrecht verzichten kann, oder es durch Erwerbung eines ausländischen Bürgerrechtes verliert, werden durch die Bundesgesetzgebung aufgestellt.»

Die Absicht war, die Fälle des Verlustes des Schweizerbürgerrechtes in der Weise zu beschränken, daß dieser Verlust nur bei ausdrücklichem Verzicht oder freiwilliger Erwerbung eines ausländischen Bürgerrechtes stattfinden könne. Es wurde unter anderm auch auf Vorkommnisse in einem Nachbarstaat hingewiesen, in welchem eine Anzahl Bürger wegen ihrer politischen Gesinnung und ihrer hervorragenden Opposition gegen das zurzeit herrschende System des Bürgerrechtes verlustig erklärt und infolgedessen heimatlos wurden. Die Mehrheit der Kommission hat aber die Befürchtung nicht, daß dieses ihres Erachtens dem Völkerrecht widersprechende Vorgehen in der Schweiz Nachahmung finden werde, wenn demselben nicht schon durch die Verfassungsbestimmung der Riegel gestossen werde. Die Mehrheit erachtet daher eine solche Bestimmung als überflüssig, und zieht es vor, in dieser Hinsicht keine weitere Differenz mit dem Nationalrat zu schaffen. Selbstverständlich ist im Verlust des Schweizerbürgerrechtes auch derjenige des Kantons- und Gemeindebürgerrechtes inbegriffen — denn ein Schweizerbürgerrecht ohne Kantons- und Gemeindebürgerrecht kennt das schweizerische Staatsrecht nicht, und es liegt auch kein Grund dafür vor, anlässlich der Revision des Art. 44 ein neues Schweizerindigenat zu schaffen.

Angenommen. — *Adopté.*

Abs. 3.

Antrag der Kommission.

Die Bundesgesetzgebung kann bestimmen, daß das Kind ausländischer Eltern von Geburt an Schweizerbürger ist, wenn seine Mutter von Abstammung Schweizerbürgerin war und die Eltern zur Zeit der Geburt in der Schweiz ihren Wohnsitz haben. Sie bestimmt auch sein Kantons- und Gemeindebürgerrecht.

Proposition de la commission.

La législation fédérale peut statuer que l'enfant de parents étrangers, domiciliés en Suisse est, dès sa naissance, ressortissant suisse, lorsque la mère était d'origine suisse par filiation. Elle détermine également quant à son droit de cité cantonal et communal.

Hildebrand, Berichterstatter: In Abs. 3 besteht zwischen dem Beschluß des Ständerates vom 20. September 1925 und dem des Nationalrates vom 18. Februar 1926 eine wesentliche Differenz, darin, daß der Nationalrat bestimmt: «Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter», währenddem der Ständerat der Gesetzgebung freie Hand lassen will. Allerdings ist es dem Einbürgerungssystem, wonach das jus sanguinis dem vorerst vom Bundesrat in Vorschlag gebrachten jus soli vorgezogen wurde, angemessen, daß die Einbürgerung in der frühern Heimatgemeinde der Mutter erfolge. Aber

die Verhältnisse können in einzelnen Fällen derart sein, daß Ausnahmen vollauf gerechtfertigt sind. Das kann insbesondere dann zutreffen, wenn schon die Eltern der Mutter des Kindes sich nicht in ihrer ursprünglichen Heimat niedergelassen hatten, sondern stetsfort viele Jahrzehnte hindurch ununterbrochen in einer andern schweizerischen Gemeinde Wohnsitz hatten, so daß diese Gemeinde sozusagen ihre zweite Heimat geworden ist, währenddem diese Familie mit der ursprünglichen keinerlei Beziehungen mehr hat. — Ihre Kommission zieht es vor, den Gesetzgeber in dieser Hinsicht nicht so zu beschränken, wie es durch den Beschluß des Nationalrates geschieht, und schlägt Ihnen vor, an Stelle des Zusatzes der nationalrätlichen Fassung, zu sagen: «Sie (die Bundesgesetzgebung) bestimmt auch sein Kantons- und Gemeindebürgerrecht.» Der Ständerat hatte am 19. Dezember 1923 beschlossen: «Die Bundesgesetzgebung kann die Einbürgerung kraft Gebietshoheit für die in der Schweiz geborenen Kinder ausländischer Eltern verfügen, wenn die Mutter des Kindes vor Ihrer Verheiratung Schweizerin war.» Der Nationalrat hat durch Schlußnahme vom 26. März 1925 dieser Fassung mit einigen Aenderungen zugestimmt.

Nun ist aber in der Kommission neuerdings darauf aufmerksam gemacht worden, daß es ein Leichtes wäre, diese Bestimmung dadurch zu umgehen, daß die Mutter kurz vor der Geburt sich in das Ausland begeben würde und daß infolgedessen das Kind als ein im Ausland geborenes Kind das Schweizerbürgerrecht nicht erhalten könne, daß also derart unter Umständen auch eine Zerreißung der Familienbande vorgenommen werden könnte. Es ist das durchaus richtig, und es kann auf die Erörterungen des Bundesrates in seiner ersten Botschaft vom 9. November 1920 hingewiesen werden:

«Es gilt zu verhindern, daß die Fremden ihre Kinder unserer Staatsangehörigkeit dadurch entziehen, daß sie die Entbindung ins Ausland (beispielsweise nach Lörrach, Konstanz, Bregenz, Como, Domodossola, St-Julien, Annemasse) verlegen. Zu diesem Behufe können wir uns an Art. 3 des italienischen Nationalitätsgesetzes anlehnen, der die Uebertragung der italienischen Staatsangehörigkeit auf alle im Ausland geborenen Ausländerkinder vorsieht, deren Eltern im Zeitpunkt der Geburt seit wenigstens zehn Jahren im Inland wohnhaft sind. Wenn die Eltern ganz unzweifelhaft in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, aber die Geburt des Kindes im Ausland stattfindet, so soll die vorübergehende Abwesenheit der Mutter anlässlich der Niederkunft keinen Einfluß ausüben und die Geburt im Ausland derjenigen im Inland bezüglich der Wirkung auf die Nationalität des Kindes gleichzustellen sein. So gelangen wir dazu im Text des Verfassungsartikels, den wir Ihnen unterbreiten, die Anwendung der Einbürgerung kraft Gebietshoheit nicht an die Bedingung zu knüpfen, daß die Geburt auf unserem Boden stattfindet, sondern daran, daß die Eltern zur Zeit der Geburt in der Schweiz ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Diese Fassung macht es unmöglich, den Erwerb unserer Staatsangehörigkeit mittels eines Eisenbahnbillets zu vereiteln.»

Diesen durchaus richtigen Erwägungen haben wir uns nicht verschließen können. Da eine Differenz bei diesem Absatz ohnedies besteht, welche die Möglichkeit gibt, auf die ganze Frage zurückzukommen,

haben wir eine neue Fassung vorgeschlagen, welche Ihnen gedruckt vorliegt, und die wir Ihnen zur Annahme empfehlen.

Angenommen. — *Adopté.*

Abs. 4.

Antrag der Kommission.

Sie kann auch gutbeumdeten Ausländern, deren Kinder gemäß Abs. 3 eingebürgert sind, nach langer, ununterbrochener Niederlassung in der Schweiz den Erwerb des Bürgerrechts erleichtern.

Proposition de la commission.

Elle peut aussi faciliter la naturalisation des étrangers de bonne réputation dont les enfants sont naturalisés en vertu du 3^e alinéa et qui justifient d'un domicile interrompu de longue durée en Suisse.

Hildebrand, Berichterstatter: In Abs. 4 hat der Ständerat durch Beschluß vom 30. September 1925 folgende Bestimmung aufgenommen: « Sie kann auch gutbeumdeten Ausländern, deren Kinder gemäß Abs. 3 eingebürgert sind, nach langer, ununterbrochener Niederlassung in der Schweiz den Erwerb des Bürgerrechts zu besondern Bedingungen ermöglichen. » Der Nationalrat hat beschlossen, diesen Zusatz abzulehnen. — Das wurde vom Referenten der nationalrätlichen Kommission damit motiviert, diese Bestimmung sei nicht notwendig, weil diese Kompetenz dem Gesetzgeber schon gemäß Abs. 2 dieses neuen Verfassungsartikels zustehe. — Das erachtet aber die Kommission des Ständerates als unzutreffend. Denn es handelt sich hier nicht nur um die allgemeinen, in Abs. 2 vorgesehenen Bedingungen, unter welchen die Gemeinden und Kantone einen Ausländer in ihr Bürgerrecht mit dem Erfolge aufnehmen können, daß er als Schweizerbürger anerkannt wird. Denn Abs. 2 ermächtigt den Gesetzgeber bloß, die Bedingungen aufzustellen, die ein Ausländer erfüllen muß um in einer Gemeinde und in dem betreffenden Kanton das Bürgerrecht erwerben zu können. Durch Abs. 2 wird keine Gemeinde und kein Kanton gezwungen, einen Fremden, auch wenn er die in Abs. 2 resp. der kommenden Gesetzgebung festgestellten Bedingungen erfüllt, in ihr Bürgerrecht aufzunehmen, sondern das steht den Gemeinden und Kantonen frei, insoweit die Verfassung nicht zwingende Bestimmungen aufstellt, wonach die Gemeinden bei Eintreten bestimmter Tatsachen Ausländer, resp. deren Nachkommen, als Bürger anerkennen oder in das Bürgerrecht aufnehmen müssen. Diese Zwangsvorschriften sind in Abs. 3 und 4 der ständerätlichen Fassung vorgesehen. Wenn nicht eine Bestimmung im Sinne des Abs. 4 der ständerätlichen Vorlage in die Verfassung aufgenommen wird, kann jede Gemeinde es ablehnen, einen Ausländer, dessen Kinder zwangsweise im Sinne des Abs. 3 als Bürger eingetragen worden sind, als Bürger aufzunehmen, auch wenn ihm die Bewilligung zum Erwerb des Schweizerbürgerrechts erteilt worden ist.

Es ist aber ein Gebot der Humanität, daß bei bestimmten Verhältnissen Ausländer, deren Kinder das Bürgerrecht in der Schweiz von Gesetzes wegen erhalten haben, ebenfalls das Bürgerrecht der gleichen Gemeinde unter den besondern, vom Gesetz aufzu-

stellenden Bedingungen erhalten können. Da der Wortlaut des früheren Beschlusses des Ständerates bemängelt worden ist, schlagen wir vor, im Verfassungsartikel nur eine Erleichterung der Aufnahme in das Bürgerrecht vorzusehen und alles Weitere der Gesetzgebung zu überlassen. Die Erleichterung kann nebst anderm darin bestehen, daß der Bund in solchen Verhältnissen die gesetzliche Einkaufstaxe in das Schweizerbürgerrecht erläßt, — an die Gebühren, welche von Kantonen und Gemeinden für Erteilung des Bürgerrechts bezogen werden, einen Beitrag leistet oder diese Einkaufsgebühren auf ein bestimmtes Maximum beschränkt.

Die Mehrheit der Kommission hält grundsätzlich daran fest, daß eine derartige Bestimmung in die Verfassung aufgenommen werde, um die Trennung von gutbeumdeten, aber vom Schicksal verfolgten und in der Schweiz assimilierten Ausländerfamilien soweit möglich zu verhüten. Es ist die Zweckmäßigkeit einer derartigen Vorsorge vom Referenten schon früher einläßlich dargetan worden und es verliert die Vorlage ganz bedeutend an Wert, wenn es den Gemeindebehörden anheimgestellt wird, rücksichtslos, unter Mißachtung der Grundsätze der Billigkeit und Gerechtigkeit das Auseinanderreißen ehrbarer Ausländer-Familien, wenn die Mutter Schweizerbürgerin war, dadurch zu fördern, daß deren Aufnahme ins Bürgerrecht rundweg abgelehnt wird, obwohl die Kinder das Bürgerrecht besitzen.

Angenommen. — *Adopté.*

Abs. 6.

Antrag der Kommission.

Die auf Grund dieser Bestimmungen eingebürgerten Personen haben die Rechte eines Gemeindebürgers, mit der Einschränkung, daß sie keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern erhalten, soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht anders ordnet. Der Bund übernimmt bei den Einbürgerungen gemäß Abs. 3 bis zum vollendeten 18. Altersjahr der Eingebürgerten wenigstens die Hälfte der den Kantonen und Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten. Einen gleichen Anteil übernimmt er bei Wiedereinbürgerungen gemäß Abs. 5 und, in besonderen Fällen, bei Einbürgerungen Heimatloser während der ersten zehn Jahre nach der Aufnahme in das Bürgerrecht.

Proposition de la commission.

Les personnes incorporées en vertu des présentes dispositions jouissent des mêmes droits que les autres ressortissants; elles n'ont cependant aucun droit aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, à moins que la législation cantonale n'en dispose autrement. La Confédération prend à sa charge au moins la moitié des dépenses d'assistance que les personnes incorporées en vertu du 3^e alinéa occasionnent aux cantons et aux communes, jusqu'à l'âge de dix-huit ans révolus. Il en est de même en cas de réintégration dans le droit de cité en vertu du 5^e alinéa et, dans certaines circonstances spéciales, en cas de naturalisation d'heimatlozes pendant les dix premiers années qui suivent la réintégration ou la naturalisation.

Hildebrand, Berichterstatter: In Abs. 6 bestehen in der Hauptsache folgende Differenzen: Vorerst hat der Ständerat hinsichtlich des Minimums der Beitragsleistung des Bundes an die den Gemeinden und Kantonen durch Einbürgerungen im Sinne von Abs. 3 und bei Wiedereinbürgerung erwachsenden Kosten dieses Minimum auf die Hälfte, der Nationalrat dagegen auf zwei Drittel beziffert, während der Bundesrat nur einen Teil, der durch die Gesetzgebung festzusetzen wäre, übernehmen wollte. Die Kommission hält mehrheitlich daran fest, daß wenigstens die Hälfte beigetragen werden müsse. Die finanziellen Verhältnisse des Bundes sind nicht derart, daß mit vollen Händen Subventionen ausgeteilt werden könnten. Es werden ja in letzter Zeit Anstrengungen gemacht, die zurzeit bestehenden, durch Gesetz festgelegten Beitragsleistungen möglichst zu reduzieren. Zurzeit steht ja die Revision des Stempelgesetzes in Beratung, zum Zwecke, die Einnahmen des Bundes zu vermehren, um das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen und eine langsame Amortisation der Staatsschuld vorzunehmen. Zwar ist ja anzuerkennen, daß auch die Finanzlage vieler Kantone und zahlreicher Gemeinden nicht günstig ist. Doch darf auch in Erwägung gezogen werden, daß den Gemeinden und Kantonen durch die vorgesehene Einbürgerung nicht nur Nachteile, sondern auch in vielen Fällen Vorteile erwachsen, indem z. B. nicht nur arme Kinder ihr Bürgerrecht erhalten und nach und nach die Steuerkraft erhöht wird. Wenn die Verhältnisse es gestatten, kann ja in der Gesetzgebung die Beitragsleistung höher angesetzt werden, als in der Verfassung vorgesehen ist.

Die Kommission hält daran fest, daß Beitragsleistungen bei Einbürgerung Heimatloser nur erfolgen sollen, wenn die Heimatlosigkeit ohne Verschulden der Organe der Gemeinden oder Kantone entstanden ist. Das muß in der Verfassung zum Ausdruck kommen, da sonst ein Anrecht auf Beitragsleistung in allen Fällen angenommen werden könnte. Die Differenzen bloß redaktioneller Natur sind so unbedeutend, daß auf Erörterungen verzichtet werden darf.

Angenommen. — *Adopté.*

Siegrist: Ich möchte mir eine Bemerkung zur Redaktion dieser Vorlage erlauben. Sie werden auch bemerkt haben, daß der neue Art. 44 der Bundesverfassung sich nicht gerade durch besondere Klarheit auszeichnet. Vor allem ist der Ausdruck « Schweizerbürgerrecht » in Abs. 2 des Art. 44 einer mehrfachen Deutung fähig; es kann ihm ein engerer oder weiterer Sinn unterlegt werden. Es hat sich deshalb unser verehrter Herr Kommissionsreferent schon anläßlich der erstmaligen Behandlung der Vorlage hier im Rat veranlaßt gesehen, zu diesem Wortlaut eine Art Kommentar zu geben, der durchaus klar und verständlich war. Ich will nicht wiederholen, was damals ausgeführt worden ist, aber zur Ergänzung jener Auslegung, die ja die der einstimmigen Kommission ist, möchte ich doch betonen, daß dieser Abs. 2 des neuen Art. 44 trotz des wesentlich abgeänderten Wortlauts den gleichen Sinn und Inhalt haben soll, wie der jetzt noch in Geltung stehende Abs. 2 des gleichen Artikels der Bundesverfassung. Abgesehen davon, daß, wie der Herr Referent heute ausgeführt hat,

der Bund auch über den Verlust des Bürgerrechtes unter gewissen Voraussetzungen legiferieren kann. Die Bundeskompetenz zur Ordnung der Bürgerrechtsverhältnisse soll im übrigen innert dem Rahmen bleiben, den das Bundesgesetz vom Jahr 1903 betreffend das Schweizerbürgerrecht schon vollständig ausgefüllt hat. Es ist ja, und zwar nicht ohne gute Gründe, man wird das auch in diesem Zusammenhang hervorheben dürfen, schon wiederholt, bei der Beratung des Gesetzes vom Jahre 1903 und seither, immer wieder, auch von wissenschaftlichen Autoritäten, die Ansicht verfochten worden, daß jenes Gesetz in seinem Art. 10, der die bekannte Wiedereinbürgerung der Witwen vorsieht, eigentlich die verfassungsmäßige Grenze der Bundeskompetenz schon überschritten habe.

Materiell erschöpft sich eigentlich der Inhalt des Art. 44, Abs. 2, wie er jetzt lautet, in Art. 4 des Gesetzes vom Jahre 1903 mit dem Wortlaut: « Jede Erteilung des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechtes an Ausländer, ohne Bewilligung des Bundesrates, ist ungültig. » Keineswegs aber hatte bisher der Bund die Kompetenz, eine Gemeinde oder einen Kanton zu zwingen, Ausländer als Bürger aufzunehmen oder als solche anzuerkennen. Dieser eng begrenzte Inhalt also, abgesehen von dem Moment des Verlustes des Bürgerrechtes, worüber nun der Bund unter Umständen auch Bestimmungen aufstellen kann, soll im neuen Abs. 2 des Art. 44 beibehalten werden. Eine Erweiterung der Zuständigkeit des Bundes werden erst die neuen Abs. 3, 4 und 5 bringen. Es scheint mir nicht überflüssig, Herr Präsident, meine Herren, diese Klarstellung auch hier nochmals hervorzuheben. Wir müssen künftigen Mißverständnissen vorzubeugen suchen, einmal, ich möchte das speziell betonen, aus abstimmungstechnischen Erwägungen und sodann auch, um die Anwendung des neuen Verfassungsrechtes sicherzustellen, sofern der neue Art. 44 in der Volksabstimmung angenommen wird, was ich meinerseits ja aufrichtig wünsche.

In der Kommission hatte ich einen Versuch vorgelegt, die Redaktion des Art. 44 etwas klarer zu gestalten. Die große Mehrheit der Kommission hielt aber eine derartige Umänderung des Wortlautes, wie er heute vorliegt — es hätte das in ziemlich weitgehendem Maße der Fall sein müssen — weder für notwendig, noch für opportun. Ich will hier diesen Antrag nicht aufrecht erhalten, aber zur Entlastung meines juristischen Gewissens wollte ich doch nicht unterlassen, diese Bemerkung hier anzubringen.

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Révision de l'art. 44 de la Constitution.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1926
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.10.1926
Date	
Data	
Seite	283-287
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 136

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Baumann Berichterstatter: Die Aufnahme dieses neuen Artikels 80bis ist eine Konsequenz des vom Nationalrat neu aufgestellten und von Ihnen angenommenen Grundsatzes von Art. 55, Abs. 2. Mit diesem Art. 80bis, den der Bundesrat in Vorschlag gebracht hat, soll verhindert werden, daß eine Beamtin, die wegen Verheiratung aus dem Bundesdienst auszuschneiden hat, Anspruch erheben kann auf eine Abfindung von 125 bis 200 Prozent ihrer Besoldung oder auf eine lebenslängliche Rente oder neben den eigenen Beiträgen von 5 Prozent auf die Einlagen des Bundes von 7 Prozent. Die Kommission hat gegen die Annahme dieses Art. 80bis nichts einzuwenden.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 81.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Baumann Berichterstatter: Die Aenderung in Abs. 2 ist eine Folge der Beschlüsse des Nationalrates und nunmehr auch des Ständerates zu den Artikeln 1 und 37. Antrag: Zustimmung.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 82.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Baumann, Berichterstatter: Der Nationalrat hat als Datum des Inkrafttretens den 1. Januar 1928 eingesetzt. Dieses Datum kann stehen bleiben, wenn die weitere Bereinigung der Differenzen und die Genehmigung des Aemterverzeichnisses durch die Bundesversammlung keinerlei Verzögerung erleiden. Wir empfehlen Zustimmung zum Nationalrat.

Angenommen. — *Adopté.*

An den Nationalrat
(Au Conseil national.)

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

Differenzen. — Divergences.

Siehe Jahrgang 1926, Seite 283. — Voir année 1926, page 283.
Beschluss des Nationalrates vom 8. Dezember 1926.
Décision du Conseil national du 8 décembre 1926.

Abs. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Hildebrand, Berichterstatter: Ueber Maßnahmen gegen die Ueberfremdung der Schweiz ist nicht nur sehr viel geschrieben, sondern auch zu wiederholten Malen im Ständerat und Nationalrat verhandelt worden. Man war schon von Anfang an darüber einig, daß eine Revision des Art. 44 der Bundesverfassung nötig sei, um dem Bunde das Recht zu geben, zweckmäßige und hinreichende Maßnahmen gegen die Ueberfremdung treffen zu können. Damit ist aber unumgänglich etwelche Einschränkung der bisher auf die sem Gebiete den Kantonen zustehenden Kompetenzen verbunden. Es war nun keine leichte Aufgabe, den Umfang der dem Bund zukommenden neuen Befugnisse in der Verfassung genau festzusetzen und eine Vorlage zu schaffen, welche nur in sehr bescheidenem Maße die bisher den Kantonen und Gemeinden zustehenden Kompetenzen beschneidet, aber dem Zweck, durch die künftige Bundesgesetzgebung der bestehenden Ueberfremdung erfolgreich entgegenzutreten, genügend Rechnung trägt.

Der Ständerat wollte unter möglicher Schonung berechtigter Interessen der künftigen Bundesgesetzgebung etwas mehr Freiheit lassen, um verschiedenen im Laufe der Zeit zutage getretenen Bedürfnissen sich besser anpassen zu können. Der Nationalrat dagegen wollte die ihm zweckmäßig erscheinenden Grundsätze, z. B. den Ort der Einbürgerung, vorbehaltlos in der Verfassungsbestimmung verankern. Darin bestehen in der Hauptsache die Differenzen.

Der Nationalrat hat in der Sitzung vom 8. Dezember 1926 zum Beschluß des Ständerates vom 7. Oktober 1926 Stellung genommen, und zwar in dem Sinne, daß er hinsichtlich der wichtigsten Differenzen auf seiner früheren Schlußnahme beharrte. Ihre Kommission hat nochmals über die Vorlage beraten. Sie stand hierbei unter dem Eindrucke, daß der Nationalrat auch inskünftig im wesentlichen an seiner Schlußnahme festhalten werde, und auch die im Gesetze über den Geschäftsverkehr vorgesehene sogenannte Verständigungskommission beider Räte bei gemeinsamer Beratung wahrscheinlich im Sinne des Beschlusses des Nationalrates Stellung nehmen würde. Die Kommission beantragt Ihnen mit diesen kurzen allgemeinen Bemerkungen Eintreten auf die Beratung der einzelnen Differenzen.

Nun zu Abs. 3: Die erste Differenz besteht in Abs. 3 der Vorlage, des Ständerates. Der Ständerat will es der Gesetzgebung überlassen, zu bestimmen, wo die Einbürgerung stattfinden solle. Der Nationalrat hält daran fest, daß im Verfassungsartikel selbst der Grundsatz ausgesprochen werde: «Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter». Auch Ihre Kommission hat bisher stetsfort betont, und es wurde das in der Berichterstattung in unzweifelhafter Weise zum Ausdrucke gebracht, daß in der Regel die Einbürgerung in der früheren Heimatgemeinde der Mutter erfolgen solle, daß aber durch die Verfassungsbestimmung nicht ausgeschlossen werden sollte, im Gesetze einzelne Ausnahmen zu gestatten. Es kommt ja oft vor, daß Schweizerbürger seit vielen Jahrzehnten ihre ursprüngliche Heimatgemeinde verlassen haben und in einer andern Gemeinde in der Schweiz niedergelassen sind, dort Liegenschaften sich erworben haben und in der Heimatgemeinde fremd geworden sind, und voraussichtlich nie in dieselbe zurückkehren werden, und wahrscheinlich ihren Wohnort nicht wechseln werden. In solchen Fällen sollte durch die Verfassungsbestimmung die Gestattung von Ausnahmen durch die gesetzgebende Behörde nicht ausgeschlossen werden. Da aber keine Aussicht besteht, daß der Nationalrat der Auffassung des Ständerates beipflichten wird, und der Referent der nationalrätlichen Kommission sogar befürchtet, es könnte dem ganzen Werke gefährlich werden, wenn in der Verfassung der Ort der Einbürgerung nicht vorbehaltlos festgesetzt werde, beantragt Ihre Kommission Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission Mehrheit.

Abs. 4.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhésion à la décision du Conseil national.

Hildebrand, Berichterstatter: Der Ständerat hat am 7. Oktober verflossenen Jahres unter etwelcher Abänderung seines früheren Beschlusses als Abs. 4 folgende Bestimmung aufgenommen: «Sie (nämlich die Bundesgesetzgebung) kann auch gut beleumdeten Ausländern, deren Kinder gemäß Abs. 3 eingebürgert sind, nach längerer ununterbrochener Niederlassung in der Schweiz den Erwerb des Bürgerrechtes erleichtern». Der Nationalrat hat stetsfort dagegen Stellung genommen, im Verfassungsartikel eine Bestimmung über die Bürgerrechtserwerbung der Eltern der zwangsweise eingebürgerten Kinder vorzusehen. Man wollte es den Kantonen oder Gemeinden freistellen, nach ihrem Gutdünken zu handeln. Eine Minderheit der Kommission des Ständerates nahm ebenfalls schon bei der ersten Beratung der Vorlage hiezu eine ablehnende Stellung ein und wollte in dieser Beziehung keine Beschränkung der Kompetenz der Kantone ermöglichen, Ihre Kommission stellt nun den Antrag auf Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Angenommen. — *Adopté.*

Ständerat. — *Conseil des Etats. 1927.*

Abs. 6.

Antrag der Kommission.

Die auf Grund dieser Bestimmungen eingebürgerten Personen haben die Rechte eines Gemeindebürgers mit der Einschränkung, daß sie keinen Anteil an den Bürger- oder Korporationsgütern erhalten, soweit die kantonale Gesetzgebung es nicht anders ordnet. Der Bund übernimmt bei den Einbürgerungen, die bei der Geburt erfolgt sind, bis zum vollendeten 18. Altersjahr der Eingebürgerten wenigstens die Hälfte der den Kantonen und Gemeinden erwachsenden Unterstützungskosten. Einen gleichen Anteil übernimmt er bei Wiederaufnahmen in das Bürgerrecht während der ersten zehn Jahre nach der Aufnahme.

Die Bundesgesetzgebung bestimmt, in welchen Fällen bei Einbürgerungen Heimatloser eine Beitragsleistung an die den Kantonen und den Gemeinden erwachsenden Kosten stattfindet.

Proposition de la commission.

Les personnes incorporées en vertu des présentes dispositions jouissent des mêmes droits que les autres ressortissants; elles n'ont cependant aucun droit aux biens purement bourgeoisiaux et corporatifs, à moins que la législation cantonale n'en dispose autrement. La Confédération prend à sa charge au moins la moitié des dépenses d'assistance que les personnes incorporées lors de leur naissance occasionnent aux cantons et aux communes, jusqu'à l'âge de dix-huit ans révolus. Il en est de même en cas de réintégration dans le droit de cité pendant les dix premières années qui suivent la réintégration.

La législation fédérale détermine les cas de naturalisation d'heimatloses dans lesquels un subside est accordé aux cantons et aux communes pour leurs dépenses d'assistance.

Hildebrand, Berichterstatter: In Abs. 6 bestehen zwischen der Fassung des Beschlusses des Ständerates und desjenigen des Nationalrates Differenzen mehr redaktioneller als materieller Natur. Auch wenn der Nationalrat den Hinweis auf Abs. 3 und 5 des Verfassungsartikels gestrichen und eine andere Redaktion gewählt hat, so bleibt doch unbestritten, daß der Bund einen Anteil der den Kantonen und Gemeinden erwachsenden Kosten nur übernimmt, wenn die Einbürgerung oder Wiederaufnahme in das Bürgerrecht gestützt auf die Bundesgesetzgebung erfolgt, nicht aber dann, wenn freiwillige, durch die Bundesgesetzgebung nicht vorgeschriebene Aufnahme ins Bürgerrecht stattfindet.

Der Ständerat hat beschlossen, in den Verfassungsartikel die Bestimmung aufzunehmen, daß der Bund in besonderen Fällen bei Einbürgerung Heimatloser während der ersten 10 Jahre nach Aufnahme ins Bürgerrecht wenigstens die Hälfte der den Kantonen und Gemeinden erwachsenden Kosten übernehme. Ihre Kommission wollte keine allgemeine und vorbehaltlose Verpflichtung des Bundes zum teilweisen Ersatz der infolge der Einbürgerung Heimatloser erwachsenden Kosten statuieren. Zahlreiche Fälle von Heimatlosigkeit sind darauf zurückzuführen, daß schriftenlose Ausländer aus Versehen oder Willfährigkeit kantonaler Beamter oder solcher der

Gemeinden lange Zeit geduldet werden und dann schließlich nicht mehr ausgewiesen werden können. In solchen Fällen ist eine Beitragsleistung des Bundes auszuschließen.

Nun fand man etwas stoßend, im Verfassungsartikel vom Verschulden der Kantone oder Gemeinden zu sprechen. Daher wurde der Vorbehalt aufgenommen, daß der Bund nur in besonderen Fällen für die erwachsenden Kosten teilweise aufzukommen habe. Der Referent der nationalrätlichen Kommission hat laut stenographischem Bulletin, Seite 803, hierzu folgende Bemerkungen gemacht: « Die Vorlage sieht Beiträge des Bundes auch bei Einbürgerungen Heimatloser vor, seien es Findelkinder oder Leute, die durch widriges Schicksal ihre Staatsangehörigkeit verloren haben. Der Ständerat hat nun die Einschränkung beigefügt, daß die Beiträge des Bundes « in besonderen Fällen » zu leisten seien. Damit wollte er die Beiträge des Bundes ausschließen, wo schriftenlose Ausländer infolge der Lässigkeit der Behörden in Kanton oder Bund nicht mehr ausgewiesen werden können und am Ende eingebürgert werden müssen. Der Nationalrat hielt diese Einschränkung für überflüssig, weil Ansprüche der Gemeinden oder Kantone in solchen Fällen gegen Treu und Glauben, die auch im Staatsrecht gelten, verstoßen würden. Zudem fand man die Formel der Einschränkung als vollständig unklar. Der Ständerat hat an seiner Formel festgehalten, nachdem er vergeblich versucht hatte, eine deutlichere aufzustellen. Die Kommission des Nationalrates beantragt Ihnen wiederum die Streichung der unnötigen und ohne besondere Belehrung durch Eingeweihte unverständlichen Formel. Dabei besteht die Meinung, daß im Ausführungsgesetz, wo die Einzelheiten zu regeln sind, der Anspruch auf den Beitrag des Bundes in Fällen, wo ein Verschulden von Kanton und Gemeinde vorliegt, ausdrücklich ausgeschlossen werden soll. Bei dieser Ansicht sollte man sich im Ständerat beruhigen können ».

Ihre Kommission kann dieser Auffassung des Nationalrates nicht zustimmen. Es geht nicht an, in der Verfassung vorbehaltlos Verpflichtungen des Bundes für Beitragsleistungen vorzuschreiben, in der Gesetzgebung dann aber Ausnahmen festzusetzen. Das würde zu Streitigkeiten führen und zu Mißtrauen Anlaß geben, welches ja im Schweizervolke schon in reichlichem Maße vorhanden ist. Wenn man glaubt, es genüge eine bloße Protokollerklärung oder eine Erklärung im Stenographischen Bulletin, so ist da zu bedenken, daß auch das als ungenügend betrachtet werden muß, denn es kommt zur Volksabstimmung der Wortlaut der Verfassungsbestimmung, nicht aber eine Erklärung, die zu Protokoll gegeben worden ist. Man kann deshalb in guten Treuen auch die Ansicht vertreten, daß nachher in der Gesetzgebung keinerlei Bestimmungen aufgestellt werden dürfen, welche dieser Verfassungsbestimmung nicht entsprechen. Also, wenn in der Verfassungsbestimmung keinerlei Ausnahmen vorbehalten sind, sondern im allgemeinen nur bestimmt wird, daß der Bund Beiträge zu leisten habe, ohne irgendwelchen Vorbehalt, so kann mit Recht die Ansicht vertreten werden, daß durch die Gesetzgebung dann nicht die Verpflichtung des Bundes eingeschränkt werden dürfe.

Wir halten dafür, daß es zweckmäßiger sei, die Bestimmung, welche wir früher aufgenommen haben, redaktionell etwas abzuändern und eine allgemeine

Bestimmung aufzunehmen, welche lauten würde: « Die Bundesgesetzgebung bestimmt, in welchen Fällen bei Einbürgerung Heimatloser eine bezügliche Leistung an die den Kantone und Gemeinden erwachsenden Kosten stattfindet. » In dieser Bestimmung sind weder die Bedingungen festgesetzt, unter denen die Beitragsleistung erfolgt, noch die Höhe der Beitragsleistung, noch die Zeit, für welche ein Beitrag gewährt wird, und zwar deshalb, weil die Verhältnisse bei der Einbürgerung Heimatloser ja sehr verschieden sein können. Es kann die Einbürgerung von Findelkindern in Frage kommen. Da kann man sich fragen, ob denn ein Grund vorliegt, daß bei der Einbürgerung im Sinne von Absatz 3 der Verfassungsbestimmung die Unterstützung bis zum vollendeten 18. Altersjahr des Eingebürgerten gewährt werde, im Falle heimatloser Findelkinder aber nur während der ersten 10 Jahre nach der Aufnahme ins Bürgerrecht.

Auch im übrigen sind die Verhältnisse nach meinem Dafürhalten jeweils sehr verschieden; also ist es zweckmäßig, wenn in dieser Hinsicht der Gesetzgebung volle Freiheit gelassen wird. Es ist daher nach Ansicht Ihrer Kommission viel zweckmäßiger, in die Verfassung nur die Bestimmung aufzunehmen, daß die Bundesgesetzgebung bestimme, in welchen Fällen an die betreffenden Kosten solcher Einbürgerungen Beiträge zu leisten seien und in welcher Höhe. Wir beantragen Ihnen Annahme der Fassung, wie die Kommission sie vorschlägt, und hoffen, daß nachdem wir bei den übrigen Differenzen zugestimmt haben, der Nationalrat uns nun hinsichtlich des Absatzes 6 zustimmen werde.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission Mehrheit.

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

2188. Gesandtschaft in Prag. Errichtung.

Légation à Prague. Création.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. März 1927 (Bundesblatt 1, 333). — Message et projet d'arrêté du 19 mars 1927 (Feuille fédérale 1, 342).

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Brügger, Berichterstatter: Unser neuer Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei ist am 16. Februar 1927 unterzeichnet worden und soll auf Ende

Massnahmen gegen die Ueberfremdung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1927
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.03.1927
Date	
Data	
Seite	88-90
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 210

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

den Antrag des Bundesamtes für Sozialversicherung angenommen. Wir zweifeln nicht daran, daß der Nationalrat seinerseits zustimmen wird. Ich beantrage also, Art. 5 in der Ihnen unterbreiteten Fassung anzunehmen.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 6.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 7.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — *Vote sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlußentwurfes 37 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 30. September 1927.
Séance du matin du 30 septembre 1927.

Vorsitz — Présidence: Hr. Schöpfer.

1336. Massnahmen gegen die Ueberfremdung.
Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.
Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Revision
de l'art. 44 de la Constitution.

Siehe Seite 88 hievor. — Voir page 88 ci-devant.

Beschluss des Nationalrates vom 10. Juni 1927.
Décision du Conseil national du 10 juin 1927.
Vorlage der Redaktionskommission vom 22. September 1927.
Projet de la commission de rédaction, du 22 septembre 1927.

Hildebrand, Berichterstatter: Die Vorlage der eigenössischen Räte betreffend die Revision des Art. 44 der Bundesverfassung, über welche in der

Sommersession dieses Jahres eine Einigung zustande gekommen ist, wurde gemäß den Vorschriften des Gesetzes über den Geschäftsverkehr der eidgenössischen Räte der Redaktionskommission überwiesen.

Wohl noch selten hat eine so einfach erscheinende, aber doch etwas einschneidende Verfassungsfrage eine gründlichere Prüfung und Beratung erfahren wie die vorliegende, die unter der Flagge: «Maßnahmen gegen die Ueberfremdung» durch Botschaft des Bundesrates vom 9. November 1920 den eidgenössischen Räten unterbreitet wurde. In der ersten Sitzung der ständerätlichen Kommission wurden gegen diese erste Vorlage des Bundesrates Einwendungen erhoben, so daß der Bundesrat sich zur Einbringung der Nachtragsbotschaft vom 14. November 1922 und eines abgeänderten Entwurfes für Revision des Art. 44 veranlaßt sah. Diese zweite Vorlage des Bundesrates wurde vorerst im Ständerat im Dezember 1923 und sodann im Nationalrat im März 1925 durchberaten. Es ergaben sich zwischen den Schlußnahmen der beiden Räte einige Differenzen, auf welche hier näher einzutreten nicht angezeigt wäre. Es genügt, auf die Stenographischen Bulletins über die Verhandlungen des Ständerates vom September 1925, Oktober 1926 und März 1927, sowie des Nationalrates vom Februar und Dezember 1926 und Juni 1927 hinzuweisen.

Nach diesen so einläßlichen Beratungen in den eigenössischen Räten selbst hatte die Redaktionskommission begreiflicherweise sehr wenig Anlaß, Verbesserungen vorzunehmen, zumal solche nur die Redaktion, nicht aber den Inhalt der Vorlage betreffen dürfen.

Im deutschen Text schlägt die Redaktionskommission vor, dem Titel: «Bundesbeschluß betr. Revision des Art. 44 der Bundesverfassung» in Klammern noch die Worte beizufügen: «Maßnahmen gegen die Ueberfremdung». Durch diesen Zusatz werden auch die Schweizerbürger, welche nicht wissen, weshalb eine Revision des Art. 44 vorgenommen wird, darauf hingewiesen, daß damit der bestehenden und weiterhin drohenden Ueberfremdung in der Schweiz entgegengetreten werden soll. Im französischen Text wird gemäß Antrag der Mitglieder der Redaktionskommission welscher Zunge nach dem Titel der Vorlage in Klammern das Wort «naturalisations» beigefügt.

In Abs. 2 des revidierten Art. 44 ist der Grundsatz ausgesprochen: «Die Bedingungen für die Erteilung und den Verlust des Schweizerbürgerrechtes werden durch die Bundesgesetzgebung aufgestellt». Es ist daher überflüssig, im nächstfolgenden Alinea die Worte: «die Bundesgesetzgebung» nochmals zu wiederholen, sondern es ist besser, dieses Alinea mit den Worten einzuleiten: «Sie kann bestimmen...»

Dagegen muß das vierte Alinea eine Abänderung im umgekehrten Sinne erfahren. Ursprünglich war die Redaktion: «Sie stellt die Grundsätze für die Wiederaufnahme in das Bürgerrecht auf» richtig. Durch Beschluß des Nationalrates ist aber dem vorhergehenden Absatz die Vorschrift beigefügt worden: «Die Einbürgerung erfolgt in der früheren Heimatgemeinde der Mutter». Wenn nun in Abs. 4 bestimmt wird: «Sie stellt die Grundsätze für die Wiederaufnahme in das Schweizerbürgerrecht auf», könnte das zur irrtümlichen Auffassung führen, daß die Heimatgemeinde der Mutter diese Kompetenz er-

halte. Es muß daher ausdrücklich erklärt werden: «Die Bundesgesetzgebung stellt die Grundsätze...».

Der französische Text der Beschlüsse der eidgenössischen Räte ist meist eine genaue, fast wörtliche Uebersetzung des deutschen Textes. Es wird insbesondere in Abs. 2 und im Schlußsatz eine einfachere und besser klingende Redaktion vorgeschlagen, ohne daß dadurch der Sinn dieser Bestimmungen eine Aenderung erfahren soll. Mit der Vorlage der redaktionellen Abänderungen ist meine Aufgabe als Kommissionspräsident in dieser Sache erschöpft. Ich beantrage Genehmigung der redaktionell bereinigten Vorlage.

Ochsner: Gestatten Sie mir eine kurze Erklärung. Der Sprechende ist an Stelle von Herrn Huber-Uri Mitglied der Kommission geworden, in einem Zeitpunkt, da dieses Geschäft in der Differenzenberatung lag. Er hat an den Kommissionssitzungen in Zug und in Brunnen erklärt, daß er nicht für die Vorlage stimmen könne, da dieselbe zu weit gehe und die Kompetenzen der Kantone auf ein Mindestmaß beschränke. Daher beantragt er Ablehnung der Vorlage.

M. Bertoni: M. le président et chers collègues, je tiens à déclarer que je voterai la proposition qui nous est faite, comme au sein de la commission, mais avec l'espoir que l'on ne s'empressera pas de légiférer en vertu de cet article constitutionnel, attendu que l'atmosphère politique actuelle de l'Europe n'est pas du tout favorable à des dispositions législatives de longue durée sur la matière dont il s'agit.

A peu près tous les Etats de l'Europe se préoccupent actuellement de la question de l'organisation du travail, y compris le problème de l'émigration. La tendance est plutôt pour la limitation de la liberté de domicile et de la liberté de travail qui avaient inspiré toute la législation du siècle précédent et qui inspirent aussi notre constitution. Les courants d'opinions à ce propos ne sont pas encore tout à fait clairs; ils ne sont pas encore décisifs dans aucun Etat. Je pense que la Suisse a tout intérêt à attendre un peu ce qui se passera dans les autres pays pour procéder à une mesure législative. Il faut tout de même adopter l'article parce qu'il nous fournit une arme défensive vis-à-vis de l'étranger.

La présence de cet article dans la Constitution peut en effet être un moyen utile dans les pourparlers que les autorités fédérales auront à entamer

avec les autres Etats à propos de traités d'établissement ou de conventions relatives au travail. Sans cette disposition, la situation du Conseil fédéral dans de tels pourparlers serait bien faible parce que, dans l'état actuel, nous ne pouvons rien faire pour nous défendre contre les tendances qui inspirent les autres Etats.

Schlussabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Beschlusentwurfes 27 Stimmen
Dagegen 4 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Nachmittags Sitzung vom 30. September 1927. *Séance de relevée du 30 septembre 1927.*

Vorsitz — Présidence: Hr. Schöpfer.

2086. Malz und Gerste. Zollzuschläge. Malt et orge. Surtaxes douanières.

(Siehe Seite 178 hiervor. — Voir page 178 ci-devant.)
Beschluss des Nationalrates vom 30. September 1927.
Décision du Conseil national du 30 septembre 1927.

Präsident: Der Nationalrat teilt mit, daß er heute Ihrem Beschluß vom 22. September beigetreten ist. Die Gesamtabstimmung über dieses Geschäft hat in unserem Rate stattgefunden. Da es sich um ein Geschäft mit Dringlichkeitsklausel handelt, ist eine Schlußabstimmung nicht nötig. Die Angelegenheit ist somit für uns erledigt und geht an den Bundesrat.

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)

Schluss des stenographischen Bulletins der Herbst-Session.
Fin du Bulletin sténographique de la session d'automne.

Massnahmen gegen die Ueberfremdung. Abänderung des Art. 44 der Bundesverfassung.

Mesures pour assurer l'assimilation des étrangers en Suisse. Révision de l'art. 44 de la Constitution.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1927
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1336
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.09.1927
Date	
Data	
Seite	214-215
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 287

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.